Ist alles Innenpolitik?
Der Einfluss innenpolitisch motivierter Präferenzen von Entscheidungsträgern auf die Außenpolitik – eine vergleichende Analyse ausgewählter Aspekte der Europapolitik zweier polnischer Regierungen

Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades

Doctor philosophiae (Dr. phil.)

vorgelegt der Philosophischen Fakultät der

Technischen Universität Chemnitz

von Herrn Kamil Marcinkiewicz, geboren am 02.10.1983 in Wroclaw, Polen

Chemnitz, den 22. April 2010

Vorwort

Die Entstehung der vorliegenden Arbeit wäre ohne großzügige finanzielle und ideelle Förderung der Hanns-Seidel-Stiftung nicht möglich gewesen. Ich möchte mich bei allen Mitarbeitern der Stiftung für ihre Unterstützung und bei meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Gerd Strohmeier für die Betreuung meiner Arbeit bedanken.

Meine Eltern Laura und Jerzy Marcinkiewicz sowie mein Bruder Aleksander standen mir stets hilfreich zur Seite. Ich bin ihnen sehr dankbar für ihre Gesprächsbereitschaft und alle Ratschläge, die ich von ihnen bekommen habe.

Neben meiner Familie habe ich viel Unterstützung von meinen Freunden aus Passau und anderen Teilen der Welt erfahren. Ich möchte mich besonders bei Bohdan Kukharskyy und Malte Mosel für ihre Freundschaft und wissenschaftliche Ratschläge bedanken. Ich möchte mich auch bedanken bei Alexandra Arnold, Carola Söller, Florian Jetzek, Hans Broschek, Oliver Osswald, Marianna Jungwirthova, Constanze Aka, Jasmin Söhner, Theresa Vatter und Karolina Kopertowska, sowie bei meinen Freunden aus Übersee Jackie Grossano und David Neild. Viele von ihnen haben ihre kostbare Zeit investiert, um Abschnitte meiner Arbeit zu lesen und kritische Hinweise zu geben.

Neben meinem Doktorvater bin ich ferner den weiteren Mitgliedern des Promotionskollegs „Politik- und Parteienentwicklung in Europa“, in erster Linie Herrn Prof. Dr. Eckhard Jesse, Herrn Prof. Dr. Roland Sturm und Herrn Prof. Hans-Peter Niedermeier, für ihre fachliche Betreuung und konstruktive Kritik dankbar. Äußerst wertvoll war der Gedankenaustausch mit meinen Mitpromovenden aus dem Promotionskolleg. Ich möchte hier insbesondere Britta Walthelm, Constantin Schlachetzki, Alexander Niedermeier, Ingo Schorlemer, Susann Krause, Martina Schlögel und Sandra Thummet dankend erwähnen, die mir neue Anregungen geben konnten.

Prägend für meine Arbeit war auch der Gedankenaustausch mit Forschern außerhalb des Promotionskollegs. Hier gilt der herzliche Dank vor allem Herrn Prof. Dr. Johann Graf Lambsdorff für die Einführung in die faszinierende Welt der Spieltheorie, für seine Freundlichkeit, Menschlichkeit und Hilfsbereitschaft. Dankbar bin auch Herrn

Prof. Dr. Michael Pflüger und Dr. Oliver Farhauer, die mir Konzepte aus dem Gebiet der ökonomischen Geographie näherbrachten, welche später meine Forschung inspirierten. Bei Jaroslava Plasek bedanke ich mich für ihre Hilfe bei der Erstellung des Fragebogens. Abschließend möchte ich Herrn Prof. Brian Rathbun meinen Dank aussprechen für die Beantwortung meiner Fragen bezüglich seines Werkes sowie für weitere wertvolle Hinweise.

Eine bedeutende Unterstützung bei der Vorbereitung des empirischen Teils meiner Dissertation habe ich von Maciej Nowaczyk bekommen, bei dem ich mich auf besondere Weise bedanken möchte. An dieser Stelle muss ich überdies Politiker nennen, ohne welche die Interviews, die meine Analyse sehr bereichert haben, nicht zustande gekommen wären. Hier ist in erster Linie auf Michał Syska hinzuweisen. Dank seiner Hilfsbereitschaft konnte ich Kontakte zu einer Reihe interessanter Persönlichkeiten aus der polnischen Politik aufbauen.

Kamil Marcinkiewicz
Passau, Dezember 2009

Inhaltsverzeichnis

Vorwort ... 2
Inhaltsverzeichnis ... 4
Abstract ... 9
1. Einleitung ... 11
1.1 Fragestellung und Forschungsstand ... 11
1.2 Vorgehensweise ... 15
1.3 Klärung der Begriffe und Anmerkungen zum empirischen Teil ... 17
1.3.1 Wie sind die Begriffe „Europapolitik“ und „politische Partei“ zu verstehen? 17
1.3.2 Bemerkungen zu den Experteninterviews ... 22
1.3.3 Auswahl von vier Themenfeldern polnischer Außen- und Europapolitik ... 28
2. Theoretische Grundlagen der Studie ... 31
2.1 Realistische und liberale Erklärung der Außenpolitik ... 31
2.1.1 Die theoretische und praktische Dimension von Realismus und Liberalismus ... 31
2.1.2 Die Grundlagen des realistischen Paradigmas ... 34
2.1.3 Probleme mit den liberalen Ansätzen ... 35
2.1.4 Die liberale Theorie der Internationalen Politik von Andrew Moravcsik ... 39
2.1.5 Was sind politische Präferenzen? ... 44
2.1.6 Die Gestaltung der Außenpolitik ... 46
2.1.7 Politische Parteien und Außenpolitik ... 50
2.2 Parteien und Außenpolitik: Entwicklung des Analyserasters ... 55
2.2.1 Das Modell zur Entstehung der polnischen Außenpolitik ... 55
2.2.2 Elemente der Außenpolitik Polens als Variablen ... 61
2.2.3 Das Analyseraster ... 64
2.3 Parteien, Parteiprogramme und Parteipräferenzen: Messung der Variablen ... 67
2.3.1 Das Dyade-Modell ... 67
2.3.2 Links und rechts ... 70
2.3.3 Freiheit und Gleichheit ... 73
2.3.4 Die rechten und die linken Aussagen ... 76
2.3.5 Die Bildung von rechten/realistischen Unterkategorien ... 83
2.3.6 Die Bildung von linken/idealistischen Unterkategorien ... 97
2.3.7 Die Bestimmung der ideologischen Position einer Partei ... 114
3. Strukturen und Programmatik der Regierungen Miller und Belka ... 119
3.1 Vom beispiellosen Erfolg zur tiefen Krise: Vier Jahre der SLD an der Macht ... 119
3.1.1 Der Wahlerfolg der SLD in den Sejm-Wahlen 2001 ... 119
3.1.2 Die SLD als eine Volkspartei ... 121
3.1.3 Eine schwierige Koalition ... 123
3.1.4 Die Regierung von Marek Belka ... 125
3.2 Die außen- und europapolitischen Präferenzen der SLD im Spiegel der Parteidokumente ... 127
3.2.1 Gründungsdokumente der SLD ... 127

3.2.2 Die außenpolitischen Aspekte des Programmmanifestes der SLD aus dem Jahre 1999 129
3.2.3 Die außenpolitischen Aspekte der Rede von Leszek Miller zur Eröffnung des ersten Kongresses der SLD (1999) 134
3.2.4 Das Profil der SLD im Spiegel des Wahlprogramms 2001 137
3.2.5 Die außen- und europapolitischen Aspekte des Wahlprogramms der SLD aus dem Jahre 2001 140
3.2.6 Das Europamanifest der SLD 2004 144
3.2.7 Die außen- und europapolitischen Aspekte des Wahlprogramms der SLD aus dem Jahre 2005 148
3.2.8 Die außen- und europapolitischen Aspekte des Wahlprogramms der SLD aus dem Jahre 2007 150
3.3 Die außen- und europapolitischen Präferenzen der SLD im Spiegel der Erklärungen der Regierungsmitglieder 156
3.3.1 Die außen- und europapolitischen Aspekte der ersten Regierungserklärung von Leszek Miller (2001) 156
3.3.2 Die außen- und europapolitischen Aspekte der zweiten Regierungserklärung von Leszek Miller (2003) 160
3.3.3 Präferenzen der Regierungen Miller in der Erklärung des Außenministers Włodzimierz Cimoszewicz zur Außenpolitik Polens vom 14. März 2002 164
3.3.4 Präferenzen der Regierung Miller in der Erklärung des Außenministers Włodzimierz Cimoszewicz zur Außenpolitik Polens vom 22. Januar 2003 170
3.3.5 Präferenzen der Regierungen Miller in der Erklärung des Außenministers Włodzimierz Cimoszewicz zur Außenpolitik Polens vom 21. Januar 2004 176
3.3.6 Die außen- und europapolitischen Aspekte der Regierungserklärungen von Marek Belka (2004) 182
3.3.7 Präferenzen der Regierung Belka in der Erklärung des Außenministers Adam Daniel Rotfeld vom 21. Januar 2005 186
3.4 Die außen- und europapolitischen Präferenzen der SLD: Auswertung der Interviews 193
3.4.1 Prioritäten der polnischen Außenpolitik 194
3.4.2 Prioritäten Polens in der Europäischen Union 201
3.4.3 Bilanz der sozialdemokratischen Regierungen 2001-2005 207
3.4.4 Bilanz der nationalkonservativen Regierungen 2005-2007 211
3.4.5 Deutsch-polnische Beziehungen 213
3.4.6 Einstellungen zu den vorgeschlagenen Thesen 214
3.5 Zwischenfazit: Die außen- und europapolitischen Präferenzen der SLD 216
3.5.1 Bewertung der Beitrittsverhandlungen 216
3.5.2. Die Debatte über die Reform der Europäischen Union 222
3.5.3 Sicherheitspolitik und europapolitische Implikationen der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten 226
3.5.4 Ostpolitik im Kontext der Europäischen Union 231
4. Die Praxis der Europapolitik der Regierungen Miller und Belka 237
4.1 Die Beitrittsverhandlungen 237
4.1.1 Die Vorgeschichte der Beitrittsverhandlungen 237

4.1.2 Die Aufnahme der Verhandlungen 239
4.1.3 Zugang von Bürgern anderer Mitgliedstaaten zum polnischen Immobilienmarkt 240
4.1.4 Polnische Arbeitskräfte in der EU 244
4.1.5 Kopenhagener Verhandlungsrunde: Landwirtschaft und Finanzen.....248
4.1.6 Die Sozialdemokraten und die Beitrittsverhandlungen: eine Zusammenfassung 254
4.2 Debatte über die Reform der Europäischen Union.....255
4.2.1 Die Anfänge der polnischen Debatte über die Zukunft Europas.....255
4.2.2 Polen und die Bestimmungen des Nizza-Vertrags 256
4.2.3 Polen im Europäischen Konvent 257
4.2.4 Nizza oder der Tod.....265
4.2.5 Nach dem Scheitern des Gipfels in Brüssel 270
4.2.6 Marek Belka und ein Kompromiss über die Verfassung für Europa.....273
4.2.7 Nach den Volksentscheiden in Frankreich und in den Niederlanden 276
4.2.8 Die Regierung Belka und die Diskussion über das soziale Europa.....278
4.3 Sicherheitspolitik und europapolitische Implikationen der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten 283
4.3.1 Die uneingeschränkte Solidarität à la polonaise.....283
4.3.2 Polen im Streit über den Irakkrieg 286
4.3.3 Die Debatte über die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.....292
4.3.4 Sicherheitspolitik und die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aus Sicht der SLD: eine Zusammenfassung.....297
4.4 Ostpolitik im Kontext der Europäischen Union 298
4.4.1 Entspannung in den polnisch-russischen Beziehungen 298
4.4.2 Das Ende der Entspannung.....303
4.4.3 Das Engagement Polens in der Gestaltung einer EU-Ostpolitik 307
4.4.4 Ostpolitik der SLD: eine Zusammenfassung.....313
5. Strukturen und Programmatik der Regierungen Marcinkiewicz und Kaczyński 315
5.1 Die zwei Jahre der Vierten Republik.....315
5.1.1 Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2005 als Doppelerfolg der PiS 315
5.1.2 Die Fragmentierung des polnischen Parteiensystems.....316
5.1.3 Die Regierung von Jarosław Kaczyński und die Wahlen 2007.....320
5.1.4 Die Partei der Vierten Republik: Einführung in die Programmatik der PiS ..322
5.2 Die außen- und europapolitischen Präferenzen der PiS im Spiegel der Parteidokumente.....324
5.2.1 Die außen- und europapolitischen Aspekte des Wahlprogramms der PiS aus dem Jahre 2001.....324
5.2.2 Europa der solidarischen Nationen – das Programm der Europapolitik der PiS (2004).....328
5.2.3 Die außen- und europapolitischen Konzepte der PiS im Spiegel des Dokuments *Katholisches Polen im christlichen Europa* (2005).....337
5.2.4 Die außen- und europapolitischen Aspekte des Wahlprogramms der PiS aus dem Jahre 2005.....342

5.2.5 Die außen- und europapolitischen Aspekte des Wahlprogrammes der PiS aus dem Jahre 2007 346
5.3 Die außen- und europapolitischen Präferenzen der PiS im Spiegel der Erklärungen der Regierungsmitglieder 352
5.3.1 Die außen- und europapolitischen Aspekte der Regierungserklärung von Kazimierz Marcinkiewicz (2005) 352
5.3.2 Die Präferenzen der Regierung Marcinkiewicz in der Erklärung des Außenministers Stefan Meller vom 15. Februar 2006 356
5.3.3 Die außen- und europapolitischen Aspekte der Regierungserklärung von Jarosław Kaczyński (2006) 364
5.3.4 Präferenzen der Regierung Kaczyński in der Erklärung der Außenministerin Anna Fotyga vom 11. Mai 2007 370
5.4 Die außen- und europapolitischen Präferenzen der PiS: Auswertung der Interviews 380
5.4.1 Prioritäten der polnischen Außenpolitik 381
5.4.2 Prioritäten Polens in der Europäischen Union 386
5.4.3 Bilanz der sozialdemokratischen Regierungen 2001-2005 391
5.4.4 Bilanz der nationalkonservativen Regierungen 2005-2007 394
5.4.5 Deutsch-polnische Beziehungen 399
5.4.6 Einstellungen zu den vorgeschlagenen Thesen 401
5.5 Zwischenfazit: Die außen- und europapolitischen Präferenzen der PiS 404
5.5.1 Bewertung der Beitrittsverhandlungen 404
5.5.2 Die Debatte über die Reform der Europäischen Union 406
5.5.3 Sicherheitspolitik und europapolitische Implikationen der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten 410
5.5.4 Ostpolitik im Kontext der Europäischen Union 413
6. Die Praxis der Europapolitik der Regierungen Marcinkiewicz und Kaczyński 417
6.1 Die Beitrittsverhandlungen 417
6.1.1 Die Nationalkonservativen und die Beitrittsverhandlungen 417
6.1.2 Der Beitrag der PiS zur Diskussion über Beitrittsverhandlungen auf dem Forum des polnischen Sejms der vierten Wahlperiode 417
6.1.3 Die Nationalkonservativen und die Beitrittsverhandlungen: eine Zusammenfassung 422
6.2 Die Debatte über die Reform der Europäischen Union 423
6.2.1 Der Anfang der Reflexionsphase und die Budgetverhandlungen 423
6.2.2 Auf der Suche nach einem Ausweg aus der Stagnation 426
6.2.3 Die Berliner Erklärung und die Quadratwurzel 428
6.2.4 Der neue Vertrag 432
6.2.5 Die PiS und die Reform der EU: eine Zusammenfassung 436
6.3 Sicherheitspolitik und europapolitische Implikationen der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten 438
6.3.1 Die Fortsetzung der uneingeschränkten Solidarität 438
6.3.2 Der Beitrag zur Debatte über eine europäische Armee 441
6.3.3 Andere Aspekte der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik 443

6.3.4 Die Sicherheitspolitik und die Beziehungen mit den Vereinigten Staaten aus Sicht der PiS: eine Zusammenfassung 445
6.4 Ostpolitik im Kontext der Europäischen Union 446
6.4.1 Die Anfänge des polnisch-russischen Fleischkrieges 446
6.4.2 Die Europäisierung des polnisch-russischen Konflikts 449
6.4.3 Die PiS und die Nachbarschaftspolitik der EU 455
6.4.4 Die Ostpolitik der PiS: eine Zusammenfassung 460
7. Präferenzen und politische Praxis: ein Vergleich 462
7.1 Vergleich der Präferenzen der SLD und der PiS 462
7.2 Vergleich der politischen Praxis der SLD und der PiS 475
7.2.1. Die Bewertung der Beitrittsverhandlungen 476
7.2.2. Die Debatte über die Reform der Europäischen Union 478
7.2.3. Die Sicherheitspolitik und europapolitische Implikationen der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten 480
7.2.4. Die Ostpolitik im Kontext der Europäischen Union 482
7.3 Die Präferenzen und die Praxis: eine Zusammenfassung 484
7.3.1 Vergleich der Parteipräferenzen und der politischen Praxis innerhalb der Parteien: eine Zusammenfassung 484
7.3.2. Unterschiede zwischen den Parteien und ihre zeitliche Entwicklung 491
8. Die polnische Europapolitik und die Theorie der Internationalen Beziehungen 494
Anhang 500
Verzeichnis der Abbildungen 500
Verzeichnis der Tabellen 501
Verzeichnis der Abkürzungen 505
Liste der befragten Personen mit Angaben bezüglich des Interviews 507
Fragebogen/Formularz wywiadu 508
Bibliographie 512
Lebenslauf 536

Abstract

Diese Arbeit untersucht, inwieweit sich die Präferenzen polnischer politischer Parteien in der Europapolitik Polens widerspiegeln. Es wird dabei davon ausgegangen, dass die Parteipräferenzen signifikanten Einfluss auf die Gestaltung der politischen Praxis ausüben und so einen Spezialfall der liberalen Theorie der Internationalen Politik darstellen. Diese Abhandlung beschreibt die Überprüfung der genannten Hypothese und fasst die Ergebnisse des Verfahrens zusammen. Diese sprechen gegen eine parteizentrische Interpretation der liberalen Theorie in der internationalen Politik.

1. Einleitung

1.1 Fragestellung und Forschungsstand

Seit über dreißig Jahren beschäftigen sich Politikwissenschaftler mit der Frage, inwieweit sich ideologische Unterschiede zwischen den Parteien in der Politik der von ihnen gebildeten Regierungen ausdrücken. Als symbolischer Ausgangspunkt der Debatte kann die Veröffentlichung Daniel Bells *The End of Ideology* aus dem Jahre 1960 genannt werden[1]. Ende der siebziger Jahre wurde das Problem am Beispiel der Innenpolitik unter anderem durch Frank Castles und Robert D. McKinlay (1979) untersucht[2]. Am Anfang des danach folgenden Jahrzehnts setzten Manfred G. Schmidt in Deutschland (1980, 1982)[3] wie auch Laurence J. Sharpe und Kenneth Newton (1984) in Großbritannien die Forschung auf diesem Gebiet fort[4].

In der Ära des Kalten Krieges blieben Überlegungen zur Relevanz der Parteipräferenzen für die politische Praxis aus der Untersuchung der Außenpolitik häufig ausgeklammert. Die abwertende Einstellung zur Innenpolitik spiegelt sich unter anderem in *Politics Among Nations* von Hans Morgenthau wider[5]. Bereits in den sechziger Jahren gab es jedoch Stimmen gegen diese Meinung, wobei die Tradition der Überlegungen über die Zusammenhänge zwischen den Verhältnissen innerhalb des Staates und ihrem

[1] Die These über das Ende der Ideologien erwähnt Manfred G. Schmidt in seiner Arbeit aus dem Jahre 1980 ohne dabei direkt auf Daniel Bell hinzuweisen. Vgl.: M. G. Schmidt, *CDU und SPD an der Regierung*, Campus Verlag, Frankfurt/New York 1980, S. 14. Bell selbst wurde inspiriert durch eine Reihe von Publikationen, welche den enttäuschten Erwartungen an den Marxismus Ausdruck verliehen, wie Raymond Arons *Opium für Intellektuelle oder die Suche nach Weltanschauung*. Vgl.: D. Bell, *The End of Ideology. On the Exhaustion of Political Ideas in the Fifties*, Harvard University Press, Cambridge (Massachusetts) 2000, S. 501, S. XI.

[2] F. Castles, R. D. McKinlay, *Does politics matter? An analysis of the public welfare commitment in advanced democratic states*, "European Journal of Political Research" 7 (1979) 2, S. 169-186.

[3] M. G. Schmidt, *CDU und SPD an der Regierung*, Campus Verlag, Frankfurt/New York 1980; M. G. Schmidt, *Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen*, Campus Verlag, Frankfurt am Main 1982.

[4] L. J. Sharpe, K. Newton, *Does Politics Matter? The Determinants of Public Policy*, Clarendon Press, Oxford 1984.

[5] H. J. Morgenthau, *Politics Among Nations. The Struggle for Power and Peace*, McGraw-Hill, New York 2006, S. 5.

Verhalten in den Internationalen Beziehungen auf Kant zurückverfolgt werden kann[6]. Für die Einbeziehung der Innenpolitik in die Außenpolitikforschung sprach sich unter anderem Ekkehart Krippendorff aus, der in erster Linie die Bedeutung der kulturellen Aspekte betonte (kollektive Wertvorstellungen)[7]. Ein anderer deutscher Forscher, Ernst-Otto Czempiel, schrieb im Jahre 1963, dass die Analyse der Zusammenhänge zwischen Außenpolitik und staatlichen Regierungssystemen zwar nicht so leicht sein werde, „wie der frühe Liberalismus, besonders in den angelsächsischen Ländern, es sich gedacht hatte", aber „keineswegs außerhalb der Reichweite wissenschaftlicher Analyse" liege[8].

Erst nach der friedlichen Revolution im ehemaligen Sowjetblock entwickelten sich Bedingungen, welche das wissenschaftliche Interesse für das Zusammenspiel zwischen Außen- und Innenpolitik förderten. Als eine Inspiration für die Politikwissenschaftler dienten unter anderem die Kriege in Bosnien und im Kosovo[9]. Die Rolle der Parteien in diesen Konflikten beschrieb Brian Rathbun in seinem 2004 erschienenen Werk *Partisan Interventions*[10].

Was die Thematik und Klarheit seiner Hypothesen angeht, ist Brian Rathbuns Arbeit bahnbrechend, weist aber einige nicht unwichtige Schwächen auf, welche das Endergebnis der Analyse verzerren. Rathbun wendet zum Beispiel ausschließlich qualitative Methoden an. Die Schwächen dieses Forschungsdesigns werfen so auch einen Schatten auf die Relevanz der von Rathbun erzielten Ergebnisse. Weitere Forschungen in dieser Hinsicht sind folglich notwendig.

Ein weiterer Aspekt ist die Auswahl der Fälle. Rathbuns Studie ist auf Beispiele dreier bedeutender westeuropäischer Staaten fokussiert: Großbritannien, Deutschland und Frankreich. Die Erfahrungen der neuen Demokratien im Osten des Kontinents

---

[6] I. Kant, *Zum ewigen Frieden*, Suhrkamp, Frankfurt am Main 2009. Für eine Überprüfung der Argumente der Theorie des demokratischen Friedens am Beispiel von vier historischen Fällen vgl.: J. M. Owen, *How Liberalism Produces Democratic Peace*, "International Security", 19 (1994) 2, S. 87-125.
[7] E. Krippendorff, *Ist Außenpolitik Außenpolitik*, „Politische Vierteljahresschrift", 4 1(1963) 3, S. 244.
[8] E.-O. Czempiel, *Der Primat der auswärtigen Politik – Kritische Würdigung einer Staatsmaxime*, „Politische Vierteljahresschrift", 4 (1963) 3, S. 266-288.
[9] Über die Entscheidung Deutschlands für oder gegen die Teilnahme an der Intervention im Kosovo schrieb u.a. der polnische Politikwissenschaftler und Journalist Wojciech Pięciak. Vgl.: W. Pięciak, *Droga do normalności. Polityka zagraniczna RFN od wojny o Kuwejt do wojny o Kosowo*, Towarzystwo „Więź", Fundacja Centrum Stosunków Międzynarodowych, Warszawa 2000.
[10] B. C. Rathbun, *Partisan Interventions. European Party Politics and Peace Enforcement in the Balkans*, Cornell University Press, Ithaca/London 2004, S. 6.

wurden nicht auf vergleichende Weise erforscht. Dies ist Rathbun nicht zum Vorwurf zu machen, illustriert aber eine generelle Tendenz in den Hauptströmungen der westeuropäischen und nordamerikanischen Politikwissenschaft, die Erfahrungen eigener Länder in den Mittelpunkt zu stellen. Zugleich versäumten es die Spezialisten für die Außenpolitik der Staaten Mittel- und Osteuropas bisher, die Relevanz der Fragen, mit denen sich Theoretiker der Internationalen Beziehungen im Westen auseinandersetzen, für die postkommunistische Staaten empirisch zu untersuchen.

Ein Großteil der bisherigen Publikationen über die Probleme der polnischen Außen- und Europapolitik hat einen rein deskriptiven Charakter. Als nur ein Beispiel ist hier die vom renommierten polnischen Forscher Roman Kuźniar verfasste und im Jahre 2008 veröffentlichte Monografie über die Außenpolitik der Dritten Republik zu nennen[11].

Inspirierend wirkte für eine weitere Gruppe von Publikationen der Beitritt Polens in die EU. Die meisten Werke, die dieser Kategorie zugeordnet werden können, zielten ebenfalls nicht auf die Überprüfung einer konkreten Hypothese ab, wie beispielsweise der Aufsatz von Elżbieta Stadtmüller, in dem sie u.a. die Ostpolitik der EU („governing others") und den Beitrag der neuen Mitgliedstaaten zur EU-Reformdebatte analysiert[12]. Eine positive Ausnahme bildet die Abhandlung des österreichischen Politikwissenschaftlers Helmut P. Gaisbauer *Nizza oder der Tod!*, welche zu den wenigen empirisch ausgerichteten und theoretisch gut untermauerten Werken über polnische EU-Politik zählt[13].

Äußerst interessant sind zwei Arbeiten, welche der polnischen Diskussion über die Europäische Union und über den EU-Beitritt gewidmet sind: *Za i przeciw Europie* von Łukasz Machaj[14] und *Obrazy Europy w Polskim dyskursie publicznym* von Anna

[11] R. Kuźniar, *Droga do wolności. Polityka zagraniczna III Rzeczypospolitej*, Wydawnictwo Naukowe Scholar, Warszawa 2008.
[12] E. Stadtmüller, *The EU's Future and Democracy in the Context of Enlargement* [in:] T. Lane, E. Stadtmüller (Hrsg.), *Europe on the Move. The Impact of Eastern Enlargement on the European Union*, Lit Verlag, Münster 2005, S. 15-35.
[13] H.P. Gaisbauer, *Nizza oder der Tod! Zur negativen Dialektik von Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union von Nizza bis Lissabon*, Nomos, Baden-Baden 2010.
[14] Ł. Machaj, *Za i przeciw Europie. Integracja europejska w polskiej myśli politycznej w latach 1989-2001*, Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego, Wrocław 2006.

Horolets[15]. Das Werk von Machaj hat einen historischen Charakter, während die Arbeit von Horolets in der Kommunikations- und Diskurstheorie verwurzelt ist. Beide Abhandlungen geben Informationen, im Falle der Arbeit von Horoletz sind sie überdies in einen theoretischen Rahmen eingeordnet, testen aber keine klar formulierten Hypothesen und erheben keine Ansprüche auf eine Weiterentwicklung politikwissenschaftlicher Theorien.

Dem Einfluss innenpolitischer Faktoren auf die Außenpolitik ist ein Aufsatz von Jerzy Ciechański in der Zeitschrift „Polski Przegląd Dyplomatyczny“ gewidmet[16]. Seine Arbeit nimmt jedoch keinen Bezug auf den polnischen Fall, sondern stellt lediglich einige Ansätze und Beispiele ihrer Anwendung bei der Analyse der US-amerikanischen Außenpolitik vor. Im Jahre 2007 veröffentlichte Ryszard Stemplowski einen Band, in dem er sich mit der Rolle der einzelnen Staatsorgane in der Vorbereitung der polnischen Außenpolitik befasst und wertvolle Hinweise bezüglich der vertieften Betrachtung dieses Problems gibt[17]. Seine Arbeit hat allerdings einen verwaltungstechnischen Charakter und ist als Einführung in die Thematik gedacht.

Diese Studie versucht beide Forschungslücken hinsichtlich der Theorie und der Region zu behandeln. Sie lässt sich auf die Frage reduzieren, inwieweit Präferenzen der polnischen Regierungsparteien die praktische Europapolitik Polens prägten. Es ist an dieser Stelle erstens zu klären, dass Europapolitik als Teilgebiet der Außenpolitik verstanden wird. Zweitens sind die Parteipräferenzen breiter definiert als die Inhalte der Parteiprogramme. Sie werden aus den Programmdokumenten und aus den Interviews mit den Europaexperten der Parteien abgeleitet.

Eine Untersuchung des Falls Polen erfolgt unter Anwendung quantitativer und qualitativer Methoden. Durch die Betrachtung der unterschiedlich ideologisch ausgerichteten Regierungen kann eine vertiefte Analyse unternommen werden, welche zum ersten Mal die Aussagen der modernen Debatten aus dem Bereich der IB-Theorie am Beispiel Polens prüft. Gleichzeitig werden die Parteipräferenzen eindeutig von der

[15] A. Horolets, *Obrazy Europy w polskim dyskursie publicznym*, Universitas, Kraków 2006.
[16] J. Ciechański, *Teorie podejmowania decyzji w polityce zagranicznej*, „Polski Przegląd Dyplomatyczny”, 6 (2006) 1, S. 27-48.
[17] R. Stemplowski, *Wprowadzenie do analizy polityki zagranicznej RP*, Band I, Polski Instytut Spraw Międzynarodowych, Warszawa 2007, S. 438.

politischen Praxis differenziert, was zur Klarheit der Aussagen beiträgt. Eine transparente Struktur der Arbeit nähert sich deutlicher naturwissenschaftlichen Standards an, als dies bei den früher erwähnten Publikationen über die Außenpolitik Polens der Fall war.

Die Inspiration für die provokative Titelfrage dieser Abhandlung, „Ist alles Innenpolitik?", geht auf die Zeitschrift „Internationale Politik" zurück, deren Motto im Januar 2005 lautete: „Alles ist Außenpolitik"[18]. In der vorliegenden Arbeit wird eine Hypothese, die im Gegensatz zu den Aussagen der „Internationalen Politik" steht, der genauen Prüfung unterzogen. Der Titel weist zugleich auf den Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik hin, ein Aspekt, der im Mittelpunkt dieser Studie steht[19].

1.2 Vorgehensweise

Die vorliegende Studie greift auf die Tradition der vergleichenden Analysen und Fallstudien zurück, die mit den Werken von Putnam[20], Skocpol[21] und Owen[22] assoziiert wird. Da sich die Untersuchung auf ein Land konzentriert, ist für die Erfassung der Varianz von Variablen die Anwendung von within-case-Design notwendig[23]. Als Fälle innerhalb des analysierten Falls Polen (within-cases) wurden die sozialdemokratische Regierung (Kabinette Miller und Belka) und die nationalkonservative Regierung (Kabinette Marcinkiewicz und Kaczyński) gewählt.

Nach der Typologie von Fallstudien nach Gerring (2007) ist diese Untersuchung der Kategorie 4 zuzuordnen, welche die Elemente des synchronischen und des

[18] S. Rosenbladt, *Alles ist Außenpolitik. Editorial*, „Internationale Politik", Januar 2005, S. 1.
[19] In diesem Kontext ist auch auf die als Klassiker geltende Arbeit von Ekkehart Krippendorff hinzuweisen. Krippendorff hat bereits in den sechziger Jahren auf die Wichtigkeit von innenpolitischen Prozessen für die Gestaltung der Außenpolitik hingewiesen. Vgl.: E. Krippendorff, *Ist Außenpolitik Außenpolitik* „Politische Vierteljahresschrift", 4 (1963) 3, S. 243-266.
[20] R. D. Putnam, R. Leonardi, R. Nanetti, *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton University Press, Princeton 1994.
[21] T. Skocpol, *States and Social Revolutions: A Comparative Analysis of France, Russia and China*, Cambridge University Press, Cambridge (Mass.) 2008.
[22] J. M. Owen, *How Liberalism Produces Democratic Peace*, "International Security", 19 (1994) 2, S. 87-125.
[23] J. Gerring, *Case Study Research: Principles and Practices*, Cambridge University Press, Cambridge (Mass.) 2007, S. 21, S. 27.

diachronischen Vergleichs kombiniert[24]. Die Regierungen der SLD und der PiS existierten nacheinander, daher kann von zwei Zeitpunkten in der Geschichte Polens gesprochen werden (diachronischer Aspekt). Zugleich aber fungierten beide Parteien als politische Organisationen parallel im ganzen analysierten Zeitraum, was bei der Auswertung ihrer Programmatik berücksichtigt wird (synchronischer Aspekt). Die Kombination von synchronischen und diachronischen Elementen mit dem within-case-Design erinnert an *Making Democracy Work* von Robert Putnam[25].

Neben der qualitativen Analyse von Parteiprogrammen und ihrer Umsetzung in der Praxis werden auch quantitative Methoden herangezogen. In jedem der ausgewerteten Dokumente wird die Anzahl von Aussagen berechnet, die einer der vordefinierten Unterkategorien angehören. Anhand dieser Daten erfolgt sodann die Berechnung von Positionen der untersuchten Texte im eindimensionalen politischen Raum. Quantitativ werden auch die Antworten der befragten Parteienexperten auf die Frage nach potenziellen Außen- und Europapolitikpräferenzen ausgewertet. Statistische Untersuchungen weisen auf signifikante Unterschiede zwischen beiden Parteien hin, was ihre Betrachtung von Zielen Polens in der EU und in der internationalen Politik anbelangt. Die quantitativen Ergebnisse finden als Ergänzung des qualitativen Vergleichs und als weiteres Argument bei der Formulierung von Schlussfolgerungen Berücksichtigung.

Wie die meisten Fallstudien und vergleichenden Analysen stellt auch diese Arbeit keinen Anspruch auf allgemeine Gültigkeit[26]. Die Überprüfung einer Interpretation der liberalen Theorie der Internationalen Beziehungen erfolgt am Beispiel Polens und anhand von Daten, die sich auf dieses Land beziehen. Durch genaue und tief reichende Auswertung sehr vielfältiger Quellen wie Interviews und Programmdokumente können die kausalen Mechanismen, welche für die Entwicklung der polnischen Außen- und Europapolitik verantwortlich sind, aufgedeckt werden (Process-Tracing)[27]. Diese

[24] *Ebd.*, S. 27-28.
[25] *Ebd.*, S. 27.
[26] A. L. George, A. Benett, *Case Studies and Theory Development in the Social Sciences*, MIT Press, Cambridge (Mass.) 2005, S. 109-110.
[27] Bei Gerring ist folgende Definition von Process Tracing zu finden: „The hallmark of process tracing, in my view, ist that multiple types of evidence are employed for the verification of a single inference…".

detaillierte Betrachtung kann aber nur beschränkt generalisiert werden. Polen kann im Kontext Ostmitteleuropas als ein most-likely-case interpretiert werden; es handelt sich um die größte, bevölkerungsreichste und wirtschaftstärkste von allen in die EU neu aufgenommenen postkommunistischen Demokratien. Nichtsdestotrotz müsste die Geltung der Ergebnisse für weitere Staaten der Region durch zusätzliche Fallstudien bestätigt werden, was über den Rahmen dieser Untersuchung hinausgeht.

1.3 Klärung der Begriffe und Anmerkungen zum empirischen Teil

1.3.1 Wie sind die Begriffe „Europapolitik" und „politische Partei" zu verstehen?

Die Europapolitik als Teilgebiet der Außenpolitik

In einer Studie, die es sich zum Ziel setzt, den Einfluss von Parteipräferenzen auf die polnische Europapolitik zu untersuchen, dürfen Überlegungen zur Bedeutung des Begriffs „Europapolitik" nicht fehlen. Dass die Formulierung „Europapolitik" nach einer Erklärung verlangt, wurde bei der Durchführung der Interviews mit den polnischen Politikern für die vorliegende Arbeit offensichtlich. Insbesondere die Vertreter der Linken wiesen auf die zunehmende Verflechtung der Europapolitik mit den Bereichen hin, die traditionell als innenpolitisch eingestuft werden[28]. Die Allgegenwärtigkeit der Europäischen Union, die durch ihre Rechtsakte einen bedeutenden Einfluss auf das Alltagsleben der Bürger ausübt, ist ein gutes Argument für eine Trennung von Europa- und Außenpolitik. In diesem Fall spricht man jedoch von der Europapolitik als Politik der Europäischen Union gegenüber den einzelnen Mitgliedstaaten, ihren Einwohnern und den anderen privaten und juristischen Personen, die sich auf ihrem Hoheitsgebiet befinden. Dies ist jedoch nicht Thema der vorliegenden Arbeit, und aus diesem Grund muss hier eine andere Definition Anwendung finden.

Vgl.: J. Gerring, *Case Study Research: Principles and Practices*, Cambridge University Press, Cambridge (Mass.) 2007, S. 173.

[28] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Michał Syska (SDPL)*. K. Marcinkiewicz, *Interview mit Szymon Szewrański (SDPL)*.

Alternativ kann Europapolitik beispielsweise als Teilgebiet der Außenpolitik eines gegebenen Mitgliedstaates verstanden werden. In diesem Fall ergeben sich wiederum zwei Möglichkeiten. Eine breite Interpretation schränkt den Begriff „Europapolitik“ nicht auf die Beziehung zwischen einem Mitgliedstaat und der Gemeinschaft ein, sondern berücksichtigt auch die Politik gegenüber allen anderen Staaten und internationalen Organisationen des europäischen Kontinents. Ein solch breites Verständnis schlägt zum Beispiel Josef Jannning vor:

„Im Feld der deutschen Außenpolitik bildet die Europapolitik neben der Sicherheitspolitik die zentrale außenpolitische Handlungsebene. In allen neuzeitlichen Phasen gesamtstaatlicher Existenz war deutsche Außenpolitik primär auf Europa ausgerichtet. Sich in Europa und seinem politischen Gefüge zu behaupten, war, je nach Standpunkt des Betrachters, Schicksal oder Ratio deutscher Politik. Die Umstände der Einigung, die Interessen der zahlreichen Nachbarn, die geopolitische Lage im Zentrum des europäischen Staatensystems wie die Phasen instabiler Machtbalance unter den europäischen Großmächten bestimmten die Agenda deutscher Europapolitik seit der Reichsgründung 1871 – und sie tun dies in gewisser Weise auch heute noch, wenn auch unter gänzlich veränderten Bedingungen“[29].

Die zweite mögliche Interpretation der Europapolitik als Teilbereich der Außenpolitik entspricht am besten den Zielen dieser Studie. Sie nimmt an, dass der Begriff „Europapolitik“ die Politik eines gegebenen Mitgliedstaates (in diesem Falle Polens) gegenüber der Europäischen Union beschreibt. Weil die EU, trotz der fortschreitenden Integrationsprozesse, immer noch viele Eigenschaften einer internationalen Organisation aufweist[30], wird die Politik der einzelnen Mitgliedstaaten gegenüber der EU nicht nur auf den Beziehungen mit den Organen der Gemeinschaft beruhen, sondern auch die Kontakte mit anderen Mitgliedstaaten einbeziehen, die letztendlich über die Entwicklung der gemeinschaftlichen Institutionen entscheiden.

Der letzte Ansatz erinnert in gewissem Maße an den von Janning benutzten Begriff der Integrationspolitik, den er bereits konkret mit den inhaltlichen Elementen der deutschen Position in der Debatte über die Europäische Union assoziiert. Nach Janning

[29] J. Janning, *Europäische Union und Deutsche Europapolitik* [in:] S. Schmidt, Gunther Hellmann, Reinhard Wolf, *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007, S. 747.
[30] Hier ist unter anderem auf die Rolle der Gipfeltreffen des Europäischen Rates hinzuweisen.

ist die Integrationspolitik „der Kern der deutschen Europapolitik“ und „zielt auf die Stabilisierung wie auf die politische wie institutionelle Weiterentwicklung der Europäischen Union“[31]. Im polnischen Fall kann eine solch enge Definition wegen ihrer normativen Bestandteile keine Anwendung finden, denn die Europapolitik scheint in Polen, anders als in Deutschland, immer noch ein kontroverses Thema in den Auseinandersetzungen zwischen den Parteien zu sein[32]. Ob sich die Situation in Polen tatsächlich so darstellt und ob sich die zu vermutenden programmatischen Unstimmigkeiten zwischen den Parteien in der politischen Praxis widerspiegeln, soll erst in dieser Studie geklärt werden. Verallgemeinert man jedoch Jannings Äußerungen zur Integrationspolitik, wird deutlich, dass sie in dieselbe Richtung tendieren, wie die oben dargestellte zweite Definition der Europapolitik als Außenpolitik.

Die Interpretation des Begriffs „Europapolitik“, die in der vorliegender Arbeit verwendet wird, berücksichtigt somit die Tatsache, dass die strategischen Entscheidungen über die Richtung der institutionellen Entwicklung, auf der intergouvernementalen Ebene getroffen werden und einen politischen und normativen, nicht administrativ-rechtlichen Charakter haben. Im Rahmen dieser engen Definition von Europapolitik können Erklärungsansätze aus der Theorie der Internationalen Beziehungen angewandt werden. Für die These, dass die Europapolitik als Teilgebiet der Außenpolitik verstanden werden kann, spricht auch die Tatsache, dass viele kleinere und mittlere europäische Staaten ihre internationalen Aktivitäten wegen beschränkter Ressourcen auf die Beziehungen (1) mit ihren Nachbarn (die häufig auch Mitgliedstaaten der EU sind), (2) mit den Partnern aus der EU und (3) mit der Gemeinschaft konzentrieren.

Politische Parteien in Polen

Wie bereits angedeutet, wird sich die Analyse der vorliegenden Studie auf zwei Regierungen, die von zwei Parteien gebildet wurden, konzentrieren. Es muss zunächst

[31] J. Janning, *Europäische Union und Deutsche Europapolitik* [in:] S. Schmidt, G. Hellmann, R. Wolf, *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007, S. 747.
[32] H. Marhold, *Deutsche Europapolitik nach dem Regierungswechsel 2005*, „Integration“ 15 (2006) 1, S. 3, S. 17.

jedoch geklärt werden, was in diesem Zusammenhang unter „Regierung“ und „Partei“ verstanden wird, da diese Begriffe im Kontext der polnischen Politik nicht eindeutig sind. Die Verwendung der Wörter „Regierung“ und „Kabinett“ wird in Kapitel 2.2.3 diskutiert, aus diesem Grund werden im Mittelpunkt dieses Abschnitts Überlegungen über Charakterzüge der polnischen politischen Parteien stehen.

Zu den wichtigsten Merkmalen des polnischen Parteiensystems gehören dramatische strukturelle Veränderungen, die weit über die anfängliche Phase der Transformation hinausgingen. Diese Schwankungen „waren in Polen besonders intensiv und hatten vor allen Dingen eine lang andauernde Wirkung“[33]. Die Ursachen der extremen Instabilität des polnischen Parteiensystems werden sowohl in der Durchführung der Wirtschaftsreformen in der frühen Phase der Demokratisierung als auch in den Eigenschaften des polnischen Wahlrechtes vermutet[34], wie Angelo Panebianco feststellt: „The way in which the cards are dealt out and the outcomes of different rounds played out in the formative phase of an organization, continue in many ways to condition the life of the organization even decades afterwards”[35].

Die große Volatilität der polnischen Wählerschaft und die dadurch verursachte Instabilität des Parteiensystems trugen dazu bei, dass polnische politische Parteien von Anfang an deutlich schwächer und instabiler waren als politische Parteien der meisten entwickelten Demokratien Westeuropas. Hingegen kann man Parallelen zwischen der Krise der traditionellen Massenparteien Westeuropas auf der einen und der Schwäche der polnischen Parteien auf der anderen Seite sehen. Die Entwicklung der modernen Massenmedien, welche die Opportunitätskosten der Parteimitgliedschaft erhöhten[36] und zugleich zum Rückgang der direkten Kontakte zwischen der Parteiführung und der Parteibasis im Westen beitrugen[37], spielte auch in Polen eine Rolle. Anders als

[33] I. Jörs, *Postsozialistische Parteien. Polnische SLD und ostdeutsche PDS im Vergleich*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, S. 159.
[34] *Ebd.*
[35] A. Panebianco, *Political Parties. Organization and Power*, Cambridge University Press, Cambridge 1988, S. xiii.
[36] E. Wiesendahl, *Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, S. 90 (S. 196).
[37] Die Abnahme der direkten Kontakte zwischen der Parteibasis und der Parteizentrale kann laut P. Donges auf die Stärkung der Parteizentrale gegenüber der Parteibasis zurückgeführt werden. Vgl.: P. Donges,

beispielsweise in Deutschland konnte man jedoch im Falle Polens nicht über eine rückläufige Anzahl der Parteimitglieder sprechen, da sich nach dem Zerfall der kommunistischen PZPR (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) keine andere Organisation als Massenpartei etablieren konnte. Was Struktur und Mitgliedschaft anbelangt, näherte sich am stärksten die SLD (Bündnis der Demokratischen Linken) dem Modell einer Volkspartei an. In ihrer besten Phase hatten die Sozialdemokraten zwar etwa 115.000 Mitglieder[38], das entsprach allerdings nur einem Fünftel der Mitgliederzahl einer der großen deutschen Volksparteien.

Nicht nur aufgrund ihrer Struktur unterschied sich die SLD von anderen politischen Kräften Polens. Herausragend war auch die Tatsache, dass sie ohne größere innere Spannungen und Spaltungen fast zwanzig Jahre existierte. Aber auch mit dieser relativen Stabilität schaffte es die SLD nicht, Veränderungen zu vermeiden. Obwohl der Name „SLD" schon länger existierte, entstand eine einheitliche Partei unter dieser Bezeichnung erst 1999 und trat in den Wahlen 2001 nicht alleine, sondern im Wahlbündnis mit der Arbeitsunion (UP) auf. Die spätere Abspaltung der SDPL (Sozialdemokratie Polens) trug zur weiteren Verkomplizierung des Gesamtbildes bei. In der vorliegenden Arbeit werden daher sowohl die Mitglieder aller drei linken Parteien, als auch weitere linke Politiker, welche die SLD verlassen haben, berücksichtigt. Relevant ist in diesem Fall die Tatsache, dass es beinahe in der ganzen Periode, in der die Sozialdemokraten die Regierung stellten, einen regierenden Block SLD-UP gab, welcher im Parlament praktisch wie eine Partei funktionierte. Die Abspaltung der SDPL ist als eine Folge personenbezogener Konflikte zu sehen. Der linke parlamentarische Block war dadurch zwar geschwächt, ist aber letztlich nicht auseinandergefallen. Aus diesem Grund wird angenommen, dass der Begriff „Partei" sich in erster Linie auf die SLD bezieht, da sie die Weichen der Politik des Blockes stellte. Weitere Vertreter der Linken können jedoch nicht ausgeschlossen werden, da sie auf diese oder andere Weise zur Bestimmung der politischen Linie des Kabinetts von Miller und Belka beitrugen. Das rechte Spektrum

---

Medialisierung politischer Organisationen. Parteien in der Mediengesellschaft, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, S. 95.

[38] K. Janik, *Wystąpienie Krzysztofa Janika, ustępującego sekretarza SLD*, II Konwencja Krajowa SLD, 23.02.2002, SLD, http://www.sld.org.pl/index.php?view=1&art_id=4635&pid=18&ret_id=130&rsid=0 (Stand: 25.05.2008).

der politischen Szene der Dritten Republik war bis 2005 deutlich instabiler als das linke. Die rechten Parteien existierten kürzer als eine Wahlperiode und neigten zu häufigen Teilungen und Wiedervereinigungen in veränderter Zusammensetzung. Bedingt durch ihre Instabilität hatten die Post-Solidarność Parteien keine Gelegenheit, sich zu Massenparteien zu entwickeln, obwohl sie aus der polnischen Massenbewegung kamen. Die Mehrheit von ihnen, darunter auch die „Recht und Gerechtigkeit" (PiS), wurden von den Parlamentsgruppen gegründet, die mit den Führungskräften ihrer ursprünglichen Fraktionen nicht einverstanden waren.

Der Teufelskreis der ewigen Spaltungen und Wiedervereinigungen, welcher die Post-Solidarność Kräfte viele Jahre schwächte, wurde aller Ansicht nach erst von der PiS durchbrochen. Die auf dem Prinzip der starken, unanfechtbaren Führung organisierte „Recht und Gerechtigkeit" erlebte seit ihrer Gründung im Jahre 2001 wenige innere Krisen. Die erste bedeutende Spaltung begab sich erst nach der Wahlniederlage im Jahre 2007. Nach dem Machtverlust zugunsten der Bürgerplattform (PO) kam es zu einem Konflikt zwischen einer Gruppe prominenter Parteimitglieder mit dem ehemaligen Kulturminister Kazimierz Michał Ujazdowski und dem ehemaligen Innenminister Ludwik Dorn auf der einen und Jarosław Kaczyński auf der anderen Seite. In Folge der Auseinandersetzung mussten die Abweichler die Reihen der Partei verlassen. Seit seinem Parteiausschluss betont Ujazdowski Unterschiede zwischen ihm und den Brüdern Kaczyński. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wurde er aufgrund der bedeutenden Rolle, die er als Minister in den Kabinetten von Marcinkiewicz und Kaczyński spielte, dennoch interviewt. Auch im Falle von PiS muss der Begriff „Partei" folglich breiter verstanden werden, als es der rein rechtliche Rahmen erlauben würde.

1.3.2 Bemerkungen zu den Experteninterviews

Allgemeine Bemerkungen zu den Experteninterviews

Zu den wichtigsten Informationsquellen über die Präferenzen der Parteien und die Praxis der Europapolitik zweier untersuchter polnischer Regierungen gehören neben den Parteidokumenten die Experteninterviews. Als Experten werden häufig Wissenschaftler

verstanden[39], die sich in einem bestimmten Staat mit einem bestimmten Thema beschäftigen und aus diesem Grund beim internationalen Vergleich der untersuchten Sachverhalte hilfreich sein können. In diesem Fall ist es nicht notwendig, Länder-Experten aus dem wissenschaftlichen Bereich einzubeziehen, da die Studie die Situation in einem Land beschreibt. Stattdessen werden Partei-Insider interviewt[40].

Das Ziel der Interviews ist, festzustellen, welche Präferenzen die Gruppierungen hatten, denen die Befragten angehörten (unabhängige Variable), und welche Einstellung die Befragten selbst zu den Ergebnissen der von ihnen und von ihren Konkurrenten geführten Politik haben (politische Praxis: abhängige Variable). Anders als in Prognosen wird nicht versucht, mithilfe von Sekundärquellen (dem Wissen der Spezialisten) eine möglichst genaue Vorhersage über die Zukunft zu erstellen. Es geht vielmehr um die Fokussierung auf die primären Quellen (politische Elite). Aus den Präferenzen der einzelnen Parteimitglieder wird versucht, ein Gesamtbild der Präferenzen einer Partei zu konstruieren. Es wird davon ausgegangen, dass dies eine fundiertere Grundlage für Schlussfolgerungen über das künftige Verhalten der Akteure ist als Interviews mit Wissenschaftlern[41].

Politiker haben Zugang zu einem breiteren Spektrum an relevanten internen Dokumenten als externe Experten. Das Argument von Slapin und Proksch für Experteninterviews wird also im Fall von parteiinternen Experten noch an Bedeutung gewinnen:

„In an ideal world, regularly conducted expert surveys may provide the best means for estimating party positions. Experts are able to synthesize large quantities of information from various speeches, voting patterns and media reports"[42].

---

[39] L. Ray, *Measuring Party Orientations Towards European Integration. Results from the Expert Survey*, "European Journal of Political Research", 36 (1999) 2, S. 286.
[40] *Ebd*. Leonard Ray berücksichtigt in seiner Studie auch Politiker, dies jedoch nur im Fall von Luxemburg, da er dort nur eine unbefriedigende Anzahl an Interviews mit den wissenschaftlichen Experten erreichte.
[41] Bruce Bueno de Mesquita und Alastair Smith schlagen in ihrem *Selectorate Survey* die Einbeziehung einer möglichst diversen Gruppe von Experten (Wissenschaft, Regierung, Recht, Wirtschaft, Medien) vor, um die Reliabilität der Untersuchung zu erhöhen, Vgl.: *Selectorate Survey*, The Alexander Hamilton Center for Political Economy at New York University, http://alexanderhamilton.as.nyu.edu/page/survey#q3 (Stand: 21.11.2008).
[42] J. B. Slapin, S.-O. Proksch, *A Scaling-Model for Estimating Time-Series Party Positions from Texts*, "American Journal of Political Science", 52 (2008) 3, S. 706.

Ferner sind sie selbst Entscheidungsträger und sollten aus diesem Grund am besten dafür qualifiziert sein, die von ihnen und ihren Parteien getroffenen Entscheidungen sowie die entsprechenden Entscheidungsmechanismen zu erklären. Neben diesen Vorteilen, die unter dem Begriff „primäre Quelle“ zusammengefasst werden können, weisen Interviews mit Politikern auch bedeutende Nachteile auf. Die Kehrseite der Argumente ist die Tatsache, dass Mitglieder politischer Eliten oftmals nicht dazu bereit sind, dem Interviewer alle relevanten Informationen mitzuteilen. Aktive Politiker haben viel zu verlieren, falls sie deutlich von der offiziellen Parteilinie abweichen oder kontroverse Aspekte der innerparteilichen Debatten offenlegen. Darüber hinaus fehlt ihnen, die selbst Politik bestimmten, die notwendige Distanz, um alle relevanten Faktoren des Entscheidungsprozesses zu erkennen und kritisch zu bewerten.

Die praktische Anwendung der Experteninterviews

Bogner und Menz stellen fest, dass Expertenbefragungen häufig weder der Gruppe der qualitativen noch quantitativen Methoden zugeordnet werden können, da sie Elemente beider Gruppen beinhalten[43]. Ähnlich verhält es sich auch im Falle der Interviews, die im Rahmen der vorliegenden Arbeit durchgeführt wurden. Die Bestimmung der Parteipräferenzen muss zwar einerseits auf einem Leitfadengespräch basieren, das den Interviewten die Möglichkeit gibt, ihre Gedanken frei zu formulieren. Andererseits kann eine zu weitreichende Flexibilität die Befragten dazu ermutigen, das Thema zu umgehen und das Interview in eine von ihnen bevorzugte Richtung zu lenken, die aus Sicht der Forschungsfrage weniger relevant sein kann. Dies ist besonders wahrscheinlich, wenn man es nicht mit wissenschaftlichen Experten, sondern mit politischen Akteuren zu tun hat, die große Erfahrung im Umgang mit den Medien haben.

Um den Befragten angemessen freies Reden zu gewähren, sodass die Fragen des Forschers die tatsächlichen Präferenzen nicht verzerren, und ihnen gleichzeitig die Möglichkeit eines Themenwechsels zu entziehen, gibt es im Umfrageformular sowohl

[43]A. Bogner, W. Menz, *Die methodologische Mehrdeutigkeit des Experteninterviews* [in:] A. Bogner, B. Littig, W. Menz (Hrsg.), *Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung*, Leske + Budrich, Opladen 2002, S. 34.

allgemein formulierte offene als auch eng formulierte geschlossene Fragen, welche der Logik der Likkert-Skala folgen. Das Gespräch fängt mit der Vorstellung des Forschers und des Themas an. Danach wird der Befragte um seine Meinung zu den drei wichtigsten Aufgaben der polnischen Außen- und Europapolitik gebeten. Im zweiten Teil des Interviews werden sodann Politiker nach ihrer Bewertung der Außen- und der Europapolitik der Regierungen der SLD und der PiS gefragt. In dieser Phase werden quantitative Bestandteile verwendet, da die Befragten ihre Bewertung auf einer Fünf-Stufen-Skala angeben müssen. In der Praxis traten Probleme auf, die mit der Tatsache zu tun haben, dass Politiker an eine Bewertung ihrer Präferenzen auf der Notenskala gewöhnt sind. Viele Befragte bevorzugten dieses einfache Schema, anstatt sich an die vom Forscher vorgeschlagenen Optionen der Antwort anzupassen. Ihre Antworten können aber auf einfache Weise in die Fünf-Stufen-Skala konvertiert werden. Der dritte Teil des Interviews bezieht sich konkret auf die These, dass sehr deutliche ideologische Unterschiede zwischen den untersuchten Parteien bestehen. Ein Bestandteil des Testes hinsichtlich der Diskrepanz zwischen den programmatischen Positionen der SLD und der PiS ist die Feststellung, ob die Befragten die Politik ihrer Gruppierungen als Fortsetzung des außenpolitischen Konsenses der Dritten Republik sehen oder als eine Abweichung von dieser Linie. Die Selbsteinschätzung ist in diesem Fall zwar nicht entscheidend, kann aber als ein Element des Selbstbildes angewandt werden, um die Struktur der Präferenzen zu rekonstruieren.

Die Fragen, die im vierten Teil gestellt werden, ergänzen die Fragen aus dem ersten und zweiten Teil des Interviews. Die Teilnehmer des Interviews werden in diesem Abschnitt vor die schwierige Herausforderung gestellt, eine Auflistung der fünf potentiellen Prioritäten polnischer Außenpolitik in absteigender Reihenfolge vom wichtigsten zum am wenigsten bedeutenden Aspekt zu ordnen. Auf diese Weise werden Daten gewonnen, die einfach miteinander verglichen werden können, obwohl ihre Interpretation aufgrund der beschränkten Auswahl deutlich schwieriger ist als im Fall der Leitfaden-Fragen aus den Teilen I und II.

Der fünfte Teil mit Fragen nach den deutsch-polnischen Beziehungen soll durch die Darlegung der Einstellung zum westlichen Nachbar Polens eine eventuelle Belastung

bei der Zusammenarbeit mit den Partnern aus der EU wegen mangelnder Auseinandersetzung mit eigenen Vorurteilen aufdecken. Man kann vermuten, dass die Einstellung zur deutsch-polnischen Versöhnung, neben der Debatte über die Dritte Republik, zu denjenigen Themen gehört, welche beide Parteien am deutlichsten voneinander trennen. Aus diesem Grund können anhand von ihnen die Unterschiede der politischen Präferenzen bei SLD und PiS am besten verdeutlicht werden.

Im letzten, sechsten Teil des Interviews werden die Befragten um eine Bewertung der vom Interviewer vorgeschlagenen Aussagen gebeten. Als Inspiration für diesen Abschnitt der Umfrage dienten die Studien der Forschungsgruppe von Theodor Adorno[44] und eine Studie von Michaela von Freyhold[45]. Obwohl die Untersuchungen zur autoritären Persönlichkeit deutliche Schwächen aufweisen, müssen die Bemühungen ihrer Autoren um die Entwicklung einer Methode, welche die Erforschung kontroverser sozialer Fragen ermöglichen würde, Anerkennung finden. Zu den Stellen jedoch, die problematisch erscheinen, gehört die Auswertung der Antworten[46]. Von Freyhold zieht sehr weitreichende Schlussfolgerungen aus den Antworten auf Fragen, welche keine direkten Hinweise auf die von der Forscherin vermuteten Zusammenhänge beinhalten[47]. Auf der anderen Seite können direkte Fragen hingegen infolge sozialer Erwünschtheit[48] zur Verzerrung führen.

Im Falle der Interviews mit den Politikern kann das Problem der sozialen Erwünschtheit eine noch bedeutendere Rolle spielen als bei den Gesprächen mit „durchschnittlichen" Bürgern. Eine Minimierung dieser Wirkung war das wichtigste Argument für die Anwendung von geschlossenen Fragen mit Aussagen, die es erlauben, auf einer aus fünf Stufen bestehenden Likkert-Skala die eigene Einstellung zu markieren.

---

[44] R. Nevitt Sanford, T. W. Adorno, E. Frenkel-Brunswick, D. J. Levinson, *The Measurement of Implicit Antidemocratic Trends* [in:] T.W. Adorno, E. Frenkel-Brunswick, D. J. Levinson, R. Nevitt Sanford, *The Authoritarian Personality*, W.W. Norton Company, New York 1982, S. 151-209.
[45] M. von Freyhold, *Autoritarismus und politische Apathie. Analyse einer Skala zur Ermittlung autoritätsgebundener Verhaltensweisen,* Europäische Verlag-Anstalt, Frankfurt am Main 1970, S. 348.
[46] Zur breiten Interpretation der Ergebnisse von Umfragen im Bereich Rechtsextremismusforschung vgl.: K. Schröder, *Die gesellschaftliche Herausforderung von rechts außen*, Deutschlandradio Berlin, 21.2.2005, http://www.dradio.de/dlr/sendungen/feuilleton/349189/ (Stand: 22.11.2008).
[47] Vgl.: M. von Freyhold, *Autoritarismus und politische Apathie. Analyse einer Skala zur Ermittlung autoritätsgebundener Verhaltensweisen,* Europäische Verlag-Anstalt, Frankfurt am Main 1970, S. 255-268.
[48] A. Diekmann, *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbeck bei Hamburg 2002, S. 382-383.

Um die Nachteile der früheren Studien zu vermeiden, wird auf die Bildung von Kategorien und auf weitreichende Schlussfolgerungen verzichtet. Stattdessen werden die Antworten der Mitglieder beider Parteien miteinander verglichen, um festzustellen, ob sie deutlich voneinander abweichen, was auf bedeutende Unterschiede der Präferenzen beider Gruppierungen hinweisen würde.

Nach der ersten Runde der Interviews (März/April 2008, Breslau) wurden die Fragen aus dem sechsten Teil modifiziert. Einige Befragte beklagten sich darüber, dass die Fragen in ihrer ersten Fassung nicht eindeutig gewesen seien. Sie wiesen auch eine mangelnde Bereitschaft zur Beantwortung der Fragen auf, die keinen direkten Bezug zu ihrer öffentlichen Aktivität hatten. Ein Befragter, der mit den Fragen besonders unzufrieden war, versuchte mit Gegenfragen zu kontern und griff den Interviewer verbal an. Vor der zweiten Phase der Befragung (Juli 2008, Warschau) wurde der sechste Teil des Formulars modifiziert. Die Fragen wurden gekürzt, vereinfacht und umformuliert, um einen stärkeren Bezug zur offiziellen Tätigkeit der Politiker zu haben. Negative Reaktionen während des Interviews haben sich infolge nicht wiederholt. Es gab jedoch ablehnende Antworten auf Interviewanfragen (eine Teilnahme lehnte u.a. der Wahlkampfexperte der Brüder Kaczyński, Jacek Kurski, und der ehemalige Chef des Militärischen Abwehrdienstes Antoni Macierewicz ab).

Trotz mangelnder Offenheit polnischer Politiker für Kontakte mit jungen Wissenschaftlern wurden im Rahmen der Studie 22 Interviews geführt. Befragt wurden zwei ehemalige Minister und fünf Staatssekretäre. Zwei weitere Personen bekleideten in der untersuchten Periode andere wichtige Ämter, die ihnen den ständigen Kontakt mit dem Regierungschef ermöglichten. Marek Borowski war in den Jahren 2001 bis 2004 ein Präsident des Sejms (Sejmmarschall) und später Anführer der Gruppe, die sich als die SDPL von der SLD abspaltete. Ein weiterer Interviewpartner, Jan Dziedziczak, arbeitete von Juli 2006 bis November 2007 als Sprecher der Regierung von Jarosław Kaczyński und kann aus diesem Grund als informelles Mitglied des Kaczyński-Kabinetts gelten. Weitere Befragte waren in der Vergangenheit oder sind immer noch Abgeordnete (des Sejms bzw. des Europaparlaments), Parteifunktionäre oder Assistenten der Politiker der SLD bzw. der PiS. Die Interviews wurden in zwei Phasen durchgeführt; im März und

April 2008 in Breslau und im Juli 2008 in Warschau. Beide Regierungen amtierten zu diesem Zeitpunkt nicht mehr. Ein Nachteil der zeitlichen Verschiebung ist einerseits eine mögliche Anpassung der Antworten an die aktuelle politische Situation durch die Befragten. Sie können so versuchen, ihre Entscheidungen mit Fakten zu begründen, die ihnen im Moment der Entscheidung nicht bekannt waren. Vorteilhaft ist andererseits die Tatsache, dass die Interviewten Gelegenheit haben, aus der zeitlichen Entfernung genauer über ihre Motive und die Motive ihrer Parteien nachzudenken. Da die Studie eine geschlossene Zeitperiode betrifft, haben die Befragten zudem weniger Anreiz, aus Angst vor Sanktionen ihrer Partei oder vor einem Informationsleck einzelne Fakten zu verschweigen.

Das im Zuge der Interviews und bei der Dokumentenanalyse gesammelte Wissen wird im empirischen Teil der Studie zur Bestimmung der Parteipräferenzen angewandt. Des Weiteren soll es dazu dienen, die Lücken im Gesamtbild in Bezug auf die politische Praxis der polnischen Europapolitik zu schließen.

1.3.3 Auswahl von vier Themenfeldern polnischer Außen- und Europapolitik

Nach der anfänglichen Analyse der Inhalte von Artikeln der größten polnischen Qualitätstageszeitung, „Gazeta Wyborcza“, aus den Jahren 2001-2007 lässt sich ein Muster erkennen, das für den Rest der Studie von Relevanz ist. Sowohl Sozialdemokraten als auch Nationalkonservative interessierten sich inbesondere für vier Themenfelder der Außen- und Europapolitik:

1. Die Bewertung der Beitrittsverhandlungen
2. Die Debatte über die Reform der Europäischen Union (die EU-Verfassung und der Lissaboner-Vertrag)
3. Sicherheitspolitik und europapolitische Implikationen der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten
4. Ostpolitik im Kontext der Europäischen Union

Auf die oben genannten Probleme konzentrierte sich im untersuchten Zeitraum ein Großteil der polnischen öffentlichen Debatte, daher eignen sie sich besonders gut zur Untersuchung der Meinungsunterschiede zwischen den beiden für die Studie relevanten politischen Gruppen. Durch den Druck seitens der Gesellschaft, der politischen Gegner und der Medien waren beide Parteien gezwungen, zu den erwähnten Fragen Stellung zu nehmen. Die oben genannten Themenfeldern flossen in die Parteiprogramme ein und wurden kontrovers auf internationalen Treffen diskutiert. An ihrem Beispiel ist es aus diesem Grund möglich, potenzielle Abweichungen der praktischen Politik von den aus den Dokumenten und den Interviews abgeleiteten Parteipräferenzen festzustellen.

2. Theoretische Grundlagen der Studie

2.1 Realistische und liberale Erklärung der Außenpolitik

2.1.1 Die theoretische und praktische Dimension von Realismus und Liberalismus

Die Debatte zwischen den Anhängern der realistischen und der liberalen Schule der Außenpolitik kann entweder als sehr lange oder vergleichsweise neue Erscheinung betrachtet werden, je nachdem, wie die Begriffe „Realismus“ und „Liberalismus“ definiert werden. Mit dem ersten gibt es relativ wenige Probleme. Als Geburtsstunde des modernen politischen Realismus gilt die Periode der Enttäuschung nach zwanzig Jahren der Zwischenkriegszeit, die im berühmten Werk Edward H. Carrs ihren Ausdruck fand. Neun Jahre nach der Veröffentlichung von Carrs *Twenty Years' Crisis* erschien Hans J. Morgenthaus *Politics Among Nations*, welche die Grundannahmen des politischen Realismus in Gestalt von sechs Regeln zusammenfasste[49]. Die Tradition des realistischen oder realpolitischen Denkens ist jedoch älter als das Werk Morgenthaus und wird mit politischen Schriftstellern wie Thukydides[50] oder Machiavelli assoziiert[51]. Morgenthaus Verdienst besteht in der Ausarbeitung der Prinzipien des Realismus in einer neuen Fassung.

Differenziert verhält sich die Situation auf der anderen Seite der interparadigmatischen Frontlinie. Die liberale Theorie der Internationalen Beziehungen ist weder so kohärent noch so berühmt wie die Thesen der Realisten. Der Begriff „Liberalismus“ wird in den Internationalen Beziehungen sehr breit interpretiert. Wenn

[49] H. J. Morgenthau, *Politics Among Nations. The Struggle for Power and Peace*, McGraw-Hill, New York 2006, S. 4-16.
[50] H. Müller, T. Risse-Kappen, *From the Outside In and from the Inside Out. International Relations, Domestic Politics and Foreign Policy* [in:] D. Skidmore, V. M. Hudson, *The Limits of State Autonomy. Societal Groups and Foreign Policy Formulation*, Westview Press, Boulder 1993, S. 26. Thukidydes Idee des nationalen Interesses diente auch als Inspiration für Morgenthau. Vgl.: H. J. Morgenthau, *Politics Among Nations. The Struggle for Power and Peace*, McGraw-Hill, New York 2006, S. 10.
[51] Carr selbst bezeichnete Machiavelli als den ersten politischen Realisten. Vgl. E. H. Carr, *The twenty years Crisis 1919 – 1939. Introduction to the Study of International Relations*, Harper Torchbooks, New York 1964, S. 63.

zum Liberalismus der von Carr kritisierte Idealismus subsumiert wird[52], lässt das den Schluss zu, dass er mindestens seit der Entstehung des Christentums ein immanenter Teil der politischen Ideenlandschaft war.

Die Gleichsetzung der liberalen Theorie der Außenpolitik mit der Ansicht, dass man im politischen Bereich ethischen Normen folgen solle, auf der einen Seite und des realistischen Paradigmas mit der Realpolitik auf der anderen Seite würde den beiden Begriffen einen normativen Charakter verleihen. Ihre Anwendbarkeit als theoretischer Rahmen der politikwissenschaftlichen Analyse wäre unter solchen Umständen unmöglich. Aus diesem Grund sollten Realismus als Kategorie der politischen Praxis und Realismus als Erklärungsmodell der Außenpolitik getrennt werden. Der Unterschied wird noch deutlicher in Bezug auf die liberale Theorie und die von ethischen Überlegungen gesteuerte außenpolitische Praxis (Idealismus)[53]. Dies ist besonders bedeutend hinsichtlich eines Aspekts beider Theorien, der in dieser Arbeit eine zentrale Rolle spielt, nämlich der Eigenschaften der Akteure der internationalen Politik und der externen bzw. internen Motivationen ihres Handelns innerhalb des internationalen Systems.

[52] Alexander Wendt unterscheidet in seiner Studie zwischen Idealismus in den Internationalen Beziehungen und Idealismus in der Theorie der sozialen Wissenschaften. Im Fall des von Carr kritisierten Idealismus handelte sich um eine normative Ansicht darüber, wie die Welt funktionieren soll. Vgl.: A. Wendt, *Social Theory of International Politics*, Cambridge University Press, Cambridge 1999, S. 24.

[53] Carr hat den Idealismus mit dem Begriff „utopian school" bezeichnet. Vgl. E. H. Carr, *The twenty years Crisis 1919 – 1939. Introduction to the Study of International Relations*, Harper Torchbooks, New York 1964, S. 22.

Ebene	Begriff				Funktion
Systemebene	Liberale Theorie der Internationalen Beziehungen		Realistische Theorie der Internationalen Beziehungen		Wissenschaftliche Funktion (Erklärung der Zusammenhänge innerhalb des Systems)
Akteursebene	Idealismus	Realismus	Idealismus	Realismus	Politische Funktion (Strategie des Akteurs determiniert durch seine Interpretation der Zusammenhänge innerhalb des Systems)

Tabelle 1. Abgrenzung der liberalen und der realistischen Theorie der Internationalen Beziehungen von Idealismus und Realismus verstanden als praktische Strategien der Akteure. Eigene Darstellung.

Dies bedeutet nicht, dass Idealismus und Realismus – verstanden als Überzeugungen hinsichtlich der Gestaltung der Außenpolitik –in der Arbeit nicht berücksichtigt werden. Beide Ansätze werden im empirischen Teil verwendet, um unterschiedliche Einstellungen der Entscheidungsträger zu außenpolitischen Herausforderungen zu klassifizieren. In diesem Sinne können sie jedoch nur als Objekt, nicht aber als Methode der Analyse in der Studie auftreten. Der theoretische Rahmen der Untersuchung wird von der Gegenüberstellung des realistischen Paradigmas mit der liberalen Theorie der Internationalen Politik bestimmt.

2.1.2 Die Grundlagen des realistischen Paradigmas

Die Grundlagen des realistischen Paradigmas der Außenpolitik sind in den oben erwähnten Werken von Carr, Morgenthau sowie in den früheren Arbeiten des deutschen Politikwissenschaftlers Leopold von Ranke zu finden[54]. Eine wichtige Rolle spielt auch die Neufassung von Kenneth N. Waltz, die als „Neorealismus" bezeichnet wird. Zu den zentralen Thesen der Realisten gehört die Überzeugung, dass Staaten im Grunde genommen die einzigen relevanten Akteure der Internationalen Politik seien. Als grundlegende Elemente des internationalen Systems konzentrieren sie ihre Anstrengungen hauptsächlich auf die Ausweitung ihrer Macht[55]. Die zentrale Bedeutung politischer Macht wird am ausdrücklichsten von Morgenthau in seinem Standardwerk betont, in dem zu lesen ist, dass internationale Politik, wie alle Arten von Politik, ein Machtkampf sei („International politics, like all politics, is a struggle for power")[56].

Das Konzept des Staates als primärer Akteur der Internationalen Politik, die von der bekannten Billard-Tisch-Metapher von Stanley Hoffmann veranschaulicht wird[57], ist auch in den Schriften von Kenneth N. Waltz zu finden. Die im internationalen System herrschende Anarchie führe zur Entwicklung von Beziehungen, die nicht auf Hierarchie, wie es innerhalb des Staates der Fall ist, sondern auf Koordination basieren. Dieser spezifische Charakter der Relationen zwischen Staaten werde von ihrer funktionalen Ähnlichkeit (sameness) impliziert[58]. Im Gegensatz zu den Institutionen des einzelnen Staates erfülle jede Einheit des internationalen Systems die gleichen Funktionen. Man könne jedoch unterscheiden zwischen denen, die besser oder schlechter auf die Erfüllung derselben Aufgaben vorbereitet sind.

---

[54] H. Müller, T. Risse-Kappen, *From the Outside In and and from the Inside Out. International Relations, Domestic Politics and Foreign Policy* [in:] D. Skidmore, V. M. Hudson, *The Limits of State Autonomy. Societal Groups and Foreign Policy Formulation*, Westview Press, Boulder 1993, S. 26-27.
[55] J. Mearsheimer, *E. H. Carr vs. Idealism: The Battle Rages On*, "International Relations", 19 (2005) 2, S. 139.
[56] H. J. Morgenthau, *Politics Among Nations. The Struggle for Power and Peace*, McGraw-Hill, New York 2006, S. 29.
[57] Für die Folgen der Billard-Tisch-Metapher für die europäische Integration vgl.: S. Hoffmann, *Obstinate or Obsolete? The Fate of the Nation-State and the Case of Western Europe*, "Daedalus", 95 (1966) 3, S. 862-915.
[58] K. N. Waltz, *Theory of International Politics*, Addison-Wesley Publishing Company, Reading Massachussetts 1979, S. 93.

Der Neorealist Waltz nimmt in seiner *Theory of International Politics* eine globale Perspektive ein. Überlegungen über einzelne Staaten seien nur insoweit sinnvoll, als sie zur Einschätzung ihrer Überlebens- und Expansionsfähigkeit führen. Wenn sich die Verteilung der Macht (capabilities) zwischen den Elementen des Systems ändere, weil z. B. einer der Staaten schlechter und ein anderer deutlich besser als bisher seine Aufgaben erfüllt, werde die Struktur des Systems modifiziert. Der Wandel der Struktur ändere sodann die Erwartungen bezüglich des Verhaltens der Bestandteile des Systems und bezüglich des Ergebnisses ihrer Interaktion[59].

Der letzte Satz suggeriert den analytischen Vorrang von externen vor internen Faktoren bei der Analyse der internationalen Politik. Die daraus folgende Vision der Internationalen Beziehungen hat einen deterministischen Charakter. Im Rahmen dieses Modells ist die Außenpolitik eines bestimmten Staates lediglich eine Funktion der globalen Machtstruktur. Obwohl die Leistungsfähigkeit zu den Eigenschaften jedes Systembestandteils gehört, ist ihre Verteilung ein systemweites Phänomen[60]. Die These von Kenneth Waltz über den entscheidenden Einfluss der Struktur des internationalen Systems auf die Politik des einzelnen Staates kann als mögliche Nullhypothese, als eine Alternative für die in dieser Arbeit überprüfte liberale Erklärung der Außenpolitik dienen.

2.1.3 Probleme mit den liberalen Ansätzen

Im Gegensatz zum politischen Realismus entwickelte sich die liberale Erklärung der Außenpolitik nicht als ein kohärentes Modell. Erste Realisten betrachteten das liberale Paradigma als eine Kopie der optimistischen liberalen Ideologie, die man aus der innenpolitischen Arena kannte. Einen Beweis dafür liefert Morgenthaus *Politics Among Nations*: „The history of modern political thought is the story of a contest between two schools that differ fundamentally in their conceptions of the nature of man, society, and

[59] K. N. Waltz, *Theory of International Politics*, Addison-Wesley Publishing Company, Reading Massachussetts 1979, S. 97.
[60] *Ebd.*, S. 98.

politics"[61]. Der von Morgenthau beschriebene Liberalismus weist deutliche Schwächen auf und ist aufgrund seiner ideologischen Darstellung für eine wissenschaftliche Untersuchung der Phänomene aus dem Bereich der internationalen Politik nicht hilfreich.

Nach Alexander Wendt basiere der normative Idealismus auf fünf Thesen (von denen hier vier relevant sind), die ihn vom Idealismus in der Theorie der Sozialwissenschaften unterscheiden. Erstens sei er eine normative Ansicht darüber, wie die Welt funktionieren solle. Zweitens werde von den Idealisten in den Internationalen Beziehungen vermutet, dass die Natur des Menschen schon an sich gut und das gesellschaftliche Leben an sich auf Zusammenarbeit orientiert sei. Sozialer Wandel sei, auf der anderen Seite, relativ einfach durchführbar, wohingegen Macht und Interessen eine marginale Rolle spielen[62]. Die von Wendt beschriebenen Charakterzüge des normativen Idealismus werden auch von Morgenthau erfasst, der ihnen die realistische Perspektive gegenüberstellt.

	Idealisten	Realisten
Natur des Menschen	Verbesserungsfähig	Konstant
Ursachen der Konflikte	Soziale Unterentwicklung	Widerstreitende nationale Interessen
Stabilisierungsmethode	Fortschritt, Bildung	"checks and balances"
Endziel	"absolute good"	"lesser evil"

Tabelle 2. Unterschiede zwischen den *Idealisten* und *Realisten* laut Morgenthau. Vgl.: Hans J. Morgenthau, *Politics Among Nations. The Struggle for Power and Peace*, McGraw-Hill, New York 2006, S.3.

Ein anderer theoretischer Ansatz, der seine Wurzeln in der liberalen Weltanschauung hat, ist der Neoinstitutionalismus[63], der mit den Namen Robert O.

[61] H. J. Morgenthau, *Politics Among Nations. The Struggle for Power and Peace*, McGraw-Hill, New York 2006, S. 3.
[62] A. Wendt, *Social Theory of International Politics*, Cambridge University Press, Cambridge 1999, S. 24-25.
[63] X. Gu, *Theorien der Internationalen Beziehungen. Einführung*, R. Oldenburg Verlag, München/Wien 2000, S. 73-74.

Keohane und Joseph S. Nye assoziiert wird. Wie die beiden im Vorwort zu ihrem Buch *Power and Interdependence* schreiben, wurde ihnen während des Studiums das realistische Paradigma nähergebracht, dessen Unvollkommenheit sie später entdeckten[64].

Die von Keohane und Nye betriebene Kritik des politischen Realismus hat wenig mit den von Morgenthau und Wendt erwähnten Faktoren, wie der Natur des Menschen, zu tun. Ihre Basis ist eher eine Kritik des von den Realisten bevorzugten staatszentrierten (*state-centric*) Modells der Internationalen Beziehungen[65]. Die realistische Schwerpunktsetzung auf den Machtkampf zwischen den Staaten führe in den Augen der beiden Wissenschaftler zur übermäßigen Vereinfachung der Wirklichkeit. An Stelle der realistischen Betrachtung der internationalen Politik schlagen sie ein kompliziertes Modell vor, das neben den zwischenstaatlichen (*interstate*) auch die transnationalen Interaktionen berücksichtigt. Die Subjekte andersartiger Beziehungen seien ebenfalls nichtstaatliche (*nongovernmental*) Akteure[66]. Dieser Gruppe werden Einrichtungen wie multinationale Unternehmen, internationale Gewerkschaften, globale Religionsorganisationen und Stiftungen zugeordnet. Zusammen bilden sie ein Netzwerk, dessen Verbindungen von staatlichen Institutionen nur teilweise kontrolliert werden können.

[64] R.O. Keohane, J. S. Nye, *Power and Interdependence. World Politics in Transition*, Little Brown and Company, Boston 1977, S. vii.
[65] R.O. Keohane, J. S. Nye, *Transnational Relations and World Politics*, Harvard University Press, Cambridge Massachusetts 1981, S. ix.
[66] *Ebd.*, S. xii.

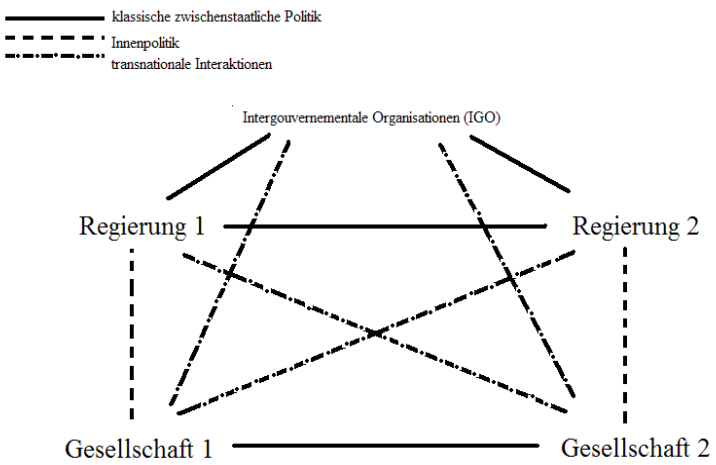


Abbildung 1. Das Modell der internationalen Politik von Joseph S. Nye und Robert O. Keohane. Quelle: R. O. Keohane, J. S. Nye, *Transnational Relations and World Politics*, Harvard University Press, Cambridge Massachusetts 1981, S. xiv.

Die in *Transnational Relations and World Politics* präsentierte Theorie basiert im Gegensatz zum Wilsonschen Idealismus nicht auf der Idee einer direkten Anwendung der liberalen Ideologie auf das Gebiet der internationalen Politik. Die Nutzung des Begriffs „liberal“ ist in diesem Fall eher deshalb berechtigt, da er die Bedeutung der transnationalen Gemeinschaft betont und dem Misstrauen gegenüber dem von den Realisten betriebenen Kult des Staates Ausdruck verleiht. Diese zwei Aspekte des Modells übertragen somit wichtige Elemente der liberalen Weltanschauung aus der innenpolitischen Arena.

Das Problem der oben dargestellten Version des Liberalismus ist die Überzeugung, dass die Struktur des internationalen Systems eine entscheidende Bedeutung besitzt. Dies nähert Keohanes und Krasners liberalen Institutionalismus an den Neorealismus Kenneth Waltz‘ an. Der Unterschied besteht lediglich darin, dass im Waltzschen Modell das Verhalten der Staaten durch die Struktur der Interaktionen innerhalb des internationalen Systems bedingt ist, das seinerseits ausschließlich aus Staaten besteht. Bei Keohane und Krasner werden hingegen auch nichtstaatliche Akteure

berücksichtigt, was jedoch nichts am Determinismus dieses Ansatzes ändert. Andrew Moravcsik beschreibt den Ansatz des Institutionalismus[67] kritisch wie folgt: "[Laut Insititutionalisten] What states do is primarily determined by strategic considerations – what they can get or what they know – which in turn reflect their international political environment. In short, variation in means, not ends, matters most"[68].

Bedingt durch die strukturalistische Prägung der transnationalen liberalen Theorie scheint ihre Anwendbarkeit als eine Alternative für den Waltzschen Neorealismus unmöglich zu sein. Die Schwäche des liberalen Institutionalismus besteht aus der Perspektive der vorliegenden Studie in seiner Unfähigkeit, die wichtige Rolle einzelner Parteiprogramme anzuerkennen. Im Gegensatz zu den Realisten schließen die Anhänger des Institutionalismus unterschiedliche auf der innenpolitischen Arena tätige politische Gruppierungen nicht aus ihrer Untersuchung aus. Sie nehmen jedoch an, dass Parteien lediglich Elemente einer größeren Struktur, der Konstellation transnationaler Akteure seien, auf die sich folglich die eigentliche Forschung konzentrieren solle.

2.1.4 Die liberale Theorie der Internationalen Politik von Andrew Moravcsik

Um die strukturalistische Schwäche der bisherigen liberalen Theorie der Internationalen Politik zu überwinden, unternimmt Andrew Moravcsik den Versuch, sie umzuformulieren. Ähnlich wie Keohane und Nye berücksichtigt er in seinem Modell auch nichtstaatliche Akteure. Zugleich erkennt er eine besondere Rolle des Staates als repräsentierende Institution an[69]. Aus diesem Grund ist Moravcsiks Schema für eine Untersuchung der Außenpolitik besser geeignet als das aus unzähligen Akteuren bestehende Konzept von Keohane.

Laut Moravcsik werde ein einzelner Teilnehmer der Internationalen Politik zwar von der Struktur des internationalen Systems beeinflusst, aber nicht determiniert. Die allgemeine Richtung seiner Politik hänge letztlich von ihren eigenen Präferenzen ab.

[67] Moravcsik verwendet auch den Begriff „Constructivism".
[68] A. Moravcsik, *Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics*, "International Organization", 51 (1997) 4, S. 522.
[69] *Ebd.*, S. 518.

Seine Ziele seien nicht von außerhalb gesetzt, sondern innerhalb des Staates bestimmt. Seine Position im Verhältnis zu anderen Elementen des internationalen Systems entscheide lediglich darüber, in welchem Maße ihre Ziele praktisch umgesetzt werden können. Aus diesem Grund habe, laut Moravcsik, die innenpolitische Debatte entscheidende Bedeutung für die Gestaltung der Außenpolitik. Diese Annahme erinnert an die aus dem klassischen Liberalismus stammenden Ideen der Freiheit und der Verantwortung für das eigene Schicksal. Die Politik des einzelnen Staates sei eine Folge dessen, was ihre Regierung will. Erst im zweiten Schritt werde das, was sie will, an das, was für sie erreichbar ist, angepasst.

Eine Konsequenz dessen, dass für Moravcsik Außenpolitik auf staatlicher Ebene entwickelt werde, ist sein besonderes Interesse an gesellschaftlichen Gruppen und Individuen. Sie seien seiner Meinung nach die fundamentalen Akteure der internationalen Politik[70]. Er zählt zu dieser Kategorie zum einen Gruppen aus den nationalen Gesellschaften und zum anderen die transnationale Zivilgesellschaft. Die Einbeziehung dieser zweiten Teilmenge scheint im Kontext der vorliegenden Arbeit nicht notwendig, um die Außenpolitik eines ausgewählten Staates zu untersuchen. Der Ausschluss der transnationalen Zivilgesellschaft wird auch zur Verbesserung der epistemologischen Klarheit der von Moravcsik präsentierten Theorie beitragen. Brian C. Rathbun stellt fest, dass ein Wissenschaftler, der transnationale Erscheinungen hervorhebt, nur schlechte Voraussetzungen zur Erklärung von Unterschieden zwischen den nationalen Interessen verschiedener Staaten mitbringe[71].

Moravcsiks Liberalismus weist die These der Realisten zurück, dernach die politischen Überzeugungen der Teilnehmer an Internationalen Beziehungen irrelevant seien[72]. Die Akteure sind in seinem Modell nicht nur auf das Streben nach Macht

[70] *Ebd.*, S. 516.
[71] Die Hervorhebung der transnationalen Erscheinungen „leaves these [die sich auf transnationale Erscheinungen konzentrieren] scholars ill-equipped to explain national variation in state interests and foreign policy and leads them to neglect the domestic level of analysis, an arena in which ideational variables also play a role". Vgl.: B. C. Rathbun, *Partisan Interventions. European Party Politics and Peace Enforcement in the Balkans*, Cornell University Press, Ithaca/London 2004, S. 6.
[72] Hans J. Morgenthau schreibt in seinem Standardwerk: „A realist theory of international politics, then, will guard against two popular fallacies: concern with motives and the concern with ideological preferences". H. J. Morgenthau, *Politics Among Nations. The Struggle for Power and Peace*, McGraw-Hill, New York 2006, S. 5.

konzentriert. Er unterscheidet stattdessen zwischen zwei Arten der Ziele, die im Bereich der internationalen Politik angestrebt werden, das materielle und das ideologische Wohl. An die Stelle des nationalen Interesses stellt er, trotz Morgenthaus Warnungen, die Präferenzen der Akteure. Die Tatsache, dass die Akteure nach der Verwirklichung ihrer ökonomisch oder ideologisch bedingten Prioritäten[73] streben, verringere laut Moravcsik jedoch nicht die Wahrscheinlichkeit des Konflikts. Ganz im Gegenteil, die weltanschaulichen Unterschiede seien nicht selten unüberbrückbar. Sie werden von Moravcsik als eine der drei Hauptquellen für Konflikte betrachtet, neben der Konkurrenz um beschränkte materielle Ressourcen und der Ungleichverteilung der Macht.

Die zweite Prämisse der liberalen Theorie der Internationalen Politik bezieht sich auf die Repräsentation staatlicher Präferenzen[74]. Wie schon erwähnt, ist der Staat im Paradigma Moravcsiks eine repräsentierende Institution, welche die Forderungen einer Teilmenge der Gesellschaft vertritt. Laut Moravcisk zählen zur Gruppe, deren Präferenzen durch den Staat vertreten werden, sowohl die Mitglieder des staatlichen Apparates als auch gesellschaftliche Akteure, die sich außerhalb des Apparates befinden[75]. In den westlichen liberalen Demokratien wird eine solche Rolle am häufigsten von den politischen Parteien und ihren Befürwortern ausgefüllt[76]. Stimmt man dieser Aussage zu, muss eine genauere Differenzierung zwischen den Teilmengen vorgenommen werden, deren Präferenzen der Staat repräsentiert, als jene, die Moravcsik vorschlägt. Eine solche Unterscheidung muss beispielsweise eine Trennlinie zwischen Regierung und Opposition ziehen. Aus diesem Grund erscheint es angebracht, über vier Kategorien von Akteuren zu sprechen, die im größten Maße staatliche Politik beeinflussen. Auf der Ebene des staatlichen Apparates handelt es sich um die regierenden

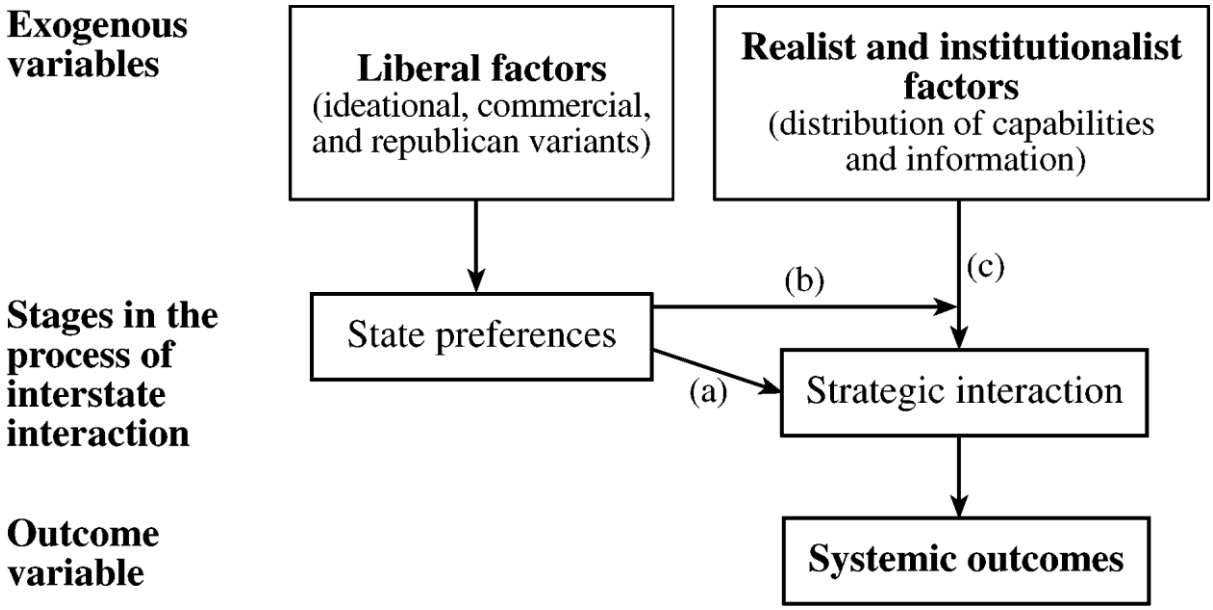
[73] A. Moravcsik, *Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics*, "International Organization", 51 (1997) 4, S. 517.
[74] Die Verwendung des Begriffes „*staatliche* Präferenzen" (*state preferences*) ist ein weiteres Argument dafür, dass die Einbeziehung der Kategorie der transnationalen Akteure nicht nötig ist und zu den Grundideen des Ansatzes Moravcsiks, besonders im Kontext dieser Studie, nicht passt.
[75] A. Moravcsik, *Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics*, "International Organization", 51 (1997) 4, S. 518.
[76] Auf die Präferenzen der politischen Parteien konzentriert sich Brian C. Rathbun. Vgl.: B. C. Rathbun, *Partisan Interventions. European Party Politics and Peace Enforcement in the Balkans*, Cornell University Press, Ithaca/London 2004, S. 228.

und oppositionellen Parteien, auf der gesellschaftlichen Ebene um die Wählerschaften beider Lager.

Die oben eingeführte Unterscheidung wird bedeutende Konsequenzen für die vorliegende Studie haben. Die Präferenzen der gesellschaftlichen Gruppen, welche die Wählerschaft der Parteien bilden, werden jedoch nur am Rande dieser Arbeit erwähnt. Es erfolgt eine sorgfältige Untersuchung der ideologisch motivierten Ziele der politischen Gruppierungen und ihrer Umsetzung in die politische Praxis. Der Schwerpunkt wird hierbei in erster Linie auf die Regierungsparteien gelegt.

Die Präferenzen der Staaten und der innenpolitischen repräsentativen Institutionen (in diesem Fall Parteien) dürfen nicht mit den Strategien, Taktiken oder Policies verwechselt werden[77]. Die Präferenzen sind, wie erwähnt, fundamental und primär, was strategisches Verhalten nicht ausschließt. Die Strategie muss sich jedoch nach etwas richten, das gemäß der liberalen Theorie nicht von außerhalb des einzelnen Staates definiert werden kann. Zweitens kann die Anwendung bestimmter Verhandlungsmethoden selbst von den ideologischen Überzeugungen der verhandelnden Partei abhängig sein. Es wird vermutet, dass beispielsweise innenpolitisch kompromissbereitere Gruppen auch im Bereich der Außenpolitik in Gesprächen mit Gegnern oder Partnern einen weicheren Stil bevorzugen werden als konfliktbereitere Fraktionen.

[77] A. Moravcsik, *Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics*, "International Organization", 51 (1997) 4, S. 519.



a – Liberale Faktoren beeinflussen direkt die strategischen Ergebnisse des staatlichen Handelns.
b – Liberale Faktoren beeinflussen die Ergebnisse des staatlichen Handelns indirekt.
c – Die Natur der Präferenzen determiniert die Natur und die Stärke der kausalen Beziehung zwischen den strategischen Umständen und dem Handeln.

Abbildung 2. Das zweistufige Modell des staatlichen Handelns von Andrew Moravcsik. Quelle: A. Moravcsik, *Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics*, "International Organization", 52 (1997) 4, SS. 544-545.

Laut Moravcsik seien die Präferenzen definitionsgemäß kausal unabhängig von den Strategien anderer Akteure[78]. Sie seien jedoch nicht die einzigen Faktoren, welche die Außenpolitik eines gegebenen Staates beeinflussen. Die dritte Prämisse der liberalen Theorie der Internationalen Beziehungen besagt, dass erst die Konfiguration der unabhängigen staatlichen Präferenzen das Verhalten des einzelnen Staates determiniere. Kein Staat sei dazu fähig, seine Idealpolitik zu führen. Auch die Mächtigsten können es sich nicht leisten, alles umzusetzen, was sie wollen. Aus diesem Grund lässt sich behaupten, dass jeder Staat versucht, seine eigenen charakteristischen Präferenzen unter

[78] *Ebd.*, S. 519.

den Bedingungen, die wiederum von den Präferenzen anderer Staaten bestimmt werden, zu verwirklichen[79].

Da die liberale Theorie der Internationalen Politik strategisches Verhalten nicht infrage stellt, ist sie mit der Spieltheorie vereinbar. Die Staaten setzen sich selbst die Ziele, die sie in Verhandlungen erreichen wollen, und versuchen sie mit ihren Forderungen durchzusetzen. Je stärker ein gegebener Akteur von der Notwendigkeit der Verwirklichung einer bestimmten Forderung überzeugt ist, desto zielstrebiger wird er in den Verhandlungen agieren. Wie die von Moravcsik zitierten Beispiele (unter anderem die Remilitarisierung des Rheinlands im Jahre 1937) zeigen, kann diese Entschlossenheit, welche die Konsequenz einer intensiven Identifizierung mit bestimmten Präferenzen ist, für den Erfolg entscheidend sein[80].

2.1.5 Was sind politische Präferenzen?

An dieser Stelle soll näher auf den Begriff „Präferenzen" eingegangen werden. Ein Kritiker des wissenschaftlichen Mehrwerts der Untersuchung von nationalen Präferenzen, Hans J. Morgenthau, versteht sie als philosophische und politische Sympathien[81]. Er nimmt an, dass das Interesse an ideologischen Hintergründen des politischen Handelns gleichbedeutend mit der Unterstützung einer idealistischen Außenpolitik sein müsse: „Political realism does not require (…) indifference to political ideas and moral principles, but it requires indeed a sharp distinction between the desirable and the possible"[82]. Die oben zitierte Aussage Morgenthaus wurde durch den bereits erwähnten Konflikt zwischen einer realistischen und idealistischen Betrachtung der Außenpolitik geprägt und basiert auf der Überzeugung, dass die Liberalen nicht fähig

[79] Laut Moravcsik: „Each state seeks to realize *its* distinctive preferences under varying constraints imposed by the preferences of *other states*". Vgl.: A. Moravcsik, *Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics*, "International Organization", 51 (1997) 4, S. 519.
[80] *Ebd.*, S. 524.
[81] Im Original: „philosophic and political sympathies". Vgl.: H. J. Morgenthau, *Politics Among Nations. The Struggle for Power and Peace*, McGraw-Hill, New York 2006, S. 6.
[82] *Ebd.*

seien, eine wissenschaftliche wertfreie Untersuchung der Internationalen Beziehungen durchzuführen.

Mit der Entwicklung neuer wissenschaftlicher Varianten der liberalen Theorie erwiesen sich die Vorwürfe Morgenthaus jedoch als irrelevant. Aus der Sicht Moravcsiks bezeichne der Begriff „Präferenzen" eine Rangordnung der grundlegenden substanziellen Ergebnisse, die aus einer internationalen politischen Interaktion folgen kann[83]. Auf diese Weise nähert sich sein Verständnis dieses Begriffs dem an, was Morgenthau als Interesse bezeichnet. Moravcsiks Präferenzen können jedoch von philosophischen und politischen Ansichten abhängig sein. Dies kommt noch deutlicher in der Definition zum Ausdruck, die in *The Choice for Europe* zu finden ist. Die Präferenzen werden hier von Moravcsik auf folgende Weise konzeptualisiert: „ordered and weighted set of values placed on future substantive outcomes (…) that might result from international political interaction"[84].

Moravcsik nennt geopolitische und wirtschaftliche Interessen als die zwei wichtigsten Faktoren, die für die Ausgestaltung der nationalen Präferenzen verantwortlich seien. Die Wertesysteme werden vernachlässigt. Auf diese Weise wird der Begriff der Präferenzen beinahe gleichgesetzt mit dem, was Realisten unter „Interessen" verstehen. Die einzige Modifikation im Vergleich zu Morgenthaus Ansatz besteht darin, dass auch der Wirtschaft eine Rolle in der internationalen Politik zugestanden wird.

In der vorliegenden Studie wird angenommen, dass die politischen Präferenzen zuallererst von den grundlegenden politischen Überzeugungen der wichtigsten gesellschaftlichen Akteure gestaltet werden. Unter dem Begriff „wichtigste Akteure" werden hier Parteien verstanden. Ihre Präferenzen werden mithilfe der Daten, die im Zuge der Inhaltsanalyse von Parteidokumenten und durch die Interviews mit Politikern erworben wurden, rekonstruiert. Die Parteien versuchen, nationale Interessen zu

[83] Im Original: „ordering among underlying substantive outcomes that may result from the international political interaction". Vgl.: A. Moravcsik, *Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics*, "International Organization", 51 (1997) 4, S. 519.
[84] A. Moravcsik, *The Choice for Europe. Social Purpose & State Power from Messina to Maastricht*, UCL Press, London 1999, S. 24.

vertreten, das Wesentliche dabei ist jedoch, was sie unter „Interessen" verstehen[85]. Dies hängt wiederum von den durch die Weltanschauung motivierten politischen Präferenzen der einzelnen Gruppierungen ab.

2.1.6 Die Gestaltung der Außenpolitik

Moravcsik bietet zwar unterschiedliche Definitionen des Begriffs „Präferenzen" an, untersucht jedoch nicht genau, wie der Prozess ihrer Entstehung verläuft. Um fortbestehende Unklarheiten zu beseitigen, ist es an dieser Stelle angebracht, das Modell der Vorbereitung des außenpolitischen Handelns von Walter Carlsnaes zusammenzufassen. Carlsnaes Konzept gibt einen Einblick in unterschiedliche Faktoren, welche die Präferenzen gestalten. Sein Modell kann als eine Ergänzung der Konzeptualisierung von Moravcsik betrachtet werden.

Carlsnaes unterscheidet drei Ebenen, auf denen Außenpolitik vorbereitet wird, bevor es zu ihrer Verwirklichung kommt. Direkt mit der Praxis der Außenpolitik sei die intentionale Dimension verbunden[86]. Sie umfasse die Wahl (choice) einer konkreten Option und die hinter dieser Entscheidung stehende Motivation[87]. Die Entscheidung selbst sei eine Wahl, die von einem Akteur getroffen werde, um einen von ihm bevorzugten Zustand zu erreichen. Die Motivation beschreibe die Intention des handelnden Subjekts. Carlsnaes unterscheidet zwischen der instrumentellen (instrumental) und konsumatorischen (consummatory) Motivation[88]. Die erste Art (instrumentelle Motivation) sei nur ein Instrument, das den Akteur zu einem Zielpunkt führe. Die konsumatorische Motivation auf der anderen Seite sei in sich selbst ein Ziel, das, wie der Name suggeriert, vom Akteur verzehrt werden kann.

Mit dem Begriff „Präferenzen" in dem Sinne, den ihm die liberale Theorie der Internationalen Politik zuschreibt, kann nur die konsumatorische Motivation assoziiert

[85] B.C. Rathbun, *Partisan Interventions. European Party Politics and Peace Enforcement in the Balkans*, Cornell University Press, Ithaca/London 2004, S. 2.
[86] W. Carlsnaes, *Ideology and Foreign Policy. Problems of Comparative Conceptualization*, Basil Blackwell, Oxford 1986, S. 88.
[87] *Ebd.*, S. 84.
[88] *Ebd.*, S. 88.

werden. Dies bedeutet nicht, wie bereits ausgeführt, dass die Länder das, was sie sich wünschen, auch wirklich immer tun; es wird jedoch stets in der Entscheidungsfindung berücksichtigt. Auch wenn eine einzelne Wahl instrumentellen Charakter hat, wird der Zielpunkt nicht vom Akteur vergessen, da Präferenzen die Natur und die Intensität des internationalen „Spiels" determinieren[89]. Der Zielpunkt wird also die Wahl des Instruments beeinflussen. In diesem Sinne sind die Präferenzen von fundamentaler Bedeutung für die Erforschung der Außenpolitik.

Die zweite Ebene wird als „dispositionale (dispositional) Dimension" bezeichnet[90]. Erst in dieser Phase der Analyse sei laut Carlsnaes eine kausale Erklärung möglich. Auf der intentionalen Ebene werde nur bestimmt, welche Entscheidung am besten den Präferenzen des Akteurs entspreche (in order to), aber nicht, warum der Akteur solche Präferenzen entwickelt habe (because of)[91]. Um fähig zu sein, die „because-of-Erklärung" zu entwickeln, benötigt man zwei Kategorien, die Werte (values) und die Wahrnehmung (perceptions)[92]. Die vorliegende Studie wird sich auf die Werte und Wertesysteme, die in den politischen Programmen zu finden sind, konzentrieren. Das zweite Phänomen, die Wahrnehmung, wird aufgrund ihrer Komplexität und Unbestimmtheit nicht separat untersucht[93]. Die Elemente der Wahrnehmung, die für die untersuchten sozialen Akteure, also die Parteien, relevant sind, werden sich jedoch in den Interviews mit ihren Vertretern widerspiegeln. Im Rahmen der vorliegenden Studie werden sowohl Werte als auch Wahrnehmung als Bestandteile der Wertesysteme (belief systems) betrachtet, wie es letztlich Carlsnaes tut[94].

---

[89] Bei Moravcsik ist zu lesen, dass „Preferences determine the nature and intensity of the game that states are playing". Vgl.: A. Moravcsik, *Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics*, "International Organization", 51 (1997) 4, S. 542.
[90] W. Carlsnaes, *Ideology and Foreign Policy. Problems of Comparative Conceptualization*, Basil Blackwell, Oxford 1986, S. 90.
[91] *Ebd*., S. 91.
[92] *Ebd.*
[93] Wahrnehmung in den Internationalen Beziehungen kann als ein Prozess verstanden werden, im Zuge dessen ein gegebener Akteur die Bilder der anderen Akteure entwickelt, die häufig von den Erwartungen und den früher entstandenen Bilder deutlich geprägt sind (*cognitive consistency*). Vgl.: R. Jervis, *Perception and Misperception in International Politics*, Princeton University Press, Princeton 1976, S. 29 und S. 117.
[94] W. Carlsnaes, *Ideology and Foreign Policy. Problems of Comparative Conceptualization*, Basil Blackwell, Oxford 1986, S. 102-104.

Auf der letzten, der dritten Ebene, die als „situative Dimension“ (situational dimension) bezeichnet wird, werden strukturelle Faktoren einbezogen. Carlsnaes unterscheidet zwischen zwei Kategorien von Faktoren, die zu dieser Dimension gehören. Die erste Gruppe bilden die „objektiven Bedingungen“ (objective conditions)[95]. Zu dieser Teilmenge zählen Faktoren, die sich bei den Anhängern der strukturellen Erklärungen der Außenpolitik besonderer Beliebtheit erfreuen, wie die geographische, geopolitische, wirtschaftliche, demographische und technologische Lage eines bestimmten Staates.

Die zweite Kategorie umfasst den Organisationsrahmen (organisational setting)[96]. Er meint die Struktur der Institutionen, die innerhalb des Staates für die Vorbereitung und Verwirklichung der Außenpolitik verantwortlich sind. Ihre Rolle kann wiederum auf zweierlei Weise interpretiert werden. Aus Sicht des Systems des dynamischen Imports entsteht Außenpolitik im Zuge der dynamischen Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Koalitionen innerhalb des staatlichen Apparates. Diese Ansicht ist nicht so leicht zu vereinen mit dem Strukturalismus von Waltz, der im von Carlsnaes zitierten Abschnitt von *Theory of International Politics* behauptet, dass das Verhalten der Entscheidungsträger zuallererst durch das von einem Entscheidungsträger bekleidete Amt geprägt werde[97]. Diese Auffassung passt besser zum statischen bzw. konservativen Modell, das auf der Annahme basiert, dass standardisierte Prozeduren die dominierende Rolle bei der Ausgestaltung der Außenpolitik spielen.

Die Einbeziehung der dritten situationsbezogenen Ebene bedeutet jedoch nicht, dass die Rolle der zweiten Ebene marginalisiert wird. Ganz im Gegenteil, Carlsnaes lehnt den Determinismus ab und stellt fest, dass eine kausale Beziehung nur zwischen den Wertesystemen der dispositionalen Dimension und den Motivationen der intentionalen Dimension existiere. Objektive Bedingungen und Strukturen der Organisationen schränken nur den Entscheidungsrahmen ein (relationship of constraint)[98].

---

[95] *Ebd.*, S. 107.
[96] *Ebd.*, S. 108.
[97] K. N. Waltz, *Theory of International Politics*, Addison-Wesley Publishing Company, Reading Massachussetts 1979, S. 81.
[98] W. Carlsnaes, *Ideology and Foreign Policy. Problems of Comparative Conceptualization*, Basil Blackwell, Oxford 1986, S. 106 und 108.

Carlsnaes Ansicht, dass die objektiven Bedingungen durch „relationship of constraint“ alle Phasen der Entscheidungsfindung beeinflussen, ist weniger klar als Moravcsiks These über den analytischen Vorrang der Präferenzen. Im Design der vorliegenden Arbeit wird die Perspektive von Moravcsik favorisiert. Dies wird durch den Schwerpunkt der Studie diktiert. Es ist legitim zu behaupten, dass die geographische Lage eines Staates und seine wirtschaftliche Stärke bestimmen, was seine politischen Eliten erreichen wollen. Andererseits ist eine Untersuchung der objektiven Bedingungen nur dann sinnvoll, wenn das internationale Verhalten mehrerer Einheiten berücksichtigt wird. Die vorliegende Studie konzentriert sich jedoch auf einen ausgewählten Staat. Alle gesellschaftlichen Akteure, welche die Außenpolitik dieses gegebenen Staates gestalten, handeln in denselben objektiven Bedingungen (dieselbe Position des Staates im internationalen System, geringer Zeitabstand). Die situationsbezogene Dimension kann von den Entscheidungsträgern unterschiedlich wahrgenommen werden, aber das ändert nichts an der Tatsache, dass es sich um dieselben objektiven Bedingungen handelt. Die unterschiedliche Wahrnehmung spiegelt sich in den Präferenzen der Akteure wider. Sie entscheiden, welche Bedingungen den analytischen Vorrang haben und im Zuge der Studie erarbeitet werden sollen.

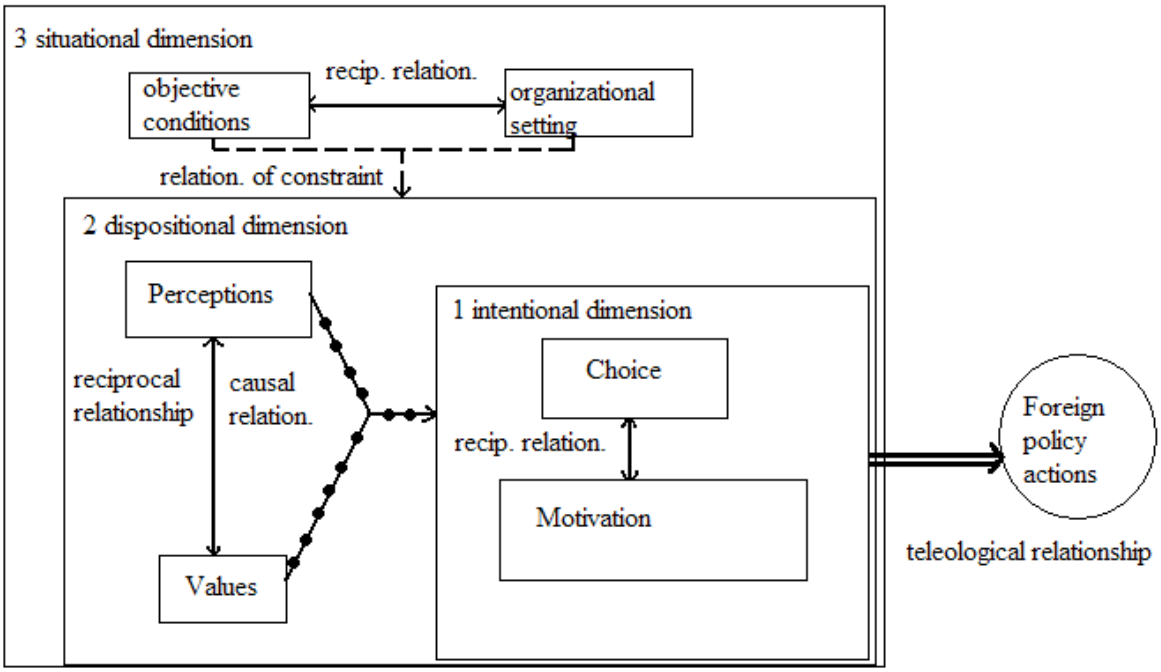


Abbildung 3. Die drei Dimensionen der Entwicklung der Außenpolitik nach Walter Carlsnaes. Quelle: W. Carlsnaes, *Ideology and Foreign Policy. Problems of Comparative Conceptualization*, Basil Blackwell, Oxford 1986, S. 108.

2.1.7 Politische Parteien und Außenpolitik

Moravcsik unterscheidet in seiner Abhandlung zwischen drei Gattungen seiner liberalen Theorie der Internationalen Politik: dem republikanischen, dem ideellen und dem kommerziellen Liberalismus[99]. Er selbst konzentriert sich in seinen Werken häufig auf wirtschaftliche Probleme, weswegen er zur letztgenannten Art der liberalen Theorie tendiert (deutlich z. B. in *The Choice for Europe*).

Der auf die Beziehungen innerhalb der Weltwirtschaft fokussierte kommerzielle Liberalismus ist aus Sicht der vorliegenden Dissertation weniger interessant. Lohnend ist hingegen die Betrachtung der beiden anderen Gattungen der Theorie Moravcsiks. Der

[99] A. Moravcsik, *Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics*, "International Organization", 51 (1997) 4, S. 524.

republikanische Realismus beschäftigt sich mit der Umwandlung gesellschaftlicher Forderungen in staatliche Politik[100]. Die Hervorhebung durch die republikanische Version der liberalen Theorie des politischen Regimes eines gegebenen Landes trägt dazu bei, dass sie mit der von Kant inspirierten demokratischen Friedenstheorie identisch zu sein scheint.

Die dritte Strömung, der ideelle Liberalismus, betrachtet die Konfiguration der für die Gesellschaft repräsentativen Identitäten und Werte, die für die Gestaltung der staatlichen Präferenzen verantwortlich ist. An dieser Stelle wird auf drei Formen der Identität hingewiesen. Es wird unterschieden zwischen den nationalen, politischen und den sozioökonomischen Wertesystemen[101]. Interessanterweise soll sich, so Moravcsik, die Untersuchung der politischen Identitäten, die aus Sicht der vorliegenden Arbeit am aufschlussreichsten ist, auf die Erforschung der politischen Regimes beschränken.

Sowohl der republikanische als auch der ideelle Liberalismus konzentriert sich auf die Polity- und nicht auf die Politics-Ebene[102]. Dies hat damit zu tun, dass die Merkmale der demokratischen politischen Systeme viel einfacher zu definieren sind als die der demokratischen Politikführung[103]. In einer Welt, in der die prozedurale Demokratie (zumindest auf der deklaratorischen Ebene)[104] alle andere Staatsformen verdrängt und sich eine dominierende Position erkämpft hat, kann die Untersuchung der formalen Institutionen und Rechtsnormen weniger interessant scheinen als bisher.

In *Partisan Interventions* versucht Brian C. Rathbun diese Veränderung der Situation zu berücksichtigen und verschiebt die Erscheinungen der Politics-Ebene in den Mittelpunkt seiner Studie. In diesem Kontext konzentriert sich seine Aufmerksamkeit auf die politischen Parteien, welche als bedeutendste Akteure der innergesellschaftlichen

---

[100] *Ebd.*, S. 530.
[101] *Ebd.*, S. 525.
[102] B. C. Rathbun, *Partisan Interventions. European Party Politics and Peace Enforcement in the Balkans*, Cornell University Press, Ithaca/London 2004, S. 186.
[103] *Ebd.*
[104] Als prozedurale Demokratie wird eine Demokratie verstanden, welche die von Schumpeter formulierte minimale Voraussetzung erfüllt, das heißt lediglich den freien Wettbewerb der Einzelnen um die Stimmen der Wähler garantiert, aber nicht unbedingt die Rechte der Minderheiten schützt. Vgl.: J. A. Schumpeter, *Capitalism, Socialism and Democracy*, Unwin Paperbacks, London 1987, S. 269.

(intra-societal) Umwelt[105], die das außenpolitische Handeln des Staates bestimmen, angesehen werden.

Rathbun beruft sich zwar nicht auf die liberale Theorie der Internationalen Politik, führt aber seine Forschung in die Richtung, die dem Profil des Ansatzes von Moravcsik entspricht. Seine Überzeugung ist insofern sogar radikaler als Moravcsiks Position, da er den Parteipräferenzen Vorrang vor den in der politischen Praxis entwickelten Strategien einräumt. Parteien seien aus seiner Sicht hauptsächlich Policy-Seekers. Sie konzentrieren sich, laut Rathbun, in erster Linie auf die Verwirklichung ihrer Programme, und erst danach beschäftigen sie sich mit Strategien, die ihnen einen Zugang zur Macht ermöglichen können.

Rathbuns Kritik der Office-Seeking-These in ihrer radikalen Version von Anthony Downs ist verständlich[106]. Es muss jedoch betont werden, dass einzelne politische Kräfte unterschiedlich viel Wert auf den Wahlerfolg einerseits und auf die Verwirklichung des Programms andererseits legen. Dies reduziert nicht die Aussagekraft der Parteitheorie der Internationalen Politik, wie der Autor von *Partisan Interventions* befürchtet, sondern nähert sie an das beschriebene Phänomen an. Die Entschlossenheit, ein eigenes Programm zu verwirklichen, kann bei verschiedenen Gruppierungen mit unterschiedlicher Stärke auftreten. In der vorliegenden Studie wird sie als ein beachtenswertes Merkmal einer Partei betrachtet. Die beiden wichtigsten Aufgaben von Parteien, das Streben nach Macht und das Streben nach Verwirklichung ihrer ideologisch motivierten Projekte, sind schwer voneinander zu trennen[107]. Sie werfen ein ähnliches Problem auf, wie die Weberschen Konzepte des wertrationalen und des zweckrationalen Handelns[108], auf welche die Policy-Seeking-These und die Office-Seeking-These zurückgeführt werden können. Die Überlegungen zu Policy-Seeking haben jedoch einen

[105] D. Easton, *A Systems Analysis of Political Life*, John Wiley & Sons, New York 1965, S. 21-22.
[106] Die von Rathbun kritisierte Aussage stellt Folgendes fest: „Die Parteien treten mit politischen Konzepten hervor, um Wahlen zu gewinnen; sie gewinnen nicht die Wahlen, um mit politischen Konzepten hervortreten zu können.“, A. Downs, *Ökonomische Theorie der Demokratie*, J.C.B Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1968, S. 27-28. Für die Kritik vgl.: B. C. Rathbun, *Partisan Interventions. European Party Politics and Peace Enforcement in the Balkans*, Cornell University Press, Ithaca/London 2004, S. 11.
[107] D. A. Wittman, *Parties as Utility Maximizers*, “The American Polictical Science Review”, 67 (1973) 2, June 1973, S. 495.
[108] M. Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der Verstehenden Soziologie*, Erster Halbband, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1956, S. 12. Vgl. auch: A. Hasenclever, P. Meyer, V. Rittberger, *Regimes as Links Between States: Three Theoretical Perspectives*, Tübingen 1997, S. 23-28.

analytischen Vorteil. Der Pragmatismus einer Partei lässt sich nur anhand der Untersuchung ihres Programms, ihrer Aussagen zu ideologischen Fragestellungen und des entsprechenden Handelns sowie anhand ihres Kampfwillens beurteilen. Auch eine Partei, die eher inhaltsorientiert ist, muss sich einen Zugang zur Macht sichern.

Die Studie von Rathbun verbindet auf kreative Weise die Theorie der Außenpolitik mit den Methoden der Parteienforschung und kann als empirische Überprüfung der liberalen These über den Vorrang der Präferenzen gesellschaftlicher Akteure betrachtet werden. Ähnliches wird auch im Rahmen der vorliegenden Arbeit versucht. Beide Abhandlungen weichen jedoch in einigen Bereichen deutlich voneinander ab. Dies hat insbesondere mit ihren unterschiedlichen Schwerpunkten zu tun. Rathbun zieht als Beispiel drei Staaten Westeuropas mit langer Tradition einer funktionierenden Demokratie heran (Großbritannien, Deutschland, Frankreich). In der vorliegenden Arbeit wird eine neue ostmitteleuropäische Demokratie untersucht.

Wie in vielen anderen Post-Transformationsländern gab es in Polen in den Jahren 2001-2007 kein entwickeltes Parteiensystem, das mit westeuropäischen Parteisystemen vergleichbar wäre. Verschiedene politische Gruppierungen entstanden und verschwanden nach jeden Wahlen. Gleichzeitig konnte eine gewisse Kontinuität der Eliten, Themen und Positionen festgestellt werden. Von den zwei wichtigsten Trennlinien (cleavage)[109], die durch die polnische Gesellschaft verliefen, spielte die Unterscheidung zwischen den ehemaligen Kommunisten und den ehemaligen Oppositionellen in den ersten Jahren nach der Transformation die bedeutendste Rolle. Nach den Wahlen 2001, als zwei systemkritische Parteien in das Parlament einzogen und eine Welle von Korruptionsaffären die polnische Öffentlichkeit erschütterte, trat eine andere Trennlinie in den Vordergrund. Diese verlief zwischen den Anhängern und Gegnern des Transformationsmodells der Dritten Republik. Auf beiden Seiten dieses Cleavages standen unterschiedliche Parteien, die häufig ihre Namen und Strukturen wechselten. In der für die Untersuchung gewählten Periode bezogen an einem Pol die Sozialdemokraten

[109] Cleavage wird verstanden als eine Trennlinie zwischen „alliances in conflicts over policies and value commitments within the larger body politic". Vgl.: S. M. Lipset, S. Rokkan, *Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: an Introduction* [in:] S. M. Lipset, S. Rokkan (Hrsg.) *Party Systems and Voters Alignments: Cross-National perspectives*, The Free Press, New York 1967, S. 5.

(SLD) klare Stellung zu diesem Konflikt und am anderen die Nationalkonservativen (PiS). Beide Parteien haben jedoch eine wesentlich kürzere und weniger kohärente Geschichte als ihre westeuropäischen Äquivalente, die zusätzlich von zahlreichen Spaltungen und Wiedervereinigungen gekennzeichnet sind.

Der zweite Unterschied hat mit dem Bereich der Politik zu tun, auf den sich die untersuchten Aktivitäten der Parteien beziehen. Rathbun beschäftigt sich mit Peace Enforcement[110]. Die militärische Intervention ist ein klassisches Thema der Außenpolitik, das trotz – oder vielleicht gerade wegen – seiner humanitären Motivationen viele Kontroversen hervorruft und öffentliche Aufmerksamkeit erregt.

Im Mittelpunkt dieser Studie steht die polnische Politik innerhalb der Europäischen Union. Die Mitgliedschaft in der EU ruft häufig beinahe ähnlich hitzige Auseinandersetzungen hervor wie die Teilnahme an einem Krieg. Es ist jedoch ein schwer zu bestimmendes Phänomen. Die Politik eines gegebenen Staates innerhalb der Europäischen Gemeinschaft gehört überdies nicht zu den klassischen Themen der Theorie der Internationalen Beziehungen. Sie ereignet sich innerhalb eines Organismus, der nicht zu den traditionellen Modellen der Internationalen Politik passt. Die Beziehungen zwischen den Einzelelementen der EU nehmen auch andere Formen an als Relationen im Rahmen der klassischen internationalen Politik. Die Wahrscheinlichkeit einer bewaffneten Auseinandersetzung ist äußerst gering. Die Politik wird in dieser Situation nicht in Form eines Krieges fortgesetzt, um den berühmten Spruch von Clausewitz zu paraphrasieren[111].

Die Debatte über die Europäische Union ist, wie die Union selbst, wenig konkret. Ihre zeitlichen und inhaltlichen Grenzen sind fließender als im Falle einer Diskussion über eine durch ein klares Mandat eingeschränkte Friedensmission. Diese Art der Beziehungen, die sich in der neuen, vom Prozess der europäischen Integration definierten Situation entwickelt, betrifft in den letzten Jahrzehnten eine immer größere Anzahl von

[110] B. C. Rathbun, *Partisan Interventions. European Party Politics and Peace Enforcement in the Balkans*, Cornell University Press, Ithaca/London 2004, S. 3.

[111] „So sehen wir also, dass der Krieg nicht bloß ein politischer Akt, sondern ein wahres politisches Instrument ist, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit anderen Mitteln." Quelle: C. von Clausewitz, *Vom Kriege* [in:] C. von Clausewitz, H. von Moltke, *Kriegstheorie und Kriegsgeschichte*, Deutscher Klassiker Verlag, Frankfurt am Main 1993, S. 37.

Staaten, und es ist anzunehmen, dass sie in den nächsten Jahrzehnten stetig substanzieller wird. Aus diesem Grund sollte man sich nicht nur auf die Untersuchung der Rolle der Parteien auf dem Gebiet der traditionellen, auf Macht konzentrierten[112] Außenpolitik beschränken, wenn neue Formen der internationalen Politik an Bedeutung gewinnen.

2.2 Parteien und Außenpolitik: Entwicklung des Analyserasters

2.2.1 Das Modell zur Entstehung der polnischen Außenpolitik

Aufbauend auf den theoretischen Überlegungen des letzten Kapitels wird nun ein Analyseraster entwickelt, auf dessen Basis die Bedeutung der politischen Präferenzen von Parteien für die Praxis der polnischen Außenpolitik untersucht wird. Als Ausgangspunkt dient das Modell des politischen Systems von David Easton. Es ist gut geeignet für eine allgemeine Veranschaulichung der Entstehung von Außenpolitik, die von verschiedenen Theoretikern der Internationalen Politik unterschiedlich und aus diesem Grund vielleicht nicht immer übersichtlich dargestellt wird. Basierend auf dem Modell Eastons werden die Aspekte der zuvor aufgeführten Konzepte, die für die vorliegende Studie relevant sind, auf einen gemeinsamen Nenner gebracht.

Ein weiterer Vorteil des hier verwendeten Eastonschen Schemas ist die Tatsache, dass es die Funktionen der untersuchten Merkmale klärt. Neben der Unterscheidung zwischen den Inputs und Outputs ist im Kontext dieses Projekts auch die Feststellung bedeutend, dass die Produkte des politischen Systems nicht nur autoritativen, sondern auch symbolischen Charakter haben können. Easton erläutert die Rolle der symbolischen (oder im Original: associated)[113] Outputs mit den folgenden Worten:

„Every system has non-authoritative or what we may call associated as against authoritative outputs. These perform function similar to the authoritative outputs in creating or alleviating supportive stress on a system by priming the political pumps. Without the presence of persons capable of producing

[112] Auch wenn diese Macht aus humanitären Gründen angewandt wird, handelt es sich um „high politics".
[113] Die Übersetzung des Begriffs „associated" als „symbolisch" wurde vom polnischen Politikwissenschaftler Andrzej Antoszewski vorgeschlagen. Vgl.: Fußnote 105.

binding outputs, the associated kind would not be possible; but without the capacity to produce associated outputs, binding outputs alone would scarcely be able to carry the burden of meeting demands and building support …"[114].

Diese Unterscheidung ist wichtig, da sie verdeutlicht, dass auch politische Leistungen, welche rechtliche Sachverhalte nicht modifizieren, aus politikwissenschaftlicher Sicht wichtig sein können. Dazu zählen z. B. die Stimmen in der europäischen Debatte (associated statements).

Als ein Beispiel der zweiten Teilgruppe der symbolischen Outputs (associated performances) nennt Easton Korruptionsmechanismen[115]. Es wird jedoch angenommen, dass dieser Kategorie auch andere Arten der nicht-autoritativen politischen Aktivitäten zugeordnet werden können, wie unter anderem die Absage der Beteiligung an einem Treffen[116]. Eastons Einstufung der Bestechung als „associated performance" kann damit zu tun haben, dass er den Begriff „associated" nicht nur als „symbolisch" versteht. Die vom polnischen Politikwissenschaftler Andrzej Antoszewski vorgeschlagene Übersetzung des Wortes „associated" als „symbolisch" ist jedoch trotz seiner Abweichung vom Original im Kontext dieser Abhandlung begründet[117].

Im unten präsentierten Schema werden Elemente des Modells von David Easton an die Thematik der Untersuchung angepasst. Auf der Seite der Inputs befinden sich sowohl die von den Liberalen als entscheidend betrachteten innenpolitischen Faktoren, als auch die von den Realisten bevorzugten Impulse aus der außergesellschaftlichen (extra-societal) Umwelt des gegebenen Staates. Die Aufgabe der vorliegenden Untersuchung besteht darin, den Einfluss der Präferenzen von politischen Parteien auf die Gestaltung der Außenpolitik einzuschätzen. Die Parteien werden hierbei als Vertreter der Gesellschaft betrachtet. Sie sind aus diesem Grund eng mit der innenpolitischen Umwelt des zentralen politischen Systems verbunden, dem sie entstammen und in dem

[114] D. Easton, *A Systems Analysis of Political Life*, John Wiley & Sons, New York 1965, S. 353.
[115] *Ebd.*, S. 361.
[116] Zum Beispiel die Absage von Lech Kaczyńskis Teilnahme am Gipfel des Weimarer Dreiecks im Juli 2006.
[117] A. Antoszewski, *System polityczny jako kategoria analizy politologicznej* [in:] A. W. Jabłoński, L. Sobkowiak, *Studia z teorii polityki*, Band 1, Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego, Wrocław 1999, S. 78.

sie tief verwurzelt sind. Durch die Wahlprozedur ist ihr Schicksal direkt von den Bürgern abhängig. Des Weiteren bestehen die Strukturen der Parteien aus Bürgern, auch wenn wir die Parteielite als Bestandteil des zentralen politischen Systems qualifizieren.

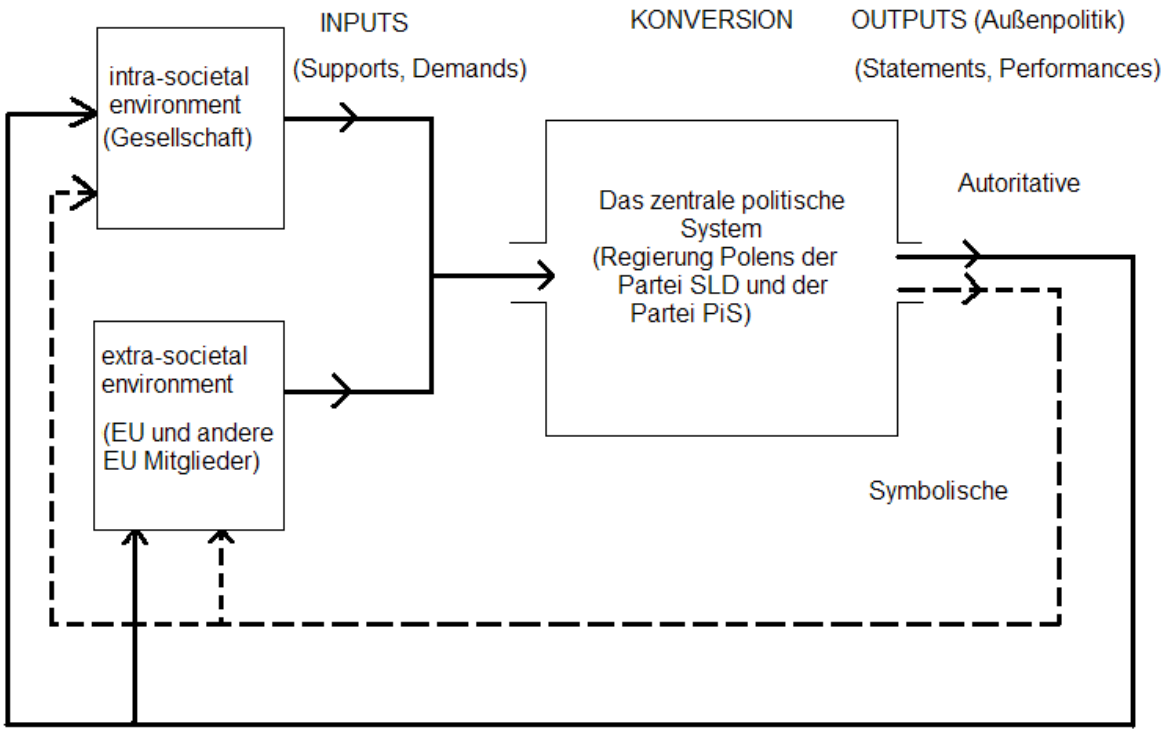


Abbildung 4. Entstehung der Außenpolitik Polens dargestellt im analytischen Rahmen eines von David Easton vorgeschlagenen Schemas des politischen Systems. Eigene Darstellung (vgl. mit.: D. Easton, *A Systems Analysis of Political Life*, John Wiley & Sons, New York 1965, S. 32).

Die Abhängigkeit einer Partei von der innergesellschaftlichen Umwelt trägt dazu bei, dass sie mehr Anreize verspürt, auf die Forderungen (demands) der Gesellschaft zu achten als auf die Forderungen außenpolitischer Akteure. Die Berücksichtigung der Erwartungen von Bürgern im Wahlprogramm kann einer politischen Gruppe die Unterstützung (supports) sichern, welche sie zur Machtübernahme benötigt. Dies bedeutet nicht, dass sich die Partei an die Erwartungen des Volkes anpassen muss. Es ist wahrscheinlich, dass sich auf spontane Weise eine Kohärenz zwischen den Präferenzen der Partei und der Mehrheit der Wähler entwickelt. Auch in der gegenwärtigen von

politischem Marketing gekennzeichneten Welt ist dies nicht auszuschließen. Die Frage nach der Motivation, die eine Partei und ihre Mitglieder dazu bewegen, bestimmte politische Präferenzen zu entwickeln, wird in dieser Arbeit nicht beantwortet. Im Fokus der Studie steht, wie bereits erwähnt, der Einfluss, den die mit unterschiedlichen Ideologien identifizierten Parteien auf die Praxis der Außenpolitik ausüben. Es handelt sich also um eine andere Ebene der Untersuchung, was im Folgenden näher erläutert wird.

Die Partei ist ein soziales, aber zugleich auch ein politisches Phänomen. Ihr praktisches Ziel, die Sicherung ihres Machtanteils, bewegt sie aus der innergesellschaftlichen Umwelt in Richtung des zentralen politischen Systems[118]. Aus der Perspektive der Forschung zur internationalen Politik kann man nur die Parteien als Elemente des Entscheidungszentrums anerkennen, die im gegebenen Moment die Macht innehaben. Im Bereich des auswärtigen Handelns verfügt die Regierung über eine unangefochtene Überlegenheit gegenüber anderen politischen Akteuren. Weitere Gruppierungen können lediglich im Rahmen verschiedener Institutionen Kontrolle über die Politik des Kabinetts ausüben (z. B. durch parlamentarische Ausschüsse, Parlamentsdebatten, Fragen an die Regierung). Sie können auch durch Medien oder in direktem Kontakt mit den Wählern Druck auf die regierende Koalition ausüben. Wegen eines zahlenmäßigen Vorsprungs der Regierung haben oppositionelle Parteien jedoch einen äußert geringen Einfluss auf die Outputs im Prozess der Gestaltung der nationalen Außenpolitik. Die Opposition kann zwar außenpolitische Projekte entwickeln, deren Verwirklichung in der Praxis (das fundamentale Problem aus Perspektive dieser Studie) kann aber erst dann untersucht werden, wenn die gegebene Gruppierung an die Macht kommt.

Im Fall der vorliegenden Untersuchung wird die wichtigste Regierungspartei als Bestandteil des zentralen politischen Systems angesehen. In der Periode 2001-2005 war

[118] Der Begriff „das zentrale politische System" wird von Dirk Berg-Schlosser und Theo Stammen benutzt, um die zentrale Einheit des politischen Systems (nach Easton einfach „the political system") zu beschreiben. Die Verwendung dieses Begriffs ist gerechtfertigt, da die zentrale Einheit des politischen Systems nicht mit dem Modell des politischen Systems, das auch Umwelt und Beziehungen zwischen der zentralen Einheit und der Umwelt umfasst, verwechselt werden soll. Vgl.: D. Berg-Schlosser, T. Stammen, *Einführung in die Politikwissenschaft*, Verlag C.H. Beck, München 2003, S. 166.

dies das Bündnis der Demokratischen Linken (SLD), in den Jahren 2005-2007 die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS). Beide regierten in bestimmten Perioden alleine (die SLD am Ende und die PiS am Anfang und kurz vor dem Ende ihrer Amtszeit) und in anderen Zeiträumen in Koalition mit anderen Kräften. Die SLD schloss überdies für die Wahlen ein Bündnis mit der Arbeitsunion (UP) und mit weiteren kleinen gesellschaftlichen und politischen Gruppen. Trotzdessen trugen die beiden führenden Parteien den Großteil der Verantwortung für die Bildung und die Arbeit des Kabinetts. Sie stellten den Vorsitzenden (Premierminister) und beinahe alle Mitglieder des Ministerrates. Auf diese Weise erzielten sie eine deutliche Überlegenheit insbesondere in der symbolischen Sphäre, die zentrale Bedeutung für die Außenpolitik hat.

Wie bereits erwähnt, wird in Eastons Modell die Verwirklichung der Forderungen (demands), die aus der inner- und außergesellschaftlichen Umwelt in das System einfließen, gegen die Unterstützung (supports) ausgetauscht. Innerhalb der zentralen Einheit des politischen Systems findet die Konversion dieser zwei Arten von Variablen in Form von Outputs statt. Easton unterscheidet zwischen zwei Arten von Produkten des politischen Systems: den Aussagen (statements) und den Leistungen (performances)[119]. Diese können wiederum zwei ebenfalls bereits angesprochene Formen annehmen, die autoritative und die symbolische Form.

Genauer betrachtet, verläuft die Konversion in zwei Etappen. Zunächst müssen die Forderungen und die Unterstützung von der Gesellschaft geäußert und den Vertretern des zentralen politischen Systems mitgeteilt werden. Der wichtigste Mechanismus der Vermittlung von politischen Präferenzen der Gesellschaft an die Politiker sind die Wahlen. Sowohl während des Wahlkampfes als auch danach fließt zwischen den Bürger und den politischen Eliten ein Strom an Forderungen und Unterstützung. Diese Inputs können die Vorhaben der Entscheidungsträger modifizieren. Die Modifikation geht jedoch nicht über den ideologischen Rahmen, auf dem die Präferenzen der Partei basieren, hinaus. Das Handeln der politischen Gruppe orientiert sich an den Erwartungen ihrer Wählerschaft. Die Entscheidung darüber, welche Strömung der Forderungen und Unterstützung Vorrang haben soll, wird am Wahltag getroffen. Das Wesentliche bei der

[119] D. Easton, *A Systems Analysis of Political Life*, John Wiley & Sons, New York 1965, S. 353.

politischen Abstimmung ist die Tatsache, dass die Anzahl der (relevanten) Optionen deutlich geringer ist als alle möglichen Kombinationen der politischen Ansichten. Es wird zwischen unterschiedlichen Bewerbern gewählt, die mit ihren eigenen Ideen antreten. Aus diesem Grund sind ihre Präferenzen primär, unabhängig davon, ob sie ein Ergebnis politischer Überlegungen der Parteiführung oder einer im Auftrag der Partei durchgeführten Umfrage bilden.

Die im obigen Abschnitt dargestellten Gedanken stehen nicht im Widerspruch zu der These, dass die Parteien als Vertreter der Gesellschaft fungieren. Sie erfüllen zwar ihre von Lipset und Rokkan als „expressiv" bezeichnete Funktion[120], aber dies vollzieht sich nicht so einfach, wie es Moravcsiks transmission-belt-Gleichung suggerieren könnte[121]. Nicht jede in den Umfragen erfasste Forderung der gesellschaftlichen Akteure wird Ausdruck in der außenpolitischen Praxis finden. Die Rolle der Bürger besteht eher in der Bestimmung, nach welchem Muster die von ihnen formulierten Postulate von den Entscheidungsträgern als tauglich oder untauglich für eine Verwirklichung bewertet werden.

Alles, was von einem politischen System hergestellt wird, übt durch die Rückkopplungsschleife (Feedback Loop) wiederum Einfluss auf die Inputs aus[122]. Die Außenpolitik des Staates wird sowohl von der Akteuren der inner- als auch der außergesellschaftlichen Umwelt rezipiert und wirkt sich auf ihre künftigen Entscheidungen aus. In dem hier beleuchteten Fall trug die innenpolitische Rezeption sowohl der Politik (nicht unbedingt der Außenpolitik) der SLD als auch der PiS zur ihrer Abwahl 2005 beziehungsweise 2007 bei. Die außenpolitischen Aktivitäten der beiden Regierungen, die teilweise zu ihrer negativen Bewertung in den Augen der Gesellschaft

[120] Lipset und Rokkan definieren die *expressive* Funktion der Parteien wie folgt: „party develop a rhetoric for the translation of contrasts in the social and the cultural structure into demands and pressures for action or inaction." Vgl.: S. M. Lipset, S. Rokkan (Hrsg.) *Party Systems and Voters Alignments: Cross-National perspectives*, The Free Press, New York 1967, S. 5.
[121] A. Moravcsik, *Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics*, "International Organization", 51 (1997) 4, S. 518.
[122] Easton unterscheidet zwischen *feedback* (Rückkehr der Informationen zu den Entscheidungsträgern), *feedback loop* (Kanal, durch den Informationen übertragen werden) und *feedback processes* (das tatsächliche Muster des Informationsflusses). D. Easton, *A Systems Analysis of Political Life*, John Wiley & Sons, New York 1965, S. 366.

beitragen, werden in dem der Praxis der Außenpolitik gewidmeten Kapitel dargestellt. An dieser Stelle werden sie nicht ausführlicher analysiert.

Auf der anderen Seite erreichen symbolische und autoritative Produkte des Systems durch den Feedback Loop andere Teilnehmer der Internationalen Beziehungen. Unter dem Begriff „andere Teilnehmer“ werden hier vor allem die Europäische Union und die EU-Mitgliedstaaten verstanden. Innerhalb von diesen Staaten und Organisationen agieren sodann weitere gesellschaftliche Akteure, die über eigene Präferenzen verfügen und entsprechend ihrer Präferenzen auf Impulse aus den anderen politischen Systemen reagieren. Ihre Reaktionen wirken später in die zentrale Einheit des politischen Systems in Form von Inputs ein. Die Wahrnehmung der polnischen Außenpolitik in den anderen Staaten wird hier nicht detailliert dargestellt. Die Hervorhebung der Rückkoppelung kann das oben dargestellte Modell in einen unendlichen Zyklus verwandeln und auf diese Weise undurchsichtig machen. Es wird aus diesem Grund angenommen, dass die Rückkoppelung außerhalb des im Kontext dieser Arbeit verwendeten Kernteils des Eastonschen Schemas liegt.

2.2.2 Elemente der Außenpolitik Polens als Variablen

Die oben präsentierten Elemente der polnischen Außenpolitik müssen als Bestandteile der wissenschaftlichen Untersuchung erfasst werden. Wird die Rückkoppelung aus dem Schema der Entwicklung der polnischen Außenpolitik herausgenommen, ordnen sich die Bestandteile des Eastonschen Systemmodells in kausaler Reihenfolge.

Der Output des politischen Systems, das heißt die Europapolitik als ein Teilbereich der Außenpolitik Polens, ist eine abhängige Variable. Auf der Suche nach den Faktoren, die sie gestalten, muss zwischen direktem und indirektem Einfluss unterschieden werden. Unmittelbar wird die Außen- bzw. Europapolitik von den Akteuren des zentralen politischen Systems geprägt. Die außenpolitischen Entscheidungen der politischen Elite werden von zwei konkurrierenden Theorien auf unterschiedliche Weise erklärt. Die erste von ihnen kann als Parteitheorie der

Internationalen Beziehungen bezeichnet werden, die als ein Spezialfall der liberalen Theorie der Internationalen Politik von Andrew Moravcsik betrachtet wird. Ausgehend von diesem Modell wird argumentiert, dass sich die Unterschiede zwischen den Präferenzen der polnischen politischen Parteien im gleichen Maße in der praktischen Politik der von ihnen gebildeten Regierungen widerspiegeln. Diese Aussage gilt in der vorliegenden Untersuchung als Alternativhypothese. Es wird versucht zu belegen, dass diese Feststellung den tatsächlichen Sachverhalt wirklichkeitsgetreu beschreibt.

Neben der Alternativhypothese muss auch die Nullhypothese formuliert werden. Sie muss möglichst umfassend sein. Ähnlich wie im klassischen Werk von Manfred G. Schmidt *CDU und SPD an der Regierung* werden hier zwei Versionen der Nullhypothese verwendet[123]. Die erste Version, welche der Struktur der empirischen Studie am besten entspricht, hat einen negativen Charakter: „Die Unterschiede zwischen den Präferenzen der politischen Parteien spiegeln sich nur minimal (nicht signifikant) in der praktischen Politik der von ihnen gebildeten Regierungen." Die zweite Version der Nullhypothese geht einen Schritt weiter und weist auf andere Faktoren hin, welche die Außenpolitik eines Staates prägen. Sie kann wiederum auf zweierlei Weise formuliert werden. Die erste Formulierung behauptet, dass die zwischenparteilichen Differenzen sich nur minimal in der politischen Praxis ausdrücken, da in Wirklichkeit Außenpolitik von objektiven Interessen des Staates und von seiner Position in der Struktur des internationalen Systems bestimmt wird. Auf der anderen Seite kann auf die Downs'sche ökonomische Theorie der Demokratie hingewiesen werden. Sie betont die Rolle des Medianwählers, welcher aus der Mitte der Gesellschaft Druck auf die Regierung ausübt. Aufgrund ihrer innenpolitischen Ausrichtung ist sie als liberal zu bezeichnen. In beiden Fällen ist die unabhängige Variable anders definiert als im Falle der Alternativhypothese.

Es wird angenommen, dass die abhängige Variable entweder hauptsächlich von den realistischen oder den liberalen Faktoren direkt beeinflusst wird[124]. Die beiden vermutlichen unabhängigen Variablen werden jedoch von anderen Kräften gestaltet, die

[123] M. G. Schmidt, *CDU und SPD an der Regierung. Ein Vergleich ihrer Politik in den Laendern*, Campus Verlag Frankfurt/New York 1980, S. 13-14.
[124] Siehe das zweistufige Modell des staatlichen Handelns in der internationalen Politik von Andrew Moravcsik, A. Moravcsik, *Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics*, "International Organization", 51 (1997) 4, S. 544-545.

als antezedente Variablen klassifiziert werden können. Auf der innergesellschaftlichen Ebene werden dies die Präferenzen der Gesellschaft und auf der außergesellschaftlichen Ebene die Konfiguration der Machtverhältnisse innerhalb des internationalen Systems sein. Diese zwei antezedenten Variablen werden in der Studie nicht ausführlich erörtert, da sie über den Rahmen der Forschung hinausgehen.

Art der Variable	Antezedente Variable	Unabhängige Variable	Abhängige Variable
Bestandteil des politischen Systems	Input der Forderungen und Unterstützungen	Konversion innerhalb des politischen Systems	Output: autoritative und symbolische Produkte des Systems
Inner-gesellschaftliche Ebene	Präferenzen der Gesellschaft	Präferenzen der regierenden Partei	Praxis der Außenpolitik
Außer-gesellschaftliche Ebene	Konfiguration der Machtverhältnisse innerhalb des internationalen Systems	Position des Staates im internationalen System (Ausgangslage)	

Tabelle 3. Transformation der Elemente des Modells zur Entstehung der polnischen Außenpolitik auf Variablen nach dem Ausschluss der Rückkoppelung. Eigene Darstellung.

Im Fall der Parteipräferenzen handelt es sich, wie bereits erwähnt, um die Wahl der Bürger zwischen den ihnen von den politischen Gruppierungen vorgeschlagenen Optionen. Die Frage ist sodann, ob die Präferenzen der erfolgreichsten Partei tatsächlich verwirklicht werden oder ob die Politik des Staates hauptsächlich von der Struktur des internationalen Systems bzw. durch die Anpassung der Regierungspolitik an Forderungen des Medianwählers gestaltet wird.

2.2.3 Das Analyseraster

Es wird angenommen, dass die zwei oben dargestellten Hypothesen einander ausschließende Alternativen darstellen. Es ist jedoch auch möglich, dass weder die eine noch die andere Hypothese für die Beschreibung des untersuchten Sachverhalts ausreichend ist und erst ihre Synthese Erfolg versprechen wird. Im Mittelpunkt der vorliegenden Studie steht die Modifikation der liberalen Theorie der Internationalen Beziehungen, welche die Rolle der Parteien betont. Alternative Theorien werden nicht ausführlich untersucht, ihre Erkenntnisse finden jedoch bei der Ausgestaltung eines revidierten Modells der Außenpolitikentstehung Berücksichtigung.

	Ebene der Analyse	Fall 1 (SLD)		Fall 2 (PiS)
	Rückkoppelung (feedback loop)	Konsequenzen der Politik		Konsequenzen der Politik
		↑ Einfluss ↓		↑ Einfluss ↓
Abhängige Variable	Praxis der Außenpolitik	Politik der SLD	←Vergleich→	Politik der PiS
		↓ Vergleich ↑		↓ Vergleich ↑
Unabhängige Variable	Die innenpolitische Debatte	Präferenzen der SLD	←Vergleich→	Präferenzen der PiS
		↑ Einfluss ↓		↑ Einfluss ↓
Antezedente Variable	Gesellschaft	Präferenzen der Wähler		Präferenzen der Wähler

Abbildung 5. Analyseraster. Eigene Darstellung. Hellgrau: Bereiche, die in der Studie berücksichtigt werden. Schwarz: Schritte der geplanten Analyse.

Die vorgeschlagene Vorgehensweise wird in dem obigen Schaubild dargestellt. Die hellgraue Farbe markiert die Bereiche, die in der Untersuchung berücksichtigt werden. Mit der schwarzen Farbe werden hingegen die Schritte der Analyse hervorgehoben. Die übrigen Felder, die nicht markiert werden, sind Elemente des Modells, deren Betrachtung für die Arbeit nicht wesentlich ist.

Um die Praxis der Außenpolitik bei unterschiedlichen Ausprägungen der unabhängigen Variable „Parteipräferenz“ vergleichen zu können, werden zur

Untersuchung zwei ideologisch unterschiedlich orientierte Regierungen ausgewählt. Der Begriff „Regierung“ wird in der Arbeit auf zweierlei Weise verwendet. Einerseits bezeichnet er eine Periode, in der der Premierminister und die meisten Mitglieder des Ministerrates durch eine bestimmte Koalition bestimmt werden, unabhängig davon, wer das Amt des Vorsitzenden des Ministerrates bekleidet. Es kann jedoch unter dem Begriff „Regierung“ auch das unter der Führung eines bestimmten Politikers agierende Kabinett verstanden werden. Da die einzelnen Kabinette in Polen in der Regel kürzer als die Dauer einer Wahlperiode des Parlaments bestehen[125], werden an dieser Stelle als SLD-Regierung (Fall 1) und als PiS-Regierung (Fall 2) alle Kabinette verstanden, die von den beiden Parteien alleine oder in einer Koalition mit anderen Parteien gebildet wurden. Im engeren Sinne (Regierung als Kabinett unter einem Premierminister) werden hier die folgenden Regierungen behandelt: das Kabinett von Leszek Miller (die SLD, 2001-2003 in der Koalition mit der PSL und 2003-2004 als Minderheitsregierung), das Kabinett von Marek Belka (SLD, 2004-2005), das Kabinett von Kazimierz Marcinkiewicz (PiS, 2005-2006) und das Kabinett von Jarosław Kaczyński (PiS, 2006-2007).

Die Kabinette Miller und Belka bilden den ersten Fall, die Kabinette Marcinkiewicz und Kaczyński den zweiten. Diese Kabinette hatten zwar unterschiedlich langen Bestand, die relativ kurze Amtsperiode der Regierungen von Kaczyński und Marcinkiewicz waren jedoch von einer großen Intensität der politischen Debatte im innen- und außenpolitischen Bereich gekennzeichnet. Die Regierung Belka kann andererseits als eine Fortsetzung des verhältnismäßig lange existierenden Ministerrates unter Miller betrachtet werden.

Wie bereits dargestellt, weisen die SLD und die PiS deutliche ideologische Unterschiede auf und eignen sich daher gut für eine Untersuchung des Einflusses der Parteiprogramme auf die Außenpolitik. Andererseits gibt es zwischen den beiden untersuchten Regierungen auch viele Gemeinsamkeiten. In beiden Fällen handelt es sich um polnische Regierungen. Die Kabinette Belka, Marcinkiewicz und Kaczyński wurden

[125] Der am längsten regierende Premierminister der Dritten Republik (nach 1989) war Jerzy Buzek (AWS), dessen Kabinett erst als Koalitionsregierung AWS-UW und später als Minderheitsregierung der AWS als einziges Kabinett in der Geschichte der Dritten Republik die ganze Amtsperiode des Sejms überstand (1997-2001).

nach dem EU-Beitritt Polens gebildet. Das Kabinett Miller existierte in einer unmittelbar der Erweiterung vorangehenden Periode und konnte sich im letzten Jahr seines Daseins (2003-2004), das heißt nach dem Volksentscheid über die EU-Mitgliedschaft, an den internen Debatten der Gemeinschaft beteiligen. Beide Parteien verfügten im Parlament über keine absolute Mehrheit, was sie zum Abschluss von Koalitionsverträgen mit anderen politischen Kräften zwang. Sowohl die PiS als auch die SLD konnten auf der anderen Seite während des ganzen oder, wie im Falle der PiS, beinahe ganzen Zeitraums, in dem sie an der Macht waren, auf die Unterstützung des aus der regierenden Partei stammenden Präsidenten zählen[126].

Während die zahlreichen oben genannten Variablen konstant bleiben, nimmt ein Merkmal, die Ideologie, unterschiedliche Ausprägungen an. Wird bewiesen, dass sich die divergierenden ideologischen Identitäten der beiden Parteien in der Praxis der von ihnen geführten Außenpolitik widerspiegelten, bestätigt dies die Aussagekraft der liberalen Theorie der Internationalen Beziehungen in Bezug auf die Europapolitik Polens in den Jahren 2001-2007.

Die Beantwortung der Frage, ob sich die tatsächlich von einer Regierung geführte Außenpolitik deutlich von der Außenpolitik der anderen Regierung unterschied, ist erst in der letzten Phase der Untersuchung möglich. Bevor jedoch die Praxis des auswärtigen Handelns der SLD und der PiS miteinander verglichen werden, gilt es, die Präferenzen beider Parteien zu betrachten. Die in Programmdokumenten und in Interviews ausgedrückten Ansichten beider Gruppierungen (und ihrer Vertreter) müssen ausgewertet und miteinander verglichen werden. Die Untersuchung der Positionen der Parteien erfolgt nach der Methode der Programmforschung, basierend auf dem Konzept von Laver und Budge[127] mit späteren Modifikationen (Klingemann[128]). Die Einzelheiten dieser Herangehensweise werden in Kapitel 2.3 dargestellt. Zusammenfassend werden

[126] Als die SLD die Regierung Polens stellte, wurde das Amt des Präsidenten Polens vom ehemaligen Vorsitzenden dieser Partei, Aleksander Kwaśniewski, bekleidet. Die Präsidentenwahlen, die einen Monat nach den Parlamentswahlen 2005 stattfanden, wurden vom Kandidaten der PiS, Lech Kaczyński, gewonnen, der sein Amt offiziell im Dezember 2005 antrat.
[127] M.J. Laver, I. Budge, *Measuring Distances and Modelling Coalition Formation* [in:] M.J. Laver, I. Budge (Hrsg.), *Party Policy and Government Coalitions*, St. Martin's Press, New York 1992, S. 26-27.
[128] H.-D. Klingemann et. al., *Mapping Policy Preference II: Estimates for Parties, Electors and Governments in Eastern Europe, the European Union and the OECD, 1990-2003*, Oxford University Press, Oxford 2006, S. 165.

somit im ersten Schritt der Studie die außenpolitischen Präferenzen[129] der beiden Parteien bestimmt und in einem Vergleich gegenübergestellt.

In einem zweiten Schritt wird die Praxis der Europapolitik der beiden Regierungen analysiert (die abhängige Variable). In dieser Phase sollen einzelne Entscheidungen der Regierungen auf dem in der Studie berücksichtigten Gebiet präsentiert und im Kontext der vorher ermittelten Präferenzen der Parteien ausgewertet werden. Die Konsistenz der praktisch geführten Politik mit den von den Parteien vertretenen ideologischen Positionen wird im Falle deutlich voneinander abweichender Präferenzen als eine Bestätigung der Thesen der liberalen Schule in ihrer parteizentrischen Version dienen. Führen beide Parteien jedoch trotz unterschiedlich deklarierter Absichten eine ähnliche Politik, muss folgedessen die parteizentrische liberale Theorie abgelehnt werden.

2.3 Parteien, Parteiprogramme und Parteipräferenzen: Messung der Variablen

2.3.1 Das Dyade-Modell

Die einfachste Methode zwischen einzelnen politischen Positionen zu unterscheiden, basiert auf dem Dyade-Modell. Das Modell setzt voraus, dass die politischen Ansichten, die von den Parteien (bzw. von Gruppen innerhalb der Parteien oder von Bündnissen aus mehreren Parteien) geäußert werden, entweder als linke oder rechte Positionen eingeordnet werden können. Diese Einteilung aller politischen Erscheinungen in zwei Teilmengen ist eine offensichtliche Vereinfachung der Wirklichkeit und wurde als solche häufig kritisiert. Die Einfachheit dieses Konzeptes scheint insbesondere für die heutige Welt der unabhängigen, selbstbewussten und selbstbestimmten Individuen ungeeignet. Entwicklungen wie Clintons „New Democrats“, Blairs „New Labour“ oder Schröders „Kraft des Neuen“ bzw. „Neue

[129] Es werden allgemeine außenpolitische Präferenzen untersucht; besondere Aufmerksamkeit wird jedoch den Aussagen zu politischen Aspekten der Europäischen Union gewidmet.

Mitte“[130] liefern überdies empirische Argumente für den Bedeutungsrückgang einer Unterscheidung zwischen links und rechts. Auf der anderen Seite ist das Konzept der Dichotomie allgegenwärtig in unterschiedlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu finden. Laut Norberto Bobbio stelle das Dyade-Modell „ein spezifisches Denkmuster in Dyaden dar, die die verschiedensten Deutungen psychologischer, soziologischer, historischer und auch biologischer Art erfuhr“[131].

Obwohl das Dyade-Modell in der praktischen Politik häufig moniert wird, besteht kein Grund, auf dieses Modell als ein Werkzeug der politikwissenschaftlichen Analyse zu verzichten. Dies wird umso deutlicher, wenn man Modifikationen der Dyade bzw. Alternativen für die dichotomische Darstellung der Politik betrachtet. Die triadischen oder hexadischen Darstellungen, die neben links und rechts noch weitere Kategorien berücksichtigen, erweitern lediglich das Dyade-Modell[132], da die Kategorien zwischen den beiden Extremen ebenso von der klassischen Dichotomie bestimmt werden. Die Einführung von Zwischenstufen wie Mitte oder Mitte-rechts bzw. Mitte-links erfordert deren genaue Charakterisierung. Die Grenzen zwischen den Unterkategorien sind so schwieriger zu bestimmen als die Unterschiede zwischen den zwei Extrempolen.

Die Konzepte, die statt des Dyade-Modells auf einer anderen Einteilung basieren, sind wiederum wenig übersichtlich. Ein Beispiel für ein solches Modell ist die zweidimensionale Darstellung von Hans Jürgen Eysenck[133]. Auf zwei sich kreuzenden Achsen unterscheidet er zwischen den demokratischen und den autoritären (senkrechte Achse) beziehungsweise zwischen den radikalen und den konservativen Extremen (waagerechte Achse)[134]. Obwohl diese Darstellung aufgrund ihrer Mehrdimensionalität realitätsgetreuer erscheinen mag, erschwert sie die Auswertung der quantitativen empirischen Daten. Da das Modell von Eysenck auf dem Ordinatensystem aufbaut, ist es in seinem Rahmen nicht möglich, die Lage der einzelnen Parteien als eine einfach

[130] G. Strohmeier, *Moderne Wahlkämpfe – wie sie geplant, geführt und gewonnen werden*, Nomos, Baden-Baden 2001, S. 168, S. 215, S. 264, S. 361.
[131] N. Bobbio, *Rechts und Links. Die Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1994, S. 12.
[132] U. Backes, E. Jesse, *Vergleichende Extremismusforschung*, Nomos, Baden-Baden 2005, S. 105.
[133] U. Backes, E. Jesse, *Vergleichende Extremismusforschung*, Nomos, Baden-Baden 2005, S. 107; H. J. Eysenck, *The Psychology of Politics*, Routledge & Kegan Paul, London 1968, S. 111.
[134] H. J. Eysenck, *The Psychology of Politics*, Routledge & Kegan Paul, London 1968, S. 111.

interpretierbare Zahl auszudrücken, wie es in dieser Studie der Fall ist. Die dichotomische Darstellung hingegen ermöglicht die Entwicklung einer einfachen und übersichtlichen Methode zur Berechnung der Parteipositionen, die später auch als Grundlage für das triadische oder hexadische Modell dienen kann. Dann besteht jedoch, wie bereits erwähnt, die Gefahr einer willkürlichen Bestimmung der Abgrenzung der einzelnen Unterkategorien.

Das Problem der Multidimensionalität der Politik wird auch im Modell Gilat Levys erfasst. Neben den rein ökonomischen Konflikten z. B. über die Höhe der Besteuerung, die entlang der waagerechten Hauptachse verlaufen, tauchen in vielen politischen Systemen weitere Trennlinien anderer Dimensionen auf. Diese Art der Auseinandersetzungen kann sich auf sogenannte lokale Güter konzentrieren[135]. Sie müssen nicht unbedingt räumlich bestimmt werden, sondern können vielmehr lediglich für eine bestimmte Sparte der Gesellschaft von Bedeutung sein.

Beispielsweise kann es sich hierbei um die Bedürfnisse einer bestimmten religiösen Gruppe handeln[136]. Die Entstehung eines Konflikts um lokale Güter fügt dem Dyade-Schema eine zweite Dimension hinzu. Dieser multidimensionale politische Raum wird jedoch wiederum durch die notwendige Sicherung einer effektiven Mehrheit auf eine Dimension reduziert. Die Gruppen, deren Interessen sich auf unterschiedlichen Achsen befinden, werden zur Bildung von Koalitionen gezwungen, die letztlich entweder als rechte oder linke Positionen klassifiziert werden[137]. Solche Koalitionen werden nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der einzelnen Parteien entstehen, die selbst als Aggregate verschiedener Einstellungen (attitudes) bezeichnet werden können. Laut Eysenck:

„There can be no doubt whatever that attitudes do not occur in splendid isolation but are closely linked with other attitudes in some kind of pattern or structure. Indeed, the very existence of parties and political labels implies as much; to say that a person is a Socialist or a Conservative immediately suggests

[135] G. Levy, *A Model of Political Parties*, „Journal of Economic Theory", 115 (2004) 2, S. 260.
[136] Die Forscher des Lobbyismus konzentrieren sich auf andere lokale Güter, die den wirtschaftlichen Interessen von eng definierten gesellschaftlichen Gruppen entsprechen. Vgl.: T. Persson, G. Tabellini, *Political Economics. Explaining Economic Policy*, The MIT Press, Cambridge (Massachusetts) 2000, S. 159-162.
[137] G. Levy, *A Model of Political Parties*, „Journal of Economic Theory", 115 (2004) 2, S. 262.

that he holds not just one particular opinion on one particular issue, but rather that his views and opinions on a large number of different issues will form a definite pattern"[138].

Die vorliegende Studie unterteilt die einzelnen Aussagen in nur zwei Kategorien: links und rechts. Es wird angenommen, dass einzelne Abschnitte (quasi-sentence) der untersuchten Texteinheit[139] nur zwei Ausprägungen haben können (entweder links oder rechts). Ihr ideologischer Charakter wird also die Gestalt einer dichotomen Variablen annehmen. Auf der Skala zwischen -100 und 100 wird jedoch die ideologische Position der aggregierten Aussagen (der gesamten Dokumente) abgeschätzt. Es wird angenommen, dass der prozentuelle Anteil der linken oder rechten Aussagen in einem Dokument mit den prozentuellen Anteilen dieser Aussagen in anderen Texten verglichen werden kann und dass daraus Schlussfolgerungen über den deutlich linken bzw. rechten Charakter eines bestimmten Dokuments gezogen werden können.

2.3.2 Links und rechts

Nachdem nun die Entscheidung für die Anwendung des Dyade-Modells gefallen ist, bleibt zu klären, wie ihre zwei Pole bezeichnet werden sollen. Im zwanzigsten Jahrhundert entwickelten sich die Begriffe „links" und „rechts" in einigen Ländern zu negativ konnotierten Bezeichnungen für den politischen Gegner. In Deutschland werden die Anhänger des Nationalsozialismus (anders: Nazis, Neo-Nazis) als „Rechte" bezeichnet. Die rechte Seite des deutschen Parlaments verwendet zur eigenen Beschreibung hingegen den Begriff „konservativ". Die Linken hingegen existieren jedoch paradoxerweise mit dieser Bezeichnung im deutschen Bundestag. Dies wird sogar von den Konservativen, die den Begriff „die Rechten" ablehnen, nicht infrage gestellt. Die Identifizierung mit dem Begriff „links" scheint beliebter zu sein. An dieser Stelle kann nicht nur auf das offensichtliche Beispiel der ehemaligen PDS hingewiesen werden

[138] H. J. Eysenck, *The Psychology of Politics*, Routledge & Kegan Paul, London 1968, S. 107.
[139] H.-D. Klingemann et. al., *Mapping Policy Preference II: Estimates for Parties, Electors and Governments in Eastern Europe, the European Union and the OECD, 1990-2003*, Oxford University Press, Oxford 2006, S. 165.

(„Die Linke“), sondern auch auf die „Parlamentarische Linke“ innerhalb der SPD (interessanterweise bezeichnet sich der rechte Flügel der SPD als „Seeheimer Kreis“[140]) sowie auf die Grünen[141].

Historisch gesehen sei laut Laponce bis Ende des 18. Jahrhunderts der Begriff „rechts“ bevorzugt worden[142]. Diese Tendenz war besonders deutlich in den Kulturen des Abendlandes ausgeprägt und hatte ihre Wurzel in den Traditionen des Christentums und Judaismus. Zahlreiche Beispiele für eine Bevorzugung der rechten Seite in der christlichen räumlichen Symbolik liefert die Bibel[143]. Nach dem Evangelium von Markus wurde Jesus „aufgehoben gen Himmel und setzte sich zur Rechten Gottes“[144]. Überreste der privilegierten Position der rechten Seite findet man bis heute in der Sprache. Nicht ohne Grund steht das Wort „Recht“ für die Beschreibung des Systems von Normen, die das menschliche Zusammenleben innerhalb der Gesellschaft ordnen und sichern sollen. Auch in der Diplomatie wird „unabhängig von den lokalen Bräuchen“ die rechte Seite bevorzugt[145].

Die Dominanz von rechts über links wurde durch die Französische Revolution geschwächt, die rechts mit den Kräften des Ancien Régimes und links mit Fortschritt gleichsetzte. Seitdem werden beide Begriffe als miteinander im Wettbewerb stehende alternative politische Visionen wahrgenommen. Nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus und des Faschismus geriet die rechte Position deutlich in Verruf. Im Laufe der Zeit mehrten sich jedoch auch Stimmen, die zwischen den erwähnten rechten totalitären Regimen und dem Kommunismus, der sich für den absoluten Gegensatz der rechten Diktaturen hielt, mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede sahen[146].

---

[140] Die Vertreter des rechten (pragmatischen) Flügels der SPD trafen sich ab 1978 im Lufthansa-Schulungszentrum im hessischen Ort Seeheim. Vgl.: J. Kahrs, S. Viehbeck (Hrsg.), *In der Mitte der Partei. Gründung, Geschichte und Wirken des Seeheimer Kreises*, Die Seeheimer e.V, Berlin 2005, S. 22.
[141] J. Fischer, *Die Linke nach dem Sozialismus*, campe paperback, Hamburg 1993, S. VI-VII.
[142] J.A. Laponce, *Left and Right. The Topography of Political Perceptions*, University of Toronto Press, Toronto 1981, S. 29.
[143] *Ebd.*, S. 40.
[144] Markus 16,19 Zitat nach: *Bibel nach der Übersetzung Martin Luthers*, Deutsche Bibelgesellschaft, Stuttgart 1999, S. 65. Das Beispiel wird von Laponce erwähnt.
[145] E. Pietkiewicz, *Protokół dyplomatyczny*, Ministerstwo Spraw Zagranicznych, Warszawa 1998, S. 49-50.
[146] Zu den prominentesten frühen Vertreter dieser These zählte Friedrich August von Hayek: „Nur wenige wollen zugeben, dass der Aufstieg von Faschismus und Nationalsozialismus nicht als Reaktion gegen die sozialistischen Tendenzen der voraufgegangenen Periode, sondern als die zwangsläufige Folge jener Bestrebungen begriffen werden muss. Dies ist die Wahrheit, die die meisten nicht sehen wollten, selbst als

Die These über die Analogien zwischen den Systemen, die mit den zwei extremen Polen der Dyade assoziiert werden, wurde nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Ostblocks durch weitere Argumente gestärkt. Diesmal erlitt die linke Seite eine Niederlage. Der erste sozialistische Staat, der sich selbst als Reich des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts dargestellt hatte, erwies sich als bankrott, hilfebedürftig, rückständig und unfrei. Der Schock nach dem Fall des Kommunismus war so groß, dass zahlreiche Linke, wie vorher die Rechten, nach neuen Ansätzen ihrer Ideologie zu suchen begannen, interessanterweise ohne auf die räumliche Symbolik zu verzichten[147].

Die Globalisierungsprozesse, die insbesondere nach dem Ende der europäischen Teilung an Bedeutung gewannen, erzwangen auch politische, ökonomische und ideologische Veränderungen im Westen. Die westeuropäischen Sozialdemokraten mussten in den neunziger Jahren durch eine entsprechende Anpassung ihrer Programme und eine noch tiefer greifende Modifizierung ihrer politischen Praxis auf neue Herausforderungen der miteinander verflochtenen Weltwirtschaft reagieren. Im Zuge dieser Anpassungsprozesse verloren die Begriffe „links“ und „rechts“ ihre ursprüngliche Bedeutung.

Bevor die Sozialdemokraten ihren Konflikt mit der globalen Marktwirtschaft beheben konnten, was als zweite bzw. dritte Etappe einer Annäherung von links und rechts angesehen werden kann[148], erschienen auf der politischen Bühne mehrerer Staaten rechte Parteien, die erstaunlicherweise für Reformen, wirtschaftlichen Fortschritt und Veränderung warben. Als bestes Beispiel dient hier Margaret Thatcher. Auf der anderen Seite der Barrikade, dort wo man die konservativen Kräfte des Ancien Régimes erwarten würde, befanden sich diesmal die Linken, welche die bestehenden Strukturen der Wohlfahrtsstaaten verteidigten. Laut Giddens:

---

man in weiten Kreisen klar erkannte, dass sich das innere Regime im kommunistischen Russland und im nationalsozialistischen Deutschland in vielen seiner abstoßenden Züge ähnelte.“ F. A. von Hayek, *Der Weg zur Knechtschaft*, Eugen Rentsch Verlag, Erlenbach-Zürich 1976, S. 21.

[147] Zu den Autoren, welche die Linke nach dem Fall des Kommunismus neu zu definieren versuchten, gehörte auch Joschka Fischer: „Die Linke nach dem Sozialismus mag nicht mehr wissen, wer und was sie ist, aber das Minimalprogramm der demokratischen Linken in Europa war immer die Verteidigung von Demokratie und Republik“. J. Fischer, *Die Linke nach dem Sozialismus*, campe paperback, Hamburg 1993, S. VI-VII.

[148] Anhand des Beispiels der SPD kann auf folgende Etappen der Versöhnung der Sozialdemokraten mit der Marktwirtschaft hingewiesen werden: Görlitzer Programm 1921 (Zustimmung für die Koalitionen mit den bürgerlichen Parteien), Godesberger Programm 1959, Schröders „Neue Mitte“ 1998.

„Socialists more often than not find themselves trying to conserve existing institutions (…). And who are the attackers, the radicals who wish to dismantle existing structures? Why, quite often they are none other than the conservatives – who, it seems, wish to conserve no longer"[149].

In der raumpolitischen[150] Verwirrung nach dem Kalten Krieg verloren die Begriffe „links" und „rechts" an Schärfe. Die Festlegung eines bestimmten Programms oder einer bestimmten Person als links oder rechts ist komplizierter als je zuvor. Aus diesem Grund beadrf es im wissenschaftlichen Bereich des Versuchs, die politische Dyade von den Urteilen, die mit ihren zwei Polen assoziiert werden, zu trennen. Um eine Analyse durchzuführen, gilt es, sich zunächst auf eine Bedeutung von „links" und „rechts" zu verständigen, mit der nicht alle Vertreter der beiden Richtungen einverstanden sein werden. Ohne diese Zuordnung eines bestimmten Aspekts des Parteiprogramms oder der politischen Praxis zu einer der zwei Mengen wäre es aber deutlich schwieriger, zu klaren und eindeutig interpretierbaren Ergebnissen zu gelangen.

2.3.3 Freiheit und Gleichheit

Idealismus und Realismus werden, wie schon angedeutet, mit ihren entsprechenden innenpolitischen Einstellungen in die Kategorien „links/idealistisch" und „rechts/realistisch" eingeteilt. Die Idealtypen werden sodann durch jeweils zwölf Dimensionen (Unterkategorien) definiert. Die Beschreibung der auf diese Weise entstandenen einzelnen Merkmale liefert das Gesamtbild der beiden Kategorien.

Die Begriffe „Idealismus" und „Realismus" werden hier als Idealtypen der Wahrnehmung internationaler Politik verstanden. Sie sollen dabei nicht mit den wissenschaftlichen Erklärungsansätzen ähnlichen Namens verwechselt werden. Die Entwicklung der neorealistischen und der neoliberalen Schule in der Forschung der Internationalen Beziehungen führte dazu, dass die Grenze zwischen den beiden

[149] A. Giddens, *Beyond Left and Right. The Future of Radical Politics*, Polity Press, Cambridge 1994, S. 22.
[150] Raumpolitisch verstanden als eine Diskussion über rechts und links.

Paradigmen verwischte[151]. Die Existenz mehrerer Varianten von Realismus und Liberalismus würde die eindeutige Klassifizierung der Aussagen somit noch weiter erschweren. Durch die Konstruktion genau voneinander abgegrenzter Idealtypen werden derartige Unklarheiten vermieden.

Es wird angenommen, dass sowohl die Idealisten als auch die Realisten in utilitaristischen Kategorien denken. Sie streben das größtmögliche Glück für den größtmöglichen Teil der Gesellschaft ihres Landes an[152], benutzen jedoch hierfür zwei unterschiedliche Strategien. Diese Strategien basieren auf zwei voneinander abweichenden Wertehierarchien, wobei auch zwischen den beiden Gruppen unterschiedliche Interpretationen der Bedeutung einzelner Werte vorliegen können.

Die Realisten schätzen Freiheit, verstanden als Unabhängigkeit der Nation und Recht auf Selbstbestimmung, als höchsten Wert ein. Erst danach folgt die Freiheit des Individuums. Zu den wichtigsten Rechten gehört, laut der rechten Liberalen[153], überdies die wirtschaftliche Freiheit. In diesem Aspekt sind sich jedoch die Rechten und die Realisten nicht immer einig. Konsequente Realisten sind dazu bereit, die liberale Marktwirtschaft durch zentrale Steuerung zu ersetzen, um sie vollkommen der Verteidigung der staatlichen Souveränität unterzuordnen. Als Beispiel dieser Logik kann die Sowjetunion in der Ära Stalin gelten, wo der Primat der Souveränität des Staates

---

[151] Vgl.: J. M. Grieco, *Cooperation among Nations. Europe, America, and Non-Tariff Barriers to Trade*, Cornell University Press, Ithaca/London 1990, S. 29.

[152] J. Bentham, *An Introduction to the Principles of Morals and Legislation*, University of London, The Athlone Press, London 1970, S. 40. Laut E.H. Carr lag dem außenpolitischen Utopianismus (bzw. hier bezeichnet als Idealismus) die utilitaristische Philosophie von Jeremy Bentham zugrunde. Diese Überzeugung Carrs ist eher aus der Interpretation der Formel des größten Gutes der größten Zahl als aus der Formel selbst abgeleitet. Um Benthams Formel mit dem Idealismus zu verbinden, muss die zusätzliche Annahme getroffen werden, dass der Mensch von Natur aus gut ist. Wenn er ausreichend gebildet ist, wird er dazu fähig sein, das, was der Gesellschaft den größten Gewinn verspricht, zu identifizieren und zu implementieren. Hier wird über Carr hinaus angenommen, dass die Eliten wohlwollend sind und das anstreben, was sie für das höchste Gut halten. Übereinstimmend mit dem Konzept Benthams gehen die Eliten überdies davon aus, dass sie intellektuell am besten für diese Aufgabe befähigt sin. Inwieweit sie ihrerseits die Gesellschaft als reif genug für eine Mitbestimmung des höchsten Gutes erachten, ist jedoch eine andere Frage. Generell wird angenommen, dass die Idealisten einer Mitbestimmung der Außenpolitik durch die Bürger aufgeschlossener gegenüberstehen, wohingegen die Realisten ihnen dieses Recht aufgrund der vorausgesetzten Unmündigkeit der Gesellschaft verweigern. Vgl.: E.H. Carr, *The Twenty Years' Crisis 1919-1939. An Introduction to the Study of International Relations*, Harper Torchbooks, New York 1964, S. 22-27.

[153] Als prominentester Vertreter dieser Richtung gilt Friedrich August von Hayek.

(bzw. des Staatschefs) zur Reduzierung der gesamten Wertehierarchie auf diesen einzigen Wert führte.

Stalins vollkommene Souveränitätsverehrung hatte letztlich negative Folgen für die Macht der Sowjetunion. Die wirtschaftliche Ineffizienz des zentral gesteuerten Systems, das dem nationalen Interesse dienen sollte, trug zum Untergang des Staates bei. Aus diesem Grund scheint die Marktwirtschaft besser mit dem realistischen Prinzip der Maximierung staatlicher Macht zu vereinen sein. Die realistische Vorstellung über die egoistischen Motive staatlichen Handelns kann außerdem mit der Smith'schen Annahme des Homo oeconomicus verglichen werden, auch wenn im Staatensystem Egoismus periodisch in bewaffneten Konflikten seinen Ausdruck findet, also einen destruktiven Charakter annimmt. Den Unterschied zwischen der Konfrontation und dem Wettbewerb gilt es in diesem Kontext somit zu betonen. Beide Begriffe lassen sich jedoch auf das Konzept von „survival of the fittest"[154] reduzieren.

Die Linken positionieren wiederum Gleichheit auf dem höchsten Rang ihres Wertesystems. Freiheit wird zwar auch von ihnen hoch geschätzt, hat jedoch nicht die absolute Priorität. Im Falle eines Konflikts zwischen beiden Werten wird die Gleichheit der Freiheit vorgezogen, insbesondere in Debatten über die Verteilung materieller Ressourcen. Freiheit wird von Idealisten zudem anders verstanden als von Realisten. Kollektive Freiheit der Nation ist für sie weniger wichtig als die Freiheit des Individuums beziehungsweise die Freiheit sozial benachteiligter Schichten. Aus diesem Grund sind sie eher bereit, den Handlungsspielraum des Staates in den Internationalen Beziehungen einzuschränken als den Handlungsspielraum des Individuums. Anders als die Realisten glauben sie nicht, dass nur ein Staat, der über erhebliche Macht im internationalen System verfügt, für das größtmögliche Glück des größtmöglichen Teils der Gesellschaft sorgen kann. Aktive Bemühungen um Erhalt und Erweiterung des staatlichen Machtpotentials halten sie somit für nicht notwendig. Sie haben eine optimistische

[154] Der Begriff „survival of the fittest" wurde von Herbert Spencer entwickelt und erst später von Charles Darwin übernommen. Laut Diane B. Paul entstand der Begriff fünf Jahre nach der Veröffentlichung von Darwins *Die Entstehung der Arten* und tauchte zum ersten Mal in Spencers *Principles of Biology* im Jahre 1864 auf. Der Begriff wurde später von Darwin übernommen und in die überarbeitete Ausgabe der *Entstehung der Arten* integriert. D. B. Paul, *The Selection of the „Survival of the Fittest"*, "Journal of the History of Biology", 21 (1988) 3, S. 413-414.

Vision der Internationalen Beziehungen. In der idealistischen Welt ist eine Abschaffung der Souveränität, welche für die Realisten als Motivation für die ununterbrochene Stärkung des Staates gilt, unwahrscheinlich.

Vergleich	Realisten	Idealisten
Ziel des Staates	Maximierung des Glücks des größten Anteils der Bevölkerung	Maximierung des Glücks des größten Anteils der Bevölkerung
der wichtigste Wert	Freiheit des Staates (Souveränität)	Gleichheit, disitributive Gerechtigkeit
der zweitwichtigste Wert	individuelle Freiheit	individuelle Freiheit
Vorstellungen über die Natur des Menschen	lernunfähig, konstant	lernfähig, modifizierbar
Wahrscheinlichkeit des Souveränitätsverlustes	sehr hoch	sehr gering
Chancen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit	sehr gering	sehr hoch
angestrebte Struktur der Gesellschaft	hierarchisch	egalitär

Tabelle 4. Realistische und idealistische Staatskonzeptionen.

2.3.4 Die rechten und die linken Aussagen

Das Dyade-Modell, das als Basis des empirischen Teils der Studie gewählt wurde, erfordert eine Einteilung der politischen Aussagen in zwei Gruppen. Die Bezeichnung einer Gruppe als „links“ und der anderen als „rechts“ kann als eine weitreichende Vereinfachung der Wirklichkeit betrachtet werden. Alternativ könnte man von „polnischen rechten Kategorien“ und „polnischen linken Kategorien“ sprechen.

Auch diese Bezeichnung bleibt jedoch unscharf, betrachtet man die Paradoxien des polnischen Parteiensystems. Welche Partei kann als Musterbeispiel der polnischen Rechten beziehungsweise der polnischen Linken gelten? Was ist wirklich „rechts“, was „links“?

Um Missverständnisse zu vermeiden, werden die Untergruppen der Kategorie „rechte Aussagen“ und „linke Aussagen“ speziell an die politischen Positionen der PiS beziehungsweise der SLD angepasst. Dies findet nach einer anfänglichen Vorauswahl der Texte statt; es werden jedoch keine Unterkategorien direkt aus den Texten abgeleitet. Unter einer Anpassung an die Positionen der Parteien wird hier lediglich eine Formulierung der Merkmale verstanden, die den polnischen Verhältnissen in der konkreten historischen Situation entspricht. Als Ausgangspunkt dient die Liste der 20 politischen Kategorien, die von Laver und Budge entwickelt wurde[155]. Laver und Budge schlagen in ihrer Studie Merkmale vor und testen sie empirisch an den Programmen unterschiedlicher europäischer Parteien, um festzustellen, in welchen Ländern sie regelmäßig in den Dokumenten der rechten beziehungsweise linken Gruppierungen auftauchen.

In der vorliegenden Studie kommt eine Methode zur Anwendung, die von der Vorgehensweise Lavers und Budges abweicht. Die Inhalte der linken und der rechten Ideologie werden nach der anfänglichen Recherche der Presseberichte und der Programmdokumente definiert. Dieser Ansatz ist ein Mittelweg zwischen dem von Kimberly A. Neuendorf bevorzugtem a priori-Design und der streng induktiven Vorgehensweise von Philipp Mayring[156].

Der oben beschriebene Ansatz wird in der Literatur zur Parteiprogrammforschung dem empirischen Ansatz gegenübergestellt. Laut den Anhängern der zweiten Denkschule gibt es keine immanent linken beziehungsweise rechten Positionen. Aufgrund der

[155] M. J. Laver, Ian Budge, *Measuring Policy Distances and Modelling Coalition Formation* [in:] *Party Policy and Government Coalitions*, St. Martin’s Press, New York 1992, S. 24.

[156] Für ein a priori-Design plädiert Kimberly A. Neuendorf: „Although an apriori (…) design is actually a part of the task of meeting the requirements of objectivity-intersubjectivity, it is given its own listing here to provide emphasis. Too often, a so-called content analysis report describes a study in which variables were chosen and *measured after* the messages were observed. This wholly inductive approach violates the guidelines of scientific endeavor.” Vgl.: K. A. Neuendorf, *The Content Analysis Guidebook*, Sage Publications, Thousand Oaks 2002, S. 11; P. Mayring, *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*, Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1995, S. 55.

Unsicherheit darüber, was welchem Pol der Dyade zugeordnet werden muss, solle man vielmehr induktiv eine „super issue“ entdecken, welche die Positionen der Parteien über ein breites Spektrum von Fragen am stärksten einschränkt[157]. Der induktive Ansatz zur Untersuchung der politischen Parteien nennt plausible Argumente, die besonders in Zeiten schneller Veränderungen der ideologischen Inhalte und in Transformationsländern von Bedeutung sind. Diese Methode wird hier jedoch nicht angewandt, da sie zur Zirkularität führt.

Das Ziel dieser Dissertation ist, die Gültigkeit der liberalen Theorie der Internationalen Beziehungen zu überprüfen, nicht die Bedeutung der Begriffe „links“ und „rechts“ zu bestimmen. „Links“ und „rechts“ sind hier nur Indikatoren, die es ermöglichen sollen, festzustellen, inwieweit die Parteiprogramme mit der politischen Praxis beider untersuchten Regierungen übereinstimmten und inwieweit ihre Außenpolitik von ihren in den Programmen ausgedrückten Präferenzen abhängig war. Die Dyade und ihre zwei Extreme (Pole) sind lediglich Werkzeuge, deren Schwächen und Beschränkungen offensichtlich und trotzdem in diesem Kontext von geringer Relevanz sind.

Zu den beiden Gruppen von Kategorien werden weitere hinzugefügt, die sich strikt auf die Außenpolitik beziehen. Sie können auf den ersten Blick nicht eindeutig einer der Seiten zugeordnet werden. Wird jedoch versucht, aus der Innenpolitik auf die Außenpolitik zu schließen, ist festzustellen, dass der außenpolitische Idealismus einige Gemeinsamkeiten mit den linken innenpolitischen Strömungen aufweist[158]. Dies wird besonders deutlich in der Sehnsucht der Linken und der Idealisten nach Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit. Sicherheit, die von linken Politikern im sozialen Bereich gefordert wird, entspricht der Forderung nach Frieden und der Bereitschaft zu Zugeständnissen in der internationalen Politik[159]. Der Realismus kann auf der anderen Seite mit seiner

---

[157] M.J. Gabel, J.D. Huber, *Putting Parties in their Place: Inferring Party Left-Right Ideological Positions from Party Manifestos Data*, “American Journal of Political Science”, 44 (2000) 1, S. 96.
[158] B.C. Rathbun, *Partisan Interventions. European Party Politics and Peace Enforcement in the Balkans*, Cornell University Press, Ithaca 2004, S. 2-3.
[159] Als Beispiel könnte hier auf das Verhalten der SPD während der Diskussion über die Nominierung von Erika Steinbach für den Stiftungsrat des Beirats der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ hingewiesen werden. Vgl.: A. Schwall-Düren, M. Meckel, *Pressemitteilung. SPD begrüßt Verzicht Steinbachs*,

Betonung der staatlichen Souveränität als Anwendung des Konzepts der Selbstständigkeit und der Wahlfreiheit für das eigene Schicksal auf den Bereich der Internationalen Beziehungen interpretiert werden. Er repräsentiert sodann eine außenpolitische Version der rechten (im Sinne der konservativen bzw. der Hayekschen liberalen[160]) innenpolitischen Positionen.

Der Konflikt zwischen Freiheit und Gleichheit war ein entscheidendes Kriterium bei der Einteilung der Teilkategorien in zwei Gruppen. Es muss jedoch an dieser Stelle betont werden, dass polnische Parteien bezüglich der Problematik von Freiheit und Gleichheit nicht konsequent sind[161]. In den meisten Fällen betrachten sie wirtschaftliche Aspekte und sogenannte weltanschauliche Fragen (Polnisch: „kwestie światopoglądowe“) getrennt voneinander. Es können zum Beispiel Argumente für die Einstufung der PiS als eine wirtschaftlich linke Gruppierung genannt werden. Dies wird jedoch von den linksradikalen Kritikern der Brüder Kaczyński bestritten. Diese sehen im Ultrakonservatismus der PiS eine Taktik, welche ihnen ermöglichen solle, die Interessen der Reichen mit den Stimmen der armen Transformationsverlierer durchzusetzen[162].

Als repräsentativ für rechte und linke ideologische Strömungen werden in der vorliegenden Studie je zwölf Unterkategorien (also insgesamt 24 Unterkategorien) gebildet. Die Liste von Laver und Budge dient als Inspiration, wurde aber weitgehend modifiziert. Grund für die Annäherung ist unter anderem die bereits erwähnte Notwendigkeit, die Liste an die spezifische polnische Situation und an die Herausforderungen des Vergleichs zwischen der SLD und der PiS anzupassen. Ferner müssen sich die Unterkategorien auf den Bereich der Außenpolitik beziehen, da diese im Mittelpunkt der Studie steht. Innenpolitische Fragen werden nur insoweit berücksichtigt, als sie relevant für die Außenpolitik Polens sind. Zur Gruppe der gemischten Aussagen, die gleichzeitig innen- und außenpolitische Aspekte beinhalten, zählen sieben rechte und

---

http://www.schwalldueren.de/index.php?id=62&tx_ttnews[tt_news]=369&tx_ttnews[backPid]=44&cHash=121cee1cb4 (Stand: 05.03.2009).

[160] A. Giddens, *Beyond Left and Right. The Future of Radical Politics*, Polity Press, Cambridge 1994 , S. 34.

[161] Wie problematisch und unterschiedlich interpretierbar der Begriff „Freiheit“ im Kontext der Diskussion über „links“ und „rechts“ ist, stellt Norberto Bobbio fest. Vgl.: N. Bobbio, *Rechts und Links. Die Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1994, S. 83.

[162] J. Żakowski, *Kansas Warszawa wspólna sprawa* [in:] T. Frank, *Co z tym Kansas*, Wydawnictwo Krytyki Politycznej, Warszawa 2008, S. 6-7.

acht linke Unterkategorien. Auf der rechten Seite handelt es sich um folgende Teilbereiche: (R3) Wirtschaft: positiv; (R5) Armee: positiv; (R6) Landwirtschaft: positiv; (R7) nationale Geschichte, Mythen; (R8) traditionelle Moral: positiv; (R11) Verwaltungseffizienz, Recht und Ordnung; (R12) Konflikt, Konfrontation, Wettbewerb. Auf der linken Seite beziehen sich sowohl auf Innen- als auch auf Außenpolitik folgende Unterkategorien: (L3) Sozialstaat: positiv, Entwicklungshilfe; (L5) Armee: negativ; (L6) Umweltschutz, Probleme der Frauen (Neue Politik); (L7) nationale Identität, Geschichte, Mythen: negativ; (L8) Traditionelle Moral: negativ; (L10) Versöhnung, Überwindung von Vorurteilen; (L11) Demokratie, neutraler Staat, Menschenrechte; (L12) Kompromiss, soziale Harmonie, transparente Politik, Partizipation der Gesellschaft.

Nummer	rechte Unterkategorien	gemischt/außenpol.
R1	EU: negativ	A
R2	Stärkung der Position des Staates, nationale Interessen	A
R3	Wirtschaft: positiv	G
R4	Äußere Sicherheit	A
R5	Armee: positiv	G
R6	Landwirtschaft: positiv	G
R7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: positiv	G
R8	Traditionelle Moral: positiv	G
R9	Besondere Bedeutung der bilateralen Beziehungen	A
R10	NATO, Atlantismus	A
R11	Verwaltungseffizienz, Recht und Ordnung	G
R12	Konflikt, Konfrontation, Wettbewerb	G

A – rein außenpolitische rechte Unterkategorien (Realismus)

G – gemischte rechte Unterkategorien (beziehen sich auf innen- und außenpolitische rechte Positionen)

Tabelle 5. Rechte Unterkategorien. Eigene Darstellung.

Die restlichen Kategorien können eindeutig als außenpolitisch bezeichnet werden. Einige von ihnen können mit Aussagen von Realismus beziehungsweise Idealismus

gleichgesetzt werden. Sie werden in rechte und linke Kategorien getrennt, wobei angenommen wird, dass der Realismus (im Sinne einer Einstellung zur praktischen Politik)[163] Ähnlichkeiten mit den rechten Ideologien aufweist, wohingegen der Idealismus als links eingestuft wird. Der realistischen Sicht der Internationalen Beziehungen entsprechen folgende Unterkategorien: (R2) Stärkung der Position des Staates, nationale Interessen; (R4) Äußere Sicherheit; (R9) Besondere Bedeutung der bilateralen Beziehungen. Idealistisch sind folgende Gruppen der Aussagen: (L2) Lösung der Probleme der Menschheit; (L4) Das Bild des Staates, soft power; (L9) Multilateralismus, Frieden, internationale Zusammenarbeit.

Nummer	linke Unterkategorien	gemischt/außenpol.
L1	EU: positiv	A
L2	Lösung der globalen Probleme der Menschheit	A
L3	Sozialstaat: positiv, Entwicklungshilfe	G
L4	Das Bild des Staates, soft power	A
L5	Armee: negativ	G
L6	Umweltschutz, Probleme der Frauen (Neue Politik)	G
L7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: negativ	G
L8	Traditionelle Moral: negativ	G
L9	Multilateralismus, Frieden, internationale Zusammenarbeit	A
L10	Versöhnung, Überwindung von Vorurteilen	G
L11	Demokratie, neutraler Staat, Menschenrechte	G
L12	Kompromiss, soziale Harmonie, transparente Politik, Partizipation der Gesellschaft	G

A – rein außenpolitische linke Unterkategorien (Idealismus)

G – gemischte linke Unterkategorien (beziehen sich auf innen- und außenpolitische linke Positionen)

Tabelle 6. Linke Unterkategorien. Eigene Darstellung.

[163] Man könnte in diesem Kontext auch den Begriff „Realpolitik“ benutzen. Darauf wird jedoch grundsätzlich aufgrund seiner wertenden Elemente verzichtet.

Einige andere Unterkategorien mit internationaler Prägung sind weder dem Realismus noch dem Idealismus zuzuordnen; sie können jedoch aus den Prämissen einer der beiden Strömungen abgeleitet werden. Die negative Einstellung gegenüber der EU kann als Konsequenz der Fokussierung auf Selbstständigkeit und schwächer bindende bilaterale Bündnisse verstanden werden. Die Unterstützung für die EU kann auf der anderen Seite durch den Internationalismus und die Sehnsucht nach einer neuen Art der völkerübergreifenden Gemeinschaft erklärt werden[164]. Diese letzte Frage wurde in den fünfziger bis siebziger Jahren von der europäischen Linken teilweise anders gesehen; die Tage, in denen die britische Labour Party zur Abstimmung gegen die EWG aufrief, sind jedoch längst vorbei[165].

Problematisch ist auch die Unterkategorie (R10) NATO, Atlantismus. Es handelt sich dabei einerseits um eine internationale Organisation, die als Beispiel für Multilateralismus gelten kann. Auf der anderen Seite spielen im Fall der NATO die Fragen der Sicherheitspolitik und der Verteidigung eine besondere Rolle. Aufgrund der dominierenden Position der Vereinigten Staaten im Bündnis kann die NATO gemeinsam mit den transatlantischen Beziehungen in eine Kategorie eingeordnet werden. Als transatlantische Beziehungen wird wiederum die besonders positive Bewertung der Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten verstanden. Die politische Praxis mehrerer europäischer Staaten beweist, dass die Parteien des mitterechten Spektrums in der Regel aufgeschlossener gegenüber einer Zusammenarbeit mit den USA und innerhalb des Nordatlantikvertrags eingestellt sind als die linken Kräfte. Diese Einstellung war ausschlaggebend dafür, diese Unterkategorie der Gruppe rechter Aussagen hinzuzufügen.

[164] Vgl.: Forderung nach der paneuropäischen Zusammenarbeit im Heidelberger Programm der SPD (1925).
[165] M.J. Laver, I. Budge, *Measuring Policy Distances and Modelling Coalition Formation* [in:] M.J. Laver, Ian Budge, *Party Policy and Government Coalitions*, St. Martin's Press, New York 1992, S. 26.

2.3.5 Die Bildung von rechten/realistischen Unterkategorien

Euroskeptizismus (R1)

Die Kontroversen bezüglich der Einstufung des Euroskeptizismus als eine rechte Position wurden bereits angesprochen. Seit der britischen Debatte über den EWG-Beitritt, in der die Linken sich gegen eine Beteiligung des Vereinigten Königreichs an den Integrationsprozessen der EU aussprachen,[166] wird Kritik an der Europäischen Union am häufigsten von rechten Parteien geäußert. In Polen ist diese Erscheinung besonders gut erkennbar. Dass sie jedoch nicht nur den polnischen Fall betrifft, zeigt das Beispiel des tschechischen Präsidenten Vaclav Klaus und Teilen seiner Demokratischen Bürgerpartei (ODS)[167].

Eine kritische Einstellung gegenüber der EU kann daraus abgeleitet werden, dass die Anhänger der realistischen politischen Praxis der Souveränität eine besondere Bedeutung zuschreiben. Die Fokussierung auf Souveränität spiegelt sodann den für die rechten Kräfte (wie sie in dieser Arbeit definiert wurden) zentralen Begriff der Freiheit bzw. ihrer national-kollektiven Version, nämlich der staatlichen Unabhängigkeit[168], wider.

Zur Unterkategorie R1, die kurz als „EU: negativ" bezeichnet wird, gehören Aussagen, die entweder die Skepsis gegenüber der europäischen Integration als solche oder gegenüber ihrer Intensivierung ausdrücken. Unter „Intensivierung" wird hierbei die Erweiterung der Zuständigkeiten der Gemeinschaft auf neue Politikbereiche verstanden. Weitere Stufen der Integration werden durch die Reform der rechtlichen Grundlagen der

---

[166] *Ebd.*

[167] Der Euroskeptizismus der tschechischen ODS fand seine Widerspiegelung in einem wichtigen Richtungsdokument der Partei aus dem Jahre 2001, dem *Manifest des tschechischen Eurorealismus*. Vgl.: J. Zahradil, *Manifest českého eurorealismu*, 2001 http://www.ods.cz/docs/dokumenty/zahradil-manifest.pdf (Stand: 5.05.2009). Für weitere Informationen zu euroskeptischen Tendenzen innerhalb der ODS vgl.: Seán Hanley, *From Neo-Liberalism to National Interests: Ideology, Strategy and Party Development in the Euroscepticism of the Czech Right* [in:] „East European Politics and Societies", 18 (2004) 3, S. 528.

[168] Die Ideen des Liberalismus und des Nationalismus waren im neunzehnten Jahrhundert eng miteinander verwoben. Im Werk Stefan Auers über die komplizierte Beziehung zwischen Nationalismus und Liberalismus in Mitteleuropa ist Folgendes zu lesen: „Nationalism was originally regarded as progressive and supportive of development of liberal democracy. The two distinguished nineteenth-century liberal thinkers, Alexis de Tocqueville and John Stuart Mill, for example, considered national attachments a valuable source of social solidarity, which would strengthen the political stability of liberal democracy". Zitiert nach: Stefan Auer, *Liberal Nationalism in Central Europe*, Routledge Curzon, London 2004, S. 4.

Union erreicht. Aus diesem Grunde werden auch die quasi-Sentences, die sich zwar nicht offen kritisch zur EU äußern, aber gegen die Reformen argumentieren, als euroskeptisch angesehen. Ein weiterer Ausdruck einer negativen Einstellung gegenüber den Integrationsprozessen ist die Forderung nach dem Ausbau von Kompetenzen der gemeinschaftlichen Organe, die nicht direkt von den Bürgern Europas gewählt werden (wie das Europäische Parlament) bzw. ohne Zustimmung des Parlaments nicht entstehen können (wie die Europäische Kommission), sondern von den Regierungen der Mitgliedstaaten kontrolliert werden. Zu den EU-Gremien, die von den Euroskeptikern bevorzugt werden, gehören der Europäische Rat und der Rat der Europäischen Union.

Stärkung der Position des Staates im internationalen System (R2)

Die Forderung nach einer stärkeren Position des Staates im internationalen Gefüge sowie nach Verwirklichung nationaler Interessen ist, ähnlich wie der Euroskeptizismus, aus dem Souveränitätskonzept ableitbar. Souveränität wiederum ist eine bestimmte Interpretation der Freiheit, in der die Staaten die Rolle selbstbestimmter Subjekte übernehmen:

„The principle of self-determination forms part of the process of democratization, in particular the right of self-government. It is an expression of political freedom and implies that individuals have a right to be consulted about the affairs of the political unit to which they belong as well as the form of that political unit"[169].

Wenn der Konflikt zwischen Freiheit und Gleichheit als eine zentrale Achse der Links-Rechts-Unterscheidung anerkannt wird, muss das Streben nach einer stärkeren Position einzelner Nationalstaaten im internationalen System im Sinne einer Erweiterung des nationalen Handlungsspielraums zur Kategorie rechter Ideen zählen.

Ähnlich wie die Hayekschen Liberalen in der Innenpolitik betonen die Realisten, dass Kollektivismus im Staatensystem, analog zur Situation in der Wirtschaft, zu schwindender Verantwortung beitrage. Letztlich gehört das gemeinsame Eigentum

[169] S. Burchill, *The National Interest in International Relations Theory*, Palgrave Macmillan, Houndmills 2005, S. 26.

niemandem. Wie die ökonomische Analyse der Problematik öffentlicher Güter zeigt, kann kein Individuum vom Konsum dieses Gutes ausgeschlossen werden[170]. Dank dieser Unausschließbarkeit gibt es keine Möglichkeit der Bestrafung bei mangelnder Beteiligung bei der Bereitstellung des Gutes. Aus diesem Grund besteht für jedes Individuum ein Anreiz zum Trittbrettfahren (Free-Riding). Kollektivismus entwickelt sich zu einem Gefangenendilemma, dessen Lösung, bezeichnet durch das Nash-Gleichgewicht, suboptimal ist. Sie erreicht also nicht das sozial-optimale pareto-effiziente Ergebnis des Spiels.

	Spieler 2		
Spieler 1		Zusammenarbeit	Keine Zusammenarbeit
	Zusammenarbeit	R,R *	S,T
	Keine Zusammenarbeit	T,S	P,P (NE)

Tabelle 7. Die erste Ebene des Gefangenendilemmas. Die Buchstaben in den Zellen bilden die Payoffs der Spieler ab. Es gilt: $T > R > P > S$ und: $R > \frac{T+S}{2}$. Die zweite Bedingung garantiert, dass die Kooperation der beiden Spieler (Payoff R,R) zum pareto-effizienten Ergebnis führt. Als Nash-Gleichgewicht wird sich der Payoff P,P durchsetzen, der mangelnder Zusammenarbeit entspricht (im Bild: NE). Pareto-effizient ist hingegen das Ergebnis R,R markiert mit: *. Die beiden Annahmen wurden von Joseph Grieco getroffen. Vgl.: J. M. Grieco, *Cooperation among Nations. Europe, America, and Non-Tariff Barriers to Trade*, Cornell University Press, Ithaca and London 1990, S. 43. Eigene Darstellung.

Jeder Staat versucht, negative Auswirkungen des Dilemmas öffentlicher Güter durch Stärkung der eigenen Position zu minimieren. Ein Akteur, der im System dominiert, ist stark genug, um für sich und für alle anderen ein öffentliches Gut zur Verfügung zu stellen. Er ist sodann nicht von den Strategien anderer Spieler abhängig, da seine Ressourcen ausreichen, um das erwünschte Ergebnis zu erzielen. Es muss jedoch

[170] Das zweite Merkmal öffentlicher Güter, neben der Nichtausschließbarkeit, die Nichtrivalität, ist in diesem Kontext weniger relevant. Für die Problematik von Kollektivgüter vgl.: M. Olson Jr., *Die Logik des Kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen*, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1968, S. 14.

vorausgesetzt werden, dass der dominierende Spieler Anreize hat, ein öffentliches Gut allen kostenlos bereitzustellen. Dies ist möglich, wenn der negative Payoff bei Nichtbereitstellung des öffentlichen Gutes die Kosten ihrer Bereitstellung in solchem Maße übersteigt, dass der Staat trotz des Trittbrettfahrerdilemmas eigene Ressourcen einbringen will.

In der realistischen Welt strebt jedes Land an, sein Potential zum Beispiel durch Rüstung auszubauen oder versucht, den Machtzuwachs anderer Staaten zu verhindern, wie Grieco es formuliert[171]. Da alle Akteure dieselbe Strategie der Machtmaximierung[172] verfolgen, führt dies jedoch zu einem weiteren Gefangenendilemma. Am Ende wird ein unstabiles Gleichgewicht zwischen einigen großen Mächten erreicht. Wie die neueste Geschichte zeigt, kann diese zweite Ebene des Gefangenendilemmas erst dann überwunden werden, wenn sich verfeindete Akteure gegenseitig aus dem Spiel ausschalten, wie es im Zuge des Zweiten Weltkrieges in Westeuropa passierte[173]. Die infolgedessen entstehende unipolare Welt basiert auf der Wirkung von Variablen außerhalb des internationalen politischen Machtsystems. Im Falle der Vereinigten Staaten spielten die geographische Entfernung von Europa[174] und die relative ökonomische Robustheit des amerikanischen Marktsystems im Vergleich zur sowjetischen Planwirtschaft eine entscheidende Rolle.

---

[171] J.M. Grieco, *Cooperation among Nations. Europe, America, and Non-Tariff Barriers to Trade*, Cornell University Press, Ithaca/London 1990, S. 39.

[172] Hier wird angenommen, dass dies zum Beispiel durch Rüstung erfolgt. Vgl.: A.K. Dixit, B.J. Nalebuff, *Spieltheorie für Einsteiger. Strategisches Know-how für Gewinner*, Schäffer-Poeschel Verlag, Stuttgart 1997, S. 17.

[173] Vgl. die gegenseitige Zerstörung der großen europäischen Mächte während des Zweiten Weltkriegs oder der Zusammenbruch der Sowjetunion aufgrund ihres wirtschaftlichen Versagens.

[174] Dieses Argument bezieht sich auch auf die Periode der Bipolarität vor dem Aufstieg der Vereinigten Staaten zur einzigen Supermacht: „The first important reason [for the end of the European Balance of Power System] has been the spectacular growth (dwarfing those of other formerly big powers) of the USA and Russia in terms of territory, human resources and, especially in the case of the USA, in the economics capabilities (…). It is important to realize that this growth took place mainly outside of the traditional region where the balance of power prevailed." Vgl.: P. Bernholz, *The International Game of Power*, Mouton Publishers, Berlin 1985, S. 45.

	Spieler 2		
Spieler 1		Keine Rüstung	Rüstung
	Keine Rüstung	R,R *	S,T
	Rüstung	T,S	P,P (NE)

Tabelle 8. Die zweite Ebene des Gefangenendilemmas. Für die Annahme und Erklärung der verwendeten Buchstaben bzw. Zeichen siehe Tabelle 7. Eigene Darstellung.

Die Überwindung dieser zweiten Ebene des Gefangenendilemmas ist jedoch kein Ziel der Realisten. Für sie ist das Austragen des ersten Spiels ausreichend, um zu den wenigen Bestangepassten zu gehören. Sie haben keine Anreize, das öffentliche Gut, die Sicherheit, auf internationaler Ebene bereitzustellen. Ihnen genügt der Erhalt der Machtparität zwischen dem eigenen Staat und den anderen. Nach Grieco sind die Staaten in der realistischen Welt „defensive Positionalisten“[175]. Die relative Macht des Staates entscheide, ob er sich unter den Schlüsselakteuren (essential actors) befindet. Dies ist wichtig, da „only essential actors are not dependent for their international political decisions and even for their very existence on the forbearance of one or several of the big powers“[176].

Der Dimension R2 (Stärkung der Position des Staates, nationale Interessen) werden Aussagen zugeordnet, die Verpflichtungen zur Verteidigung der politischen Interessen des eigenen Staates beinhalten. An vielen Stellen werden diese auch in Verbindung mit den Problemen der Europäischen Union erwähnt. In diesem Falle können sie mit den quasi-Sentences der Unterkategorie R1 verwechselt werden. Entscheidend für eine Differenzierung beider Arten von Aussagen ist, ob sie die Intensivierung der Integration ablehnen oder lediglich die Berücksichtigung bestimmter aus nationaler Perspektive als wichtig geltender Fragestellungen einfordern.

[175] „States, then, worry about and seek to prevent increases in others' relative capabilities. States are defensive positionalists.” Vgl.: J. M. Grieco, *Cooperation among Nations. Europe, America, and Non-Tariff Barriers to Trade*, Cornell University Press, Ithaca/London 1990, S. 40.
[176] P. Bernholz, *The International Game of Power*, Mouton Publishers, Berlin 1985, S. 77.

Als Merkmale dieser Unterkategorie können Formulierungen wie „günstige Bedingungen“, „Staatsräson“ oder „es wird unsere Position stärken“ gelten[177]. Die Unterstützung der Interessen polnischer Bürger im Ausland wird auch mit der Unterkategorie R2 assoziiert. Eine Ausnahme bildet die explizite Betonung wirtschaftlicher Interessen (siehe R3) und die Forderung nach Stärkung der polnischen Minderheiten im Ausland. In diesem letzten Fall stehen Fragen der nationalen Identität im Vordergrund. Aus diesem Grunde müssen solche Aussagen der Kategorie R7 zugeordnet werden.

Wirtschaftliche Interessen (R3)

Die dritte rechte Dimension bezieht sich auf die Wirtschaft. Die hohe Stellung der Freiheit in den Augen der Rechten führt dazu, dass sie in Konflikten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern tendenziell eher mit der Seite des Kapitals, wie sie die Linken bezeichnen würden, sympathisieren. Lohnpolitik gehört allerdings nicht zu den für diese Studie relevanten Bereichen, daher wird der Schwerpunkt auf die Förderung der wirtschaftlichen Interessen des Staates im Ausland gelegt. In diesem Fall kann also mehr über ein spezifisches Beispiel der Souveränitätssicherung als über die Unterstützung einer liberalen Marktordnung auf internationaler Ebene gesprochen werden. Von einer erfolgreichen auswärtigen Wirtschaftspolitik profitieren sowohl Gewerkschaften als auch Arbeitgeber. Sie wird hier jedoch trotzdem als eine rechte Kategorie angeführt, da sie aus derselben Logik der Betonung von Unabhängigkeit und Selbstbestimmung wie die Forderungen nach politischer Stärkung des Staates abgeleitet werden kann. Der Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Potential und der politischen Stärke des Staates im internationalen System wurde zutreffend von Peter Bernholz erfasst: „To be able to produce great amounts of sophisticated weapons, to sustain a big army during wars and to cater at least for the minimal needs of the population requires a strong and efficient economy based on an advanced technology“[178]. Er stellt zudem fest, dass die

[177] Alle Zitate stammen aus der außenpolitischen Erklärung von Włodzimierz Cimoszewicz aus dem Jahre 2002. Vgl.: W. Cimoszewicz, *Informacja ministra spraw zagranicznych o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski*, Sejm RP, 14.03.2002, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 08.05.2009).
[178] P. Bernholz, *The International Game of Power*, Mouton Publishers, Berlin 1985, S. 88.

Wirtschaft neben dem Militär, der geographischen Lage und den sozialen bzw. politischen Organisationen zu den vier wichtigsten Faktoren gehöre, welche die Macht des Staates determinieren[179].

Als Beispiele für Aussagen, die der Dimension „Wirtschaft" angehören, können die Versprechen genannt werden, polnische Exporte und Investitionen im Ausland zu unterstützen, für die Erzeugnisse der polnischen Wirtschaft zu werben und Beziehungen zwischen in- und ausländischen Unternehmen zu knüpfen. Zur Stärkung der polnischen Wirtschaft wollen die Politiker auch die Europäische Erweiterung nutzen. Überlegungen über den Einsatz finanzieller Hilfsmittel der EU für Polen und polnische Unternehmen sind aus diesem Grund auch der Unterkategorie R3 zuzuordnen. In diesem Fall liegt eine realistische, auf konkrete Gewinne orientierte Einstellung zum Projekt der europäischen Integration vor.

Äußere Sicherheit (R4)

Äußere Sicherheit gehört zu den in den Interviews am häufigsten auftauchenden Unterkategorien. Neben dem nationalen Interesse ist sie eine der zwei zentralen Begriffe des Realismus. Sicherheit ist das höchste Ziel, das durch Souveränität erreicht werden soll. Raymond Aron stellt fest, dass „im Naturzustand für jeden, ob Individuum oder politische Einheit, das erste Streitobjekt die Sicherheit ist"[180]. Die Bemerkungen, die sich auf die Stärkung des Staates beziehen, gelten also auch für die Aussagen über äußere Sicherheit.

Anhand der Analyse von Entwicklungen innerhalb der Internationalen Beziehungen wurde festgestellt, dass Sicherheitspolitik sich nicht nur auf die durch militärische Mittel definierte Machtpolitik beschränkt. Als ein Teilbereich der äußeren Sicherheit werden beispielsweise auch Überlegungen über den Zugang zu Energiequellen eingestuft. Auf dieses letzte Problem konzentrierten sich insbesondere die PiS-Regierungen.

---

[179] *Ebd.*
[180] R. Aron, *Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt*, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1986, S. 92.

Militär (R5)

Unterstützung für das Militär ist ein konkreter Ausdruck der Wichtigkeit äußerer Sicherheit. Die Streitkräfte sollen die staatliche Souveränität verteidigen. Eine Regierung, die wesentliche Mittel in das Militär investiert, geht somit anscheinend von einer Bedrohung für die Unabhängigkeit des Staates aus. Aus Sicht der Idealisten kann eine solche Gefahr gelegentlich bestehen, sie habe jedoch keinen temporären Charakter, wohingegen die Realisten davon überzeugt sind, dass der Staat ständig gefährdet ist. Die Förderung der Armee ist charakteristisch für den klassischen Realismus, der behauptet, dass „international politics, like all politics, is a struggle for power"[181].

Die wichtige Rolle der Armee ist daraus abzuleiten, dass eine Bereitschaft des Menschen zum Verzicht auf Gewalt als unwahrscheinlich angesehen wird: „The source of war, along with other evils, has most commonly been held to be in the nature of Man"[182]. „Hard power" ist folglich wichtig, da sie ein Argument darstellt, dem wiederum nur Gewalt entgegengesetzt werden kann. Mit den Worten Charles Tillys: „The central tragic fact is simple: coercion *works*; those who apply substantial force to their fellows get compliance, and from compliance draw the multiple advantages of money, goods, deference, access to pleasures denied to less powerful people"[183].

Um die Aussagen zur Unterstützung der Armee von Überlegungen zur äußeren Sicherheit zu unterscheiden, wird vorausgesetzt, dass in den Sätzen der hier erörterten Unterkategorie ein konkreter Bezug zu den Streitkräften besteht. Als ein solcher Bezug können beispielsweise Bemerkungen über die Modernisierung des Militärs verstanden werden. Die generellen Aussagen zur Sicherheitspolitik und zu den äußeren Bedrohungen werden als Feststellungen über die äußere Sicherheit interpretiert. Im Gegensatz zur Unterkategorie R4 haben die Elemente der Unterkategorie R5 somit einen sehr konkreten Charakter.

---

[181] H.J. Morgenthau, *Politics among Nations. The Struggle for Power and Peace*, McGraw-Hill, New York 2006, S. 29.

[182] J.W. Burton, *International Relations. A General Theory*, Cambridge University Press, Cambridge 1967, S. 32. Ähnlich skeptisch äußert sich Kenneth N. Waltz über menschliche Natur: „Our miseries are ineluctably the product of our natures. The root of all evil is man, and thus he is himself the root of the specific evil, war." Vgl.: K.N. Waltz, *Man, the State and War. A Theoretical Analysis*, Columbia University Press, New York/London 1969, S. 3.

[183] C. Tilly, *Coercion, Capital, and European States, AD 990-1992*, Basil Blackwell, Cambridge MA 1992, S. 70.

Landwirtschaft (R6)

Landwirtschaft gehört nicht zu den Themen, die im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit von Diplomaten stehen, was jedoch nicht bedeutet, dass Fragen der Lebensmittelproduktion und Ernährung für die internationale Politik irrelevant sind. Die Berücksichtigung der Landwirtschaft im Kategorienschema wird durch ihre große Bedeutung im Prozess der Beitrittsverhandlungen zwischen Polen und der EU erklärbar. Etwa ein Fünftel der Bevölkerung war im Jahre 2001 im unterentwickelten polnischen Agrarsektor beschäftigt[184]. Die Ängste der Bauern vor der Konkurrenz westeuropäischer Produzenten boten einen Nährboden für Populisten und Euroskeptiker.

In Ostmitteleuropa wie auch in vielen anderen Staaten der Welt ist die ländliche Bevölkerung deutlich ärmer und konservativer als die Einwohner der großen Städte[185]. Die Landwirte erreichte die wirtschaftliche Modernisierung, welche durch das Ende des Kommunismus ausgelöst wurde, deutlich später als die Beschäftigten in anderen Sektoren der Wirtschaft. Aus diesem Grund zählen die Einwohner der ländlichen Gebiete zur Wählerschaft der konservativen Parteien, die sich auf traditionelle Werte und nationale Identität berufen. Diese Tatsache war ein Schlüsselfaktor, der über die Einstufung der Unterkategorie Landwirtschaft als „rechts" entschied.

Nationale Identität (R7)

Nationale Identität ist ein Instrument zur Stärkung der Souveränität. Sie liefert die kulturelle Untermauerung für politische Unabhängigkeit. Aus diesem Grund kann sie aus der Idee der kollektiv-national verstandenen Freiheit unter Anwendung derselben Logik wie im Falle der Unterkategorie R2 abgeleitet werden. Dank nationaler Identität und

[184]Laut der offiziellen Statistiken waren in Polen im Jahre 2001 etwa 28% der Bevölkerung im landwirtschaftlichen Sektor beschäftigt. Im Jahre 2002 wurde eine neue Definition der Beschäftigten im landwirtschaftlichen Sektor zum ersten Mal angewandt. Sie schloss aus dieser Gruppe die Besitzer von Landwirtschaften, die größer als ein Hektar waren und die lediglich für eigene Zwecke Lebensmittel produzierten, wie auch alle Landwirtschaften mit einer Fläche kleiner als ein Hektar aus. Dies verringerte den Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft auf 17%. Vgl: *Pracujący w gospodarce narodowej w 2004 r.*, Główny Urząd Statystyczny, Warszawa September 2005, S. 10.

[185] Laver und Budge positionierten die Aussagen über Landwirtschaft auf der rechten Seite des politischen Spektrums. Vgl.: M.J. Laver, I. Budge, *Measuring Policy Distances and Modelling Coalition Formation* [in:] M.J. Laver, Ian Budge, *Party Policy and Government Coalitions*, St. Martin's Press, New York 1992, S. 26.

nationaler Mythen werden Individuen emotional an das Konzept des Nationalstaates gebunden, was zu seiner Stärkung führt. Laut Mancur Olson ist „in der heutigen Zeit (…) der Patriotismus wahrscheinlich das stärkste nicht-ökonomische Motiv für organisatorische Zusammenschlüsse“[186]. Die Betonung der herausragenden Aspekte der nationalen Geschichte in den Schulprogrammen dient demselben Zweck wie die von Olson genannte gemeinsame Religion, Sprache oder kulturelle Traditionen. Aus ihnen ziehen die Nationen „zusätzliche Kraft und Einigkeit“[187]. Die Konzentration rechter politischer Kräfte auf nationale Identität wird daher mit der realistischen Idee der Souveränität assoziiert.

Nationale Identität, die eine Basis für nationale Interessen schafft, ist mit dem Ausschluss des „Anderen“ verbunden und verhindert daher die Entwicklung einer von den Idealisten angestrebten kosmopolitischen und harmonischen Welt. Dazu bemerkt Scott Burchill:

„The national interest therefore presupposes a process of bonding by exclusion. It works by dividing the world into insiders and outsiders: those whose interests are attended to (the nation) and those whose interests can be ignored (aliens, the rest). This assumption remains a powerful obstacle to cosmopolitan and universalists approaches to international politics.”[188]

Als Aussagen über nationale Identität werden Appelle an den Patriotismus eingestuft. Auch die Unterstützung der kulturellen Rechte der polnischen Minderheit im Ausland, die häufig von einer national geprägten Sprache begleitet wird, ist als solche einzuordnen. Anders als Äußerungen, die auf Versöhnung und Überwindung von Vorurteilen abzielen, nehmen die Aussagen der Unterkategorie R7 eine einseitige Perspektive ein. Es wird nicht versucht, eine Annäherung zwischen in- und ausländischen Positionen zu erreichen.

[186] M. Olson Jr., *Die Logik des Kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen*, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1968, S. 12.
[187] *Ebd.*
[188] S. Burchill, *The National Interest in International Relations Theory*, Palgrave Macmillan, Houndmills 2005, S. 27.

Traditionelle Moral (R8)

Einer der klassischen Bestandteile der konservativen Weltanschauung ist die traditionelle Moral. Ihre Hauptaufgabe besteht in der Strukturierung der sozialen Beziehungen und, laut der Konservativen, in der Vermeidung von Chaos. Traditionelle Moral kann als ein Beispiel des rechten Idealismus bezeichnet werden. Anders als die Linken versuchen die Rechten, das internationale System nicht durch die Normen des internationalen Rechts, sondern durch informelle Institutionen zu regulieren.

Der Begriff „traditionelle Moral" kann überdies auf die Religion ausgeweitet werden. Laut Peter Bernholz können Glaubenssysteme die Position der Staaten in den Internationalen Beziehungen entweder stärken oder schwächen. Als Beispiele für eine Stärkung nennt er den Islam oder das Christentum in der Epoche der Kreuzzüge, die eine transzendentale Begründung für die Erweiterung des eigenen Staates lieferten (als Staat wird in diesem Falle ein theokratisches Imperium verstanden). Zu einer Schwächung kommt es, wenn die Religion pazifistische Einstellungen fördert, wie z. B. bei den Zeugen Jehovas[189]. Ein starkes Glaubenssystem, das gleichzeitig restriktive Moral fordert und die Bedeutung der Familie betont, ist aus Sicht des politischen Realismus erwünscht, da es den Staat innenpolitisch strukturiert. Eine hierarchische innenpolitische Ordnung verbessert die politische Position des Staates im Vergleich mit anderen Akteuren der Internationalen Beziehungen.

Die traditionelle Moral geht über das Nationale hinaus, obwohl sie ähnlich wie die nationale Identität den Bereich der Kultur betrifft. Beide Aspekte können sich jedoch überschneiden. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn Nationen sich zur Verteidigung eines bestimmten traditionellen Wertesystems besonders verpflichtet fühlen. In der polnischen Politik ist diese Vorstellung in einigen Parteidokumenten der PiS erkennbar. Sie hängt mit dem im neunzehnten Jahrhundert entwickelten Konzept der messianischen Mission Polens als Bollwerk der europäischen Werte zusammen[190].

[189] P. Bernholz, *The International Game of Power*, Mouton Publishers, Berlin 1985, S. 96-97.
[190] Hier ist insbesondere auf die messianische Philosophie von Andrzej Towiański hinzuweisen, die einen bedeutenden Einfluss auf die bekanntesten polnischen Nationaldichter des neunzehnten Jahrhunderts wie Adam Mickiewicz und Juliusz Słowacki ausübte.

Bilaterale Beziehungen (R9)

Wie schon erwähnt, legen die Anhänger des politischen Realismus viel Wert auf Souveränität. Sie sind skeptisch gegenüber Instrumenten der kollektiven Sicherheit[191] und der Zusammenarbeit. Anstatt des Multilateralismus, dessen Schwächen oben erläutert wurden, wollen die Realisten bilaterale Beziehungen entwickeln. In einer auf zwei Elemente reduzierten Struktur können sich die Partner einfacher gegenseitig kontrollieren. Die Wahrscheinlichkeit, dass es zum Konflikt zwischen ihren Präferenzen kommt, ist geringer als in multilateralen Konstruktionen. Bilaterale Beziehungen gelten folglich für die Realisten als geringeres Übel gegenüber dem Multilateralismus. Zudem muss die internationale Bürokratie als Koordinationszentrum, das sich zu einem weiteren Entscheidungszentrum entwickeln kann, im Kalkül nicht zusätzlich berücksichtigt werden.

Bilaterale Beziehungen selbst gehören zu den wichtigsten Bestandteilen der Außenpolitik. Sie sind notwendig und erwünscht sowohl aus der Perspektive der Realisten, als auch der Idealisten. Intensive Kontakte mit ausländischen Partnern werden als Zeichen der Bereitschaft zu grenzüberschreitender Kooperation und Offenheit interpretiert.

Als realistische bzw. rechte Positionen werden somit nur die Aussagen betrachtet, die eindeutig bilaterale Lösungen anstelle multilateraler Varianten bevorzugen. Bemerkungen, die sich auf die Beziehungen mit den Vereinigten Staaten beziehen, werden aus dieser Unterkategorie ausgeschlossen, da sie in erster Linie als Aussagen über die transatlantische Partnerschaft interpretiert werden (siehe R 10).

Atlantismus (R10)

Die NATO ist zwar ein System der kollektiven Sicherheit, hat jedoch einen ausschließenden Charakter. Sie besitzt also nur eines der zwei Merkmale eines öffentlichen Gutes. In der Sprache der Wirtschaftswissenschaften kann das Bündnis aus

[191] „The Wilsonian concept of collective security was presented in deliberate and emphatic contrast to the pre-existent balance of power system (…) he pictured the new system as one in which states would cooperate in the common cause of guaranteeing security and justice to all, rather than engage in competitive alliances as in the old system." Vgl.: I.L. Claude Jr., *Power and International Relations*, Random House, New York 1962, S. 110-111.

diesem Grund als ein sogenanntes Klubgut[192] bezeichnet werden. Aufgrund seines Charakters kann der Nordatlantikpakt derselben Gruppe zugeordnet werden wie die bilateralen Beziehungen. Er steht zwischen einer Strategie, die ausschließlich auf das Maximieren eigener Macht ausgerichtet ist, und einem nichtdiskriminierenden Multilateralismus.

Ferner wird die NATO, wie auch andere Formen der transatlantischen Zusammenarbeit, besonders von den (gemäßigten) rechten Kräften unterstützt, was nicht nur, wie oben angedeutet, mit der Logik des politischen Realismus zu tun hat, sondern auch mit der allgemeinen Sympathie der Konservativen für die Vereinigten Staaten zusammenhängt[193]. Die Beliebtheit der USA kann durch die Attraktivität ihres politischen und wirtschaftlichen Systems bzw. der amerikanischen Kultur erklärt werden. Die Vereinigten Staaten standen während des Kalten Krieges für die Werte des Westens, die dem sowjetischen Sozialismus gegenübergestellt wurden. Darunter wurden insbesondere wirtschaftliche Freiheit und politische Demokratie verstanden. In den letzten Jahren – unter George W. Bush – kam die besondere Rolle einer traditionellen Moral hinzu, die von den Rechten ebenfalls als positiv wahrgenommen wird.

Verwaltungseffizienz; Recht und Ordnung (R11)

Verwaltungseffizienz wird als „rechts“ eingestuft, da sie ähnlich wie die traditionelle Moral einer Schwächung des Staates im internationalen Vergleich vorbeugen soll. Die Betonung der besonderen Bedeutung der Verwaltungseffizienz verweist auf die charakteristische Fokussierung von Rechten und Realisten auf die staatliche Souveränität. Ein effizient verwalteter Staat ist im Vergleich stärker als sein schlecht verwalteter Nachbar. Aus diesem Grund ist Verwaltungseffizienz aus Sicht der Realisten wichtiger als das Regierungssystem:

[192] Klubgut wird als unvollkommenes öffentliches Gut bezeichnet, das den Ausschluss aufweist. Die Bedingung der Nichtausschließbarkeit wird im Falle des Klubgutes nicht erfüllt. Vgl.: R.G. Batina, T. Ihori, *Public Goods. Theories and Evidence*, Springer, Berlin/Heidelberg 2005, S. 300.

[193] Es ist interessant, dass die extremen Rechten, die sich am konsequentesten an das Prinzip des Ausbaus eigener Stärke halten, die Zusammenarbeit mit den USA ablehnen. Dieses Problem ist jedoch nicht relevant für die vorliegende Arbeit und wird hier nicht weiter erörtert.

„The most important political distinction among countries concerns not their form of government but their degree of government. The differences between democracy and dictatorship are less than the differences between those countries whose politics is deficient in these qualities."[194]

Aus einer rein realistischen Perspektive gesehen, ist Verwaltungseffizienz somit ein Mittel zur Verbesserung der Position eines Akteurs im internationalen System.

Der zweite Begriff dieser Unterkategorie, Recht und Ordnung, bezieht sich auf die Sicherheit, wie sie von den einzelnen Bürgern wahrgenommen wird. Die Effizienz der Institutionen ist einer der Faktoren, der zur Verwirklichung dieses Sicherheitsgefühls beiträgt. Aus diesem Grund werden die beiden in einer Unterkategorie zusammengefasst. Im Bereich der Außenpolitik werden diejenigen Bemerkungen als Aussagen über Recht und Ordnung klassifiziert, die sich auf die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kriminalitätsbekämpfung beziehen. In der Europäischen Union verläuft diese Art der Kooperation im Rahmen der sogenannten dritten Säule (polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen). Der Kampf gegen Terrorismus wird wegen seiner deutlich politischen Dimension nicht der Unterkategorie R11 zugeordnet, sondern wird als Bestandteil der Sicherheitspolitik des Staates betrachtet.

Konflikt, Konfrontation, Wettbewerb (R12)

Die Akteure des internationalen Systems befinden sich laut der Realisten im Zustand des ununterbrochenen Konflikts, der durch das internationale Recht nicht überwunden werden kann. Die Betonung der Bedeutung des Kampfes ist auch in einigen Aussagen zur Außenpolitik erkennbar. Ihre abgeschwächte Version ist der Wettbewerb, der sich sowohl auf politische, als auch auf wirtschaftliche Aspekte beziehen kann. Wettbewerb gehört zu den zentralen Begriffen der Marktwirtschaft. Er unterscheidet sich vom „bellum omnium contra omnes" dadurch, dass er auf Regeln basiert, die genau bestimmen, welche Arten des Verhaltens zugelassen und welche verboten sind. Die Unterstützung von Konkurrenz sowohl im politischen (verstanden als Parteienwettbewerb bzw. Ideenwettbewerb), als auch im wirtschaftlichen Bereich kann

[194] S.P. Huntington, *Political Order in Changing Societies*, Yale University Press, New Haven/London 1979, S. 1.

aus der Idee der Freiheit abgeleitet werden. Der freie Markt produziert unterschiedliche Produkte, die bei den Konsumenten um Beliebtheit konkurrieren müssen.

Die Konkurrenz im internationalen System kann sowohl solchen Charakter haben, wie oben beschrieben, sich also an ein bestimmtes Publikum richten, als auch sich lediglich an der Stärkung der Verhandlungsposition orientieren. In diesem zweiten Fall gibt es keinen Konsumenten, der zwischen den Alternativen wählen muss. Die Staaten sammeln lediglich Punkte in mehreren gleichzeitig geführten Spielen, um sie in irgendeiner zukünftigen Situation als Druckmittel gegen schwächere Mitspieler zu benutzen.

Als repräsentativ für die Unterkategorie R12 werden diejenigen Gedanken anerkannt, welche eine Vision des globalen Wettbewerbs beinhalten. Am häufigsten sind das die Bemerkungen über die wirtschaftliche wie auch politische und strategische Konkurrenz zwischen der EU auf der einen und den anderen Akteuren, wie den Vereinigten Staaten, Japan, China oder Indien, auf der anderen Seite. Es wird vermutet, dass dort, wo die Realisten über Rivalität sprechen, die Idealisten ein Potential für Kompromiss und soziale Harmonie sehen (L12).

2.3.6 Die Bildung von linken/idealistischen Unterkategorien

Eurooptimismus (L1)

Eine positive Einstellung zu den Prozessen der europäischen Integration hat idealistischen Charakter, da sie ihren Ursprung in der Überwindung nationaler Egoismen findet. Anstatt individuell ihre Payoffs zu maximieren, entschieden sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union dafür, ihre Anstrengungen zu koordinieren. Auf diese Weise gelang es ihnen, das Gefangenendilemma des europäischen Gleichgewichtssystems zu überwinden. Der Schlüssel zum Erfolg war gegenseitiges Vertrauen. Die Teilnehmer der Integration mussten auf einen Teil ihrer Handlungsfreiheit verzichten, sich also aus Sicht der Realisten schwächen, um das Ergebnis des Spiels zu verbessern.

Aus spieltheoretischer Sicht kann die Europäische Union als eine Vereinbarung zwischen den Mitgliedstaaten gesehen werden, in der sie sich zur Wahl einer Strategie verpflichten, die zur pareto-effizienten Lösung führt. Realisten, die von der unverbesserlichen Natur des Menschen überzeugt sind, nehmen an, dass ein solches Ergebnis auf dem Wege der Selbstverpflichtung nicht erreichbar sei, da jeder Mitspieler einen Anreiz habe, von der kooperativen Strategie abzuweichen. Ihrer Meinung nach gilt Folgendes: „Man can be *saved*; but these are long-term processes, not particularly relevant to a world situation in which the threat of war is constant and immediate"[195]. Wer als einziger abweicht, wird mit einem überproportional hohen Gewinn belohnt. Wählen die anderen ebenfalls diese Strategie, wird er seine Verluste zumindest minimieren. In beiden Fällen stellt sich derjenige, der sich nicht an die Bestimmungen der Vereinbarung hält, besser. In der Praxis können Mechanismen entwickelt werden, die nichtkooperatives Verhalten sanktionieren. Um den Abweichler effizient zu bestrafen, muss jedoch die Mehrheit fair spielen.

Eine idealistische Einstellung ist nur dann notwendige Voraussetzung für die Zusammenarbeit der Staaten Europas, wenn angenommen wird, dass sich das gesamte internationale System auf den europäischen Kontinent beschränkt. Spätestens seit dem Aufstieg der Vereinigten Staaten zur Weltmacht ist diese Voraussetzung nicht mehr erfüllt (man könnte auch den Aufstieg Russlands im neunzehnten Jahrhundert als Beispiel heranziehen). Die Kooperation zwischen den europäischen Staaten ist daher auch aus realistischer Sicht günstig. Der Kampf eines Bündnisses der „Zwerge" gegen einen (USA) oder mehrere „Riesen" (z. B. China oder Indien) wiederholt in der globalen Arena die Muster, die für das europäische Machtbalancesystem kennzeichnend waren.

In realpolitischer Sicht ist die Zusammenarbeit von Staaten zwar möglich, geht jedoch nicht über den Rahmen einer Koalition hinaus, wobei unter Koalition eine Menge souveräner, voneinander unabhängiger Staaten verstanden wird. Die Europäische Union entwickelte parallel zu den Mitgliedstaaten hingegen eigene Institutionen, die teilweise über eigene politische Ziele verfügen. Die Integration beschränkte sich hierbei nicht nur auf die Koordination der sicherheitspolitischen Kooperation. Anstelle der Koordination

[195] J.W. Burton, *International Relations. A General Theory*, Cambridge University Press, Cambridge 1967, S. 32-33.

traten schließlich eigenständige Entscheidungsprozesse, die beinahe alle Lebensbereiche umfassen. Die Intensität der europäischen Integrationsprozesse ist somit nicht mehr mit der Logik einer gemeinsamen, durch ein realistisches Kalkül motivierten Vorgehensweise erklärbar. Die EU wurde zum idealistischen Projekt und als idealistisch muss die Forderung nach einer Stärkung der Union gesehen werden. Die vertiefte Zusammenarbeit, die über die Notwendigkeit einer Balance-of-Power hinausgeht, muss an anderer Stelle ihre Inspiration suchen als im Ausbau einer nationalen Stärke orientierter Staatsräson.

Aussagen, welche sich allein aus nationalem Interesse für die EU aussprechen, müssen hingegen der Unterkategorie R2 zugeordnet werden. Analog kann auch die Betonung der wirtschaftlichen Vorzüge der Integration nicht als idealistisch bezeichnet werden (diese Aussagen gehören somit ebenfalls der realistischen Unterkategorie R3 an).

Lösung globaler Probleme der Menschheit (L2)

Wenn angenommen wird, dass für die Realisten nationale Interessen eine vorrangige Bedeutung besitzen, dann ist daraus zu schließen, dass sie sich in erster Linie mit den Problemen des eigenen Staates und seiner Bewohner beschäftigen. Die Probleme anderer Menschen, die dem jeweiligen Staat nicht angehören, sind aus ihrer Sicht irrelevant. Auf diese Weise können politische Fragestellungen in zwei Kategorien, Probleme des eigenen und des fremden Staates, unterteilt werden.

Neben diesen zwei Arten von Herausforderungen kann noch auf eine dritte Kategorie hingewiesen werden, nämlich Probleme, welche die gesamte Menschheit betreffen. Ihre Beseitigung erfordert das kollektive Handeln aller Akteure. Die Realisten, die von der unverbesserlichen und egoistischen Natur des Menschen ausgehen, werden diesbezüglich Lösungen aufgrund des erwähnten Trittbrettfahrerproblems jedoch mit Skepsis betrachten. Wenn das Problem alle betrifft, werden alle von seiner Beseitigung profitieren, auch diejenigen, die zur Beseitigung nicht beitragen. Mancur Olson stellt fest: „Gerade die Tatsache, dass einer Gruppe ein Ziel oder Zweck gemeinsam ist,

bedeutet, dass niemandem in der Gruppe der Vorteil oder die Befriedigung vorenthalten wird, die dessen Erreichung mit sich bringt“[196].

Unter globalen Problemen werden auch die Herausforderungen verstanden, mit denen die Bewohner der weniger entwickelten Regionen der Welt konfrontiert werden. Dazu zählen sowohl humanitäre Katastrophen als auch sicherheitspolitische Krisen, welche Bemühungen zur Friedenssicherung verlangen. Kampfeinsätze werden hier nicht berücksichtigt, sondern als Bestandteil der klassischen Sicherheitspolitik klassifiziert. Die Umweltprobleme gehören zusammen mit den Problemen der Frauen einer anderen Unterkategorie an (L6).

Sozialstaat und Entwicklungshilfe (L3)

Soziale Forderungen sind aus der Idee der Gleichheit abzuleiten, die nach dem in dieser Arbeit vertretenen theoretischen Ansatz als zentraler Begriff der linken Weltanschauung angesehen wird. Die Unterscheidung zwischen links und rechts hat, wie bereits ausgeführt, ihre Ursprünge in der Französischen Revolution, die ohne die Unterstützung der Armen, also derjenigen, die sich in Not befanden und am vehementesten Gleichheit forderten, nicht erfolgreich gewesen wäre. Wie weit die Unterschiede zwischen den Menschen beseitigt werden sollten, blieb unter den Revolutionären jedoch ungeklärt. Die Gruppe, welche sich nicht nur für den Abbau politischer Ungleichheiten, sondern auch für finanzielle Transfers, die den materiellen Status der Individuen auf ein ungefähr gleiches Niveau bringen sollten, einsetzte, entwickelte sich im Zuge des neunzehnten Jahrhunderts zur sozialistischen Bewegung. Da die gegenwärtigen sozialdemokratischen Parteien in dieser Tradition verwurzelt sind, wird das Streben nach dem Ausbau oder dem Erhalt der sozialen Funktionen des Staates als Merkmal linker politischer Ansichten interpretiert.

Die Entwicklung der Europäischen Union stieß eine Debatte darüber an, ob einige soziale Aufgaben des Nationalstaates auf die Ebene der Gemeinschaft übertragen werden sollen. In diesem Kontext wird über das europäische Sozialmodell gesprochen. Die Zustimmung für derartige Pläne wird mit der Unterkategorie L3 assoziiert. Als

[196] M. Olson Jr., *Die Logik des Kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen*, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1968, S. 14.

Unterstützung einer aktiven Sozialpolitik kann auch die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen sozialdemokratischen Parteien gelten, da die Ausweitung bzw. der Erhalt umfassender sozialer Leistungen die Hauptachse ihrer programmatischen Identität bildet.

In der globalen Dimension kann das Streben nach Gleichheit einen Ausdruck in der Forderung nach einer Intensivierung der Entwicklungszusammenarbeit finden. Durch Transferzahlungen der reichen Industrieländer an die ärmeren Akteure entstehen im internationalen System Verhältnisse, die an die Situation innerhalb eines Wohlfahrtsstaates erinnern. Diese Idee, die in den Augen der Realisten utopisch erscheint, ist für Idealisten aus humanitären Gründen notwendig. Laut Chris Brown lehnte es die klassische Theorie der Internationalen Beziehungen ab, dass Fragen des internationalen Reichtums und der grenzübergreifenden Armut Thema ihrer Forschung sein könnten[197]. Die Unterstützung der Idee einer globalen Umverteilung kam, wie Brown feststellte, erst aus den Reihen der Anhänger des im nationalen Rahmen aufgebauten Wohlfahrtsstaates: „Far more extensive and interesting has been that work which has spilled over from debates and controversies about the meaning of distributive justice in the *domestic* society"[198].

Soft Power (L4)

Der Begriff „soft power"[199] beinhaltet schon aus linguistischer Sicht sowohl idealistische als auch realistische Elemente. Die Macht (power) ist eine der wichtigsten Kategorien des Realismus. Die Tatsache, dass sie weich (soft) ist, beraubt sie nicht ihres Wesens: der Kontrolle. Im klassischen Ansatz von Morgenthau gilt Folgendes:

[197] Chris Brown, *International Relations Theory. New Normative Approaches*, Harvester Wheatsheaf, Hemel Hempstead 1992, S. 156.
[198] *Ebd.*, S. 158.
[199] Die Definition von *soft power* nach Joseph Nye beinhaltet sowohl idealistische als auch realistische Elemente: „A country may obtain the outcomes it wants in world politics because other countries want to follow it, admiring its values, emulating its example, aspirining to its level of prosperity and openness. In this sense, it is just as important to set the agenda in world politics and attract others as it is to force them to change through the threat or use of military or economic weapons. This aspect of power – getting others to want what you want – I call soft power. It co-opts people rather than coerces them". Vgl.: J. S. Nye, *The Paradox of American Power. Why the World's only Superpower can't go it alone*, Oxford University Press, New York 2002, S. 9.

„Power may comprise anything that establishes and maintains the control of man over man. Thus power covers all social relationships which serve that end, from physical violence to the most subtle psychological ties by which one mind controls another. Power covers domination of man by man, both when it is disciplined by moral ends and controlled by constitutional safeguards, as in Western democracies, and when it is that untamed and barbaric force which finds its laws in nothing but its own strength and its sole justification in its aggrandizement."[200]

Obwohl Macht, wie von Morgenthau angedeutet, ein durch und durch realistisches Phänomen ist, muss ihre Verwandlung in „soft power" als ein wichtiger Schritt in Richtung des Idealismus anerkannt werden. Die Konkurrenz zwischen den Staaten existiert im Rahmen dieses Begriffes weiterhin, obwohl sie sich auf Probleme beschränkt, die als „weich" bezeichnet werden können (wie z. B. Kultur oder Wertesysteme[201]). Sie verläuft jedoch auf andere Weise als im Falle von „hard power", nämlich in Form eines Diskurses. Die Inhalte dieses Diskurses können sowohl links als auch rechts sein, idealistisch oder realistisch. Das Konzept der Ideenkonkurrenz selbst ist jedoch dem Idealismus zuzuordnen.

Realpolitik lehnt „soft power" nicht a priori ab. Wenn sie zur Stärkung des Staates führt, ist sie aus realistischer Perspektive erwünscht. Sie ist zugleich aber in dem Sinne zweitrangig, als dass sie nie die klassische „power politics" überschatten kann und im Falle eines Konflikts mit letzterem den Kürzeren zieht. Die Idealisten werden auf der anderen Seite bereitwillig, auf einen Teil ihrer aus nationalen Interessen entspringenden Forderungen zu verzichten, um ihr Bild als freundliche und kompromissbereite politische Fraktion zu stärken. Die Gewinne, die sie im emotionalen Bereich erzielen, werden in ihren Augen ihre Verluste auf dem Gebiet der „realen Politik" überkompensieren.

<u>Kritik des Militärs (L5)</u>

Die Unterkategorie L5, die kurz als „Armee: negativ" bezeichnet wird, ist nicht unbedingt als negative Einstellung gegenüber den Streitkräften zu interpretieren. Sie

[200] H.J. Morgenthau, *Politics among Nations. The Struggle for Power and Peace*, McGraw-Hill, New York 2006, S. 11.
[201] Nye spricht in diesem Kontext über Kultur, Ideologie und Institutionen. Vgl.: J.S. Nye, *The Paradox of American Power. Why the World's only Superpower can't go it alone*, Oxford University Press, New York 2002, S. 9.

bildet vielmehr die Restmenge der Unterkategorie R5. Darunter wird eine grundsätzlich kritische Einstellung der Linken zur Staatsgewalt verstanden. Dieser Dimension gehören die Aussagen an, welche Kritik gegenüber dem Ausbau militärischer Einrichtungen oder der Rolle des Militärs in der Gesellschaft ausdrücken. Forderungen nach einer Abschaffung der Wehrpflicht sind somit ebenfalls Inhalt dieser Kategorie.

Aus realistischer Sicht ist eine Schwächung der Streitkräfte inakzeptabel, da sich alle Staaten im internationalen System ständig im Überlebenskampf befinden. Infolgedessen kann die marginale Veränderung eines Faktors zur Ausschaltung eines Akteurs führen. Aus diesem Grund muss, laut der Realisten, jeder rationale Teilnehmer der Internationalen Beziehungen ununterbrochen wachsam sein und Misstrauen bewahren. Grieco fasst diesen Gedanken mit den folgenden Worten zusammen: „Realists argue, states believe that their survival and independence will continue and be ensured only as a result of their continuous effort and sustained vigilance“[202].

Die Idealisten glauben nicht, dass eine Einschränkung der Streitkräfte oder der Verzicht auf ihren Ausbau in der Konsequenz eine Katastrophe auslösen. Um der Menschenwürde willen sind sie bereit, die Wehrpflicht abzuschaffen[203]. Den Ausbau militärischer Anlagen betrachten sie nicht als eine Maßnahme, die der Vorbeugung eines Konflikts dient, sondern als seine potentielle Ursache. Im Zuge der analysierten Partei- und Regierungsdokumente werden der Unterkategorie L5 die Aussagen zugeordnet, die entweder Versprechen zur Abschaffung der Wehrpflicht beinhalten oder Pläne zur Stationierung von Bestandteilen des US-amerikanischen Raketenabwehrsystems auf polnischem Gebiet kritisieren.

Umweltschutz und Probleme der Frauen (L6)

Ein Beispiel für spezifische globale Probleme ist die Umweltverschmutzung, die zur Klimaerwärmung führen kann. Der Kampf gegen die Klimaerwärmung erfolgt durch

[202] J.M. Grieco, *Cooperation among Nations. Europe, America, and Non-Tariff Barriers to Trade*, Cornell University Press, Ithaca/London 1990, S. 39.
[203] Interessanterweise sind einige rechte Liberale der Meinung, dass der Grundsatz der Freiheit des Menschen die Abschaffung der Wehrpflicht verlangt. Als Beispiel kann hier der Beitrag von Milton Friedmann zur Aufhebung der Wehrpflicht in den Vereinigten Staaten unter Richard Nixon dienen. Die Wege der rechten Liberalen und der Realisten gehen in diesem Fall folglich auseinander.

kollektives Handeln. Auch hier sind somit die zwei früher erwähnten Merkmale der öffentlichen Güter, Nichtausschließbarkeit und Nichtrivalität, zentral[204].

Die Bedeutung der Frauenrechte für die politische Linke ist auf die Forderung nach Gleichheit zurückzuführen. Anders als im Fall der globalen Bestrebungen, die auf Umweltschutz abzielen, führten die Garantien von Frauenrechten zu keinem Umverteilungsdilemma. Frauenrechte sind nicht als Kollektivgut zu verstehen. Sie sind jedoch zusammen mit den Problemen der Umwelt zu betrachten, da beide Themen im selben historischen Kontext nach der kulturellen Revolution 1968 an Bedeutung gewannen[205]. Seitdem entwickelten sie sich zu den wichtigsten Themenfelder der Neuen Linken.

Die besondere Unterstützung der Rechte der Frau kann aus der Idee der Gleichheit abgleitet werden, wobei die Linken die Abschaffung von Ungleichheit sowohl im politischen als auch im materiellen Bereich anstreben. Die Unterschiede im Zugang zu Ressourcen zwischen Männern und Frauen stellen aus Sicht der Idealisten auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene eine Herausforderung dar, mit der sich die Außenpolitik aktiv auseinandersetzen müsse. Die Überzeugung von einer besonderen Bedeutung der Situation der Frauen in den Internationalen Beziehungen spiegelt sich z. B. in der Arbeit von Jacqui True wider: „Globally, women are a disadvantaged group: they own one percent of the world's property and resources, perform 60 percent of the labour, are the majority of refugees, illiterate and poor persons (…)"[206].

Kritik der nationalen Identität (L7)

Die Kritik einzelner Elemente der nationalen Identität führt zur Schwächung des Gefühls der Einheit, auf die bereits Mancur Olson hinweist. Die Realisten können diese Vorgehensweise infolge als eine Art der „ideologischen Abrüstung" betrachten, die

[204] Vgl.: E. Krahmann, *Security: Collective Good or Commodity?*, "European Journal of International Relations", 14 (2008) 3, S. 383-384.
[205] Die ökologische Bewegung, die ihre Wurzeln in der kulturellen Revolution von 1968 hat, entwickelte sich erst seit Mitte der 70er Jahre zu einer bedeutenden politischen Kraft. Von Beginn an hatte die grüne Politik jedoch einen globalen Charakter. Vgl.: M. Peterson, *Green Politics* [in:] S. Burchill, A. Linklater, *Theories of International Relations*, Macmillan Press, Houndmills 1996, S. 252.
[206] J. True, *Feminism* [in:] S. Burchill, A. Linklater, *Theories of International Relations*, Macmillan Press, Houndmills 1996, S. 217.

letztlich zur Schwächung des Staates führt. Die Idealisten, welche bezüglich der Überlebenschancen des Staates optimistischer eingestellt sind, sehen in der Kontrolle der Individuen durch staatlich geförderte Mechanismen nationaler Identität eine ungerechtfertigte Intervention in die Privatsphäre des Individuums. Die Linken lehnen zwar die Einschränkung von Freiheit nicht grundsätzlich ab, sie muss jedoch entsprechend begründet werden. Gleichheit ziehen sie so der ökonomischen Freiheit vor, was eine Begründung für die aktive Sozialpolitik des Staates liefert.

In der Diskussion über nationale Identität kommt es zu einer anderen Art des Wertekonflikts. Dort stehen sich die Unabhängigkeit des Staates, welche durch nationale Identität untermauert wird, und die individuelle Freiheit des Menschen in der Gesellschaft gegenüber. Der Optimismus der Idealisten trägt dazu bei, dass sie die Wahrscheinlichkeit w_i des Souveränitätsverlustes S als extrem gering einschätzen; geringer als die Realisten, die mit der Wahrscheinlichkeit w_r zählen. Auch wenn die Abschaffung der Unabhängigkeit des Staates aus ihrer Sicht genauso schädlich wäre wie aus der Sicht der Realisten (deswegen hat Souveränitätsverlust S denselben Wert für beide Gruppen), führt die niedrigere Bewertung der Wahrscheinlichkeit dieses Ereignisses zu niedriger wahrgenommenen Kosten des Souveränitätsverlustes für die Idealisten K_i als für die Realisten K_r.

$$K_i = w_i S \qquad K_r = w_r S$$

$$0 < w_i < 1 \qquad 0 < w_r < 1$$

$$w_i < w_r \underset{dann}{\Longrightarrow} K_i < K_r$$

Höhere wahrgenommene Kosten des Souveränitätsverlusts korrespondieren mit dem höheren Niveau der von den Realisten geforderten Ausgaben für den Souveränitätserhalt a_r. Diese Ausgaben sind maximal gleich der (bzw. infinitesimal kleiner als die) wahrgenommenen Kosten der Auflösung des Staates. Höhere Kosten der Realisten bedeuten, dass sie mehr spezifische Ressourcen benötigen, um sie zu

finanzieren. Es ist anzunehmen, dass nationale Identität ein solcher spezifischer Faktor ist, der in den Schutz der nationalen Souveränität investiert werden kann und so den Nutzen der Realisten erhöht.

Aus Sicht der Idealisten ist eine Förderung der nationalen Identität eine Einschränkung der Autonomie des Individuums, die jeder Grundlage entbehrt. Sie ist ungerechtfertigt, da der Erhalt der staatlichen Souveränität ihrer Meinung nach einen niedrigeren Wert einnimmt, als von den Realisten angenommen, was wiederum durch die niedrigere wahrgenommene Wahrscheinlichkeit des Souveränitätsverlustes erklärt wird. Zusätzliche Ausgaben, die das übersteigen, was Idealisten als notwendig ansehen, können für eine Förderung der Freiheit benutzt werden. Die Unterstützung der Souveränität verursacht Opportunitätskosten, welche die Idealisten besonders stark betreffen. Steigt der Anteil des Budgets Y, welcher der Förderung der Sicherheit gewidmet wird (a), sinkt der Anteil des Budgets b, der für die Förderung der Freiheit ausgegeben werden kann.

$$Y = (a + b)Y$$
$$1 = a + b$$
$$1 - a = b$$

$$1 = a_i + b_i$$
$$1 = a_r + b_r$$

$$a_r > b_r \qquad a_i < b_i$$

Implementiert eine realistisch gesinnte Regierung eine realistische Politik, muss von der Nutzenfunktion der Idealisten der negative Nutzen abgezogen werden, der von der Einschränkung der Freiheit des Individuums zugunsten der Souveränitätsverteidigung (Sicherheit) verursacht wird. Der negative Nutzen ist gleich dem Unterschied zwischen der Höhe der von den Realisten und der von den Idealisten postulierten Ausgaben für den Erhalt der Souveränität $(a_r - a_i)$. Der Nutzen der Idealisten von einer Politik der

realistischen Regierung ist niedriger als der Nutzen, den sie erzielen würden, würde das Kabinett von ihnen gestellt.

$$V_i = a_i + b_i - (a_r - a_i)$$

Der Unterkategorie L7 werden die Aussagen zugeordnet, welche eine höchst positive Bewertung der eigenen Nation und ihrer Geschichte kritisieren. Aufforderungen, Vorurteile gegenüber anderen Völkern zu überwinden, gehören der Dimension L10 an.

Kritik der traditionellen Moral (L8)

Die Kritik an der traditionellen Moral ist eng mit der Kritik der nationalen Identität verflochten. In beiden Situationen wird eine staatliche Intervention von den Linken als ungerechtfertigt angesehen. Im Falle der Diskussion über traditionelle moralische Vorstellungen spielen jedoch innenpolitische Aspekte eine größere Rolle. Die Forderung nach einer Liberalisierung der Sitten wird von den Rechten als eine Kapitulation im Kampf gegen das soziale Chaos verstanden. Die Unterstützung des traditionellen Wertesystems in der internationalen Politik ist stärker durch innenpolitische Überlegungen motiviert als durch Skepsis gegenüber der Struktur des internationalen Systems. Die Begründung des Einsatzes für ein liberales Wertesystem entsteht auf der Mikroebene, da traditionelle Moral von den Linken als Unterdrückung des Individuums interpretiert wird. Das optimistische aus den philosophischen Werken der Aufklärung abgeleitete Bild des Menschen ist die Ursache für die kritische Einstellung der Linken gegenüber staatlicher Kontrolle. Der mündige Bürger sei dazu fähig, für sich selbst die Gesetze seines Handelns zu bestimmen, brauche also keine durch Tradition geheiligten und aus diesem Grund unantastbaren Regeln.

Die Aussagen, welche für Elemente einer liberalen Moral argumentieren, wie zum Beispiel für das Recht auf Abtreibung oder die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften mit der traditionellen Ehe, werden der Unterkategorie L8 zugeordnet.

Internationale Zusammenarbeit und Multilateralismus (L9)

Die Unterkategorie L9 ist sehr umfassend, da sich sowohl die Rechten und die Realisten als auch die Linken und die Idealisten positiv über eine internationale Zusammenarbeit äußern[207]. Sie begründen ihre Unterstützung jedoch unterschiedlich und bewerten die Bedeutung der grenzüberschreitenden Kooperation nicht einheitlich. Über die Klassifizierung dieser Unterkategorie als links entscheidet die Tatsache, dass für die Idealisten eine Zusammenarbeit nicht nur strategisch vorteilhaft ist, sondern auch für sich einen Wert darstellt. Anders ausgedrückt, ist sie nicht nur Mittel zur Stärkung der eigenen Macht, sondern auch ein Ziel an sich. Sie wird von den Linken nicht nur unter zweckrationalen, sondern auch unter wertrationalen Gesichtspunkten betrachtet.

Idealisten sind dazu bereit, verschiedene Formen der Zusammenarbeit zu unterstützen. Sie stimmen nicht nur der bilateralen Kooperation zu, sondern bewerten auch den Multilateralismus positiv. Eine Variante der internationalen Zusammenarbeit, die von den Realisten mit Skepsis, von den Idealisten hingegen als erstrebenswert betrachtet wird, sind internationale Organisationen. Kjell Goldmann bezeichnet die idealistische Position als „internationalism“ und fasst in folgenden Worten ihre wichtigsten Annahmen zusammen:

„It is a widely held belief – a truism to some – that international peace and security benefit if international institutions are strengthened and cooperative ties multiply across borders. International law and organization as well as economic exchanges and other forms of communication will make war an increasingly unlikely occurrence, according to this belief.“[208]

Die formale Spieltheorie scheint zwar die Annahmen der Realisten zu unterstützen, da sich im simultan gespielten einmaligen Gefangenendilemma zwischen den Spielern keine Zusammenarbeit entwickelt. Die experimentelle Spieltheorie liefert jedoch Ergebnisse, die nicht so eindeutig sind. Laut Camerer wählt die Hälfte der Spieler,

[207] Eine positive Einstellung zur internationalen Zusammenarbeit verbindet Kenneth N. Waltz mit den politischen Bewegungen, welche im innenpolitischen Kontext als linke bezeichnet wurden: „If bad states make war, good states would live at peace with one another. With varying degrees of justification this view can be attributed to Plato and Kant, to nineteenth-century liberals and revisionist socialists.” Vgl.: K. N. Waltz, *Man, the State and War. A Theoretical Analysis*, Columbia University Press, New York/London 1969, 6.

[208] K. Goldmann, *The Logic of Internationalism. Coercion and accommodation*, Routledge, London/New York 1994, S. 1.

die am einmaligen Gefangenendilemma-Spiel teilnehmen, die Strategie der Zusammenarbeit[209]. Einerseits ist es möglich, dass diejenigen, die in den Experimenten pareto-effiziente Lösungen wählen, das Spiel nicht verstehen. Andererseits könnten sie sich auch bewusst für eine andere als die von John Nash prognostizierte Strategie entscheiden. Im zweiten Fall würde dies bedeuten, dass die in den Zellen der oben präsentierten Spielmatrizen abgebildeten Payoffs für einige Spieler nicht relevant sind. Dieses Ergebnis widerlegt die Spieltheorie nicht. Es bedeutet nur, dass die Teilnehmer ihr eigenes Spiel mit anderer Struktur von Payoffs spielen, die sie letztlich zu einer aus ihrer Sicht rationalen Entscheidung führt. Eine entscheidende Rolle können hier zum Beispiel moralische Überlegungen einnehmen. Eine nichtkooperative Strategie kann einem Spieler derart unmoralisch erscheinen, dass der in der Matrix abgebildete Verlust der Position seines Staates bzw. der finanziellen Mittel den gefühlten Verlust an Anstand nicht mehr kompensiert.

Ein zweiter Grund für ein von der formalen Spieltheorie abweichendes Verhalten ist der andere Charakter des Spiels. Internationale Politik ist kein einmaliges Ereignis. Die Interaktionen zwischen den Akteuren wiederholen sich und zwar mit einer ungewissen bzw. unendlichen Anzahl an „Runden". Bei einem wiederholten Spiel gegen denselben Partner muss mit Reziprozität gerechnet werden[210].

Ein rationaler Spieler (hier wieder im zweckrationalen Sinne) muss im Falle seines nichtkooperativen Verhaltens dann mit den drastischen Konsequenzen des Reputationsverlustes rechnen. Er wird infolge in einem Spiel mit ungewisser Rundenzahl mit einem wiederholt pareto-suboptimalen Ergebnis konfrontiert. Dies ist umso ungünstiger für einen nichtkooperativen Spieler, je größer die Möglichkeit des betrogenen Partners ist, die Sanktionen mit den weiteren Spielteilnehmern zu

[209] C.F. Camerer, *Behavioral Game Theory. Experiments in Strategic Interaction*, Russell Sage Foundation/Princeton University Press, New York/Princeton 2003, S. 46.

[210] Auf die großen Chancen für die Entwicklung von Zusammenarbeit in wiederholten Spielen weist Robert Axelrod hin: „Die Entwicklung der Kooperation wird dadurch ermöglicht, dass die Spieler immer wieder aufeinander treffen können. Dies bedeutet, dass gegenwärtige Entscheidungen nicht allein den Ausgang des gegenwärtigen Treffens bestimmen, sondern auch die späteren Entscheidungen der Spieler beeinflussen können. Die Zukunft kann folglich einen Schatten auf die Gegenwart zurückwerfen und dadurch die aktuelle Situation beeinflussen." Vgl.: R. Axelrod, *Die Evolution der Kooperation*, R. Oldenbourg Verlag, München 2005, S. 11.

koordinieren[211]. Der Betrüger muss im Falle eines Spiels gegen mehrere Spieler somit mit dem Ostrazismus der Gemeinschaft rechnen[212], der in den gegenwärtigen Internationalen Beziehungen nichtdemokratische Regimes trifft[213]. Der Ostrazismus – verstanden als mangelnde Bereitschaft, dem Spieler, der unehrlich spielte, zu vertrauen – kann über mehrere Jahre fortbestehen. Für Idealisten ist die Wiedergewinnung des Vertrauens ein langer Prozess. Realisten rechnen entweder mit einer niedrigeren Anzahl der Runden mit Ostrazismus oder vernachlässigen das Problem, da gemäß ihrer Prognosen auch alle anderen Teilnehmer der internationalen Politik nichtkooperative Strategien verfolgen[214].

Deklarationen der Bereitschaft zur Zusammenarbeit erscheinen häufig in außenpolitischen Dokumenten. In den meisten Fällen liefern sie jedoch keine konkreten Inhalte. Ihre Verwendung ist im Rahmen der diplomatischen Höflichkeit obligatorisch. Aus diesem Grund kann gerade die mangelnde Zusicherung einer intensiven und freundlichen Kooperation manchmal ein wichtigeres Signal für den ausländischen Partner sein als derartige Elemente im Überfluss. Im Kontext der Analyse außenpolitischer Parteidokumente wird ein hoher Anteil von Aussagen der Unterkategorie L9 als Zeichen dafür interpretiert, dass eine Gruppierung die Wahrscheinlichkeit der Machtübernahme als sehr hoch einschätzt und daher diplomatische Signale an ausländische Partner des Staates senden möchte. Auf der anderen Seite kann ein hoher Anteil von Aussagen dieser Kategorie in Regierungsdokumenten als Ausdruck der Schwäche eines Außenministers gelten. Es kann vermutet werden, dass ein Außenminister, der sich entweder mit konkreten Projekten nicht durchsetzen kann oder keine konkreten außenpolitischen Projekte hat, in allgemeine Formulierungen über freundliche und intensive Beziehungen flüchtet.

---

[211] Dies nehmen die Realisten an. In der idealtypischen realistischen Interpretation wird der Staat, der das unkooperative Verhalten eines anderen Staates nicht voraussieht und kooperativ spielt, durch Souveränitätsverlust bestraft.

[212] C.F. Camerer, *Behavioral Game Theory. Experiments in Strategic Interaction*, Russell Sage Foundation/Princeton University Press, New York/Princeton 2003, S. 46.

[213] Ein Beispiel könnten die Sanktionen der EU gegen Weißrussland darstellen.

[214] Interessante Erkenntnisse in diesem Bereich liefert die Theorie der monetären Politik, die auf dem Modell von Kydland und Prescott aufbaut. Für das Grundmodell vgl.: F.E. Kydland, E.C. Prescott, *Rules rather than Discretion: The Inconsistency of Optimal Plans*, "Journal of Political Economy", 85 (1977) 3, S. 473-492. Für die Erweiterung des Modells auf einen Mehrperiodenansatz vgl.: H.-J. Jarchow, *Theorie und Politik des Geldes*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2003, S. 292.

Versöhnung, Überwindung von Vorurteilen (L10)

Aus der Annahme einer flexiblen menschlichen Natur leiten die Idealisten die Überzeugung ab, dass eine Überwindung von Anarchie in den Internationalen Beziehungen möglich sei. Der Mensch kann ihrer Meinung nach dazulernen. Er ist nicht zum „bellum omnia contra omnes" verurteilt. Der erste Schritt in diese Richtung wäre infolge die Ablehnung der Vorurteile, die der Kooperation im Wege stehen. Dies wird jedoch von den Realisten als Schwächung der kulturellen Untermauerung des Staates interpretiert und aus diesem Grund mit Skepsis beurteilt.

Der Unterkategorie L10 werden somit die Aussagen zugeordnet, welche die Aufforderung beinhalten, Vorurteile gegenüber anderen Nationen zu überwinden.

Förderung der Demokratie und der Menschenrechte (L11)

Eine Unterstützung für demokratische Reformen im internationalen Kontext kann entweder durch die Überzeugung motiviert sein, dass die Demokratie für die Menschheit von Bedeutung ist, oder ein Mittel zur Stärkung der „soft power" sein. Beide Strategien können auch miteinander verbunden sein und gleichzeitig angewandt werden. Obwohl der zweite Ansatz besser zum realistischen Weltbild zu passen scheint, ist „soft power" selbst – wie bereits beschrieben – ein idealistischer Begriff. Eine Förderung von Demokratie bringt dem Staat potentiell Vorteile, wird von konsequenten Realisten aber dennoch abgelehnt, da sie nicht mit der realistischen Annahme von einer unverbesserlichen Natur des Menschen vereinbar ist. Innerhalb des realistischen Paradigmas kann Demokratieförderung nur ein zweitrangiges Mittel zum Zweck, nicht ein Zweck an sich sein. Zu den Anhängern dieser Interpretation zählt der amerikanische Neokonservative Irving Kristol, der in seinem Artikel *Human Rights:"The Hidden Agenda*" auf den Missbrauch des Themas Menschenrechte für die Verwirklichung anderer Ziele hinweist[215]. Paradoxerweise zählen sogar diejenigen, welche anderen politische Freiheit mit Gewalt bringen möchten, laut dieser Definition zu den Idealisten.

[215] I. Kristol, *"Human Rights": The Hidden Agenda* [in:] B. Frankel (Hrsg.), *In the National Interest. A National Interest Reader*, The National Interest, Washington D.C. 1990, S. 392. Bei Kristol ist unter anderem Folgendes zu lesen: „A concern for *human rights* has not simply and mainly been opposed to a

Menschenrechte, die zusammen mit der Demokratie der Unterkategorie L11 angehören, sind wichtige Bestandteile der modernen liberalen Demokratien. Sie verhindern eine Entwicklung in Richtung einer Herrschaft der Mehrheit zur Unterdrückung der Minderheit. Die Vertreter des realistischen Paradigmas der Internationalen Beziehungen äußern sich in ihren Schriften nicht ablehnend gegenüber Menschenrechten. Die Umstände, in denen Realismus als Erklärungsansatz in der Theorie der Internationalen Beziehungen entstand, weisen darauf hin, dass seine Vertreter die Entstehung totalitärer Diktaturen unter Einsatz machtpolitischen Kalküls verhindern wollten.

Die realistische politische Praxis wird hingegen keine Rücksicht auf Menschenrechte nehmen, da dies zur Schwächung des Staates führen könnte. Wie zuvor erklärt, gewichten die Realisten die Kosten des Souveränitätsverlustes mit einem höheren Faktor als die Idealisten. Aus diesem Grund sind sie bereit, mehr Ressourcen für die Vermeidung dieses Szenarios aufzuwenden. Die Opportunitätskosten der Menschenrechts- und Demokratieförderung der Idealisten sind somit niedriger als die der Realisten, wenn beide Gruppen von derselben Budgetbeschränkung ausgehen.

Die Aussagen der Unterkategorie L11 beziehen sich direkt auf die Demokratie- und Menschenrechtsförderung in den Internationalen Beziehungen. Allgemeine Versprechen freundschaftlicher Beziehungen werden hier nicht berücksichtigt. Bemerkungen zu Friedensmissionen und zur Lösung nichtpolitischer globaler Probleme werden in der Unterkategorie L2 erfasst.

Kompromiss, Harmonie, Partizipation (L12)

Da Idealisten auf der einen Seite die Gefahren, welche die Unabhängigkeit des Staates bedrohen, geringer einschätzen als Realisten und auf der anderen Seite an die Möglichkeit einer Überwindung der internationalen Anarchie durch Vertrauen glauben, sind sie grundsätzlich kompromissbereiter. Gute Beziehungen mit ausländischen

---

hardheaded and hardhearted Realpolitik. On the contrary, despite the sea of sentimentality on which the issue of *human rights* has floated, that issue has, as often as not, been an accessory to a certain kind of ideological politics." Das Thema „Menschenrechte" wurde laut Kristol von der Sowjetunion missbraucht, um die kommunistische Ideologie und, was daraus folgt, obwohl Kristol es nicht direkt sagt, die sowjetischen nationalen Interessen zu fördern.

Partnern sind für sie ein genauso wichtiges Kapital wie die klassisch verstandene Macht des Staates für die Anhänger des Realismus. Dieses Kapital kann, laut den Idealisten, die Überwindung des Zustands der Anarchie und die Schaffung einer neuen harmonischen Welt ermöglichen. Harmonie – verstanden als Abwesenheit von Konflikten zwischen den Staaten – werde sodann finanzielle Einsparungen ermöglichen, die zur Lösung demographischer, sozialer und ökologischer Probleme der Menschheit eingesetzt werden könnten.

Harmonie ist von den Idealisten sowohl zwischen den Staaten als auch innerhalb des Staates erwünscht. Realisten erhoffen sich zwar ebenfalls innenpolitische Einigkeit über Ziele und Praxis der Außenpolitik, sie sind jedoch nicht dazu bereit, diese durch eine Einschränkung der Souveränität zu erreichen. Die Souveränität ist aus ihrer Sicht zu kostbar. Scott Burchill fast die Position der Anhänger des Primats der nationalen Interessen in folgenden Worten zusammen:

„At the very basis of claims for the national interest is an assumption that a political community can speak with a common voice. This is only possible, however, if the various expressions of particular individual interests which comprise all complex societies are suspended when those societies need to take collective decisions which are binding on all members."[216]

Die Partizipation der Gesellschaft, der dritte Bestandteil der Unterkategorie L12, wird insbesondere von den Linken gefordert. Sie kann aus der Idee der Gleichheit abgeleitet werden. Da alle Bürger gleich seien, sollten alle die Möglichkeit zur Teilnahme am politischen Prozess haben. Auch im Bereich der Internationalen Beziehungen solle eine solche Mitsprache möglich sein. Die Realisten sind hingegen skeptisch hinsichtlich einer Partizipation der Bürger an der Entscheidungsfindung im Bereich der Außenpolitik. Sie befürchten, dass die Informationen einzelner Individuen über die Variablen, welche die außenpolitischen Prozesse bestimmen, erheblich unvollkommener sind als die Informationen, über die der Staat verfügt. Setzt sich die

[216] S. Burchill, *The National Interest in International Relations Theory*, Palgrave Macmillan, Houndmills 2005, S. 13.

Meinung schlecht informierter Bürger durch, was die Anhänger des Realismus für wahrscheinlich halten, wäre so die Unabhängigkeit des Staates gefährdet[217].

Die Idealisten glauben hingegen, dass die Mehrheit der Bürger vernünftig handle, was ihnen richtige Entscheidungen ermöglicht. Demgemäß sehen sie im Austausch zwischen Regierung und Öffentlichkeit in außenpolitischen Fragen keine Gefahr für den Staat. Der negative Nutzen der Idealisten aus der Einschränkung der Mitspracherechte der Bevölkerung ist zudem deutlich höher als der positive Nutzen aus der Stärkung der Position des Staates im internationalen System.

Die Unterkategorie L12 umfasst folglich Aussagen, welche Zusammenarbeit, Harmonie und Austausch über Innen- und Außenpolitik fordern. Charakteristisch für diese Dimension ist die Betonung der Kompromissbereitschaft in den internationalen Verhandlungen sowie die Ablehnung der konfrontativen Sprache.

2.3.7 Die Bestimmung der ideologischen Position einer Partei

Der Katalog an rechten und linken Unterkategorien wird zur Untersuchung der Parteiprogramme, der Reden und der weiteren Parteidokumente herangezogen. Es wird ferner versucht, das entwickelte Kategorienschema bei der Auswertung von Interviews mit den Politikern anzuwenden.

Analysiert werden die Dokumente, welche sich auf die Außen- bzw. Europapolitik beziehen. Einige Texte setzen sich nur mit diesen Bereichen auseinander, wohingegen andere auch innenpolitische Schwerpunkte beinhalten, die für die Beantwortung der Fragestellung nicht zentral sind und ausgelassen werden können. Im zweiten Schritt wird der Text in einzelne ideologische Aussagen (anders „quasi-Sätze“, Englisch: „quasi-sentences“) unterteilt. Laut Andrea Volkens sind quasi-Sentences „defined as an argument (…) the verbal expression of one political idea or issue”[218]. Eine Aussage kann aus einem oder mehreren Sätzen bestehen. Manchmal muss hingegen auch

[217] E.H. Carr, *The twenty years Crisis 1919 - 1939. Introduction to the Study of International Relations*, Harper Torchbooks, New York 1964, S. 31.
[218] H.-D. Klingemann et. al., *Mapping Policy Preference II: Estimates for Parties, Electors and Governments in Eastern Europe, the European Union and the OECD, 1990-2003*, Oxford University Press, Oxford 2006, S. 165.

ein Satz in zwei oder mehrere quasi-Sentences unterteilt werden. Es wird jedoch versucht, wenn möglich jeden Satz durch je eine Aussage widerzugeben. Jede Aussage wird zudem einer der zwölf linken oder zwölf rechten Unterkategorien zugeordnet.

Die Bestimmung der ideologischen Position eines bestimmten Dokuments erfolgt auf einer eindimensionalen Links-Rechts-Skala, die auf dem Dyade-Modell basiert. Um die Texte in einem Vergleich gegenüberstellen zu können, wird ein Index der Parteiposition entwickelt, dessen Werte sich zwischen -100 und +100 bewegen. Welches der beiden Extremen als vollkommen rechts und welches als vollkommen links eingeordnet wird, ist nicht relevant und soll nicht als ein wertendes Urteil interpretiert werden. Ähnlich wie im Werk von Laver und Budge wird auch hier die Annahme getroffen, dass das positive Vorzeichen des Indexes für die Dominanz der rechten und das negative Vorzeichen für die Dominanz der linken Aussagen steht. Das bedeutet, dass +100 als vollkommen rechts und -100 als vollkommen links zu verstehen ist.

Zum Ergebnis gelangt man in den folgenden drei Schritten. (1) Zunächst werden die Aussagen rechter Ausprägung summiert. (2) In der zweiten Phase wird von ihrer Summe die Summe der Aussagen mit der linken Ausprägung subtrahiert. (3) Das Ergebnis dieser Operation wird sodann durch die Gesamtsumme der Aussagen beider Ausprägungen geteilt. Auf diese Weise ist das Ergebnis unabhängig von der Anzahl der quasi-Sentences im Dokument und somit vergleichbar mit anderen Quellen.

$$P = \frac{\left(\sum_{i=1}^{n} QR_i - \sum_{i=1}^{n} QL_i\right)}{\sum_{i=1}^{n} QR_i QL_i} \cdot 100$$

P – Position der Partei auf der eindimensionalen Links-Rechts-Skala

QL – Aussagen (quasi-Sentences), die als tendenziell links klassifiziert wurden

QR – Aussagen (quasi-Sentences), die als tendenziell rechts klassifiziert wurden.

Abbildung 6. Berechnung der Position eines Parteidokuments auf der eindimensionalen Links-Rechts-Skala. Eigene Darstellung.

Die Idee der Bestimmung von Parteipositionen auf einer Skala mit negativen und positiven Werten ist, wie bereits erwähnt, in der Arbeit von Laver und Budge zu finden[219]. Die Autoren bieten jedoch keine genaue Beschreibung der Berechnung des Indexes an. Zwei weitere Forscher, Kim und Fording, erläutern zwar die Details der Prozedur, welche ihnen die Klassifizierung der ideologischen Ausrichtung von Parteidokumenten und Parteien ermöglichte, sie entwickeln jedoch keine Notation in Gestalt einer vollständigen mathematischen Formel[220]. Ferner vertauschen sie das Vorzeichen der linken und der rechten Aussagen im Vergleich mit dem System von Laver und Budge, was zu unnötiger Verwirrung führen kann.

Die Formeln, welche auf den Konzepten von Laver und Budge auf der einen und von Kim und Fording auf der anderen Seite basieren, können kreativ modifiziert werden. Eine Veränderung der Formel könnte hilfreich sein bei der Überprüfung der Hypothese über die Entideologisierung der Politik. Diese Behauptung bezieht sich insbesondere auf das Beispiel der polnischen Sozialdemokraten aus der SLD, denen in ihrer Millerschen Ausgabe sowohl von den parteiinternen Linken als auch von den rechten Gegnern Verrat der linken Ideale vorgeworfen wurde. Falls die Hypothese wahr ist, kann angenommen werden, dass sich neben linken und rechten auch viele Aussagen in den Parteidokumenten befinden, die keiner der zwei Kategorien zugeordnet werden können. Für diese nichtideologischen quasi-Sentences wird eine dritte neutrale Kategorie eingerichtet. Die Aussagen, die dieser Gruppe angehören, werden jedoch nicht im Zähler der Bruchzahl berücksichtigt, da es neben dem positiven und dem negativen kein drittes Vorzeichen gibt, das diese neutralen Aussagen unterscheiden könnte. Stattdessen werden sie zur Summe der rechten und der linken quasi-Sentences im Nenner addiert. Dadurch nähert sich der allgemeine Wert des Indexes mit steigender Anzahl der neutralen Aussagen an Null an. Eine Tendenz zur Annäherung an Null während einer bestimmten Periode wird die genannte Hypothese belegen, wohingegen eine Bewegung in die andere

[219] M.J. Laver, I. Budge, *Measuring Distances and Modelling Coalition Formation* [in:] M.J. Laver, I. Budge (Hrsg.), *Party Policy and Government Coalitions*, St. Martin's Press, New York 1992, S. 26-29.
[220] H. Kim, R.C. Fording, *Voter Ideology in Western Democracies, 1946 – 1989*, "European Journal of Political Research", 33/1998, S. 78-79.

Richtung als Beweis für die Polarisierung des politischen Systems herangezogen werden kann.

$$PN = \frac{\left(\sum_{i=1}^{n} QR_i - \sum_{i=1}^{n} QL_i \right)}{\sum_{i=1}^{n} QR_i QL_i QN_i} \cdot 100$$

PN – Position der Partei auf der eindimensionalen Links-Rechts-Skala (bzw. Idealismus-Realismus-Skala) nach Berücksichtigung der neutralen Aussagen

QL – Aussagen (quasi-Sentences), die als tendenziell links klassifiziert wurden

QR – Aussagen (quasi-Sentences), die als tendenziell rechts klassifiziert wurden

QN – Aussagen (quasi-Sentences), die als neutral klassifiziert wurden

Abbildung 7. Berechnung der Position einer Partei (eines Dokuments) auf der eindimensionalen Links-Rechts-Skala unter Berücksichtigung der neutralen Aussagen. Eigene Darstellung.

Eine Berücksichtigung der neutralen Aussagen würde den Übergang vom Dyade- zum Tetrade-Modell bedeuten. Diese modifizierte Formel zur Berechnung der ideologischen Position der Parteidokumente eignet sich zur Untersuchung des Parteiensystems. Aufgrund der Einschränkungen, die aus der formulierten Forschungsfrage resultieren, scheint in der gegebenen Arbeit die Anwendung dieses korrigierten Indexes jedoch unbegründet. Es werden hier nur die Teile der Parteidokumente berücksichtigt, die einen Bezug zur Außenpolitik aufweisen. Aus diesem Grund kann nicht genau bestimmt werden, welche der neutralen Aussagen berücksichtigt werden sollen und welche nicht. Ihr allgemeiner und nicht eindeutiger Charakter kann in diesem Fall die Aufgabe besonders erschweren. Die Darstellung der modifizierten Formel erfolgt somit, um weiteren Forschern ein Werkzeug zur Verfügung zu stellen und sie zur Entwicklung eigener Ansätze zu ermutigen. Es bleibt zu hoffen, dass eine praktische Anwendung der Formel in Zukunft ihre Nützlichkeit beweist und zu weiteren Erkenntnissen in diesem Forschungsbereich führt.

3. Strukturen und Programmatik der Regierungen Miller und Belka

3.1 Vom beispiellosen Erfolg zur tiefen Krise: Vier Jahre der SLD an der Macht

3.1.1 Der Wahlerfolg der SLD in den Sejm-Wahlen 2001

Die Parlamentswahlen vom 23. September 2001 können als ein politisches Erdbeben bezeichnet werden. Die Regierungspartei AWS des Ministerpräsidenten Jerzy Buzek (diesmal unter dem Namen AWSP[221]) verfehlte den Einzug in den Sejm. Auch ihre ehemaligen Koalitionspartner aus der Freiheitsunion (UW) verloren ihre Vertretung im Unterhaus. Für die Post-Solidarność Kräfte waren die Wahlen ein Desaster. Zwei Gruppierungen, die sich von AWS und UW abgespalten hatten und in gewissem Maße die politische Linie der beiden Parteien fortsetzten, die „Recht und Gerechtigkeit" (PiS) und die Bürgerplattform (PO), erhielten zusammen 22,18% der Wählerstimmen[222]. Zugleich zogen in das Parlament zwei radikale und systemkritische Parteien ein: die „Selbstverteidigung" (Samoobrona) und die Liga der Polnischen Familien (LPR). Erste stand für eine Mischung aus antikapitalistischen, fremden- und europafeindlichen Parolen und verdankte ihre Popularität vor allem ihrem Vorsitzenden Andrzej Lepper, der als charismatischer Führer der Bauernproteste bekannt geworden war. Die LPR betrachtete sich hingegen selbst als eine Fortsetzung der konservativen nationalkatholischen Bewegung der Zweiten Republik (1918-1939), der ND[223].

Als das rechte Spektrum der politischen Bühne in eine tiefe Krise geriet, feierten die Post-Kommunisten ihren größten Erfolg seit 1989. Das Wahlbündnis SLD-UP erzielte 41,04% der Stimmen. Bis zum Wahlerfolg der Bürgerplattform im Jahre 2007

[221] AWS steht für „Akcja Wyborcza Solidarność" (Wahlaktion Solidarität) und AWSP für „Akcja Wyborcza Solidarność Prawicy" (Wahlaktion Solidarität der Rechten).
[222] Die Bürgerplattform erzielte 12,68% der Stimmen, die „Recht und Gerechtigkeit" 9,50%. Quelle: *Wybory do Sejmu 2001: ogólne statystyki głosowania na poziomie kraju*, Państwowa Komisja Wyborcza, http://www.pkw.gov.pl/wybory/2001/sjg2_k.html (Stand: 16.04.2008).
[223] Die ND Narodowa-Demokracja (endecja) war eine konservative nationalkatholische politische Bewegung im Vorkriegspolen, die unter unterschiedlichen Namen funktionierte. In den dreißiger Jahren kam es zur Zersplitterung der Bewegung in unterschiedliche Parteien, darunter auch das faschistische National-Radikale Lager Falanga (ONR-Falanga) von Bolesław Piasecki.

war dies das beste Wahlergebnis in der Geschichte des modernen demokratischen Polens[224]. Aufgrund des grotesken Zerfalls der AWS und des Niedergangs der UW erwies sich die Entwicklung eines stabilen Parteiensystems nach deutschem Muster, mit zwei großen (AWS und SLD) und zwei kleinen Gruppierungen (UW und PSL), als unmöglich. Stattdessen erzielten die polnischen Sozialdemokraten eine Hegemonie, die (zu diesem Zeitpunkt) mit der traditionellen Position der Schwedischen Arbeiterpartei (SAP) vergleichbar war. Die SLD erinnerte an Gulliver im Land der Liliputaner.

Die Tatsache, dass im Sejm mehrere kleinere Parteien vertreten waren, trug zum niedrigen Wert des Hirschmann-Herfindahl-Indexes bei, der die Wahrscheinlichkeit dafür angibt, dass zwei zufällig ausgewählte Wähler dieselbe Partei unterstützen[225]. Die Berechnungen für die Parlamentswahlen 2001 ergeben den Wert von 0,2223. Der Rae-Index[226], der durch die Subtraktion des Hirschmann-Herfindahl-Indexes von eins berechnet wird, ist gleich 0,7777[227].

Die SLD gewann spektakulär, verfehlte jedoch die absolute Mehrheit um 15 Parlamentssitze[228]. In der Abschlussphase der Regierung Buzek waren sich die rechten Parteien ihrer schwierigen Lage bewusst und versuchten, ihren Einzug in das Parlament durch eine Wahlrechtsreform zu sichern. Das für die größeren Parteien günstige D'Hondt-Verfahren wurde durch die Saint-Laguë-Methode ersetzt. Die Zahl der Wahlkreise fiel gleichzeitig von 52 auf 41[229]. Im Endergebnis hatte die neue Regulierung jedoch den populistischen Kräften mehr geholfen als den ausscheidenden Konservativen und Liberalen und zugleich die Verwirklichung der sozialdemokratischen Einparteiregierung verhindert.

---

[224] Die PO erzielte in den Wahlen am 21. Oktober 2007 41,51% der Stimmen. Quelle: *Wybory do Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej zarządzone na dzień 21 października 2007. Wyniki Głosowania*, Państwowa Komisja Wyborcza, http://wybory2007.pkw.gov.pl/SJM/PL/WYN/W/index.htm (Stand: 17.04.2008).
[225] Für die Berechnung des Hirschmann-Herfindahl Indexes vgl.: Kapitel 5.1.2.
[226] Für die Berechnung des Rae-Indexes vgl.: Kapitel 5.1.2.
[227] Berechnungen anhand der Daten der Staatlichen Wahlkommission: *Wybory do Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej zarządzone na dzień 21 października 2007. Wyniki Głosowania*, Państwowa Komisja Wyborcza, http://wybory2007.pkw.gov.pl/SJM/PL/WYN/W/index.htm (Stand: 17.04.2008).
[228] I. Jörs, *Postsozialistische Parteien. Polnische SLD und ostdeutsche PDS im Vergleich*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, S. 187.
[229] *Ebd.*

3.1.2 Die SLD als eine Volkspartei

Die entscheidende Rolle für den Wahlerfolg der SLD spielte die Enttäuschung über die Politik der konservativen Regierung unter Jerzy Buzek. Diese Unzufriedenheit richtete sich in erster Linie gegen AWS und UW. Sie wirkte sich jedoch auch negativ auf die Ergebnisse der beiden Nachfolgeparteien der Mitte-Rechts-Koalition der PO und der PiS aus. Im Gegensatz zum zersplitterten und kompromittierten Post-Solidarność Lager waren die Linken einig und konnten sich auf die als positiv wahrgenommenen Regierungen Józef Oleksy (1995-1996) und Włodzimierz Cimoszewicz (1996-1997) berufen.

Die Einigkeit, für die die polnischen Post-Kommunisten bekannt waren, erreichte eine neue Dimension, als sich die SLD 1999 vom Wahlbündnis zur Partei entwickelte. Zeitgleich wurde eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit mit den Post-Solidarność Sozialdemokraten aus der Arbeitsunion (UP) geschlossen. Auf diese Weise überwand man zum ersten Mal die Hürde der von Mirosława Grabowska konzeptualisierten postkommunistischen Spaltung (podział postkomunistyczny)[230]. Um sich die Unterstützung weiterer einflussreicher Kräfte zu sichern, schloss die SLD zusätzliche Vereinbarungen unter anderem mit der einflussreichen Landespartei der Pensionierten und Rentner (KPEiR), mit den schwachen polnischen Grünen (Polska Partia Zielonych) sowie mit anderen gänzlich unterschiedlichen Organisationen wie der Christlich-Sozialen Union (UChS) und der Gesellschaft der Säkularen Kultur (Towarzystwo Kultury Świeckiej) ab[231]. Die SLD stellte zudem der politisch unbedeutenden, aber wohlhabenden ehemaligen Satellitenpartei der PZPR, dem Stronnictwo Demokratyczne (SD), Listenplätze zur Verfügung[232].

---

[230] Auf die Annäherung zwischen der Wählerschaft der postkommunistischen SLD und der aus der Opposition stammenden UP weisen die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl im Jahr 2000 hin, in der der Kandidat der SLD Kwaśniewski durch 4/5 der Wähler der UP unterstützt wurde. Für die Diskussion über eine Veränderung der postkommunistischen Spaltung (Cleavage) vgl.: M. Grabowska, *Podział postkomunistyczny: społeczne podstawy polityki w Polsce po 1989 roku*, Scholar, Warszawa 2004, S. 181.
[231] Die Texte der Vereinbarungen sind auf der Internetseite der SLD zugänglich: Sojusz Lewicy Demokratycznej, http://www.sld.org.pl/index.php?pid=38 (Stand, 26.04.2008).
[232] I. Jörs, *Postsozialistische Parteien. Polnische SLD und ostdeutsche PDS im Vergleich*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, S. 187.

Schon seit 1993 versuchte die SLD, auch die Wähler außerhalb des traditionell linken Spektrums anzusprechen. Dieses Unternehmen trat im Jahre 1997 noch deutlicher hervor, als die Gruppierung ihr Wahlmanifest nicht nur an Arbeitnehmer, Pensionierte und Rentner, sondern auch an Arbeitgeber sowie an Eigentümer von Familienunternehmen und landwirtschaftlichen Betrieben richtete[233]. In seinen Programmen bezog das Bündnis moderate Position in Bezug auf wirtschaftliche Fragestellungen. Die Partei sprach sich für die Marktwirtschaft und EU-Integration aus, betonte aber zugleich ihre Unterstützung für die Umwandlung Polens in einen Wohlfahrtsstaat nach westeuropäischem Muster. Diese gemäßigte Stellungnahme in Bezug auf wirtschaftliche Fragen war mit einem liberalen Kurs im Bereich der Kultur und Sitten verbunden, der für die Vertreter des sozialliberalen Flügels der untergehenden UW attraktiv erscheinen konnte.

Im Endergebnis entstand eine sehr breite, aber deutlich von den Sozialdemokraten dominierte Koalition, die in allen 41 Wahlkreisen, die traditionell linkskritischen eingeschlossen, siegte. Die catch-all-Strategie des Bündnisses spiegelte sich in seinem Programm wider, das neben den traditionellen Forderungen der Arbeiterbewegung für Konsens, Gemeinsamkeiten und Entschärfung von Konflikten plädierte. Im Dokument ist unter anderem Folgendes zu lesen: „Wir richten dieses Programm an alle Polen, im Lande und im Ausland. Es ist das Programm eines gerechten und modernen Polens, das sich ohne soziale Unruhen und Verbissenheit entwickeln wird“[234].

Die These, dass die SLD gezielt den Status einer Volkspartei anstrebte, bestätigte der Generalsekretär der Partei Krzysztof Janik in seiner Rede vom 23. Februar 2002. Janik gab zu, dass die SLD früher als andere Parteien festgestellt hatte, dass die gesellschaftlichen Gruppen, die zur traditionellen Wählerschaft der Linken zählten, in der polnischen Gesellschaft schwanden. Die Sozialdemokraten kamen auch als Erste zu dem Schluss, dass man von der wachsenden Differenzierung der Gesellschaft profitieren

[233] *Ebd.*, S. 245.
[234] *Program Wyborczy Sojusz Lewicy Demokratycznej Unia Pracy*, Koalicyjny Komitet Wyborczy, Warszawa 2001 [in:] I. Słodkowska (Hrsg.), *Wybory 2001. Partie i ich programy*, ISP PAN, Warszawa 2002, S. 38.

könne[235]. Was vom Generalsekretär jedoch verschwiegen wurde, war die Tatsache, dass die Veränderung der Parteibasis nicht ohne Einfluss auf das Programm der Partei bleiben würde. Im Jahre 2002 genoss die SLD beinahe die gleich Unterstützung aller wichtigen gesellschaftlichen Gruppen[236]. Laut Janik wurde sie so zu der Partei, welche die polnische Bevölkerung am besten repräsentieren könne, da ihre Wählerschaft die Struktur der Bevölkerung umfassend widerspiegele[237].

3.1.3 Eine schwierige Koalition

Die „Umarmungsstrategie" der Sozialdemokraten sollte ihnen die Bildung einer Einparteienregierung ermöglichen. Auf diese Weise wollte die SLD von ihrer ideologischen „Ausdehnung" profitieren. Schlechte Erfahrungen aus der Periode der Zusammenarbeit mit der Bauernpartei PSL (Polnische Volkspartei) in den Jahren 1993-1997 wollte das Bündnis nicht wiederholen. Dieser Junior-Koalitionspartner war berühmt geworden durch seine fehlende Loyalität, mit der er Schlagzeilen machte, als die PSL einen Misstrauensantrag gegen die eigene Regierung stellte.

Der Vorsitzende der SLD und Spitzenkandidat der Partei Leszek Miller schloss vor den Wahlen Koalitionen mit anderen Parteien aus[238]. Nach der Bekanntgabe der Ergebnisse musste er jedoch seine Position redigieren. Angesichts der entschiedenen Anti-SLD-Linie der Post-Solidarność Parteien und der Strittigkeit von Andrzej Leppers „Selbstverteidigung" kam nur die Zusammenarbeit mit der Bauernpartei infrage. Am 26. Oktober 2001 stellte Leszek Miller seine Regierungserklärung im Sejm vor und erhielt die offizielle Zustimmung des Parlaments für seine Regierung. Zwei Ministerposten wurden an die PSL vergeben, einer an die in die SLD integrierte UP.

---

[235] K. Janik, *Wystąpienie Krzysztofa Janika, ustępującego sekretarza generalnego SLD*, Krajowa Konwencja SLD, Warszawa 23.02.2002, SLD http://www.sld.org.pl/index.php?view=1&art_id=4635&pid=18&ret_id=130&rsid=0 (Stand: 25.05.2008).
[236] *Ebd.*
[237] *Ebd.*
[238] I. Jörs, *Postsozialistische Parteien. Polnische SLD und ostdeutsche PDS im Vergleich*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, S. 187.

Die Unterschiede zwischen den Koalitionspartnern, der SLD-UP auf der einen und der PSL auf anderen Seite, waren besonders eminent auf dem Gebiet der Europapolitik. Die protektionistisch gesinnte Bauernpartei artikulierte die wachsenden Befürchtungen der Landwirte in Bezug auf die fortschreitende Integration Polens in die EU. Der wachsende Konkurrenzdruck subventionierter Produkte aus dem Westen Europas fand noch keinen Ausgleich im Zugang zu direkten Subventionen. Die Abhängigkeit der PSL von der ländlichen Bevölkerung erschwerte die Zusammenarbeit innerhalb der Koalition und führte im Endergebnis zu ihrem Zerfall am 1. März 2003[239].

Neben den Konflikten mit dem Koalitionspartner musste das Kabinett Miller mit dem Vertrauensverlust rechnen, der als eine Reaktion auf den nicht umgesetzten Ausbau des Sozialstaates interpretiert werden konnte. Die schwindende Beliebtheit der SLD schlug sich in den Ergebnissen der Regional- und Kommunalwahlen im Oktober 2002 nieder. Die Sozialdemokraten konnten nur noch 24,5% der Wähler für sich gewinnen[240]. In den ersten zehn Monaten erfreute sich die Regierung jedoch immer noch der Unterstützung von durchschnittlich 32% der Befragten[241]. Die Situation verschlechterte sich allerdings dramatisch nach der Enthüllung der als „Rywingate“ bezeichneten Korruptionsaffäre im Dezember 2002[242].

Nach dem Zerfall der Koalition mit der PSL zeichneten sich auch die Gegensätze innerhalb der SLD deutlicher ab. Miller geriet aufgrund seines autoritären Führungsstils in die Kritik, die insbesondere in der Umgebung des Sejmmarschalls Marek Borowski laut wurde[243]. Im März 2004 trennte sich die Gruppe rund um Borowski von der SLD und gründete eine neue Partei, die Polnische Sozialdemokratie (SDPL). Die Gründung dieser Bewegung, die sich als eine neue Art der Sozialdemokratie frei von alten

---

[239] D. Uhlig, *Roszady w rządzie*, „Gazeta Wyborcza”, 4.04.2003, S. 4.
[240] I. Jörs, *Postsozialistische Parteien. Polnische SLD und ostdeutsche PDS im Vergleich*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, S. 193.
[241] *Po zapowiedzi dymisji rządu Leszka Millera. Społeczne reakcje oraz opinie o przyszłym rządzie*, Centrum Badania Opinii Społecznej, Komunikat z Badań BS/63/2004, Warszawa April 2004, http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2004/K_063_04.PDF (Stand: 09.05.2008), S. 3.
[242] Die Affäre wurde nach dem Filmproduzenten Lew Rywin benannt, welcher von Adam Michnik, Chefredakteur der damals größten polnischen Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“, ein Schmiergeld in Höhe von 17,5 Millionen Dollar für Veränderungen im damals entstehenden Mediengesetz forderte.
[243] Vgl. z. B. M. Borowski, *Głos Marka Borowskiego, marszałka Sejmu RP*, Krajowa Konwencja SLD, Warszawa 6.03.2004, SLD http://www.sld.org.pl/index.php?view=1&art_id=3417&pid=18&ret_id=104&rsid=0 (Stand: 25.05.2008).

Seilschaften und kommunistischen Bürden verstand, war ein klares Votum gegen Miller. Unter dem wachsenden Druck aus den eigenen Reihen trat er am 2. Mai 2004, einen Tag nach dem EU-Beitritt Polens, vom Amt des Ministerpräsidenten zurück.

Die Nachricht über den Rücktritt Millers wurde von 44% der Polen mit Zufriedenheit und von 35% mit Hoffnung aufgenommen. Lediglich 4% der Befragten äußerten Unzufriedenheit, 15% waren beunruhigt[244]. Im März 2004 deklarierten nur 10% der Befragten ihre Unterstützung für die Regierung. Zugleich waren 58% der Befragten Gegner des Kabinetts[245].

3.1.4 Die Regierung von Marek Belka

Nach dem Austritt der Borowski-Gruppe aus den Reihen der SLD erreichte die Krise innerhalb des Bündnisses ein dramatisches Ausmaß. Der Rücktritt Millers aus dem Amt des Parteivorsitzenden im Januar 2004 erwies sich als unzureichend. Der für das Umfragetief verantwortlich erklärte Politiker musste den Regierungsvorsitz aufgeben. Zugleich zog die Parteispitze die weitere Konsequenz, auch den Anführer der Rebellen, Borowski, aus dem Amt des Sejmmarschalls abzuwählen.

Angesichts der Blamage der SLD, deren Name fortan mit Korruptionsaffären assoziiert wurde, forcierte die Parteiführung die Idee einer Expertenregierung. Zum Ministerpräsidenten wurde der dem Bündnis nahestehende Wirtschaftsspezialist Prof. Marek Belka ernannt. Die Übergabe staatlicher Führung an einen Technokraten, der bis zu seiner Nominierung als Finanzdirektor in der Besatzungsverwaltung des Iraks (Provisional Coalition Council) tätig war, kann als Ausdruck von Panik und Verzweiflung in den Reihen der SLD interpretiert werden.

Als ehemaliger Finanzminister, der sich noch vor den Wahlen gegen unrealistische Versprechungen aussprach[246], konnte Belka die sozialschwachen

---

[244] *Po zapowiedzi dymisji rządu Leszka Millera. Społeczne reakcje oraz opinie o przyszłym rządzie*, Centrum Badania Opinii Społecznej, Komunikat z Badań BS/63/2004, Warszawa April 2004, http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2004/K_063_04.PDF (Stand: 09.05.2008), S. 2.
[245] *Ebd.*
[246] E. Milewicz, *A – jak aaaby było lepiej, czyli obietnice przedwyborcze* [in:] *Alfabet Millera*, „Gazeta Wyborcza", 02.02.2002-03.02.2002, S. 7.

Schichten nicht von sich überzeugen[247]. Seine Amtsperiode im ersten Jahr der polnischen Mitgliedschaft in der EU trug ebenfalls nicht zur Aussöhnung mit der Borowski-Gruppe bei. Einer der befragten SDPL-Aktivisten kritisierte Belkas Regierung als noch technokratischer und ideologieloser als das Kabinett Miller[248].

Marek Belka erfüllte als Regierungschef nicht die Erwartungen der SLD. Schon am Anfang erfreute sich sein Kabinett weniger Vertrauen als die unmittelbar nach den Wahlen gebildete Regierung. Mit 18% waren es aber immerhin noch zehn Prozentpunkte mehr als das Ergebnis Leszek Millers im Mai 2004[249]. Für Belka wurde die Tatsache zum Stolperstein, dass er zu eng mit Miller und anderen kompromittierten Parteifunktionären der SLD verbunden wurde. In der letzten Phase seiner Regierung agierte Marek Belka fast vollständig unabhängig von der SLD[250]. Statt die Umfragewerte des Bündnisses zu retten, trug er weiter zur Ausbreitung des politischen Chaos bei, als er nach der Umwandlung der liberalen Freiheitsunion (UW) in eine neue linksliberale Demokratische Partei (PD) seine Unterstützung für diese Gruppierung erklärte. Er wurde im Anschluss Spitzenkandidat der neuen Partei in den bevorstehenden Parlamentswahlen. Auf diese Weise kam es zu einer kuriosen Situation. Der Chef der SLD-Regierung identifizierte sich mit einer Partei der außerparlamentarischen Opposition. In der Hitze des Wahlkampfes wurde die Regierung Belka fast vollkommen vergessen. Interessanterweise fand das Kabinett im Juli 2005 mehr Befürworter in der Wählerschaft der SDPL, der UP und der Grünen, (63%), die zusammen ein Wahlbündnis bildeten, als bei den Wählern der SLD (39%)[251].

---

[247] In einer Umfrage im März 2005 waren 52% der Befragten der Meinung, dass Belka sich nicht für das Schicksal einfacher Menschen interessiere. Vgl.: *Społeczny wizerunek Marka Belki*, Centrum Badania Opinii Społecznej, Komunikat z Badań BS/47/2005, Warszawa März 2005, http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2005/K_047_05.PDF (Stand: 09.05.2008), S. 2.

[248] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Szymon Szewrański (SDPL)*.

[249] *Opinie o rządzie Marka Belki*, Centrum Badania Opinii Społecznej, Komunikat z Badań BS/107/2004, Warszawa Juni 2004, http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2004/K_107_04.PDF (Stand: 09.05.2008), S. 1.

[250] Jacek Raciborski kommt in Bezug auf die Regierungen von Buzek und Miller zu dem Schluss, dass ihre Unabhängigkeit von der Partei schrittweise wuchs. Dies ist auch in Bezug auf die Belka Regierung zutreffend, die es schaffte, ihre bereits anfänglich weitreichende Unabhängigkeit vom SLD-Block weiter auszubauen. J. Raciborski, *Konstruowanie rządów i elit rządowych* [in:] J. Raciborski (Hrsg.), *Elity rządowe III RP 1997-2004. Portret socjologiczny*, Wydawnictwo Trio, Warszawa 2006, SS 36-37.

[251] *Stosunek do rządu i premiera w lipcu*, Centrum Badania Opinii Społecznej, Komunikat z Badań BS/123/2005, Warszawa Juli 2005, http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2005/K_123_05.PDF (Stand: 09.05.2008), S. 3.

3.2 Die außen- und europapolitischen Präferenzen der SLD im Spiegel der Parteidokumente

3.2.1 Gründungsdokumente der SLD

Die Partei Bündnis der Demokratischen Linken (SLD) wurde im April 1999 gegründet. Der Name „SLD“ ist in der polnischen Politik jedoch schon seit den ersten demokratischen Wahlen im Jahre 1991 präsent. Es handelte sich damals allerdings nicht um eine Partei, sondern um eine Koalition verschiedener gesellschaftlicher Organisationen (ein Wahlbündnis). Eine Führungsrolle innerhalb dieses Blocks hatte die Nachfolgepartei der PZPR, die Sozialdemokratie der Republik Polen (SdRP), inne. In derselben rechtlichen Form nahm die SLD auch in den Jahren 1993 und 1997 an den Wahlen teil. Erst nach dem Machtverlust zugunsten der AWS und der UW wuchs der Integrationsdruck innerhalb des Bündnisses. Die neu gegründete Partei kann als erweiterte SdRP betrachtet werden.

Auf dem ersten Kongress der SLD im Dezember 1999 wurden zwei Programmdokumente verabschiedet, die Erklärung *Unsere Traditionen und Werte* und das Programmmanifest *Neues Jahrhundert – das neue Bündnis der Demokratischen Linken. Das sozialdemokratische Programm für Polen*. Im ersten Text wurde der Schwerpunkt auf das ideologische Profil der neuen Partei gelegt. Die SLD erklärt Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz zu ihren fünf Grundprinzipien. Neben diesen fast allgemein anerkannten Werten sind in der Deklaration viele traditionell mit dem linken politischen Spektrum identifizierte Begriffe zu finden, wie zum Beispiel die Hilfe für die sozialschwachen Schichten. Diese sind jedoch mehr von liberalen als von sozialdemokratischen Schlagworten überschattet, wie Selbstverwaltung, Menschenrechte, bürgerliche Freiheiten und gleiche Chancen. Die dritte ideologische Strömung, die auch ihre Spuren im Text hinterließ, ist die post-

materielle neue Linke[252]. Dieser Kategorie können die Ideen der nachhaltigen Entwicklung zugeordnet werden; sie wird jedoch nicht näher präzisiert.

Die SLD setzt sich in der Erklärung mit ihrer eigenen und der polnischen Geschichte auseinander. Sie verurteilt die Verbrechen der kommunistischen Diktatur und identifiziert sich mit der Tradition der polnischen Sozialisten und der linken antikommunistischen Opposition. Der Transformation Polens nach dem Jahre 1989 wird als „unumkehrbar" bezeichnet. Die neu gegründete Partei stellt sich deutlich auf die Seite der Befürworter der auf dem Kompromiss des Runden Tisches basierenden Dritten Republik. Bei den Sozialdemokraten habe „in den letzten zehn Jahren" (1989-1999) ein Durchbruch in der Denkweise stattgefunden, der sich in der authentischen Überzeugung zur „bürgerlichen" und „wirtschaftlichen" Demokratie niederschlage[253]. Als ein Beispiel des neuen Denkens wird der Beitrag der SLD zur Verteidigung der Verfassungsregel genannt[254].

Dritter wichtiger Schwerpunkt der Erklärung, neben den Werten und der Auseinandersetzung mit der Geschichte, ist die Betonung der Rolle des Kompromisses im politischen und im gesellschaftlichen Leben. In den Reihen der SLD gebe es Platz sowohl für diejenigen, die für die kommunistische Regierung Polens gearbeitet haben, als auch für die Gegner der Diktatur. Die Vielfalt innerhalb der Gruppierung solle der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Dritten Republik entsprechen. Auch in der Zusammenarbeit mit den anderen Gruppierungen wolle die SLD offen bleiben. Die

---

[252] Zum Post-Materialismus tendieren die westeuropäischen Linken. In den Staaten Ostmitteleuropas ist diese Tendenz nicht so eindeutig. Vgl.: B. Rehakova, *Who Are the Czech Materialists, Post-materialists, and Those Who Are 'Mixed', and How Do They Differ in Their Opinions and Attitudes on Selected – Primarily Political – Subjects*, "Czech Sociological Review", 9 (2001) 1, S. 41. Für die Beschreibung der Tendenzen in Westeuropa vgl.: R. Inglehart, *Culture Shift in Advanced Industrial Society*, Princeton University Press, Princeton 1990, S. 380-388.

[253] *Nasze Tradycje i Wartości – Deklaracja I Kongresu SLD*, Warszawa 19.12.1999, SLD, http://www.sld.org.pl/program/nasze_tradycje_i_wartosci_-_i_kongres_18_-_19_grudnia_1999.htm (Stand: 19.12.2008).

[254] Die Verfassung aus dem Jahre 1997 wurde mit den Stimmen der Koalition SLD-PSL und der liberalen UW verabschiedet. Die nationalkonservativen Kräfte protestierten gegen die Verfassung während ihrer Verabschiedung aufgrund ihrer liberalen Inhalte. Besonders kontrovers war die Präambel. Anstelle eines klaren Bezugs auf Gott, wie es von den Nationalkonservativen gefordert wurde, findet sich ein Text, der als Kompromisslösung zwischen der christlichen und der laizistischen Sicht interpretiert wird. Über die Kompromisslösung der polnischen Verfassung wurde auch während der Diskussion über die Europaverfassung gesprochen. Vgl.: A. Metz, *Den Stier bei den Hörnen gepackt? Definition, Werte und Ziele der Europäischen Union im Verfassungsprozess* [in:] W. Weidenfeld (Hrsg.), *Die Europäische Verfassung in der Analyse*, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2005, S. 51-52.

Gegensätze, die „nur aus ideologischen Gründen“ entstanden seien, sollen im Interesse der Gesellschaft und des Staates überwunden werden[255]. Diese kritische Einstellung zur ideologischen Dogmatik erinnert an Tony Blairs New Labour Konzept, das die von den Gewerkschaften beeinflusste linke Programmatik seiner Partei durch das kompetenzvermittelnde Parteiimage ersetzte[256].

3.2.2 Die außenpolitischen Aspekte des Programmmanifestes der SLD aus dem Jahre 1999

Das zweite auf dem Gründungskongress verabschiedete Dokument, das Programmmanifest, ist inhaltlich weniger allgemein gehalten und umfangreicher verfasst (6161 Worte) als die Erklärung (811 Worte). Es besteht aus einer Einführung und fünf Kapiteln. Der letzte Teil wird der Außenpolitik Polens gewidmet.

Als wichtigstes Ziel setzt sich die SLD die Sicherung der starken und stabilen Position Polens „im internationalen Machtsystem“. Neben dieser einleitenden Bemerkung, die an realistische Thesen Morgenthaus erinnert, wird gleich zu Beginn betont, dass die Partei zur Verwirklichung dieses Zwecks für die Zusammenarbeit mit den anderen politischen Gruppierungen, Institutionen und den gesellschaftlichen Organisation bereit sei. Der Ausbau der staatlichen Kapazitäten wird auf diese Weise mit der für das Bündnis charakteristischen Konsenssuche in der innenpolitischen Arena verbunden.

Unter den weiter im Text angeführten Prioritäten der polnischen Außenpolitik dominieren realistisch geprägte Slogans. Sechs von acht allgemeinen Zielen können als realpolitisch bezeichnet werden. Die SLD verspricht die Nutzung der internationalen Zusammenarbeit für die Entwicklung des polnischen Handels, die Beseitigung der auswärtigen Sicherheitsbedrohungen und die Förderung der polnischen Bürger und Personen polnischer Abstammung im Ausland. Die als erste erwähnte Priorität „Stärkung

[255] *Ebd.*
[256] G. Strohmeier, *Moderne Wahlkämpfe – wie sie geplant, geführt und gewonnen werden*, Nomos, Baden-Baden 2001, S. 216.

der Unabhängigkeit und der Souveränität des Staates“[257] soll die Wähler vom neuen Kurs der Partei überzeugen, die ihren Ursprung im nichtsouveränen Machtapparat der Volksrepublik hat. Zwei von acht Aufgaben, die intensivere Teilnahme Polens am Prozess der kulturellen und zivilisatorischen Annäherung der Nationen beziehungsweise die Beteiligung an der Lösung globaler Probleme der Menschheit, haben idealistischen Charakter. Beide fügen sich in das Bild einer linksorientierten Partei.

Die oben genannten Ziele sollten im Rahmen der sechs Aufgaben verwirklicht werden. Diese sind interessanterweise bereits weniger von realistisch und national geprägten Gedanken beeinflusst. Der erste und wichtigste Punkt ist ein schneller EU-Beitritt Polens unter günstigen Bedingungen. Als Begründung für diese Aussage zieht die SLD die pragmatische Modernisierungsrhetorik (Zivilisationsaufstieg, Überwindung der Rückständigkeit, Stärkung der Sicherheit) heran. Die Regierung solle die Gesellschaft über „messbare Vorteile“ der Integration informieren.

Anders als im Wahlprogramm 2001 enthält das Programmmanifest Elemente der sozialdemokratischen Vision der Europäischen Union. Die SLD spricht sich für die Evolution der Europäischen Union in Richtung soziales Europa aus[258]. Die Partei verspricht ferner Unterstützung bei der Stärkung und Modernisierung des europäischen Wohlfahrtsstaates. Wirtschaftsentwicklungen der Gemeinschaften sollen auf dem Dialog der sozialen Partner und auf der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung basieren. Die Entwicklung der europäischen Pläne der SLD werde durch die Zusammenarbeit mit den anderen sozialdemokratischen Gruppierungen im Rahmen der Sozialistischen Internationalen und der Sozialdemokratischen Partei Europas verwirklicht[259].

An zweite Stelle setzten die Sozialdemokraten die „Glaubwürdigkeit Polens als ein Teilnehmer der internationalen Organisationen und Vereinbarungen“[260]. In diesem Punkt werden viele mit dem linken Spektrum identifizierte Fragen angesprochen, wie

---

[257] *Manifest Programowy – I Kongres 18-19 grudnia 1999*, Warszawa 18.12.1999, SLD, http://www.sld.org.pl/program/p-r-m-a-406/manifest_programowy_i_kongres.htm (Stand: 19.12.2008). Nebenbemerkung: Nach der Sanierung der Webseite der SLD im Sommer 2008 bekam das Dokument neben der richtigen auch die zusätzliche falsche Überschrift „Program Wyborczy Koalicji SLD i UP 2001“, die auf ein anderes Dokument hindeutet.
[258] *Ebd.*
[259] *Ebd.*
[260] *Ebd.*

Friedenstiftung, friedliche Koexistenz und Schutz der Menschenrechte. Neben der UNO und der OSZE wird hier auch die Zusammenarbeit mit Deutschland und Frankreich im Rahmen des Weimarer Dreiecks erwähnt, die besondere Bedeutung für die SLD habe.

Die dritte Aufgabe, die „Stärkung der Position Polens innerhalb der NATO“[261], wird wieder in der realistischen Sprache formuliert. Danach folgt eine liberale Vision der Armee, die apolitisch und nach demokratischen Regeln von der zivilen Führung kontrolliert werden solle. Im Kontext der NATO wird auch die Bedeutung der Glaubwürdigkeit betont. Auf der anderen Seite hoffe die SLD, dass die Mitgliedschaft Polens in der NATO und der Westeuropäischen Union der polnischen Rüstungsindustrie Zugang zu den neuen Absatzmärkten ermöglichen werde.

In dem Punkt, der sich auf die Beschreibung der vierten Aufgabe bezieht (gute Beziehungen mit den Nachbarn), findet sich eine Bemerkung über die deutsch-polnischen Beziehungen. Durch Kontakte mit Berlin sollen Vorurteile überwunden werden. Polen solle sich als Ziel die Entwicklung der Zusammenarbeit mit Deutschland setzen, um einen zuverlässigen Partner in den Bereichen Wirtschaftsentwicklung und Zivilisationsfortschritt zu gewinnen[262]. Indirekt auf deutsch-polnische Beziehungen verweist auch der Absatz über den Ausbau der internationalen Zusammenarbeit der Regionen, da diese Art der Kooperation an der Westgrenze Polens am besten entwickelt ist.

Die Aussagen des Parteiprogramms, die sich auf Außenpolitik beziehen, werden den in Kapitel 2.3 aufgelisteten Kategorien zugeordnet. Mithilfe der Formel 1 wird die Position des Dokuments auf der eindimensionalen Links-Rechts-Skala ermittelt (P-Index). In diesem Fall wird der Index der Parteiposition ausschließlich zur Untersuchung der außenpolitischen Aspekte des Parteiprogramms angewandt. Aus diesem Grund werden nur die Teile des Programms untersucht, die sich mit den Fragen der Außenpolitik und der Internationalen Beziehungen auseinandersetzen. Der Wert dieses Indexes beträgt im Falle des Programmmanifests der SLD aus dem Jahre 1999 **- 37,25 Punkte.**

[261] *Ebd.*
[262] *Ebd.*

Das Ergebnis der quantitativen Untersuchung weist auf eine linke Ausrichtung des Dokuments hin. Allgemeine Bemerkungen, die der Unterkategorie L9 zugeordnet werden können, stellen im Text die Mehrheit dar. Der hohe Anteil dieser Art der Aussagen erinnert an die diplomatische Sprache der Erklärungen der Außenminister. Eine detaillierte qualitative Analyse ergibt eine relativ rechte Ausrichtung des Manifests, die so anhand des Wertes des P-Indexes nicht erwartet werden konnte. Besonders dominant erscheint die Betonung der Bedeutung der nationalen Interessen Polens, des Wachstums und der Wirtschaft. Diese Argumente finden in der Werbung für die Europäische Integration Verwendung. Dieser Kontext entschärft ihren rechten Charakter; es ist jedoch ungewiss, ob die SLD den Beitritt Polens aus realistischen Gründen unterstützte, was diese Aussagen suggerieren können, oder ob die durch die Idee des Vereinigten Europas gesinnte Unterstützung der SLD lediglich aus strategischen Gründen in der Rhetorik des nationalen Interesses ausgedrückt wird.

Nummer	Rechte Unterkategorien	Anzahl	Anteil
R1	EU: negativ	0	0,00%
R2	Stärkung der Position des Staates, nationale Interessen	11	10,78%
R3	Wirtschaft: positiv	8	7,84%
R4	Äußere Sicherheit	3	2,94%
R5	Armee: positiv	4	3,92%
R6	Landwirtschaft: positiv	0	0,00%
R7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: positiv	2	1,96%
R8	Traditionelle Moral: positiv	0	0,00%
R9	Besondere Bedeutung der bilateralen Beziehungen	0	0,00%
R10	NATO, Atlantismus	4	3,92%
R11	Verwaltungseffizienz, Recht und Ordnung	0	0,00%
R12	Konflikt, Konfrontation, Wettbewerb	0	0,00%
Summe		32	31,37%

Tabelle 9. Rechte außenpolitisch relevante Aussagen im Programmmanifest der SLD (1999). Eigene Darstellung.

Nummer	Linke Unterkategorien	Anzahl	Anteil
L1	EU: positiv	10	9,80%
L2	Lösung der globalen Probleme der Menschheit	3	2,94%
L3	Sozialstaat: positiv, Entwicklungshilfe	10	9,80%
L4	Das Bild des Staates, soft power	1	0,98%
L5	Armee: negativ	1	0,98%
L6	Umweltschutz, Probleme der Frauen (Neue Politik)	0	0,00%
L7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: negativ	0	0,00%
L8	Traditionelle Moral: negativ	0	0,00%
L9	Multilateralismus, Frieden, internationale Zusammenarbeit	33	32,35%
L10	Versöhnung, Überwindung von Vorurteilen	1	0,98%
L11	Demokratie, neutraler Staat, Menschenrechte	4	3,92%
L12	Kompromiss, soziale Harmonie, transparente Politik, Partizipation der Gesellschaft	7	6,86%
Summe		70	68,63%

Tabelle 10. Linke außenpolitisch relevante Aussagen im Programmmanifest der SLD (1999). Eigene Darstellung.

3.2.3 Die außenpolitischen Aspekte der Rede von Leszek Miller zur Eröffnung des ersten Kongresses der SLD (1999)

Der erste Vorsitzende der neu gegründeten SLD, Leszek Miller, hielt während des ersten Kongresses eine Eröffnungsrede, in der er seine eigene Vision Polens präsentierte. In der Ansprache Millers dominieren deutlicher als im Programmmanifest linke bzw. idealistische Elemente (**P von -61,53**). Eine Reflexion über den Dienst der „großen sozialdemokratischen Familie“[263] und den Einsatz für die Interessen und ein

[263] L. Miller, *Wystąpienie inauguracyjne Przewodniczącego SLD Leszka Millera*, Warszawa 18.12.1999, SLD, www.sld.org.pl/download/index/biblioteka/44 (Stand: 24.12.2008).

besseres Leben der „ganzen menschlichen Gemeinschaft“[264] findet sich in dem Abschnitt, der sich an den Ehrengast der Tagung, Rudolf Scharping, richtete. Miller bedankte sich bei Scharping für die Hilfe der SPD bei der Lösung des Problems der Entschädigungen für die polnischen Zwangsarbeiter und betonte den Beitrag der polnischen und deutschen Sozialdemokraten zur deutsch-polnischen Versöhnung.

In Bezug auf die Integration Polens in die Europäische Union setzte Miller den idealistischen Ton in anderen Abschnitten seiner Rede fort. Der linke Charakter seiner Aussagen kann aus seiner negativen Einstellung zur rechten Begründung der Notwendigkeit des Beitritts Polens zur EU abgeleitet werden. Eine idealistische linke Alternative für die abgelehnten konservativen Argumente, die „das Bollwerk [Europas bzw. des Christentums]“ bzw. die „[historische] Mission“ Polens betreffen, wird nicht explizit vorgeschlagen[265]. Miller spricht zwar über den republikanischen, neutralen Charakter des Staates, die Stärkung der Toleranz und der humanistischen Werte, aber vor diese Argumente tritt die Bemerkung über „die Begründung der Zugehörigkeit Polens zur Union in den pragmatischen Vorteilen der Mitgliedschaft“[266].

Neben den idealistischen und allgemeinen Formulierungen sind in der Rede Millers Absätze zu finden, die als realistische (rechte) zu kategorisieren sind. Der neue Chef der SLD stellte sich Polen als ein Land mit einer „starken Position im vereinigten Europa und in der Welt“ vor[267]. Ferner nannte er als eine von vier Prioritäten der Sozialdemokraten die „günstige Integration mit Europa und der Welt“[268]. Die Idee der Stärkung der Position des eigenen Staates in den Internationalen Beziehungen wird zwar sowohl von den linken als auch von den rechten Politikern unterstützt, sie findet jedoch im linken politischen Spektrum mit anderen Worten Ausdruck. Insgesamt dominieren in der Rede Millers, ähnlich wie im Programmmanifest, idealistische Akzente, die als charakteristisch für eine linke Partei bezeichnet werden können. Eine Erklärung dafür könnte sein, dass sich beide Dokumente an die Parteimitglieder bzw. ihre Anhänger richteten. Im Wahlprogramm 2001, dessen Empfänger breiter definiert werden (alle

[264] *Ebd.*
[265] *Ebd.*
[266] *Ebd.*
[267] *Ebd.*
[268] *Ebd.*

Wähler), spielen linke Elemente eine weniger bedeutende Rolle. An ihre Stelle tritt die pragmatische Sprache des politischen Realismus.

Nummer	Rechte Unterkategorien	Anzahl	Anteil
R1	EU: negativ	0	0,00%
R2	Stärkung der Position des Staates, nationale Interessen	2	7,69%
R3	Wirtschaft: positiv	3	11,54%
R4	Äußere Sicherheit	0	0,00%
R5	Armee: positiv	0	0,00%
R6	Landwirtschaft: positiv	0	0,00%
R7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: positiv	0	0,00%
R8	Traditionelle Moral: positiv	0	0,00%
R9	Besondere Bedeutung der bilateralen Beziehungen	0	0,00%
R10	NATO, Atlantismus	0	0,00%
R11	Verwaltungseffizienz, Recht und Ordnung	0	0,00%
R12	Konflikt, Konfrontation, Wettbewerb	0	0,00%
Summe		5	19,23%

Tabelle 11. Rechte außenpolitisch relevante Aussagen der Rede von Leszek Miller zur Eröffnung des ersten Kongresses der SLD (1999). Eigene Darstellung.

Nummer	Linke Unterkategorien	Anzahl	Anteil
L1	EU: positiv	7	26,92%
L2	Lösung der globalen Probleme der Menschheit	0	0,00%
L3	Sozialstaat: positiv, Entwicklungshilfe	3	11,54%
L4	Das Bild des Staates, soft power	0	0,00%
L5	Armee: negativ	0	0,00%
L6	Umweltschutz, Probleme der Frauen (Neue Politik)	0	0,00%
L7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: negativ	3	11,54%
L8	Traditionelle Moral: negativ	1	3,85%
L9	Multilateralismus, Frieden, internationale Zusammenarbeit	1	3,85%
L10	Versöhnung, Überwindung von Vorurteilen	5	19,23%
L11	Demokratie, neutraler Staat, Menschenrechte	1	3,85%
L12	Kompromiss, soziale Harmonie, transparente Politik, Partizipation der Gesellschaft	0	0,00%
Summe		21	80,77%

Tabelle 12. Linke außenpolitisch relevante Aussagen der Rede von Leszek Miller zur Eröffnung des ersten Kongresses der SLD (1999). Eigene Darstellung.

3.2.4 Das Profil der SLD im Spiegel des Wahlprogramms 2001

Die SLD verabschiedete ihr Wahlprogramm während der Parteikonvention am 23. Juni 2001 in Warschau, drei Monate vor den Parlamentswahlen.[269] Das Dokument ist aufgrund seiner inneren Konstruktion für die Analytiker der Parteipräferenzen von Interesse. Die Struktur des Programms basiert auf zahlreichen Punkten, die konkrete Vorschläge beinhalten. Diese pragmatische, technokratische Form lässt wenig Platz für die Interpretation ihres ideologischen Charakters. Zugleich ist der formale Rahmen des

[269] *Krajowa Konwencja SLD. Warszawa 23.06.2001*, SLD, http://www.sld.org.pl/index.php?pid=127 (Stand: 25.05.2008).

Programms selbst eine Aussage über die Partei. Der Verzicht auf komplizierte Sätze zugunsten der Einfachheit entspricht dem Inhalt des Textes, in dem der gesellschaftliche Konsens oft betont wird[270]. Es ist auch die Konsequenz der von der SLD bevorzugten Umarmungsstrategie, die ohne Bereitschaft zur Vermeidung der bunten ideologischen Ausdrücke unmöglich wäre.

Das Wahlprogramm der SLD aus dem Jahre 2001 besteht aus 7194 Worten, die sich auf 17 Sachgebiete beziehen. Die Sachgebiete werden in fünf Kapiteln erfasst. Ihre Titel, mit Ausnahme des ersten Kapitels, waren identisch mit den Prioritäten der Partei: „Beschleunigung der Entwicklung", „Gerechte Umverteilung", „Ordnung des Staates" und „Günstige Integration"[271]. Das erste Kapitel, das den Titel „Wichtigste soziale Herausforderungen" trägt, beschreibt zwei Aufgaben: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf der einen und Entwicklung der EDV-Infrastruktur und Ausbildung auf der anderen Seite.

Wenig technisch, dafür sehr ideologisch formuliert, ist der erste einführende Teil des Textes, der interessanterweise in der Version auf der Internetseite der SLD ausgelassen wird. Am Anfang des erwähnten Abschnitts findet sich eine pessimistische Beschreibung der wirtschaftlichen und sozialen Lage. Polen wird als ein Land in der Krise dargestellt: Die „letzte(n) vier Jahre brachten den wirtschaftlichen Stillstand, den dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit und den tiefen Pessimismus". Es werden auch für die Sozialdemokraten besonders wichtige Themen wie Armut, mangelnde Chancengleichheit und wachsende soziale Ungleichheit angesprochen.

Die oppositionellen Sozialdemokraten machten das Mitte-rechts Kabinett für die Unterordnung der Politik seiner parteilichen Interessen, den Zerfall der Autorität des Staates und die Finanzkrise verantwortlich. Buzek wird jedoch nicht offen kritisiert. Lediglich das Plädoyer der Sozialdemokraten für die effiziente, gerechte und „normale" Regierung, die keine Zeit für Streitereien verschwenden werde, suggeriert seine Inkompetenz.

---

[270] Vgl. z. B. schon früher erwähnte Kritik der Verbissenheit. Vgl. auch.: *Program Wyborczy Sojusz Lewicy Demokratycznej Unia Pracy*, Koalicyjny Komitet Wyborczy, Warszawa 2001 [in:] I. Słodkowska (Hrsg.), *Wybory 2001. Partie i ich programy*, ISP PAN, Warszawa 2002, S. 38.
[271] *Ebd.*, S. 18.

Im zweiten Teil der Einführung widmet die SLD einen Absatz dem Problem der sozialen Ausgrenzung und der Arbeitslosigkeit. Das Bündnis fasst auch kurz seine Vision Polens als einen demokratischen[272], weltanschauungsneutralen Wohlfahrtsstaat zusammen. Als ein Beweis für die soziale Sensibilität der SLD soll die Betonung der Chancengleichheit und des allgemeinen Zugangs zur gesundheitlichen Fürsorge dienen.

In weiteren Kapiteln des Textes werden, wie schon erwähnt, die Vorschläge konkreter Lösungen, aber auch die Prinzipien, die das Handeln der neuen Regierung bestimmen werden, dargestellt. Es ist bemerkenswert, dass neben den traditionell mit dem linken Spektrum identifizierten allgemeinen Stichworten auch marktliberale Maßnahmen Berücksichtigung finden (z. B. Flexibilisierung des Arbeitsrechtes[273]). Dies ist insbesondere in den Teilen des Dokuments deutlich, die auf Wirtschafts- und Finanzpolitik Bezug nehmen. In einem der Sanierung der öffentlichen Finanzen gewidmeten Abschnitt schlagen die Verfasser sogar restriktive Voraussetzungen für die Invalidenrente vor.

Deutliche ideologische Aussagen sind im Kapitel „Gerechte Umverteilung“ zu finden. Es werden dort sowohl die Fragen der sozialen Hilfe als auch die der Bekämpfung der Ausgrenzung thematisiert. In diesem letzten mehr kulturell als wirtschaftlich fokussierten Abschnitt sprechen die Sozialdemokraten Probleme an, die insbesondere für die Neue Linke von Bedeutung sind. Als solche können zum Beispiel die Betonung der Gleichberechtigung der Frauen oder eine indirekte Unterstützung für Abtreibung („Gewährleistung des Anspruchs auf geplante Mutterschaft“) betrachtet werden[274].

Aus lexikalischer Sicht nimmt das Wort „gesellschaftlich“ (społeczny/a) im Dokument eine besondere Rolle ein. Im Programm der SLD wurde es 41 Mal verwendet. Die Partei PiS der Brüder Kaczyński benutzte in ihrem viel längeren politischen Manifest aus dem Jahre 2001 (16220 Wörter) das erwähnte Wort nur 22 Mal. Eine weitere

[272] Das Wort „demokratisch” bzw. „Demokratie” wurde im Text des Dokuments drei Mal verwendet. Quelle: Eigene Berechnung.
[273] *Program Wyborczy Sojusz Lewicy Demokratycznej Unia Pracy*, Koalicyjny Komitet Wyborczy, Warszawa 2001 [in:] I. Słodkowska (Hrsg.), *Wybory 2001. Partie i ich programy*, ISP PAN, Warszawa 2002, S. 15.
[274] *Ebd.*, S. 25.

Besonderheit des Textes ist die Kritik der unnötigen politischen Streitigkeiten, für die Buzeks Regierung bekannt war.

Die Verbindung des liberalen Wirtschaftsprogramms mit den linken Postulaten auf dem Gebiet der Sittlichkeit beweist, dass die SLD einen ähnlichen Weg wie westeuropäische Parteien des linken Spektrums beschreiten wollte. Leszek Miller wird nicht ohne Grund von den kritischen Sozialdemokraten als polnischer Tony Blair betrachtet, der zu viel über den „Dritten Weg" gelesen hat[275]. Beide Regierungschefs versuchten, ihre Gruppierungen in die Mitte zu transferieren und in dominierende Spieler auf dem politischen Markt zu verwandeln. Um die Akzeptanz moderater Wähler zu gewinnen, nahmen sie einen neuen liberalen Kurs im Bereich der Wirtschaft auf. Leszek Millers SLD-UP gehörte neben Blairs New Labour Partei zu denjenigen Parteien, die sich weit von der traditionell sozialistischen Wirtschafts- und Finanzpolitik distanzierten.

3.2.5 Die außen- und europapolitischen Aspekte des Wahlprogramms der SLD aus dem Jahre 2001

Sowohl im Wahlprogramm aus dem Jahre 2001 als auch in der Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der SLD und der UP wird über die „günstige Integration Polens mit der Europäischen Union"[276] gesprochen. In Bezug darauf werden allerdings weniger konkrete Vorschläge gemacht als in anderen Bereichen. Die Aufmerksamkeit der Partei konzentriert sich insbesondere auf die Vorbereitung des Volksentscheids, der über den Beitritt Polens zur EU entscheiden sollte[277]. Polens Prioritäten in den weiteren Verhandlungen wurden auf den zweiten Plan verschoben. Eine Vision der polnischen Europapolitik nach dem Beitritt wurde nicht berücksichtigt.

Im ersten Teil des Abschnitts über die Europäische Union, in dem die Werbekampagne vor dem Referendum beschrieben wird, fällt eine interessante Aussage

[275] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Szymon Szewrański (SDPL).*
[276] *Porozumienie o zawarciu parlamentarnej koalicji wyborczej Sojuszu Lewicy Demokratycznej i Unii Pracy w wyborach do Sejmu i Senatu w 2001 roku* [in:] I. Słodkowska (Hrsg.), *Wybory 2001. Partie i ich programy*, ISP PAN, Warszawa 2002, S. 11.
[277] *Program Wyborczy Sojusz Lewicy Demokratycznej Unia Pracy*, Koalicyjny Komitet Wyborczy, Warszawa 2001 [in:] I. Słodkowska (Hrsg.), *Wybory 2001. Partie i ich programy*, ISP PAN, Warszawa 2002 , S. 35-36.

auf, die zum besseren Verständnis der Europapolitik der SLD beitragen kann. Das Bündnis plädiert für die überparteiliche Vereinbarung auf dem Gebiet der „nationalen Informationspolitik“ bezüglich der europäischen Integration Polens[278]. Die Partei sprach sich auf diese Weise für die Fortsetzung des außenpolitischen Konsens der Dritten Republik aus. Aus der Sicht eines der befragten SLD-Mitglieder bewiesen die Angriffe der rechten und populistischen Opposition auf die Regierungen Miller und Belka, dass der außenpolitische Konsens schon längst vor dem Wahlerfolg der PiS nicht mehr existierte[279].

Polen solle sich nach Meinung der SLD sechs Ziele in den Gesprächen mit der EU setzen. Alle Ziele verfügen mehr über einen technischen und taktischen denn strategischen Charakter. An erster Stelle soll polnischen Landwirten ein möglichst breiter Zugang zu den Mitteln der Gemeinsamen Agrarpolitik gewährt werden. Zweitens fordert die Partei eine zeitliche Verteilung der Kosten des Umweltschutzes, das heißt eine langsamere Einführung der rigorosen Normen, die nicht im Einklang mit den Werten der Neuen Linken steht. Für Irritationen auf Seiten der westeuropäischen Partner der SLD muss die Forderung nach der Gleichberechtigung polnischer Arbeitnehmer auf den Arbeitsmärkten aller Mitgliedstaaten gesorgt haben (Punkt drei). Zwei weitere Punkte (vier und sechs) zielten mehr auf das Innere des Staates ab und betrafen den Ausgleich der sozialen Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen Polens. Besonders interessant mag die fünfte Priorität erscheinen: Werbung für mehr Verständnis für polnische „Empfindlichkeit im Bereich des Agrar- und Waldgrundstückhandels“[280]. Eine Einbeziehung dieser kontroversen Forderung zeigt, dass die SLD, ähnlich wie die konservativen Parteien, ein eingeschränktes Vertrauen zu den Deutschen hatte.

Obwohl im Text des Wahlprogramms zu lesen ist, dass „Integration nicht ein Ziel an sich“[281] ist, sind keine konkreten Äußerungen zu finden, welche die polnische Europapolitik nach dem EU-Beitritt betreffen. Die polnische Mitgliedschaft in den

---

[278] *Ebd.*, S. 36.
[279] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Marek Dyduch (ehem. SLD)*.
[280] *Program Wyborczy Sojusz Lewicy Demokratycznej Unia Pracy*, Koalicyjny Komitet Wyborczy, Warszawa 2001 [in:] I. Słodkowska (Hrsg.), *Wybory 2001. Partie i ich programy*, ISP PAN, Warszawa 2002, S. 36.
[281] *Ebd.*, S. 35.

Gemeinschaften wird lediglich pragmatisch als Mittel zur wirtschaftlichen Modernisierung Polens betrachtet. Der Beitritt eröffne der Regierung die Möglichkeit, besser ihre „Grundaufgaben zu erfüllen“ (wypełniać podstawowe zadania)[282]. Er verspreche Polen einen schnelleren Wirtschaftswachstum, die Erneuerung der Landwirtschaft, die Verbesserung der Infrastruktur und die Chancengleichheit. Neben diesen ideologiefreien Zielen wird kein Wort der Geschichte, den Zielen und Ideen der europäischen Integration gewidmet. Die Verfasser des Wahlprogramms der SLD nahmen ferner auch keine Stellung zur Frage der europäischen Identität oder der Zukunft Europas. Politische Aspekte der Europäischen Union wurden im Jahre 2001 von den polnischen Sozialdemokraten nicht wahrgenommen.

Im Gegensatz zum technokratischen Abschnitt, der der EU gewidmet ist, sind im folgenden Teil der Schrift, der sich mit den Beziehungen zu den östlichen Nachbarn Polens beschäftigt, einige *warme* Bemerkungen zu lesen. Die SLD weist auf die slawische Herkunft Polens hin, welche dem Land eine mögliche Brückenfunktion zwischen Westeuropa auf der einen Seite und Russland, der Ukraine und Weißrussland auf der anderen Seite auferlegt.

Die rein pragmatische Betrachtung der europäischen Integration durch die SLD macht die Rekonstruktion der politischen Präferenzen der Partei in Bezug auf die EU besonders schwierig. Eine erhebliche Anzahl der allein von taktischen oder wirtschaftlichen Interessen motivierten Aussagen (im Gegensatz zu den ideologisch motivierten)[283] verleiht den außenpolitischen Teilen des Wahlprogramms der SLD vom Jahre 2001 einen realpolitischen Charakter. Dies wird von der quantitativen Analyse des Textes bestätigt, welche die zahlenmäßige Überlegenheit der mit dem rechten politischen Spektrum identifizierten Aussagen ergibt. Der Wert des P-Indexes beträgt **+17,39**.

---

[282] *Ebd.*

[283] Ähnlich wie im Fall der Diskussion über die Erklärung der Außenpolitik kann hier auf die Webersche Einteilung des sozialen Handelns in vier Kategorien, von denen zwei bereits erwähnt wurden, zurückgegriffen werden: (1) zweckrational, (2) wertrational, (3) affektuell und (4) traditional. Erneut von besonderer Bedeutung scheint die Unterscheidung zwischen dem zweck- und wertrationalen Handeln zu sein. Die Anwendung der Idealtypen des sozialen Handelns in der gegenwärtigen Politikwissenschaft bestätigt ihre Relevanz. Vgl. z. B. G. Strohmeier, *Moderne Wahlkämpfe – wie sie geplant, geführt und gewonnen werden*, Nomos, Baden-Baden 2001, S. 72-81. Vgl. auch: M. Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der Verstehenden Soziologie*, Erster Halbband, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1956, S. 12.

Nummer	Rechte Unterkategorien	Anzahl	Anteil
R1	EU: negativ	0	0,00%
R2	Stärkung der Position des Staates, nationale Interessen	5	10,87%
R3	Wirtschaft: positiv	6	13,04%
R4	Äußere Sicherheit	0	0,00%
R5	Armee: positiv	2	4,35%
R6	Landwirtschaft: positiv	4	8,70%
R7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: positiv	0	0,00%
R8	Traditionelle Moral: positiv	0	0,00%
R9	Besondere Bedeutung der bilateralen Beziehungen	0	0,00%
R10	NATO, Atlantismus	2	4,35%
R11	Verwaltungseffizienz, Recht und Ordnung	7	15,22%
R12	Konflikt, Konfrontation, Wettbewerb	1	2,17%
Summe		27	58,70%

Tabelle 13. Rechte außenpolitisch relevante Aussagen im Wahlprogramm der SLD (2001). Eigene Darstellung.

Nummer	Linke Unterkategorien	Anzahl	Anteil
L1	EU: positiv	6	13,04%
L2	Lösung der globalen Probleme der Menschheit	0	0,00%
L3	Sozialstaat: positiv, Entwicklungshilfe	3	6,52%
L4	Das Bild des Staates, soft power	0	0,00%
L5	Armee: negativ	0	0,00%
L6	Umweltschutz, Probleme der Frauen (Neue Politik)	1	2,17%
L7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: negativ	0	0,00%
L8	Traditionelle Moral: negativ	0	0,00%
L9	Multilateralismus, Frieden, internationale Zusammenarbeit	6	13,04%
L10	Versöhnung, Überwindung von Vorurteilen	0	0,00%
L11	Demokratie, neutraler Staat, Menschenrechte	1	2,17%
L12	Kompromiss, soziale Harmonie, transparente Politik, Partizipation der Gesellschaft	2	4,35%
Summe		19	41,30%

Tabelle 14. Linke außenpolitisch relevante Aussagen im Wahlprogramm der SLD (2001). Eigene Darstellung.

3.2.6 Das Europamanifest der SLD 2004

Im Manifest, das von der SLD im Rahmen der Vorbereitung auf die Europawahlen 2004 erlassen wurde, dominieren wieder idealistische Töne. Der P-Index beträgt **-62,61**, was auf eine eindeutig linke Ausrichtung des Dokuments hinweist. Aufgrund der geringen Anzahl der Aussagen muss in diesem Fall eine qualitative Analyse in den Vordergrund rücken. Sie bestätigt die im Zuge der quantitativen Untersuchung ermittelten Erkenntnisse.

Das europäische Programm der SLD stützt sich auf vier Eckpunkte. Die erste Priorität bilden soziale Probleme, die auch im ganzen Text im Mittelpunkt stehen und

eine sich häufig abzeichnende Unterkategorie bilden. Die Europäische Union solle auf „Prinzipien der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit“ basieren[284]. Die SLD setzt sich im Europamanifest für gemeinsame soziale Standards ein, was in der praktischen Politik von der Regierung Belkas, die zwei Monate nach der Veröffentlichung des Dokuments gegründet wurde, nicht unterstützt wurde. Die negative Einstellung des Premierministers zu diesem Konzept wird in dessen Kommentaren zu den Aussagen von Gerhard Schröder über die Harmonisierung der Steuer deutlich[285].

Das zweite Ziel, das die Sozialdemokraten durch ihre Tätigkeit im Europaparlament verwirklichen wollen, ist die Dynamisierung der europäischen Außenpolitik. Europa solle unter anderem das internationale Recht und die Position der UNO in den Internationalen Beziehungen verteidigen. Die SLD plädiert für eine Verantwortungsübernahme durch die EU für Sicherheit und Frieden außerhalb der Grenzen des Kontinents[286]. Ob darunter auch die Operationen in Afghanistan und im Irak verstanden werden, ist nicht eindeutig. Die Deklarationen der Unterstützung für die UNO und den Multilateralismus scheinen problematisch im Kontext des polnischen Engagements im Irak.

Die Europäische Union solle sich laut der SLD mit den Entwicklungsländern solidarisch verhalten. Die Partei spricht sich für die Rechte der Asylbewerber aus. Weitere Themen, die zur dritten Priorität des Manifests deklariert werden, sind die Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung und die gerechte Verteilung des Einkommens – auch im globalen Kontext.

---

[284] *Manifest Europejski SLD* [in:] I. Słodkowska, M. Dołbakowska (Hrsg.), *Eurowybory 2004. Kandydaci i Programy*, ISP PAN, Warszawa 2005, S. 72.

[285] Die Nichtförderung der gemeinsamen sozialen Standards durch die Regierung Belka kommt in der Position des Kabinetts in der Debatte über das Sozialdumping und die Koordination der sozialen Systeme der einzelnen Mitgliedstaaten zum Ausdruck. Am 26. Mai 2004 kam Gerhard Schröder, der sich während der Konferenz des Polnischen Forums der Lissaboner Strategie für die Steuerharmonisierung in der Europäischen Union aussprach, nach Warschau. Der polnische Premierminister antwortete dem deutschen Bundeskanzler, dass die Diskussion über Steuerharmonisierung einfacher wäre, wenn die Stärke der polnischen Industrie mit der Stärke der deutschen Industrie vergleichbar wäre, was als eine eindeutige Ablehnung des Plädoyers Schröders interpretiert werden muss. Vgl.: K. Niklewicz, *Sześć, Gerhard, sześć!*, „Gazeta Wyborcza“, 27.05.2004, S. 19.

[286] *Manifest Europejski SLD* [in:] I. Słodkowska, M. Dołbakowska (Hrsg.), *Eurowybory 2004. Kandydaci i Programy*, ISP PAN, Warszawa 2005, S. 72.

Der vierte Punkt des Programms der Sozialdemokraten bezog sich auf die inneren Reformen der EU. Die Elemente der bürgerlichen Partizipation an den Entscheidungsprozessen der Gemeinschaft sollen ausgebaut werden. Das Europaparlament, das „als einzige Institution über eine demokratische Legitimation verfügt“, solle gestärkt werden. Die Sozialdemokraten wollten den Ausbau seiner Position im Text der Verfassung für Europa, die damals diskutiert wurde, berücksichtigen.

Das Europamanifest der SLD hat idealistischen Charakter. Rechte bzw. realistische Aussagen sind selten zu finden. Es ist darüber hinaus hinzuzufügen, dass sie eine deskriptive Funktion haben: Globalisierung, Wirtschaft, Terrorismus, Sicherheit. Die Inhalte der politischen Forderungen sind eindeutig links. Eine musterhaft linke Ausrichtung des Textes, auch im Vergleich mit den frühen unumstritten linken Programmdokumenten der SLD, steht im Kontrast zu den Aussagen, die in der zweiten Erklärung von Miller und in den Erklärungen von Belka gemacht werden. Es kann vermutet werden, dass der enorme Idealismus des Manifests nicht den wahren Präferenzen des Bündnisses der Demokratischen Linken entsprach, sondern eine Folge des Erwünschtheitseffekts ist. Gemäß dieser Hypothese passten sich die polnischen Sozialdemokarten dem an, was ihre Kollegen aus Westeuropa von ihnen erwarteten.

Das zweite Programmdokument, „Gemeinsam werden wir stärker“, mit dem die SLD zur Europawahl 2004 antrat, war gleich für alle Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Europas. Aus diesem Grund ist zu vermuten, dass es noch weniger die Präferenzen der polnischen Sozialdemokraten widerspiegelt und noch stärker vom westeuropäischen Blickpunkt beeinflusst wird. Die oben genannten Argumente sprechen für die Vernachlässigung dieser Quelle.

Nummer	Rechte Unterkategorien	Anzahl	Anteil
R1	EU: negativ	0	0,00%
R2	Stärkung der Position des Staates, nationale Interessen	0	0,00%
R3	Wirtschaft: positiv	2	5,41%
R4	Äußere Sicherheit	3	8,11%
R5	Armee: positiv	0	0,00%
R6	Landwirtschaft: positiv	0	0,00%
R7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: positiv	0	0,00%
R8	Traditionelle Moral: positiv	0	0,00%
R9	Besondere Bedeutung der bilateralen Beziehungen	0	0,00%
R10	NATO, Atlantismus	0	0,00%
R11	Verwaltungseffizienz, Recht und Ordnung	2	5,41%
R12	Konflikt, Konfrontation, Wettbewerb	0	0,00%
Summe		7	18,92%

Tabelle 15. Rechte Aussagen im Europamanifest der SLD (2004). Eigene Darstellung.

Nummer	Linke Unterkategorien	Anzahl	Anteil
L1	EU: positiv	3	8,11%
L2	Lösung der globalen Probleme der Menschheit	2	5,41%
L3	Sozialstaat: positiv, Entwicklungshilfe	13	35,14%
L4	Das Bild des Staates, soft power	0	0,00%
L5	Armee: negativ	0	0,00%
L6	Umweltschutz, Probleme der Frauen (Neue Politik)	2	5,41%
L7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: negativ	0	0,00%
L8	Traditionelle Moral: negativ	0	0,00%
L9	Multilateralismus, Frieden, internationale Zusammenarbeit	1	2,70%
L10	Versöhnung, Überwindung von Vorurteilen	0	0,00%
L11	Demokratie, neutraler Staat, Menschenrechte	6	16,22%
L12	Kompromiss, soziale Harmonie, transparente Politik, Partizipation der Gesellschaft	3	8,11%
Summe		30	81,08%

Tabelle 16. Linke Aussagen im Europamanifest der SLD (2004). Eigene Darstellung.

3.2.7 Die außen- und europapolitischen Aspekte des Wahlprogramms der SLD aus dem Jahre 2005

Das Wahlprogramm der SLD aus dem Jahre 2005 besteht aus zwei Dokumenten: einem kürzeren Wahlmanifest, das den Bürgern kompakt und im polemischen Stil die Vorschläge der Sozialdemokraten erklären soll, und der umfangreicheren Wahldeklaration *Soziale Gerechtigkeit und Arbeit* (Sprawiedliwość Społeczna i Praca)[287]. Das Wahlmanifest umfasst keine Aussagen, die explizit die Außen- bzw.

[287] Was den Titel des Dokuments anbelangt, herrscht Uneinigkeit hinsichtlich der Quellen. Während die Sammlung der Parteiprogramme von Słodkowska und Dołbakowska den Titel *Sprawiedliwość Społeczna i Praca* (Soziale Gerechtigkeitb und Arbeit) tragen, ist die gekürzte Version dieses Textes auf der Webseite der SLD als *Sprawieliwość Społeczna i Praca Programowa* (Soziale Gerechtigkeit und Programmarbeit)

Europapolitik zum Gegenstand haben. Der Abschnitt des zweiten Dokuments, in dem diese Aspekte erörtert werden, besteht lediglich aus neun Aussagen. Die Anwendung der quantitativen Methoden führt aufgrund der geringen Anzahl der relevanten quasi-Sentences zu Ergebnissen, die nicht als aussagekräftig gelten können.

Es ist bemerkenswert, dass idealistisch geprägte Formulierungen in der Wahldeklaration 2005 weniger zahlreich erscheinen als im Europamanifest 2004. Die Unterstützung für die Prozesse der europäischen Integration, die von den Sozialdemokraten eindeutig gefordert wird, wird durch eine patriotische Rhetorik untermauert: „In der Europäischen Union, die wir zum sozialen Europa verwandeln wollen, stehen wir unter der weiß-roten Fahne.“[288] An anderer Stelle erklärt die SLD: „Starkes Polen in starkem Europa ist eine Chance für alle Polen. Das ist eine wahrhaft patriotische Aufgabe! Aus diesem Grund müssen wir die Verfassung für Europa annehmen.“[289]

Die Sozialdemokraten warnen vor den isolationistischen Tendenzen der rechten Parteien. Die außenpolitischen Konzepte der SLD sollen im Gegenteil dazu auf der Vision des offenen Polens basieren, das freundliche Beziehungen zu den Nachbarn pflege. Im Falle des Wahlerfolges des Bündnisses der Demokratischen Linken verleihe Polen zusammen mit der Union den Globalisierungsprozessen einen „fortschrittlichen Charakter“[290].

Die Ergebnisse der Umfragen, welche vor den Parlamentswahlen 2005 durchgeführt wurden, sprachen sich für die regierende linke Mehrheit wenig optimistisch aus. Nach zahlreichen Skandalen verzeichnete die SLD dramatische Verluste der Wählerschaft. Das geringe Interesse für die Probleme der Außenpolitik, das sich in der niedrigen Anzahl der Aussagen zu diesem Thema in den Parteidokumenten widerspiegelt, kann als ein Zeichen des Pessimismus verstanden werden. Eine Partei,

---

zu finden. Vgl.: *Sprawiedliwość Społeczna i Praca Programowa. Deklaracja wyborcza Sojuszu Lewicy Demokratycznej w wyborach 2005 r.*, SLD, http://www.sld.org.pl/program/p-r-m-a-410/sprawiedliwosc_spoleczna_i_praca_programowa_2005.htm (Stand: 19.03.2009).

[288] *Sprawiedliwość Społeczna i Praca. Deklaracja Wyborcza Sojuszu Lewicy Demokratycznej w wyborach 2005* [in:] I. Słodkowska, M. Dołbakowska, *Wybory 2005. Partie i ich programy*, ISP PAN, Warszawa 2006, S. 154.

[289] *Ebd.*

[290] *Ebd.*

welche über eine Übernahme der Verantwortung für die Regierung reflektiert, sollte zu außenpolitischen Themen nicht schweigen. Für eine extrem schwache politische Bewegung wäre dies, auf der anderen Seite, eine Verschwendung ihrer Kräfte, die in das investiert werden könnten, was überlebensrelevant ist. Um in der Politik überhaupt existieren zu können, mussten sich die Sozialdemokraten auf die Bedürfnisse ihrer Stammwähler fokussieren. Sie zogen sich aus der abstrakten Welt der Internationalen Beziehungen in die Wirklichkeit von „kitchen table politics" zurück.

3.2.8 Die außen- und europapolitischen Aspekte des Wahlprogramms der SLD aus dem Jahre 2007

Die Ära der PiS Herrschaft nutzten die Sozialdemokraten für eine intensive programmatische Arbeit. Ihre Ergebnisse wurden in zahlreichen Dokumenten erfasst. Obwohl sie schon nach der Abwahl der sozialdemokratischen Regierung zusammengefasst wurden, sind sie wertvolle Informationsquellen der Präferenzen der SLD. Die interne Debatte führte letztlich zur Verabschiedung der *Programmverfassung* (Konstytucja programowa). Die Probleme der Außenpolitik spielen in diesem Text eine untergeordnete Rolle. Zum Schwerpunkt wird die Präsentation der ideologischen Grundlagen der Partei, die auf eine Identitätskrise der Sozialdemokraten nach dem Machtverlust hindeutet. Die SLD versucht sich von den rechten politischen Kräften deutlich abzugrenzen und dadurch ihre Besonderheit zu betonen. Die wichtigsten Unterschiede beziehen sich auf drei Bereiche: Einstellung zur Konflikt- bzw. Kompromissfindung, zur Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie zur Europapolitik[291].

Die Sozialdemokraten deklarieren ihre Unterstützung für die Intensivierung der Prozesse der politischen Integration Europas. Sie betonen, dass, anders als die rechten Kräfte, sie sich immer für den EU-Beitritt Polens eingesetzt haben[292]. Innerhalb der Union spricht sich die SLD für den Ausbau des Sozialstaates aus. Sie fordert den gleichen Zugang zu sozialen Leistungen für alle, unabhängig von den finanziellen

[291] *Polska demokratyczna i socjalna. Konstytucja Programowa Sojuszu Lewicy Demokratycznej*, SLD, Warszawa 2007, S. 4-5.
[292] *Ebd.*, S. 5.

Möglichkeiten. Eine weitere Bemerkung erscheint etwas klarer, hat aber eine eindeutig linke Ausrichtung. Gemeint ist hier ein Slogan, der die Demokratie für alle fordert, nicht nur für sozial bzw. finanziell Privilegierte[293]. Was genau darunter zu verstehen ist, wird nicht erläutert.

Andere Überlegungen über die Probleme der Europapolitik sind in den Dokumenten zu lesen, die während der Arbeit an der *Programmverfassung* entstanden sind. Im *Programmheft der SLD* (Zeszyt programowy) werden die Beiträge zur Debatte über die politische Ausrichtung der Partei aus der Periode vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Mai 2007 gesammelt. Die Gedanken über die Herausforderungen der europäischen Integration sind unter anderem in den Reden der Teilnehmer der SLD-Landesprogrammkonferenz zu finden. Wojciech Olejniczak, der junge Vorsitzende des Bündnisses, fordert die nationalkonservative Regierung zur Einbeziehung der Gesellschaft in eine Diskussion über die Verfassung für Europa auf. Laut Olejniczak ergebe sich ein Rollenwechsel zwischen den Politikern und der Gesellschaft[294]. In den neunziger Jahren, als Polen eine Entscheidung über die Einbindung in die sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Strukturen Westeuropas treffen musste, versuchten die Regierenden, darunter auch die Sozialdemokraten, die Bürger zum Beitritt zu überzeugen. In der Ära PiS seien die Vertreter des Staates passiv, isolationistisch und euroskeptisch geworden. Aus diesem Grund müsse die Gesellschaft eine aktive Rolle übernehmen und von der Regierung den Anspruch auf Aufnahme des Dialogs mit den Bürgern erheben.

Olejniczak plädiert auch für eine öffentliche Diskussion über das Raketenabwehrsystem. Die Regierung Kaczyński führe mit den Vereinigten Staaten Gespräche, die für die Sicherheit Polens in den nächsten Jahrzehnten entscheidend sein werden. Eine derart wichtige Entscheidung dürfe nicht ohne Mitsprache der Bürger getroffen werden. Der Vorsitzende der SLD schlug ferner auch die Durchführung eines Volksentscheides vor, der diese Frage klären würde[295].

---

[293] *Ebd.*
[294] *Wypowiedzi z Krajowej Konwencji Programowej SLD 24 czerwca 2006* [in:] *Zeszyt Programowy SLD. 1 stycznia 2006 – 31 maja 2007*, Biuro Programowe SLD, Warszawa 2007, S. 30.
[295] *Ebd.*

Auf Verhandlungen über das Raketenabwehrsystem beziehen sich auch die Bemerkungen von Grzegorz Kurczuk. Der ehemalige Justizminister im Kabinett Miller stellt fest, dass im Projekt des Programms der SLD eine klare Kritik des Militarismus fehle, obwohl Pazifismus eine der Ideen sei, die für die linken Bewegungen sehr wichtig gewesen sei. Er vertritt die Auffassung, die Sozialdemokraten müssten diesen Aspekt in ihren Programmdokumenten aufgrund der Debatte über das Raketenabwehrsystem und das potentielle Stationieren der amerikanischen Streitkräfte auf polnischem Territorium stärker betonen[296].

Die Bemerkungen Kurczuks weisen auf eine pragmatische Einstellung zum Problem hin. Die SLD wusste offensichtlich nicht genau, welche Ziele sie verfolgt und wie ihr ideologisches Profil aussehen sollte. Inspiration suchte sie bei den linken Parteien Westeuropas, von denen sie lernen wollte, wie eine sozialdemokratische Identität aufzubauen ist. Während der nächsten Landeskonvention, die am 2. und 3. Juni 2007 stattfand, wurde das Projekt des Raketenabwehrsystems von den Delegierten bereits eindeutig abgelehnt[297]. Laut der SLD sollen die Probleme der Verteidigung des Staates im Rahmen der multilateralen Strukturen wie der NATO oder der EU gelöst werden[298]. Bilaterale Vereinbarungen mit den Vereinigten Staaten würden die Bürger Polens nur der Gefahr eines direkten Angriffs aussetzen.

Die Landeskonvention am 2. und 3. Juni 2007 bot Gelegenheit, sich intensiver mit den Problemen der Europapolitik zu befassen. Marek Siwiec, der Europaabgeordnete der SLD, kritisierte die PiS-Regierung für ihre populistische Außenpolitik. Er warf zudem der Außenministerin Anna Fotyga vor, dass sie „über die ganze Welt“ beleidigt sei[299]. Die Sozialdemokraten versprachen, den ausländischen „Partnern in die Augen [zu]

---

[296] *Ebd.*, S. 40.
[297] *Stanowisko Krajowej Konwencji Programowej SLD w sprawie budowy tarczy antyrakietowej* [in:] *Biuletyn po Krajowej Konwencji Sojuszu Lewicy Demokratcznej 2-3 czerwca 2007*, SLD, http://www.sld.org.pl/program/p-r-m-a-434/biuletyn_programowy_po_konwencji_sld_2007.htm (Stand: 26.08.2009), S. 13.
[298] *Ebd.*
[299] *Wypowiedzi wybranych liderów Sojuszu Lewicy Demokratycznej podczas Krajowej Konwencji Programowej SLD w dniach 2-3 czerwca 2007* [in:] *Biuletyn po Krajowej Konwencji Sojuszu Lewicy Demokratycznej 2-3 czerwca 2007*, SLD, http://www.sld.org.pl/program/p-r-m-a-434/biuletyn_programowy_po_konwencji_sld_2007.htm (Stand: 26.08.2009), S. 8.

schauen und die Wahrheit [zu] sagen“, da „die Wahrheit, unabhängig davon ob beliebt oder nicht, besser [sei] als Propaganda und Populismus“[300].

Eine Deklaration, die sich konkret mit den Problemen der Zukunft Europas und der Europäischen Verfassung auseinandersetzt, ruft die Regierung zur Bereitschaft auf, einen Kompromiss in der Debatte über den neuen Vertrag einzugehen[301]. Die SLD zeigt sich erneut besorgt um die Qualität der polnischen Außenpolitik und fordert – wie in den früher erwähnten Dokumenten – die Einbeziehung der Gesellschaft in eine Debatte über die Verfassung für Europa. Interessant und neu sind die Bemerkungen über das Abstimmungssystem im Rat der EU. Polnische Sozialdemokraten, die früher selbst für das Erhalten der Regel von Nizza kämpften, sprechen sich in der Deklaration für die doppelte Mehrheit aus[302]. Nur auf diese Weise könne ihrer Meinung nach die demokratische Legitimation der Europäischen Union gesichert werden. Die Modifizierung des Wahlsystems werde zum Kampf um Einflüsse innerhalb der Gemeinschaft führen. Polen solle sich „mit der Kraft seiner Argumente, nicht mit der mythischen Anzahl der Stimmen“ bei den Partnern Gehör verschaffen[303].

Einer der Diskussionspanels der Konvention 2007 beschäftigte sich mit den allgemeinen Fragen der polnischen Europapolitik, verstanden als der wichtigste Bereich der Außenpolitik[304]. Die Ergebnisse der Debatte wurden in einer gemeinsamen Stellung zusammengefasst. Die SLD wirft der regierenden Koalition von PiS, LPR und Selbstverteidigung vor, dass ihre Entscheidungen den Werten der EU widersprechen[305]. Schlechte Politik verursache Proteste im Ausland und schädige dadurch das Image Polens in der Welt. Die Europapolitik der Regierung basiere auf keiner kohärenten

---

[300] *Ebd.*
[301] *Deklaracja Krajowej Konwencji Programowej SLD w sprawie przyszłości Europy i Konstytucji Europejskiej* [in:] *Biuletyn po Krajowej Konwencji Sojuszu Lewicy Demokratcznej 2-3 czerwca 2007*, SLD, http://www.sld.org.pl/program/p-r-m-a-434/biuletyn_programowy_po_konwencji_sld_2007.htm (Stand: 26.08.2009), S. 10-11.
[302] *Ebd.*, S. 11.
[303] *Ebd.*
[304] *Stanowisko Krajowej Konwencji Programowej SLD w sprawie polskiej polityki europejskiej wypracowane w panelu dyskusyjnym* [in:] *Biuletyn po Krajowej Konwencji Sojuszu Lewicy Demokratcznej 2-3 czerwca 2007*, SLD, http://www.sld.org.pl/program/p-r-m-a-434/biuletyn_programowy_po_konwencji_sld_2007.htm (Stand: 26.08.2009), S. 20.
[305] *Ebd.*, S. 21.

Vision oder Strategie[306]. Zugleich werde sie ohne Rücksprache mit den Vertretern der Opposition vorbereitet. Die Regierung schließe die politischen Kräfte, die nicht Teil der Koalition seien, aus der Diskussion über die Außenpolitik Polens aus. Auf diese Weise werde eine Tradition des Kompromisses in den Angelegenheiten der Außenpolitik gebrochen, die nach 1989 entstanden war. Die Sozialdemokraten suggerieren, dass die Nationalkonservativen den außenpolitischen Konsensus der Dritten Republik nicht mehr fortsetzen.

Bemerkenswert ist, dass die strategische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten unerwähnt bleibt. Bei der Lösung der wichtigsten Herausforderungen der modernen Welt wollen die Autoren des Dokuments auf die Zusammenarbeit mit der EU, den Staaten des Weimarer Dreiecks und der Visegrad-Gruppe setzen. Die Bündnisse mit den ausländischen Partnern sollen dauerhaft sein[307]. Die von der Kaczyński Regierung praktizierte Strategie der flexiblen Koalitionen wird implizit abgelehnt. Flexible *ad hoc* Koalitionen nutzten jedoch in der EU in den Jahren 2001 bis 2005 auch die Regierungschefs und Außenminister aus den Reihen der SLD für ihre Zwecke.

Das ideologische Profil der Parteidokumente, die nach dem Machtverlust durch die Sozialdemokraten verabschiedet wurden, ist eindeutig idealistisch (**P von -85,56**). Realistische Aussagen sind selten und müssen im idealistischen Kontext interpretiert werden. Die Idee des nationalen Interesses beispielsweise wird klarer als früher an das idealistische Projekt der Europäischen Union geknüpft. An der Vorbereitung des Programms, mit dem die SLD zur Wahl 2007 antrat, nahmen dieselben Politiker teil, die schon früher Schlüsselpositionen in der Partei und in der Regierung bekleideten. Die Aussagen, die sich in den nach der Abwahl verfassten Dokumenten finden, können daher bei der Ermittlung der Parteipräferenzen der SLD-Regierungen hilfreich sein.

[306] *Ebd.*
[307] *Ebd.*

Nummer	Rechte Unterkategorien	Anzahl	Anteil
R1	EU: negativ	0	0,00%
R2	Stärkung der Position des Staates, nationale Interessen	3	3,09%
R3	Wirtschaft: positiv	2	2,06%
R4	Äußere Sicherheit	2	2,06%
R5	Armee: positiv	0	0,00%
R6	Landwirtschaft: positiv	0	0,00%
R7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: positiv	0	0,00%
R8	Traditionelle Moral: positiv	0	0,00%
R9	Besondere Bedeutung der bilateralen Beziehungen	0	0,00%
R10	NATO, Atlantismus	0	0,00%
R11	Verwaltungseffizienz, Recht und Ordnung	0	0,00%
R12	Konflikt, Konfrontation, Wettbewerb	0	0,00%
Summe		7	7,22%

Tabelle 17. Rechte außenpolitisch relevante Aussagen in den Programmdokumenten der SLD (2007). Eigene Darstellung.

Nummer	Linke Unterkategorien	Anzahl	Anteil
L1	EU: positiv	33	34,02%
L2	Lösung der globalen Probleme der Menschheit	2	2,06%
L3	Sozialstaat: positiv, Entwicklungshilfe	9	9,28%
L4	Das Bild des Staates, soft power	4	4,12%
L5	Armee: negativ	6	6,19%
L6	Umweltschutz, Probleme der Frauen (Neue Politik)	1	1,03%
L7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: negativ	0	0,00%
L8	Traditionelle Moral: negativ	3	3,09%
L9	Multilateralismus, Frieden, internationale Zusammenarbeit	5	5,15%
L10	Versöhnung, Überwindung von Vorurteilen	0	0,00%
L11	Demokratie, neutraler Staat, Menschenrechte	10	10,31%
L12	Kompromiss, soziale Harmonie, transparente Politik, Partizipation der Gesellschaft	17	17,53%
Summe		90	92,78%

Tabelle 18. Linke außenpolitisch relevante Aussagen in den Programmdokumenten der SLD (2007). Eigene Darstellung.

3.3 Die außen- und europapolitischen Präferenzen der SLD im Spiegel der Erklärungen der Regierungsmitglieder

3.3.1 Die außen- und europapolitischen Aspekte der ersten Regierungserklärung von Leszek Miller (2001)

Nach den gewonnenen Parlamentswahlen 2001 schloss Leszek Miller eine unerwünschte, aber notwendige Koalition mit der PSL und stellte seine Regierung am 25. Oktober 2001 den Abgeordneten vor. Die Regierungserklärung Millers besteht aus 4073 Wörtern. Davon werden etwa 1197 der Außen- und Europapolitik gewidmet. Probleme

der Europäischen Integration und der Beziehungen mit den Nachbarn werden im letzten Teil der Rede erfasst und gehören zum zehnten und elften Ziel der neuen Regierung.

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit des Premierministers stehen die Verhandlungen zwischen Polen und der Europäischen Union, die zum Beitritt in die Gemeinschaft im Jahre 2004 führten. Verhältnismäßig wenig Platz wird der Diskussion über die Zukunft der EU eingeräumt. Miller stellt lediglich fest, dass Polen einen vollwertigen Beitrag zu dieser Debatte leisten wolle[308]. Aufgrund mangelnder konkreter Vorschläge kann jedoch vermutet werden, dass diese Aussage eher als Forderung nach Sicherung des Mitspracherechts Polens zu verstehen ist.

Neben dem allgemeinen Lob der Integrationsprozesse Europas erscheint in der Rede Millers eine praktische Begründung für den geplanten EU-Beitritt Polens. Die Teilnahme an der Vereinigung des Kontinents wird von Miller nicht als Ziel an sich, sondern als Mittel zur Erfüllung des strategischen Ziels dargestellt, nämlich der „Verbesserung des Lebensniveaus der Polen“[309]. Neben diesen pragmatischen Argumenten für den EU-Beitritt sind auch Beispiele für eine emotional ausgerichtete Sprache zu finden. Der Premierminister spricht unter anderen von einer „patriotischen Aufgabe“, welche über die „zivilisatorische Zukunft“ Polens entscheiden werde. Der einzige Unterschied im Vergleich mit der von Miller während des ersten Kongresses der SLD kritisierten rechten Begründung der Integration Polens in die EU besteht in der Orientierung auf die Zukunft und nicht auf die Vergangenheit. Die Erwähnung der Zivilisation erinnert jedoch an Aussagen der Konservativen. Interessanterweise verwendet Miller in seiner Regierungserklärung auch das von ihm selbst abgelehnte Wort „Mission“[310]. Hier bezieht es sich aber nicht auf historische Verknüpfungen mit dem westlichen Teil des Kontinents, sondern auf die Anstrengungen der Sozialdemokraten, das Lebensniveau der Einwohner Polens zu verbessern.

---

[308] L. Miller, *Przedstawienie przez prezesa Rady Ministrów programu działania Rady Ministrów z wnioskiem o udzielenie jej wotum zaufania*, Sejm RP, 25.10.2001, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 20.09.2008).

[309] L. Miller, *Polska musi zwyciężyć*, „Gazeta Wyborcza”, 26.10.2001, S. 12; L. Miller, *Przedstawienie przez prezesa Rady Ministrów programu działania Rady Ministrów z wnioskiem o udzielenie jej wotum zaufania*, Sejm RP, 25.10.2001, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 20.09.2008).

[310] Vgl.: L. Miller, *Wystąpienie inauguracyjne przewodniczącego SLD Leszka Millera*, 8.12.1999, SLD, www.sld.org.pl/download/index/biblioteka/44 (Stand: 31.05.2009).

Ein Abschnitt der Regierungserklärung, der den anderen Aspekten der Außenpolitik gewidmet ist, fokussiert sich auf die äußere Sicherheit. Miller lobt die NATO und unterstützt eine Annäherung an die Vereinigten Staaten. Er bezeichnet zugleich „eine grundlegende Sanierung der bilateralen Beziehungen" mit den Vereinigten Staaten als einen Erfolg Polens und verspricht, diese „strategische Entscheidung" weiter fortzusetzen und zu verstärken. Auch der Begriff „Terrorismus" findet im Text der Rede Gebrauch. Die Bekämpfung des Terrorismus solle neben der Verteidigung zu den Hauptaufgaben der NATO gehören, die sich laut Miller aktiver bei der Lösung der Krise in der Region des Nordatlantiks beteiligen solle.

Nach dem Abschnitt, der sich mit dem internationalen Terrorismus befasst, folgen Sätze von geringerer Interesse und Relevanz, in denen der Premierminister seine Unterstützung für die bi- und multilaterale Zusammenarbeit mit den Partnern Polens deklariert. An zweiter Stelle, nach dem Bündnis mit den Vereinigten Staaten, steht die deutsch-polnische Partnerschaft, die sich offensichtlich nicht so gut entwickelte, wie erwartet. Der Regierungschef spricht in diesem Kontext von ungenutztem Potential. Alle weiteren Aussagen beschränken sich auf die Bekundung einer freundlichen Einstellung; eine übliche Vorgehensweise in solchen Momenten. Interessant ist ferner allein der abschließende Abschnitt, der auf die gesamte Rede Bezug nimmt. Hier findet erneut die Konsensbereitschaft der SLD ihren Ausdruck. Die Forderung nach sozialer Harmonie und Überwindung der Trennlinien wird zu einem wichtigen Bestandteil des Programms der polnischen Sozialdemokraten, die ihre politischen Karrieren im demokratischen Polen mit dem Stigma der Diktatur begannen. Diese Forderung nach Zusammenarbeit innerhalb des Staates wird zugleich auch auf den Prozess der europäischen Integration übertragen.

Zusammenfassend überwiegen in der ersten Regierungserklärung Millers idealistische und linke Elemente. Eine bedeutende Rolle wird jedoch auch den Überlegungen über die Bekämpfung des internationalen Terrorismus zuteil. Spätere Ereignisse beweisen, dass dieser Abschnitt nicht nur eine spontane Reaktion auf die Attentate vom 11. September war, sondern sich mit den Fragen auseinandersetzte, die sich zu einem neuen wichtigen Bestandteil der polnischen Außenpolitik in der Ära Miller

entwickelten. Der Wert des P-Indexes beträgt **-24,52** und bestätigt den grundsätzlich linken Charakter des Textes.

Nummer	*Rechte* Unterkategorien	Anzahl	Anteil
R1	EU: negativ	0	0,00%
R2	Stärkung der Position des Staates, nationale Interessen	4	7,14%
R3	Wirtschaft: positiv	7	12,50%
R4	Äußere Sicherheit	3	5,36%
R5	Armee: positiv	0	0,00%
R6	Landwirtschaft: positiv	0	0,00%
R7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: positiv	0	0,00%
R8	Traditionelle Moral: positiv	0	0,00%
R9	Besondere Bedeutung der bilateralen Beziehungen	0	0,00%
R10	NATO, Atlantismus	5	8,93%
R11	Verwaltungseffizienz, Recht und Ordnung	1	1,79%
R12	Konflikt, Konfrontation, Wettbewerb	0	0,00%
Summe		20	37,73

Tabelle 19. Rechte außenpolitisch relevante Aussagen in der ersten Erklärung von Leszek Miller (2001).

Nummer	Linke Unterkategorien	Anzahl	Anteil
L1	EU: positiv	9	16,07%
L2	Lösung der globalen Probleme der Menschheit	2	3,57%
L3	Sozialstaat: positiv, Entwicklungshilfe	0	0,00%
L4	Das Bild des Staates, soft power	0	0,00%
L5	Armee: negativ	0	0,00%
L6	Umweltschutz, Probleme der Frauen (Neue Politik)	0	0,00%
L7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: negativ	0	0,00%
L8	Traditionelle Moral: negativ	0	0,00%
L9	Multilateralismus, Frieden, internationale Zusammenarbeit	15	26,79%
L10	Versöhnung, Überwindung von Vorurteilen	1	1,79%
L11	Demokratie, neutraler Staat, Menschenrechte	0	0,00%
L12	Kompromiss, soziale Harmonie, transparente Politik, Partizipation der Gesellschaft	6	10,71%
Summe		33	62,26

Tabelle 20. Linke außenpolitisch relevante Aussagen in der ersten Erklärung von Leszek Miller (2001).

3.3.2 Die außen- und europapolitischen Aspekte der zweiten Regierungserklärung von Leszek Miller (2003)

Nach zwanzig Monaten an der Macht fand sich die Regierung Miller in einer schwierigen Lage wieder. Seit Dezember 2002[311] machten die polnischen Medien fast täglich neue Details der Rywin-Affäre bekannt, in die laut Angaben der Presse sogar eine der engsten Mitarbeiterinnen des Premierministers, Aleksandra Jakubowska, verwickelt

[311] P. Smoleński, *Ustawa za łapówkę czyli przychodzi Rywin do Michnika*, „wyborcza.pl", 26.12.2002, http://wyborcza.pl/1,75478,1237212.html (Stand: 07.01.2010).

gewesen sei[312]. Ein halbes Jahr nach der Enthüllung des Skandals wurde ein Europa-Volksentscheid einberufen. Eine überwiegende Mehrheit der Polen sprach sich für den EU-Beitritt aus. Zudem gingen mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten zu den Urnen, was für die Gültigkeit der Abstimmung entscheidend war. Kurz danach entschied sich Miller dafür, die scheinbare Verbesserung des politischen Klimas zu nutzen, und stellte im Sejm eine Vertrauensfrage.

Der Premierminister wollte durch seinen Antrag einen symbolischen Sieg erzielen, der ihm und seinem Kabinett einen neuen Anfang ermöglichen würde. Eine der wichtigsten polnischen Polit-Zeitschriften, „Polityka", bezeichnete das parlamentarische Manöver Millers als seine politische Reaktivierung (reaktywacja); eine Anlehnung an die Hollywood-Großproduktion *Matrix Reloaded* (polnisch: Matrix Reaktywacja)[313].

Die Abschnitte der zweiten Regierungserklärung Millers, die sich auf Außen- und Europapolitik beziehen, werden von Überlegungen über den EU-Beitritt Polens dominiert. Der Premierminister bestätigt seine Unterstützung für die Integration Polens in die Europäische Union und stellt die positiven Aspekte des Prozesses heraus[314]. Die Argumente, die er für die Integration anführt, können jedoch nicht zur Kategorie der idealistischen gezählt werden. Für den Beitritt spricht aus Millers Sicht insbesondere der Zugang zu Hilfsmitteln, welche eine Verbesserung des Lebensniveaus der Einwohner Polens ermöglichen könnten. Polen solle durch den EU-Beitritt einen Platz in Europa einnehmen, den das Land aufgrund seines Potentials, seiner Größe und seines „nationalen Stolzes" verdiene.

Abgesehen von Bemerkungen über die Beteiligung Polens an den Prozessen der europäischen Integration wird den Problemen der polnischen Außenpolitik verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit geschenkt. An einigen Stellen wird das Engagement im Irak erwähnt, das jedoch unmittelbar weder mit der Terrorismusbekämpfung noch mit der Demokratieverbreitung verknüpft wird. Wie es

---

[312] *Jakubowska stanie przed sądem za ustawę medialną*, Money.pl, 03.04.2007, http://www.money.pl/archiwum/wiadomosci/artykul/jakubowska;przed;sadem;za;ustawe;medialna,218,0,228570.html (Stand: 07.01.2010).
[313] J. Paradowska, *Miller: reaktywacja*, „Polityka", 14.06.2003, S. 18-22.
[314] L. Miller, *Rozpatrzenie wniosku prezesa Rady Ministrów o wyrażenie przez Sejm Rzeczypospolitej Polskiej wotum zaufania Radzie Ministrów*, Sejm RP, 13.06.2003, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 20.9.2008).

von einigen interviewten Politikern des linken Spektrums festgestellt wird[315], habe Miller den Einsatz im Irak als einen Glaubwürdigkeitstest verstanden. Die Übernahme der Verantwortung für eine der Besatzungs- bzw. Stabilisierungszonen im Irak[316] wird vom Premierminister als Ausdruck „des riesigen Vertrauens und der Anerkennung unserer großen nationalen Kompetenzen“ interpretiert[317]. Was er unter den Kompetenzen versteht, bleibt unklar. Die interviewten Personen geben an, für Leszek Miller sei die Mission im Irak eher ein Test der Glaubwürdigkeit seiner selbst und seiner eigenen Partei gewesen; ein symbolischer Abschied von der schweren Bürde der kommunistischen Vergangenheit und von der damit assoziierten Feindschaft gegenüber Amerika, Westeuropa und der NATO.

Der Irak und das Bündnis mit den Vereinigten Staaten hatten aus der Sicht der regierenden Koalition ferner wirtschaftliche Bedeutung. Wie es der Premierminister selbst formuliert: Zur Priorität werden die Verhandlungen über das Investitionspaket für die polnischen Unternehmen im Irak. Auch der Kauf von F-16 Kampfflugzeugen vom amerikanischen Unternehmen Lockheed-Martin solle zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Entwicklung der neuen Technologien beitragen.

Sowohl die Probleme der Integration Polens in die Strukturen der Europäischen Union als auch die der Sicherheitspolitik werden im Kontext der Wirtschaftspolitik gesehen, was dem generellen Schwerpunkt der Rede entspricht. Miller – als amtierender Vorsitzender des Ministerrates – versuchte in der schwierigen Situation, in der er sich befand, alle Schritte seiner Regierung als Maßnahmen zum Zwecke der Verbesserung der schlechten wirtschaftlichen Lage darzustellen. In der zweiten Regierungserklärung finden sich aus diesem Grund keine Aussagen zur Vision Europas. Idealistische Elemente beziehen sich lediglich auf die allgemeine Unterstützung für die Idee der Integration und auf Bemerkungen über die Zusammenarbeit aller politischen Kräfte auf dem Gebiet der

---

[315] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Michał Syska (SDPL)*; K. Marcinkiewicz, *Interview mit Marek Dyduch (ehem. SLD)*.

[316] Die offizielle Übernahme der Verantwortung für die Besatzungszone „Zentraler Süden“ im Irak durch Polen erfolgte im September 2003. Vgl.: *Polen übernimmt Besatzungszone*, „sueddeutsche.de“, 03.09.2003, http://www.sueddeutsche.de/politik/71/356898/text/ (Stand: 24.01.2010).

[317] L. Miller, *Rozpatrzenie wniosku prezesa Rady Ministrów o wyrażenie przez Sejm Rzeczypospolitej Polskiej wotum zaufania Radzie Ministrów*, Sejm RP, 13.06.2003, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 20.9.2008).

polnischen Europapolitik, zu der Leszek Miller aufruft. Der Wert des P-Indexes stieg auf **25,92** (im Vergleich zu -24,52 im Jahre 2001) und bestätigt die Hypothese über die Verschiebung der politischen Positionen der Regierung Miller nach rechts.

Nummer	*Rechte* Unterkategorien	Anzahl	Anteil
R1	EU: negativ	0	0,00%
R2	Stärkung der Position des Staates, nationale Interessen	4	14,81%
R3	Wirtschaft: positiv	6	22,22%
R4	Äußere Sicherheit	0	0,00%
R5	Armee: positiv	1	3,70%
R6	Landwirtschaft: positiv	0	0,00%
R7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: positiv	0	0,00%
R8	Traditionelle Moral: positiv	0	0,00%
R9	Besondere Bedeutung der bilateralen Beziehungen	0	0,00%
R10	NATO, Atlantismus	2	7,41%
R11	Verwaltungseffizienz, Recht und Ordnung	4	14,81%
R12	Konflikt, Konfrontation, Wettbewerb	0	0,00%
Summe		17	62,9%

Tabelle 21. Rechte außenpolitisch relevante Aussagen in der zweiten Erklärung von Leszek Miller (2003).

Nummer	Linke Unterkategorien	Anzahl	Anteil
L1	EU: positiv	2	7,41%
L2	Lösung der globalen Probleme der Menschheit	1	3,70%
L3	Sozialstaat: positiv, Entwicklungshilfe	0	0,00%
L4	Das Bild des Staates, soft power	2	7,41%
L5	Armee: negativ	0	0,00%
L6	Umweltschutz, Probleme der Frauen (Neue Politik)	0	0,00%
L7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: negativ	0	0,00%
L8	Traditionelle Moral: negativ	0	0,00%
L9	Multilateralismus, Frieden, internationale Zusammenarbeit	1	3,70%
L10	Versöhnung, Überwindung von Vorurteilen	0	0,00%
L11	Demokratie, neutraler Staat, Menschenrechte	1	3,70%
L12	Kompromiss, soziale Harmonie, transparente Politik, Partizipation der Gesellschaft	3	11,11%
Summe		10	37,03%

Tabelle 22. Linke außenpolitisch relevante Aussagen in der zweiten Erklärung von Leszek Miller (2003).

3.3.3 Präferenzen der Regierungen Miller in der Erklärung des Außenministers Włodzimierz Cimoszewicz zur Außenpolitik Polens vom 14. März 2002

Die Informationsquellen der außen- und europapolitischen Vorhaben der polnischen Regierungen sind neben den Regierungserklärungen der Premierminister die Reden der Außenminister, die einmal im Jahr während der Sejm-Debatte über Außenpolitik gehalten werden. Die Sejm-Debatten fanden bis 2007 im ersten Vierteljahr meist im Januar statt. Seit 2007 werden die außenpolitischen Pläne des Kabinetts dem Parlament erst im Mai vorgestellt[318].

[318] Die Erklärungen von Fotyga 2007 und von Sikorski 2008. Vgl.: A. Fotyga, *Informacja Ministra Spraw Zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2007 r.*, Sejm, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata5.nsf (Stand: 31.12.2008); R. Sikorski, *Informacja Ministra Spraw*

Die jährlichen Erklärungen der Außenminister sind in der Regel umfangreicher und detaillierter als die Regierungserklärungen der Premierminister. Dies zeigt auch die Rede von Włodzimierz Cimoszewicz aus dem Jahre 2002. Die Erklärung des Außenministers zählt 6691 Wörter. Ein Großteil der Rede widmet sich der Entwicklung der bi- und multilateralen Zusammenarbeit, dem Weltfrieden und den Menschenrechten. Obwohl den zweiten wichtigen Schwerpunkt des Beitrags die Herausforderungen für die nationale Sicherheit einnehmen – und zwar insbesondere durch den Terrorismus – betont der Minister mehrmals, dass diese keine negativen Auswirkungen auf den Schutz der Menschenrechte haben dürften. Polen solle sich darum bemühen, die Demokratie und die Menschenrechte „unter dem Vorwand des Kampfes gegen Terrorismus und Fundamentalismus“ nicht zu marginalisieren[319].

Was Sicherheit und Terrorismusbekämpfung anbelangt, wich die Position Polens damals nicht von der Stellung ihrer westeuropäischen Alliierten ab. Auch die Betonung der besonderen Rolle der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten war im Frühjahr 2002 eher die Regel als die Ausnahme in Europa. Die Erschütterung über den 11. September war noch immer präsent, und der „Atlantismus“ konnte seine Triumphe feiern. Dies galt auch für Deutschland, obwohl die Kluft zwischen den proamerikanischen Eliten und der Gesellschaft immer größer wurde, was während des Besuchs von George W. Bush im Mai 2002 offenkundig zu spüren war[320].

Cimoszewicz sagt zwar, die bilaterale Zusammenarbeit mit den Staaten Westeuropas habe für Polen die wichtigste Bedeutung, vor der Erwähnung der einzelnen Partner aus der Europäischen Union spricht er jedoch über die Vereinigten Staaten[321]. Die USA wurden zu einem Super-Alliierten, mit dem Polen besonders intensiv auf dem Gebiet der Sicherheit zusammenarbeiten wollte. Im Jahre 2002 wurde die Kooperation mit Washington der Terrorismusbekämpfung untergeordnet, was in den Worten des

---

Zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2008r., Sejm, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata6.nsf (Stand: 31.12.2008).

[319] W. Cimoszewicz, *Informacja ministra spraw zagranicznych o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski*, Sejm RP, 14.03.2002, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 25.12.2008).

[320] S. Erlanger, D. E. Sanger, *Bush Begins Mission to Assure Europeans He Wants Their Advice on Global Hot Spots*, “New York Times”, 23.05.2002, S. A 10.

[321] W. Cimoszewicz, *Informacja ministra spraw zagranicznych o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski*, Sejm RP, 14.03.2002, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 25.12.2008).

Außenministers „zur Bestätigung des Bildes“ Warschaus „als ein vertrauenswürdiges und aktives NATO-Mitglied“ beitragen würde. Die oben erwähnte Aussage kann als weiterer Beweis für die These einiger linker Politiker dienen, welche die Entscheidung des Kabinetts Miller über die Teilnahme an den militärischen Einsätzen der US-Army als rein taktischen Schritt interpretierten. Interessanterweise wandten die Kritiker Millers dieses Argument auf den Irak an, Cimoszewicz spricht jedoch über den Afghanistan-Einsatz, der weniger Kontroversen ins Rollen brachte als der Krieg im Irak.

Diese eher realistischen Überlegungen werden durch die früher erwähnten Deklarationen der freundschaftlichen Zusammenarbeit und die Vorschläge zur Lösung der globalen Probleme flankiert. In den idealistischen Teilen seines Beitrags plädiert Cimoszewicz unter anderen für die Zerstörung der Reserven der bakteriologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen. In Bezug auf nukleare Waffen spricht er sich für den Abbau der Anzahl von Flugkörpern und für ihre Zerstörung aus. Auf der anderen Seite kann jedoch die Kritik der Massenvernichtungswaffen als Vorbereitung auf die Debatte über die Abrüstung des Iraks gesehen werden. Viele Worte widmet der Minister auch den Problemen der Demokratisierung, der Unterstützung von Reformen und der Entwicklungszusammenarbeit. Diese Maßnahmen sollten sich auf die Staaten des postsowjetischen Raumes (Osteuropa, Zentralasien, Kaukasus) und auf die ausgewählten Partner der südlichen Halbkugel konzentrieren. Als herausragend kann die Erwähnung der humanitären Hilfe für die Volksrepublik Korea gesehen werden, mit der Polen trotz des Zusammenbruchs des Ostblocks immer noch sehr gute Beziehungen pflegte[322].

Die vierthäufigste Gruppe der Aussagen bilden die Bemerkungen über die europäische Integration. Innerhalb dieser Kategorie dominiert das Thema der Beitrittsverhandlungen und der Vorbereitung der Gesellschaft auf die Aufnahme in die EU. Unter diesem letzten Begriff wird die Werbung für die Europäische Union hinsichtlich des Volksentscheids verstanden. Nicht selten wiederholen sich auch die Phrasen, die man schon aus den Reden Millers und den Parteidokumenten kennt, wie „die günstige Integration“ oder „die Chancen der Mitgliedschaft“, die man „effizient

[322] Der Botschafter der Volksrepublik Korea in Polen ist der jüngere Sohn von Kim Ir-Sen (bzw. Kim Il-sung) und der Bruder des gegenwärtigen Staatschefs Kim Jong Il, Kim Pyong Il. Vgl.: P. Głuchowski, M. Kowalski, *Ukochany Syn Wielkiego Wodza*, „Gazeta Wyborcza-Gazeta na Święta“, 24-26.12.2008, S. 6.

benutzen“ solle[323]. Cimoszewicz erwähnt die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union und verkündet eine „aktive und konstruktive Teilnahme Polens“. Sein Beitrag zu dieser Diskussion beschränkt sich jedoch nur auf Überlegungen zur Vermeidung einer neuen Teilung des Kontinents nach der Erweiterung, welche negative Konsequenzen für die Interessen Polens haben könne. Er fordert auch die alten Mitgliedstaaten zu inneren Reformen auf, die sie auf die Erweiterung vorbereiten würden. Die Deklaration von Cimoszewicz über die Beteiligung Polens an der europäischen Verfassungsdebatte bleibt inhaltslos.

Die vorsichtige Herangehensweise der polnischen Regierung ist verständlich. Warschau konzentrierte sich auf konkrete Fragen, die für den Beitritt Polens zur EU entscheidend waren. Miller und Cimoszewicz blieben skeptisch und versuchten abzuwarten, bis die Vorschläge der alten Mitglieder bekannt gemacht wurden. Zugleich kann von den strategischen Dokumenten, welche die Leitfäden der polnischen Außenpolitik bestimmen sollten, mehr erwartet werden als ein rein taktisches Manöver.

Eines der wichtigsten Themen der Rede von Cimoszewicz ist die Sicherheit mit dem Schwerpunkt der Terrorismusbekämpfung. Der Minister betont immerfort die Notwendigkeit des Schutzes der Menschenwürde auch in der schwierigen Zeit des Kampfes gegen Al-Kaida. Auf die Menschenrechte galt es hinzuweisen, da Polen im Jahre 2002 den Vorsitz der UNO-Menschenrechtekommission übernahm. Die idealistische Einstellung ist auch in den Abschnitten zu finden, in denen Cimoszewicz die These Huntingtons über den Kampf der Kulturen (Clash of Civilizations) ablehnt. Dies bestätigt auch die quantitative Analyse, welche einen P-Index-Wert von **-20,74** ergibt.

Die Politik der Regierung Miller wich im Jahre 2001 und im Frühjahr 2002 nicht von der Politik der wichtigsten westeuropäischen Staaten ab. Die gesamte westliche Welt war immer noch über die Attentate erschrocken und widmete den Fragen der Sicherheit viel Aufmerksamkeit. In diesem Moment der empfundenen Bedrohung stieg die Bedeutung des Bündnisses mit den Vereinigten Staaten und der Institutionen der transatlantischen Zusammenarbeit, insbesondere der NATO. Im Falle von Polen wurden

[323] W. Cimoszewicz, *Informacja ministra spraw zagranicznych o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski*, Sejm RP, 14.03.2002, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 25.12.2008).

beide Prozesse von den Minderwertigkeitsgefühlen eines ehemaligen Mitglieds des Warschauer Pakts verstärkt. Ein Eindruck des beschränkten Vertrauens der Verbündeten motivierte die polnischen Politiker zu einer besonders starken Unterstützung der Initiativen der Vereinigten Staaten.

Das andere Thema von Belang, die Reform der Europäischen Union, wurde vom Kabinett Miller vernachlässigt. Die polnische Europapolitik im Jahre 2002 befasste sich mit den technischen Fragen der Verhandlungen und der Vorbereitung auf das tagtägliche Funktionieren in der Europäischen Union. Der Zugang zu den Finanzmitteln war aus der Sicht Polens ein gewichtigeres Problem als die Debatte über die Verfassung für Europa. Man machte sich auch Sorgen über den EU-Volksentscheid und die Beständigkeit der pro-europäischen Mehrheit im Parlament, die nach den schlechten Wahlergebnissen der linksliberalen Freiheitsunion (UW) unstabil wurde. Die UW war die einzige Partei außer der SLD, auf die Cimoszewicz indirekt als einen potentiellen Verbündeten hinwies[324].

[324] *Ebd.*

Nummer	Rechte Unterkategorien	Anzahl	Anteil
R1	EU: negativ	0	0,00%
R2	Stärkung der Position des Staates, nationale Interessen	12	3,72%
R3	Wirtschaft: positiv	27	8,36%
R4	Äußere Sicherheit	43	13,31%
R5	Armee: positiv	2	0,62%
R6	Landwirtschaft: positiv	0	0,00%
R7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: positiv	6	1,86%
R8	Traditionelle Moral: positiv	0	0,00%
R9	Besondere Bedeutung der bilateralen Beziehungen	0	0,00%
R10	NATO, Atlantismus	18	5,57%
R11	Verwaltungseffizienz, Recht und Ordnung	20	6,19%
R12	Konflikt, Konfrontation, Wettbewerb	0	0,00%
Summe		128	39,63%

Tabelle 23. Rechte Aussagen in der Erklärung des Außenministers Polens Włodzimierz Cimoszewicz zur Außenpolitik Polens (2002). Eigene Darstellung.

Nummer	Linke Unterkategorien	Anzahl	Anteil
L1	EU: positiv	24	7,43%
L2	Lösung der globalen Probleme der Menschheit	23	7,12%
L3	Sozialstaat: positiv, Entwicklungshilfe	5	1,55%
L4	Das Bild des Staates, soft power	11	3,41%
L5	Armee: negativ	0	0,00%
L6	Umweltschutz, Probleme der Frauen (Neue Politik)	0	0,00%
L7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: negativ	0	0,00%
L8	Traditionelle Moral: negativ	0	0,00%
L9	Multilateralismus, Frieden, internationale Zusammenarbeit	79	24,46%
L10	Versöhnung, Überwindung von Vorurteilen	9	2,79%
L11	Demokratie, neutraler Staat, Menschenrechte	27	8,36%
L12	Kompromiss, soziale Harmonie, transparente Politik, Partizipation der Gesellschaft	17	5,26%
Summe		195	60,37%

Tabelle 24. Linke Aussagen in der Erklärung des Außenministers Polens Włodzimierz Cimoszewicz zur Außenpolitik Polens (2002). Eigene Darstellung.

3.3.4 Präferenzen der Regierung Miller in der Erklärung des Außenministers Włodzimierz Cimoszewicz zur Außenpolitik Polens vom 22. Januar 2003

Die Erklärung des Außenministers Cimoszewicz zur polnischen Außenpolitik aus dem Jahre 2003 besteht aus 4512 Wörtern. Im Text können 274 Aussagen als links oder rechts klassifiziert werden. Das Verhältnis der Anzahl an Aussagen beider Ausprägungen weicht kaum von dem in der Rede aus dem Jahre 2002 ab. Der Wert des P-Indexes beträgt **-25,09** – im Vergleich dazu: -21,11 ein Jahr früher.

Am häufigsten werden in der Rede Aussagen formuliert, die der breiten Kategorie angehören, die aus Multilateralismus, Frieden und internationaler Zusammenarbeit (L9)

besteht. Dies ist durch die Rhetorik der friedlichen Zusammenarbeit zu erklären, die in fast jeder Rede eines Regierungsvertreters über allgemeine Fragen der Außenpolitik angewandt wird. Die Aussagen dieser Kategorie stehen jedoch nicht im Vordergrund, sondern erscheinen eher redundant in weniger inhaltsreichen Abschnitten der Rede.

Viel interessanter ist die im Vergleich zum Jahre 2002 deutlich höhere Anzahl der positiven Aussagen zur Europäischen Union. Die Unterkategorie „EU-positiv" (L1) löst kurz vor dem Anfang des Irakkrieges die Unterkategorie „Äußere Sicherheit" (R4) als zweithäufigste Gruppe der Aussagen ab. Die polnische Politik macht sich noch immer Sorgen um eine mögliche Bedrohung der Sicherheit des Staates, konzentriert sich aber mehr auf die Perspektive der baldigen Erweiterung der Europäischen Union, die durch den erfolgreichen Abschluss der Kopenhagener Verhandlungen im Dezember 2002 gesichert wurde. Minister Cimoszewicz spricht mit Stolz über die Errungenschaften des polnischen Verhandlungsteams: „Es geht um ein Ereignis von historischer Bedeutung. Die großen und gehobenen Worte bei seiner Bewertung sind vollkommen berechtigt."[325].

Cimoszewicz widmet viel Aufmerksamkeit den Vorbereitungen auf die Erweiterung und auf den Europavolksentscheid. Diese Überlegungen verdrängen aber nicht eine Reflexion über die EU-Reformen. In diesem Kontext betont der polnische Minister in erster Linie die Gleichberechtigung Polens bei der Diskussion über die künftigen institutionellen Reformen, was vielmehr als Bestätigung der eigenen Rolle und eigenen Interessen denn als ein konstruktiver Beitrag verstanden werden muss. Es gibt jedoch auch inhaltliche Aussagen. Cimoszewicz unterstützt die Vereinfachung der Prozeduren innerhalb der Union sowie die „Bestrebungen zur Entwicklung der Funktionsmechanismen der erweiterten Union, die ihr ermöglichen werden, den politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen der gegenwärtigen Welt Stirn zu bieten"[326].

Der polnische Minister spricht ferner über die Stärkung der demokratischen Legitimierung der Union. Letztere solle sich aus seiner Sicht mehr den Bürgern annähern. Wie das praktisch umgesetzt werden soll, wird nicht thematisiert. Das

[325] W. Cimoszewicz, *Informacja rządu na temat polskiej polityki zagranicznej w 2003 roku*, Sejm RP, 22.01.2003, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 25.12.2008).
[326] *Ebd.*

Europäische Parlament wird in der Rede nicht erwähnt. Von den Institutionen der EU nennt Cimoszewicz lediglich den Rat, in dem Polen mit der Anzahl der Stimmen verfügen werde, „die mit der Anzahl der Stimmen der europäischen Mächten vergleichbar“ sei[327]. Wie im Jahre 2002 richtet der Minister seine Aufmerksamkeit vor allem auf die Überlegungen über die Verwirklichung der nationalen Interessen Polens. Er dehnt diese auf die nationale Identität aus, die in der Europäischen Union erhalten werden sollte.

In der Relevanz der polnischen Außenpolitik folgen nach der Integration innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die transatlantischen Beziehungen (R10). Darunter werden sowohl bilaterale Kontakte mit den Vereinigten Staaten als auch die Zusammenarbeit im Rahmen der NATO verstanden. In Hinsicht auf die Beziehungen mit den USA spricht Cimoszewicz von einer „strategischen Partnerschaft“[328]. Wie er selbst bemerkt, konzentriere die sich insbesondere auf die politische und militärische Zusammenarbeit, während die wirtschaftliche Kooperation unterentwickelt bleibe.

Die polnische Politik versuchte, trotz der Meinungsunterschiede zwischen Amerika und Europa kurz vor Anfang des Irakkrieges, gleichzeitig auf die atlantische und die europäische Partnerschaft zu setzen. Cimoszewicz sah transatlantische Sicherheitsstrukturen als unabdingbar für die Sicherheit Europas. Die Unternehmungen, eine europäische Identität kontrastiv zur amerikanischen aufzubauen, seien aus polnischer Sicht nicht nötig[329]. Der Minister warnt die Europäer vor solchen Initiativen. Anders als viele seiner westeuropäischen Amtskollegen, insbesondere aus dem sozialdemokratischen Lager, macht der Chef der polnischen Diplomatie Europa für die Verschlechterung des Klimas der transatlantischen Zusammenarbeit verantwortlich. Darauf weist folgender Satz hin: „Wir hoffen, dass die Europäer immer noch von den Vereinigten Staaten als vertrauenswürdige Partner angesehen werden, unabhängig von

---

[327] *Ebd.*
[328] *Ebd.*
[329] Dies kann als eine Antwort auf das Manifest von Habermas und Derrida verstanden werden. Vgl.: J. Derrida, J. Habermas, *Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas*, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 31.05.2003, http://www.faz.net/s/Rub117C535CDF414415BB243B181B8B60AE/Doc~ECBE3F8FCE2D049AE808A3C8DBD3B2763~ATpl~Ecommon~Scontent.html (Stand: 07.01.2010).

der politischen Konjunktur, in guten und in schlechten Zeiten“[330]. Aus der Sicht Cimoszewiczs haben die Europäer aufgrund ihrer von egoistischen und kurzfristigen Interessen motivierten Kritik der Irakpolitik Bushs das Vertrauen der Amerikaner verloren und müssen sich nun Mühe geben, das auf Vertrauen basierende Verhältnis wieder aufzubauen.

Zahlreiche, aber unkonkrete Aussagen über die internationale Zusammenarbeit sind insbesondere in dem Teil der Rede zu finden, welcher die polnische Politik in den unterschiedlichen Regionen der Welt beschreibt. Die wichtigste Rolle, wie auch im Falle von anderen kleineren und mittleren Staaten Mittel- und Osteuropas, spielte in der Außenpolitik Polens die Mitarbeit mit den Partnern aus der geographischen Nachbarschaft. Die Region Ostmitteleuropa wird jedoch erst nach der Europäischen Union, den Vereinigten Staaten und den drei Mitgliedern der EU (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) erwähnt.

Warschau machte es sich zum Ziel, eine führende Rolle unter den künftigen osteuropäischen EU-Mitgliedern einzunehmen. Polen fühlte sich dazu aufgrund seiner geographischen, demographischen und wirtschaftlichen Größe prädestiniert. Die polnischen Politiker setzten sich aus diesem Grund gerne für die Interessen der Region ein, die sie mit ihren eigenen verknüpfen wollten. Ähnlich kann auch das Plädoyer Cimoszewiczs für den Erhalt der Identität und der Subjektivität der Region nach der Erweiterung der Union verstanden werden[331]. Polen versuchte sich nicht nur in der Rolle des Brückenbauers zwischen Amerika und Europa, sondern auch innerhalb der Region zwischen den baltischen Staaten, der Visegrad-Gruppe und den Staaten Ost- und Südosteuropas[332]. Als Bindeglied sollte die Rigaer Initiative von Aleksander Kwasniewski fungieren, derer Mitglieder sich in Warschau am 19. und 20. März 2003

---

[330] W. Cimoszewicz, *Informacja rządu na temat polskiej polityki zagranicznej w 2003 roku*, Sejm RP, 22.01.2003, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 25.12.2008).
[331] *Ebd.*
[332] Das Projekt der Rigaer Initiative wurde vom Präsidenten Alksander Kwaśniewski in Riga im Juli 2002 präsentiert. Ein Ziel der Initiative war die „Schaffung einer Plattform des Kontaktes zwischen den Staaten, welche der EU beitreten und denjenigen, die außerhalb ihrer Strukturen bleiben.” Vgl.: W. Cimoszewicz, *Spotkanie Ministra Włodzimierza Cimoszewicza ze Studentami Uniwersytetu Wrocławskiego w dniu 9 października 2002 roku*, Ministerstwo Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej, 09.10.2002, http://www.msz.gov.pl/9,padziernika,2002r.,-,Spotkanie,Ministra,Spraw,Zagranicznych,Wlodzimierza,Cimoszewicza,ze,studentami,Uniwersytetu,Wroclawskiego,1285.html (Stand: 08.03.2009).

zur Konferenz „Rigaer Initiative – Europa ohne Teilungen“ trafen[333]. Bei der Konferenz war Polen bestrebt, die transatlantische Dimension seiner Politik mit der mittel- und osteuropäischen zu verbinden[334].

Die Beziehungen mit Russland stellten einen Bereich dar, in dem sich die Sozialdemokraten aus historischen Gründen und aufgrund der zu Zeiten des Kommunismus entwickelten Kontakte besonders kompetent fühlten. In der Rede Cimoszewiczs scheinen sie jedoch an Bedeutung und Präsenz verloren zu haben. Russland findet zweimal Erwähnung, am Rande der Diskussion über die NATO und im Kontext der bilateralen Beziehungen. Die Regierung Miller hielt ihre Politik gegenüber Russland für erfolgreich. Eine gute Stimmung sollten das Komitee für strategische Zusammenarbeit und das Forum des Polnisch-Russischen Dialogs garantieren. In den Abschnitten, die den Beziehungen mit Russland gewidmet sind, sind Aufforderungen zur Überwindung von Vorurteilen zu lesen, die im eindeutigen Gegensatz zur kämpferischen Rhetorik der Ära Kaczyński stehen.

Interessant sind zudem die Überlegungen über die Irakkrise, die sich kurz nach der Sejm-Rede Cimoszewiczs zum Krieg entwickelte. Die Reflexionen weisen sowohl idealistische als auch realistische Elemente auf, die auch in den Kommentaren von George W. Bush zu finden sind[335]. Der polnische Minister betont die Bedeutung der Abrüstung. Er erklärt seine Unterstützung für die Entscheidungen der UNO und fordert den Irak zur Implementierung der UNO-Resolution 1441 auf. Die polnische Regierung bevorzugt zwar eine friedliche Lösung des Konflikts, warnt jedoch vor der Möglichkeit einer Militärintervention. Solle es zur „entschlossenen Reaktion“ kommen, sei Warschau bereit, der Intervention grünes Licht zu geben.

---

[333] A. Kwaśniewski, *Spotkanie Prezydenta RP Uczestnikami Konferencji „Inicjatywa Ryska – Europa bez podziałów”*, Aleksander Kwaśniewski, 20.03.2003, http://www.kwasniewskialeksander.pl/int.php?id=1511&mode=view (Stand: 07.03.2009).

[334] *Ebd.*

[335] Vgl.: K. Marcinkiewicz, *German-American Relations 2000-2003. Emergence of the Crisis*, Wroclaw 2007, S. 72-82.

Nummer	Rechte Unterkategorien	Anzahl	Anteil
R1	EU: negativ	0	0,00%
R2	Stärkung der Position des Staates, nationale Interessen	24	8,73%
R3	Wirtschaft: positiv	21	7,64%
R4	Äußere Sicherheit	16	5,82%
R5	Armee: positiv	0	0,00%
R6	Landwirtschaft: positiv	0	0,00%
R7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: positiv	8	2,91%
R8	Traditionelle Moral: positiv	0	0,00%
R9	Besondere Bedeutung der bilateralen Beziehungen	0	0,00%
R10	NATO, Atlantismus	31	11,27%
R11	Verwaltungseffizienz, Recht und Ordnung	2	0,73%
R12	Konflikt, Konfrontation, Wettbewerb	1	0,36%
Summe		103	37,09%

Tabelle 25. Rechte Aussagen in der Erklärung des Außenministers Polens Włodzimierz Cimoszewicz zur Außenpolitik Polens (2003). Eigene Darstellung.

Nummer	Linke Unterkategorien	Anzahl	Anteil
L1	EU: positiv	40	14,55%
L2	Lösung der globalen Probleme der Menschheit	16	5,82%
L3	Sozialstaat: positiv, Entwicklungshilfe	4	1,45%
L4	Das Bild des Staates, soft power	10	3,64%
L5	Armee: negativ	0	0,00%
L6	Umweltschutz, Probleme der Frauen (Neue Politik)	2	0,73%
L7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: negativ	0	0,00%
L8	Traditionelle Moral: negativ	0	0,00%
L9	Multilateralismus, Frieden, internationale Zusammenarbeit	73	26,55%
L10	Versöhnung, Überwindung von Vorurteilen	9	3,27%
L11	Demokratie, neutraler Staat, Menschenrechte	14	5,09%
L12	Kompromiss, soziale Harmonie, transparente Politik, Partizipation der Gesellschaft	4	1,45%
Summe		172	62,54%

Tabelle 26. Linke Aussagen in der Erklärung des Außenministers Polens Włodzimierz Cimoszewicz zur Außenpolitik Polens (2003). Eigene Darstellung.

3.3.5 Präferenzen der Regierungen Miller in der Erklärung des Außenministers Włodzimierz Cimoszewicz zur Außenpolitik Polens vom 21. Januar 2004

In seiner Erklärung zur polnischen Außenpolitik vom 21. Januar 2004 (4942 Wörter) stellt der Außenminister das Thema „Irak“ deutlich stärker heraus als im Vorjahr. Inzwischen hat sich Polen vom Beobachter zu einem der Akteure im Konflikt zwischen der „Koalition der Willigen“ (coalition of the willing) und Saddam Hussein entwickelt – und zwar zu einem der kontroversesten. Minister Cimoszewicz schien sich der kritischen Bewertung der polnischen Politik im Jahre 2003 insbesondere aufgrund der Rolle Polens im Irakkrieg von Seiten der westeuropäischen Partner bewusst zu sein. Aus diesem Grund versuchte er, Deutschland und Frankreich so wenig wie möglich zu

provozieren. Er verteidigte zwar Warschaus Unterstützung für Washington, zugleich betonte er aber die besondere Bedeutung der Partnerschaft mit Berlin und Paris. Es ist auch bemerkenswert, dass die Überlegungen über die Zusammenarbeit mit Deutschland und Frankreich unmittelbar nach den Themen „EU“ und „Irak“ angesprochen werden. Die Bemerkungen über das Bündnis mit den Vereinigten Staaten rücken dann auf eine weniger prominente Stelle als in der Rede, die der Minister ein Jahr zuvor gehalten hat. Was die ideologische Ausrichtung der Erklärung anbelangt, weicht sie kaum von der ab, die in früheren Auftritten von Cimoszewicz festgestellt werden konnte. Dies bestätigt der Wert des P-Indexes von **-21,67**.

Obwohl aus polnischer Sicht im Jahre 2003 die Vorbereitungen für die Erweiterung der Europäischen Union größte Importanz hatten, gibt Włodzimierz Cimoszewicz zu, dass der Irakkrieg sich im Mittelpunkt der Weltpolitik befände. Polen unterstützte die amerikanische Intervention in Mesopotamien „um der Bündnissolidarität willen und mit einem Gefühl des moralischen Rechts“[336]. Die Richtigkeit dieser Entscheidung begründet er mit den Verbrechen, die Saddam Hussein gegen die eigene Nation begangen habe. Die Beseitigung des vom irakischen Präsidenten aufgebauten Regimes sei aus der Sicht der polnischen Regierung eine Segnung für die Nachbarn des Iraks. Das Problem der Massenvernichtungswaffen, die sich angeblich im Besitz des Iraks befinden sollten, wurde in der Erklärung aus dem Jahre 2004 weniger exponiert.

Bemerkenswert ist der zahlenmäßige Anstieg der Aussagen, welche die Bedeutung der Kompromisse und der Harmonie betonen. Sie beziehen sich sowohl auf die Konsensfindung in den Internationalen Beziehungen als auch auf die Zusammenarbeit der unterschiedlichen politischen Gruppierungen und Staatsorgane bei der Gestaltung der polnischen Außenpolitik. Die polnische Regierung fordert ihre Partner aus Deutschland und Frankreich zur Entwicklung gemeinsamer Positionen und zur Belebung der Kooperation innerhalb des Weimarer Dreiecks auf. Eine Vorliebe für auf Kompromissen basierende Methoden nennt Cimoszewicz als Begründung für die Forderungen Polens nach der in Nizza vereinbarten Stimmengewichtung im Rat der EU. An anderer Stelle stützt der Minister seine Argumentation auf derselben Logik, um das

[336] W. Cimoszewicz, *Informacja ministra spraw zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2004 roku*, Sejm RP, 21.01.2004, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 25.12.2008).

Bekenntnis zur Verwirklichung gemeinsamer europäischer Ziele mit der Ankündigung der Verteidigung polnischer Interessen zu verbinden. Auch auf dem Gebiet der transatlantischen Beziehungen hoffte Polen auf die Überwindung von Gegensätzen.

Polen, so schien es, wollte im Jahre 2004 die Rolle des Brückenbauers und Mittlers übernehmen, um alles miteinander zu versöhnen, was im Widerspruch stand: EU und USA, nationale Interessen und Interessen der Europäischen Gemeinschaft, Unterstützung für den Irakkrieg und Zusammenarbeit bzw. Verbesserung der Beziehungen mit den ausländischen Partnern, „hard power"-Methoden und „soft power"-Sprache. Vor allem der letzte Punkt tritt in den Aussagen über den sogenannten „diplomatischen Schutz" der Militäroperation im Irak deutlich hervor[337]. Auch die von den polnischen Stiftungen organisierte humanitäre Hilfe wird als Teil der Imagebildung Polens und somit eher pragmatisch gesehen. Die Bemerkungen des Ministers über soziale Probleme in den Schwellenländern bzw. über andere globale Probleme der Menschheit sind jedoch nicht zu übersehen. Im Jahre 2004 fehlten Elemente der neuen linken Politik wie Gleichberechtigung der Frauen, Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung.

Wie im Vorjahr rückt Cimoszewicz die transatlantischen Beziehungen in den Vordergrund. Er spricht jedoch weniger über die bilateralen Kontakte mit den Vereinigten Staaten, was als ein Zeichen der Bereitschaft zur Annäherung mit Deutschland und Frankreich interpretiert werden kann. Stattdessen konzentriert sich die Erklärung auf multilaterale Formen der transatlantischen Zusammenarbeit, in die auch die Ukraine einbezogen werden solle. Polen stellte große Erwartungen an den Istanbul-Gipfel der NATO, an dem auch die Vertreter der Ukraine teilnahmen[338]. Wie spätere Entwicklungen zeigten, wurde die Annäherung zwischen der Ukraine und der NATO durch den Wahlbetrug überschattet, der von der Kutschma-Administration während der ukrainischen Präsidentschaftswahlen 2004 begangen wurde.

Bedingt durch den Irakkrieg finden sich im Vergleich zu den Jahren 2003 und 2002 mehr Aussagen zu den Problemen der Sicherheitspolitik. Der Irak war jedoch nicht

---

[337] *Ebd.*

[338] *Istanbul Summit expands operations, strengthens partnerships, improves capabilities*, NATO, 28.06.2004, http://www.nato.int/docu/comm/2004/06-istanbul/home.htm (Stand: 09.03.2009).

das einzige sicherheitspolitische Thema. Polen tat auch seine Unterstützung für die militärische Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union kund. Sie wolle sich allerdings nur auf solche Formen beschränken, welche „die NATO nicht schwächen und ihre Funktionen nicht wiederholen“[339].

In der Erklärung des Außenministers aus dem Jahre 2004 zeigen sich zwar zahlreiche Bemerkungen, die sich auf die EU beziehen, sie können jedoch nicht als eindeutig idealistisch klassifiziert werden. Die polnische Politik konzentrierte sich auf konkrete Ziele, die sie durch die Mitgliedschaft bei der Europäischen Union erreichen wollte. Diese Entwicklung ist durchaus verständlich. Nach der Phase der langjährigen Verhandlungen, in der die Regierung ständig um die Unterstützung des Parlaments für die Idee des Beitritts werben musste, kam ein Moment der Reflexion über die Inhalte der polnischen Mitgliedschaft. Die erwähnten Inhalte scheinen jedoch weniger idealistisch, als es der Minister darzustellen versuchte.

Polens Forderungen an eine Verfassung für Europa können in fünf Punkten zusammengefasst werden. Die wichtigste Priorität hatte das erwähnte Erhalten des in Nizza vereinbarten Abstimmungssystems im Rat der EU. Große Bedeutung – auch für die Sozialdemokraten, welche sich um gute Beziehungen mit der katholischen Kirche bemühten –kam zudem der Einführung der Invocatio Dei in das Projekt der Europäischen Verfassung zu. Dies war, so einige Mitglieder der SLD, der Preis, den die Partei für die nichtfeindliche Einstellung der Bischöfe gegenüber der EU während des Europavolksentscheids bezahlen musste[340]. Die dritte Forderung betraf die angesprochene Nichtschwächung der NATO. Die zwei letzten Punkte, „Kollektive EU-Präsidentschaft“ und „Widerspiegelung in der Zusammensetzung der Europäischen Kommission der Vertretung aller Mitgliedstaaten“, entsprachen der Position der kleineren EU-Staaten und sorgten für weitere Missverständnisse mit Deutschland und Frankreich[341].

---

[339] W. Cimoszewicz, *Informacja ministra spraw zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2004 roku*, Sejm RP, 21.01.2004, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 25.12.2008).
[340] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Joanna Senyszyn (SLD)*.
[341] W. Cimoszewicz, *Informacja ministra spraw zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2004 roku*, Sejm RP, 21.01.2004, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 25.12.2008).

Die Forderungen Polens während der Verfassungsdebatte spiegeln die polnischen Ängste vor der Dominanz der großen europäischen Mächte wider. Die polnische Position stützt sich implizit auf das völkerrechtliche Prinzip der Gleichheit aller Staaten. Sie steht jedoch, anders als von Minister Cimoszewicz betont, im Widerspruch mit der von ihm verkündeten Unterstützung Polens für die Stärkung der Europäischen Union. Eine Festigung der Legitimität der Gemeinschaft würde in den Augen der Anhänger eines Modells vom Europa der Nationen zur Schwächung der Wirksamkeit der EU-Institutionen der Europäischen Union führen. Die so häufig in der Erklärung präsente Präferenz einer Konsensfindung würde die Mechanismen der gemeinsamen Zusammenarbeit verlangsamen und damit konträr zu den Zielen der Reform wirken, welche die Verabschiedung der Verfassung für Europa initiieren sollte.

Polen versuchte mit einer europafreundlichen Sprache die institutionellen Strukturen durchzusetzen, die seine Position in der Gemeinschaft im Verhältnis zu den anderen Mitgliedern ausbauen würden. Die Funktionsfähigkeit der Union selbst war von den polnischen Entscheidungsträgern nicht als erstrebenswertes Ziel angesehen. Die Regierung Miller wollte die Union zwar nicht schwächen, war aber selbst nicht bereit, auf die von Polen erkämpften Privilegien innerhalb der EU zu verzichten. Kompromissbereitschaft wurde von Warschau nicht als gegenseitiger Austausch von Zugeständnissen, sondern als Bewahrung der institutionellen Unklarheit verstanden. Diese Bestimmungen könnten in Zukunft zur Blockade der von Polen als ungünstig bewerteten Entscheidungen angewandt werden. Die polnische Regierung wollte sich auf diese Weise strategische Vorteile für künftige Verhandlungen verschaffen. Cimoszewicz versprach, die Interessen Polens mit den Interessen der Europäischen Union zu versöhnen. Er gab aber gleichzeitig zu, dass die einzelnen Mitgliedstaaten ihre nationalen Interessen unterschiedlich definieren. Letztlich müssten sich also doch Unterschiede zwischen den Interessen der Union und den Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten abzeichnen.

Nummer	Rechte Unterkategorien	Anzahl	Anteil
R1	EU: negativ	0	0,00%
R2	Stärkung der Position des Staates, nationale Interessen	22	8,37%
R3	Wirtschaft: positiv	16	6,08%
R4	Äußere Sicherheit	33	12,55%
R5	Armee: positiv	0	0,00%
R6	Landwirtschaft: positiv	0	0,00%
R7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: positiv	2	0,76%
R8	Traditionelle Moral: positiv	0	0,00%
R9	Besondere Bedeutung der bilateralen Beziehungen	0	0,00%
R10	NATO, Atlantismus	29	11,03%
R11	Verwaltungseffizienz, Recht und Ordnung	0	0,00%
R12	Konflikt, Konfrontation, Wettbewerb	1	0,38%
Summe		103	39,16%

Tabelle 27. Rechte Aussagen in der Erklärung des Außenministers Polens Włodzimierz Cimoszewicz zur Außenpolitik Polens (2004). Eigene Darstellung.

Nummer	Linke Unterkategorien	Anzahl	Anteil
L1	EU: positiv	21	7,98%
L2	Lösung der globalen Probleme der Menschheit	17	6,46%
L3	Sozialstaat: positiv, Entwicklungshilfe	5	1,90%
L4	Das Bild des Staates, soft power	6	2,28%
L5	Armee: negativ	0	0,00%
L6	Umweltschutz, Probleme der Frauen (Neue Politik)	0	0,00%
L7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: negativ	0	0,00%
L8	Traditionelle Moral: negativ	0	0,00%
L9	Multilateralismus, Frieden, internationale Zusammenarbeit	70	26,62%
L10	Versöhnung, Überwindung von Vorurteilen	8	3,04%
L11	Demokratie, neutraler Staat, Menschenrechte	7	2,66%
L12	Kompromiss, soziale Harmonie, transparente Politik, Partizipation der Gesellschaft	26	9,89%
Summe		160	60,83%

Tabelle 28. Linke Aussagen in der Erklärung des Außenministers Polens Włodzimierz Cimoszewicz zur Außenpolitik Polens (2004). Eigene Darstellung.

3.3.6 Die außen- und europapolitischen Aspekte der Regierungserklärungen von Marek Belka (2004)

Ein Tag nach dem EU-Beitritt Polens, am 2. Mai 2004, löste Marek Belka seinen Parteikollegen Leszek Miller im Amt des Premierministers ab. Am 14. Mai hielt der ehemalige multiple Finanzminister im Sejm seine Regierungserklärung[342]. Das Parlament

[342] M. Belka, *Przedstawienie przez prezesa Rady Ministrów programu działania Rady Ministrów z wnioskiem o udzielenie jej wotum zaufania,* Sejm RP, 14.05.2004, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 26.12.2008).

lehnte seine Vertrauensfrage ab. Nach der verlorenen Abstimmung ernannte ihn Präsident Aleksander Kwaśniewski erneut zum Premierminister. Am 24. Juni 2004 stellte Belka den zweiten Antrag auf ein Vertrauensvotum für seine Regierung und hielt eine zweite Erklärung[343]. Diesmal wurde er in seinem Amt bestätigt. Die dritte Vertrauensfrage und die dritte Regierungserklärung Belkas fand am 15. Oktober 2004 statt, nach der Vorbereitung des Haushaltes für das Jahr 2005[344]. In allen drei Dokumenten wurden Probleme der polnischen Außen- und Europapolitik angesprochen. Da die Regierung nur relativ kurz (1 Jahr und 6 Monate) existierte, werden alle drei Dokumente zusammen analysiert.

In den Erklärungen von Belka werden 164 Aussagen identifiziert, die sich auf die Probleme der polnischen Europapolitik beziehen. Die Mehrheit von ihnen kann als rechts bzw. realistisch bezeichnet werden. Am zahlreichsten sind die Bemerkungen über wirtschaftliche Fragen (Unterkategorie R3: „Wirtschaft: positiv"). Dies ist durch die Betonung der Bedeutung finanzieller Mittel der Europäischen Union zu erklären.

Nach dem gelungenen Beitritt Polens nahm die Anzahl der allgemeinen Überlegungen über die EU ab. Es war aus der Sicht der polnischen Entscheidungsträger nicht mehr notwendig, die Bedeutung der europäischen Integration ausführlich zu präsentieren. Kurze Zeit nach der Erweiterung fühlte sich das neue Kabinett in erster Linie zur Rechtfertigung der bisherigen Politik Polens aufgefordert. Unter dem Beschuss der europaskeptischen Opposition warb der Premierminister für die Europapolitik der SLD mit einer rechten Rhetorik der nationalen Interessen. Er versuchte, sich selbst und seinen Außenminister Cimoszewicz, der auch in der Regierung Miller arbeitete, als unbeugsam und hart darzustellen. Im Juni 2004 schlossen Belka und Cimoszewicz die Verhandlungen mit den anderen EU-Mitgliedstaaten über die Verfassung für Europa ab. Sie gingen einen Kompromiss ein, der von vielen im Lande als Verrat der nationalen

[343] M. Belka, *Przedstawienie przez prezesa Rady Ministrów programu działania Rady Ministrów z wnioskiem o udzielenie jej wotum zaufania*, Sejm RP, 24.06.2004, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 26.12.2008).
[344] M. Belka, *Rozpatrzenie wniosku prezesa Rady Ministrów o wyrażenie przez Sejm Rzeczypospolitej Polskiej wotum zaufania Radzie Ministrów*, Sejm RP, 15.10.2004, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 26.12.2008).

Interessen Polens wahrgenommen wurde. Ein Ausdruck dieser Stimmung war der Antrag auf das Misstrauensvotum gegen Cimoszewicz.

Von der Europäischen Union erwartete Polen Unterstützung bei der Modernisierung der Wirtschaft, der Entwicklung der Infrastruktur und der Lösung von sozialen Problemen. Zu den Problembereichen, die mehrmals in den Reden erwähnt werden, gehört die Landwirtschaft. An zweiter Stelle auf der Liste der fünf Prioritäten des Kabinetts Belka steht die „vollständige Mobilisierung für das Erreichen des maximalen Nutzens des ersten Jahres der Mitgliedschaft bei der Union“[345]. Als wichtigste Aufgabe definiert Belka die Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung. Polen nahm jedoch nicht aktiv an der Debatte über das europäische Sozialmodell teil. Europäische soziale Standards werden nur einmal kurz erwähnt. Warschau kritisierte zugleich die von Schröder und Chirac unterstützte Idee der Steuerharmonisierung.

Die fünfte Priorität Belkas bildet die Intervention im Irak. Eine polnische Beteiligung an der Mission wurde insbesondere von den systemkritischen Kräften, der LPR und Samoobrona abgelehnt. Die Sozialdemokraten plädierten für die Fortsetzung des Aufenthalts polnischer Soldaten im Mittleren Osten. Sie versuchten aber, ihre Position durch die Forderung der Verantwortungsübertragung der Sicherheit des Iraks an die Iraker auszubalancieren.

Die enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten beim Kampf gegen Saddam Hussein wird in der Erklärung als Beweis der Intensität der Partnerschaft zwischen Warschau und Washington zitiert. Belka hoffte – ähnlich wie Miller und Cimoszewicz –, dass die enge Partnerschaft mit den USA positive wirtschaftliche Effekte erzielen würde. Polen unternahm auch den Versuch, die amerikanische Seite von der Abschaffung der Visapflicht für polnische Bürger zu überzeugen.

Der Wert des P-Indexes für die drei Erklärungen von Belka (wenn sie als ein Dokument behandelt werden) beträgt **41,46**. Das Ergebnis der quantitativen Analyse bestätigt somit das, was im Rahmen der qualitativen Analyse ermittelt wurde. Im Laufe

[345] M. Belka, *Przedstawienie przez prezesa Rady Ministrów programu działania Rady Ministrów z wnioskiem o udzielenie jej wotum zaufania,* Sejm RP, 14.05.2004, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 26.12.2008).

der Zeit zeigten sich die Regierungen der SLD immer weniger idealistisch. Unter dem Druck der innerparteilichen Krise, der nationalistisch gesinnten Opposition und der außenpolitischen Herausforderungen war die geschwächte SLD nicht mehr dazu bereit, linke bzw. idealistische Inhalte zu vermitteln. Belkas Expertenregierung musste vor allem um ihr eigenes Überleben kämpfen[346]. Ihre europapolitischen Prioritäten beschränkten sich auf die Erhöhung der Absorptionsfähigkeit europäischer Hilfsmittel. Belka setzte sich zudem für intensive transatlantische Beziehungen ein. Was das für die EU bedeuten konnte, wurde in seiner Erklärung nicht ausführlich erörtert. Die harte Stellung während der Verhandlungen über die EU-Verfassung war eher eine Pose, die im Kontext der innenpolitischen Situation interpretiert werden muss.

Nummer	Rechte Unterkategorien	Anzahl	Anteil
R1	EU: negativ	0	0,00%
R2	Stärkung der Position des Staates, nationale Interessen	18	10,98%
R3	Wirtschaft: positiv	40	24,39%
R4	Äußere Sicherheit	36	21,95%
R5	Armee: positiv	0	0,00%
R6	Landwirtschaft: positiv	8	4,88%
R7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: positiv	2	1,22%
R8	Traditionelle Moral: positiv	2	1,22%
R9	Besondere Bedeutung der bilateralen Beziehungen	0	0,00%
R10	NATO, Atlantismus	2	1,22%
R11	Verwaltungseffizienz, Recht und Ordnung	6	3,66%
R12	Konflikt, Konfrontation, Wettbewerb	2	1,22%
Summe		116	70,73%

Tabelle 29. Rechte außenpolitisch relevante Aussagen in der Regierungserklärung des Premierministers Polens Marek Belka (2004). Eigene Darstellung.

[346] Marek Belka stieß schon während der Prozedur seiner Bestätigung durch das Parlament auf große Schwierigkeiten. Vgl.: Witold Bereś, Jerzy Skoczylas, *2004: I co dalej?*, „Gazeta Wyborcza“, 26.05.2004, S. 15.

Nummer	Linke Unterkategorien	Anzahl	Anteil
L1	EU: positiv	17	10,37%
L2	Lösung der globalen Probleme der Menschheit	0	0,00%
L3	Sozialstaat: positiv, Entwicklungshilfe	1	0,61%
L4	Das Bild des Staates, soft power	0	0,00%
L5	Armee: negativ	0	0,00%
L6	Umweltschutz, Probleme der Frauen (Neue Politik)	0	0,00%
L7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: negativ	1	0,61%
L8	Traditionelle Moral: negativ	0	0,00%
L9	Multilateralismus, Frieden, internationale Zusammenarbeit	10	6,10%
L10	Versöhnung, Überwindung von Vorurteilen	7	4,27%
L11	Demokratie, neutraler Staat, Menschenrechte	0	0,00%
L12	Kompromiss, soziale Harmonie, transparente Politik, Partizipation der Gesellschaft	12	7,32%
Summe		48	29,27%

Tabelle 30. Linke außenpolitisch relevante Aussagen in der Regierungserklärung des Premierministers Polens Marek Belka (2004). Eigene Darstellung.

3.3.7 Präferenzen der Regierung Belka in der Erklärung des Außenministers Adam Daniel Rotfeld vom 21. Januar 2005

Im Januar 2005 löste der parteilose Diplomat Adam Daniel Rotfeld den bisherigen Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz ab. Cimoszewicz selbst wurde nach dem erzwungenen Rücktritt zweier früherer Präsidenten des Parlaments aus den

Reihen der SLD zum Präsidenten des Sejms (Sejmmarschall) ernannt[347]. Die Übernahme der Verantwortung für die polnische Außenpolitik durch einen Experten, der keiner politischen Gruppierung angehörte, ist als ein Zeichen der tiefen Krise der SLD zu interpretieren. Diese Entscheidung war zugleich konsistent mit dem Konzept der Regierung Belkas als Expertenkabinett.

Die Parteilosigkeit Rotfelds spiegelt sich an mehreren Stellen in seiner Erklärung über die Außenpolitik (6054 Wörter) wider, die er nur sechzehn Tage nach seinem Amtseintritt hielt. Zunächst fallen die überproportional vielen Aussagen über internationale Zusammenarbeit, Frieden und Multilateralismus auf. Diese als idealistisch zu klassifizierende quasi-Sentences gehören zum gebräuchlichen Jargon der Diplomatie. Sie haben aber auch entsprechend wenig Aussagekraft. Eine zweite Erklärung für die Fokussierung Rotfelds auf allgemeine Aspekte der internationalen Kooperation, der internationalen Organisationen und auf den Frieden ist sein langjähriges Engagement beim Stockholmer Institut zur Internationalen Friedensforschung (SIPRI)[348].

Obwohl die idealistischen Aussagen im Übermaß in der Erklärung zu finden sind, fehlen wichtige linke Themen wie Stellungnahmen zu den Problemen der Frauen, nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz. Es wird auch kaum über die globalen Probleme der Menschheit gesprochen. Viel stärker sind stattdessen die mit den nationalkonservativen politischen Richtungen identifizierten Fragen, wie der Schutz der nationalen Identität bzw. der nationalen Geschichte, vertreten. Diese letzte Tendenz findet ihren Ausdruck insbesondere in dem Teil des Textes, der den deutsch-polnischen Beziehungen gewidmet ist. Neben den Aufforderungen zur Überwindung von Vorurteilen, die seit Anfang der neunziger Jahren in diesem Kontext ständig wiederholt wurden, werden in der Erklärung Rotfelds mehr und mehr konfrontative Töne laut. Dies kann durch die allgemeine Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen zu erklären versucht werden. Dazu kam es jedoch schon während der Irakkrise im Frühjahr

[347] Włodzimierz Cimoszewicz folgte Sejmmarschalls Józef Oleksy im Amt, der nach seinem Lustrationsprozess (er wurde für einen ehemaligen Mitarbeiter der kommunistischen Sicherheitsdienste erklärt) zurücktrat. Oleksy bekleidete das Amt des Sejmmarschalls nur acht Monate, seit dem Rücktritt von Marek Borowski, dem Anführer von SDPL-Rebellen.

[348] Vgl.: die offizielle Biografie von Rotfeld auf der Homepage des polnischen Außenministeriums: *Minister A. D. Rotfeld*, MSZ, http://www.msz.gov.pl/Minister,Adam,Daniel,Rotfeld,2683.html (Stand: 08.01.2010).

2003. Plausibel scheint aus diesem Grund die Hypothese, dass der härtere Ton der Rhetorik Warschaus eine Antwort auf die Probleme mit dem innenpolitischen Bestimmungsprozess der Leitlinien polnischer Außenpolitik sei (das Ende des außenpolitischen Konsenses der Dritten Republik).

Ähnlich wie Włodzimierz Cimoszewicz im Vorjahr spricht Adam Rotfeld mehrmals über die Notwendigkeit eines Kompromisses. Seine Worte richten sich jedoch, anders als die Worte seines Vorgängers, nicht an die ausländischen Partner Polens, sondern an die politischen Akteure, die innerhalb des Landes die Außenpolitik mitgestalteten. Schon in den einführenden Abschnitten seiner Rede betont der Außenminister die Kontinuität zwischen ihm und seinen Vorgängern aus allen politischen Parteien, von Krzysztof Skubiszewski bis hin zu Włodzimierz Cimoszewicz[349]. Wiederholt appelliert er an die Einigkeit und Fortsetzung der Anfang der neunziger Jahre bestimmten Linie. Das Plädoyer für den nationalen Konsensus war eine Reaktion auf „die Erscheinungen der letzten Monate, die wohl zum ersten Mal zu Meinungsunterschieden [bezüglich der Außenpolitik] auf unserer politischen Szene geführt haben“[350].

Ein Jahr vor den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen war Polen an zwei Militäraktionen beteiligt. Die Regierung verhandelte über die europäische Verfassung, die aus der Sicht der rechten Kräfte unakzeptabel und aus der Perspektive der wichtigsten europäischen Partner Polens unabdingbar war. Die SLD befand sich in einem Zustand des Zerfalls, der sie sogar zur Aufstellung eines Expertenkabinetts zwang. Unter diesen Umständen ist die Korrektur des außenpolitischen Kurses verständlich. In der allgemeinen unzufriedenen Stimmung gegenüber der sozialdemokratischen Regierung verlor auch die sozialdemokratische Außenpolitik an Popoularität. Eine Verteidigungsstrategie bestand in der Anpassung der Rhetorik an Erwartungen der Opposition und eines Großteils der Gesellschaft. Interessanterweise spiegelt sich diese Kursverschiebung nicht in den quantitativen Ergebnissen wider. Linke Aussagen

[349] Krzysztof Skubiszewski war der erste Außenminister der Dritten Republik vom 13. September 1989 bis 18. Oktober 1993.
[350] A.D. Rotfeld, *Informacja ministra spraw zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2005 roku*, Sejm RP, 21.01.2005, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 25.12.2008).

dominieren in der Erklärung von Rotfeld sogar deutlicher als in der Rede von Cimoszewicz aus dem Jahre 2004. Der Wert des P-Indexes beträgt **– 25,46**. Dies liegt jedoch in erster Linie, wie gesagt, an der großen Anzahl der allgemeinen Bemerkungen zu den freundlichen Beziehungen und zur Konsensbildung. Des Weiteren war die „Orange Revolution" in der Ukraine einer der Schwerpunkte. Aus diesem Grund finden das Problem der Demokratisierung und der Menschenrechte stärker Eingang und Ausdruck im Text als in den früheren Jahren.

Rotfeld strukturierte seine Rede nach der Prioritätenreihenfolge der polnischen Außenpolitik. Als ersten Punkt nennt er die Stärkung der Position Polens in der Europäischen Union. Ähnlich wie sein Vorgänger im Vorjahr nimmt auch der neue Minister Abschied von der allgemeinen idealistischen Darstellung der europäischen Integration. An ihre Stelle tritt die realistische Rhetorik des nationalen Interesses. Neben den Bemerkungen zum neu ausgehandelten Verfassungsvertrag konzentriert sich die Aufmerksamkeit des polnischen Chefdiplomaten auf technisch-finanzielle Aspekte der Integration. Polen forderte eine Ausgabenerhöhung für die Kohäsionspolitik sowie landwirtschaftliche Subventionen für neue Mitgliedstaaten. Die Regierung wollte den Abschluss eines Kompromisses über die *Neue Finanzielle Perspektive* im Juni 2005 sicherstellen[351].

Obwohl der europäische Verfassungsentwurf in dem Teil der Rede, der den Problemen der europäischen Integration gewidmet ist, nicht als erster Punkt in Erscheinung tritt, widmet der Minister ihr viel Aufmerksamkeit. Rotfeld verteidigte das Dokument im Sejm und plädierte für seine Annahme[352]. Er warnte davor, dass eine Ablehnung des Vertrags zur Selbstisolierung Polens führen würde. Seine Verteidigungsrede, die er in dem Raum hielt, in dem Jan Maria Rokita die polnische Debatte über den neuen Grundvertrag für die Europäische Union auf den Slogan „Nizza oder der Tod" reduziert hatte, war sehr vorsichtig formuliert. Rotfeld versuchte, den Skeptikern entgegenzukommen. Die Verfassung sei in einer schwierigen Sprache geschrieben, in einem „Jargon der internationalen Beamten, der sich an andere

[351] *Ebd.*
[352] *Ebd.*

internationale Beamten“ richte, [353] kritisierte er. Trotzdem würde die Ablehnung des Vertrags eine Schwächung Polens und der EU implizieren. Polen solle, so Rotfeld, nicht zu einer Bremse Europas werden[354].

Die zweite Position auf der Prioritätenliste hat die Ukraine inne, die früher wenig Beachtung fand. Die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten nimmt hingegen den dritten Rang ein. In diesem Kontext ist auf die Bemerkung des Ministers hinzuweisen, dass „noch weitere vier Jahre ein Präsident im Weißen Haus“ amtieren werde, der „freundlich“ gegenüber Polen sei[355]. Zum viertwichtigsten Ziel der polnischen Außenpolitik wird die Stabilisierung des Iraks ernannt. Die Beziehungen mit Deutschland, auf die noch vor einem Jahr unter Minister Cimoszewicz eine besondere Stellung entfiel, wurden auf den fünften Platz verwiesen. Weitere Prioritäten wie Vorbereitungen der Dritten Konferenz des Europarates, die Intensivierung der polnischen Außenpolitik gegenüber den Gebieten außerhalb Europas und die Außenwirtschaftspolitik haben entweder einen kurzfristigen Charakter oder werden sehr allgemein formuliert.

Anders als sein Vorgänger beleuchtet Rotfeld in seiner Erklärung mehrere historische Probleme – und zwar aus einer eindeutig polenzentrischen Sicht. Zum sechzigsten Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz fanden in Polen Gedenkveranstaltungen statt. Dieses historische Ereignis stellte den Ausgangspunkt einer Initiative der polnischen Regierung dar, die sich gegen den Gebrauch des Begriffs „polnische Todeslager“ in der ausländischen Presse richtete. Die Formulierung, die von einigen Journalisten, insbesondere in geographisch weit von Polen entfernten Ländern, als ein unglücklicher Gedankensprung benutzt wurde, wurde in Polen stets mit Empörung aufgenommen. Die große Aktion des Außenministeriums, welche die Entstehung eines verzerrten Bildes Polens im Ausland verhindern sollte, sorgte für unnötige Aufregung. Im Ausland stieß sie auf Unverständnis und verstärkte das Bild Polens als immer beleidigtes enfant terrible[356].

---

[353] *Ebd.*
[354] *Ebd.*
[355] *Ebd.*
[356] Vgl. z. B.: Klaus Bachmann, *Erika Steinbach pokonana niczym smok wawelski*, „gazeta.pl“, 08.03.2009,

Ein sehr viel härterer Ton und eine einseitige Betrachtung der Probleme werden, wie schon erwähnt, besonders in dem Abschnitt deutlich, der den deutsch-polnischen Beziehungen gewidmet ist. Rotfeld fordert von den „wichtigsten deutschen politischen Parteien“ eindeutige Erklärungen und klare Entscheidungen bezüglich der historischen Probleme. Gemeint ist hier insbesondere die Frage der Vertreibungen und der Entschädigungsansprüche, die von der Preußischen Treuhand Rudi Pawelkas erhoben wurden. Kein Wort richtet sich an jene polnische Akteure, die zur Verschlechterung der Beziehungen beigetragen haben[357].

Die Debatte über Vertreibungen, die in Deutschland durch Erika Steinbachs Initiative eines Zentrums gegen Vertreibungen ihren Anfang fand, führte zu Beunruhigungen in Polen. Die Ängste der Gesellschaft trugen zur Wiederbelebung alter Vorurteile bei, die nicht ohne Einfluss auf die Politik blieben. Das Thema „Geschichte“ gewann zunehmend an Bedeutung. Man fing an, über die „historische Wahrheit“ zu sprechen, die aus der Sicht Polens durch die Tätigkeiten der deutschen „Ewiggestrigen“ gefährdet sei. In Rotfelds Erklärung ist unter anderem zu lesen, dass die Rolle Polens das „Auftreten im Namen der historischen Wahrheit“ und das „Leisten des Widerstandes gegen ihre Verzerrung“ sei[358]. Neben dieser verständlichen und im Interesse aller Beteiligten liegenden Aufforderung zur Verteidigung der historischen Wahrheit fallen jedoch in der Rede Rotfleds die Aussagen auf, die auf andere Tendenzen in der polnischen Politik hinweisen. Hier ist insbesondere die Bemerkung über den sechzigsten Jahrestag der „Rückkehr der westlichen Gebiete zum Vaterland“ gemeint[359]. Die Verwendung dieses eindeutig mit der kommunistisch-nationalistischen Propaganda assoziierten Begriffs signalisiert den Abschied von einer von Cimoszewicz praktizierten Rhetorik der Versöhnung, die sich von allen komplizierten historischen Problemen der deutsch-polnischen Beziehungen distanzierte.

---

http://miasta.gazeta.pl/wroclaw/1,35764,6356637,Erika_Steinbach_pokonana_niczym_smok_wawelski.html (Stand: 10.03.2009).

[357] Man kann hier zum Beispiel auf den damaligen Bürgermeister von Warschau, Lech Kaczyński, verweisen, der, als Reaktion auf die Tätigkeit der Preußischen Treuhand, eine Bilanz über die durch die deutsche Besatzung verursachten Zerstörungen der Hauptstadt aufstellte und finanzielle Forderungen gegenüber der deutschen Seite erhob.

[358] A.D. Rotfeld, *Informacja ministra spraw zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2005 roku*, Sejm RP, 21.01.2005, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 25.12.2008).

[359] *Ebd.*

Zusammenfassend weist, trotz eines deutlich linken Ergebnisses der quantitativen Analyse, die qualitative Untersuchung eine auf den ersten Blick unauffällige rechte Tendenz der polnischen Außenpolitik auf. Dies wird eher im Stil als im Themenkatalog deutlich. Adam Daniel Rotfeld übernahm das Ministerium in einer schwierigen Krisenphase. Seine Amtszeit war eine Übergangsperiode zwischen der Ära der sozialdemokratischen und der nationalkonservativen Regierungen. Aufgrund seiner Parteilosigkeit musste Rotfeld die Prioritäten der polnischen Außenpolitik nicht an Parteilinien anpassen. Seine Aussagen können aus diesem Grund die im diplomatischen Dienst und in der polnischen Gesellschaft existierenden Stimmungen realitätsnäher widerspiegeln.

Nummer	Rechte Unterkategorien	Anzahl	Anteil
R1	EU: negativ	0	0,00%
R2	Stärkung der Position des Staates, nationale Interessen	24	7,45%
R3	Wirtschaft: positiv	17	5,28%
R4	Äußere Sicherheit	16	4,97%
R5	Armee: positiv	0	0,00%
R6	Landwirtschaft: positiv	0	0,00%
R7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: positiv	10	3,11%
R8	Traditionelle Moral: positiv	0	0,00%
R9	Besondere Bedeutung der bilateralen Beziehungen	0	0,00%
R10	NATO, Atlantismus	37	11,49%
R11	Verwaltungseffizienz, Recht und Ordnung	8	2,48%
R12	Konflikt, Konfrontation, Wettbewerb	8	2,48%
Summe		120	37,27%

Tabelle 31. Rechte Aussagen in der Erklärung des Außenministers Polens Adam Daniel Rotfeld zur Außenpolitik Polens (2005). Eigene Darstellung.

Nummer	Linke Unterkategorien	Anzahl	Anteil
L1	EU: positiv	23	7,14%
L2	Lösung der globalen Probleme der Menschheit	9	2,80%
L3	Sozialstaat: positiv, Entwicklungshilfe	5	1,55%
L4	Das Bild des Staates, soft power	2	0,62%
L5	Armee: negativ	0	0,00%
L6	Umweltschutz, Probleme der Frauen (Neue Politik)	0	0,00%
L7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: negativ	0	0,00%
L8	Traditionelle Moral: negativ	0	0,00%
L9	Multilateralismus, Frieden, internationale Zusammenarbeit	114	35,40%
L10	Versöhnung, Überwindung von Vorurteilen	6	1,86%
L11	Demokratie, neutraler Staat, Menschenrechte	16	4,97%
L12	Kompromiss, soziale Harmonie, transparente Politik, Partizipation der Gesellschaft	27	8,39%
Summe		202	62,73%

Tabelle 32. Linke Aussagen in der Erklärung des Außenministers Polens Adam Daniel Rotfeld zur Außenpolitik Polens (2005). Eigene Darstellung.

3.4 Die außen- und europapolitischen Präferenzen der SLD: Auswertung der Interviews

Die interviewten Politiker der SLD und der anderen linken Parteien, welche entweder mit der SLD regierten oder sich vom Bündnis abspalteten, bilden ideologisch keine einheitliche Gruppe. Sie weisen jedoch einige Gemeinsamkeiten auf, die sie deutlich von den Positionen der PiS unterscheiden. In Bezug auf die Vorstellungen über die Führung der Außenpolitik (Dichotomie zwischen Realismus und Idealismus) sind die Vertreter der linken Gruppierungen nur auf einer Ordinalskala als Idealisten zu kategorisieren, das heißt, sie sind im Verhältnis idealistischer als die Mitglieder der PiS.

In den absoluten Kategorien gesehen, stimmen die Überzeugungen der Interviewten im Durchschnitt nur teilweise mit den Merkmalen des außenpolitischen Idealismus überein. Der Grad der Übereinstimmung ist jedoch deutlich höher als im Falle der Vertreter der PiS, was letztlich für ihre Bezeichnung als außenpolitische „Idealisten" im polnischen Kontext spricht.

3.4.1 Prioritäten der polnischen Außenpolitik

Die Antworten von Politikern der linken Parteien auf die Frage nach den – aus ihrer Sicht – drei wichtigsten Prioritäten der polnischen Außenpolitik liefern kein einheitliches Bild. Einige der Befragten sind der Meinung, die Hauptaufgabe der Außenpolitik bestünde in der Sicherung der staatlichen Souveränität, wie sie von den traditionellen Realisten verstanden wird, während die anderen sich mehr Engagement Polens in konkreten Teilbereichen der Außenpolitik wünschen, die für sie von besonderem Interesse sind (z. B. enge Beziehungen mit Vietnam[360]). Die Reihenfolge der zitierten Prioritäten weist wenig Konsistenz auf und scheint nicht aussagekräftig zu sein, insbesondere aufgrund der Breite der angesprochenen Themen. Daher ist es zielführender, die von den einzelnen Befragten betonten Probleme für die ganze Gruppe zu aggregieren und aus der Häufigkeit der Erwähnung von einzelnen Fragen den Schluss über ihre relative Bedeutung für die linken Politiker zu ziehen.

Zehn interviewte Vertreter der sozialdemokratischen Parteien definierten zwölf potentielle Prioritäten der polnischen Außenpolitik. Am häufigsten sprachen sie sich für die Stärkung der Position Polens in der EU aus (sieben Personen). Zweitwichtigstes Thema ist in ihren Augen die wirtschaftliche Entwicklung und Modernisierung des Staates mit Mitteln der EU (fünf Befragte). Für vier Interviewpartner ist auch die Stärkung der Europäischen Union selbst wichtig. Häufig waren das dieselben Personen, die über die Verbesserung der Position Polens innerhalb der Gemeinschaft sprachen. Die Einführung der zusätzlichen Kategorie war notwendig, um potentiell realistisch gefärbte Forderungen der Besserstellung des eigenen Staates in der Union von der idealistischen

[360] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Piotr Gadzinowski (SLD)*.

Unterstützung für die EU als solche zu differenzieren. Die erste der erwähnten Prioritäten könnte eine Übertragung der realistischen Souveränitätsverehrung auf die europäische Zusammenarbeit andeuten. Aus diesem Grund gehört sie der Unterkategorie R2 (Stärkung der Position des Staates, nationale Interessen) an. Das zweite Ziel, der Ausbau des innen- und außenpolitischen Potenzials der EU, kann auf der anderen Seite der Unterkategorie L1 (EU: positiv) zugeordnet werden.

Weitere vier Personen forderten eine weitreichende Modifizierung der polnisch-amerikanischen Beziehungen: Polen solle sich aus der Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten zurückziehen. Die anderen Befragten schlugen eine Abschwächung der Dominanz des bilateralen Charakters der Zusammenarbeit und eine Verwirklichung der Partnerschaft im Rahmen der EU vor. Der skeptischste Kritiker war der ehemalige Generalsekretär der SLD, Marek Dyduch, der sich mehr Symmetrie in der Kooperation mit den USA wünschte[361]. Sowohl Dyduch als auch andere Personen, die sich kritisch über den gegenwärtigen Zustand der polnisch-amerikanischen Partnerschaft äußerten, gaben als Gründe ihrer Unzufriedenheit die Irakpolitik der Bush-Regierung und die rigorose US-Visumspolitik gegenüber polnischen Staatsbürgern an. Der ehemalige Generalsekretär, der in den Jahren 2001-2002 das Amt des Staatssekretärs im für die Privatisierung verantwortlichen Ministerium für Staatsvermögen (Ministerstwo Skarbu) bekleidete, erwähnte als Kritikpunkt die Nichterfüllung der Modernisierungspläne in den von amerikanischen Konzernen übernommenen polnischen Rüstungsunternehmen.

Drei Personen identifizierten als eine der wichtigsten Prioritäten Polens dessen Beziehungen mit den Nachbarstaaten. Dieselben Befragten betonten die Bedeutung der Verbesserung der Zusammenarbeit mit Russland. Dies solle, ähnlich wie im Falle der USA, durch die Zusammenarbeit mit den EU-Partnern erfolgen. Lediglich zwei Politiker nannten die äußere Sicherheit des Staates im militärischen Sinne, was laut der Realisten die Hautaufgabe jeder Regierung sein solle. Ebenfalls zwei Personen fokussierten Probleme der Energieversorgung. Sie vertraten jedoch gegensätzliche Positionen. Die Sekretärin der Arbeitsunion (UP) für die Angelegenheiten der EU, Katarzyna Matuszewska, forderte, die Zusammenarbeit mit der EU zu stärken, um die Gas-

[361] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Marek Dyduch (ehem. SLD).*

Lieferungen aus Russland zu sichern[362]. Zugleich kritisierte sie die von der Gemeinschaft ergriffenen Maßnahmen, welche die Mitgliedstaaten zu umfangreicheren Reduzierungen des CO 2-Ausstoßes als im Kyoto-Protokoll festgehalten verpflichten. Szymon Szewrański, der Vorsitzende der Europaplattform (Arbeitsgruppe) der SDPL, äußerte sich skeptisch über die langfristige Wirksamkeit der Energiepolitik, die auf der Diversifizierung und Sicherung der Gaslieferungen basiert[363]. Stattdessen schlug er eine Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien und eine Popularisierung des Energiesparens vor.

Die übrigen Themen wurden von einzelnen Personen angesprochen. Der Abgeordnete Witold Gintowt-Dziewałtowski forderte Verwirklichung der Demokratie- und Menschenrechtestandards der Europäischen Union in der polnischen Außenpolitik[364]. Piotr Gadzinowski, der Mitarbeiter des linken Wochenblatts „NIE“ (bis September 2008) und ehemaliger Abgeordneter der SLD, vertrat auf der anderen Seite die Meinung, dass Polen die Beziehungen mit China, Vietnam und anderen Staaten Südostasiens intensivieren solle[365]. Gadzinowski ist zudem der einzige, der die Immigrationspolitik zur Priorität erklärte. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation wird Polen aus seiner Sicht bald mit Problemen des Arbeitskräftemangels auf der einen und einem erhöhten Einwandererstrom auf der anderen Seite konfrontieren. In diesem Kontext plädierte er wieder für eine Sonderstellung der Migranten aus Südostasien, insbesondere aus Vietnam, aufgrund der guten historischen Traditionen der Zusammenarbeit zwischen diesem Land und Polen und der guten Erfahrungen mit den zahlreichen vietnamesischen Diaspora in Warschau.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Vertreter der linken polnischen Parteien die Teilnahme Polens an der Gestaltung der europäischen Integration für besonders wichtig erachten. Zugleich fordern sie die Stärkung der Position des Landes in der Gemeinschaft. Dies solle durch eine aktive und konstruktive Politik Polens erfolgen.

[362] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Katarzyna Matuszewska (UP)*.
[363] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Szymon Szewrański (SDPL)*.
[364] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Witold Gintowt-Dziewałtowski (SLD)*.
[365] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Piotr Gadzinowski (SLD)*.

Eine Änderung der Reformpläne mit dem Ziel einer stärkeren Position Polens in den EU-Entscheidungsgremien halten sie für nicht notwendig.

Auch andere Aspekte der Außenpolitik, wie die Beziehungen mit den wichtigsten Akteuren der globalen Politik, wollen die Sozialdemokraten mit der Europäischen Union verbinden. Bilaterale Ansätze sind ihrer Meinung nach für Polen aufgrund des beschränkten Potenzials des Landes wenig hilfreich. Positiver stehen sie einer multilateralen Zusammenarbeit gegenüber. Multilaterale Formen der Kooperation sehen sie als wünschenswert nicht nur in den Kontakten mit Russland, sondern auch in der polnisch-amerikanischen Partnerschaft, mit deren Qualität sie nicht zufrieden sind.

	Priorität	Anzahl der Befragten, die einzelne Prioritäten erwähnten	Relative Häufigkeit
1	Sicherheit	2	5,88%
2	Wirtschaft und Entwicklung dank der EU-Mittel	5	14,71%
3	Stärkung der Position Polens in der EU, Intensivierung des polnischen Engagements	7	20,59%
4	Beziehungen mit Russland	3	8,82%
5	Modifizierung der Beziehungen mit den USA bzw. Verzicht auf besondere Beziehungen	4	11,76%
6	Beziehungen mit China und Vietnam	1	2,94%
7	Öffnung für Immigranten	1	2,94%
8	Gute Beziehungen mit allen Nachbarn	3	8,82%
9	Verwirklichung der Demokratie- und Menschenrechtsstandards der EU	1	2,94%
10	Stärkung der EU	4	11,76%
11	Energiepolitik	2	5,88%
12	Abschaffung der Beschränkungen des CO 2-Ausstoßes in der EU, die über Kyoto hinausgehen	1	2,94%
	Summe:	34	

Tabelle 33. Die Antworten der linken Politiker auf die Frage 1 (Prioritäten der polnischen Außenpolitik): Statistik.

Frage zehn, die sich auch auf Prioritäten der polnischen Außenpolitik bezieht, aber einen geschlossenen Charakter aufweist, war als eine Ergänzung zu Frage eins gedacht. Die Befragten wurden gebeten, die fünf vom Forscher vorgeschlagenen potenziellen Ziele Polens in den Internationalen Beziehungen entsprechend ihrer

Präferenzen zu ordnen. Dies beschränkte zwar den Handlungsspielraum der interviewten Personen, ermöglichte aber zugleich eine Erhebung der Daten, die leichter vergleichbar und interpretierbar sind.

Aufgrund der beschränkten Auswahlmöglichkeit, mit der die Befragten konfrontiert wurden, ist eine deutlichere Übereinstimmung der Antworten festzustellen. Beinahe einstimmig messen die Vertreter der linken Parteien den höchsten Rang dem polnischen Beitrag zur Stärkung der Europäischen Union bei. Der einzige Abweichler betonte die Bedeutung der Beziehungen mit den Nachbarstaaten und verzichtete auf eine Unterscheidung zwischen den weiteren Prioritäten. Von geringster Bedeutung für Polen beziehungsweise als eine anti-Priorität nannten die meisten Befragten den Ausbau des polnischen Potenzials, um von den ausländischen Partnern unabhängiger zu werden. Zwei Personen zählten zu den unerwünschten Zielen die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten.

Um die relative Bedeutung der potenziellen Prioritäten der polnischen Außenpolitik verständlicher zu machen, wurden die empirischen Ergebnisse im Form eines Indexes ausgedrückt: des Indexes der Temperatur von Beziehungen. Der Index nimmt keine negativen Werte an. Die Häufigkeit der Klassifizierung einer bestimmten Priorität auf der bestimmten Position (a_j) wird mit dem Gewicht (r_j) multipliziert, das sich im inversen Verhältnis zum Rang befindet[366]. Die Summe der Produkte von Häufigkeiten und Gewichten der einzelnen Prioritäten wird durch die Gesamtsumme der Produkte von Häufigkeiten (a_i) und Gewichten aller Prioritäten (r_i) dividiert, um die Ergebnisse zu normieren. Der Index ermöglicht die Aufstellung einer übersichtlichen Hierarchie der außenpolitischen Ziele von polnischen Linken.

$$T_{ij} = \frac{\sum_{j=1}^{m} a_j r_j}{\sum_{i=1}^{n} a_i r_i}$$

Abbildung 8. T-Index.

[366] Im Falle von fünf Rängen wird die Anzahl, die der Häufigkeit der Klassifizierung der Priorität auf dem ersten Platz entspricht, mit fünf multipliziert. Die als fünfte, das heißt am wenigsten wichtige klassifizierte Priorität, wird mit dem Multiplikator gleich eins gewichtet.

Die Berechnung des Indexes bestätigt die These über die Wichtigkeit der Vertiefung der europäischen Integration für polnische Sozialdemokraten (T=0,3)[367]. Als zweitwichtigstes Ziel ergibt sich die Partnerschaft mit Deutschland (T=0,28), welche häufig zusammen mit den Beziehungen mit anderen Nachbarn Polens erwähnt wurde. Ein Befragter hob die Zusammenarbeit mit Deutschland hervor und maß ihr, wie auch der Stärkung der EU, den höchsten Rang bei. Keine der interviewten Personen klassifizierte die Beziehungen mit Deutschland schlechter als auf dem zweiten Platz. Der Wunsch nach einer Verbesserung der Beziehungen mit dem zweiten großen Nachbar Polens, Russland, führte zur Situierung der partnerschaftlichen Relationen mit diesem Staat auf dem dritten Platz (T=0,19). Weniger überzeugt waren die Politiker von der Wichtigkeit der polnisch-amerikanischen Partnerschaft (T=0,16). Beinahe allgemein abgelehnt wurde die These über die Notwendigkeit des Ausbaus des polnischen Potenzials, um die Abhängigkeit von den ausländischen Partnern zu minimieren (T=0,09).

[367] Die Werte können auch mit hundert multipliziert werden. Dann wird der Wert 0,3 zu 30 und kann als 30 Grad Wärme interpretiert werden.

	1. Rang	2. Rang	3. Rang	4. Rang	5. Rang
Beitrag zur Stärkung der EU	9*	0	0	0	0
Partnerschaftliche Beziehungen mit Deutschland	2	8*	0	0	0
Partnerschaftliche Beziehungen mit den Vereinigten Staaten	1	1	4*	1	2
Partnerschaftliche Beziehungen mit Russland	0	6*	1	1	0
Ausbau des polnischen Potenzials, um vom Ausland weniger abhängig zu sein	1	0	0	0	4*

Tabelle 34. Antworten der linken Politiker auf die Frage 10 (die Rangordnung der vorgeschlagenen theoretischen Prioritäten polnischer Außenpolitik).

3.4.2 Prioritäten Polens in der Europäischen Union

Auch die Antworten auf die Frage nach den Prioritäten Polens in der Europäischen Union liefern kein einheitliches Bild. Zehn Befragte nannten insgesamt dreizehn unterschiedliche Primate. Am häufigsten wiesen sie auf die Notwendigkeit der intensiveren Teilnahme Polens an den Prozessen der europäischen Integration hin (sechs Befragte). Einer der Interviewten, Piotr Gadzinowski, sprach sich eindeutig für die Verwandlung der Europäischen Union in eine Föderation aus[368]. Die von einigen anderen

[368] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Piotr Gadzinowski (SLD)*.

Politikern vorgeschlagenen Konzepte zeugen ebenfalls von ihrer Unterstützung für die Idee des europäischen Bundesstaates. Ein nennenswertes Beispiel ist die vom stellvertretenden Vorsitzenden der SDPL (bis März 2009[369]), Michał Syska, vorgeschlagene Aufstellung der unionsübergreifenden Kandidatenlisten bei den Europawahlen[370]. Neben den erwähnten sechs Personen, die sich für die Stärkung der EU aussprachen, bildeten zwei Befragte eine weitere Gruppe, welche die Unterzeichnung des Lissaboner Vertrags als eines der wichtigsten Ziele der polnischen Europapolitik definierte. Die große Unterstützung für die Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit bestätigt die These über die Europafreundlichkeit der polnischen Linken. Laut einer der Befragten (Joanna Senyszyn) solle sich die Europäische Union als Gegenpol der Vereinigten Staaten entwickeln[371].

Vier Personen fordern eine aktive Teilnahme Polens an der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Es werden hier jedoch wenige konkrete Teilbereiche erwähnt, auf die sich Polen spezialisieren solle. Eine deklarierte Gegnerin der Dislokation des Raketenabwehrsystems in Polen, Katarzyna Matuszewska (UP), sprach über die Gründung der europäischen Armee, die eine Alternative für die Stationierung der amerikanischen Soldaten auf dem Kontinent sein sollte[372]. Szymon Szewrański (SDPL), auf der anderen Seite, vertrat die Meinung, dass Polen den westeuropäischen Partner helfen könnte, die Rolle der amerikanischen Stützpunkte zu verstehen[373].

Zu den wichtigsten Bereichen der Europapolitik aus der Perspektive Polens zählten vier Teilnehmer der Interviews die Erweiterung und die Ostpolitik. Als besonders wünschenswert fanden sie die Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union, hielten sie jedoch in den nächsten Jahren für unwahrscheinlich. Eine abweichende Position nahm Piotr Gadzinowski ein, der zwar für die Intensivierung der Partnerschaft mit der Ukraine

[369] Am 2. März 2009 trat der stellvertretende Vorsitzende der SDPL, Michał Syska, aus Protest gegen das Wahlbündnis mit der Partei Stronnictwo Demokratyczne zurück. Deren Führung hatte der ehemalige PO-Politiker und Bürgermeister von Warschau, Paweł Piskorski, übernommen. Szymon Szewrański verzichtete ebenfalls auf ein Amt im Parteivorstand. Vgl.: *Syska, Niwiński, Rzepecki: Rezygnujemy z członkostwa w Zarządzie Krajowym SDPL*, Michał Syska, http://www.syska.pl/27,aktualnosci,syska_niwinski_rzepecki_rezygnujemy_z_czlonkostwa_w_zarzadzie_krajowym_sdpl.html (Stand: 21.05.2009).
[370] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Michał Syska (SDPL)*.
[371] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Joanna Senyszyn (SLD)*.
[372] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Katarzyna Matuszewska (UP)*.
[373] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Szymon Szewrański (SDPL)*.

und den anderen östlich von Polen gelegenen Staaten Stellung bezog (einschließend Vietnam und China), aber die höchste Priorität der Aufnahme der Balkanstaaten in die EU zuschrieb[374]. Der Beitritt der ehemaligen Teilrepubliken Jugoslawiens in die Europäische Union sei dringend notwendig, um den Frieden in der Region zu gewährleisten[375]. In der Aufnahme in die Union sah er insbesondere eine Chance für eine friedliche Lösung der Kosovo-Frage. Die Kosten dieser Art der Erweiterung schätzte er zugleich aufgrund der niedrigen Einwohnerzahl der betroffenen Länder als relativ gering ein. Gadzinowskis Begründung für die Unterstützung der Aufnahme der neuen Mitgliedstaaten bestätigt die Vermutung, dass die Linken sich auch dazu verspflichtet fühlten, zur Lösung derjenigen Probleme beizutragen, die keine direkten Auswirkungen auf die Position ihres Staates hatten. In diesem Kontext stimmen sie mit der Aussage der idealistischen Unterkategorie L2 (Lösung der globalen Probleme der Menschheit) überein.

Weitere potentielle Ziele Polens in der EU wurden weniger allgemein unterstützt wie die oben genannten. Aus den Gesprächen mit den Politikern ist zu schließen, dass die polnischen Sozialdemokraten sich über die Notwendigkeit der Unterzeichnung des Lissaboner Vertrags einig sind. Auf ihren Prioritätenlisten setzten dies jedoch lediglich zwei Personen, was darauf zurückzuführen sein könnte, dass der Lissaboner Vertrag nicht ein Ziel, sondern ein Mittel, d.h. eines der Instrumente der Integration ist. Zwei Personen vertraten die Ansicht, dass sich Polen in der EU für die Bekämpfung des Nationalismus und der historischen Ressentiments einsetzen solle. Hier ist eine Übereinstimmung mit der idealistischen Unterkategorie L10 (Versöhnung, Überwindung der Vorurteile) festzustellen. Marek Dyduch, der die Bedeutung der wirtschaftlichen Aspekte der polnischen Außen- und Europapolitik sehr stark betonte, plädierte für den Beitritt Polens in die Euro-Zone[376].

[374] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Piotr Gadzinowski (SLD)*.
[375] In diesem Punkt wiederholt Gadzinowski eine der Thesen des Berichts von Wim Kok über die Folgen der Erweiterung. Vgl.: W. Kok, *Enlarging the European Union. Achievements and Challanges. Report of Wim Kok to the European Commission*, European University Institute. Robert Schuman Centre for Advanced Studies, 26.03.2003, S. 14.
[376] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Marek Dyduch (ehem. SLD)*.

Besonders interessant erscheinen die Aussagen der beiden befragten sozialdemokratischen Politikerinnen, Joanna Senyszyn und Katarzyna Matuszewska. Zu den wichtigsten Prioritäten Polens in der EU zählten sie die Förderung der Frauenrechte sowie die direkte Intervention der EU auf dem Gebiet der sogenannten „Weltanschauungsfragen“[377]. Beide Probleme sind kontrovers – auch in den Reihen der polnischen Linken. Laut Senyszyn und Gadzinowski versuchte sich die Mehrheit der Sozialdemokraten insbesondere in der Ära Miller zu distanzieren, um die Zustimmung der katholischen Bischöfe für die Aufnahme Polens in die Europäische Union nicht zu gefährden[378].

Der Vertreter des linken Flügels der SDPL, Michał Syska, war der einzige, der die Förderung des europäischen Sozialmodells für eine der drei wichtigsten Prioritäten Polens in der EU hielt[379]. Während des Interviews äußerte er sich kritisch zur Bolkestein-Richtlinie, die von der sozialdemokratischen Regierung unterstützt wurde[380]. Syskas Position stimmt mit der Annahme L3 über die Unterstützung der Idealisten für die Idee des Sozialstaates und für die Ausweitung dieses Konzeptes im internationalen Kontext überein. Angesichts der relativen Schlechterstellung Polens durch die eventuelle Nichtimplementierung der Bolkestein-Richtlinie kann in diesem Fall von einer vollkommen idealistischen Motivation gesprochen werden, die im Falle der Unterstützung für die Geldtransfers aus Westeuropa in die neuen Mitgliedstaaten nicht vonnöten ist. In diesem zweiten Fall könnte neben den idealistischen Gründen auch das realistische Kalkül eine wichtige Rolle spielen, da Polen ein Nettoempfänger der Hilfe ist.

Die Prioritäten Polens in der Europäischen Union, die von den befragten Politikern der polnischen linken Parteien genannt wurden, waren sehr allgemein gehalten. Einzelne Befragte äußerten sich präziser. Die von ihnen erwähnten Ziele stimmen mit den Annahmen über die Merkmale der idealistischen Außenpolitik überein.

---

[377] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Joanna Senyszyn (SLD)*; K. Marcinkiewicz, *Interview mit Katarzyna Matuszewska (UP)*.
[378] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Joanna Senyszyn (SLD)*; K. Marcinkiewicz, *Interview mit Piotr Gadzinowski (SLD)*.
[379] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Michał Syska (SDPL)*.
[380] *Ebd.*

Generell ist, wie im Fall der Prioritäten der polnischen Außenpolitik, eine eindeutig positive Einstellung der Sozialdemokraten zur Vertiefung der europäischen Integration festzustellen. Sie sind dazu bereit, die Kompetenzen des Nationalstaats weitgehend einzuschränken, um die Bedürfnisse der Bürger besser zu befriedigen. In Anlehnung an Ulrich Beck forderte Szymon Szewrański die neue Einstellung zur Souveränität[381]. Um ihre nationalen Probleme zu lösen, sollten sich seiner Meinung nach die Staaten „de-nationalisieren und trans-nationalisieren"[382]. Anders als Beck in seinem Artikel interpretiert Szewrański dies nicht als Verzicht auf Souveränität, sondern als deren Neubestimmung[383]. Anstatt den Begriff mit der Unabhängigkeit zu verbinden, versteht der Vorsitzende der Europaplattform der SDPL Souveränität als Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung[384]. Die Politik der Linken orientiere sich auf eine Stärkung dieser in den idealistischen Kategorien definierten Souveränität[385].

[381] Szewrański konkretisierte nicht, welches Werk von Ulrich Beck eine Inspiration für ihn war. In diesem Kontext kann zum Beispiel auf den Text *Der kosmopolitische Staat* hingewiesen werden. Vgl.: U. Beck, *Der kosmopolitische Staat. Staatenbildung neu denken – eine realistische Utopie*, Eurozine 05.12.2001, http://www.eurozine.com/articles/2001-12-05-beck-de.html (Stand: 27.05.2009).
[382] *Ebd.*
[383] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Szymon Szewrański (SDPL)*.
[384] *Ebd.*
[385] *Ebd.*

	Priorität	Anzahl der Befragten, die einzelne Prioritäten erwähnten	Relative Häufigkeit
1	Intensivierung der europäischen Integration, EU als eine Föderation	6	20,69%
2	Aktive Teilnahme an der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik	4	13,79%
3	Bekämpfung des Nationalismus und der Vorurteile	2	6,90%
4	Unterzeichnung des Lissaboner Vertrags	2	6,90%
5	Erweiterung und Ostpolitik	4	13,79%
6	Wirtschaft und Entwicklung dank der EU-Mittel	2	6,90%
7	Beitritt in die Euro-Zone	1	3,45%
8	Führungsposition unter den „neuen Mitgliedstaaten“	1	3,45%
9	Demokratisierung der EU, Union der Bürger	2	6,90%
10	Frauenrechte und Weltanschauungsfragen	2	6,90%
11	Gemeinsame Landwirtschaftspolitk	1	3,45%
12	EU als Gegenpol der USA	1	3,45%
13	Förderung des europäischen Sozialmodells	1	3,45%
	Summe	29	

Tabelle 35. Antworten der linken Politiker auf die Frage 2 (Prioritäten Polens in der EU): Statistik.

3.4.3 Bilanz der sozialdemokratischen Regierungen 2001-2005

Drei Befragte waren selbst Mitglieder der von der sozialdemokratischen Mehrheit gebildeten Regierungen Miller und Belka oder bekleideten andere exponierte politische Ämter. Dazu zählen der ehemalige Innenminister, Ryszard Kalisz, Marek Dyduch, der ehemalige Staatssekretär und Generalsekretär der SLD, und Marek Borowski, der Präsident des Parlaments in den Jahren 2001-2004. Weitere Interviewte waren auf andere Weise in den Reihen der SLD und der UP tätig. Nur eine Person, Szymon Szewrański, gehörte dem Bündnis der Demokratischen Linken beziehungsweise der Arbeitsunion nicht an[386]. Der Vorsitzende der Europaplattform der SDPL trat erst im Jahre 2004 der neu gegründeten Splitterpartei bei.

Die Außenpolitik der Regierungen Miller und Belka wird von den Sozialdemokraten generell gut bewertet. Als größte Errungenschaft der beiden Kabinette sehen sie den Abschluss der Verhandlungen über den Beitritt Polens in die Europäische Union. Die Qualität der ausgehandelten Bedingungen der Erweiterung wird grundsätzlich als gut oder sogar über die Erwartungen hinausgehend bezeichnet. Eine Person, Katarzyna Matuszewska, vertrat in diesem Kontext jedoch eine abweichende Meinung. Ähnlich wie die Vertreter der PiS kritisierte sie die Regierungen der SLD für eine zu weitgehende Nachgiebigkeit in den Gesprächen mit den Vertretern der EU. Die Linken hätten es nicht geschafft, die Ungleichheit, welche das Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Polen vom Jahre 1991 sanktionierte, abzuschaffen[387].

Die ehemaligen Mitglieder der Regierung betonten die destruktive Rolle der Opposition während der Verhandlungen mit der EU. Aggressives Verhalten und populistische Rhetorik der politischen Gegner hätte der regierenden Koalition die Vorbereitung des Landes zur schnellen Integration mit der Gemeinschaft erschwert. Anders interpretiert die Situation Michał Syska, Vertreter des linken Flügels der polnischen Sozialdemokratie. Syska bestreitet die These über die destruktive Rolle der Opposition im Sejm der vierten Wahlperiode nicht, wirft der Regierung Miller aber die

[386] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Szymon Szewrański (SDPL)*.
[387] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Katarzyna Matuszewska (UP)*.

Aneignung der euroskeptischen Sprache der Rechten vor[388]. Der stellvertretende Vorsitzende der SDPL führte als Beispiel der „rechten" Rhetorik des Kabinetts das Treffen der Mitarbeiter und Sympathisanten der linken Zeitschrift „Krytyka Polityczna" mit dem Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz an[389]. Das Treffen wurde nach der Veröffentlichung des „Briefs an die Europäische Öffentlichkeit" von „Krytyka Polityczna" organisiert. Der Brief war laut Syska eine Reaktion auf Jan Rokitas Slogan „Nizza oder der Tod" und sollte den Bürgern der EU ein anderes, europafreundliches Gesicht Polens zeigen. Gemäß Syska vertrat der polnische Außenminister Cimoszewicz während des Treffens mit den Verfassern des Dokuments eine Stellung, die der Position von Rokita näher war als der Linken[390]. Anstatt sich an die Rhetorik der Rechten anzupassen, hätten die Linken damals, so argumentierte der Befragte, eine Gegenposition präsentieren und eine Polemik mit den Aussagen der Euroskeptiker beginnen sollen[391]. Den Mangel an einer Debatte über die Vision der Europäischen Union sah er als eine der größten Schwächen der Linken an[392]. Seiner Position schloss sich sein Parteikollege Szymon Szewrański an[393].

Alle interviewten Sozialdemokraten betonten die bessere Vorbereitung der linken Regierungen bei der Gestaltung der Außenpolitik des Staates, die im Gegensatz zur mangelnden Qualität des nationalkonservativen Kaders stünden. Die Sozialdemokraten hätten mehr Erfahrung und könnten bei den Beziehungen mit den ausländischen Partnern einen besseren Stil entwickeln. Einige der Befragten, insbesondere diejenigen, die in den Jahren 2001-2005 keine wichtigen parteilichen oder staatlichen Ämter bekleideten, zeigten sich skeptisch gegenüber dem Stil der Außenpolitik der SLD. Ihrer Meinung nach kristallisierten sich vor dem Regierungswechsel beziehungsweise nach der Wahl 2005 negative Erscheinungen wie Arroganz, mangelnde Bereitschaft zum Kompromiss und Geringschätzung der ausländischen Partner heraus. Als ein Beispiel solchen

[388] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Michał Syska (SDPL)*.
[389] *Ebd.*
[390] *Ebd.*
[391] *Ebd.*
[392] *Ebd.*
[393] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Szymon Szewrański (SDPL)*.

Verhaltens nennt Katarzyna Matuszewska den von Leszek Miller ohne Rücksprache mit Gerhard Schröder unterzeichneten „Brief von Acht“[394].

Mit dem oben genannten „Brief von Acht“ sei der größte Fehler der sozialdemokratischen Regierungen verbunden, nämlich die Beteiligung am Irakkrieg. Besonders kritisch gegenüber der Entscheidung Millers über die Entsendung der polnischen Soldaten in den Irak argumentierten Michał Syska, Katarzyna Matuszewska und Szymon Szewrański, die Vertreter der jüngeren Generation. Eine zu enge Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten prangerten auch Joanna Senyszyn und Piotr Gadzinowski an. Laut Syska war die Entscheidung über die Zustimmung für den Irakkrieg eine Konsequenz des Pragmatismus, der in den Miller und Belka Regierungen gut vertretenen Generation von Politikern, die ihre Karriere in der technokratischen PZPR von Gierek begannen[395]. Einer der Vertreter dieser Gruppe, Marek Dyduch, erweist sich, entgegen der These Syskas, als einer der überzeugtesten Kriegsgegner. Auch die Befürworter des Krieges, wie der ehemalige Präsident des Sejms, Borowski, bezeichneten den Irakeinsatz als größten Fehler der Außenpolitik der SLD[396]. Zugleich plädierte Borowski jedoch für die Berücksichtigung des Informationsstandes vom Jahre 2003 in der Diskussion über die polnische Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten bei der Intervention am Tigris und Euphrat[397]. Im damaligen Kontext sei die Entscheidung berechtigt gewesen.

Zwei Gesprächspartner, Joanna Senyszyn und Piotr Gadzinowski, kritisierten die linken Regierungen für den Verzicht auf Reformen zur Ausweitung von Schwulen- und Frauenrechten in Polen[398]. Ihrer Meinung nach war dies eine Folge der informellen Vereinbarung mit der katholischen Kirche über die Unterstützung der Aufnahme Polens in die EU. Die Parteiführung habe Angst gehabt, die Durchsetzung der kontroversen Veränderungen im Bereich der Sitten und Moral könnte die polnische Bevölkerung zur

[394] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Katarzyna Matuszewska (UP)*.
[395] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Michał Syska (SDPL)*.
[396] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Marek Borowski (SDPL)*.
[397] *Ebd.*
[398] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Joanna Senyszyn (SLD)*; K. Marcinkiewicz, *Interview mit Piotr Gadzinowski (SLD)*.

Ablehnung des Athener Vertrags über den Beitritt in die EU bewegen[399]. Zugleich hätten die unentschlossenen Wähler sodann leichter von den Argumenten der Euroskeptiker überzeugt werden können, die den Zusammenbruch des traditionellen Familienmodells nach der Erweiterung vorhersagten. Diese defensive Haltung von Miller und Belka war in den Augen der Interviewten ein Fehler.

Auf dem Gebiet der Ostpolitik war die SLD nach Aussage der Interviewpartner ebenfalls wenig erfolgreich. Szymon Szewrański nannte die Politik Polens Russland gegenüber „ungeordnet“[400]. Joanna Senyszyn sah die Ursachen der Spannungen in der übermäßigen Fokussierung beider Seiten auf die Geschichte. Sie wies auch auf die fortbestehenden Ängste der jungen polnischen Generation vor Russland hin, wohingegen sich das Bild Deutschlands in den zwei Dekaden seit dem demokratischen Wandel eindeutig verbessert habe[401]. Besonders besorgt um den Zustand der polnisch-russischen Beziehungen zeigte sich Marek Dyduch, der das Engagement Polens für die ukrainische „Orange Revolution“ für unnötig befand. Polen hätte seiner Meinung nach enger mit den Partnern aus der EU zusammenarbeiten sollen. Die Einmischung in die Ereignisse in der Ukraine habe auf Dauer Polens Eindruck in Russland verschlechtert und die polnisch-russischen Beziehungen belastet[402].

Wie erwartet, bewerteten die Sozialdemokraten die Politik der Regierungen Miller und Belka positiv. Auf der fünfstufigen Skala (von „sehr schlecht“ über „eher schlecht“, „weder gut noch schlecht, „gut“ bis „sehr gut“) wird die Außenpolitik des Bündnisses der Demokratischen Linken als „gut“ eingestuft. Der Beitritt Polens in die EU wird als größter Erfolg und der Irakkrieg als größte Niederlage der SLD identifiziert. Einzelne Befragte nannten weitere Vor- und Nachteile der Außenpolitik der Linken. Insbesondere für die jüngere Generation der Sozialdemokraten und für die Politiker, die ihre Karriere auf der nationalen Ebene erst nach der Abwahl der SLD begannen, war der Pragmatismus und die ideologische Farblosigkeit der in den Jahren 2001-2005 regierenden Kabinette problematisch.

---

[399] *Ebd.*
[400] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Szymon Szewrański (SDPL)*.
[401] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Joanna Senyszyn (SLD)*.
[402] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Marek Dyduch (ehem. SLD)*.

3.4.4 Bilanz der nationalkonservativen Regierungen 2005-2007

Die Bilanz der nationalkonservativen Außenpolitik ist aus der Sicht der Sozialdemokraten eindeutig negativ. Im Gegensatz zur SLD wird die PiS als auf die Gestaltung der Beziehungen mit den ausländischen Nachbarn schlecht vorbereitet bezeichnet. Den Nationalkonservativen wird die Kompromittierung Polens vorgeworfen. Das aggressive Verhalten der PiS führe zur Isolation Polens. Das Land sei zum „schwarzen Schaf" Europas degradiert worden, wie es die Europaabgeordnete der SLD, Lidia Geringer de Oedenberg, formulierte[403]. Die Partei der Brüder Kaczyński wird als nicht kompromissbereit und ewiggestrig beschrieben. Die individuellen Phobien und Vorurteile der PiS-Führung spiegelten sich in der Außenpolitik Polens in den Jahren 2005 bis 2007 wider. Besonders ausgeprägt sei die anti-deutsche Phobie gewesen, die die Beziehungen mit der Bundesrepublik unnötig verschlechtert habe. Die Gebrüder Kaczyńskis könnten den qualitativen Unterschied zwischen den Beziehungen innerhalb der europäischen Union und in der Wirklichkeit der „internationalen Anarchie" nicht erkennen. Sie hätten eine klassische Realpolitik im Stil des neunzehnten Jahrhunderts geführt, ohne die veränderte Rolle der staatlichen Souveränität zu berücksichtigen.

Die Wurzeln der autoritären Tendenzen in der Politik der PiS analysierte Ryszard Kalisz. Seiner Meinung nach lagen diese im nationalkonservativen Konzept der Nation, die nicht als eine Zusammensetzung einzelner Individuen, sondern als ein autonomes Wesen verstanden werde[404]. Die Annahme, dass die Nation ein lebender Organismus sei, habe der Gruppierung von Kaczyński die Ausweitung der staatlichen Kontrolle ermöglicht. Ein einzelnes Glied, das heißt ein Bürger, sei aus der Sicht der PiS nicht zur objektiven Beurteilung der außen- und der innenpolitischen Prozesse fähig. Notwendig sei eine Elite, welche über den besten Überblick über zugängliche Optionen der Politik verfüge. Diese müsse als beste anerkannte Lösung ohne Diskussion implementiert und

[403] *Fragebogen ausgefüllt von Lidia Geringer de Oedenberg*.
[404] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Ryszard Kalisz (SLD)*.

mit der kompromisslosen Entschlossenheit gegenüber den ausländischen Partnern durchgesetzt werden[405].

Die Befragten teilten die Meinung, dass die PiS keine außenpolitischen Erfolge zu verzeichnen hatte. Zugleich aber zeigten sie Verständnis für die Position Polens im Konflikt mit Russland, obwohl sie mit dem Stil der polnischen Politik nicht einverstanden waren. Er sei aus ihrer Sicht unverständlich und durch historische Ressentiments geprägt gewesen.

Zu den Kritikpunkten wird die Nachgiebigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten, der Euroskeptizismus und das Fehlen einer europäischen Vision hinzugefügt. Die Politik der Kaczyński-Brüder habe die europäische Integration gebremst. Durch ihre Aggressivität hätte sich Polen zu einem unberechenbaren Partner entwickelt, mit dem andere Staaten keine engeren Beziehungen eingehen wollten. Diese und andere Kommentare finden ihre Entsprechung in einer Bewertung zwischen „eher schlecht“ und „sehr schlecht“, die die Sozialdemokraten der Außenpolitik der Nationalkonservativen geben.

Die Befragten vertraten eher der Meinung, dass die PiS den Konsens brach, der in der polnischen Außenpolitik seit 1989 existierte. Eine andere Position vertritt Michał Syska, der die Veränderung der Rhetorik der PiS nicht als das Ende des außenpolitischen Konsenses versteht[406]. Syska nennt dies eine Politik der Gesten, die keine substanzielle Änderung des außenpolitischen Kurses von Polen mit sich gebracht habe[407]. Die Nationalkonservativen hätten sich Ziele gesetzt, deren Verwirklichung schwer messbar sei, wie zum Beispiel eine unbeugsame Politik oder der Kampf gegen „die Partei der weißen Fahne“. Diese Formulierungen seien lediglich rhetorische Gesten gewesen, die der Verbesserung der innenpolitischen Position der regierenden Partei gedient hätten[408].

Fast einstimmig befürworteten die Sozialdemokraten die These über die Existenz des überparteilichen Kompromisses bezüglich der polnischen Außenpolitik in den Jahren 1989 bis 2005 zu. Einige wiesen darauf hin, dass der Kompromiss nie alle im Parlament

[405] *Ebd.*
[406] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Michał Syska (SDPL)*.
[407] *Ebd.*
[408] *Ebd.*

vertretenen Parteien umfasst habe. Zugleich betonten sie jedoch die Übereinstimmung zwischen den nacheinander folgenden Regierungen, was auch auf die Nichtbeteiligung der Radikalen an der Macht beziehungsweise auf ihren beschränkten Einfluss auf die Gestaltung der Außenpolitik zurückzuführen sein könnte.

Ein Teil der Interviewten vertrat die These über das unvermeidbare Ende eines Konsenses in der polnischen Außenpolitik. Dieses sei, so argumentieren sie, durch den taktischen Charakter polnischer Politikziele bestimmt gewesen. Die zwei wichtigsten Prioritäten nach 1989 seien der NATO- und der EU-Beitritt gewesen. Nach deren Verwirklichung litten die polnischen Eliten an Orientierungslosigkeit. Syskas Meinung nach hätte dies vermieden werden können, wenn frühzeitig eine Diskussion über eine polnische Vision Europas angestoßen worden wäre. Das Fehlen einer solchen Europadebatte habe die polnische Politik orientierungslos gelassen[409]. Polen sei zur „Republik ohne Kompass“ geworden.

3.4.5 Deutsch-polnische Beziehungen

Die Politiker der linken Parteien machen die nationalkonservative Regierung Polens für die Verschlechterung der Atmosphäre deutsch-polnischer Beziehungen in den letzten Jahren verantwortlich. Zugleich weisen einige unter ihnen auch auf die Fehler der deutschen Seite hin. In diesem Kontext wird am häufigsten die Unterzeichnung der Vereinbarung mit Russland über den Bau der Ostsee-Pipeline erwähnt. Einige der Befragten zeigten jedoch Verständnis für die Entscheidung von Gerhard Schröder.

Zu den wichtigsten Aufgaben, vor denen die Partner stehen, zählen die Linken die Überwindung von Vorurteilen. Die Beziehungen zwischen Berlin und Warschau seien noch immer zu stark auf die Geschichte ausgerichtet. Die Probleme der Gegenwart und der Zukunft fänden nicht ausreichend Berücksichtigung. Hier sind sich sowohl die Vertreter des pragmatischen als auch des linken Flügels einig. Die erste Gruppe fordert die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der zweiten Gruppe steht die Lösung der sozialen Probleme Europas,

[409] *Ebd.*

die in der Kooperation mit den deutschen Gewerkschaften und der deutschen Sozialdemokraten erfolgen soll. Die Fokussierung auf die Geschichte erachten sie für unnötig und ungerecht gegenüber der jüngeren deutschen Generation. Die Versöhnung zwischen den beiden Nationen sei so weit fortgeschritten, dass eine Auseinandersetzung mit der historischen Last im Alltag der deutsch-polnischen Beziehungen zu überwinden sei. Die Deutschen hätten genug Buße getan, mehr dürfe von ihnen nicht erwartet werden, argumentieren die meisten Sozialdemokraten.

Einige polnische Linke sind der Meinung, die Bundesrepublik sei ein verlässlicher Partner Polens, vertrauenswürdiger als Polen selbst. Mehrere der Befragten unterhalten private Beziehungen mit Deutschen. Einige empfinden sogar eine tiefe Sympathie für Deutschland, bedingt durch persönliche Erfahrungen. Das prominenteste Beispiel ist der ehemalige Innenminister Kalisz, der in den achtziger Jahren an der Universität in Zürich studierte und als junger Mensch durch die Bundesrepublik reiste.

Die Frage, ob die Polen den Deutschen vertrauen können, empfanden einige als unpolitisch und weigerten sich aus diesem Grund, sie zu beantworten. Die niederschlesische Europaabgeordnete Geringer de Oedenberg antwortete mit der Frage: „Darf man den Polen vertrauen?“, womit sie ihrer Kritik gegenüber der Fragestellung Ausdruck verleihen wollte[410]. Gleichzeitig jedoch ist ihre Antwort, wie auch die Antworten ihrer Parteikollegen, ein Ausdruck der Ablehnung der nationalen Trennlinien durch die Sozialdemokraten. Das Dilemma scheint ihnen abstrakt und unverständlich. Wie es Marek Dyduch ausdrückte, kann den Deutschen nicht weniger als allen anderen vertraut werden.

3.4.6 Einstellungen zu den vorgeschlagenen Thesen

Im letzten Teil der Befragung las der Interviewer Aussagen vor, zu denen die Befragten Stellung nehmen sollten. An dieser Stelle war ursprünglich eine quantitative Auswertung vorgesehen. Die interviewten Politiker waren jedoch leider nicht dazu bereit, die geschlossenen Fragen zu beantworten. Viele fügten eigene Kommentare hinzu oder

[410] *Fragebogen ausgefüllt von Lidia Geringer de Oedenberg*.

wichen von den vorgeschlagenen Antwortmöglichkeiten ab. Deshalb findet hier anstelle der quantitativen Auswertung eine kurze qualitative Besprechung statt.

Die erste These über die Wichtigkeit der Unbeugsamkeit in der Politik wurde von den Sozialdemokraten abgelehnt. Szymon Szewrański fügte hinzu, dass die Beharrlichkeit in der intellektuellen Debatte, nicht aber in der Politik empfehlenswert sei[411]. Kompromissbereitschaft wurde von den Befragten als wichtige Tugend des Staatsmanns betont. Abgelehnt wurde zudem die Aussage, dass der Respekt der Bürger vor der Obrigkeit erwünscht sei, da er die Durchsetzung der staatlichen Forderungen in den Internationalen Beziehungen vereinfacht. Die Sozialdemokraten sind generell Anhänger des parlamentarischen Regierungssystems und nehmen aus diesem Grund eine kritische Stellung zur These über die Notwendigkeit der Ausweitung der Kompetenzen des Staatspräsidenten ein. Anderer Meinung ist Marek Dyduch, der die Stärkung der Position des Präsidenten um der Effizienz willen begrüßen würde[412]. Michał Syska, auf der anderen Seite, sieht die Ursache der Schwäche der polnischen Demokratie in den direkten Präsidentschaftswahlen. Aufgrun der stark personalisierten Wahlen des Staatsoberhauptes konzentrierten sich die Medien, und somit auch die Wähler, auf die individuellen Merkmale der einzelnen Kandidaten, nicht auf deren Programme[413]. Die These der übermäßigen Zerstreuung politischer Macht in Polen und der unnötigen Debatten bejahte lediglich ein Befragter.

Nur etwa der Hälfte der Befragten wurden die vier oben erwähnten Thesen präsentiert. Vor der zweiten Runde der Interviews, die in Warschau stattfand, wurden die Aussagen modifiziert. Die erste neue These unterstellte, dass das Image des Landes wichtiger sei als die kompromisslose Durchsetzung nationaler Interessen. Die zweite neue These besagte, dass nationale Interessen ohne Rücksicht auf Verlust des internationalen Prestiges verwirklicht werden müssten. Das in beiden Aussagen dargestellte Dilemma beurteilten die Befragten als falsch. Zwischen der Förderung des guten Images des Staates im Ausland und der Verwirklichung der nationalen Interessen bestehe, aus ihrer Sicht, kein Widerspruch.

---

[411] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Szymon Szewrański (SDPL)*.
[412] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Marek Dyduch (ehem. SLD)*.
[413] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Michał Syska (SDPL)*.

Die dritte der vier neuen Thesen forderte die polnische Unterstützung für die Europäische Union auf Kosten der Nationalstaaten. Diese Frage wurde auch bejaht, obwohl einige zugleich betonten, dass die Stärkung der EU die einzelnen Mitgliedstaaten stärken werde (z. B. Witold Gintowt-Dziewałtowski[414]). Als Zustimmung dieser Aussage können auch die pro-europäischen Inhalte der Antworten auf frühere Fragen gewertet werden.

Die letzte neue These bezieht sich auf die Bestätigung der Ausweitung sozialstaatlicher Mechanismen im internationalen Kontext. Die Aussage wurde negativ formuliert: „Jeder Staat trägt ausschließlich Verantwortung für den Wohlstand der eigenen Bürger und sollte keine eigene Mittel für die Verwirklichung des Wohlstandes der Bürger anderer Staaten ausgeben". Die Sozialdemokraten lehnten diese These ab und stimmten zugleich der Idee der grenzüberschreitenden Umverteilung zu. Eine der Befragten betonte, dass eine Ablehnung der Umverteilung im internationalen Kontext negative Folgen für Polen hätte. Diese Art der Argumentation weist auf eine eher zweckrationale Einstellung zum angesprochenen Problem hin. Andere Interviewte scheinen tief von der Idee des Sozialstaates überzeugt zu sein, was von ihrer wertrationalen Motivation zeugt.

3.5 Zwischenfazit: Die außen- und europapolitischen Präferenzen der SLD

3.5.1 Bewertung der Beitrittsverhandlungen

Obwohl die Verhandlungen über den Beitritt Polens zur Europäischen Union offiziell während des Kopenhagener Gipfels der Europäischen Union am 12. und 13. Dezember 2002[415] abgeschlossen wurden, werden ihre Ergebnisse noch immer kontrovers diskutiert. Die ehemaligen Mitglieder der Regierung verteidigen den erreichten Kompromiss. Auch die anderen linken Politiker scheinen mit den vom Miller

[414] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Witold Gintowt-Dziewałtowski (SLD)*.
[415] Der Großteil der Verhandlungen wurde vor dem Gipfel abgeschlossen, daher wird der Gipfel als „offizieller Abschluss" bezeichnet. Vgl.: R. Duda, *Integracja Polski z Unią Europejską. Wybrane aspekty polityki integracyjnej w latach 1991-2004*, Arboretum, Wrocław 2004, S. 132.

Kabinett ausgehandelten Bedingungen der Erweiterung zufrieden zu sein. Wie oben erwähnt, war eine der interviewten Personen gegenteiliger Meinung und kritisierte Millers Regierung für ihre weiche Position in den Verhandlungen. Die Sozialdemokraten hätten es, ihrer Meinung nach, nicht geschafft, die Interessen Polens durchzusetzen und die negativen Folgen des im Jahre 1991 unterzeichneten Partnerschaftsabkommens zu minimieren.

In den Parteidokumenten, die vor dem Abschluss der Verhandlungen verfasst wurden, präsentiert sich die SLD als eine eindeutig pro-europäische Partei. Je nach Charakter des Kontextes, in dem sie geäußert wurde, zeigt sich die Begründung der pro-europäischen Einstellung unterschiedlich. In den Parteidokumenten, die sich an die Parteimitglieder und ihre Anhänger richten, dominieren idealistische Elemente. Erwähnt werden sozialstaatliche Elemente des europäischen Projekts und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit[416]. Im „Brief an die europäischen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien" bat die SLD-Führung um Unterstützung für eine „baldige Aufnahme" in die EU. Gemeinsam mit den Schwesterparteien der „alten Mitgliedstaaten" wollte das Bündnis der Demokratischen Linken ein „soziales Europa" bauen, mit neuen Arbeitsplätzen, erweiterten Bildungsmöglichkeiten, weniger Kriminalität und einer sauberen Umwelt.

1	Politik, die zur Schaffung der Arbeitsplätze führt
2	Förderung der Bildung
3	Bekämpfung der organisierten Kriminalität
4	Förderung des Umweltschutzes

Tabelle 36. Europapolitische Ziele der SLD.

Im Programmmanifest aus dem Jahre 1999 stellten die Sozialdemokraten die Schwächung der Unterstützung für die Integration Polens in die EU fest. Ihre Reaktion darauf formulierten sie in einer technokratischen Sprache, die in Interviews insbesondere

[416] Dieser Aspekt wurde insbesondere in der Rede von Leszek Miller während des Gründungsparteitages der SLD betont, an dem Rudolf Scharping als Gast teilnahm. Vgl. L. Miller, *Wystąpienie inauguracyjne przewodniczącego SLD Leszka Millera*, 08.12.1999, SLD, www.sld.org.pl/download/index/biblioteka/44 *(Stand: 31.05.2009).*

von Vertretern der jüngeren Generation kritisiert wurde. Die Gesellschaft sollte von „messbaren Vorteilen“ der Erweiterung überzeugt werden. „Die Begründung für die Integration liegt in den pragmatischen Vorteilen, nicht in der Geschichte und den Museen“, sagte Leszek Miller im Jahre 1999.

Die „Technokratisierung“ der Sprache, welche die SLD in der Europadebatte verwendete, erreichte während der Parlamentswahlen 2001 eine neue Dimension. Das Bündnis der Demokratischen Linken versuchte, die Rolle einer „catch-all-party“ zu spielen, die alle Gesellschaftsgruppen erreicht. Der Preis dafür war der Verlust eines eindeutigen ideologischen Profils. Im Wahlprogramm vom Jahre 2001 wurden ganz konkret die Prioritäten Polens in den Beitrittsverhandlungen aufgelistet. Als wichtigstes Ziel setzten sich die Sozialdemokraten die Sicherung eines umfassenden Zugangs polnischer Landwirte zur gemeinsamen Landwirtschaftspolitik, und das obwohl die Landwirtschaft nicht zu den Bereichen gehörte, die als Kernkompetenzen der SLD galten. Die zweite Priorität nahm die Reduzierung der Kosten des Umweltschutzes ein, was im Widerspruch zu dem Inhalt des „Briefes an europäische Sozialdemokratische Parteien“ stand. Darauf folgte die Forderung nach einer Garantie des Zugangs zu den Arbeitsmärkten der EU-Mitgliedstaaten für polnische Arbeitsnehmer. Hier unterschied sich die Position der polnischen Linken von den protektionistischen Zügen ihrer westeuropäischen Kollegen, die sich vor dem Lohndumping fürchteten. Die Sozialdemokraten erwarteten auch von der EU Zusagen über umfangreiche Finanzmittel für die regionale Entwicklung und den Ausbau der Infrastruktur. Schließlich argumentierten sie für eine größere Sensibilität der westeuropäischen Partner gegenüber der polnischen Einwände gegen den Kauf der Grundstücke durch die Bürger anderer EU-Mitgliedstaaten. Hiermit übernahmen sie das Postulat der Rechten und drückten es lediglich in anderen Worten aus.

1	Sicherung des breiten Zugangs der polnischen Landwirte zur gemeinsamen Landwirtschaftspolitik
2	Reduzierung der Kosten des Umweltschutzes
3	Freier Zugang polnischer Arbeitskräfte zu den Arbeitsmärkten der EU
4	Regionale Entwicklung, Ausgleich der Unterschiede zwischen den Regionen Polens
5	Einschränkungen des Kaufs polnischer Grundstücke durch EU-Bürger
6	Sicherung von EU-Finanzmitteln für die Entwicklung der Infrastruktur, Verbesserung der Qualität der Verwaltung, den Umweltschutz und Ausgleich der Unterschiede zwischen den Regionen Polens

Tabelle 37. Die Prioritäten Polens in den Beitrittsverhandlungen (Wahlprogramm der SLD 2001).

Die Liste der Prioritäten aus dem Wahlprogramm 2001 weicht deutlich von den früheren Verlautbarungen des Bündnisses ab. Je konkreter die Chance der Sozialdemokraten auf Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten war, desto mehr entfernten sich ihre Positionen von den Grundsätzen, die in den Gründungsdokumenten der SLD genannt wurden. Ihre langfristige Vision Europas deckte sich nicht mit den Zielen, welche die sozialdemokratische Regierung in den Beitrittsverhandlungen mit der EU verwirklichen wollte. Um die Frage zu beantworten, ob die Veränderung der Ziele lediglich ein rhetorisches Manöver war, durch das die Sozialdemokraten an Popularität gewinnen sollten, oder ob es sich um eine tatsächliche Modifizierung der Prioritäten handelte, ist in diesem Kontext eine Analyse der politischen Praxis nötig. Die Antwort auf eine weitere Frage danach, ob die Vision Europas, die in den Gründungsdokumenten der SLD präsentiert wurde, tatsächlich die Präferenzen der Sozialdemokraten widerspiegelte, ist nur schwer zu finden. Sowohl Erkenntnisse aus den Interviews als auch die Sekundärliteratur deuten jedoch auf die These über technokratische bzw. pragmatische Tendenzen innerhalb der sozialdemokratischen Regierungselite hin[417]. Unabhängig davon, wie die oben genannten Fragen beantwortet werden, ist festzustellen, dass die im Kontext der Debatte geäußerten Präferenzen der Linken hinsichtlich des EU-Beitritts Polens sich von einer idealistischen zu einer tendenziell realistischen Position entwickelten.

[417] J. Raciborski, *Konstruowanie rządów i elit rządowych* [in:] J. Raciborski (Hrsg.), *Elity rządowe III RP 1997-2004. Portret socjologiczny*, Wydawnictwo Trio, Warszawa 2006, S. 231-232.

Bei den Verhandlungen über die Aufnahme Polens in die EU konzentrierte sich die SLD auf den Faktor Zeit. Dies wurde insbesondere von den politischen Gegnern des Bündnisses betont und wird zugleich auch anhand der Dokumente ersichtlich[418]. In seiner ersten Regierungserklärung vom Jahre 2001 definierte Leszek Miller den zeitlichen Rahmen des Beitrittsprozesses. Die Verhandlungen sollten im Jahre 2002 abgeschlossen werden, um die Erweiterung im Jahre 2004 zu ermöglichen. Miller bedankte sich bei der scheidenden Regierung für ihre Bemühungen im Verhandlungsprozess. Er kündigte jedoch eine Veränderung der Gesprächsstrategie an. Die Sozialdemokraten wollten zwar „unbeugsam in Bezug auf Prinzipien", aber gleichzeitig effektiver agieren.

Am Rande der Überlegungen über die Beitrittsverhandlungen wird in den Dokumenten der Volksentscheid über den EU-Beitritt Polens erwähnt. Seine Bedeutung betonten auch die Teilnehmer der Interviews. Die sozialdemokratische Regierung fürchtete, dass die Enttäuschung über die Wirtschaftslage und die aggressive antieuropäische Rhetorik von Teilen der Opposition die Bevölkerung entweder zur Ablehnung des Beitrittsvertrags oder zur Nichtbeteiligung an der Abstimmung bewegen könnte. Die Sorgen um das Ergebnis des Referendums trug, laut einiger Befragten[419], zum Verzicht auf die Durchsetzung der ideologisch kontroversen Teilen des Programms der SLD bei. Dies war der Preis, den die Linken für die Unterstützung der katholischen Bischöfe für die Erweiterung der Union bezahlten.

Aus Sicht der politischen Gegner kann die wichtige Bedeutung, welche die Sozialdemokraten einem möglichst schnellen Beitritt zuschreiben, mit deren Fokussierung auf den Eigennutzen ihrer politischen Gruppierung erklärt werden[420]. Karol Karski, der ehemalige Staatssekretär im Außenministerium unter Kaczyński, interpretierte die flexible Position der SLD in den Verhandlungen mit der EU als

---

[418] Vgl.: *List do europejskich partii socjalistycznych i socjaldemokratycznych*, 19.12.1999, SLD, www.sld.org.pl/download/index/biblioteka/45 *(Stand: 31.05.2009)*. Vgl.: K. Marcinkiewicz, *Interview mit Paweł Poncyljusz (PiS)*.

[419] Gemeint sind hier insbesondere die Frauen- und Schwulenrechte. Vgl.: K. Marcinkiewicz, *Interview mit Joanna Senyszyn (SLD)*; K. Marcinkiewicz, *Interview mit Piotr Gadzinowski (SLD)*.

[420] Paweł Poncyljusz interpretiert die hohe Bewertung des Faktors Zeit in den Verhandlungen der SLD-Regierung mit der EU als ein Ausdruck der Bestrebung, die höchstmögliche Anzahl der Stellen in den europäischen Institutionen mit eigenen Mitgliedern zu besetzen. Vgl.: *K. Marcinkiewicz, Interview mit Paweł Poncyljusz (PiS).*

Ausdruck der postkommunistischen Mentalität eines Untertanen[421]. Die kritischen Linken sehen hingegen im Verzicht auf den Kampf um Liberalisierung des Abtreibungsverbots und Ausweitung der Rechte von Homosexuellen den Ausdruck der Ideologielosigkeit der polnischen Sozialdemokratie in der Ära Miller. Eine weitere Erklärung, die hier als Arbeitshypothese angenommen wird, liefert die realistische Theorie der Internationalen Beziehungen. Sobald eine Partei die Regierung bildet, übernimmt sie das berühmte Diktum des amerikanischen Senatoren Arthur Vandeberg: „Politics stops at the water's edge"[422]. In diesem Fall erscheint eine leicht abweichende Formulierung adäquater: „(Partei-) Politik hört dann auf, wenn eine Partei die Regierungsverantwortung übernimmt." Die nationalstaatliche Perspektive tritt anstelle der parteilichen Präferenzen. Ob dies tatsächlich eine zutreffende Beschreibung des beobachteten Phänomens ist, wird im nächsten Kapitel der Arbeit, das der praktischen Politik gewidmet ist, ermittelt.

Ungeachtet einer fortschreitenden „Technokratisierung" beziehungsweise „Entideologisierung" der Sprache der politischen Deklaration der Sozialdemokraten ist hier festzustellen, dass sich die Europapolitik der SLD durch folgende Merkmale auszeichnete: Als erstes Merkmal ist die Betonung des Faktors „Zeit" zu nennen. Linke Politiker gewichteten die Schnelligkeit des Beitritts höher als rechte. Ähnlich wie im Falle der Diskussion über Freiheit und Sicherheit kann in diesem Kontext mit dem Konzept der Opportunitätskosten argumentiert werden. Die Beschleunigung des Beitrittsprozesses bedurfte ferner einer größeren Kompromissbereitschaft in Streitfällen. Dieses von den Nationalkonservativen angeführte Argument wird zudem auch durch die Inhalte der Regierungserklärung von Miller bestätigt. Seine neue Strategie sollte in seinen eigenen Worten „das Einnehmen einer rationaleren Stellung in Bezug auf konkrete Probleme"[423] bewirken, oder anders gesagt die Flexibilisierung der Verhandlungspositionen bedeuten, die als zweites Merkmal Eingang findet. Das dritte

[421] Vgl.: K. Marcinkiewicz, *Interview mit Karol Karski (PiS)*.
[422] Zur empirischen Prüfung der Gültigkeit der These von Senator Arthur Vandenberg in Bezug auf amerikanische Militärinterventionen in den Jahren 1979-2003 vgl.: T. Groeling, M. Baum, *Crossing the Water's Edge: Elite Rhetoric, Media Coverage, and the Rally-Round-the Flag Phenomenon*, „Journal of Politics", 70 (2008) 4, S. 1081.
[423] L. Miller, Polska musi zwyciężyć, „Gazeta Wyborcza", 26.10.2001, S. 12.

Attribut, neben der höheren Wertschätzung des Faktors Zeit und der Kompromissbereitschaft, war die Betonung der Bedeutung vom Image des eigenen Landes im Ausland[424]. Die Sozialdemokraten wollten die Regierungen und die Bevölkerung der alten Mitgliedstaaten in die Richtung beeinflussen, ihre Vorurteile gegen den EU-Beitritt Polens zu überwinden[425].

1	Hohe Gewichtung des Faktors Zeit
2	Flexibilisierung der Verhandlungspositionen
3	Verbesserung des Images Polens im Ausland

Tabelle 38. Präferenzen der SLD in Bezug auf die Verhandlungen über den Beitritt Polens in die EU.

3.5.2. Die Debatte über die Reform der Europäischen Union

Alle befragten Sozialdemokraten deklarieren ihre Unterstützung für eine weitere Stärkung der Europäischen Union. Die Frage nach der geschlossenen Liste von Prioritäten, welche die Politiker in der aus ihrer Sicht optimalen Reihenfolge ordnen mussten, bestätigte die These, dass sie den Ausbau der Kompetenzen der EU für die höchste Priorität der polnischen Außen- und Europapolitik erachten. Ob die Stärkung der Union zur Einschränkung der Rolle der Nationalstaaten führen muss, wurde von den einzelnen Politikern unterschiedlich eingeschätzt. Die Mehrheit vertrat die Meinung, dass eine solche Einschränkung stattfinden würde und begrüßte die Entwicklung als erwünscht. Auf der anderen Seite betonten insbesondere die Politiker mit langjähriger politischer Erfahrung, die der Elite der SLD in der Ära Miller angehörten, dass aus dem Ausbau der Position der EU keine Schwächung der Nationalstaaten resultieren muss.

In den früheren Parteidokumenten stellte die SLD ihre allgemeinen Vorstellungen über das gewünschte Modell der europäischen Union vor. Die Vision Europas des

[424] Ebd, S. 12; *Manifest Programowy – I Kongres 18-19 grudnia 1999*, Warszawa 18.12.1999, SLD, http://www.sld.org.pl/program/p-r-m-a-406/manifest_programowy_i_kongres.htm (Stand: 19.12.2008). Im Programmmanifest ist über die „Sorge um Glaubwürdigkeit Polens als Teilnehmer der internationalen Organisationen und Vereinbarungen“ zu lesen.
[425] L. Miller, Polska musi zwyciężyć, „Gazeta Wyborcza”, 26.10.2001, S. 12.

Bündnisses der Demokratischen Linken stimmte mit der ihrer Schwesterparteien aus den alten Mitgliedstaaten überein. Die wichtigsten Punkte sind im erwähnten „Brief an europäische sozialistische und sozialdemokratische Parteien“ zu finden. Obwohl allgemein formuliert findet im Dokument das Konzept des sozialen Europas Erwähnung[426]. In den Partei- und Regierungsdokumenten, die vor dem Jahre 2002 verfasst wurden, fehlen Aussagen zu den inneren Reformen der Union. Das Thema wurde zum ersten Mal auf dem Forum des Sejms im März 2002 in der Erklärung des Außenministers Cimoszewicz erörtert. In seiner Rede begrüßte Cimoszewicz die Ergebnisse des Gipfels von Laeken, welcher über den Anfang des großen Reformprozesses der institutionellen Strukturen der Union entschied.

Obwohl die Konferenz in Nizza, die zur Unterzeichnung des Nizza-Vertrags führte, ebenfalls die Aufmerksamkeit der polnischen Öffentlichkeit auf sich zog, führte erst die neue Runde der Reformen, die nach dem Treffen in Laeken angekündigt wurde, zu kontroversen Debatten. Der Nizza-Vertrag, der im Februar 2001 noch durch die konservative Buzek Regierung unterzeichnet wurde, wurde in Polen rein pragmatisch als eine institutionelle Sicherung der künftigen Erweiterung gesehen. Im September 2001, als es in Warschau zu einem Regierungswechsel kam, wurde über die Vereinbarung von Nizza schon nicht mehr diskutiert. Auf der anderen Seite hatte die Diskussion über weitere Reformen noch nicht begonnen. Die Öffentlichkeit konzentrierte sich auf die Beitrittsverhandlungen, die zunächst eine Antwort auf die Schlüsselfrage geben sollten, ob, wann und zu welchen Konditionen Polen in die Europäische Union aufgenommen würde. Nach dem Abschluss der Verhandlungen im Dezember 2002 konnte den Reformen der Union mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Sowohl in den Interviews als auch in den Dokumenten äußerten sich die Sozialdemokraten positiv über die Europäische Verfassung und den Nizza-Vertrag. Sie plädierten für die Annahme beider Rechtsakte. Wie im Fall der Diskussion über die Beitrittsverhandlungen ist jedoch bei der Analyse von SLD-Äußerungen aus unterschiedlichen Zeiträumen eine Entwicklung von idealistischen zu realistischen

[426] Die Notwendigkeit der Verwirklichung des Modells eines sozialen Europas wurde ausdrücklich im Europamanifest aus dem Jahre 2004 betont. Vgl.: *Manifest Europejski SLD* [in:] I. Słodkowska, M. Dołbakowska (Hrsg.), *Eurowybory 2004. Kandydaci i Programy*, ISP PAN, Warszawa 2005, SLD, S. 72.

Positionen erkennbar. Die Tendenz zur rhetorischen Unterstützung der Stärkung der EU und die gleichzeitige Forderung nach der Sicherung der in Nizza ausgehandelten Privilegien Polens wird am besten in der Erklärung Cimoszewiczs vom Jahre 2004 kenntlich gemacht. Ähnliche Akzente finden sich auch im Text der Ansprache des Außenministers vom Jahre 2003. Schon im Jahre 2005 jedoch, nach Abschluss des Kompromisses über die Verfassung für Europa, stellte sich der neue Außenminister Rotfeld eindeutig auf die Seite der Anhänger des Verfassungsvertrags. Er gab zwar zu, dass die Verfassung in schwieriger Sprache geschrieben sei, seine Ablehnung würde aber die Selbstisolierung Polens bedeuten. Polen entwickle sich sodann zu einem „Bremser" Europas, warnte Rotfeld mit den Worten, die später mehrere Interviewte in Bezug auf die Europapolitik der Kaczyński-Ära verwendeten.

Analog zur Verteidigung der Europäischen Verfassung fordern die polnischen Linken auch die Ratifizierung des Lissaboner-Vertrags. Ihre Unterstützung für die neue Vereinbarung ist sogar vehementer als in der Verfassungsdebatte. Dies kann wiederum durch die „Enttechnokratisierung" beziehungsweise „Ideologisierung" der SLD erklärt werden, die auf die verlorenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen folgte. Eine der Abgeordneten des Bündnisses war der Meinung, dass eine Nichtratifizierung des Lissaboner Vertrags zur Amtsenthebung des Staatspräsidenten Lech Kaczyński führen sollte.

Für viele der befragten Sozialdemoraten bedeutet die Stärkung der Europäischen Union eine Entwicklung in Richtung einer europäischen Föderation. Diese Einstellung spiegelt sich, mit Ausnahme des Europamanifestes, in den Programmdokumenten kaum wider, bestätigt jedoch die allgemeine Tendenz zum Euro-Optimismus unter den polnischen Linken. Die Überzeugung einer Möglichkeit der Gründung der „Vereinigten Staaten von Europa" geht einher mit der Forderung nach einem Ausbau der demokratischen Mechanismen in der Europäischen Union. Aus Sicht der Sozialdemokraten sollten die Bürger der EU eine politische Nation mit größtmöglichem Einfluss auf die Politik der Gemeinschaft bilden. Als ein Beispiel der neuen Dimension der Demokratie auf der EU-Ebene nannte Michał Syska die Aufstellung gemeinsamer europaweiter Parteilisten, über die auf dem ganzen Gebiet der Gemeinschaft abgestimmt

werden kann. Ähnlich radikal erscheint das Europamanifest, das eine explizite Forderung nach dem föderalen Modell enthält[427]. Als ersten Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel schlagen die Sozialdemokraten eine Intensivierung des Gedankenaustauschs zwischen der Gesellschaft und den Regierenden vor[428].

Wichtig innerhalb der Europäischen Union ist für die Sozialdemokraten auch die Intensivierung der Aktivitäten der EU im Ausland. Im Hinblick auf die Sicherheitspolitik gehen die Meinungen auseinander. Die Vertreter der älteren Generation, das heißt mit längerer politischer Erfahrung, wollen sicherheitspolitische Probleme innerhalb der NATO lösen. Die jüngeren Politiker sind dagegen dazu bereit, die Idee der Gründung einer gemeinsamen europäischen Armee zu unterstützen. Beide Gruppen sind sich jedoch einig bei der Notwendigkeit einer engen Koordination der Außenpolitik der Mitgliedstaaten und letztendlich der Entwicklung einer eigenen Außenpolitik der Gemeinschaft, die von einem Außenminister der Europäischen Union geleitet wird.

Anders als die Rechten fordern die polnischen Linken eine engere Integration der Mitgliedstaaten der EU in Weltanschauungsfragen. Obwohl diese Forderung in den Partei- und Regierungsdokumenten nicht betont wurde, ist anhand der Interviews festzustellen, dass dieses Thema für die Sozialdemokraten eine wichtige Bedeutung hat. Die Befragten bevorzugen die Einführung einheitlicher Standards auf dem Gebiet der ganzen Gemeinschaft, zum Beispiel die Legalisierung von Abtreibungen und eine Garantie von Rechten für Homosexuelle. Auch wenn diese Postulate nicht als offizielle Position der Partei formuliert wurden, zeigt das Interesse der Mitglieder an diesen Themen, dass sie dennoch zu den politischen Zielen der polnischen Linken gezählt werden müssen.

Die Liste der Präferenzen der polnischen Sozialdemokraten im Kontext der Debatte über die institutionelle Reform der Europäischen Union kann in sechs Punkten zusammengefasst werden. Erstens fordern die Linken die Stärkung der Europäischen Union und zum Teil sogar die Entwicklung der EU zu einer Europäischen Föderation.

---

[427] *Ebd.*, S. 73.

[428] *Deklaracja Krajowej Konwencji Programowej SLD w sprawie przyszłości Europy i Konstytucji Europejskiej* [in:] *Biuletyn po Krajowej Konwencji Sojuszu Lewicy Demokratcznej 2-3 czerwca 2007*, SLD, http://www.sld.org.pl/program/p-r-m-a-434/biuletyn_programowy_po_konwencji_sld_2007.htm (Stand: 26.08.2009), S. 10-11.

Daraus resultiert zweitens ihre Unterstützung für den Verfassungsvertrag und für den Lissaboner Vertrag, dessen Ratifizierung sie vom polnischen Präsidenten Lech Kaczyński fordern. Drittens soll parallel zur Vertiefung der institutionellen Integration eine Demokratisierung der EU erfolgen. Viertens erwarten sie, dass eine enger integrierte Union gemeinsame soziale Standards schaffen und auf dem ganzen Gebiet durchsetzen kann. Dies betrifft fünftens auch die „Weltanschauungsfragen". An sechster und somit an letzter Stelle muss die Gemeinschaft eine eigene Außen- bzw. auch Sicherheitspolitik vorweisen können.

1	Stärkung der EU (bzw. teilweise auch Verwandlung in eine Föderation)
2	Unterstützung für den Verfassungsvertrag und den Lissaboner Vertrag
3	Demokratisierung der EU
4	Gemeinsame soziale Standards (soziales Europa)
5	Engere Integration auf dem Gebiet von Weltanschauungsfragen
6	Ausbau der gemeinsamen Außenpolitik (bzw. teilweise auch der Sicherheitspolitik)

Tabelle 39. Präferenzen der SLD in der Debatte über die institutionelle Reform der EU.

3.5.3 Sicherheitspolitik und europapolitische Implikationen der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten

Ein weiteres Thema, dem sowohl die Autoren der Programmdokumente als auch die Befragten viel Aufmerksamkeit widmeten, sind die Beziehungen Polens mit den Vereinigten Staaten und die Intervention im Irak. Beide Aspekte werden im Kontext der polnischen Sicherheitspolitik angesprochen. In diesem Fall zeichnet sich wieder eine Diskrepanz der Ziele ab, die von den Sozialdemokraten in unterschiedlichen Momenten als erstrebenswert angesehen wurden. In ihren Erklärungen sprachen sich beide

sozialdemokratischen Premierminister (Miller und Belka[429]) und auch beide Außenminister (Cimoszewicz und Rotfeld[430]) für eine enge Kooperation zwischen Polen und den Vereinigten Staaten aus. Die transatlantischen Beziehungen wurden von den Regierungen der SLD als zweitwichtigster Aspekt der polnischen Außenpolitik angesehen. Die Vereinigten Staaten waren der prominenteste nationalstaatliche Partner Polens und wurden in den offiziellen Dokumenten vor Deutschland genannt. Sowohl eine bilaterale als auch eine multilaterale Zusammenarbeit mit den USA innerhalb der NATO sollte ihrer Meinung nach die Grundlage der polnischen Sicherheitspolitik bilden.

Der Aufbau einer strategischen polnisch-amerikanischen Partnerschaft gehörte zu den wichtigsten Prioritäten Polens in der Ära von Miller und Belka. Paradoxerweise sind in den Interviews hierauf keine Hinweise zu finden. Ganz im Gegenteil, die Sozialdemokraten nahmen in den persönlichen Gesprächen kritisch Stellung zur Zusammenarbeit von Warschau und Washington. Einige der Interviewpartner plädierten für eine Neuorientierung der polnischen Außenpolitik und für den Verzicht auf besondere Beziehungen mit den Vereinigten Staaten. Die anderen Befragten verwiesen auf die Notwendigkeit einer Umstrukturierung der Partnerschaft, um mehr Symmetrie zwischen den Partnern zu schaffen, lehnten aber die herausgehobene Bedeutung der Position der USA in der polnischen Außenpolitik nicht ab.

Entscheidend Einfluss auf die Wahrnehmung der polnisch-amerikanischen Zusammenarbeit durch die Sozialdemokraten nahmen die Erfahrungen, die mit dem Irakkrieg verbunden waren. Obwohl die Teilnehmer der Interviews sich differenziert

---

[429] Vgl.: L. Miller, *Przedstawienie przez prezesa Rady Ministrów programu działania Rady Ministrów z wnioskiem o udzielenie jej wotum zaufania*, Sejm RP, 25.10.2001, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 20.09.2008); L. Miller, *Rozpatrzenie wniosku prezesa Rady Ministrów o wyrażenie przez Sejm Rzeczypospolitej Polskiej wotum zaufania Radzie Ministrów*, Sejm RP, 13.06.2003, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 20.9.2008); M. Belka, *Przedstawienie przez prezesa Rady Ministrów programu działania Rady Ministrów z wnioskiem o udzielenie jej wotum zaufania*, Sejm RP, 14.05.2004, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 26.12.2008).

[430] Vgl.: W. Cimoszewicz, *Informacja ministra spraw zagranicznych o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski*, Sejm RP, 14.03.2002, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 25.12.2008); W. Cimoszewicz, *Informacja rządu na temat polskiej polityki zagranicznej w 2003 roku*, Sejm RP, 22.01.2003, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 25.12.2008); W. Cimoszewicz, *Informacja ministra spraw zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2004 roku*, Sejm RP, 21.01.2004, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 25.12.2008); A. Rotfeld, *Informacja ministra spraw zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2005 roku*, Sejm RP, 21.01.2005, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 25.12.2008).

über die Intervention an Tigris und Euphrat im Jahre 2003 äußerten, vertrat die Mehrheit die Meinung, dass die Teilnahme am Konflikt zu den größten Fehlern der SLD zu zählen sein. Einige rechtfertigten die Entscheidung mit der Unvollkommenheit der Informationen, die den polnischen Politikern kurz vor dem Ausbruch des Krieges zuteil wurden. Auch sie bewerteten die Intervention im Rückblick als einen falschen Schritt.

In den Parteidokumenten der SLD wurde die Bedeutung der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten, beziehungsweise innerhalb der NATO, am häufigsten im Kontext der Debatte über die Modernisierung der polnischen Streitkräfte erwähnt. Mit den politischen Konsequenzen der Annäherung an Washington wurde Warschau erst nach dem Ausbruch des Irakkonflikts konfrontiert. Zu diesem Zeitpunkt versuchte der polnische Außenminister Cimoszewicz, Polen als einen transatlantischen Brückenbauer zu präsentieren. Als ein Land, das außerordentlich gute Beziehungen mit der Bush-Regierung pflegte und zugleich in die Europäische Union aufgenommen wurde, wollte Polen zur Schließung der transatlantischen Kluft beitragen. Aus der Erklärung von Cimoszewicz vom Jahre 2004 wird ersichtlich, dass die polnischen Sozialdemokraten an der Versöhnung zwischen Europa und Amerika interessiert waren[431]. Die Verstimmungen zwischen ihren beiden wichtigsten Partnern, der EU und den USA, hatte für die SLD nachteilige Konsequenzen. Ihre uneingeschränkte Unterstützung für die rechte Bush-Regierung führte zur Verschlechterung der Beziehungen mit den wichtigsten Staaten der Gemeinschaft wie der Bundesrepublik Deutschland, die bis 2005 vom linken Kabinett Schröder regiert wurde.

Seit dem Beitritt zur NATO im Jahre 1999 sympathisierten die polnischen Eliten weniger mit der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik. Die äußere Sicherheit Polens sollten der Nordatlantikpakt und die privilegierte Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten garantieren. Offenheit für europäische Formen der sicherheitspolitischen Kooperation signalisierte Cimoszewicz erstmals im Jahre 2004 in derselben Erklärung, in der er für die Versöhnung in den transatlantischen Beziehungen plädierte. Er machte die Teilnahme Polens an der Initiative von ihrer Vereinbarkeit mit der polnischen NATO-Mitgliedschaft abhängig. Die

[431] W. Cimoszewicz, *Informacja ministra spraw zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2004 roku*, Sejm RP, 21.01.2004, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 25.12.2008).

sozialdemokratische Regierung erstrebte erneut eine gute Zusammenarbeit mit der EU, jedoch ohne eine Schwächung der Freundschaft mit den Vereinigten Staaten. Die Förderung von guten Kontakten mit den beiden wichtigsten Partnern und eine Verbesserung der Atmosphäre der transatlantischen Beziehungen bilden die erste Priorität der SLD im Kontext des hier besprochenen Teilbereichs der Europapolitik.

Zur eindeutigen Veränderung der Einstellung der Sozialdemokraten gegenüber der weiteren Vertiefung der polnisch-amerikanischen Partnerschaft kam es im Jahre 2006, d.h. schon nach dem Machtverlust. Die Sozialdemokraten begannen zu diesem Zeitpunkt eine Diskussion über eine geplante Dislokation des amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen. Ein Jahr später kündigten die Delegierten ihre Ablehnung des Projekts an. Diese Ereignisse reichen jedoch über den zeitlichen Rahmen dieser Abhandlung hinaus. Die Veränderung des Kurses der SLD stimmt mit der Kritik an der amerikanischen Politik in den Interviews überein. Dieser Faktor kann jedoch nicht der Liste der Präferenzen der SLD zugeordnet werden, da die Entwicklung der kritischen Einstellung gegenüber den USA erst als Reaktion auf Fehler der praktischen Politik erfolgte (beziehungsweise an Beliebtheit gewann).

Die Intervention im Irak stellte für die sozialdemokratische Elite einen Glaubwürdigkeitstest dar. Durch ihre Treue gegenüber dem amerikanischen Verbündeten wollte die Regierung Miller ihre Zugehörigkeit zum politisch verstandenen „Westen" bestätigen. Der Krieg gegen den Irak war laut dieser Hypothese, die auf Aussagen einiger Befragter und dem Inhalt der zweiten Erklärung Millers[432] basiert, nicht ein Ziel an sich selbst, sondern ein Mittel zum Zweck. Die Haltung der Regierung sollte eine Bestätigung der Transformation der polnischen Postkommunisten in prowestliche Sozialdemokraten ausdrücken. Anders als erwartet, trug diese Entscheidung besonders in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zur Verschlechterung des Images Polens und der polnischen Sozialdemokraten bei. Der Misserfolg des politischen Kalküls, das hinter der Beteiligung Polens am Irakkonflikt stand, mündete in eine Welle der Enttäuschung

[432] L. Miller, *Rozpatrzenie wniosku prezesa Rady Ministrów o wyrażenie przez Sejm Rzeczypospolitej Polskiej wotum zaufania Radzie Ministrów*, Sejm RP, 13.06.2003, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 20.9.2008).

der polnischen Linken über die Vereinigten Staaten. Sie fand ihren Ausdruck in der Veränderung der Parteilinie in den Jahren 2006 und 2007.

Die Präferenzen der SLD in Bezug auf die Sicherheitspolitik und die europapolitische Implikationen der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten können in folgenden Punkten zusammengefasst werden: Erstens wollten die Sozialdemokraten gleich gute Beziehungen mit der Europäischen Union und mit den Vereinigten Staaten pflegen. Zweitens war ihre Entscheidung über die Teilnahme am Irakkrieg, die in den Reihen der SLD zu Kontroversen führte, nicht machtpolitisch motiviert, sondern sollte ein Zeichen der Zugehörigkeit zum politischen „Westen" sein. Drittens wollten die Sozialdemokraten die polnische Sicherheitspolitik in erster Linie sowohl bilateral als auch im Rahmen der NATO auf die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten stützen. Daraus folgte viertens ihre bedingte Zustimmung für die Teilnahme an den europäischen Sicherheitsprojekten. Fünftens strebte die linke Regierung eine schnellstmögliche Verbesserung des transatlantischen Verhältnisses sowie eine Versöhnung zwischen Polen und den westeuropäischen Verbündeten an, insbesondere mit Deutschland und Frankreich.

1	Gleich gute Beziehungen mit den USA und mit der EU
2	Teilnahme am Irakkrieg als Zeichen des Abschieds von der kommunistischen Vergangenheit
3	Sicherheitspolitik Polens soll in erster Linie auf der Partnerschaft mit den USA und der NATO basieren
4	Zustimmung für europäische Sicherheitspolitik solange sie mit der NATO übereinstimmt
5	Förderung der Versöhnung in den transatlantischen Beziehungen

Tabelle 40. Präferenzen der SLD in Bezug auf Sicherheitspolitik und auf europapolitische Implikationen der Beziehungen mit den USA.

3.5.4 Ostpolitik im Kontext der Europäischen Union

Das letzte der vier Themenfelder, auf die sich die Debatte über die polnische Europapolitik konzentriert, ist die östliche Dimension der europäischen Nachbarschaftspolitik. Von den vier Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die an die Gemeinschaft grenzen, sind drei auch die Nachbarn Polens. In dieser Gruppe fällt der Ukraine eine privilegierte Position zu, die von der polnischen Seite seit der „Orangen Revolution" mit großer Sympathie wahrgenommen wird. Die Geschichte der polnisch-ukrainischen Partnerschaft beginnt vor dem Jahr 2004. Der aus den Reihen der SLD stammende Staatspräsident Kwaśniewski pflegte gute Beziehungen mit dem früheren ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma[433]. Schon damals erklärte sich Polen zur Unterstützung der Öffnung der Institutionen Westeuropas für die Ukraine bereit, was sich unter anderem auch in Cimoszewiczs Rede zur polnischen Außenpolitik vom Januar 2004 widerspiegelt[434]. Der polnische Außenminister äußerte die Bereitschaft Polens zur Unterstützung der Integration der Ukraine mit der NATO und der EU. Er forderte Kiew zudem zu Reformen auf. Der Erfolg der ukrainischen Demokratiebewegung motivierte Polen zur Vertiefung der Partnerschaft mit dem südwestlichen Nachbarland.

Die Sozialdemokraten plädieren für die Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union, obwohl sie der Meinung sind, dass der Prozess der Integration dieses Landes mit den europäischen Institutionen noch lange dauern wird. Einer der Befragten vertrat die These, dass die euphorische Unterstützung der Ukraine für die Verschlechterung der Beziehungen mit Russland verantwortlich sei, was letztlich politische und wirtschaftliche Verluste auf der polnischen Seite verursacht habe. Diese kritische Stimme zur polnischen Politik gegenüber der Ukraine ist Ausdruck der für die Sozialdemokraten charakteristischen Sorge um den Zustand der polnisch-russischen Beziehungen. Diese Dimension der Außenpolitik zählt seit der Gründung der Dritten Republik zu den

[433] Über gute Beziehungen zwischen den beiden Präsidenten berichten die Texte aus der „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej". Vgl. z. B.: Z. Szmyd, *Stosunki dwustronne Polski. Ukraina*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2001", S. 230.
[434] W. Cimoszewicz, *Informacja ministra spraw zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2004 roku*, Sejm RP, 21.01.2004, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 25.12.2008).

Bereichen der Politik, in welchen sich die SLD ihren politischen Konkurrenten gegenüber deutlich überlegen wähnte.

In den Beziehungen mit Russland wollten sich die polnischen Linken auf wirtschaftliche Probleme konzentrieren. In den Interviews sprachen sie sich eindeutig für die Überwindung von Vorurteilen zwischen Polen und Russen und für die Beendigung der Diskussionen über problematische Aspekte der gemeinsamen Geschichte der beiden Nationen aus. Die Sozialdemokraten waren bereit, Fehler auf beiden Seiten als Ursache der Verschlechterung des polnisch-russischen Verhältnisses anzuerkennen, obwohl die Hauptverantwortung für die Krise dem ehemaligen russischen Präsidenten und gegenwärtigen Premierminister Wladimir Putin zugeschrieben wird. Die Vertreter der linken Parteien zeigten sich auch in Bezug auf die Einschätzung der potentiellen Gefahr für Polen, die von Russland ausgehen könnte, optimistischer. Auch wenn sie politische Entwicklungen im größten Nachbarland Polens negativ bewerteten, waren sie der Meinung, dass die potentielle Bedrohung durch Russland überschätzt werde.

Die Beziehungen mit Russland hatten bis zur EU-Beitritt Polens einen bilateralen Charakter. In Bezug auf den baldigen EU-Beitritt plädierten die Sozialdemokraten jedoch für intensivere Kontakte zwischen Brüssel und Moskau und gegen eine Aufteilung Europas „in Bessere und Schlechtere, in diejenige, die drin sind und Ausgeschlossene“[435]. Schon in seiner Erklärung vom Jahre 2002 wies der Außenminister Cimoszewicz auf die Chancen hin, die sich für Polen aus der Ostpolitik der Union ergeben könnten. In der Praxis wurde die EU aber erst durch die nationalkonservative Regierung in die polnisch-russische Zusammenarbeit einbezogen, nämlich durch eine von Polen initiierte Blockade der Verhandlungen über eine Verlängerung des EU-Russland-Partnerschaftsabkommens[436] im November 2006[437]. In den Interviews argumentierten die einzelnen Befragten für ein stärkeres Engagement der EU in den

[435] W. Cimoszewicz, *Informacja ministra spraw zagranicznych o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski*, Sejm RP, 14.03.2002, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 25.12.2008).
[436] *Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zur Gründung einer Partnerschaft zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Russischen Föderation andererseits*, EurLex, 21997A1128(01), http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:21997A1128(01):DE:NOT (Stand: 06.06.2009).
[437] *Poland Veto Escalates Beef with Moscow*, „Spiegel-Online International”, 24.11.2006, http://www.spiegel.de/international/0,1518,450496,00.html (Stand: 06.06.2009).

polnisch-russischen Beziehungen. Laut Sozialdemokraten kann Polen nur in enger Zusammenarbeit mit den anderen Staaten die Beziehung zu seinem größten Nachbarn verbessern und ausbauen. Die Idee einer „Europäisierung" der Beziehungen mit Moskau entspricht der von der SLD geforderten Einbettung der polnisch-amerikanischen Beziehungen in die euro-atlantische Zusammenarbeit. Anders als im Falle der Zusammenarbeit mit den USA wird die Forderung nach der Gestaltung der Partnerschaft mit Russland mithilfe der geeigneten EU-Mechanismen schon in den frühen Programmdokumenten der SLD laut. Aus diesem Grund ist dieser Gedanke als eines der Merkmale der sozialdemokratischen Europapolitik zu werten.

Ein weiterer relevanter Punkt der östlichen Dimension der Europäischen Nachbarschaftspolitik sind aus der Sicht der SLD die Beziehungen mit Weißrussland. Hier fordern die Sozialdemokraten die Intensivierung der Kontakte mit Minsk, die aufgrund der diktatorischen Tendenzen von Alexandr Lukaschenka seit Jahren eingefroren sind. Die Befragten äußerten in den Interviews die Meinung, dass die Einschränkung der Beziehungen mit Weißrussland die Lösung wichtiger Probleme zwischen den Nachbarn behindere. Ähnlich wie ein Teil der Vertreter der Demokratischen Partei in den Vereinigten Staaten gegenüber Kuba, ziehen die polnischen Sozialdemokraten die Öffnung gegenüber Minsk einer Politik der Sanktionen vor. Einer der Befragten wies auf Parallelitäten zwischen der liberalen Einstellung gegenüber Weißrussland und der Entspannungspolitik des Westens zur Zeit des Kalten Krieges hin. Aus seiner Sicht könne eine „weiche" Strategie, die zum Gedankenaustausch führe, das Regime von Lukaschenka stärker schwächen als die bisherige kompromisslose Haltung.

Weniger Aufmerksamkeit widmen die Sozialdemokraten den weiteren Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Die Republik Moldau, die auch zu den Nachbarn der erweiterten Europäischen Union zählt, findet in den Überlegungen über die polnische Vision der europäischen Ostpolitik keine Berücksichtigung. Die Perspektiven einer engen Partnerschaft mit den Staaten des Kaukasus und Zentralasiens bewerten die polnischen Linken kritisch. Sie sehen Russland als einen Schlüsselspieler, mit dem sich Polen verständigen muss. Die Verbesserung dieser Beziehungen möchten sie durch eine

Verwicklung in Konflikte zwischen Moskau und den ehemaligen Teilrepubliken der Sowjetunion nicht gefährden.

Die Präferenzen der Sozialdemokraten in Bezug auf die östliche Dimension der europäischen Nachbarschaftspolitik können in fünf Punkten zusammengefasst werden: Erstens sprechen sie sich für die Aufnahme der Ukraine in die NATO und die EU aus, nehmen jedoch an, dass dies in den nächsten Jahren nicht passieren werde. Mittelfristig postulieren sie die Förderung, den Aufbau der demokratischen Institutionen und die bessere Einbindung Kiews in die Strukturen der Nachbarschaftspolitik der Gemeinschaft. Zweitens streben die polnischen Linken eine Verbesserung der Beziehungen mit Russland an. Die Zusammenarbeit mit Russland soll sich auf konkrete wirtschaftliche Fragen konzentrieren. Historische Debatten sollen von der Tagesordnung verschwinden. Drittens soll die polnisch-russische Kooperation in die Strukturen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik eingebettet werden. Klassische bilaterale Formen der Zusammenarbeit sind nach Meinung der Sozialdemokraten ineffizient. Viertens begrüßen die Mitglieder der SLD und der weiteren linken Gruppierungen eine Lockerung der Sanktionen gegenüber Weißrussland, denn dieser Schritt würde zur Erosion der Diktatur von Lukaschenka beitragen. Fünftens setzen sie wenig Hoffnung auf eine Partnerschaft mit den Staaten des Kaukasus, wie sie insbesondere von den Nationalkonservativen forciert wird. Die Probleme der Energiesicherheit in Polen können aus Sicht der SLD nur in der Zusammenarbeit mit Russland gelöst werden.

1	Partnerschaft mit der Ukraine und Unterstützung für ihre Aufnahme in die EU und NATO (obwohl langer Prozess)
2	Verbesserung der Beziehungen mit Russland: Wirtschaftspolitik im Vordergrund, das Ende der Debatte über die Geschichte, Überwindung der Vorurteile
3	„Europäisierung“ der polnisch-russischen Beziehungen
4	Liberalisierung der Sanktionen gegen Weißrussland
5	Partnerschaft mit Russland, nicht mit den Staaten des Kaukasus, als Schlüssel zur Energiesicherheit

Tabelle 41. Präferenzen der SLD in Bezug auf die Ostpolitik der EU.

4. Die Praxis der Europapolitik der Regierungen Miller und Belka

4.1 Die Beitrittsverhandlungen

4.1.1 Die Vorgeschichte der Beitrittsverhandlungen

Polnische politische Eliten lösten bereits Ende 1989 eine Diskussion über die künftige Teilnahme Polens an den Prozessen der europäischen Integration aus. Anlass dafür gab die Ernennung des ersten nichtkommunistischen Premierministers Polens in der Nachkriegszeit[438]. Inmitten der politischen und wirtschaftlichen Transformation wurden Projekte realistisch, welche einige Jahre zuvor für vollkommen undurchführbar gehalten wurden. Die Regierung von Mazowiecki ergriff die Chance und nahm einen Kurswechsel der polnischen Außenpolitik um 180 Grad vor. Die Westbindung wurde zur wichtigsten Priorität der auf den Trümmern der kommunistischen Diktatur entstehenden Dritten Republik.

Das Fundament für die Annäherung zwischen Polen und der Europäischen Gemeinschaften wurde noch vor den Verhandlungen am Runden Tisch gelegt, die im Frühjahr 1989 stattfanden. Am 25. Juni 1988 erklärten die Vertreter der EWG und des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Luxemburg die Aufnahme der Beziehungen zwischen den beiden Organisationen[439]. Dieser Schritt ebnete den Weg für die Aufnahme der Beziehungen zwischen Polen und der EWG im September 1988[440]. Im Februar 1989 nahm die Europäische Kommission Verhandlungen mit Polen auf, die zum „Abkommen über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit“ am 19.

[438] Edward Osóbka-Morawski (Premierminister Polens in den Jahren 1944-1947) und Józef Cyrankiewicz (Premierminister 1947-1952 und 1954-1970) waren während der Bekleidung des Amtes (Cyrankiewicz nur bis 1948) offiziell keine Angehörige der kommunistischen Partei PPR, sondern gehörten der sozialdemokratischen PPS an. Nach der Vereinigung von PPR und PPS im Dezember 1948 trat Cyrankiewicz der neuen Partei bei.
[439] R. Duda, *Integracja Polski z Unią Europejską. Wybrane aspekty polityki integracyjnej w latach 1991-2004*, Oficyna Wydawnicza Arboretum, Wrocław 2004, S. 13.
[440] *Ebd.*, S. 6.

September 1989 führten[441]. Das Konzept des Dokuments entstand noch vor der Wende und hatte im Vergleich mit den inzwischen gewachsenen Erwartungen Polens eher minimalistischen Charakter.

Über eine neue Phase der Zusammenarbeit zwischen Polen und der Gemeinschaft kann seit dem Beginn der Debatte über ein Assoziationsabkommen gesprochen werden. Die Idee der Schaffung eines neuen Rahmens für die Kooperation wird Ende 1989 während der Sitzung des Europäischen Rates in Straßburg erkennbar[442]. Die Verhandlungen, welche beide Partner im Dezember 1990 aufnahmen, ermöglichten die Unterzeichnung der Vereinbarung am 16. Dezember 1991 in Brüssel[443]. Das sogenannte Europa-Abkommen trug zur Annäherung zwischen Polen und der EWG bei. Eine Perspektive zur Integration in die Gemeinschaft vor dem Inkrafttreten des Vertrags zur Europäischen Union[444] wurde zwar nicht erreicht, war aber aus polnischer Sicht offensichtlich[445].

Zwei Monate nach dem Inkrafttreten des Europa-Abkommens stellte Polen ein Beitrittsgesuch an die Europäische Union[446]. Als Ermutigung für Warschau dienten die Ergebnisse des Europäischen Rates in Kopenhagen. Während des Treffens in der Hauptstadt Dänemarks im Juni 1993 einigten sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten auf drei Gruppen von Kriterien. Die Erfüllung der politischen und ökonomischen Standards wie auch die Fähigkeit, die Verpflichtungen eines Mitglieds zu

[441] *Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Volksrepublik Polen über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit*, Amtsblatt [der Europäischen Gemeinschaften] Nr. L 339 vom 22.11.1989, S. 2.
[442] Renata Duda, *Integracja Polski z Unią Europejską. Wybrane aspekty polityki integracyjnej w latach 1991-2004*, Oficyna Wydawnicza Arboretum, Wrocław 2004, S. 16.
[443] *Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Polen andererseits*, Amtsblatt [der Europäischen Union], *Nr. L 348 vom 31.12.1993*, S. 2-180.
[444] Das Abkommen trat erst am 1. Februar 1994 in Kraft. Die Verspätung ist auf die Verzögerung des Ratifikationsprozesses in den Mitgliedstaaten der EWG zurückzuführen. Vgl.: R. Duda, *Integracja Polski z Unią Europejską. Wybrane aspekty polityki integracyjnej w latach 1991-2004*, Arboretum, Wrocław 2004, S. 24.
[445] Diese Interpretation des Abkommens drückt sich in den Aussagen des Abgeordneten Piotr Nowina-Konopka während der Sejm-Debatte über die Zustimmung für die Ratifikation des Dokuments aus.
[446] R. Duda, *Integracja Polski z Unią Europejską. Wybrane aspekty polityki integracyjnej w latach 1991-2004*, Oficyna Wydawnicza Arboretum, Wrocław 2004, S. 76.

tragen, sollen den assoziierten Partnern aus Mittel- und Osteuropa den Beitritt in die EWG ermöglichen[447].

Die Phase der direkten Vorbereitung auf die Erweiterung der Europäischen Union fand mit der Sitzung des Europäischen Rates in Luxemburg am 12. und 13. Dezember 1997 ihren Anfang. Das Treffen brachte die Entscheidung über die Osterweiterung der Gemeinschaft. Zu den Verhandlungen, die 1998 beginnen sollten, wurden neben Polen auch Estland, Slowenien, Ungarn, Tschechien und Zypern eingeladen. Die EU erklärte jedoch ihre Bereitschaft zur Aufnahme von insgesamt elf Staaten[448].

4.1.2 Die Aufnahme der Verhandlungen

Die Verhandlungen über den Beitritt Polens in die Europäische Union wurden während der Amtsperiode des moderat konservativen Premierministers Jerzy Buzek aufgenommen. Am 3. April 1998 begann in einer Sitzung der Unterhändler der Beitrittskandidaten mit den Vertretern der Union das Auswahlprüfverfahren (screening). Dessen Ziel bestand in der Identifizierung der Bereiche des Europarechts, deren Implementierung in das polnische Recht problematisch sein könne[449]. In den folgenden dreieinhalb Jahren führte die Regierung Buzek Gespräche mit der EU über die Einzelheiten der Übernahme des Acquis Communautaire in die Rechtsordnung der Republik Polen. Nach dem Regierungswechsel im Oktober 2001 wurden die Beitrittsverhandlungen durch die neue sozialdemokratische Regierung fortgesetzt.

In der Erklärung zur Eröffnung der Gespräche über die Erweiterung der EU verpflichtete sich Polen zur Übernahme des gesamten gemeinschaftlichen Besitzstandes[450]. Dies war auch aus Sicht der Union eine Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen, was der Vertreter der Ratspräsidentschaft, der britische

---

[447] *Ebd.*, S. 50.
[448] Malta wurde damals noch nicht berücksichtigt, da im Jahre 1996 der Antrag auf Aufnahme in die EU abgelehnt wurde.
[449] R. Duda, *Integracja Polski z Unią Europejską. Wybrane aspekty polityki integracyjnej w latach 1991-2004*, Oficyna Wydawnicza Arboretum, Wrocław 2004, S. 123.
[450] *Ebd.*, S. 115.

Außenminister Robin Cook, betonte[451]. Verhandelt werden durfte nur über das Tempo und die Art und Weise der Implementierung. Allerdings hatte Polen nicht erwartet, dass die Übernahme der viertausend Richtlinien, der sechstausend Verordnungen sowie der sechstausend Entscheidungen gleichzeitig erfolgen müsse. Insgesamt mussten über achtzigtausend Seiten der Rechtsakte geprüft werden, um die Einzelheiten der Harmonisierung des polnischen Rechtssystems mit ihren Inhalten zu bestimmen.

Die Gesetzgebung der Gemeinschaften wurde in 31 Bereiche eingeteilt. In Bezug auf den Bereich der Institutionen war die Situation in der frühen Phase der Verhandlungen aufgrund des laufenden Reformprozesses unklar[452]. Nach der Annahme des Nizza-Vertrags zeigte sich Polen mit den daraus resultierenden Bestimmungen zufrieden. Daher konnte darauf verzichtet werden, diese Fragen weiter zu erörtern. Ein weiteres Kapitel, das ferner nicht Gegenstand der Verhandlungen war, befasste sich mit den Problemen, die keiner der anderen Kategorien zugeordnet wurden („Sonstige"). Die Gespräche betrafen die restlichen 29 Bereiche[453]. Als kontrovers erwiesen sich die folgenden sechs Punkte: 1) Landwirtschaft, 2) Justiz und Inneres[454], 3) Umweltschutz, 4) Zugang der Ausländer zum polnischen Immobilienmarkt, 5) Zugang der polnischen Arbeitnehmer zu den Arbeitsmärkten der Mitgliedstaaten der EU und 6) Finanzen. Die endgültige Einigung hinsichtlich der Mehrheit dieser Fragen wurde erst während des Gipfels in Kopenhagen im Dezember 2002 erreicht[455].

4.1.3 Zugang von Bürgern anderer Mitgliedstaaten zum polnischen Immobilienmarkt

Die Sozialdemokraten übernahmen die Regierungsverantwortung in der Abschlussphase der Verhandlungen über die Aufnahme Polens in die EU. Die

[451] *Ebd.*, S. 111.
[452] J. Kułakowski, L. Jesień, *Przebieg negocjacji akcesyjnych Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002", S. 107.
[453] R. Duda, *Integracja Polski z Unią Europejską. Wybrane aspekty polityki integracyjnej w latach 1991-2004*, Oficyna Wydawnicza Arboretum, Wrocław 2004, S. 116.
[454] „Justiz und Inneres" war der offizielle Name der dritten Säule der EU bis zum Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrags am 1. Mai 1999.
[455] R. Duda, *Integracja Polski z Unią Europejską. Wybrane aspekty polityki integracyjnej w latach 1991-2004*, Oficyna Wydawnicza Arboretum, Wrocław 2004, S. 126.

komplizierten Sachverhalte, wie etwa finanzielle Probleme, sollten erst im späten Herbst 2002 zu einer Lösung kommen. Anfangs wurde die Diskussion über die Einzelheiten des polnischen EU-Beitritts durch zwei Themen dominiert: den Zugang der EU-Ausländer zum polnischen Immobilienmarkt sowie den Zugang der polnischen Arbeitnehmer zu den Märkten der EU. Eine wichtige Rolle bei der Bestimmung der polnischen Verhandlungsposition, was den uneingeschränkten Kauf der polnischen Immobilien durch Ausländer anbelangt, spielten die Ängste der polnischen Gesellschaft vor den Deutschen. Die Verschwörungstheorien über einen angeblichen drohenden Ausverkauf des polnischen Ackerlandes durch die westlichen Nachbarn Polens hatten ihre Wurzeln in den Erfahrungen mit dem Bismarck'schen Kulturkampf und dem Deutschen Ostmarkverein[456]. Diese Klischees fanden ihren Ausdruck in der Forderung langer Übergangsfristen für die Öffnung des polnischen Immobilienmarkts, die laut einer Umfrage eine bedeutende Gruppe der befragten Polen stellte[457].

Diese sehr restriktive Einstellung zum Zugang der Ausländer zum polnischen Immobilienmarkt nahm das Kabinett Buzek an. In der Verhandlungsposition vom 15. Juli 1999 forderten die Unterhändler der liberal-konservativen Regierung die Geltung der nationalen Regulierung des Grundstückverkehrs bezüglich des Ackerlandes und der Wälder noch achtzehn Jahre nach dem Beitritt[458]. Warschau wollte zudem fünf Jahre lang eigene Normen in Bezug auf Immobilien, die zum Zwecke der Investition gekauft werden, anwenden. Die Gemeinschaft zeigte kein Verständnis für die Erklärung Polens, dass seine Position durch eine besondere „historische, soziale und politische" Bedeutung des Problems motiviert sei.

---

[456] Historische Gründe wurden in der polnischen Verhandlungsposition, neben den sozialen und politischen, in der polnischen Verhandlungsposition vom 15. Juli 1999 erwähnt. Vgl.: C. Herma, *Swobodny przepływ kapitału i nabywanie nieruchomości przez cudzoziemców w negocjacjach akcesyjnych*, „Biuletyn Analiz UKIE", Nr. 7 September 2001, http://www.biuletyn.ukie.gov.pl/HLP/banal.nsf/0/FE8C7CDE0FEC1514C1256E9200389354?Open (Stand: 07.07.2009).

[457] Laut einer CBOS-Umfrage vom Mai 2000 waren 34% der Befragten der Meinung, dass die Übergangsfristen von 18 Jahren, welche die Regierung Buzek forderte, ausreichend seien. Weitere 27% plädierten für noch längere Übergangsfristen. Lediglich 22% der Befragten sprachen sich für die kürzeren Fristen oder gar keine Fristen für den Zugang der Ausländer zum polnischen Immobilienmarkt aus. S. 16. Vgl.: B. Roguska, *Opinie o integracji Polski z Unią Europejską i przebiegu negocjacji akcesyjnych*, CBOS, Warszawa Juli 2000, S. 16.

[458] M. Wielgo, *U – jak ustępstwa wobec Unii* [in:] *Alfabet Millera*, „Gazeta Wyborcza", 02.02.2002, S. 7.

Auf eine Bitte der Kommission hin präzisierten die Unterhändler der Buzek Regierung die Begründung der polnischen Forderungen. Das polnische Verhandlungsteam wies auf fünf Punkte hin, die für diese Position sprachen. Erstens sei die Einschränkung des Zugangs der Ausländer zum polnischen Immobilienmarkt aufgrund der bedeutenden Einkommensunterschiede zwischen Polen und den Mitgliedstaaten der EU notwendig. Eine schnelle Öffnung des Marktes würde mehrere Einwohner Polens bedingt durch ihre im Vergleich zu den Bürgern der anderen Mitgliedsstaaten deutlich niedrigere Zahlungsbereitschaft zum Marktausstieg zwingen. Zweitens könne eine Folge der Einkommensunterschiede die übermäßige Konzentration des Ackerlandes in den Händen von wenigen ausländischen Investoren sein, die über Marktmacht verfügen würden. Drittens biete ein liberalisierter Immobilienmarkt den kriminellen Organisationen aus Westeuropa eine Möglichkeit zur Geldwäsche. Viertens könnten die Umweltnormen mit weniger staatlicher Aufsicht nicht durchgesetzt werden. Als letztes Argument hielt Polen ein Plädoyer für die breite Beteiligung der polnischen Gesellschaft am Prozess der europäischen Integration, welche durch die Einführung der Übergangbestimmungen gesichert werden sollte.

Im Namen der Sozialdemokraten sprach sich Włodzimierz Cimoszewicz noch vor der Übernahme des Amts des Außenministers für die Einschränkung der Fristen auf zehn bis zwölf Jahre aus[459]. Die Forderung einer zwölfjährigen Übergangsregulierung fand sich in der „Europäischen Strategie“ der neuen Regierung wieder, die am 15. November 2001 veröffentlicht wurde[460]. Im selben Dokument wurde zudem die Stellung Polens zum Problem des Kaufes des „zweiten Hauses“ (secondary residence) modifiziert. Als „zweites Haus“ wurde ein Gebäude verstanden, das lediglich dem Zwecke der Erholung, nicht des ganzjährigen Bewohnens dient und durch eine Person gekauft wird, die über einen weiteren Hauptwohnsitz verfügt. Laut der Position des Verhandlungsteams der

[459] R. Sołtyk, *Ziemia do dogadania*, „Gazeta Wyborcza”, 11.10.2001, S. 2. Für diese Zeitspanne äußerte sich im Interview mit „Gazeta Wyborcza”, das am 13. Oktober 2001 erschien, der künftige Regierungschef Miller. Vgl.: A. Kublik, M. Olejnik, *Gruba Kreska i do przodu* [ein Interview mit Leszek Miller], „Gazeta Wyborcza”, 13.-14.10.2001, S. 13.

[460] *Europejska Strategia Rządu RP*, Komitet Integracji Europejskiej, Warszawa 15.11.2001, S. 6. J. Kułakowski, L. Jesień, *Przebieg negocjacji akcesyjnych Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002”, S. 112. Laut Zeitungsberichten wurde die Strategie am 14. November 2001 verabschiedet, das Dokument ist jedoch auf den 15. November 2001datiert. Vgl.: D. Pszczółkowska, *Skokiem do Unii*, „Gazeta Wyborcza”, 15.11.2001, S. 1.

Buzek Regierung vom 20. April 2001 bezog sich die Forderung der Frist von achtzehn Jahren auch auf diese Kategorie der Immobilien. Die Sozialdemokraten schlugen am 15. November die Einschränkung des Schutzes dieses Marktsegments auf sieben Jahre vor.

Weitere Lockerungen waren für die selbstständigen Bauern aus den alten Mitgliedstaaten der EU geplant. Die SLD wollte ihnen die Möglichkeit geben, das von ihnen benutzte Ackerland nach drei Jahren der Pacht zu kaufen[461]. Unter dem Druck der Bauernpartei, die mit der SLD eine Koalition schloss, differenzierte die Regierung zwischen den westlichen und nordwestlichen Wojewodschaften (teilweise ehemalige deutsche Ostgebiete) und den übrigen Teilen Polens. Während in Ermland-Masuren, Pommern, Kujawien-Pommern, Lubusz, Westpommern, Niederschlesien, Oppeln und Großpolen die selbstständigen Bauern die gepachteten Grundstücke erst nach sieben Jahren kaufen durften, bekamen sie in Zentral- und Ostpolen die Möglichkeit, diese schon nach drei Jahren zu erwerben[462].

In der Verhandlungsposition, die am 18. Dezember 2001 präsentiert wurde, akzeptierte Polen die Kürzung der Übergangsfrist für das „zweite Haus" von sieben auf fünf Jahre[463]. Wegen der Kritik der EU[464] musste Warschau auch die Forderung der Aufrechterhaltung der beschränkten Möglichkeit des Kaufs von Investitionsimmobilien modifizieren. Die Regierung stimmte der Öffnung dieses Marktsegments vom ersten Tag der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft zu. Schließlich zog Polen den Antrag auf die Genehmigung der Übergangsbestimmung zurück[465].

In Bezug auf das Problem des Kaufs der Immobilien in Polen durch Ausländer ist eine von Miller in seiner Regierungserklärung angekündigte Flexibilisierung erkennbar.

---

[461] J. Pawlicki, *Wchodź Europo*, „Gazeta Wyborcza", 20.11.2001, S. 1.
[462] J. Kułakowski, L. Jesień, *Przebieg negocjacji akcesyjnych Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002", S. 112.
[463] *Ebd.*
[464] Noch am 4. Mai 2001 teilten die Unterhändler der EU der polnischen Seite mit, dass die Forderung der Übergangsbestimmungen in Bezug auf den Kauf der Grundstücke zum Zwecke der Investitionen von der EU nicht akzeptiert werden könne. Vgl.: C. Herma, *Swobodny przepływ kapitału i nabywanie nieruchomości przez cudzoziemców w negocjacjach akcesyjnych*, „Biuletyn Analiz UKIE", Nr. 7 September 2001, http://www.biuletyn.ukie.gov.pl/HLP/banal.nsf/0/FE8C7CDE0FEC1514C1256E9200389354?Open (Stand: 07.07.2009).
[465] J. Kułakowski, L. Jesień, *Przebieg negocjacji akcesyjnych Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002", S. 112.

Die Kompromissbereitschaft des neuen Kabinetts ermöglichte den Abschluss der Verhandlungen im Kapitel „Freier Kapitalverkehr“. Am 16. März 2002 überzeugte Miller während eines informellen Treffens am Rande des EU-Gipfels in Barcelona Gerhard Schröder, Jose Maria Aznar und Tony Blair vom Vorschlag Polens. Die Vereinbarung wurde einige Tage später in einer offiziellen Gesprächsrunde bestätigt[466].

4.1.4 Polnische Arbeitskräfte in der EU

Das zweite wichtige Problem der Verhandlungen über die Aufnahme Polens in die EU in den ersten Monaten der Regierung Miller war die Arbeitnehmerfreizügigkeit. In diesem Bereich war der Handlungsspielraum Warschaus deutlich eingeschränkt. Anders als im Falle des Immobilienhandels baten polnische Unterhändler nicht um die Genehmigung der Übergangsbestimmungen, sondern versuchten, die Mitgliedstaaten von der sofortigen Öffnung ihrer Arbeitsmärkte zu überzeugen.

Nach dem anfänglichen Screening nahm die Regierung Buzek Stellung zum Kapitel „Freizügigkeit“. Die Einzelheiten der polnischen Verhandlungsposition teilte Polen der EU am 30. Juli 1999 mit. Polen erklärte sich dazu bereit, die Unionsregulierung bezüglich der Migration von Arbeitskräften bis zum 31. Dezember 2002 zu implementieren[467]. Lediglich in Bezug auf die Koordination der sozialen Versicherungssysteme wurde die Möglichkeit der späteren Diskussion über Übergangsfristen nicht ausgeschlossen.

Am 26. Mai 2000 teilte die EU der polnischen Seite ihre Bemerkungen zur Verhandlungsposition Polens mit. Die Union begrüßte die Bereitschaft Polens, die Regulierung der Gemeinschaft bezüglich der Arbeitskräftefreizügigkeit so schnell wie möglich anzunehmen, bezeichnete das Thema jedoch zugleich als sensibel. Als Anlage

---

[466] M. Sajdik, M. Schwarzinger, *European Union Enlargement. Background Developments, Facts. Central and Eastern Europe Policy Studies, Volume 2*, Transaction Publishers, New Brunswick/London 2008, S. 138.

[467] *Swobodny przepływ osób. Negocjacje Polski z Unią Europejską. Fiszka Informacyjna*, UKIE, 02.01.2002, http://www.ukie.gov.pl/HLP/files.nsf/0/DDB8D8FACDB5DA38C1256ED20027DBFA/$file/02-01-02.pdf?Open (Stand: 02.08.2009).

wurden dem Schreiben der Gemeinschaft zwei Gutachten hinzugefügt[468]. Das erste Dokument prognostizierte einen geringen Einfluss der Arbeitskräfteeinwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten für die Situation auf dem Arbeitsmarkt der EU. Die zweite Studie wurde durch die österreichische Regierung beauftragt. Sie warnte vor den negativen Folgen der Ausweitung des Freizügigkeitsprinzips auf die Staaten Mittel- und Osteuropas.

Die Anhänger der Übergangsfristen wiesen auf drei Faktoren hin, die zur Massenauswanderung der Arbeitskräfte aus Polen beitragen könnten. Erstens verfüge Polen als ein bevölkerungsreiches Land über eine große Anzahl von Arbeitskräften. Zweitens könnten relativ niedrige Löhne und eine vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeitsquote polnische Staatsbürger zur Migration motivieren. Drittens sei eine weitere Erhöhung der hohen Arbeitslosigkeitsquote in den alten EU-Mitgliedstaaten politisch unakzeptabel. Polen nahm die Vorbehalte der Westeuropäer wahr, wies jedoch auf die Erfahrungen der Süderweiterung hin, die, trotz der Existenz ähnlicher struktureller Voraussetzungen für die Migration, nicht zum Ungleichgewicht auf den Arbeitsmärkten geführt habe[469].

Die Einführung der Übergangsfristen wurde insbesondere von Deutschland und Österreich gefordert. Polnische Sozialdemokraten stellten fest, dass die deutsche Mauer nicht von vorne zu zerstören war, wie es die Journalistin der linksliberalen „Gazeta Wyborcza“ bildhaft beschrieb[470]. Dies bewegte sie zur Flexibilisierung der polnischen Position. In der neuen Verhandlungsstrategie der Regierung vom 15. November akzeptierte Warschau die zweijährige Einschränkung des Zugangs von polnischen Arbeitskräften zu den Märkten der alten Mitgliedstaaten der EU[471].

Eine modifizierte Verhandlungsposition Polens kam dem Vorschlag der europäischen Union vom 1. Juni 2001 entgegen[472]. Die Gemeinschaft entwarf ein aus

---

[468] *Ebd.*
[469] M. Święcicki, *Raport w sprawie korzyści i kosztów integracji Polski z Unią Europejską*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2001”, S. 92.
[470] D. Zagrodzka, *Polska maluje się na czarno*, „Gazeta Wyborcza”, 21.12.2001, S. 20.
[471] J. Pawlicki, *Wchodź Europo*, „Gazeta Wyborcza”, 20.11.2002, S. 1.
[472] *Swobodny przepływ osób. Negocjacje Polski z Unią Europejską. Fiszka Informacyjna*, UKIE, 02.01.2002,

drei Phasen bestehendes System der Übergangsbestimmungen. Nach den ersten zwei Jahren und nach den danach folgenden drei Jahren würden die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, die Situation auf ihren Arbeitsmärkten zu analysieren und eine Entscheidung über eine eventuelle Öffnung der Grenzen für die polnischen Arbeitgeber zu treffen. Die Geltung der Übergangsbestimmungen dürfe höchstens zwei Mal verlängert werden. Spätestens sieben Jahre nach der Erweiterung müssten alle Mitgliedstaaten die Beschränkungen des Zugangs zu ihren Arbeitsmärkten aufheben[473].

Ferner nutzten die Sozialdemokraten in den Verhandlungen über die Freizügigkeit der Arbeitskräfte die exotische Zusammensetzung des polnischen Parlaments nach den Wahlen 2001 zu ihren eigenen Gunsten. Neben den Sozialdemokraten, der mitregierenden Volkspartei, den Rechtsliberalen aus der Bürgerplattform und den Nationalkonservativen der Kaczyński-Brüder zogen in den Sejm zwei radikal anti-europäische Gruppierungen ein. Die Erfolge der Radikalen können durch die Enttäuschung über die Wirtschaftslage in den letzten Jahren der Buzek-Regierung erklärt werden. Von der schwierigen Situation der polnischen Bauern, die mit der Konkurrenz der subventionierten Agrarprodukte aus der EU konfrontiert waren, profitierte Andrzej Lepper in seiner „Selbstverteidigung". In den Gesprächen mit den Partnern aus der Gemeinschaft wiesen die Sozialdemokraten auf die Gefahr der Stärkung von anti-europäischen Tendenzen in Polen im Falle der Freizügigkeitseinschränkung hin. Włodzimierz Cimoszewicz warnte während seines Aufenthalts in Brüssel am 19. und 20. November 2001 vor dem negativen Einfluss von Übergangsfristen auf die Ergebnisse des Volkentscheids über den EU-Beitritt Polens[474].

Anders als von der polnischen Bevölkerung erwartet, erwies sich das Kabinett des „eisernen" Leszek Millers in den Verhandlungen über die Freizügigkeit der Arbeitskräfte sehr kompromissbereit[475]. Die Regierung wählte die Strategie eines schwachen Spielers.

---

http://www.ukie.gov.pl/HLP/files.nsf/0/DDB8D8FACDB5DA38C1256ED20027DBFA/$file/02-01-02.pdf?Open (Stand: 02.08.2009).

[473] *Ebd.*

[474] M. Sajdik, M. Schwarzinger, *European Union Enlargement. Background Developments, Facts. Central and Eastern Europe Policy Studies, Volume 2*, Transaction Publishers, New Brunswick/London 2008, S. 131. Rafał Tarnogórski, *Kronika dyplomatyczna*, „Przegląd Dyplomatyczny", 1 (2001) 4, S. 304.

[475] Über eine von der polnischen Gesellschaft erwartete Härte von Leszek Miller schreibt Danuta Zagrodzka. Vgl.: D. Zagrodzka, *Polska maluje się na czarno*, „Gazeta Wyborcza", 21.12.2001.

Angesichts der Stärke der Gesprächspartner (die von Zagrodzka erwähnte „deutsche Mauer“) setzten die Sozialdemokraten auf die Schwächen Polens. Sie nutzten taktisch den Einzug der Populisten in das Parlament als eine Form der Selbstbindung. Als zutreffender Kommentar dieser Taktik der SLD kann ein Zitat aus dem berühmten Werk von Thomas Schelling gebraucht werden: „The power to constraint an adversary may depend on the power to bind oneself; that, in bargaining, weakness is often strength, freedom may be freedom to capitulate, and to burn bridges behind one may suffice to undo an opponent”[476].

Kurz nach der Rückkehr Cimoszewiczs aus Brüssel bestätigte Andrzej Lepper dessen Befürchtungen, indem er ihn in einem Interview für das Studentenradio aus Allenstein (Olsztyn) eine Kanaille nannte[477]. Die Empörung Leppers, welche die Warnungen Cimoszewiczs glaubwürdig machte, schien vom Außenminister selbst provoziert zu sein. Für weitere Empörung sorgte zudem die Tatsache, dass er die Einzelheiten der neuen polnischen Strategie erst in Brüssel präsentierte, bevor die polnische Öffentlichkeit informiert wurde.

In den Zeitungen wurde nach dem Brüsseler Treffen von Cimoszewicz vom 19. November lediglich über die Zustimmung für die zweijährige Übergangsfrist berichtet. Was die Zeit danach anging, war die polnische Stellung am Anfang unklar, vermutlich absichtlich, um eine durch die Einzelheiten der neuen Verhandlungsstrategie erschrockene polnische Öffentlichkeit nicht noch mehr zu verunsichern. Die Aussagen des Außenministers wiesen jedoch auf eine implizite Zustimmung zum von der EU vorgestellten Plan hin. Cimoszewicz argumentierte, es sei nicht im Interesse Polens zu klären, wie die Situation nach den ersten zwei Jahren aussehen werde[478]. Er fügte zugleich hinzu, dass die Regierung in den bilateralen Gesprächen mit den Partnern aus der EU versuchen werde, diese von der sofortigen Öffnung ihrer Arbeitsmärkte zu

---

[476] T.C. Schelling, *The Strategy of Conflict*, Harvard University, Cambridge Massachussets/London 1981, S. 22.
[477] M. Sajdik, M. Schwarzinger, *European Union Enlargement. Background Developments, Facts. Central and Eastern Europe Policy Studies, Volume 2*, Transaction Publishers, New Brunswick/London 2008, S. 131; *Lepper do Cimoszewicza: ty kanalio!*, “Wprost 24”, 23.11.2001, http://www.wprost.pl/ar/21147/Lepper-do-Cimoszewicza-ty-kanalio/ (Stand: 04.08.2009).
[478] J. Pawlicki, *Wchodź Europo*, „Gazeta Wyborcza”, 20.11.2001, S. 1.

überzeugen[479]. Dies entsprach dem Vorschlag der EU, der den einzelnen Mitgliedstaaten die Möglichkeit gab, die Einschränkungen des Zugangs von polnischen Arbeitskräften zu ihren Märkten unilateral zu einem beliebigen Zeitpunkt abzuschaffen.

Trotz der unklaren Aussagen des Ministers akzeptierte Polen im November 2001 die von der EU vorgeschlagene Lösung des Freizügigkeitsproblems. Warschau behielt sich jedoch das Recht vor, Einschränkungen gegen die Bürger der Mitgliedstaaten, welche ihre Märkte für Polen schließen, einzuführen. Nach dem weiteren Zugeständnis Polens, das die Abrechnungen zwischen den Gesundheitssystemen betraf, konnte am 21. Dezember 2001 das Kapitel „Freizügigkeit" geschlossen werden[480].

4.1.5 Kopenhagener Verhandlungsrunde: Landwirtschaft und Finanzen

Durch den Abschluss der Verhandlungen über den Kauf von Immobilien in Polen durch Ausländer und über die Arbeitnehmerfreizügigkeit verschwanden zwei äußerst kontroverse, aber aus Sicht der Sozialdemokraten symbolische Themen von der Tagesordnung. Die polnische Diplomatie konnte sich auf den Endspurt der Gespräche mit der EU vorbereiten. Im Mittelpunkt standen diesmal die Finanzen.

Laut der *Road Map*, die im Jahre 2000 von der Europäischen Kommission verabschiedet wurde, sollten in der ersten Hälfte des Jahres 2002 nur noch fünf Kapitel besprochen werden[481]. Es handelte sich in diesem Fall um die Bereiche Landwirtschaft, regionale Politik, Haushalt, Institutionen und das Kapitel 31 „Sonstige". Die *Road Map* setzte voraus, dass eine Kompromisslösung bezüglich dieser Themen bis Juni 2002 erreicht werden könne[482]. Dies erwies sich jedoch als unmöglich, was sowohl an der Brisanz der diskutierten Probleme, als auch an der Beschleunigung der Verhandlungen

---

[479] *Ebd.*
[480] *Swobodny przepływ osób. Negocjacje Polski z Unią Europejską. Fiszka Informacyjna*, UKIE, 02.01.2002, http://www.ukie.gov.pl/HLP/files.nsf/0/DDB8D8FACDB5DA38C1256ED20027DBFA/$file/02-01-02.pdf?Open (Stand: 02.08.2009).
[481] M. Sajdik, M. Schwarzinger, *European Union Enlargement. Background Developments, Facts. Central and Eastern Europe Policy Studies, Volume 2*, Transaction Publishers, New Brunswick/London 2008, S. 115.
[482] *Ebd.*

mit den meisten Staaten der Helsinki-Gruppe lag[483]. Das einzige Land, das Ende 2001 alle in der *Road Map* vorgesehenen Kapitel abschloss, war Slowenien[484].

Im Januar 2002 übernahm Spanien den Vorsitz im Europäischen Rat. Zu den sechs Prioritäten der spanischen Präsidentschaft zählte laut Premierminister Aznar die Erweiterung der Europäischen Union. In diesem Bereich wollte Madrid sich insbesondere auf die Probleme der Landwirtschaft und der Regionalpolitik konzentrieren[485]. Aus Sicht Polens hatte vor allem der ersterwähnte Bereich eine besondere Bedeutung, was sich durch die Schlüsselrolle des Agrarsektors in der polnischen Wirtschaft und Politik erklären lässt[486]. Die Verhandlungen, die sich darauf bezogen, dauerten bis zum EU-Gipfel in Brüssel an, der schon während der dänischen Präsidentschaft im Dezember 2002 stattfand. Das Kapitel „Landwirtschaft" wurde als letztes der 29 wichtigsten Bereiche am 19. Juni 2000 geöffnet[487]. Allerdings erreichten die Gespräche über den Agrarsektor erst zwei Jahre danach, mit dem Beginn der Debatte über die Finanzen der EU, am 30. Januar 2002 eine entscheidende Phase[488].

---

[483] Im Strategiepapier vom 13. November 2001 schlug die Kommission eine gleichzeitige Aufnahme von zehn Beitrittskandidaten vor, die seitdem als „Laeken-10" bezeichnet wurden. Zu dieser Gruppe zählten die Staaten der Luxemburg-Gruppe und der Helsinki-Gruppe mit Ausnahme von Bulgarien und Rumänien. Vgl.: M. Sajdik, M. Schwarzinger, *European Union Enlargement. Background Developments, Facts. Central and Eastern Europe Policy Studies, Volume 2*, Transaction Publishers, New Brunswick/London 2008, S. 131.

[484] *Ebd.*, S. 135.

[485] A. Wójcik, *Priorytety prezydencji hiszpańskiej w Unii Europejskiej*, „Biuletn Analiz UKIE", Nr. 8 Januar 2002, http://www.biuletyn.ukie.gov.pl/HLP/banal.nsf/0/657B71553553BFF7C1256E9200388D10?Open (Stand: 05.08.2009).

[486] Polen verfügt über 18 Millionen Hektar Ackerböden, wodurch das Land an die dritte Position in der EU nach Frankreich und Spanien tritt. In den privaten Landwirtschaftsbetrieben arbeiteten im Jahre 2002 zwischen 27,67% (alte Schätzungsmethode) und 15,69% (neue Schätzungsmethode) der erwerbsfähigen Bevölkerung Polens. Die in der Landwirtschaft beschäftigte Bevölkerung erwirtschaftete zugleich lediglich 6% des BIP. Quellen: *Polskie rolnictwo na tle rolnictwa Unii Europejskiej. Fiszka informacyjna*, UKIE, 7.01.2004, http://www.ukie.gov.pl/HLP/files.nsf/0/B9273694A5F555F0C1256ED20027F99C/$file/07-01-04.pdf?Open (Stand: 05.08.2009); *Pracujący w gospodarce narodowej 2004*, Główny Urząd Statystyczny, Warszawa 2005, S. 19.

[487] *Rolnictwo – negocjacje z Unią Europejską. Fiszka informacyjna*, UKIE, 07.01.2002, http://www.ukie.gov.pl/HLP/files.nsf/0/E8F3ADF99827F678C1256ED2002815E9/$file/07-01-02.pdf?Open (Stand: 05.08.2009).

[488] Am 30. Januar 2002 veröffentlichte die Kommission zwei Dokumente: *Financial Framework for Enlargement* und *Enlargement and Agriculture: Successfully Integrating the New Member State sinto the CAP*. Vgl.: R. Hykawy et al., *Bilans prezydencji hiszpańskiej w Unii Europejskiej(1 stycznia 2002 r. – 30 czerwca 2002 r.)*, „Biuletyn Analiz UKIE", Nr. 10 Oktober 2002, http://www.biuletyn.ukie.gov.pl/HLP/banal.nsf/0/68CBAC6B3D390511C1256E9200388381?Open (Stand: 05.08.2009).

Im Budget der EU für die Jahre 2000 bis 2006 wurden keine finanziellen Mittel für direkte Subventionen für Bauern aus den neuen Mitgliedstaaten eingeplant. Im Zuge der Vorbereitungen auf die Erweiterung kam die Europäische Kommission jedoch zu dem Schluss, dass der Ausschluss der neuen Mitgliedstaaten aus der Gemeinsamen Agrarpolitikpolitik zum Rechtsstreit führen könne, den die neuen Mitgliedsstaaten für sich entscheiden würden. Ferner müssten die Staaten von Laeken-10, laut Sajdik und Schwarzinger, schon ab 2007 mit der alten Union gleichgestellt werden, auch wenn die EU die Auszahlung von direkten Subventionen verhindern würde[489]. Um diese Situation zu vermeiden, schlug die Kommission die Auszahlung der direkten Subventionen an die neuen Mitglieder vom Tage des EU-Beitritts an vor. Der Anpassungsprozess an das westeuropäische Niveau der Zuschüsse würde jedoch bis 2013 dauern[490]. Die Kommission schlug den Beitrittskandidaten anfangs 25% der Summen vor, die ihre Kollegen aus den alten Mitgliedstaaten empfingen.

Die polnische Regierung formulierte ihre Forderungen in drei Punkten. An erster Stelle erhob sie Anspruch darauf, dass sich die polnische Landwirtschaft von Anfang an in allen Bereichen der Gemeinsamen Agrarpolitik beteiligen dürfe. Die zweite Forderung kann als Kampf um die höchstmöglichen Produktionsquoten zusammengefasst werden. Drittens sollte der polnische Lebensmittelmarkt ohne Beschränkungen in den Gemeinsamen Markt der EU eingebunden werden.

Insbesondere die Nettozahler, die am wenigsten von der GAP profitierten, wie Deutschland, Schweden, die Niederlande und Großbritannien, äußerten sich kritisch zur Ausweitung der direkten Subventionen auf die neuen Mitgliedstaaten. Die Länder beriefen sich auf die Bestimmungen des Europäischen Rates von Berlin (1999), welche die Union zur Überprüfung der Mechanismen der GAP im Jahre 2002 verpflichteten (mid-term-review). Im Zuge der Erweiterungsdebatte hofften sie auf die Durchsetzung der GAP-Reform. Die vier Regierungschefs machten die Auszahlung der direkten Subventionen für die Landwirte in den neuen Mitgliedstaaten von der Reduzierung der

[489] M. Sajdik, M. Schwarzinger, *European Union Enlargement. Background Developments, Facts. Central and Eastern Europe Policy Studies, Volume 2*, Transaction Publishers, New Brunswick/London 2008, S. 137.
[490] *Ebd.*, S. 136.

totalen Ausgaben der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU abhängig. Ihre Strategie wurde als „no phasing in without phasing out“ bezeichnet[491]. Spanien, Italien und Griechenland, die über große Agrarsektoren verfügten, stellten sich gegen die Reform. Der Streit zwischen den bisherigen Mitgliedern erhitzte weiter die Atmosphäre der Verhandlungen und sorgte bei den Beitrittskandidaten für Beunruhigung.

Aufgrund der Trennlinien, die während der Debatte über die Finanzierung der GAP nicht nur zwischen den alten Mitgliedern und den Beitrittskandidaten, sondern auch innerhalb der EU entstanden, war das Szenario der „Nacht der langen Messer“ nicht auszuschließen[492]. Die vier Verhandlungsrunden der spanischen Ratspräsidentschaft waren schwierig und brachten keinen Kompromiss bezüglich der brisanten Probleme[493]. Die danach folgende dänische Präsidentschaft unter Anders Fogh Rasmussen zeigte sich bestrebt und dazu bestimmt, die Verhandlungen mit Laeken-10 bis zum Ende des Jahres abzuschließen. Der dänische Premierminister warnte am 25. Februar 2002 zugleich davor, dass die letzte Gesprächsrunde hart sein werde[494].

Auftakt zur Verhandlungsrunde in Kopenhagen war ein Treffen des Europäischen Rates in Brüssel am 24. und 25. Oktober 2002[495]. Während des Gipfels sollten sich die Mitgliedstaaten auf den finanziellen Rahmen der Erweiterung einigen. Die Beitrittskandidaten erwarteten die Ergebnisse mit Aufregung, da diese die Grundlage der letzten Gesprächsrunde in Kopenhagen bilden würden. Sollte die Gemeinschaft in Brüssel keinen Kompromiss schließen können, müsste eine gemeinsame Position kurz vor dem Zusammenkommen mit Laeken-10 vereinbart werden, was den Kandidaten

---

[491] R. Hykawy et al., *Bilans prezydencji hiszpańskiej w Unii Europejskiej(1 stycznia 2002 r. – 30 czerwca 2002 r.)*, „Biuletyn Analiz UKIE”, Nr. 10 Oktober 2002, http://www.biuletyn.ukie.gov.pl/HLP/banal.nsf/0/68CBAC6B3D390511C1256E9200388381?Open (Stand: 05.08.2009).

[492] M. Sajdik, M. Schwarzinger, *European Union Enlargement. Background Developments, Facts. Central and Eastern Europe Policy Studies, Volume 2*, Transaction Publishers, New Brunswick/London 2008, S. 116.

[493] R. Hykawy et al., *Bilans prezydencji hiszpańskiej w Unii Europejskiej(1 stycznia 2002 r. – 30 czerwca 2002 r.)*, „Biuletyn Analiz UKIE”, Nr. 10 Oktober 2002, http://www.biuletyn.ukie.gov.pl/HLP/banal.nsf/0/68CBAC6B3D390511C1256E9200388381?Open (Stand: 05.08.2009).

[494] M. Sajdik, M. Schwarzinger, *European Union Enlargement. Background Developments, Facts. Central and Eastern Europe Policy Studies, Volume 2*, Transaction Publishers, New Brunswick/London 2008, S. 138.

[495] *Ebd.*, S. 148.

einen noch engeren Handlungsspielraum lassen würde. Polen hoffte darauf, dass sich die Erweiterung in diesem Fall sogar um ein Jahr verschieben würde[496].

Die bilateralen Gespräche zwischen Frankreich und Deutschland, die sich in erster Linie auf die GAP bezogen, ermöglichten den Beschluss einer Vereinbarung in Brüssel[497]. Die führenden sozialdemokratischen Politiker, Cimoszewicz und Oleksy, zeigten sich erleichtert[498]. Der Außenminister wollte jedoch keinen Kommentar zur Reduzierung der Höhe der Strukturhilfemittel für die Beitrittskandidaten abgeben. Oleksy, der Polen im Europäischen Konvent vertrat, interpretierte diesen Schritt der Union als eine Bereitschaft zur Verschiebung des Geldes auf Subventionen für die Landwirte, was eine Forderung Polens darstellte.[499] Polen fühlte sich dadurch ermutigt, härter zu verhandeln. Jedoch sah die Situation aus der Perspektive der EU anders aus. Die Schließung eines Kompromisses war mit solchen Komplikationen verbunden, dass die Mitgliedstaaten zu keinen weiteren Zugeständnissen bereit waren[500]. Die unterschiedlichen Interpretationen der Ergebnisse vom Brüsseler Gipfel schlugen sich in der kämpferischen Stimmung der Kopenhagener Verhandlungsrunde nieder.

Laut Sajdik und Schwarzinger hätte den Beitrittskandidaten schon nach dem Gipfel von Brüssel klar sein müssen, dass die Aussichten auf eine Veränderung der Höhe der direkten Zuschüsse während der letzten Gesprächsrunde in Kopenhagen gleich null gewesen seien[501]. Die polnische Regierung schien die Situation anders zu sehen, was Hoffnungen weckte. Warschau handelte nach den Anweisungen von Thomas Schelling. Ob es sich dabei um eine geplante Strategie handelte oder ob sich die Selbstbindung als eine Folge des Drucks von Seiten der euroskeptischen Opposition ergab, kann nicht eindeutig festgestellt werden. Die Regierung Miller verhielt sich trotz der Bemerkungen

---

[496] A. Rubinowicz, et al., *W Brukseli albo pod murem*, „Gazeta Wyborcza", 22.10.2002, S. 1.
[497] M. Sajdik, M. Schwarzinger, *European Union Enlargement. Background Developments, Facts. Central and Eastern Europe Policy Studies, Volume 2*, Transaction Publishers, New Brunswick/London 2008, S. 149.
[498] D. Pszczółkowska, *Dobrze, że się dogadali*, „Gazeta Wyborcza", 27.10.2002, S. 4.
[499] *Ebd.*
[500] M. Sajdik, M. Schwarzinger, *European Union Enlargement. Background Developments, Facts. Central and Eastern Europe Policy Studies, Volume 2*, Transaction Publishers, New Brunswick/London 2008, S. 149.
[501] M. Sajdik, M. Schwarzinger, *European Union Enlargement. Background Developments, Facts. Central and Eastern Europe Policy Studies, Volume 2*, Transaction Publishers, New Brunswick/London 2008, S. 149.

von Sajdik und Schwarzinger ähnlich einer Schelling'schen Gewerkschaft, welche die Erwartungen so weit trieb, dass sie sich selbst zur Kontrolle ihrer Mitglieder unfähig machte[502]. Wie bei den Streiks der Belegschaft zegite das Schema auch diesmal nur teilweise Erfolg. Gerhard Schröder stimmte der schnelleren Auszahlung von einer Milliarde Euro an Polen zu. Das Geld, das ursprünglich für die Strukturhilfe bestimmt war, konnte für die Erhöhung der Finanzierung von direkten Subventionen für polnische Bauern verwendet werden[503].

Leszek Miller erklärte sich nach Kopenhagen zum Sieger. Die Erwartungen der polnischen Bevölkerung waren jedoch so hoch, dass eine Enttäuschung unvermeidbar war. Die Bitterkeit nahm zu, da der Öffentlichkeit mit der Zeit immer mehr Informationen über die Vereinbarung zugetragen wurden. Die Unzufriedenheit wurde von der Opposition mobilisiert und ausgenutzt. Die Ergebnisse der Verhandlungen im Kapitel „Landwirtschaft" trugen wenige Monate nach ihrem Abschluss in Kopenhagen zusätzlich zum Scheitern der Koalition der Sozialdemokraten und der Bauernpartei bei.

Eine konfrontative Strategie, zu welcher Miller in der letzten Verhandlungsrunde wechselte, bedeutete den Abschied von der Politik der Lockerung der Position Polens. Die anstrengende letzte Runde der Verhandlungen ermöglichte zwar die Verwirklichung der taktischen Ziele der polnischen Diplomatie, stand aber den Präferenzen der SLD, die aus den Programmdokumenten und den Interviews abgeleitet wurden, entgegen. Der harte Verhandlungsstil verbesserte das Image Polens im Ausland zwar nicht, fügte ihm jedoch – angesichts der kämpferischen Stimmung im Lager der bisherigen Mitgliedsstaaten – auch keinen großen Schaden zu. Nach der Flexibilisierung der Positionen Polens in Bezug auf Themen wie Immobilien und Zugang zu den Arbeitsmärkten erhöhte sich der Druck erneut. Im letzten Moment wurden alle Realisten. Die polnische Regierung bildete dabei keine Ausnahme.

Interessant ist in diesem Kontext die Rolle des Faktors Zeit. Im Herbst 2001 stand Polen selbst unter Zeitdruck. Warschau lag, was die Anzahl der geschlossenen

[502] T. C. Schelling, *The Strategy of Conflict*, Harvard University, Cambridge Massachussets/London 1981, S. 27.
[503] R. Duda, *Integracja Polski z Unią Europejską. Wybrane aspekty polityki integracyjnej w latach 1991-2004*, Arboretum, Wrocław 2004, S. 133.

Verhandlungskapitel anbelangt, hinter den anderen Kandidaten der Luxemburg-Gruppe. Es waren Fortschritte notwendig, um unter den Besten zu bleiben. Inzwischen favorisierte die EU die Aufnahme von zehn Kandidaten. Anders Fogh Rasmussen zeigte sich entschlossen, die Verhandlungen im Dezember 2002 zu schließen. Diese zwei Entwicklungen stärkten die Position Polens. Eine Erweiterung ohne Polen hätte die Gemeinschaft und die dänische Präsidentschaft kompromittiert. Die Nichterfüllung der Versprechen bezüglich der, wenn auch nicht zugesagten, Termine hätte zu einer politischen Schwächung geführt.

4.1.6 Die Sozialdemokraten und die Beitrittsverhandlungen: eine Zusammenfassung

Anhand der oben geschilderten Überlegungen kann festgestellt werden, dass die sozialdemokratische Verhandlungsstrategie keinen eindeutig idealistischen Charakter aufwies. Wird das Verhalten Polens in Kopenhagen in Betracht gezogen, scheint der Schritt in Richtung Idealismus, den Miller in seiner Verhandlungsstrategie vom November 2001 tat, nur taktischen Charakter zu haben.

Die Analyse der polnischen Positionen in den Verhandlungen über die Aufnahme in die Europäische Union liefert Argumente für die realistische Theorie der Internationalen Beziehungen. Die Praxis der Politik stimmt nicht ausreichend mit den aus den Aussagen der Parteimitglieder abgeleiteten Parteipräferenzen überein. Eine Mischung von idealistischen und realistischen Merkmalen kann auf ein strategisches Verhalten hinweisen, welches die realistische Theorie der Internationalen Beziehungen voraussetzt. In diesem Kontext muss anstelle des Begriffs „Präferenzen“ der Ausdruck „Überpräferenz“ Anwendung finden. Darunter wird ein allgemeines Streben nach dem Ausbau der Position des eigenen Staates verstanden. Die Parteipräferenzen wurden von den Sozialdemokraten während der Verhandlungen über den EU-Beitritt-Polens nicht konsequent umgesetzt.

4.2 Debatte über die Reform der Europäischen Union

4.2.1 Die Anfänge der polnischen Debatte über die Zukunft Europas

In den neunziger Jahren wurde der Beitritt in die EU zu einem der wichtigsten Ziele der polnischen Außenpolitik ernannt. Mit Ausnahme der nationalen Sicherheit erschienen alle anderen Probleme in dieser Situation nebensächlich. Aus polnischer Perspektive war es in erster Linie wichtig, überhaupt zu den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft zu zählen. Die Überlegungen darüber, wie diese Gemeinschaft aussehen solle, wurden aus der öffentlichen Diskussion ausgeblendet. Der spätere Staatssekretär im polnischen Amt des Komitees der Europäischen Integration[504], Mikołaj Dowgielewicz, stellt fest, dass den polnischen Diplomaten in der Phase vor dem Beitritt von Aussagen zur Reform Europas abgeraten wurde, da sie die polnischen Interessen hätten gefährden können[505]. Die Stellungnahme hätte als eine Bevorzugung einer bestimmten Vision interpretiert werden können und Polen letztlich mehr Feindschaft als Freundschaft entgegengebracht.

Als Auslöser der polnischen Debatte über die Zukunft Europas kann Joschka Fischer gelten. Seine berühmte Humboldt-Rede vom 12. Mai 2000 regte die polnischen Politiker zur Diskussion an. Auf die Vorschläge des deutschen Außenministers antwortete Jan Kułakowski, Chef des polnischen Verhandlungsteams bei der EU, in einem Vortrag am 16. Juni 2000 in Berlin. Kułakowski erkannte eine „Europäische

[504] Das Amt des Komitees der Europäischen Integration koordiniert die Arbeit aller Ministerien und weiterer staatlicher Institutionen, die direkt am Prozess der polnischen Integration in die Europäischen Union beteiligt sind. Das Amt bietet eine institutionelle Unterstützung für das Komitee der Europäischen Integration an, das aus einzelnen Ministern der Regierung besteht. Vorsitzender des Komitees ist gegenwärtig der Premierminister Donald Tusk. Mikołaj Dowgielewicz, der die Institution leitet, bekleidet das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden und des Staatssekretärs. Vgl.: Urząd Komitetu Integracji Europejskiej, http://www.ukie.gov.pl/WWW/ukie.nsf/0/92640711F2DBE0A5C125738000450738 (Stand: 16.07.2009).

[505] M. Dowgielewicz, *Polska debata o Unii Europejskiej*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002", S. 43.

Föderation“ als ein „natürliches Ziel“ der Integration an[506]. Zugleich äußerte er sich jedoch kritisch über das Konzept Europas unterschiedlicher Geschwindigkeiten, das aus den Überlegungen Joschka Fischers resultierte. Die Unterstützung des polnischen Unterhändlers für die Transformation des europäischen Staatenbundes in einen europäischen Bundestaat war in Polen eher eine Ausnahme. Die Reaktionen der Politiker und der Publizisten der Beitrittskandidaten wurden als „kalt und voll von Vorbehalten“[507] bezeichnet. Das Wichtigste war aber, dass das Schweigen gebrochen wurde. Polnische Politiker meldeten sich zwar immer noch zögerlich, aber häufiger als früher zu Wort.

4.2.2 Polen und die Bestimmungen des Nizza-Vertrags

Die Diskussion über die Zukunft Europas gewann für Polen Ende 2000 an Aktualität. Die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft trafen sich in Nizza, um einen neuen Vertrag zu entwerfen, welcher die Union auf die Erweiterung vorbereiten sollte[508]. Das von Fischer angesprochene Problem der Finalität von Integrationsprozessen verschwand von der Tagesordnung. In den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der polnischen Entscheidungsträger rückte die Frage nach der Stimmengewichtung im Rat der Europäischen Union. Die französische Präsidentschaft schlug Polen anfänglich weniger Stimmen als Spanien vor, was in Warschau für Empörung sorgte. Nach einer diplomatischen Offensive[509] konnte sich Polen jedoch mit seiner Forderung durchsetzen.

Die Gewährleistung der gleichen Stimmenkontingente für Warschau und Madrid war entscheidend für die positive Bewertung des Ergebnisses der Nizza-Konferenz durch

[506] J. Kułakowski, *Federacja a poszerzona Unia (Próba odpowiedzi Joschce Fischerowi)*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2001”, S. 56.
[507] M. Dowgielewicz, *Polska debata o Unii Europejskiej*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002” , S. 44.
[508] Die Vorbereitung der EU auf die Erweiterung war aus Sicht der Kandidaten die Hauptaufgabe der Nizza-Konferenz. Vgl.: *Konferencja Międzyrządowa 2000 – polski punkt widzenia*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2001“, S. 39.
[509] Für die Auswahl der Kommentare der ausländischen Presse über die polnische „Telefondiplomatie” vor dem Nizza-Gipfel vgl.: M. Fałkowski et al., *Obraz Polski w prasie krajów członkowskich Unii Europejskiej. Raport roczny 2000*, Instytut Spraw Publicznych, Warszawa 2001 S. 182. Die polnische Forderung nach der gleichen Anzahl von Stimmen im Rat der EU wie Spanien wurde u.a. durch den spanischen Regierungschef Jose-Maria Aznar unterstützt. Vgl.: B. Wojna, *Partnerstwo strategiczne hiszpańsko-polskie – jak powstało i co po nim pozostało*, „Polski Przegląd Dyplomatyczny”, 6 (2006) 6, S. 55.

die polnische Regierung. Der Erfolg Polens schien im Vergleich zu den Entscheidungen über den Stimmenanteil der anderen Beitrittskandidaten noch größer. Tschechien und Ungarn erhielten trotz ähnlicher Einwohnerzahlen schwächere Positionen im Rat der EU als Griechenland und Belgien[510].

Die Zufriedenheit Polens mit den Bestimmungen des Nizza-Gipfels prägte die spätere polnische Europapolitik. Nizza wurde zum Ausgangspunkt aller folgender Debatten, zum Muster eines gelungenen Kompromisses zwischen der Sicherung der nationalen Souveränität und der Effizienz von Entscheidungsprozessen[511]. Warschau erfreute sich am meisten an der moderaten Ausweitung der Rolle der qualifizierten Mehrheit, was den Anhängern der radikalen Reformen den Schlaf raubte. Polen befürchtete vor allem finanzielle Konsequenzen aus dem Zurückdrängen der Einstimmigkeit[512]. Von Bedeutung waren auch die Ängste eines seit Kurzem unabhängigen Staates, in dem viele eine Vision der „neuen Unterdrückung" schilderten, die ihren Ausdruck im Slogan der Euroskeptiker: „Gestern Moskau, heute Brüssel" (wczoraj Moskwa, dziś Bruksela) fand. Nach dem überraschenden Sieg in Nizza würde jeder Versuch der Einschränkung der erkämpften Position als eine Niederlage interpretiert werden.

4.2.3 Polen im Europäischen Konvent

Nach der Schließung eines Kompromisses in Nizza verlor die polnische Öffentlichkeit und dadurch auch die polnischen Parteien wieder das Interesse an der Diskussion über die Zukunft des europäischen Integrationsprozesses. Viel wichtiger als die künftige Gestalt der EU war die Frage, ob und ab wann Polen der Gemeinschaft angehören würde. Warschau lag, was die Anzahl der geschlossenen Verhandlungskapitel anbelangt, deutlich hinter den anderen Kandidaten[513]. Die neue sozialdemokratische Regierung setzte sich die Verbesserung dieser Situation zum Ziel. In den ersten Monaten

[510] U. Kurczewska, *Polska a Unia Europejska (2001)*, „Polski Przegląd Dyplomatyczny", 2 (2002) 2, S. 51.
[511] S. Parzymies, *Postanowienia Rady Europejskiej w Nicei i ich znaczenie dla Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2001", S. 114.
[512] *Ebd.*
[513] U. Kurczewska, *Polska a Unia Europejska (2001)*, „Polski Przegląd Dyplomatyczny", 2 (2002) 2, S. 61.

seines Bestehens widmete sich das Kabinett der Vorbereitung, der Implementierung und der Verteidigung der neuen flexibleren polnischen Verhandlungsstrategie. Überlegungen über das gewünschte Modell Europas fanden keinen Platz.

Die Wiederbelebung der polnischen Europadebatte war, ähnlich wie im Falle des Nizza-Vertrags, wieder den externen Faktoren zu verdanken. Der Gipfel in Laeken zum Abschluss der belgischen Ratspräsidentschaft im Dezember 2001 initiierte den europäischen Verfassungsprozess. Die Beitrittskandidaten wurden aufgefordert, jeweils drei Vertreter zum Konvent zu entsenden (einer der Regierung und zwei vom Parlament). Die Repräsentanten der Beitrittskandidaten durften sich auf dieselbe Weise wie ihre Kollegen aus den Mitgliedstaaten an den Arbeiten des Gremiums beteiligen, allerdings besaßen sie kein Stimmrecht. Diese scheinbar drastische Einschränkung ihrer Befugnisse hatte in Wirklichkeit marginale Bedeutung, da die Entscheidungen in der Regel im Konsens getroffen wurden[514]. Zum Mittel der Abstimmung griff man erst dann, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft waren.

Am 18. Februar 2002 fand im Warschauer Königsschloss die Konferenz „Gemeinsam über die Zukunft Europas" statt, bei der die Vertreter Polens beim Konvent vorgestellt wurden[515]. Den Sejm vertraten der Vorsitzende des Europaausschusses und der ehemalige Premierminister Józef Oleksy mit Marta Fogler (PO) als stellvertretendem Mitglied. Auch die beiden Vertreter des Senats kamen aus der informellen sozialdemokratisch-liberalen Koalition. Der ehemalige Bildungsminister im Kabinett Buzek, Edmund Wittbrodt, wurde zum Vertreter der höheren Kammer ernannt, während Genowefa Grabowska aus den Reihen der SLD als stellvertretendes Mitglied amtierte. Im Namen der Regierung wurde die Europaministerin Danuta Hübner (stellv.: Janusz Trzciński) zum Konvent entsandt[516].

Die Tagung im Königsschloss markierte den Anfang der „nationalen Debatte" über die Zukunft Europas. Als Erster ergriff Präsident Kwaśniewski das Wort, danach

[514] A. Raduchowska-Brochwicz, *Konwent Europejski – przebieg prac. Wkład Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2003", S. 80. In anderen Texten wird anstatt vom „Stimmrecht" über das „mangelnde Vetorecht Polens" gesprochen. Vgl.: D. Pszczółkowska, *Co robi Konwent*, „Gazeta Wyborcza", 24.07.2002, S. 7.
[515] K. Niklewicz, *Jednym głosem*, „Gazeta Wyborcza", 19.02.2002, S. 3.
[516] A. Raduchowska-Brochwicz, *Konwent Europejski – przebieg prac. Wkład Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2003", S. 80-81.

sprach Außenminister Cimoszewicz. In ihren Beiträgen verwendeten sie Formulierungen, die sich später mehrmals in den Aussagen der polnischen Entscheidungsträger wiederholten. Aus diesem Grund sind die Überlegungen beider Politiker im Kontext der Analyse der Einstellung von Sozialdemokraten zu den Problemen der europäischen Integration von Interesse.

Sowohl die Rede des Präsidenten als auch der Vortrag des Außenministers zeigte sich überraschend zurückhaltend hinsichtlich der Vision der europäischen Integration. Kwaśniewski sprach sich für die Idee eines Europas der Nationen aus. Er war zugleich skeptisch gegenüber dem Konzept der Vereinigten Staaten Europas. Die Überlegungen über die Einführung der föderalen Lösungen auf europäischer Ebene kamen aus seiner Sicht zu früh. Notwendig sei ein Gleichgewicht zwischen den nationalen und den gemeinschaftlichen („unijne") Elementen[517]. Józef Oleksy stimmte dem Präsidenten zu.

Włodzimierz Cimoszewicz lehnte die Idee der europäischen Föderation nicht ab. Er beruhigte aber die Euroskeptiker, dass der Föderalismus nicht zwingender Maßen zum Zentralismus führen müsse. Die Entstehung der europäischen Föderation sei langfristig nicht auszuschließen. Der Minister äußerte jedoch Zweifel, dass dies in den nächsten Jahren erfolgen werde. Das größte Hindernis bei der Verwirklichung eines solchen Projekts sei die Tatsache, dass Europa nicht von einem europäischen „Demos", sondern von mehreren Nationen bewohnt sei. Den Aufbau eines Bundesstaats ohne Volk bezeichnete er als eine „Utopie"[518]. In einer Rede, die er zwei Monate später in Dublin hielt, unterschied er zwischen den „föderativen Prinzipien" und der „Föderation". Die Entstehung der Mechanismen müsse nicht zwangsläufig zu ihrer praktischen Anwendung führen, betonte Cimoszewicz[519]. Mit diesen unklaren Aussagen versuchte der polnische Außenminister, sein Streben nach dem Kompromiss auszudrücken. Die Verwirklichung der idealistisch-gesinnten Präferenzen der Sozialdemokraten kann in diesem Kontext nicht festgestellt werden.

Ein halbes Jahr nach der Konferenz im Warschauer Königsschloss fand eine Sejm-Debatte über die Arbeiten des Europäischen Konvents statt. Über seine Tätigkeit

[517] K. Niklewicz, *Jednym głosem*, „Gazeta Wyborcza", 19.02.2002, S. 3.
[518] W. Cimoszewicz, *Federacja to dzisiaj utopia*, „Gazeta Wyborcza", 28.02.2002, S. 6.
[519] W. Cimoszewicz, *Unia obywatelska*, „Gazeta Wyborcza", 03.04.2002, S. 12.

im Gremium, welches mit der Durchführung der EU-Reform beauftragt wurde, sprach Józef Oleksy vor den Abgeordneten und Medien. Im Interview, das er aus diesem Anlass der Zeitung „Gazeta Wyborcza“ gab, wies der prominente Sozialdemokrat auf realistische Tendenzen im Konvent hin. Bei seinen Kollegen bemerke er keine eindeutige Bereitschaft zur Ausweitung der Kompetenzen der Gemeinschaft[520]. Seiner Meinung nach verteidigen die Nationalstaaten ihre eigenen Interessen immer noch sehr aggressiv. Der Bereich, in dem der ehemalige Premierminister die größten Chancen für die Entwicklung einer gemeinsamen Position sehe, sei die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)[521]. Auch dies wurde ein Jahr später inmitten der Irakkrise fraglich.

Aus den Aussagen von Oleksy kann keine Schlussfolgerung über eine von ihm bevorzugte Vision Europas gezogen werden. Das Problem der Stimmengewichtung im Rat der Europäischen Union wurde vom Vertreter Polens nicht thematisiert, obwohl es später in der polnischen Diskussion über den Vorschlag des Konvents eine zentrale Rolle spielte. Oleksy weigerte sich auch, zur Frage des Gottesbezugs in der Präambel der Verfassung für Europa (Invocatio Dei) Stellung zu beziehen. Das Thema sei noch nicht erörtert worden, argumentierte der Vertreter des Sejms[522]. Aus polnischer Sicht interessant war in der frühen Phase der Verfassungsdebatte die Reform der Präsidentschaft[523]. Cimoszewicz forcierte die Idee der kollektiven Präsidentschaft von vier bis fünf Mitgliedstaaten[524]. Eine alternative Lösung schlugen Aznar, Blair und Chirac vor. Die drei Staats- und Regierungschefs favorisierten die Schaffung des Amts des Präsidenten des Europäischen Rates, welcher alle drei Jahre ausgewechselt werden solle[525]. Oleksy blieb unentschieden.

Zwei Monate nach der polnischen Sejm-Debatte im September 2002 fand die Anhörungsphase, während der alle Themen angesprochen werden durften, ein Ende. Die Diskussionen fokussierten sich nun auf fundamentale Fragen der europäischen

[520] *Wspólnie o Unii – rozmowa z Józefem Oleksym*, „Gazeta Wyborcza”, 24.07.2002, S. 7.
[521] *Ebd.*
[522] *Ebd.*
[523] *Ebd.*
[524] *Ebd.*
[525] *Ebd.*

Integration, wie Kompetenzverteilung, die Bestimmung der Zuständigkeiten der einzelnen EU-Institutionen und ihrer demokratischen Legitimation, Vereinheitlichung der Stimme Europas in den Internationalen Beziehungen sowie die Varianten der künftigen Verfassung[526].

In der zweiten Phase wurden einzelne Vorschläge in den Arbeitsgruppen sorgfältig analysiert und konkretisiert[527]. Zugleich entwarf das Präsidium des Konvents erste Entwürfe zu Struktur und Inhalt des künftigen Dokuments. Das Projekt sollte die Ergebnisse der Arbeit einzelner Gruppen und Plenarsitzungen widerspiegeln. Im Mittelpunkt der dritten und letzten Etappe stand die Vorbereitung der konkreten Bestimmungen des Verfassungsvertrags[528].

Einer der Diskussionspunkte im Rahmen des Konvents, auf den sich die Vertreter Polens konzentrierten, war die Abgrenzung der Kompetenzen der Mitgliedstaaten von den Kompetenzen der Gemeinschaft. Ihre Positionen können als moderat bezeichnet werden. Die Repräsentanten der polnischen Regierung und des Parlaments verteidigten die Ansicht, dass im Falle eines Normenkonflikts die Zuständigkeit bei den Mitgliedstaaten liegen solle. Sie wiesen zugleich einen alternativen Vorschlag zurück, der von einem konkreten Katalog von Problemen, welche für die Mitgliedstaaten vorgesehen waren, ausging[529]. Auf der anderen Seite versuchten die Vertreter Polens, neue Lösungen, die auf die Verbesserung der Effizienz der europäischen Institutionen abzielten, vorzuschlagen. Andere Aspekte, denen die polnischen Delegierten viel Aufmerksamkeit widmeten, waren die Probleme der inneren Sicherheit (u.a. Terrorismusbekämpfung) und die Außenpolitik der EU. Was die letzte Frage anbelangt, betonten die Polen die Wichtigkeit der östlichen Dimension der Nachbarschaftspolitik[530].

Józef Oleksy nahm an den Beratungen der drei Arbeitsgruppen teil. Oleksys Engagement in der Arbeitsgruppe „Außenpolitik“ spiegelte die polnische Präferenz für

[526] A. Raduchowska-Brochwicz, *Konwent Europejski – przebieg prac. Wkład Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2003”, S. 83.
[527] *Ebd.*
[528] *Ebd.*
[529] *Ebd* , S. 95.
[530] *Ebd.*, S. 96.

die Intensivierung der Beziehungen der EU mit den Staaten Osteuropas wider[531]. Die Unterstützung für die aktive Ostpolitik der Union wurde durch alle polnischen Parteien deklariert. Dieser Aspekt der Arbeit eines Sejm-Vertreters im Konvent war daher politisch unverfänglich. Oleksys Beitrag zur Diskussion über die effizientere Gestaltung der GASP kam den Skeptikern entgegen. Der Vorsitzende des Europaausschusses des Sejms kritisierte die Idee der Ansiedlung eines neuen Amtes in der Struktur der Kommission, das aus der Zusammenführung der Funktionen des Hohen Beauftragten für GASP und des Kommissars für die Außenbeziehungen und der Europäischen Nachbarschaftspolitik entstehen würde[532]. Diese Lösung bezeichnete er als voreilig. Er betonte jedoch zugleich seine Unterstützung für die Veränderung des Status quo. Oleksys kritische Äußerungen stellen seine Unterstützung für die Schaffung eines starken Außenministers der EU infrage[533]. Das Balancieren zwischen der reformistischen Rhetorik und dem konservativen (in Bezug auf Reformen vorsichtig verstandenen) Vorgehen kann als ein charakteristischer Trend der Europapolitik der polnischen Sozialdemokraten identifiziert werden.

Ähnlich wie Oleksys Beitrag zur Diskussion über die GASP kann seine Teilnahme an den Beratungen der Arbeitsgruppe, die sich mit der Rolle der nationalen Parlamente beschäftigte, charakterisiert werden. Allgemeine Deklarationen der Unterstützung für die Demokratisierung der EU verband der Vertreter des Sejms mit der vorsichtigen Haltung gegenüber den neuen supranationalen Lösungen. Oleksy äußerte sich skeptisch gegenüber der Idee eines Kongresses der Nationen, der sich aus den

---

[531] T. Wieśniak, M. Czaplicki, *Udział przedstawicieli Sejmu i Senatu RP w Konwencie Europejskim*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2003", S. 104.
[532] *Ebd.*, S. 103-104.
[533] Oleksys Unterstützung für die Zusammenführung des Amts des Kommissars für Auswärtige Angelegenheiten und des Hohen Beauftragten war nicht so eindeutig, wie es z. B. in der Arbeit von Anja Heinrichs präsentiert wird. Oleksy unterstützte die Idee des „double hat", die zwar die Ausübung der Funktionen des Kommissars für Auswärtige Angelegenheiten und des Hohen Beauftragten durch eine Person vorsah, sich aber für die Aufrechterhaltung der Trennung der beiden Büros aussprach. Vgl.: A. Heinrichs, *Die europäische Integration aus Sicht Mittel- und Osteuropas. Polen, Tschechische Republik und Ungarn in der EU-Verfassungsdebatte*, Herbert Utz Verlag, München 2006, S. 67; H. M. Bury, *The Comments of Mr. Hans Martin Bury to the Preliminary Draft Final Report of Working Group VII on External Action (WD 021 – WG VII)*, Working Group VII, Working Group Document 28, Brussels 15 November 2002, http://european-convention.eu.int/docs/wd7/5067.pdf (Stand: 10.09.2009), S. 2; T. Wieśniak, M. Czaplicki, *Udział przedstawicieli Sejmu i Senatu RP w Konwencie Europejskim*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2003", S. 104.

Abgeordneten des Europaparlaments und der nationalen Parlamente zusammensetzen sollte[534]. Der Sozialdemokrat beteiligte sich auch an der Diskussion über die Subsidiarität. In diesem Zusammenhang sprach er sich für die Ausweitung der Kompetenzen von nationalen Parlamenten im Rahmen des Frühwarnsystems in Bezug auf die Zuständigkeit und die Verhältnismäßigkeit des ergriffenen Mittels aus[535].

Die dritte Arbeitsgruppe, der Józef Oleksy angehörte, beschäftigte sich mit den Problemen der Sozialpolitik. Der Vertreter des Sejms repräsentierte trotz gegenteiliger Behauptungen der euroskeptischen Opposition während der Treffen des Gremiums nicht die sozialdemokratische Vision Europas[536]. Als beste Garantie der Verwirklichung von sozialen Rechten nannte der Repräsentant Polens das Wirtschaftswachstum. Er lehnte die „zu detaillierte Regulierung"[537] des Problems von sozialen Rechten in der künftigen Verfassung für Europa ab, da diese zum Anstieg der Staatsausgaben führen würde. Oleksy fand auch die Erwähnung der Vollbeschäftigung im Katalog der Ziele der Gemeinschaft überflüssig[538]. Was die Abgrenzung der Zuständigkeiten der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten im Bereich der Sozialpolitik anbelangt, bevorzugte Polen die Bestimmungen des Nizza-Vertrags. Der polnische Delegierte argumentierte für den Erhalt der Vielfalt von sozialen Modellen[539], da dies die Wettbewerbsfähigkeit Europas verbessere und das Erreichen eines hohen Beschäftigungsniveaus ermögliche[540].

Der Beitrag von Józef Oleksy zur Arbeit der Gruppen, denen er angehörte, weicht eindeutig von den Präferenzen der SLD, die aus den Parteidokumenten und Interviews abgeleitet wurden, ab. In der Diskussion über die GASP und die Kompetenzen der

---

[534] T. Wieśniak, M. Czaplicki, *Udział przedstawicieli Sejmu i Senatu RP w Konwencie Europejskim*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2003", S. 106.
[535] *Ebd.*, S. 107.
[536] Siehe z. B. die Aussagen von Bogdan Pęk (PSL) während der Debatte über den Europäischen Konvent im Europaausschuss. Vgl.: D. Pszczółkowska, *Jaka będzie ta Unia*, „Gazeta Wyborcza", 24.07.2002, S.7.
[537] T. Wieśniak, M. Czaplicki, *Udział przedstawicieli Sejmu i Senatu RP w Konwencie Europejskim*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2003" , S. 105.
[538] *Ebd.*
[539] R. Trzaskowski, *National Report Poland* [in:] Christian Franck, Dorota Pyszna-Nigge, *IGC 2003. Positions of 10 Central and Eastern European Countries on EU Institutional Reforms. Analytical Survey in the Framework of the CEEC-DEBATE Project*, Louvain-la-Neuve/Brussels Mai 2004, http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09_Publikationen/EU_Watch/CEEC_Analytical_Report_20040621.pdf (Stand: 10.09.2009), S. 67.
[540] T. Wieśniak, M. Czaplicki, *Udział przedstawicieli Sejmu i Senatu RP w Konwencie Europejskim*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2003", S. 105.

nationalen Parlamente vertrat er die politische Linie, welche mit kleinen Abweichungen von der Mehrheit der politischen Kräfte Polens unterstützt wurde. Es erscheint jedoch verwunderlich, dass es in den Aussagen von Oleksy an sozialdemokratischer Überzeugung fehlte. Die Kernprobleme, wie die Vertiefung der Partnerschaft mit den Staaten Osteuropas oder die Stärkung der demokratischen Legitimation der EU, wurden an die Forderungen nach dem Ausbau der Zuständigkeiten der Gemeinschaftsorgane in diesen Bereichen gekoppelt. Ganz im Gegenteil, Oleksy äußerte sich an mehreren Stellen sogar kritisch gegenüber der Stärkung der Union auf Kosten der Mitgliedstaaten.

Ferner überrascht die Position des Sozialdemokraten in der Debatte über die Sozialpolitik, die ein Kernbereich der linken Identität bildet. Der polnische Politiker forcierte eine wirtschaftsliberale Vision Europas, welche eher von den Gruppierungen des rechten Spektrums zu erwarten gewesen wäre. Die Vorschläge Oleksys verschwiegen nicht nur die Idee der Entwicklung von gemeinsamen sozialen Standards, sondern zielten sogar auf die Blockierung dieser Tendenz ab.

Der Vertreter des polnischen Sejms im Europäischen Konvent setzte sich nicht für die Verwirklichung der Ziele ein, die sich die SLD in Bezug auf die Reform der EU stellte. Der polnische Sozialdemokrat unterstützte die Stärkung der supranationalen Institutionen der Gemeinschaft nicht. Er versuchte zudem, die Entwicklung der gemeinsamen sozialen Normen zu verhindern. Zu den kontroversen Weltanschauungsfragen bezog Oleksy keine Stellung. Seine Unterstützung für die engere Koordination der Außenpolitik der Mitgliedstaaten und für die Demokratisierung der Entscheidungsprozesse innerhalb der EU war durch mehrere Einschränkungen flankiert.

Erst am 23. April 2003 stellte das Präsidium des Konvents den Teilnehmern die Artikel der Verfassung vor, welche sich unter anderem auf die neue Definition der qualifizierten Mehrheit bezogen[541]. Oleksy kritisierte den Vorschlag des Präsidiums und forderte das Beibehalten des Kompromisses von Nizza. Er warnte davor, dass die Veränderung der Stimmengewichtung zu einem langen Streit führen könne. Seine Warnung wurde von seinen Kollegen im Konvent nicht wahrgenommen. Der Rat der EU drängte auf den planmäßigen Abschluss der Beratungen des Konvents, was aus Sicht der

[541] *Ebd.*, S. 108.

Vertreter Polens voreilig gewesen sei. Am 18. Juli 2003, drei Monate nach der Vorstellung der neuen Stimmengewichtung, überreichte das Präsidium des Organs das Projekt des Verfassungsvertrags der italienischen Präsidentschaft[542].

4.2.4 Nizza oder der Tod

Am 4. Oktober 2003 fand in Rom die dritte Regierungskonferenz (IGC) seit der Unterzeichnung des Maastricht-Vertrags statt[543]. Polen durfte zum ersten Mal unter den gleichen Bedingungen wie die Mitgliedstaaten an der Diskussion über die Zukunft der EU teilnehmen. Die Beitrittskandidaten, die am 1. Mai 2004 der Union beitreten sollten, bekamen das von ihnen geforderte Vetorecht[544]. Wie von Józef Oleksy prognostiziert, widersetzte sich Polen auf der Konferenz eindeutig der Reform des Abstimmungssystems im Rat der EU.

Kurz nach der Präsentation des vom Konvent vorgeschlagenen Textes des Verfassungsvertrags Ende Juli 2007 intensivierten die polnischen Diplomaten ihre Kontakte zu ihren spanischen Kollegen, mit denen sie zusammen eine Koalition „für Nizza“ gründen wollten. Am 31. Juli besuchte die Außenministerin Spaniens, Ana Palacio, Warschau, wo sie sich im Namen ihrer Regierung für die Verteidigung der im Jahre 2000 verabschiedeten Stimmengewichtung bereit erklärte[545]. Palacio stellte die Zustimmung zum Vorschlag des Konvents unter der Bedingung, dass Spanien als Kompensierung weitere Sitze im Europaparlament bekommen würde, in Aussicht. Ende

---

[542] Am 18. Juli 2003 überreichte der Konvent dem Europäischen Rat die Teile III und IV des Vertrags. Die Teile I und II wurden dem Europäischen Rat schon während seiner Tagung in Thessaloniki am 20. Juni 2003 überreicht. Vgl.: T. Wieśniak, M. Czaplicki, *Udział przedstawicieli Sejmu i Senatu RP w Konwencie Europejskim*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2003”, S. 109; J. Oleksy, *Informacja rządu w sprawie przygotowań do konferencji międzyrządowej w sprawie traktatu ustanawiającego konstytucję dla Europy. Informacja przedstawiciela Sejmu w Konwencie Europejskim*, Sejm RP, 18.09.2003, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 15.08.2009).

[543] Laut Hübner war das die achte Konferenz in der Geschichte der europäischen Integration. Jacek Pawlicki spricht jedoch von der sechsten Konferenz. Vgl.: D. Hübner, *Przebieg i dotychczasowe rezultaty Konferencji Międzyrządowej*, „Polski Przegląd Dyplomatyczny”, 4 (2004) 2, S. 8; J. Pawlicki, *Dajcie szansę Nicei*, „Gazeta Wyborcza”, 06.10.2003, S. 10.

[544] J. Pawlicki, *Bóg, honor i Nicea*, „Gazeta Wyborcza”, 17.09.2003, S. 9.

[545] D. Pszczółkowska, *Sojusz w sprawie Nicei*, „Gazeta Wyborcza”, 31.07.2003, S. 7.

September veröffentlichten Palacio und Cimoszewicz in der „Financial Times“ einen Artikel, in dem sie erneut das Beibehalten des Nizza-Systems forderten[546].

Am 18. September 2003 fand im Sejm eine Debatte über die Vorbereitungen auf die Regierungskonferenz in Rom statt. Die Diskussion zeigte das Ausmaß der Unzufriedenheit über das Verfassungsprojekt. Nicht nur eindeutig euroskeptische Politiker, sondern auch die Vertreter der liberal-konservativen Bürgerplattform (PO) griffen den Vorschlag des Konvents an. Der prominente Politiker der PO, Jan Rokita, warnte davor, dass Polen vor einer Wahl zwischen Nizza und dem Tod stehe. „Nizza o muerte – Nizza oder der Tod“, erklärte Rokita pathetisch auf der Tribüne des polnischen Parlaments[547]. Eine dramatische Reaktion der Opposition lieferte der Regierung ein weiteres Argument für ihre Kompromisslosigkeit.

Die Argumente des Kabinetts für Nizza, die früher und später durch Vertreter Polens wiederholt wurden, zitierte Włodzimierz Cimoszewicz während der Sejm-Debatte[548]. Erstens sichere das System von Nizza ein Gleichgewicht zwischen den kleinen, den mittleren und den großen Mitgliedstaaten. Zweitens sei es in der Praxis noch nicht erprobt worden und dürfe aus diesem Grund nicht kritisiert werden. Drittens seien das System von Nizza und der Vorschlag des Konvents gleichermaßen kompliziert und unverständlich für einen einfachen Bürger. Daher könne nicht von einer Vereinfachung der Funktionsweise der EU gesprochen werden. Cimoszewicz war auch irritiert, dass von den Anhängern des Status quo und nicht von den Reformatoren erwartet wurde, die anderen zu überzeugen. Im Artikel, den der polnische Außenminister gemeinsam mit seiner spanischen Amtskollegin vorbereitete, wurde noch das Argument angeführt, dass der Konvent über kein Mandat verfüge, das ihm die Modifizierung der Bestimmungen bezüglich der Stimmengewichtung im Rat der EU erlaube[549]. Weder die Erklärung 23 zur Zukunft der Europäischen Union des Nizza-Vertrags noch die Erklärung des Gipfels von

[546] A. Palacio, W. Cimoszewicz, *Pozostańmy przy Nicei*, „Gazeta Wyborcza”, 27.-28.09.2003, S. 13.
[547] J. Rokita, *Informacja rządu w sprawie przygotowań do konferencji międzyrządowej w sprawie traktatu ustanawiającego konstytucję dla Europy. Informacja przedstawiciela Sejmu w Konwencie Europejskim*, Sejm RP, 18.09.2003, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 16.08.2009).
[548] W. Cimoszewicz, *Informacja rządu w sprawie przygotowań do konferencji międzyrządowej w sprawie traktatu ustanawiającego konstytucję dla Europy. Informacja przedstawiciela Sejmu w Konwencie Europejskim*, „Sprawozdania stenograficzne z posiedzeń Sejmu RP IV kadencji”, Sejm, 18.09.2003, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 16.08.2009).
[549] A. Palacio, W. Cimoszewicz, *Pozostańmy przy Nicei*, „Gazeta Wyborcza”, 27.-28.09.2003, S. 13.

Laeken würden dem Gremium das Recht geben, den Kompromiss über die Abstimmung im Rat zu verändern, so Cimoszewicz und Palacio[550].

Aus polnischer Sicht sei nur die Regierungskonferenz dazu bevollmächtigt gewesen, die Gründungsverträge zu modifizieren. Der Konvent habe lediglich über eine „politische Legitimation" verfügt[551]. Diese Position vertrat die Regierung Millers in Rom. In gleicher Weise argumentierte auch die Regierung Kaczyńskis während der Diskussion über den Lissaboner Vertrag im Jahre 2007. Aus der polnischen Interpretation der Rolle des Konvents ist abzuleiten, dass bis zur endgültigen Entscheidung der Staats- und Regierungschefs alle Probleme offen bleiben würden. Kein Thema dürfe aus der Diskussion ausgeschlossen werden. Das Projekt der Verfassung für Europa sei laut polnischer Stellung lediglich ein Vorschlag, der beliebig modifiziert werden könne.

Die wichtigsten westeuropäischen Mitgliedstaaten waren anderer Ansicht. Frankreich und Deutschland sprachen sich gegen das Beibehalten des Kompromisses von Nizza aus. Als ein Argument dafür kann die Sorge um die Glaubwürdigkeit des Verfassungsprozesses genannt werden. Eine beliebige Modifikation des unter der Leitung von Valery Giscard-d'Estaing entworfenen Projekts hätte die Bemühungen um die repräsentative und offene Gestaltung der Funktionsweise des Konvents infrage gestellt.

Die polnische Diplomatie nahm ebenfalls eine standhafte Position an. Laut Moravcsik und Vachudova zogen die Staaten Mittel- und Osteuropas aus den harten Beitrittsverhandlungen in Kopenhagen die Schlussfolgerung, dass nur wer unbeugsam bleibe, eigene Interessen in der EU verwirklichen könne[552]. Das Verhalten der polnischen Delegation in Rom stimmt mit dieser These überein. Die polnische Regierung bezog am 9. September 2003 eine offizielle Stellung, die sie in der Konferenz vertreten wollte. Im Dokument wurde die allgemeine Unterstützung für das Verfassungsprojekt ausgedrückt.

---

[550] *Ebd.*
[551] D. Hübner, *Przebieg i dotychczasowe rezultaty Konferencji Międzyrządowej*, „Polski Przegląd Dyplomatyczny", 4 (2004) 2, S. 9.
[552] A. Moravcsik, Milada Anna Vachudova, *Bargaining Among Unequals: Enlargement and the Future of European Integration*, "European Union Studies Association Review", 15 (2002) 4, S. 1.

Gleichzeitig betonte Polen seine Unzufriedenheit mit der Veränderung des Abstimmungssystems im Rat der EU[553].

Im Zuge der Konferenz fanden drei Treffen der Staats- bzw. Regierungschefs und fünf Treffen der Außenminister statt[554]. Die italienische Ratspräsidentschaft führte darüber hinaus bilaterale Konsultationen mit den einzelnen Mitgliedstaaten. Polen hatte sich viel von dieser Form der Gespräche erhofft. Laut polnischer Diplomaten hätte während des Besuchs von Silvio Berlusconi am 21. November 2003 eine Annäherung zwischen der polnischen Regierung und der Präsidentschaft stattgefunden, was die Reform der Institutionen anbelangt. Dies drückte sich jedoch nicht den Vorschlägen aus, welche die Präsidentschaft für die Treffen in Neapel (28.-29.11.2003) und in Brüssel (12.-13.12.2003) vorbereitete[555]. Die Regierung Miller reagierte mit Entschlossenheit auf die mangelnde Bereitschaft der Union, die Forderungen Polens wahrzunehmen. Die Lehre von Kopenhagen sagte, dass sich derjenige durchsetzen würde, der über das Vetorecht verfüge. Diesmal gelang es Polen, die Gespräche zu blockieren.

Schon seit September spekulierte die polnische Presse über das mögliche Veto Warschaus[556]. Nach den misslungenen Gesprächen mit Berlusconi wurde dieses Szenario noch wahrscheinlicher. Kurz vor dem Gipfel in Brüssel fand eine weitere Europadebatte im polnischen Sejm statt. Die Abgeordneten aller Parteien forderten von der Regierung Härte in den Verhandlungen. Moderate Stimmen kamen nur aus den Reihen der SLD und der UP[557]. Die Ereignisse im Parlament bezeichnete die linksliberale „Gazeta Wyborcza“ als ein „Bieten der harten Typen“ (licytacja twardzieli)[558].

Während den Vorbereitungen auf die Konferenz in Brüssel zeichneten sich die Differenzen innerhalb des linken Lagers immer deutlicher ab. Je mehr Beifall die Politik von Miller und Cimoszewicz aus den Reihen der konservativen Opposition bekam, desto kritischer wurde sie von einigen Linken betrachtet. Zunächst meldete sich eine junge linke Gruppe zu Wort, die sich mit der Zeitschrift „Krytyka Polityczna“ von Sławomir

[553] D. Hübner, *Przebieg i dotychczasowe rezultaty Konferencji Międzyrządowej*, „Polski Przegląd Dyplomatyczny”, 4 (2004) 2, S. 13.
[554] *Ebd.*, S. 10.
[555] *Ebd.*, S. 12.
[556] R. Sołtyk, *Kolejny sądny grudzień*, „Gazeta Wyborcza”, 08.09.2003, S. 14.
[557] D. Pszczółkowska, *Licytacja twardzieli*, „Gazeta Wyborcza”, 11.12.2003, S. 3.
[558] *Ebd.*

Sierakowski assoziierte. Auf die Initiative von Sierakowski hin wurde ein „Offener Brief an die europäische Öffentlichkeit“ verfasst und von mehr als 200 Personen unterzeichnet[559]. Der Text, der in Polen als Ausdruck der Unterstützung für das Projekt des Konvents verstanden wurde, wurde in der polnischen („Gazeta Wyborcza“ und „Rzeczpospolita“) und der ausländischen Presse veröffentlicht. Im Brief ist unter anderem zu lesen, dass die Meinungen seiner Verfasser weder durch das Parlament, noch durch die wichtigsten Medien vertreten seien. Die Autoren kritisieren auch die „Phraseologie des nationalen Interesses, welche durch alle Parteien von der LPR bis zur SLD benutzt wurde“[560]. Der Brief ist ein Misstrauensvotum der linken Wählerschaft gegen die Regierung Miller. Die Erwähnung der Sozialdemokraten neben der rechtsextremen Liga der Polnischen Familien war ein Ausdruck der tiefen Enttäuschung mit der außenpolitischen Praxis des Kabinetts.

Unstimmigkeiten machten sich auch zwischen der SLD und der UP bemerkbar, die zusammen eine Regierung bildeten (seit März 2003 ohne Beteiligung der PSL). Aufgrund der engen Zusammenarbeit zwischen den beiden Gruppierungen wird an mehreren Stellen dieser Abhandlung und in anderen Texten der Begriff „SLD-UP“ oder „SLD“ benutzt, wenn über die Sozialdemokraten gesprochen wird. Kurz vor der Konferenz in Brüssel traten jedoch Meinungsunterschiede zwischen den beiden Parteien auf. Die kleine Arbeitsunion unterstützte zwar das von der polnischen Regierung geforderte Beibehalten des Nizza-Kompromisses, lehnte jedoch die Einführung von Invocatio Dei in die Präambel der Verfassung ab[561]. Auf den Vorwurf hin, das Beharren auf der Erwähnung der christlichen Traditionen im Dokument widerspreche dem Kanon der sozialdemokratischen Werte. antwortete Włodzimierz Cimoszewicz. Der Außenminister betonte, dass die linke Regierung nicht nur seine Anhänger, sondern die ganze Gesellschaft vertrete[562].

---

[559] D. Uhlig, *Za i przeciw Nicei u prezydenta*, „Gazeta Wyborcza”, 20.11.2003, S. 4.
[560] *List otwarty do europejskiej opinii publicznej*, „Krytyka Polityczna”, http://www.krytykapolityczna.pl/Teksty-poza-KP/List-Otwarty-do-Europejskiej-Opinii-Publicznej/menu-id-63.html (Stand: 17.08.2009).
[561] D. Uhlig, *Oszczędźcie Sojusz z Unią*, „Gazeta Wyborcza”, 08.12.2003, S. 7.
[562] *Ebd.*

Die polnische Diplomatie bereitete sich auf einen langen und schwierigen Kampf in Brüssel vor. Zum Gipfel fuhr als Leiter der polnischer Delegation Premierminister Miller, der kurz davor bei einem Hubschrauberunfall Verletzungen davon getragen hatte. In Vieraugengesprächen mit Jacques Chirac und Gerhard Schröder, die am Samstag den 13. Dezember vormittags stattfanden, versuchte der polnische Regierungschef, einen Kompromiss zu schließen, der zumindest eine minimale Modifikation der Abstimmungsmethode, die vom Konvent vorgeschlagen wurde, zulassen würde[563]. Der französische Präsident und der deutsche Bundeskanzler waren jedoch nicht zum Verzicht auf die Reform bereit. Schröder sagte später, dass er Miller gefragt habe, ob er seine Meinung ändern könne. Miller beantwortete dies negativ[564]. Laut Zeitungsberichten sei Warschau letztlich dazu bereit gewesen, die spätere Einführung der neuen Bestimmungen zu akzeptieren[565]. Dagegen sprach sich insbesondere Chirac aus. Noch vor 14 Uhr versicherte einer der Hauptunterhändler Polens den Journalisten, dass die Gespräche noch nicht richtig begonnen hätten. Kurz darauf wurde der Abbruch der Konferenz mitgeteilt[566]. Diese Entscheidung traf Berlusconi nach der Besprechung mit Blair, Chirac und Schröder[567].

4.2.5 Nach dem Scheitern des Gipfels in Brüssel

Das Scheitern des Gipfels in Brüssel bedeutete eine zeitliche Verschiebung der Reform des Nizza-Abstimmungssystems. Die polnische Regierung hatte anscheinend erreicht, was sie angestrebt hatte. Das Ergebnis der Konferenz war jedoch eine diplomatische Niederlage für das Kabinett Miller. Der belgische Außenminister Louis Michel und der deutsche Bundeskanzler machten Polen verantwortlich für die Mängel des Kompromisses. Ähnlich äußerte sich auch die westeuropäische Presse[568].

---

[563] A. Rubinowicz-Gruendler et al., *Kto nie chciał dogadać się w Brukseli*, „Gazeta Wyborcza", 15.12.2003, S. 6.
[564] *Ebd.*
[565] *Ebd.*
[566] *Ebd.*
[567] *Ebd.*
[568] *Ebd.*

In Polen stand Cimoszewicz unter dem Beschuss der Linken und der Liberalen. Mit kritischen Stimmen wurde der Außenminister während der Tagung „Regierungskonferenz – Erfolg oder Niederlage Europas?“ in Krakau am 16. Dezember 2003 konfrontiert[569]. Der Skeptizismus gegenüber der Politik des Kabinetts klang in der Frage des Journalisten der „Gazeta Wyborcza“ mit, der darauf hinwies, dass die radikale Stellung Polens während der Konferenz mit den moderaten Aussagen vom Juni 2003 kontrastierte. Eindeutig kritisch zeigte sich der ehemalige Außenminister Andrzej Olechowski (PO). Anders als sein Parteikollege Rokita war Olechowski ein überzeugter Anhänger der Verfassung. Seiner Meinung nach sei Polen abgeschwächt aus Brüssel zurückgekommen. Das Land habe sich selbst isoliert und unbeliebt gemacht. Das Image Polens sei beschädigt worden, was einen negativen Einfluss auf die polnische Verhandlungsposition während der Budget-Debatte, die für das nächste Jahr geplant war, haben könne[570].

Die Vertreter der polnischen Wirtschaft äußerten sich negativ über die konfrontative Strategie der polnischen Regierung bei der Konferenz in Brüssel. Marek Goliszewski, ein Vorsitzender vom einflussreichen Business Center Club, zeigte sich besorgt über potentielle Konsequenzen des diplomatischen Konflikts mit Frankreich und Deutschland für die polnischen Exporteure[571]. Zu Wort meldete sich später auch der ehemalige Premierminister der liberalen Freiheitsunion (UW), Tadeusz Mazowiecki. Ähnlich wie früher Olechowski warnte er in einem Artikel in der „Gazeta Wyborcza“ vor der Marginalisierung Polens[572].

Nach der gescheiterten Konferenz in Brüssel folgte eine Periode des Abwartens und der informellen Gespräche. Schon am 14. Januar 2004 traf sich Włodzimierz Cimoszewicz in Berlin mit seinen Amtskollegen Joschka Fischer und Dominque de Villepin. Während eines laut des polnischen Außenministers „von tiefer Ehrlichkeit geprägten Gespräches“ wurde keine Einigung in der Frage der Verfassung erreicht[573]. Frankreich und Deutschland erwarteten von Polen mehr Kompromissbereitschaft.

[569] R. Graczyk, *Dwie prędkości*, „Gazeta Wyborcza”, 16.12.2003, S. 6.
[570] *Ebd.*
[571] K. Niklewicz, *Nicejskie chłody*, „Gazeta Wyborcza”, 23.12.2003, S. 3.
[572] T. Mazowiecki, *Bronić – ale nie do śmierci*, „Gazeta Wyborcza”, 24.02.2004, S. 15.
[573] A. Rubinowicz-Gruendler et al., *Konstytucja w Trójkącie*, „Gazeta Wyborcza”, 17./18.01.2004, S. 6.

Warschau blieb jedoch standhaft. Cimoszewicz und Miller wussten laut der Kommentatoren noch nicht, wie sie auf ihre Forderungen verzichten und dabei nicht des Verrats beschuldigt werden könnten[574].

Unruhe und Sorgen in Polen lösten einen deutsch-französisch-britischen Gipfel in Berlin im Februar 2004 aus. Man befürchtete, dass drei Mächte ein inoffizielles „europäisches Direktorium" gründen und ohne Rücksprache mit den anderen Mitgliedstaaten der EU die Entscheidungen treffen könnten[575]. Kurz nach dem Treffen von Blair, Schröder und Chirac kamen aus Deutschland Signale, die in Warschau optimistisch aufgenommen wurden[576]. Joschka Fischer distanzierte sich eindeutig von der Idee eines Europas der unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Die Presse fing gleichzeitig an, über einen möglichen Kompromissvorschlag Deutschlands zu debattieren, der in der Erhöhung des notwendigen Anteils der EU-Bevölkerung bestehen sollte, für welchen die Mitgliedstaaten in den Abstimmungen eine qualifizierte Mehrheit benötigten[577]. Dies würde die Bildung einer Sperrminorität erleichtern, was wiederum die Position Polens stärken würde.

Der Widerstand der polnischen Regierung gegen die Reform der Abstimmung im Rat der EU ließ nach den Attentaten in Madrid nach. Die Niederlage der konservativen „Partido Popular" in der spanischen Parlamentswahl, die drei Tage nach dem Terroranschlag im Atocha Bahnhof stattfand, bedeutete das Ende des polnisch-spanischen Bündnisses gegen die EU-Verfassung[578]. Auch innenpolitisch verschlechterte sich die Lage der Regierung. Am 6 März 2004 fand eine Konvention der SLD statt, bei der eine Gruppe um Sejmmarschall Marek Borowski im Angesicht der Parteikrise eine tief reichende Reform des Bündnisses forderte[579]. Unter dem Beschuss der Kritiker wurde Leszek Miller zum Rücktritt als Parteivorsitzender gezwungen; er verteidigte aber das Amt des Regierungschefs.

---

[574] *Ebd.*
[575] A. Rubinowicz-Gruendler et al., *My nie spiskujemy*, „Gazeta Wyborcza", 18.02.2004, S. 9.
[576] Vgl. den Kommentar von Danuta Hübner zum deutschen Kompromissvorschlag: R. Sołtyk, *Madryt i Paryż kontra Berlin*, „Gazeta Wyborcza", 11.03.2004, S. 6.
[577] R. Sołtyk, *Kto nie chce konstytucji*, „Gazeta Wyborcza", 10.03.2004, S. 10.
[578] J. Pawlicki, *Zwolniony hamulec*, „Gazeta Wyborcza", 24.03.2004, S. 1.
[579] M. Borowski, *Wystąpienie na konwencji SLD*, Marek Borowski, 06.03.2004, http://www.borowski.pl/wystapienia/wystapienie_71.phtml (Stand: 09.01.2010).

Am 23. März 2004 gab Polen nach. Während seines Besuchs in Warschau überzeugte der deutsche Bundeskanzler seinen polnischen Amtskollegen vom Zugeständnis. Die Grundlage des Kompromisses sollte die Erhöhung der Schwelle des Bevölkerungsanteils und der Anzahl der Mitgliedstaaten in Abstimmungen mit einer qualifizierten Mehrheit von 50% auf etwa 55% in beiden Fällen sein[580]. Die Bereitschaft zum Verzicht auf die Verteidigung des Nizza-Systems bestätigte Polen auf dem Gipfel in Brüssel am 25. März 2004. Miller gab zu, dass er seine Meinung nach dem Verlust des spanischen Verbündeten geändert habe.

Nach der Rückkehr aus Brüssel erwartete Miller im eigenen Land eine unangenehme Überraschung. Am 26. März trat eine Gruppe der SLD-Rebellen unter der Führung von Marek Borowski aus dem Bündnis aus und gründete eine neue Partei, die Sozialdemokratie Polens (Socjaldemokracja Polska, SDPL). Auf diese Weise kam es zur ersten ernsten Spaltung im Lager der polnischen Postkommunisten seit 1989. Der angeschlagene Miller kündigte seinen Rücktritt aus dem Amt des Premierministers an[581]. Am 2. Mai 2004, einen Tag nach dem Beitritt Polens in die EU, löste ihn Marek Belka ab. Der Verfassungsvertrag wurde bereits vom neuen Regierungschef unterzeichnet.

4.2.6 Marek Belka und ein Kompromiss über die Verfassung für Europa

Włodzimierz Cimoszewicz, der in der neuen Regierung Belka weiterhin das Amt des Außenministers bekleidete, schien im Mai 2004 Abschied von der Entspannungsrhetorik zu nehmen. Auf dem Treffen der Außenminister in Brüssel am 24. Mai 2004 schockierte Cimoszewicz die Versammelten mit seiner Feststellung, dass eine im März von Polen geäußerte Zustimmung für die Kompromisssuche kein Verzicht auf die Verteidigung des Nizza-Systems gewesen sei[582]. Die polnische Position wurde von keinem weiteren Teilnehmer der Konferenz unterstützt. Was die Erwähnung der christlichen Werte in der Präambel anbelangt, schaffte es Polen ferner nicht, eine breite Koalition zu bilden. Lediglich sieben weitere Mitgliedstaaten zeigten Interesse. Die neue

[580] D. Pszczółkowska, *Będą ważyć Polskę w Unii*, „Gazeta Wyborcza", 24.03.2004, S. 6.
[581] W. Załuska, *Sojusz się broni*, „Gazeta Wyborcza", 27./28.03.2004, S. 4.
[582] R. Sołtyk, *Polska coraz bardziej samotna*, „Gazeta Wyborcza", 25.05.2004, S. 8.

Regierung Belka fand sich außenpolitisch isoliert und zugleich unter innenpolitischem Beschuss der Opposition, die ihm das Vertrauensvotum im Sejm verweigerte[583].

Die Entscheidung über die Schließung eines Kompromisses mit den Partnern aus der Union wurde bereits von Miller getroffen[584]. Die erneute Radikalisierung der polnischen Forderungen unter Belka kann auf zweierlei Weise erklärt werden. Auf der einen Seite kämpfte der neue Regierungschef um sein politisches Überleben. Er versuchte, seine Bereitschaft zur Verteidigung der polnischen nationalen Interessen zu zeigen, um die Argumente der euroskeptischen Opposition zu entkräften. Auf der anderen Seite jedoch gewährte er Cimoszewicz zu testen, wie weit Polen pokern konnte. Die Antwort auf diese Frage war nach dem Treffen der Außenminister eindeutig; das Spiel um Nizza war beendet.

Für seine konfrontative Stellung wurde Warschau allerdings belohnt. In den Verhandlungen mit der irischen Ratspräsidentschaft wurde eine neue Lösung des Problems der Sperrminorität gefunden, welche für Polen akzeptabel war. Eine endgültige Entscheidung trafen die Staats- und Regierungschefs in Brüssel am 17. und 18. Juni 2004. Belka stritt mit seinen Kollegen bis zum letzten Moment über die prozentuelle Definition der neuen Sperrminorität. Den Kompromiss erreichten die Teilnehmer der Konferenz erst spät in der Nacht. Noch in den letzten Stunden des Gipfels wurden unter den Journalisten Gerüchte über ein polnisches Veto laut. Um halb elf in der Nacht teilte der polnische Botschafter der EU, Marek Grela, den Korrespondenten der „Gazeta Wyborcza“ mit, dass die Delegationen sich verständigt haben.

Nach der Heimkehr aus Belgien wartete auf Belka eine wütende Opposition. Der Vorsitzende der rechtsradikalen Liga der Polnischen Familien, Roman Giertych, drohte dem Premierminister mit einem Gerichtsverfahren vor dem Staatstribunal, das sich in Polen u.a. mit Hochverrat beschäftigt. Jarosław Kaczyński bezeichnete den Kompromiss als eine „schändliche Kapitulation”[585]. Etwas zurückhaltender zeigte sich anfänglich die Bürgerplattform. Während der Sejm-Debatte am 30. Juni 2004 veränderte sich die

[583] Der Sejm verweigerte der Regierung Belkas das Vertrauensvotum am 14. Mai 2004. Das Parlament konnte sich jedoch auf keinen alternativen Kandidaten einigen. Am 24. Juni 2004 stellte Belka erneut die Vertrauensfrage. Diesmal stimmte die Kammer seinem Kabinett zu.
[584] Vgl. Fußnote 571.
[585] J. Makowski, *Każdy walczył o swoje*, „Gazeta Wyborcza”, 22.06.2004, S. 17.

Situation. Der Autor des Slogans „Nizza oder der Tod“, Jan Maria Rokita aus der PO, wurde wieder zum Anführer der Euroskeptiker. Rokita kündigte an, dass eine konservative Regierung mit seiner Beteiligung, falls eine solche im Jahre 2005 entstehe, die Entscheidungen, denen Belka in Brüssel zustimmte, blockieren werde[586].

Nach dem Abschluss der Verhandlungen wurde die Diskussion über die Verfassung auf der innenpolitischen Ebene weitergeführt. Am 12. Juli entschieden die Außenminister der EU-Mitgliedstaaten, dass das Dokument am 29. Oktober 2004 in Rom feierlich unterzeichnet werde[587]. Am Rande des Treffens, nachdem dieses Datum angekündigt wurde, teilte Włodzimierz Cimoszewicz den polnischen Medien seine Überlegungen über die Ratifizierung in Polen mit. Der Außenminister sprach sich für einen Volksentscheid aus, der gleichzeitig mit der Präsidentschaftswahl im Herbst 2005 abgehalten würde[588].

Eine Woche vor dem Gipfel in Rom traf sich Cimoszewicz mit den Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses vom Sejm, um sie über die geplante Unterzeichnung des Verfassungsvertrags zu informieren[589]. Die Positionen der Kritiker und der Befürworter des Dokuments blieben unverändert. PiS, LPR und PSL schlugen ein Desiderat vor, das die Regierung zur Nichtunterzeichnung aufrief. Die Sozialdemokraten und die Liberal-konservativen stimmten gemeinsam für die Ablehnung des Vorschlags und setzten sich durch.

Die Vertreter aller Parteien schienen sich einig zu sein über die Notwendigkeit der Durchführung eines Referendums[590]. Was sie unterschied, waren die Vorstellungen

---

[586] D. Pszczółkowska, *Rokita gromi rząd*, „Gazeta Wyborcza”, 01.07.2004, S. 4. Siehe auch den Text der Rede von Rokita im Sejm: J. Rokita, *Informacja rządu w sprawie wyników konferencji międzyrządowej, która odbyła się w Brukseli w dniach 17 i 18 czerwca 2004 r.*, Sejm RP, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 29.08.2009).

[587] *Konstytucja w Rzymie*, „Gazeta Wyborcza”, 13.07.2004, S. 7.

[588] *Ebd.*

[589] D. Uhlig, *Konstytucja bez napięcia*, „Gazeta Wyborcza”, 23./24.10.2004, S. 5.

[590] Der polnische Sejm muss der Ratifizierung eines internationalen Vertrags zustimmen (Art. 89 der Verfassung Polens). Über die Form der Zustimmung für die Ratifizierung eines besonders wichtigen Vertrags (für die Eigenschaften eines solchen Vertrags siehe Art. 90 der Verfassung Polens) entscheidet der Sejm in einem Beschluss, der mit einfacher Mehrheit verabschiedet wird. Die Zustimmung kann im Volksentscheid ausgedrückt werden (Art. 90, Art. 125). Der Sejm kann alternativ über die Zustimmung für die Ratifizierung in einem Gesetz, das mit einer 2/3-Mehrheit angenommen wird, entscheiden (Art 90). Vgl.: *Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej*, Dz.U. 1997, NR 78 poz. 483; D. Uhlig, *Konstytucja bez napięcia*, „Gazeta Wyborcza”, 23./24.10.2004, S. 5.

über den besten Termin der Abstimmung. Am 2. Dezember 2004 setzte sich der polnische Sejm mit diesem Problem auseinander. Die Linken sprachen sich für den Vorschlag Cimoszewiczs aus. Das polnische Volk würde gemäß dieses Projekts schon im November 2005 während der Präsidentschaftswahl über die EU-Verfassung entscheiden. Die Opposition hingegen beraumte den Volksentscheid für das Jahr 2006 an, nach Abschluss der Ratifizierung in den Staaten der „alten Union“[591]. In den darauffolgenden fünf Monaten beschäftigten sich die Ausschüsse des polnischen Sejms mit dem Text der Verfassung. Ihre Arbeit wurde durch zahlreiche Fehler in der polnischen Übersetzung des Dokuments aufgehalten[592]. Am Rande der Diskussion über die schlechte Qualität der polnischen Übersetzung des Vertrags wurde über die Verschiebung des Volkentscheids spekuliert. Ein Staatssekretär im Außenministerium, Jan Truszczyński, lehnte diese Möglichkeit ab[593]. Nach den skeptischen Prognosen aus Frankreich, das Ende Mai über die Annahme der EU-Verfassung entscheiden sollte, schien die polnische Regierung weniger überzeugt auf der Idee der Abstimmung im November zu beharren. Darauf deutet auch die Aussage des polnischen Europaministers Jarosław Pietras hin, der im April 2005 die Verschiebung des Termins des polnischen Referendums, falls die Franzosen „nein“ sagen würden, nicht ausschloss[594].

4.2.7 Nach den Volksentscheiden in Frankreich und in den Niederlanden

Im Volksentscheid am 29. Mai 2005 lehnten die Franzosen die Europäische Verfassung ab. Am 1. Juni trafen die Wähler in den Niederlanden die gleiche Entscheidung. Die Debatte über die Reform der EU erreichte eine neue Phase. Es war unklar, ob weiter versucht werden sollte, die Europäische Verfassung durchzusetzen oder ob ein neues Dokument entwickelt werden müsse. Auch der Europäische Rat gab auf dem Gipfel in Brüssel am 16. und 17. Juni 2005 keine eindeutige Antwort. Es wurde nur

[591] D. Uhlig, *Kiedy referendum*, „Gazeta Wyborcza”, 03.12.2004, S. 8.
[592] *MSZ nie tłumaczył*, „Gazeta Wyborcza”, 22./23.01.2005, S. 3.
[593] *Ebd.*
[594] *Nie czekać na Francję*, „Gazeta Wyborcza”, 22.04.2005, S. 10.

entschieden, dass die Ratifizierung nicht zwingend bis zum 1. November 2006 abgeschlossen werden müsse, wie es ursprünglich geplant war[595].

In den ersten Kommentaren nach den Volksentscheiden in Frankreich und in den Niederlanden argumentierten die polnischen Sozialdemokraten für die Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses[596]. Am 6. Juni schlug eine Expertengruppe, die vom Präsidenten Kwaśniewski versammelt wurde, die Durchführung eines Referendums während des ersten Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen am 9. Oktober 2005 vor[597]. Die Form der Annahme der Europäischen Verfassung durch Polen musste jedoch der Sejm bestimmen. Der sozialdemokratische Präsident der Kammer und zugleich der ehemalige Außenminister Cimoszewicz zögerte die Entscheidung hinaus. Er wollte eine parlamentarische Debatte über die Ratifizierung erst nach dem Treffen des Europäischen Rates eröffnen[598]. Unklare Signale aus Brüssel, trotz der enthusiastischen Aussagen Belkas, entmutigten die Sozialdemokraten. Einer der prominenten Politiker der SLD und ehemaliger Vertreter Polens im Europäischen Konvent Oleksy suggerierte, dass der neue Sejm die Entscheidung über eine Form der Ratifizierung des Verfassungsvertrags treffen solle[599]. Am 5. Juli versuchte Cimoszewicz letztlich, die Diskussion über die Ratifizierung auf die Tagesordnung des Parlaments zu setzen. Die Abgeordneten lehnten seinen Antrag in einer Abstimmung mit 189 gegen 180 Stimmen ab[600]. Im Plenarsaal fehlten 18 Mitglieder der SLD und 10 der SDPL[601].

Es ist schwer zu urteilen, ob das Ergebnis der Abstimmung vom 5. Juli von den Linken absichtlich provoziert wurde oder nicht. Die politische Demobilisierung der Sozialdemokraten ist jedoch auf keinen Fall zu übersehen. Eine Situation, in der es keine klare Antwort auf die Frage nach dem Verhalten Polens im Ratifizierungsprozess des Verfassungsvertrags gab, kam ihnen sehr gelegen. Im Kontext der kommenden Parlamentswahlen verbesserten die Linken ihre Situation. Sie konnten sich weiterhin als

[595] R. Sołtyk, Anna Rubinowicz-Gruendler, *Co dalej z Europą*, „Gazeta Wyborcza", 17.06.2005, S. 8.
[596] Für die Fortsetzung des Ratifizierungsverfahrens sprachen sich u.a. Präsident Aleksander Kwaśniewski und Premierminister Marek Belka aus. Vgl.: *Ratyfikacja to szansa dla Polski*, „Gazeta Wyborcza", 02.06.2005, S. 6.
[597] P. Wroński, *Unia czeka na polski głos*, „Gazeta Wyborcza", 07.06.2005, S. 6.
[598] *Ratyfikacja to szansa dla Polski*, „Gazeta Wyborcza", 02.06.2005, S. 6.
[599] *Kiedy polskie referendum*, „Gazeta Wyborcza", 18./19.06.2005, S. 7.
[600] D. Uhlig, *Już po referendum?*, „Gazeta Wyborcza", 06.07.2005, S. 4.
[601] *Ebd.*

eine Gruppe der pro-europäischen Parteien darstellen. Gleichzeitig mussten sie sich nicht mehr gegen die Kritik der Rechten wehren, welche ihnen die Unterstützung des für Polen ungünstigen Abstimmungsverfahrens im Rat und einer Präambel ohne Gottesbezug vorwarfen. Sie wussten auch, dass sie in Zukunft keine Verantwortung für die Entscheidung tragen müssten. Am 29. August fand die letzte Sitzung des Sejms in der vierten Wahlperiode statt[602]. Nach den Wahlen vom 25. September 2005 gehörte die SLD erwartungsgemäß zur Opposition.

4.2.8 Die Regierung Belka und die Diskussion über das soziale Europa

Witold Orłowski, ein Berater des Staatspräsidenten Aleksander Kwaśniewski, stellte in einem im Juni 2004 veröffentlichten Artikel fest, dass Polen keine klare Europastrategie verfolge. Der Kampf um die Sperrminorität sei ohne Überlegung darüber geführt worden, wozu diese Blockierungsmechanismen genutzt werden sollen. Die SLD versuchte, zumindest in der programmatischen Dimension diese Schwäche durch die Unterstützung der Idee eines sozialen Europas zu überwinden. Ihre Deklarationen fanden aber keine Widerspiegelung in der praktischen Europapolitik der Regierung Belka. Für diese These spricht die Position Polens in den wirtschaftspolitischen Debatten, die nach dem Unterschreiben des Verfassungsvertrags in der EU geführt wurden.

Die erste kontroverse Diskussion initiierte der deutsche Kanzler während seines Besuchs in Polen im Mai 2004. Von seinen Kollegen aus der SPD unter Druck gesetzt, rief Gerhard Schröder zur Koordinierung der sozialen Systeme und zur Bekämpfung des Steuerdumpings in der Europäischen Union auf. Seinem deutschen Amtskollegen antwortete Belka, dass eine Diskussion über Steuern einfacher wäre, wenn die polnische Industrie deutsches Niveau hätte[603].

Das Thema „Steuern“ wurde im Juli wieder präsent. Die polnische Presse warf Günther Verheugen vor, dass die von ihm vorgeschlagene neue Regelung der EU-Subventionen Polen zur Erhöhung der Unternehmenssteuer zwingen würde. Die

[602] *Sprawozdania stenograficzne z posiedzeń Sejmu IV Kadencji*, Sejm RP, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 15.09.2009).
[603] K. Niklewicz, *Sześć, Gerhard, sześć!*, „Gazeta Wyborcza“, 27.05.2004, S. 19.

Initiative Verheugens wurde laut Medien durch eine geschickte Intervention der polnischen EU-Kommissarin Danuta Hübner blockiert[604]. Die linksliberale „Gazeta Wyborcza“ stellte fest, dass Hübner, der die LPR Hochverrat vorwarf, die polnischen Interessen vorbildlich verteidigt habe. Die Zeitung fügte noch hinzu, dass die EU „keine altruistische Institution“ sei, „in der sich die Polen um die Interessen der Deutschen und die Deutschen um die Interessen der Polen sorgen würden“. Die einzige Strategie, die in der EU funktioniere, sei der nationale Egoismus, scheint der Text von Pawlicki zu suggerieren.

Neben Bundeskanzler Schröder warfen auch der französische Finanzminister Sarkozy und der Premierminister Schwedens, Persson, den neuen Mitgliedstaaten Steuerdumping vor[605]. Eine Antwort auf diese Kritik gab ein wenig bekannter Mitarbeiter des polnischen Finanzministeriums in einer von der „Gazeta Wyborcza“ veröffentlichten Stellungnahme[606]. In seinem Artikel wies er auf die falsche Definition des Steuerdumpings hin. Seiner Meinung nach dürfe erst dann über Steuerdumping gesprochen werden, wenn Unternehmen aus unterschiedlichen Staaten unterschiedlich behandelt werden. Die Forderung der Einkommenssteuerharmonisierung sei ferner nicht vereinbar mit den in der EU geltenden Prinzipien. Ein solcher Schritt würde die Wettbewerbsfähigkeit der Staaten Mittel- und Osteuropas verschlechtern, das Konvergenztempo verlangsamen und die Position der ganzen Gemeinschaft in der Welt schwächen. Die Überlegungen von Szałwiński entsprachen der Position der polnischen Regierung.

Eine weitere wirtschaftspolitische Frage, die in der EU kontrovers diskutiert wurde, hatte das vom EU-Kommissar Frits Bolkestein vorgeschlagene Projekt der Dienstleistungsrichtlinie zum Gegenstand. Entgegen den Inhalten ihrer Programmdokumente setzten sich die Sozialdemokraten mittels einer von ihnen gebildeten und unterstützten „Expertenregierung“ Belkas für den Entwurf des niederländischen Kommissars ein. Einige der interviewten Sozialdemokraten, insbesondere Vertreter der jüngeren Generation, distanzierten sich von Marek Belka, der

[604] J. Pawlicki, *Tak się broni interesów w Unii*, „Gazeta Wyborcza”, 19.07.2004, S. 2.
[605] T. Szałwiński, *Szorstkie przywitanie w Unii*, „Gazeta Wyborcza”, 09.08.2004, S. 27.
[606] *Ebd.*

im Amt des Premierministers Miller folgte. Ihrer Meinung nach könne im Falle des Kabinetts Belka nicht mehr von einer sozialdemokratischen oder linken Regierung gesprochen werden[607]. Die Mitglieder der Regierung waren jedoch Sozialdemokraten, die meisten aktive Politiker der SLD. Ohne die parlamentarische Unterstützung der SLD, der SDPL und der UP hätte der Ministerrat keinen Bestand gehabt. Selbst Premierminister Belka verweilte bis zum Frühling 2005 in den Reihen der SLD[608]. Die nichtsozialdemokratische Politik, über die sich die jungen Linken in Interviews beklagten, wurde durch die Sozialdemokraten geführt.

Der Widerstand Schröders und Sarkozys gegen die Idee Bolkesteins richtete sich aus Sicht der polnischen Regierung gegen die Weiterentwicklung der EU. Deutschland und Frankreich wurden von der polnischen Presse als die wahren Bremsen der Integration bezeichnet, die das Vollenden des gemeinsamen Marktes verhindern würden[609]. Der Streit über die Dienstleistungsrichtlinie sei ein Beweis für die Heuchelei der Westeuropäer, welche zuerst Polen das Blockieren der Reformprozesse vorwarfen und dann selbst die Integration vereitelten, als sie sich mit ihren Interessen nicht vereinbaren ließ. Das realpolitische Bild der EU als ein Schlachtfeld der gegensätzlichen nationalen Interessen wurde bestätigt.

Gemäß der Dienstleistungsrichtlinie regulieren relevante Vorschriften des Herkunftslandes die Tätigkeit eines Dienstleistungsanbieters aus einem Mitgliedstaat in anderen Mitgliedstaaten. Die Autoren des Projekts nahmen an, dass das Recht aller Mitgliedstaaten den Konsumenten ausreichenden Schutz gewährleiste und zusätzliche Einschränkungen daher überflüssig seien. Deutliche Unterschiede weist jedoch der Grad der Marktregulierung in den einzelnen Staaten auf (darunter werden auch die Bestimmungen der sozialen Rechte der Arbeitnehmer verstanden). In Polen und in den anderen neuen Mitgliedstaaten war z. B. der Kündigungsschutz liberaler als in

---

[607] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Szymon Szewrański (SDPL)*.
[608] W. Gadomski, *Marek Belka – lewoskrzydłowy liberał*, „Gazeta Wyborcza", http://wyborcza.pl/1,75515,2074668.html (Stand: 05.09.2009); Am 2. März 2005 sagte Marek Belka im Interview mit der Wochenzeitschrift „Polityka", dass er sein Engagement bei der neu gegründeten Demokratischen Partei (PD) nicht ausschließe, was als eine Ankündigung seines Austritts aus der SLD interpretiert wurde. Vgl.: Sławomir Kamiński, *SLD ostrzega i prosi Belkę, by został*, „Gazata Wyborcza", 03.03.2005, S. 1.
[609] R. Sołtyk, *Hamulcowi Unii*, „Gazeta Wyborcza", 16.03.2005, S. 19.

Frankreich oder Deutschland. Die neue Richtlinie würde aus diesem Grund die Dienstleistungsanbieter aus Polen favorisieren. Die bessere Stellung auf den ausländischen Märkten könnte die internationale Aktivität der polnischen Firmen fördern und zur Reduzierung der hohen Arbeitslosenrate beitragen. Aus der Perspektive der polnischen nationalen Interessen könnte argumentiert werden, dass dies eine gute Lösung wäre. Die Zustimmung, welche der stellvertretende Premierminister Jerzy Hausner im Namen der polnischen Regierung während der Sitzung des Rates der EU am 25. November 2004 signalisierte[610], war jedoch nicht mit der von den Sozialdemokraten geforderten Idee des sozialen Europas vereinbar.

In der Debatte über die Liberalisierung des Dienstleistungsmarktes konnte sich Polen nicht durchsetzen. Im Februar 2005 informierte Barroso die Medien über die Bereitschaft der Europäischen Kommission zum Verzicht auf die kontroverse Bestimmung des Vorschlags von Bolkestein[611]. Die Entscheidung galt als eine Antwort auf die Kritik, die insbesondere von Seiten der französischen und deutschen Politiker nach der Protestwelle in den Staaten Westeuropas formuliert wurde. Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion, der die SLD angehörte, begrüßte ihr Vorsitzender Paul Nyrup Rassmussen die Erklärung Barrossos. Der dänische Politiker betonte, dass die PES nie eine ausnahmslose Liberalisierung, welche das europäische soziale Modell infrage stelle, unterstützen werde.

Auf dem Gipfel der EU im März 2005 schlossen die Mitgliedstaaten einen Kompromiss hinsichtlich der Liberalisierung der Dienstleistungen[612]. Die Anhänger der Bolkestein-Richtlinie, wie etwa Polen, erklärten sich damit einverstanden, dass nicht alle Märkte auf einmal geöffnet werden müssen, und akzeptierten den Aufschub der endgültigen Entscheidung. Die kritischen Mitgliedstaaten verzichteten auf ihre Forderung nach der Rückziehung des von der Kommission präsentierten Entwurfs. Das existierende Projekt sollte als Grundlage der weiteren Diskussion dienen. Vor dem geplanten Volksentscheid über die Europäische Verfassung wollten die Befürworter der

[610] K. Niklewicz, *Ciężka walka o usługi*, „Gazeta Wyborcza", 26.11.2004, S. 25.
[611] R. Sołtyk, *W Unii przegrał wolny rynek*, „Gazeta Wyborcza", 04.02.2005, S. 25.
[612] K. Niklewicz, Robert Sołtyk, *Na szczycie Unii zgoda w sprawie usług*, „Gazeta Wyborcza", 23.03.2005, S. 21.

Dienstleistungsliberalisierung, wie beispielsweise Belka, die Position von Jacques Chirac nicht verschlechtern. Vor dem Flug zur Konferenz signalisierte der polnische Regierungschef seine Bereitschaft zum Kompromiss. Laut Quellen der „Gazeta Wyborcza“ sei Polen nur dann zur Konfrontation bereit gewesen, falls es durch Frankreich provoziert würde[613].

Die Diskussion der Staats- und Regierungschefs über die Dienstleistungsrichtlinie fand vor der ersten Lesung des Entwurfs im Europäischen Parlament statt. Sie hatte jedoch eine wichtige politische Bedeutung. Über den Entwurf von Bolkestein wurde sodann weiter im Europäischen Parlament diskutiert. Die Vereinbarung zwischen den Sozialdemokraten und der Europäischen Volkspartei ermöglichte die Zustimmung der Kammer im Februar 2006[614]. Die Regierungen konnten sich zum Text, der dem Rat der EU vorgelegt wurde, erst im Sommer 2006 äußern[615]. Polen wurde zu diesem Zeitpunkt jedoch schon durch die neue nationalkonservative Regierung repräsentiert.

Die EU-Politik der Regierung Belka zielte nicht auf die Schaffung der gemeinsamen (hohen) sozialen Standards ab. Die Position seines Kabinetts in den Debatten über Steuerharmonisierung und über die Liberalisierung der Dienstleistungen entsprach nicht den Präferenzen der Sozialdemokraten, wie sie sowohl in den Parteidokumenten als auch in den Interviews ausgedrückt wurden. Ganz im Gegenteil, die polnische Regierung kämpfte gegen die Initiativen, welche zumindest aus Perspektive der Linken in Westeuropa hohe soziale Standards in der EU garantieren würden. Ihre Einstellung kann als Ausdruck der nationalen Interpretation von sozialen Problemen verstanden werden. Diese Denkweise tritt auch in einigen Interviews und in den Programmdokumenten hervor. Erst in der Praxis verdrängte sie eine tiefer in der linken Tradition verwurzelte Fokussierung auf die Diskrepanzen zwischen den sozialen Schichten. Diese Tendenz wurde auch während der Amtszeit Millers, zum Beispiel in den Äußerungen der polnischen Sozialdemokraten im Europäischen Konvent wie auch

---

[613] *Ebd.*
[614] C. Anderson, *Bye Bye Bolkestein. New Europe Betrayed*, Copenhagen Institute, 16.02.2006, http://www.coin.dk/default.asp?aid=503 (Stand: 09.01.2010).
[615] *Common Position adopted by the Council with a view to the adoption of the directive of the European Parliament and of the Council on services in the internal markets*, Council of the European Union, Brussels 17.07.2006, S. 113.

während der Beitrittsverhandlungen, sichtbar. Dies spricht, ähnlich wie im Falle des Beitrags zur Diskussion über die EU-Verfassung, auch in der Debatte über die Zukunft der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik für die These eines überwiegend realpolitischen Charakters der Europapolitik der SLD.

4.3 Sicherheitspolitik und europapolitische Implikationen der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten

4.3.1 Die uneingeschränkte Solidarität à la polonaise

Die Sicherheitspolitik der Regierung Miller stand von Anfang an im Schatten des Kampfes gegen den Terrorismus. Laut Bogdan Góralczyk hätten sich die Attentate vom 11. September zum wichtigen Orientierungspunkt der polnischen Außenpolitik entwickelt[616]. Die Annäherung zwischen Polen und den Vereinigten Staaten, die danach erfolgte, blieb nicht ohne Einfluss auf die polnische Politik in der EU.

Die Attentate vom 11. September 2001 fanden kurz vor den polnischen Parlamentswahlen statt[617]. Im Namen der polnischen Regierung verurteilte der ausscheidende konservative Premierminister Jerzy Buzek die Terrorakte. Ihm schloss sich der aus den Reihen der Sozialdemokraten stammende Präsident Aleksander Kwaśniewski an. Am 11. September schickten Buzek und Kwaśniewski dem amerikanischen Staatschef Kondolenzbriefe[618]. Im Namen des polnischen Senats sprach Alicja Grześkowiak, die konservative Vorsitzende der polnischen ersten Kammer, dem amerikanischen Vizepräsidenten Dick Cheney ihr Beileid aus.

In der Periode zwischen den Attentaten und der Übernahme der Regierungsverantwortung durch das neue Kabinett, die am 19. Oktober 2001 erfolgte, spielte die Präsidentschaftskanzlei eine wichtige Rolle in den Beziehungen mit den

[616] B. Góralczyk, *Polska polityka zagraniczna po wyborach parlamentarnych 2001 r.*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002", S. 32.
[617] Die Parlamentswahl in Polen fand am 23. September 2001 statt.
[618] P. Erenfeicht, *Stosunki dwustronne Polski. Obszar transatlantycki. Stany Zjednoczone*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002", S. 221, Fußnote 1.

Vereinigten Staaten. In einem Brief an George W. Bush teilte Kwaśniewski die Bereitschaft Polens zur Teilnahme an allen Aktivitäten, die im Rahmen eines möglichen Kampfeinsatzes gegen Terroristen unternommen würden, mit[619]. Polen stellte anfänglich 300 Soldaten zur Verfügung[620]. Von Seiten der Regierung Buzek kam noch am 25. September eine Erklärung über die Bereitstellung des polnischen Luftraums für US-amerikanische Flugzeuge[621]. Sehr intensiv entwickelte sich die Zusammenarbeit des dem Präsidenten untergeordneten Büros der Nationalen Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego – BBN) mit den Partnern aus Washington. Der Leiter des BBN, Marek Siwiec, der zu den außen- und europapolitischen Experten der SLD zählt[622], führte vom 22. bis 25. Oktober in den Vereinigten Staaten eine Reihe von Gesprächen über den Beitrag Polens zum Kampf gegen den Terrorismus[623].

Auf Initiative des Präsidenten Kwaśniewski hin wurde in Warschau eine Konferenz zur Terrorismusbekämpfung organisiert. Am 6. November 2001 versammelten sich in der Hauptstadt Polens die Staats- und Regierungschefs aus 16 Staaten Mittel- und Osteuropas[624], um einen Aufgabenplan anzunehmen[625]. Die Vereinigten Staaten wurden durch zwei Diplomaten, Heather A. Conley[626] und den

---

[619] *Ebd.*, S. 221.
[620] B. Góralczyk, *Polska polityka zagraniczna po wyborach parlamentarnych 2001 r.*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002", S. 31.
[621] P. Erenfeicht, *Stosunki dwustronne Polski. Obszar transatlantycki. Stany Zjednoczone*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002", S. 221.
[622] Marek Siwiec war in den Jahren 1991-1997 ein Abgeordneter des polnischen Sejms für die SLD (SdRP). In den Jahren 1997-2004 leitete er das Büro der Nationalen Sicherheit. Siwiec verließ das Büro nach dem Erlangen eines Mandats im Europäischen Parlament im Juni 2004. Im Juni 2009 wurde Siwiec wiedergewählt.
[623] P. Erenfeicht, *Stosunki dwustronne Polski. Obszar transatlantycki. Stany Zjednoczone*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002", S. 223. Marek Siwiec besuchte die Vereinigten Staaten wieder im Februar 2002. Vgl.: K. Krause, A. Orzechowski, *Stosunki dwustronne Polski. Obszar transatlantycki. Stany Zjednoczone*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2003", S. 223.
[624] An der Konferenz nahmen neben dem polnischen Präsidenten die Staats- und Regierungschefs von Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, der Tschechischen Republik, Jugoslawien, Litauen, Lettland, Estland, Mazedonien, der Republik Moldau, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, der Ukraine, Ungarn wie auch der Vizepräsident von Bulgarien teil. Vgl.: R. Tarnogórski, *Kronika dyplomatyczna*, „Polski Przegląd Dyplomatyczny", 1 (2001) 4, S. 301.
[625] P. Erenfeicht, *Stosunki dwustronne Polski. Obszar transatlantycki. Stany Zjednoczone*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002", S. 222.
[626] Heather A. Conley bekleidete in den Jahren 2001 bis 2005 das Amt des „Deputy Assistant Secretary of State in the Bureau for European and Eurasian Affairs" und war für die bilateralen Beziehungen mit den 15 Staaten Nord- und Mitteleuropas zuständig. Vgl.: Center for Strategic and International Studies, http://csis.org/expert/heather-conley (Stand: 18.09.2009).

Koordinator der Terrorismusbekämpfung im amerikanischen Außenministerium, Francis Taylor, vertreten[627]. Die Konferenz war trotz der Abwesenheit der hohen Beamten der amerikanischen Regierung ein Erfolg. Aus Sicht der polnischen Diplomaten baute sie in den Augen Washingtons die starke Position Polens in der Region weiter aus[628]. Für die These über den besonderen Charakter der polnisch-amerikanischen Beziehungen nach dem 11. September spricht unter anderem die Tatsache, dass Präsident Kwaśniewski über den Afghanistan-Einsatz am 7. Oktober 2001 als einer der ersten Staatschefs der NATO-Mitgliedsstaaten informiert wurde. Im Juli 2002 wurde er in einer besonders feierlichen Stimmung von George W. Busch im Weißen Haus empfangen[629].

Auf der Aktivität der Präsidentschaftskanzlei baute das neue Kabinett Miller seine Beziehungen mit den Vereinigten Staaten auf. Die Ereignisse vom 11. September erwähnte der Premierminister in seiner Regierungserklärung, die er am 25. Oktober vor dem Sejm hielt. In derselben Rede sprach er sich für den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Polen und den Vereinigten Staaten auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik aus. Das Engagement der USA in der Sicherheitspolitik Europas erkannte Miller als eine Schlüsselfrage an. Im Dezember 2001 reiste Außenminister Cimoszewicz nach Washington[630]. Im Programm seines Besuchs dominierten erneut die Probleme der Sicherheit und der Terrorismusbekämpfung[631]. Im Januar 2002 besuchte Premierminister Leszek Miller die Vereinigten Staaten.

Gut entwickelte sich auch die militärische Kooperation. Im April und November 2002 traf sich der polnische Verteidigungsminister Jerzy Szmajdziński zu bilateralen Gesprächen mit den amerikanischen Partnern. Sein Vertreter Janusz Zemke reiste im März 2002 in die USA. Das wichtigste Thema war in diesem Kontext aus der

---

[627] Francis X. Taylor bekleidete das Amt des „State Department Coordinator for Counterterrorism". Vgl.: Foreign Press Centers U.S. Department of State Archive, http://2002-2009-fpc.state.gov/10371.htm (Stand: 18.09.2009).

[628] P. Erenfeicht, *Stosunki dwustronne Polski. Obszar transatlantycki. Stany Zjednoczone*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002", S. 222.

[629] K. Krause, A. Orzechowski, *Stosunki dwustronne Polski. Obszar transatlantycki. Stany Zjednoczone*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2003", S. 222.

[630] Kurz davor, vom 4. bis 5. Dezember 2001, reiste der Unterstaatssekretär im Außenministerium und späterer Botschafter in Berlin, Andrzej Byrt, als erster hoher Vertreter der Regierung Miller in die Vereinigten Staaten. Vgl.: Fußnote 2 in: P. Erenfeicht, *Stosunki dwustronne Polski. Obszar transatlantycki. Stany Zjednoczone*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002", S. 223.

[631] *Ebd.*

Perspektive Polens die Modernisierung der polnischen Armee, welche großzügig durch Washington unterstützt wurde. Polen profitierte von zwei amerikanischen Hilfsprogrammen, „Foreign Military Sales“ und „Foreign Military Financing“. Polnische Offiziere nahmen an Bildungsprogramme des Pentagons teil. Die Übergabe einer Fregatte der US-Marine, die in Polen den Namen „ORP Kościuszko“ bekam, wurde zum Wahrzeichen der amerikanischen Unterstützung für die polnischen Streitkräfte[632].

Die Intensivierung der bilateralen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten zwischen September 2001 und August 2002 unterschied Polen nicht von den anderen Akteuren der europäischen Politik. Zu einer ähnlichen Annäherung kam es auch zwischen Berlin und Washington, was sich im von Kanzler Schröder geprägten Slogan der „uneingeschränkten Solidarität“ äußerte[633]. Ähnlich wie Deutschland und mehrere weitere Staaten Westeuropas unterstützte Polen den Afghanistan-Einsatz und stellte den Vereinigten Staaten eigene Truppen zur Verfügung. Die Politik Polens wich erneut nicht von den Aktivitäten der Partner aus der EU ab.

4.3.2 Polen im Streit über den Irakkrieg

Im Sommer 2002 signalisierten die Vereinigten Staaten vermehrt einen möglichen Kampfeinsatz gegen den Irak. Während einer Wahlkampfrede in Hannover im August 2002 kritisierte der um die Wiederwahl kämpfende deutsche Bundeskanzler die Politik des amerikanischen Präsidenten[634]. Am 27. August bekräftigte der amerikanische Vizepräsident Dick Cheney die Vorwürfe gegen das Regime in Bagdad[635]. Die

---

[632] K. Krause, A. Orzechowski, *Stosunki dwustronne Polski. Obszar transatlantycki. Stany Zjednoczone*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2003“ , S. 224.

[633] In der Erklärung, welche der Bundeskanzler nach der Sitzung des Bundessicherheitsrates am Nachmittag des 11. September 2001 gab, ist u.a. Folgendes zu lesen: „Das deutsche Volk steht in dieser Stunde, die so schwer ist für die Menschen in den Vereinigten Staaten, fest an der Seite der Vereinigten Staaten von Amerika. Ich habe dem amerikanischen Präsidenten George W. Bush die uneingeschränkte Solidarität Deutschlands zugesichert.“ Vgl.: G. Schröder, *Erklärungen des Bundeskanzlers zu den Terroranschlägen in den USA*, Archiv bundesregierung.de, http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/artikel/34/55734/multi.htm (Stand: 24.09.2009).

[634] Für die Informationen über Schröders Rede in Hannover vgl.: M. Geyer, D. Kurbjuweit, C. Schnibben, *Operation Rot-Grün. Geschichte eines politischen Abenteuers*, München 2005, S. 203.

[635] Richard B. Cheney, *Vice President Speaks at VFW 103rd National Convention*, The White House, http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/08/20020826.html (Stand: 24.09.2009).

Kommentare Cheneys riefen in Westeuropa Empörung hervor, die ihren Ausdruck u.a. in einer Aussage der deutschen Justizminister Herta Däubler-Gmelin fand, welche George W. Bush nach Angaben der Zeitung „Schwäbisches Tagblatt“ mit Hitler verglich[636]. Die transatlantische Zusammenarbeit geriet innerhalb kurzer Zeit in eine tiefe Krise.

Für Polen kam die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich auf der einen und den Vereinigten Staaten auf der anderen Seite unerwartet. In Warschau fanden keine Großdemonstrationen gegen George W. Bush statt, die mit den Protesten während des Besuchs des amerikanischen Präsidenten im Mai 2002 in Berlin vergleichbar gewesen wären. Anders als in Westeuropa kam es zu keinen Spannungen zwischen der proamerikanischen Linie der Regierung und der amerikakritischen Einstellung der Gesellschaft. Laut Umfragen waren die Vereinigten Staaten als ein Partner Polens angesehen, dem im Falle einer Sicherheitsbedrohung am meisten vertraut werden könne[637]. Etwa zwei Drittel der Polen hielten die Erweiterung der starken amerikanischen Führung in der internationalen Politik für wünschenswert[638]. Neben der großen Beliebtheit der transatlantischen Option trug zum ruhigen Verhalten der polnischen Gesellschaft die Tatsache bei, dass die Aufmerksamkeit der polnischen Medien sich auf die letzte Phase der Beitrittsverhandlungen fokussierte.

Bis zur Veröffentlichung des „Offenen Briefes der acht Länder zum Irak“ bezog Polen keine offizielle Stellung im transatlantischen Streit. Das Verhalten Warschaus deutete jedoch auf die Bevorzugung der atlantischen Option hin. Die Regierung und die Präsidentschaftskanzlei setzten die intensive Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten fort. In der Phrase „business as usual“ findet diese Situation ihren adäquaten

---

[636] *Ärger wegen Bush und Hitler*, „Spiegel Online“, http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,214663,00.html (Stand: 24.09.2009).

[637] Vgl.: D.W. Dylla, *Die Irak-Entscheidung Polens von 2003: Eine Analyse aus Sicht der Ökonomischen Theorie der Demokratie* [in:] T. Jäger, D. W. Dylla, *Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, S. 224.

[638] 64% der Polen, die im Rahmen der Worldviews-Umfrage befragt wurden, teilten diese Meinung. Vgl.: D.W. Dylla, *Die Irak-Entscheidung Polens von 2003: Eine Analyse aus Sicht der Ökonomischen Theorie der Demokratie* [in:] T. Jäger, D.W. Dylla, *Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, S. 224.

Ausdruck. Normalität sollte auch der Besuch des Außenministers Cimoszewicz in den Vereinigten Staaten vom 9. bis zum 15. September 2002 signalisieren[639].

Vom transatlantischen Streit versuchte Polen Abstand zu halten. Die Situation war für Warschau neu und äußerst ungünstig. Die beiden wichtigsten Ziele der polnischen Außenpolitik seit 1989, die Annäherung mit den Vereinigten Staaten und mit den Partnern der Europäischen Union, schienen nicht mehr konform zu sein[640]. Die polnische Diplomatie lehnte eine solche Interpretation, solange es möglich war, ab. Eine Modifikation der polnischen Position erfolgte erst angesichts der Übertragung des Streits auf das Forum des UNO-Sicherheitsrates im Frühjahr 2003. Den ersten Schritt machte, ähnlich wie nach dem 11. September, der Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski. Am 13. und 14. Januar 2003 reiste er in die Vereinigten Staaten, wo er eine Rede an der National Defense University hielt. Kwaśniewski sagte unter anderem, dass „die Führung der Vereinigten Staaten in der Verteidigung gegen Terrorismus" vielseitig und unanfechtbar sein müsse. Zugleich wies er auf die Bedeutung des Dialogs hin. Die USA müssten die Zusammenarbeit mit den anderen berücksichtigen und sich auf „die Prinzipien stützen, welche durch alle Seiten akzeptiert" seien, andernfalls könne Washington „Hegemonie oder Dominanz" vorgeworfen werden. Neben der Unterstützung für Washington klang also in den Bemerkungen des polnischen Präsidenten ein Plädoyer für die Konsultationen mit den europäischen Verbündeten mit.

Dem polnischen Staatschef folgte Premierminister Miller. Am 30. Januar unterschrieb er zusammen mit zwei weiteren hochrangigen Politikern aus Mittel- und Osteuropa[641] und den Regierungschefs von fünf EU-Mitgliedstaaten[642] einen offenen Brief zum Irak. Im Dokument ist zu lesen, dass „der Erfolg im täglichen Kampf gegen den Terrorismus und die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen die unbeirrte

---

[639] K. Krause, A. Orzechowski, *Stosunki dwustronne Polski. Obszar transatlantycki. Stany Zjednoczone*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2003", S. 223.
[640] J. Stachura, *Polska w stosunkach transatlantyckich*, "Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2004", S. 118.
[641] Neben Leszek Miller unterschrieben Vaclav Havel und Peter Medgyessy den Brief. Vgl.: *Offener Brief der acht EU-Länder zum Irak im Wortlaut*, Tagesschau, http://www.tagesschau.de/ausland/meldung353388.html (Stand: 19.09.2009).
[642] Zu dieser Gruppe zählten der Initiator des Briefes Jose Maria Aznar, Tony Blair, Silvio Berlusconi, Jose Barroso und Anders Fogh Rasmussen. Vgl.: *Offener Brief der acht EU-Länder zum Irak im Wortlaut*, Tagesschau, http://www.tagesschau.de/ausland/meldung353388.html (Stand: 19.09.2009).

Entschlossenheit und den festen internationalen Zusammenhalt all jener Länder erfordert, denen Freiheit etwas wert ist“. Dies konnte als eine Kritik der Franzosen und der Deutschen verstanden werden. Noch deutlicher distanzieren sich die acht Länder von der Politik Paris’ und Berlins durch folgende Bemerkung: „Tatenlosigkeit hieße, unseren eigenen Bürgern und der gesamten Welt den Rücken zuzukehren“. Die Autoren des Briefs der acht Länder forderten Chiracs und Schröders Anspruch auf die Vertretung Europas heraus, indem sie sich auch im Namen Europas äußerten[643].

Was die Situation in Irak angeht, nahmen die acht Länder eine harte Position gegenüber dem Regime von Saddam Hussein ein. Sie wiederholten die Behauptungen der US-Amerikaner über den Besitz von Massenvernichtungswaffen durch das Regime in Bagdad. Die Staats- und Regierungschefs baten den Sicherheitsrat um die Durchsetzung der Resolution. Die Bemerkung, dass im Falle der Nichtdurchsetzung der Resolution der Sicherheitsrat seine Glaubwürdigkeit verlieren würde, ist ein klares Bekenntnis für die Nutzung der Zwangsmittel gegen den Irak.

Am 6. Februar schloss sich die Vilnius-Gruppe den Thesen vom offenen Brief der acht Länder an[644]. Dieses Ereignis konnte mit der Wirkung des polnischen Präsidenten verbunden werden. Kwaśniewski engagierte sich in der Zusammenarbeit zwischen Polen und den anderen Staaten Mittel- und Osteuropas. Er sprach sich auch für die Integration aller Länder dieser Region in die euro-atlantischen Strukturen aus, was auch in seiner Rigaer Initiative Ausdruck fand. Die Rigaer Initiative wurde auf seinen Vorschlag hin auf dem Gipfel der Vilnius-Gruppe in der Hauptstadt Lettlands im Februar 2002 verabschiedet[645]. Während seines Besuchs in den Vereinigten Staaten im Juli 2002 machte Kwaśniewski die Werbung für die Intensivierung der Zusammenarbeit

[643] Im Brief finden sich folgende Äußerungen, die darauf hinweisen: „Wir Europäer“ oder „Europa liegt nicht im Streit mit dem irakischen Volk“. Vgl.: *Offener Brief der acht EU-Länder zum Irak im Wortlaut*, Tagesschau, http://www.tagesschau.de/ausland/meldung353388.html (Stand: 19.09.2009).
[644] J. Stachura, *Polska w stosunkach transatlantyckich*, “Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2004”, S. 121.
[645] *Działalność międzynarodowa Prezydenta RP Aleksandra Kwaśniewskiego w latach 1996-2005*, Fundacja Aleksandra Kwaśniewskiego Amicus Europae, http://www.kwasniewskialeksander.pl/attachments/RAPORT_Miedzynarodowy.pdf, S. 16 (Stand: 21.09.2009); *„Inicjatywa ryska” Aleksandra Kwaśniewskiego*, „Gazeta Wyborcza”, 07.05.2002, http://wyborcza.pl/1,75248,919139.html (Stand: 21.09.2009).

Washingtons mit den Staaten Mittel- und Osteuropas, die sich um den NATO-Beitritt bewarben, zu einem der Schwerpunkte seiner Gespräche mit George W. Bush[646].

Deutschland und Frankreich zeigten sich unzufrieden mit dem Verhalten Polens. Die Regierungskreise Berlins reagierten eher zurückhaltend. Die Medien berichteten lediglich über die Irritation des Kanzlers, nachdem er von dem Brief erfahren hatte. Schröder war enttäuscht, dass Miller ihn nicht über die Initiative informiert hatte, obwohl sie am selben Tag miteinander gesprochen hatten[647]. Laut Presseberichten habe er erwartet, dass sein polnischer Amtskollege ihn zumindest anrufe. „Wenn er Hilfe in europäischen Angelegenheiten braucht, kennt er meine Telefonnummer", soll Schröder zu seinen Mitarbeitern gesagt haben[648]. Der Kanzler verstand unter dem Begriff „europäische Angelegenheiten" vermutlich die Beitrittsverhandlungen in Brüssel, bei denen er zur Schließung eines Kompromisses zwischen Polen und der EU beitrug[649].

Was der deutsche Bundeskanzler nicht direkt sagte, schrieben die deutschen Zeitungen. In den Wochen nach der Veröffentlichung des Briefes der acht Länder ging eine Welle der Kritik an Polen durch die deutsche Presse. Sehr emotionale Titel und Inhalte der Artikel spiegelten die Irritation der Deutschen über die Unterstützung Polens für die Vereinigten Staaten wider[650]. Dies konnte als indirekte Kritik Deutschlands verstanden werden, da das Land aufgrund des eigenen finanziellen und politischen Beitrags eine große Ungerechtigkeit empfand.

Nervöser als ihre deutschen Kollegen reagierten die französischen Politiker. Auf der Pressekonferenz in Brüssel am 17. Februar 2003 sagte Jacques Chirac, dass Polen

---

[646] K. Krause, A. Orzechowski, *Stosunki dwustronne Polski. Obszar transatlantycki. Stany Zjednoczone*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2003", S. 222.

[647] Über das Gespräch zwischen Schröder und Miller am Tag der Unterzeichnung des Briefes berichtet Aleksander Smolar im Interview mit Jarosław Kurski. Vgl.: *Czy umierać za Niceę?* [ein Interview von Jarosław Kurski mit Jacek Saryusz-Wolski und Aleksander Smolar], „Gazeta Wyborcza", 10.10.2003, S. 23.

[648] A. Brzeziecki, Mirosław Makowski, *Kiedy nie robimy tego, co powinniśmy*, „Gazeta Wyborcza", 22.11.2004, S. 18.

[649] Schröder traf sich in Kopenhagen zwei Mal mit Miller. Laut Presseberichten kam man nach dem ersten Treffen Miller-Schröder zum Schluss, dass Deutschland eine Schließung des Kompromisses anstrebte. Vgl.: *Minuta po minucie*, „Gazeta Wyborcza", 14./15.12.2002, S. 3.

[650] Einen Überblick über kritische Pressetitel bietet der Artikel des Sprechers des polnischen Außenministeriums Bogusław Majewski. Vgl.: B.M. Majewski, *Jak nas piszą?*, „Gazeta Wyborcza", 17.06.2003, S. 11.

eine gute Gelegenheit zu schweigen verpasst habe[651]. Seine Bemerkung bezog sich auf den Brief der acht Länder zum Irak und drückte das aus, was Frankreich von Polen erwartete. Die Nichtteilnahme an der Diskussion würde es Paris und Berlin ermöglichen, weiter den Anspruch zu Erheben, im Namen Europas zu sprechen. Die Positionen Frankreichs und Deutschlands im globalen Spiel gegen die Vereinigten Staaten wurden durch die Erklärung der acht Staats- und Regierungschefs geschwächt.

Polen sah sich mit einem Konflikt zwischen seinen zwei wichtigsten politischen Partnern, der EU und den Vereinigten Staaten, konfrontiert. Nach anfänglichem Zögern entschied sich Polen für die Seite Washingtons. Warschau bemühte sich zugleich um gute Beziehungen mit den europäischen Partnern. Seine Unterstützung war nicht bedingungslos, wie Kwaśniewski in seiner Rede an der National Defense University betonte. Im offenen Brief sind die Bedingungen schwieriger zu finden.

Auch nach der Entscheidung über die Teilnahme am Irakkrieg versuchte Polen, atlantische und europäische Elemente seiner Politik miteinander zu verbinden. Die polnische Staatsführung bestritt weiterhin die These, dass ein Land entweder „Europa" oder „Amerika" wählen müsse. Eine solche Formulierung der sicherheitspolitischen Position Warschaus lehnten die polnischen Diplomaten ab. Mit den Worten des Direktors des Departments der Sicherheitspolitik im polnischen Außenministerium, Robert Kupiecki, widersetze sich die „polnische Sicherheitspolitik (…) im Jahre 2003 einem so primitiv formulierten Dilemma"[652]. Polen versuchte sogar, die Rolle eines Brückenbauers zwischen Amerika und Europa zu spielen. Als Ausdruck dieser Idee sah die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" die Bemerkungen des polnischen Außenministers Jerzy Szmajdziński an. Der Politiker der SLD lobte während des Treffens mit seinem Amtskollegen Donald Rumsfeld die deutschen und die dänischen Soldaten. Er schlug auch ihre Einladung zur Teilnahme am Irak-Einsatz vor[653].

---

[651] „Media zagraniczne o Polsce i polskiej kulturze w świecie. Biuletyn (na podstawie informacji z placówek)", Rok XII, Numer 2027 (2780), 20.02.2003, http://msz.gov.pl/files/file_library/39/030220_3985.doc (Stand: 20.09.2009).

[652] R. Kupiecki, *Polska polityka bezpieczeństwa w dobie stosunków transatlantyckich*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2004", S. 40.

[653] J. Thomann, *Wie Polen Europa einigt*, „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 05.05.2003, http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~E9460EFC53A194FC68474372658458D27~ATpl~Ecommon~Scontent.html?rss_googlefeed_politik (Stand: 20.09.2009).

Die Idee der deutschen Beteiligung am Irak-Einsatz scheiterte wegen Berlins mangelndem Interesse. Nach den anfänglichen überraschenden Erfolgen, welche durch den schnellen Einmarsch der Koalitionstruppen in Bagdad im April 2003 symbolisiert wurden, folgte eine kurze Periode der relativen Ruhe[654]. Jedoch mehrten sich danach im Sommer 2003 die Terrorakte und Angriffe der unterschiedlichen Gruppen von Aufständischen auf Amerikaner und ihre Verbündeten im Irak. In Polen wurde häufiger über Fehler gesprochen, welche die Vereinigten Staaten während der Vorbereitung auf den Krieg gemacht hätten[655].

Im Februar 2003 erklärte sich Polen bereit, der Türkei im Falle eines Angriffs von Seiten des Iraks zu helfen, obwohl Deutschland und einige andere NATO-Staaten die Zusage der Hilfe für Ankara im Namen der NATO blockierten[656]. Warschau stellte später selbst einen Antrag auf Unterstützung der NATO für seine Truppen im Irak. Im Juni 2003 sagte der Nordatlantikrat Polen die Hilfe zu[657]. Es wurde jedoch zugleich betont, dass die Unterstützung für Polen nicht als Teilnahme der NATO am Irak-Einsatz zu verstehen sei. Die Idee der „Multilateralisierung" der polnischen Rolle in der Stabilisierung des Iraks konnte nicht verwirklicht werden. Die Teilnahme Polens am Irakkrieg war ein ausschließlich polnisches Problem, das bis zum Ende der Amtszeit der Regierung Belka ungelöst blieb.

4.3.3 Die Debatte über die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Zum Zeitpunkt des Ausbruchs des transatlantischen Streits über die Irakpolitik war Polen noch nicht vollständig in die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) integriert. Im Mittelpunkt der polnischen Sicherheitspolitik stand die NATO, der Warschau im Jahre 1999 beigetreten war. Aufgrund des Status eines Vollmitglieds des Nordatlantikpakts ist die größere Bedeutung der Zusammenarbeit

[654] J. Bratkiewicz, *Zaangażowanie Polski w wojnę i stabilizację Iraku*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2004", S. 28.
[655] *Ebd.*, S. 29.
[656] R. Kupiecki, *Polska polityka bezpieczeństwa w dobie kryzysu stosunków transatlantyckich*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2004", S. 44.
[657] *Ebd.*

im Rahmen dieser Organisation verständlich. In ihren Programmdokumenten und in den Interviews betonten die Sozialdemokraten jedoch ihren Wunsch, parallel zur NATO Polen in die Strukturen der ESVP fest einzubinden.

Im Jahre 2002 entwickelte sich die Kooperation Polens mit den Partnern aus der EU im Bereich der Sicherheit deutlich intensiver als im Jahre 2001[658]. Der Austausch zwischen Warschau und Brüssel wurde lebhafter. Der politische Dialog wurde weniger allgemein und formell als in den früheren Jahren geführt, was die polnischen Diplomaten positiv bewerteten[659]. Polen schloss sich im Jahre 2002 131 von 202 Erklärungen der EU und neun gemeinsamen Standpunkten an. Als Mitglied der NATO nahm Polen an den Beratungen der „Gruppe EU plus 6" teil, welche die EU-Staaten und sechs nicht der EU angehörende NATO-Staaten bildeten. Eine andere Formel war die Mitarbeit in der Gruppe „EU plus 15", die aus den EU-Staaten, 13 mit der Union assoziierten Staaten, wie auch Norwegen und Island bestand. In beiden Fällen spielte die NATO die Rolle eines Bindeglieds zwischen Polen und den Sicherheitsstrukturen der Europäischen Union. Die Tatsache, dass Polen einer der Signatarstaaten des Nordatlantikpakts war, verbesserte die Position des Landes in der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Brüssel.

Ferner beteiligte sich Warschau intensiv an den militärischen Aspekten der Zusammenarbeit im Rahmen der ESVP. Im Mai 2002 probten polnische Soldaten mit ihren Kollegen aus den EU-Ländern in den ersten EU-Übungen den Fall einer Krise (CME 02). Warschau erklärte sich auch bereit, zusammen mit den Partnern aus der Union Polizisten nach Bosnien-Herzegowina zu schicken. Die polnischen Beamten bereiteten sich das ganze Jahr auf den Einsatz vor. Der Planungsstab der Mission wählte zwölf polnische Polizisten aus, die am 1. Januar 2003 in das Krisengebiet reisten. Dadurch war Polen an der ersten selbstständig durch die Europäer im Rahmen der ESVP durchgeführten Operation beteiligt. Später, im März 2003, schloss sich Polen der Mission

[658] J. Starzyk, *Współpraca Polski z Unią Europejską w sferze Wspólnej Polityki Zagranicznej i Bezpieczeństwa*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2004", S. 116.
[659] *Ebd.*

Concordia an, die zusammen von der NATO und der EU in Mazedonien unternommen wurde[660].

Trotz dieser positiven Entwicklungen in den Bemerkungen der polnischen Diplomaten über die Integration in die sicherheitspolitischen Aktivitäten der EU lässt sich ein Ton der Enttäuschung erkennen. Polen war in den Jahren 2002 und 2003 noch kein Mitglied der EU und hatte aus diesem Grund keinen Zugang zu den Informationen über interne Entscheidungsprozesse, welche innerhalb der Gemeinschaft verliefen. Der beschränkte Informationsaustausch verhinderte das konstruktive Engagement bei den Arbeiten der Organisation. Der Status eines Außenseiters stärkte die Identifikation Polens mit der NATO.

Aufgrund der Eskalation der Krise in der transatlantischen Partnerschaft im Frühjahr 2003 wurde gefragt, ob sich noch über die Existenz der GASP und ihres Bestandteils, der ESVP, sprechen lasse[661]. Neben den negativen Erscheinungen gab es jedoch auch Fortschritte auf dem Wege zur Einbindung Polens in die sicherheitspolitische Zusammenarbeit der EU. Eine positive Rolle spielte in diesem Kontext der Europäische Konvent, der seine Arbeit am 20. Juli 2003 abschloss. Die Vertreter Polens im Konvent zeigten sich moderat optimistisch in den Diskussionen über die Sicherheit Europas[662]. Ihre Teilnahme am Entwurf des Dokuments und ihre endgültige Zustimmung trugen aber aus der Perspektive Warschaus zur Legitimierung der ESVP bei.

Polen war zufrieden mit der in der Verfassung angekündigten Stärkung der ESVP. Warschau begrüßte insbesondere die Bestimmungen des Vertrags, die sich auf die

---

[660] C. Frank, *Zivilmacht trifft „instinktiven" Atlantiker: Deutschlands Und Polens Interessen in der ESVP* [in:] Thomas Jäger, Daria W. Dylla, *Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, S. 111.

[661] Als ein Ausdruck der Spaltung zwischen den EU-Staaten kann der Vierer-Gipfel erwähnt werden. Bei dem Treffen von vier Ländern am 29. April 2003 in Brüssel forderten Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Belgien die Gründung einer Europäischen Verteidigungsunion, die Polen und andere Mitglieder des atlantischen Lagers als eine Herausforderung für die NATO verstanden. Vgl.: C. Frank, *Zivilmacht trifft „instinktiven" Atlantiker: Deutschlands Und Polens Interessen in der ESVP* [in:] Thomas Jäger, Daria W. Dylla, *Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, S. 108.

[662] Dazu siehe die Bemerkungen im Kapitel 4.2

Terrorismusbekämpfung bezogen, wie die Solidaritätsklausel im Artikel I-43[663]. Die Attentate vom 11. März 2004 veranschaulichten den Mitgliedstaaten der EU aus der Sicht Polens die Bedeutung der Klausel und der anderen Maßnahmen, welche sich gegen unkonventionelle Herausforderungen richteten[664]. Polnische Experten nahmen auch an den Beratungen über die Europäische Sicherheitsstrategie teil[665]. Das im Dezember 2003 verabschiedete Dokument nannte unter den fünf Hauptbedrohungen für Europa den globalen Terrorismus, die Verbreitung der Massenvernichtungswaffen und das Scheitern der Staaten[666]. Diese Schwerpunktsetzung entsprach der Sichtweise Warschaus.

Der zweite Faktor, der zur stärkeren Einbindung Polens in die ESVP im Jahre 2004 beitrug, war der Beitritt des Landes in die EU. Auf diese Weise bekamen polnische Politiker direkten Zugang zu allen Formen der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft. Es konnte nicht länger von einer unvollständigen Teilnahme gesprochen werden, was noch im Jahre 2003 berechtigt war. Bedingt durch die Aufnahme von Bulgarien und Rumänien in die NATO gewann wieder das Problem des Ausschlusses von nicht-EU Staaten, welche zugleich dem Bündnis angehörten, aus Teilen der ESVP an Bedeutung. Polen wies auf die negativen Seiten dieser Situation hin und forderte ihre Veränderung.

---

[663] B. Kołecka, *Udział Polski w głównych politykach Unii. Wspólna Polityka Zagraniczna i Bezpieczeństwa* [in:] Paweł Świeboda et al., *Polska w Unii Europejskiej*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2005", S. 46; *Vertrag über eine Verfassung für Europa*, Konferenz der Vertreter der Regierungen der Mitgliedsstaaten, Brüssel, 06.08.2004, S. 48. *Die Politikbereiche der Union. Verteidigungspolitik*, Europa.eu, http://europa.eu/scadplus/constitution/defense_de.htm (Stand: 09.01.2010).

[664] B. Kołecka, *Udział Polski w głównych politykach Unii. Wspólna Polityka Zagraniczna i Bezpieczeństwa* [in:] Paweł Świeboda et al., *Polska w Unii Europejskiej*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2005", S. 46.

[665] *Ebd*, S. 46-47.

[666] C. Frank, *Zivilmacht trifft „instinktiven" Atlantiker: Deutschlands Und Polens Interessen in der ESVP* [in:] Thomas Jäger, Daria W. Dylla, *Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, S. 107. Die im Text genannten drei von fünf Hauptbedrohungen für Europa stimmen laut der Europäischen Sicherheitsstrategie mit der Liste der unkonventionellen Herausforderungen, welche in der polnischen Nationalen Sicherheitsstrategie vom Jahre 2003 genannt werden, überein. Das polnische Dokument erweiterte sie um „unberechenbares Verhalten von autoritären Regimen". Vgl.: S. Koziej, *Strategie Bezpieczeństwa Narodowego z 2003 i 2007 roku*, Koziej.pl, http://www.koziej.pl/index.php?pid=5 (Stand: 22.09.2009), S. 7.

Die Vertreter Polens betonten zugleich immer wieder die Schlüsselrolle der NATO in der Gewährung der Stabilität auf dem europäischen Kontinent[667]. Die Annahme über den Vorrang der atlantischen Option im Bereich der Sicherheit fand ihren Ausdruck in der polnischen Nationalen Sicherheitsstrategie aus dem Jahre 2003, welche das Dokument aus dem Jahre 2000 ersetzte. Die Tatsache, dass Polen der transatlantischen Partnerschaft im Zweifelsfall mehr Bedeutung zuschrieb, unterschied sich interessanterweise, wie es Cornelia Frank notiert, nicht von den Grundannahmen der deutschen Sicherheitspolitik[668]. Aufgrund der beschränkten Möglichkeiten und mehrerer Verpflichtungen sowohl innerhalb der EU als auch der NATO ist zu erwarten, dass die Bedürfnisse der NRF (NATO Response Force) in erster Linie befriedigt sein würden[669].

Die polnischen Positionen unterschieden sich von den deutschen bezüglich der Intensität, mit der die Wichtigkeit der atlantischen Option betont wurde, was mit Ängsten um die Schwächung des Bündnisses zwischen den europäischen Staaten und der USA verbunden war. Diese Haltung zementierte die polnisch-britische Zusammenarbeit, welche die Entwicklung der europäischen Sicherheitsidentität als eine Alternative zur NATO zu verhindern versuchte. Darauf zielte u.a. die kritische Einstellung gegenüber einer Idee der europäischen Kommandostelle außerhalb von SHAPO ab[670]. Die ESVP, welche nur eine ergänzende Rolle für den Nordatlantikpakt spielen würde, wie es sich die Polen und die Briten wünschten, müsste nicht so umfangreich sein, wie es vor allem die Franzosen forderten. Diese Einstellung wurde in Paris und Berlin als Ambivalenz gegenüber der ESVP interpretiert. Unvorteilhaft war für das Bild Polens in Westeuropa die Tatsache, dass die Vorbehalte gegen die deutsch-französische Vision der

---

[667] B. Kołecka, *Udział Polski w głównych politykach Unii. Wspólna Polityka Zagraniczna i Bezpieczeństwa* [in:] Paweł Świeboda et al., *Polska w Unii Europejskiej*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2005", S. 46.

[668] S. Koziej, *Strategie Bezpieczeństwa Narodowego z 2003 i 2007 roku*, Koziej.pl, http://www.koziej.pl/index.php?pid=5 (Stand: 22.09.2009), S. 14; C. Frank, *Zivilmacht trifft „instinktiven" Atlantiker: Deutschlands Und Polens Interessen in der ESVP* [in:] T. Jäger, D. W. Dylla, *Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, S. 111-112.

[669] C. Frank, *Zivilmacht trifft „instinktiven" Atlantiker: Deutschlands Und Polens Interessen in der ESVP* [in:] Thomas Jäger, D. W. Dylla, *Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, S. 111.

[670] *Ebd.*, S. 109.

Sicherheitspolitik gleichzeitig mit der Irakkrise und dem Streit über den Verfassungsvertrag laut wurden.

Grundsätzlich kann die Kritik Polens an der ESVP in drei Punkten zusammengefasst werden. Die Forderung der Nichtdiskriminierung (no discrimination) richtete sich erstens gegen den Ausschluss der NATO-Staaten, welche der EU nicht angehörten, und basierte auf den Erfahrungen Polens aus der Periode vor dem 1. Mai 2004. Zweitens lehnte Polen die Loslösung der europäischen Entscheidungsstrukturen von der NATO ab (no decoupling). Drittens bevorzugte es die Kompatibilität zwischen dem Bündnis und der ESVP, was in einem Widerstand der Entwicklung der parallelen europäischen Strukturen resultierte, welche die Funktionen der existierenden atlantischen Einrichtungen duplizieren würden (no duplication)[671].

4.3.4 Sicherheitspolitik und die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aus Sicht der SLD: eine Zusammenfassung

Die politische Annäherung zwischen Polen und den Vereinigten Staaten prägte die Position Warschaus in der Debatte über die Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Die polnischen Sozialdemokraten verfolgten in Bezug auf dieses Thema eine ähnliche Strategie wie während des Streits über den Abstimmungsmodus im Rat der EU. Verbal forderte die SLD die Stärkung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft. Es wurde auch auf die Notwendigkeit der Übernahme von mehr Verantwortung durch die EU in der globalen Dimension hingewiesen. In Wirklichkeit jedoch fürchteten die polnischen Linken, eine gemeinsame Sicherheitspolitik der EU könne in eine aus polnischer Sicht unerwünschte Richtung (d.h. gegen die USA und die NATO) steuern. Aus diesem Grund pflegten sie ein vorsichtiges Verhältnis zu den Initiativen, welche die Steuerungsfähigkeit der nationalen Regierungen hinsichtlich der äußeren Sicherheit einschränken würden. In der Praxis war es gleichbedeutend mit einer eingeschränkten Unterstützung der de Gaulle'schen Idee eines „Europas der Nationen". Die Unterstützung war bedingt, da sie nur in den Fällen

[671] *Ebd.*, S. 109.

zutraf, in denen laut Warschau eine potentielle Gefahr für die atlantische Partnerschaft bestand.

Angesichts des Konflikts zwischen der atlantischen und der europäischen Option setzten die Regierungen von Miller und Belka auf die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten. Die Praxis der polnischen Teilnahme an den sicherheitspolitischen Diskussionen innerhalb der EU entsprach einem aus den Programmdokumenten und den Interviews abgeleiteten Durchschnitt der Parteipräferenzen. Nichtdestotrotz muss betont werden, dass die sozialdemokratischen Politiker in Interviews für die bilateralen Beziehungen mit den USA weniger Enthusiasmus zeigten, als es aus den vor 2005 verabschiedeten Programmdokumenten folgte[672]. Mehrere Befragte trafen Aussagen, die auf ihr distanziertes oder sogar kritisches Verhältnis zu den Vereinigten Staaten hinwiesen. Dies gilt als Indiz für die These, dass die Sozialdemokraten bei der Definierung ihrer Prioritäten in der auswärtigen Sicherheitspolitik erhebliche Schwierigkeiten hatten. Eine andere Möglichkeit wäre eine Vermutung über die Modifizierung des Parteiprofils nach dem Machtverlust. Die Sozialdemokraten verwandelten sich laut dieser Hypothese nicht von „instinktiven" Atlantikern in „europäisierte" Atlantiker[673], sondern teilweise sogar in Kritiker der atlantischen Option.

4.4 Ostpolitik im Kontext der Europäischen Union

4.4.1 Entspannung in den polnisch-russischen Beziehungen

Obwohl Polen mit Russland eine Grenze von lediglich 210 Kilometern Länge teilt, ist der Einfluss Moskaus auf die Außenpolitik und Europapolitik Polens nicht zu

[672] Insbesondere jüngere Politiker des linken Spektrums äußerten sich kritisch über die enge Partnerschaft Polens mit den Vereinigten Staaten. Vgl. K. Marcinkiewicz, *Interview mit Michał Syska (SDPL)*, K. Marcinkiewicz, *Interview mit Szymon Szewrański (SDPL)*, K. Marcinkiewicz, *Interview mit Katarzyna Matuszewska (UP)*. Kritisch waren jedoch auch einige Politiker, die nicht zur jüngsten Generation zählen. Vgl.: K. Marcinkiewicz, *Interview mit Joanna Senyszyn (SLD)*.

[673] C. Frank, *Zivilmacht trifft „instinktiven" Atlantiker: Deutschlands Und Polens Interessen in der ESVP* [in:] Thomas Jäger, Daria W. Dylla, *Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, S. 118.

unterschätzen. Von der Zustimmung Moskaus war das Verlassen des Ostblocks durch Polen abhängig. Ohne die Akzeptanz des Kremls wäre auch der Rückzug der sowjetischen Soldaten aus den Stützpunkten in Schlesien und Pommern unmöglich gewesen. Der ganze Prozess der Integration Polens in die Strukturen der westeuropäischen und transatlantischen Zusammenarbeit war mit der Emanzipierung vom „großen Bruder" verbunden. Dadurch blieb Russland neben der Schwäche der wirtschaftlichen und politischen Strukturen einer der drei Faktoren, welche die Westbindung Polens verlangsamten.

In den polnisch-russischen Beziehungen nach 1989 mangelte es nicht an Spannungen. Mit jedem Versuch der Annäherung Warschaus an westliche Partner kam es zur Verschlechterung der Atmosphäre auf der östlichen Flanke. Danach folgten die Perioden der Entspannung. Die Qualität der polnisch-russischen Beziehungen kann auf einer Zeitachse als Sinusfunktion abgebildet werden. Zur Zeit der Übernahme der Regierungsverantwortung der Sozialdemokraten im Jahre 2001 stieg die Kurve, welche die Qualität des Verhältnisses zwischen Polen und Russland beschreiben sollte, von einem Tiefpunkt, den sie 1999 erreichte. Die negativen Gefühle nach dem NATO-Beitritt Polens und dem Kosovo-Krieg ließen langsam nach.

Die Sozialdemokraten, die unter anderem aufgrund ihrer Kontakte aus der kommunistischen Vergangenheit als Spezialisten für die Ostpolitik galten, versprachen eine Verbesserung der Beziehungen mit Russland. In diesem Kontext wird sogar der Begriff „neue Ostpolitik" erwähnt[674]. Die diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Aktivität im Osten wurde zum eigenständigen Ziel der neuen Regierung[675]. Die Öffnung hin zu östlichen Partnern sollte zur Korrektur des bisherigen Kurses Polens führen, welcher, insbesondere in wirtschaftlichen Fragen, von den Linken als übersteigert europazentrisch empfunden wurde[676].

Günstig für die Pläne der SLD waren die Entwicklungen in der globalen Politik. Nach dem Rücktritt Jelzins hatte Russland einen neuen Präsidenten, der sich auf dem

[674] Diese Bezeichnung benutzte Bogdan Góralczyk, der Chef des politischen Kabinetts des Ministers Włodzimierz Cimoszewicz. Vgl.: B. Góralczyk, *Polska polityka zagraniczna po wyborach parlamentarnych 2001 r.*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002", S. 39.
[675] *Ebd.*
[676] *Ebd.*, S. 41.

Gipfel in Slowenien im Juni 2001 mit dem neuen US-amerikanischen Staatschef gut zu verstehen schien[677]. Die Attentate vom 11. September trugen zur weiteren Verbesserung der russisch-amerikanischen Zusammenarbeit bei. Wirklichkeit wurde das, was sich zur Zeit des Kosovo-Kriegs die größten Optimisten nicht hätten vorstellen können. Russland akzeptierte die Stationierung der US-Army in den Staaten Zentralasiens, die sie bisher ausschließlich als eigene Interessenszone betrachtet hatten.

Als Ausdruck der Entspannung in den polnisch-russischen Beziehungen wurde ein Besuch des Präsidenten Putins in Polen am 16. und 17. Januar 2002 interpretiert. Putin war der erste russische Staatschef seit sieben Jahren, der nach Warschau kam. Im Dezember 2001 reiste Leszek Miller nach Moskau. Der neue Regierungschef war der erste polnische Premierminister seit fünf Jahren, der von den Russen eingeladen wurde. Sein Vorgänger aus der konservativen AWS, Jerzy Buzek, hatte keine Gelegenheit, Moskau zu besuchen. Der letzte Chef des polnischen Ministerrates, der nach Russland reiste, war Millers Parteikollege und Außenminister in seinem Kabinett Włodzimierz Cimoszewicz[678].

Die Annäherung zwischen den Vereinigten Staaten und Russland nach den Attentaten vom 11. September trug zur Entwicklung des polnisch-russischen sicherheitspolitischen Dialogs bei. Am 6. November nahmen russische Beobachter an der Warschauer Konferenz der Staats- und Regierungschefs Mittel- und Osteuropas teil, die sich mit dem Problem der Terrorismusbekämpfung befasste[679]. Die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen standen auch im Mittelpunkt der Gespräche zwischen den Präsidenten Kwaśniewski und Putin am 15. Oktober 2001. Die Politiker

---

[677] Als Beweis der guten Stimmung während des ersten Treffens von Bush und Putin können die berühmten Kommentare des amerikanischen Präsidenten gelten: „I looked the man in the eye. I found him to be very straightforward and trustworthy. We had a very good dialogue. I was able to get a sense of his soul; a man deeply committed to his country and the best interests of his country. And I appreciated so very much the frank dialogue." Vgl.: *Press Conference by President Bush and Russian Federation President Putin*, The White House, http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2001/06/20010618.html (Stand: 24.09.2009).

[678] Cimoszewicz bekleidete das Amt des Premierministers Polens von Februar 1996 bis Oktober 1997. B. Góralczyk, *Polska polityka zagraniczna po wyborach parlamentarnych 2001 r.*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002", S. 39.

[679] M. A. Piotrowski, *Stosunki dwustronne Polski. Obszar poradziecki. Federacja Rosyjska*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002", S. 294. Siehe auch die Informationen zur Warschauer Terrorismusbekämpfungskonferenz im Kapitel 4.3.

diskutierten unter anderem über die Rolle der NATO im Kampf gegen Terrorismus und über die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen dem Bündnis und Russland. Das Thema wurde beim Treffen des Chefs des polnischen Büros der Nationalen Sicherheit, Marek Siwiec, mit dem Sekretär des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, Wladimir Ruschailo, weiter erörtert. Die Bereitschaft zur Ausweitung des polnisch-russischen Dialogs auf Fragen wie die sicherheitspolitische Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung kann als Zeichen des zunehmenden Vertrauens zwischen Warschau und Moskau gelten. In der zweiten Hälfte des Jahres 2001 kam es zweifellos zur Verbesserung der polnisch-russischen Beziehungen.

Neben den Entspannungstendenzen ergaben sich neue Probleme. Im Kontext des polnischen EU-Beitritts begann eine Diskussion über die künftige Situation der Kaliningrad Oblast. Dieses Thema sprach der Vorgänger Ruschailos im Amt des Sekretärs des Sicherheitsrates, Sergei Iwanow, während seines Besuchs in Polen im März 2001 an. Im Mai 2001 fanden die Konsultationen zwischen der russischen Regierung und dem ausscheidenden Kabinett Buzek statt. Sie baten der russischen Seite die Gelegenheit, ihre Befürchtungen über die Folgen der Einführung der Visapflicht für die Einwohner Kaliningrads zu äußern. Die Forderung Russlands nach Verkehrskorridoren zwischen Weißrussland und Kaliningrad Oblast durch das polnische Territorium rief in Polen Empörung hervor[680]. Der Vorschlag wurde mit der Politik von Hitler-Deutschland verglichen und von der polnischen Regierung einstimmig abgelehnt. Das Problem wurde auf dem Gipfel des Ostseerates in Kaliningrad am 5. und 6. März 2002 behandelt. Die Außenminister Polens, Litauens und Russlands setzten die Gespräche am 7. März 2002 trilateral fort.

Das Problem der Kaliningrad Oblast konnte jedoch nicht bi- oder trilateral gelöst werden. Weder Polen noch Litauen verfügten über ausreichend Verhandlungspotential, um eine für alle Seiten zufriedenstellende Lösung zu vereinbaren. Erst auf dem EU-Russland Gipfel in Kopenhagen am 11. November 2002 gelang es, einen Kompromiss zu

[680] B. Góralczyk, *Polska polityka zagraniczna po wyborach parlamentarnych 2001 r.*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002", S. 40.

erreichen[681]. Die Vereinbarung sah die Ausstellung der Transitdokumente für die Einwohner Kaliningrads in den litauischen Konsulaten „zu kostenneutralen Konditionen und geringem Verwaltungsaufwand“ vor[682]. Eine vereinfachte Prozedur sollte bis 2004 gelten. Des Weiteren wurde der Bau einer visafreien Schnellzugverbindung nicht ausgeschlossen. Die EU verpflichtete sich zur finanziellen Unterstützung aller ergriffenen Maßnahmen. Polen zeigte sich mit dem Ergebnis der Verhandlungen in Kopenhagen zufrieden[683], nicht zuletzt da es als Transitland nicht mehr infrage kam. Die Debatte über den Suwalken-Korridor, welche in Polen Ängste aus der Vergangenheit weckte, schien endgültig abgeschlossen zu sein.

Ein Thema, das für die Sozialdemokraten im Kontext der Ostpolitik besondere Bedeutung hatte, war die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Seit dem Kollaps der russischen Wirtschaft im Jahre 1998 ging einerseits der polnische Export auf diesem wichtigen Markt radikal zurück. Besonders stark betroffen waren die polnischen Lebensmittelproduzenten. Andererseits verbesserte der Anstieg der Öl- und Gaspreise die Position der russischen Exporteure[684]. Die Sozialdemokraten versuchten, den Polnisch-Russischen Unternehmerrat (Polsko-Rosyjska Rada Biznesu) zu beleben[685] und die Position der polnischen Firmen auf dem russischen Markt zu verbessern. Als Ausdruck dieser Bemühungen kann das Treffen der Unternehmer aus den beiden Ländern während des Besuchs von Premierminister Miller in Russland im Dezember 2001 gelten[686]. Polen war besonders stark in der Kaliningrad Oblast engagiert. Über die Entwicklung der

[681] J. Książek, *Stosunki dwustronne Polski. Obszar poradziecki. Federacja Rosyjska*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2003“, S. 307; I. Kempe, *Nachbarschaftspolitik: Russland, Ukraine und Belarus*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2002/2003”, S. 278.
[682] I. Kempe, *Nachbarschaftspolitik: Russland, Ukraine und Belarus*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2002/2003”, S. 278.
[683] J. Książek, *Stosunki dwustronne Polski. Obszar poradziecki. Federacja Rosyjska*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2003“, S. 307.
[684] M. A. Piotrowski, *Stosunki dwustronne Polski. Obszar poradziecki. Federacja Rosyjska*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002”, S. 296.
[685] B. Góralczyk, *Polska polityka zagraniczna po wyborach parlamentarnych 2001 r.*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002”, S. 40.
[686] M. A. Piotrowski, *Stosunki dwustronne Polski. Obszar poradziecki. Federacja Rosyjska*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002”, S. 296.

Zusammenarbeit mit dieser Region sprach der stellvertretende Premierminister Polens, Marek Pol, am 5. März 2002 mit dem Transportminister Russlands[687].

4.4.2 Das Ende der Entspannung

In der Irakkrise im Frühjahr 2003 nahmen Polen und Russland gegensätzliche Positionen ein. Leszek Miller unterstützte im offenen Brief zusammen mit sieben weiteren Staats- und Regierungschefs die Politik der Vereinigten Staaten[688]. Russland trat einer informellen Koalition mit Deutschland und Frankreich bei. Der Streit über die amerikanische Politik gegenüber dem Irak wirkte sich aber weniger negativ auf die polnisch-russische als auf die deutsch-polnische Beziehungen aus.

Zu erheblichen Verschlechterungen der polnisch-russischen Beziehungen kam es im Jahr 2004. Dies kann auf drei Faktoren zurückgeführt werden. Das erste Problem war die Situation in Tschetschenien. Nach der Geiselnahme im Moskauer Dubrowka-Theater verschärfte Russland seine Politik gegenüber den Rebellen im Nordkaukasus. Der Kreml übte zugleich mehr Druck auf die Staaten aus, welche politische Flüchtlinge aus Tschetschenien aufnahmen und die Wirkung der kritischen tschetschenischen Institutionen tolerierten. Zu diesen Ländern zählte auch Polen, auf dessen Gebiet sich seit 1994 das Tschetschenische Informationszentrum mit Sitz in Krakau etabliert hatte[689]. Nach der Dubrowka-Geiselnahme forderte Russland Polen in einer diplomatischen Note zur Schließung des Zentrums auf. Im November 2002 gab die polnische Seite eine offizielle Antwort, in der sie auf die mangelnden rechtlichen Grundlagen für das Verbot der tschetschenischen Institution hinwies[690].

Den zweiten Faktor begründeten die unterschiedlichen Interpretationen der Geschichte. Die Duma-Wahlen im Dezember 2003 trugen zur Stärkung der Führung von

---

[687] J. Książek, *Stosunki dwustronne Polski. Obszar poradziecki. Federacja Rosyjska*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2003“, S. 309.
[688] Siehe Kapitel 4.3.
[689] Vgl. z. B. ein Interview mit dem Gründer und Leiter des Zentrums Mansur Maciej Jachimczyk: *Chciałbym urodzić się Czeczeńcem. Rozmowa z Mansurem Maciejem Jachimczykiem*, Uniwersytet Pedagogiczny w Krakowie, http://www.up.krakow.pl/stud_dzien/studium2/w8.html (Stand: 29.09.2009).
[690] J. Książek, *Stosunki dwustronne Polski. Obszar poradziecki. Federacja Rosyjska*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2003“, S. 309.

Wladimir Putin bei. Wirtschaftliche und politische Erfolge sicherten dem Präsidenten einen klaren Wahlsieg. Der Kreml begann aus der Sicht Polens, sich intensiver mit den axiologischen Grundlagen der Herrschaft zu beschäftigen, welche die Beliebtheit der Partei Einiges Russland auch in den Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs sichern sollten. Ein Mittel dazu war die Geschichte. Durch die optimistische Interpretation der russischen Vergangenheit sollte die Nation ein neues Selbstbewusstsein und Vertrauen in die Politik des Präsidenten entwickeln. Zu den Maßnahmen, die im Rahmen dieser Politik ergriffen wurden, zählte der Beschluss über einen neuen Feiertag. Am 4. November wird seitdem der Jahrestag der Befreiung Moskaus von den polnischen Besatzern gefeiert. In Polen wurde diese Entscheidung als ein Versuch der Erniedrigung Warschaus interpretiert[691].

Zum „kalten Krieg" mit Russland führten jedoch erst die Ereignisse in der Ukraine Ende 2004. Das polnische Engagement im Rahmen der Proteste gegen den Wahlbetrug wurde von Russland als das Anstreben einer polnischen Interessenszone auf dem von Moskau bisher politisch stark beeinflussten Gebiet gedeutet. Russland fühlte sich durch die Aussage des Präsidenten Kwaśniewski im Dezember 2004, in der er feststellte, dass für jede große Macht Russland ohne die Ukraine eine bessere Lösung sei als Russland mit der Ukraine, in seinen Befürchtungen bestätigt[692]. In die Ukraine reisten der amtierende Präsident Polens, Aleksander Kwaśniewski, und sein Vorgänger Lech Wałęsa[693]. Der erste fungierte als Mediator[694], der zweite als offener Unterstützer der „Orangen Revolution"[695]. Die Protestwelle gegen die Wahlfälschung wurde fast einstimmig von allen politischen Parteien Polens unterstützt. In den polnischen Städten kam es zu Solidaritätsmarschen, an denen sich die lokalen Politiker beteiligten[696].

---

[691] G. Czerwiński, *Stosunki Polski z Rosją*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2005", S. 121.
[692] A. Eberhardt, *Stosunki Polski z Rosją*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2006", S. 114.
[693] M. Bosacki, W. Radziwinowicz, Marcin Wojciechowski, *Wałęsa z odsieczą*, „wyborcza.pl", http://wyborcza.pl/1,75248,2413474.html (Stand: 29.09.2009).
[694] A. Szeptycki, *Stosunki Polski z Ukrainą*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2006", S. 130.
[695] M. Bosacki, W. Radziwinowicz, M. Wojciechowski, *Wałęsa z odsieczą*, „wyborcza.pl", http://wyborcza.pl/1,75248,2413474.html (Stand: 29.09.2009).
[696] Ein Beispiel könnte Breslau sein, wo während der Unterstützungskundgebung für die „Orange Revolution" der Stadtpräsident Rafał Dutkiewicz und der Vorsitzende der Freiheitsunion (UW) Władysław Frasyniuk die Versammelten ansprachen. Die Universitäten strichen die Lehrveranstaltungen, welche während des Marsches stattfanden, um den Studenten die Teilnahme zu ermöglichen. Vgl.: M. Bartoszko,

Unmittelbar nach der „Orangen Revolution“ strebte die polnische Staatsführung eine Annäherung mit Russland an. Eine Gelegenheit für die Verbesserung der bilateralen Beziehungen bot der sechzigste Jahrestag der Befreiung aus dem Konzentrationslager Auschwitz am 27. Januar 2005. Anders als von der polnischen Seite erhofft, kam Präsident Putin erst am Tag der Feierlichkeiten nach Krakau[697]. Es war daher keine Zeit für Konsultationen. Die Präsidenten unterhielten sich lediglich während der gemeinsamen Autofahrt vom Flughafen zur Gedenkstätte (über 60 Kilometer). Die Ukraine war dabei nicht Thema der Diskussion. Die Staatschefs fokussierten sich stattdessen auf wirtschaftliche Probleme.

Nach dem Scheitern der Annäherungsversuche in Auschwitz brach ein polnisch-russischer „kalter Krieg“ aus. Im Februar reagierte Polen mit Empörung auf die Erklärung des russischen Außenministeriums zum Jahrestag der Jalta-Konferenz. Am 8. März 2005 informierten die russischen Behörden über die Tötung von Aslan Maschadow. Der polnische Außenminister Rotfeld verurteilte die Tat in scharfen Worten: „Das ist etwas Schlimmeres als ein Verbrechen, das ist ein politischer Fehler“[698]. Ähnlich äußerte sich auch der Sprecher des polnischen Außenministeriums. In Russland wurden die kritischen Stimmen der polnischen Diplomaten schlecht aufgenommen. Der russische Außenminister Sergej Lawrow bezeichnete im Telefongespräch mit seinem polnischen Amtskollegen dessen Verhalten als „unakzeptabel und im Widerspruch zu den Normen der zwischenstaatlichen Beziehungen“[699]. Lediglich eine Woche danach, am 17. März 2005, entschied der von den Nationalkonservativen dominierte Stadtrat von Warschau über die Benennung eines Platzes der Stadt nach dem verstorbenen Präsidenten Tschetscheniens, Dschochar Dudajew[700].

Im Jahre 2005, in dem der sechzigste Jahrestag des Kriegsendes gefeiert wurde, spielte die Geschichte eine bedeutende und gleichermaßen negative Rolle in den

---

Marsz jedności z Ukrainą, „gazeta.pl“, 28.11.2004, http://miasta.gazeta.pl/wroclaw/1,35771,2417144.html (Stand: 29.09.2009).

[697] A. Eberhardt, *Stosunki Polski z Rosją*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2006”, S. 115.

[698] A. Eberhardt, *Stosunki Polski z Rosją*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2006”, S. 118.

[699] *Ebd.*, S. 118.

[700] *Ebd.*, S. 119.

Beziehungen zwischen Moskau und Warschau. Im März teilte die Militärstaatsanwaltschaft Russlands ihre Entscheidung über die Nichtveröffentlichung der Akten eines Ermittlungsverfahrens bezüglich des Massakers von Katyn mit. Gleichzeitig wurde über die potentielle Teilnahme des Präsidenten Kwaśniewski an den Feierlichkeiten in Moskau zum Tag des Sieges diskutiert. Dagegen sprachen sich die Vertreter der konservativen Opposition aus. Die Politiker der Bürgerplattform, der „Recht und Gerechtigkeit" und der „Liga der Polnischen Familien", argumentierten, dass eine Reise nach Moskau als eine Zustimmung zur, aus der Sicht Polens, unakzeptablen Interpretation der Geschichte verstanden werden könne. Die Idee des Besuchs in Moskau unterstützten die Sozialdemokraten, die Vertreter der Volkspartei und der linksnationalen „Selbstverteidigung"[701]. Die Einladung des langjährigen Führers des kommunistischen Polens, General Wojciech Jaruzelski, verschärfte die innenpolitische Debatte weiter. Kwaśniewski flog letztlich am 9. Mai nach Russland, es wurde ihm jedoch ein Platz in einer der hinteren Reihen der Tribüne zugeteilt[702]. Polnische Medien interpretierten das als weiteren Versuch der Erniedrigung Polens durch Russland.

Die Krise spitzte sich in den letzten Monaten der Belka-Regierung zu. Im Juli 2005 fanden in Kaliningrad die Feierlichkeiten zum 750. Jahrestags der Stadtgründung statt, zu denen Präsident Putin den deutschen Bundeskanzler Schröder und den französischen Präsidenten Chirac einlud[703]. Dass Vertreter der Nachbarstaaten der Kaliningrad Oblast, Polen und Litauen, nicht geladen waren, war aus der Sicht Polens ein Fauxpas. Warschau zeigte sich ferner beunruhigt über die Pläne der Ostsee-Pipeline zwischen Russland und Deutschland. Die Krise erreichte ihren Höhepunkt nach dem Überfall der Jungkriminellen auf die Kinder russischer Diplomaten am 31. Juli 2005 in Warschau[704]. Darauf folgte eine Reihe von gegen polnische Staatsbürger (darunter auch Diplomaten und Journalisten) gerichteten Gewaltakten auf den Straßen von Moskau. Das Telefongespräch zwischen Putin und Kwaśniewski am 12. August 2005 beendete zwar

[701] *Ebd.*, S. 117.
[702] *Ebd.*
[703] *Ebd.*, S. 121.
[704] *Ebd.*

die Welle der physischen Gewalt, brachte jedoch keine eindeutige Verbesserung der Lage[705].

Trotz der anfänglichen Erfolge muss die sozialdemokratische Politik gegenüber Russland als Niederlage bezeichnet werden. Der SLD gelang es nicht, eine langfristige Entspannung der polnisch-russischen Beziehungen zu sichern. In dem Moment, in dem sich die Wege Russlands und der Ukraine trennten, entschied sich Polen dafür, die „Orange Revolution" in Kiew zu unterstützen. Die Demokratisierung in der Ukraine hatte für Warschau eine höhere Priorität als eine nicht immer einfache Annäherung an Russland. Auch eine angestrebte Überwindung der Vorurteile in den polnisch-russischen Beziehungen konnte nicht verwirklicht werden. In der Periode nach der „Orangen Revolution" konnte die polnische Diplomatie unter Adam Daniel Rotfeld die Eskalation der zahlreichen Streite über die Interpretation der Geschichte nicht verhindern. Anstatt sich wie deklariert auf konkrete Probleme der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu konzentrieren, geriet die Regierung Belka in symbolische Auseinandersetzungen, welche durch die Minderwertigkeitsgefühle und die historischen Traumen der Polen und der Russen gesteuert wurden. Letztlich unterschieden sich die Inhalte der Russlandpolitik der Sozialdemokraten, mit Ausnahme der Einstellung zur Frage der Teilnahme am russischen Tag des Sieges, nicht von den Positionen der rechten Opposition. Differenzen tauchten lediglich in der Akzentsetzung auf, was in der Bereitschaft der Sozialdemokraten zur Signalisierung einer kooperativen Einstellung Ausdruck fand.

4.4.3 Das Engagement Polens in der Gestaltung einer EU-Ostpolitik

Die Verhandlungen über die Verkehrsverbindungen zwischen der Kaliningrad Oblast und dem restlichen Territorium Russlands (durch Weißrussland) zeigten die Schwäche der polnischen Position auf. Die bi- und trilateralen Gespräche führten zu keiner Lösung. Erst das Einschalten der EU ermöglichte die Schließung eines Kompromisses im November 2002 in Kopenhagen. Der Erfolg der Kopenhagener Verhandlungsrunde versprach eine Verbesserung der Effizienz der polnischen Ostpolitik

[705] *Ebd.*, S. 122.

durch ihre „Europäisierung“[706]. Das Potential Polens war zu gering, um eine gleichberechtigte Stellung mit Russland zu genießen. Erst die solidarische Zusammenarbeit mit den anderen EU-Staaten konnte das Erreichen der befriedigenden Ergebnisse garantieren.

Dem Problem der Beziehungen mit den östlichen Nachbarn Polens und anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion (mit Ausnahme der baltischen Staaten) schenkte die EU erst Mitte 2002 mehr Aufmerksamkeit[707]. Als die Beitrittsverhandlungen mit den Staaten Ostmitteleuropas eine entscheidende Phase erreichten, war die Gemeinschaft dazu gezwungen, über ihr Verhältnis zu den künftigen Nachbarn im Osten nachzudenken. Eine Intensivierung der Kontakte, insbesondere mit der Ukraine, wurde zuerst von Polen gefordert. Zum Hauptslogan der polnischen Diplomatie wurde das Verhindern der neuen Teilung des Kontinents.

Im Jahre 2002 konnte Warschau jedoch noch nicht an den Arbeiten der EU-Gremien teilnehmen. Aus diesem Grund kam eine der ersten Initiativen, welche sich auf die Beziehungen zwischen der erweiterten Union und ihren östlichen Nachbarn bezog, nicht aus Warschau, sondern aus Stockholm und London[708]. Der Rat der EU in Zusammensetzung der Außenminister begrüßte Ende 2002 die Initiative Schwedens und Großbritanniens[709]. Es wurde beschlossen, eine Strategie gegenüber den neuen östlichen Nachbarn zu entwickeln. Sie sollte sich auf drei allgemein skizzierten Eckpunkten stützen. Erstens sollten die Nachbarstaaten langfristig an die EU angebunden werden. Zweitens musste die Ostpolitik regionale Besonderheiten berücksichtigen. Drittens durften die Probleme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nicht ausgeblendet werden[710].

---

[706] Siehe Kapitel 4.4.1.
[707] I. Kempe, *Nachbarschaftspolitik: Russland, Ukraine und Belarus*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2002/2003“ , S. 277.
[708] A. Cieszkowski, *Polityka rozszerzonej Unii Europejskiej wobec wschodnich sąsiadów – wkład Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2004“, S. 104.
[709] I. Kempe, *Nachbarschaftspolitik: Russland, Ukraine und Belarus*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2002/2003“, S. 277; A. Cieszkowski, *Polityka rozszerzonej Unii Europejskiej wobec wschodnich sąsiadów – wkład Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2004“, S. 105.
[710] I. Kempe, *Nachbarschaftspolitik: Russland, Ukraine und Belarus*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2002/2003“, S. 277.

Am 11. März 2003 konkretisierte die Europäische Kommission in einer Mitteilung an das Europaparlament und den Rat die Pläne der neuen Ostpolitik der EU[711]. Das Dokument sah die Unterzeichnung der Nachbarschaftsabkommen mit den neuen Nachbarn der Gemeinschaft vor. Vorab sollten die Aktionspläne für die einzelnen Länder beschlossen werden, welche sie zur effizienten Kooperation mit der EU vorbereiten würden. Die Union bot den Staaten Osteuropas Zugang zum Binnenmarkt wie auch eine Beteiligung an der Freizügigkeit, am freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr, an. Beide Seiten sollten bezüglich der gemeinsamen Sicherheit, der Konfliktprävention und der Umsetzung von europäischen Werten intensiv zusammenarbeiten[712]. Anders als beispielsweise im Falle der Staaten des Westbalkans war in Bezug auf die neuen östlichen Nachbarn der EU keine Beitrittsperspektive vorgesehen.

Polen zeigte sich insbesondere mit dem letzten Punkt der Nachbarschaftspolitik unzufrieden. Die Verweigerung der Beitrittsperspektive sei aus der Sicht Warschaus ein großer Fehler gewesen, der zur Verlangsamung der Reformen führen könne[713]. Durch die konsequente Forderung eines Bekenntnisses zur weiteren Osterweiterung profilierte sich Polen schon im Jahre 2003 als ein europäischer Rechtsanwalt der Ukraine. Nach der „Orangen Revolution" fühlte sich die polnische Diplomatie durch ein klares Votum des ukrainischen Volkes für den europäischen Kurs seines Landes noch weiter gestärkt. Außenminister Rotfeld forderte sogar die Bestimmung der „klaren Bedingungen" und eines „konkreten Datums" der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine[714].

Von ihrer europäischen Orientierung hatte die Ukraine die EU schon auf dem Gipfel in Jalta am 7. Oktober 2003 zu überzeugen versucht. Die Absicht, der Gemeinschaft beizutreten, signalisierte auch die Republik Moldau. Anknüpfend an die Erklärungen der beiden Länder schlug Polen die Verwandlung der Aktionspläne in eine

[711] A. Cieszkowski, *Polityka rozszerzonej Unii Europejskiej wobec wschodnich sąsiadów – wkład Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2004", S. 105.
[712] I. Kempe, *Nachbarschaftspolitik: Russland, Ukraine und Belarus*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2002/2003", S. 277.
[713] A. Cieszkowski, *Polityka rozszerzonej Unii Europejskiej wobec wschodnich sąsiadów – wkład Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2004", S. 107.
[714] A. Szeptycki, *Stosunki Polski z Ukrainą*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2006", S. 134.

Partnerschaft für eine Assoziierung vor[715]. Warschau wollte die Schließung eines Assoziierungsvertrags zum Schwerpunkt des Aktionsplans für die Ukraine machen, was die anderen EU-Länder ablehnten. Die polnischen Diplomaten vertraten die These, dass Europa sich zu stark auf die Probleme der Mittelmeerstaaten und Lateinamerikas konzentriere und dabei die östlichen Nachbarn vernachlässige[716].

Der Aktionsplan für die Ukraine wurde am 9. Dezember 2004 vorgestellt[717]. Gleichzeitig begann in Kiew, Lemberg und anderen Städten des Landes bereits die „Orange Revolution". Dank der Vermittlungsbemühungen einer Reihe von Personen, darunter auch des polnischen Präsidenten Kwaśniewski, des litauischen Adamkus und des Hohen Vertreters der EU, Solana, konnte eine friedliche Lösung erreicht werden. Trotz der Veränderung der politischen Lage in der Ukraine nach der Wahl Juschtschenkos zum Staatsoberhaupt lehnte die Kommission die Modifizierung des Aktionsplans ab. Dank der Sympathiewelle für die Ukraine gelang es jedoch einer Gruppe von Europaabgeordneten, in der auch Polen aktiv waren[718], am 13. Januar 2005 mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit eine Resolution über die Wahlen in der Ukraine zu verabschieden[719]. Das Dokument verpflichtete die Kommission zu Veränderungen im Aktionsplan. Die Abgeordneten sprachen sich eindeutig für eine institutionelle Anbindung der Ukraine an die EU einschließlich der Assoziierung aus.

Die Steigerung des Interesses der EU-Gremien an den Ereignissen in der Ukraine ist auch der Teilnahme der Vertreter Polens zu verdanken. Infolge der Unterzeichnung des Beitrittsabkommens durften sie seit dem 16. April 2003 teilweise an Beratungen der Organe der Gemeinschaft teilnehmen, was ihnen einen Einblick in die Ostpolitik der EU

[715] *Ebd.*
[716] *Ebd.* Andrzej Cieszkowski weist in diesem Kontext auf zahlreiche Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den Staaten des Mittelmeerraums bzw. Südamerikas hin, während der Abschluss eines solchen Vertrags mit der Ukraine gar nicht im Aktionsplan für dieses Land vorgesehen war.
[717] I. Kempe, *Nachbarschaftspolitik: Russland, Ukraine, Moldau und Belarus*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2005", S. 261.
[718] A. Szeptycki, *Stosunki Polski z Ukrainą*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2006", S. 134-135.
[719] I. Kempe, *Nachbarschaftspolitik: Russland, Ukraine, Moldau und Belarus*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2005", S. 263.

gewährte[720]. Erst mit der Osterweiterung im Mai 2004 kam Polen in den Genuss des Stimmrechts und konnte die Politik der EU aktiv mitgestalten.

Die besondere Bedeutung der Staaten Osteuropas für Polen spiegelte sich in den zahlreichen auf Initiativen der polnischen Regierung vorbereiteten Konferenzen wider[721]. Polen beteiligte sich auch aktiv an der Vorbereitung des Aktionsplans für die Ukraine. Ihre Vorschläge diesbezüglich stellte die polnische Diplomatie den Mitgliedstaaten im Oktober 2003 vor[722]. Trotz des Skeptizismus gegenüber der übermäßigen Ausweitung der Nachbarschaftspolitik, insbesondere im Mittelmeerraum, unterstützte Polen die Idee des Anschlusses der Staaten des Kaukasus an europäische Programme[723]. Den Forderungen Polens kam das Strategiepapier der Europäischen Kommission vom 12. Mai 2004 entgegen. Im Dokument wurde die Öffnung der Nachbarschaftspolitik auf die Staaten des Südkaukasus (Georgien, Armenien und Aserbaidschan) empfohlen[724]. Die angekündigte Einrichtung eines neuen Finanzinstruments für die Nachbarschaftspolitik hinsichtlich der Haushaltsplanung 2007-2013 würde aus der Sicht Polens die Verwirklichung der weitreichenden Pläne vereinfachen. Warschau begrüßte diese Idee und betonte zugleich, dass die finanzielle Förderung sich nicht auf Projekte beschränken solle, welche an der Außengrenze der EU verwirklicht werden.

Die Ukraine und die Republik Moldau standen von Anfang an im Mittelpunkt der diskutierten Projekte der EU-Nachbarschaftspolitik. Einen anderen Charakter hatte die Zusammenarbeit mit Russland[725] und Weißrussland[726]. Russland wurde aufgrund seiner

---

[720] A. Cieszkowski, *Polityka rozszerzonej Unii Europejskiej wobec wschodnich sąsiadów – wkład Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2004", S. 104.
[721] Als Beispiel kann eine Konferenz, die vom polnischen Außenministerium zusammen mit der Stefan-Batory-Stiftung im Februar 2003 in Warschau organisiert wurde, herangezogen werden. Vgl.: A. Cieszkowski, *Polityka rozszerzonej Unii Europejskiej wobec wschodnich sąsiadów – wkład Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2004", S. 105.
[722] *Ebd*, S. 105-106.
[723] *Ebd.*, S. 109.
[724] I. Kempe, *Nachbarschaftspolitik: Russland, Ukraine, Moldau und Belarus*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2005", S. 261.
[725] Russland beteiligte sich nicht an der europäischen Nachbarschaftspolitik. Stattdessen entwickelte die EU mit Russland eine strategische Partnerschaft, welche sich auf die Idee von vier gemeinsamen Räumen stützte. Vgl.: *European Neighborhood Policy. Strategy Paper*, Brussel 12.05.2004, http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy_paper_en.pdf (Stand: 09.10.2009), S. 4; Barbara Lippert, *Europäische Nachbarschaftspolitik*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2008", S. 237.
[726] In dem *Strategy Paper* der Kommission der EU zur Nachbarschaftspolitik ist zu lesen, dass vertragliche Beziehungen mit Weißrussland erst dann entwickelt werden, wenn Weißrussland eine demokratische

Größe und Sonderstellung in der internationalen Politik von der EU differenziert behandelt. Die Beziehungen mit Moskau wurden auf besondere Weise reguliert. Auf dem EU-Russland Gipfel in Petersburg am 31. Mai 2003 wurde die Idee der vier gemeinsamen Räume vorgeschlagen: ein Wirtschaftsraum, ein Raum für Sicherheit und Justiz, ein Raum der Zusammenarbeit im Bereich der äußeren Sicherheit sowie ein Raum für Forschung und Bildung.

Die Kooperation zwischen der EU und Russland entwickelte sich jedoch schlechter als erwartet. Schuld daran hatten die Befürchtungen Russlands bezüglich der EU-Erweiterung. Moskau war unzufrieden mit der Integration der baltischen Staaten in die Gemeinschaft. Am stärksten angespannt waren die russisch-litauischen und russisch-estnischen Beziehungen. Riga und Tallin schafften es nicht, bis zum Zeitpunkt des EU-Beitritts den Grenzvertrag mit Russland zu unterzeichnen[727]. Als Protest gegen eine einseitige Interpretation der Geschichte boykottierte Estland die Feierlichkeiten am 9. Mai 2005 in Moskau[728].

Die Verhandlungen über einen Plan für „Gemeinsame Räume" (Common Spaces Roadmap) scheiterten auf dem Gipfel in Den Haag am 25. November 2004, da es Meinungsunterschiede bezüglich der Demokratievorstellungen und der Situation in der Ukraine gab. Die Verschlechterung der Beziehungen Russland-EU entwickelte sich somit parallel zur Krise der polnisch-russischen Beziehungen. Die angespannte Lage erholte sich aber schnell wieder. Schon im Frühling 2005 kam es zu einem Durchbruch in den Gesprächen, welcher die Verabschiedung einer Roadmap am 10. Mai 2005 ermöglichte. Bereits am 18. Mai 2005 wurde der Grenzvertrag zwischen Estland und Russland unterzeichnet.

Neben Russland strebte Weißrussland, anders als die Ukraine und die Republik Moldau, keinen EU-Beitritt an. Offiziell wurde Weißrussland in die Projekte der

---

Regierung, welche in demokratischen Wahlen bestimmt werde, bekomme. Bis zu diesem Zeitpunkt werde die EU die Zivilgesellschaft in Weißrussland fördern. Vgl.: *European Neighborhood Policy. Strategy Paper*, Brüssel 12.05.2004, http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy_paper_en.pdf (Stand: 09.10.2009), S. 4.

[727] I. Kempe, *Nachbarschaftspolitik: Russland, Ukraine, Moldau und Belarus*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2003/2004", S. 265.

[728] I. Kempe, *Nachbarschaftspolitik: Russland, Ukraine, Moldau und Belarus*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2005", S. 262 .

Nachbarschaftspolitik einbezogen, seine vollständige Teilnahme wurde jedoch von den politischen Reformen abhängig gemacht. Minsk zeigte sich zur Einführung der liberalen Demokratie noch nicht bereit, was in der Praxis seine Mitwirkung an den Projekten der Nachbarschaftspolitik verhinderte. Aus Protest gegen die autoritären Methoden der weißrussischen Regierung entschied der Rat der EU im Jahre 1997 über die Einschränkung der Kontakte mit Minsk[729]. Polen schloss sich dieser Politik an, forderte aber nichtsdestotrotz die Entwicklung der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in diesem Land. Polnische Diplomaten betonten, dass Warschau nicht nur über gemeinsame Grenzen mit Weißrussland sprechen müsse, sondern auch eine zahlreiche polnische Minderheit vertrete. Aus diesem Grund bevorzugte Polen die Intensivierung der Kontakte mit dem von Alexandr Lukaschenka regierten Staat.

Nach der „Orangen Revolution" führten weißrussische politische Eliten aus Furcht vor einer Ausweitung der demokratischen Tendenzen in der Ukraine neue Repressionen gegen die Opposition ein. Infolge der schärferen Politik des Regimes litt auch der Bund der Polen in Weißrussland, welcher die größte Nichtregierungsorganisation des Landes bildete. Die Nichtanerkennung des neuen Vorsitzenden des Bundes, Andżelika Borys, durch die weißrussische Regierung verschlechterte die Beziehungen zwischen Minsk und Warschau weiter, zum selben Zeitpunkt als sich auch in der polnisch-russischen Zusammenarbeit drastische Beeinträchtigungen abzeichneten.

4.4.4 Ostpolitik der SLD: eine Zusammenfassung

Auf dem Gebiet der Ostpolitik wurden die Sozialdemokraten letztlich mit der Wahl zwischen der Ukraine auf der einen und Russland beziehungsweise Weißrussland auf der anderen Seite konfrontiert. Die Unterstützung für die „Orange Revolution" deckte sich mit der Politik der anderen EU-Staaten. Eine nervöse Reaktion Russlands war von den polnischen Politikern nicht beabsichtigt, worauf auch die Bemühungen um eine

[729] A. Cieszkowski, *Polityka rozszerzonej Unii Europejskiej wobec wschodnich sąsiadów – wkład Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2004", S. 109.

Verbesserung der Lage hinwiesen. Eine Krise der polnisch-russischen Zusammenarbeit begann gleichzeitig mit dem Stillstand in der Kooperation Russlands mit der EU. Die Tatsache, dass sich die Verbesserung der polnisch-russischen Beziehungen erst nach der Überwindung der negativen Stimmung zwischen Brüssel und Moskau ergab, beruht teilweise auf den Fehlern Polens. Den polnischen Diplomaten gelang es nicht, in der heißen Phase vor den Parlamentswahlen die Situation zu beruhigen. Die Staatsführung mischte sich in die verbalen Konfrontationen mit Russland über die Interpretation der Geschichte und die Bewertung des Tschetschenien-Kriegs ein. Dies verhinderte die Verwirklichung von mehreren Zielen der SLD-Regierung, entsprach zugleich jedoch dem prioritären Charakter der Beziehungen mit der Ukraine.

Das Interesse für die Energiepolitik, die von den interviewten Sozialdemokraten häufig erwähnt wurde, nahm erst in der späten Phase der SLD-Ära zu. Die Veröffentlichung des Dokuments *Energetische Politik Polens bis 2025* fiel mit der „Orangen Revolution" zusammen. Das Strategiepapier wurde der Öffentlichkeit am 4. Januar 2005 vorgestellt[730]. Die *Energetische Politik* plädierte für die Gewährleistung der energetischen Sicherheit des Landes. Im Dokument wurde jedoch keine eindeutige Antwort auf die Frage nach der Differenzierung der Lieferungswege gegeben[731]. Die anfänglich von Miller verfolgte Bevorzugung des billigeren russischen Gases vor dem teureren norwegischen zeigt, dass die Sozialdemokraten Moskau als den wichtigsten Partner Polens im Bereich der Energiepolitik erachteten. Eine Krise der polnisch-russischen Beziehungen nach den umstrittenen ukrainischen Präsidentschaftswahlen stellte auch diesen Aspekt der Ostpolitik der Linken infrage.

[730] M. Gołębiewska, *Polityka energetyczna Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2007", S. 244.
[731] Für die Probleme mit dem Konzept der Diversifizierung der Lieferungwege vgl.: M. Gołębiewskia, *Polityka energetyczna Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2007", S. 251-252.

5. Strukturen und Programmatik der Regierungen Marcinkiewicz und Kaczyński

5.1 Die zwei Jahre der Vierten Republik

5.1.1 Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2005 als Doppelerfolg der PiS

Der erwartete Untergang der sozialdemokratischen Regierung ereignete sich im Herbst 2005. Aus den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, die innerhalb eines Monats (zwei Wahlgänge der Präsidentschaftswahlen) abgehalten wurden, ging die nationalkonservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) als Siegerin hervor. Zum neuen Staatsoberhaupt wurde der Stadtpräsident (Oberbürgermeister) von Warschau, Lech Kaczyński, gewählt. Der Vorsitzende der PiS, Jarosław Kaczyński, der zugleich Lechs Zwillingsbruder war, verzichtete auf die Übernahme einer Schlüsselposition in der Regierung. Stattdessen bot er das Amt des Premierministers einem der breiten Öffentlichkeit wenig bekannten nationalkonservativen Politiker, Kazimierz Marcinkiewicz, an.

Die Entscheidung von Jarosław Kaczyński, sich nicht an der Regierung zu beteiligen, kann auf zweierlei Weise interpretiert werden. Die erste Erklärung geht davon aus, dass der Vorsitzende der PiS die Chancen seines Bruders für den Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen, die nach den Parlamentswahlen stattfanden, nicht gefährden wollte[732]. Die Wähler könnten der Idee der doppelten Herrschaft der Zwillinge skeptisch gegenüberstehen. Die zweite Möglichkeit, auf die auch Kaczyński indirekt in seiner Regierungserklärung im Jahre 2006 hinweist[733], ist auf die strategischen Überlegungen zur Koalitionsbildung zurückzuführen. Der ruhige und unbekannte Kazimierz

[732] M. Karnowski, P. Zaremba (Hrsg.), *O dwóch takich ... Alfabet braci Kaczyńskich*, Wydawnictwo m, Kraków 2006, S. 8.
[733] J. Kaczyński, *Przedstawienie przez prezesa Rady Ministrów programu działania Rady Ministrów z wnioskiem o udzielenie jej wotum zaufania,* Sejm RP, 19.07.2006, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata5.nsf (Stand: 09.01.2010).

Marcinkiewicz wäre für den potentiellen Regierungspartner von „Recht und Gerechtigkeit“, die Bürgerplattform, besser zu akzeptieren[734].

Die beiden oben genannten Thesen können noch durch eine dritte erweitert werden. Der Premierminister trägt die größte Verantwortung innerhalb der Regierung. Er wird sozusagen zu ihrem Gesicht. In der immer noch jungen, unstabilen und mit zahlreichen Schwächen belasteten polnischen Demokratie kann die Übernahme des Postens des Premiers das Ende einer Karriere bedeuten. Aus diesem Grund erfreute sich die Praxis, weniger bekannte Politiker zu Regierungschefs zu benennen, großer Beliebtheit. Sie nehmen die Verantwortung für schwierige Entscheidungen auf sich, während die wahren Parteiführer die Rolle von Back-Seat-Drivern spielen. Als klassisches Beispiel dafür gilt die Regierung von Jerzy Buzek (1997-2001), der von Marian Krzaklewski, einem mächtigen Vorsitzenden des mitterechten Bündnisses AWS, zum Premierminister „gekrönt“ wurde[735].

5.1.2 Die Fragmentierung des polnischen Parteiensystems

Während der Parlamentswahl 2005 wurde das niedrigste Niveau der Wahlbeteiligung in der Dritten Republik verzeichnet[736]. Zu den Urnen gingen lediglich 40,57% der Wahlberechtigten[737]. Die Folge war eine extreme Fragmentierung des polnischen Parteiensystems. Der Wert des Hirschmann-Herfindahl-Indexes, berechnet für das polnische Parteiensystem, ging im Vergleich zu früheren Parlamentswahl (2001) von 0,2223 auf 0,1706 zurück; der Wert des Rae-Indexes stieg folglich von 0,7777 auf

[734] Die Brüder Kaczyński gaben die Bereitschaft zur Koalition mit der Bürgerplattform als einen der wichtigsten Gründe für die Ernennung von Kazmierz Marcinkiewicz zum Premierminister an. Marcinkiewicz war aus ihrer Sicht „ruhig und akzeptabel für die Plattform“. Vgl.: M. Karnowski, P. Zaremba (Hrsg.), *O dwóch takich ... Alfabet braci Kaczyńskich*, Wydawnictwo m, Kraków 2006, S. 10.
[735] Jarosław Kaczyński betonte, dass er nicht „die Rolle von Krzaklewski“ spielen wolle. Vgl.: M. Karnowski, P. Zaremba (Hrsg.), *O dwóch takich ... Alfabet braci Kaczyńskich*, Wydawnictwo m, Kraków 2006, S. 10.
[736] Die Wahlbeteiligung war niedriger als in allen früheren Parlamentswahlen der Dritten Republik (nach 1989).
[737] *Obwieszczenie Państwowej Komisji Wyborczej z dnia 27 września 2005 roku o wynikach wyborów do Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej przeprowadzonych w dniu 25 września 2005 roku*, Państwowa Komisja Wyborcza, S. 1.

0,8294[738]. Somit sank die Wahrscheinlichkeit, dass zwei zufällig ausgewählte Wähler dieselbe Partei unterstützten. Anders als im Jahre 2001, als die Sozialdemokraten in allen Wahlkreisen gewonnen haben, gab es vier Jahre später keinen klaren Sieger.

$$HH = \sum_{i=1}^{n} p_i^2$$

HH – die Summe der quadrierten Wählerstimmenanteile der Parteien

p – Wählerstimmenanteil der Parteien

Abbildung 9. Hirschmann-Herfindahl-Index.

Quelle: A. Ladner, *Stabilität und Wandel von Parteien und Parteiensystemen. Eine vergleichende Analyse von Konfliktlinien, Parteien und Parteiensystemen in den Schweizer Kantonen*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004, S. 70.

Mit einem Ergebnis von 11,31% erlitt die SLD die größte Niederlage seit 1991. Obwohl geschwächt, schafften es die Sozialdemokraten zu überleben. Sie teilten nicht das Schicksal der AWS und der UW. Die siegreichen Nationalkonservativen schafften mit nur 26,99% der Stimmen den Aufstieg zur stärksten Partei. Den zweiten Platz belegte die andere Post-Solidarność Partei, die liberal-konservative Bürgerplattform (24,14%). Über eine Vertretung im Sejm konnten sich auch die linksnationalistischen Populisten aus der Selbstverteidigung (11,41%), die Nationalisten aus der LPR (7,97%) und die Volkspartei PSL (6,96%) freuen[739].

[738] Die Berechnungen beruhen auf den Daten der staatlichen Wahlkommission. Vgl.: *Obwieszczenie Państwowej Komisji Wyborczej z dnia 27 września 2005 roku o wynikach wyborów do Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej przeprowadzonych w dniu 25 września 2005 roku*, Państwowa Komisja Wyborcza, S. 2-3.

[739] Die Verhältnisse im Senat waren für die PiS günstiger. Mit 49 Senatoren fehlten den Nationalkonservativen nur zwei Mandate, um die absolute Mehrheit zu erreichen.

$$F = 1 - HH$$

$$F = 1 - \sum_{i=1}^{n} p_i^2$$

HH – die Summe der quadrierten Wählerstimmenanteile der Parteien

F – Rae-Index

p – Wähleranteil der Partei

Abbildung 10. Rae-Index.

Quelle: A. Ladner, *Stabilität und Wandel von Parteien und Parteiensystemen. Eine vergleichende Analyse von Konfliktlinien, Parteien und Parteiensystemen in den Schweizer Kantonen*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004, S. 70.

Die Zusammenarbeit bei den regionalen und lokalen Wahlen wie auch die gemeinsamen Wurzeln in der antikommunistischen Opposition schienen die PiS und die PO (Bürgerplattform) für die Bildung einer gemeinsamen Koalition zu prädestinieren. Eine aggressive Auseinandersetzung während des Wahlkampfs zwischen den beiden Präsidentschaftskandidaten hinterließ jedoch tiefe Spuren. Als Höhepunkt der Wahlkampagne gilt die Affäre um „Tusks Großvater". Jacek Kurski, ein PR-Berater (bzw. Spin-Doctor) von Lech Kaczyński, teilte den Medien mit, dass der Großvater des Vorsitzenden der PO, Donald Tusk. während des Zweiten Weltkriegs als Freiwilliger in der Wehrmacht gekämpft hatte. Obwohl Lech Kaczyński sich später bei Tusk für die Bekanntgabe dieser Information, die letztlich nicht der Wahrheit entsprach, entschuldigte, blieb das Misstrauen[740]. Dazu trug auch die Tatsache bei, dass Jacek Kurski, trotz des Versprechens der PiS-Führung, die Partei nicht verlassen musste[741].

Unangenehme Erinnerungen aus dem Wahlkampf und dem Programm bzw. deutliche Charakterunterschiede verhinderten die Entstehung einer „großen Koalition" aus PiS und PO. Die Partei „Recht und Gerechtigkeit" schloss andere Koalitionen aus

[740] Józef Tusk war zwar Wehrmachtssoldat gewesen, aber nur widerwillig. Vgl.: P. Wroński, *Polityczna gra biografią dziadka Tuska*, „gazeta.pl", 15.10.2005, http://wiadomosci.gazeta.pl/Wiadomosci/1,80708,2969023.html (Stand: 09.01.2010).

[741] Kurski wurde aus der Sejm-Fraktion der PiS ausgeschlossen. Kurz danach wurde er jedoch wieder aufgenommen. Vgl.: M. Karnowski, P. Zaremba (Hrsg.), *O dwóch takich… Alfabet braci Kaczyńskich*, Wydawnictwo m, Kraków 2006, S. 8.

und bildete eine Minderheitsregierung unter Premierminister Kazimierz Marcinkiewicz. Der Sejm erteilte dem neuen Kabinett das Vertrauensvotum nicht nur mit den Stimmen der Nationalkonservativen, sondern auch der kleineren Fraktionen wie Samoobrona, LPR und PSL[742]. Im Februar 2006 entwickelte sich diese unverbindliche Unterstützung in eine formale Zusammenarbeit zwischen der PiS-Minderheitsregierung und den zwei radikalen Parteien, der Samoobrona und der LPR. Die drei politischen Gruppierungen unterzeichneten einen „Stabilisierungspakt", der einer informellen Koalitionsvereinbarung gleichkam[743]. Die PSL, die vierte Partei, welche die Regierung von Marcinkiewicz am Anfang unterstützte, nahm an der Zusammenarbeit nicht teil[744].

Die Tatsache, dass die PiS sich für keine offizielle Koalition mit den zwei Partnern entschied, sondern eine weniger verbindliche Art der Zusammenarbeit wählte, ist durch das kontroverse Image der Samoobrona und der LPR erklärbar. Beide Parteien gehörten einer radikal systemkritischen Opposition an. Andrzej Lepper, der Vorsitzende von Samoobrona, war als Straßenkämpfer und gewaltbereiter Anführer der Bauernproteste bekannt geworden. Gegen zahlreiche Parteigenossen Leppers wurde wegen der Nichtzahlung von Kreditraten und anderer Straftaten ermittelt. Die Immunität von Abgeordneten und Senatoren gewährte ihnen Schutz vor der Staatsanwaltschaft. Die Liga der Polnischen Familien (LPR), die dritte Partei in der Konstellation, versuchte, ihre Identität auf den Traditionen der nationalistischen Kräfte der Zweiten Republik (Zwischenkriegszeit) aufzubauen. Der Jugendorganisation der LPR – der Allpolnischen Jugend (Młodzież Wszechpolska) – wurden Kontakte mit der rechtsextremen Szene vorgeworfen[745].

---

[742] *Głosowanie nad przyjęciem wniosku Prezesa Rady Ministrów pana Kazimierza Marcinkiewicza o udzielenie wotum zaufania Radzie Ministrów*, Sejm RP, 10.11.2005, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/glosowania?OpenAgent&5&2&4 (Stand: 25.09.2009).

[743] *Treść umowy stabilizacyjnej podpisanej przez PiS, LPR i Samoobronę*, „wyborcza.pl", 02.02.2006, http://wyborcza.pl/1,76842,3144804.html (Stand: 25.03.2009).

[744] Laut Jarosław Kaczyński war sich die Volkspartei nicht einig über die Teilnahme an der Koalition mit der PiS. Sie waren besonders kritisch gegenüber der von „Recht und Gerechtigkeit" vorgeschlagenen Geschichtsaufarbeitung eingestellt. Vgl.: M. Karnowski, P. Zaremba (Hrsg.), *O dwóch takich ... Alfabet braci Kaczyńskich*, Wydawnictwo m, Kraków 2006, S. 20.

[745] Als Beispiel kann der Fall von Piotr Farfał genannt werden. Das im Juni 2006 zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden ernannte Mitglied der LPR und der Allpolnischen Jugend war in der Vergangenheit Redakteur der Skinhead-Zeitschrift *Front* gewesen. Piotr Farfał ist seit Dezember 2008 Vorstandsvorsitzender des polnischen Fernsehens (TVP). Vgl.: *Former Polish Skinhead Appointed to High*

Sowohl die Liga der Polnischen Familien als auch Leppers Populisten waren Parias der polnischen Politik. Die kriminelle Vergangenheit der Mitglieder der Samoobrona gab wenig Hoffnung auf eine „moralische Erneuerung des Staates“, die zentraler Bestandteil des PiS-Programms war. Die rechtsradikalen Positionen der Liga schienen wiederum sehr kontrovers zu sein, sogar im Vergleich mit den politischen Aussagen der Nationalkonservativen. Im Mai 2007 verwandelte sich der Stabilisierungspakt trotz allem in eine offizielle Koalition. Die Vorsitzenden der zwei radikalen Gruppierungen, Roman Giertych (LPR) und Andrzej Lepper (Samoobrona), übernahmen die Posten der stellvertretenden Premierminister.

5.1.3 Die Regierung von Jarosław Kaczyński und die Wahlen 2007

Kurz nach dem Abschluss des Koalitionsvertrags zwischen der PiS und den beiden radikalen Parteien löste Jarosław Kaczyński Kazimierz Marcinkiewicz vom Amt des Premierministers ab. Die Regierung Kaczyński bediente sich einer härteren Rhetorik als das Kabinett von Marcinkiewicz, was anhand von Dokumenten bewiesen werden kann. Nach der Übernahme des Postens des Regierungschefs durch den Parteivorsitzenden wurde die Stimme der stark auf die Person Kaczyński konzentrierten Partei zur Stimme des Ministerrates.

Kurz vor dem Wechsel des Premierministers trat auch Stefan Meller, der parteilose Außenminister im Kabinett Marcinkiewicz, zurück. Zur Chefin der polnischen Diplomatie wurde Anna Fotyga ernannt[746]. Es konnte nicht mehr bezweifelt werden, dass die polnische Außenpolitik unter der Kontrolle der PiS stand. Aus diesem Grund ist die zweite Phase der „Vierten Republik“, wie die zwei Jahre der Herrschaft von „Recht und Gerechtigkeit“ bezeichnet werden, um einiges interessanter als die erste, insbesondere im Hinblick auf die Hypothese über die Verwirklichung der Parteipräferenzen in der außenpolitischen Praxis Polens.

Public Post, Deutsche Welle, 24.06.2006, http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,2063329,00.html (Stand: 26.03.2009).

[746] Jarosław Kaczyński dachte im Oktober 2005 über die Ernennung von Anna Fotyga zur Premierministerin nach. Vgl.: M. Karnowski, P. Zaremba (Hrsg.), *O dwóch takich ... Alfabet braci Kaczyńskich*, Wydawnictwo m, Kraków 2006, S. 9.

Mit Eifer begann das Kabinett von Kaczyński seine Amtszeit. Im innenpolitischen Bereich bedeutete das unter anderem die Intensivierung der Arbeit des im Juni 2006 ins Leben gerufenen Zentralen Antikorruptionsamtes (CBA). Die neue Institution sollte das Problem der Bestechlichkeit lösen, das seit den großen Affären der Ära Miller an Bedeutung in der öffentlichen Wahrnehmung gewonnen hatte. Die Ermittlungen der CBA waren mit den spektakulären Medienkampagnen der Regierung verbunden. Sie richteten sich im Laufe der Zeit immer mehr gegen politische Gegner der regierenden Partei. Die Geheimagenten des Antikorruptionsamtes verleiteten mit fragwürdigen Methoden einzelne Personen, gegen die offiziell nicht ermittelt wurde, zur Teilnahme an korrupten Transaktionen. Unklar ist dabei, wer wen bestochen hat und nach welchen Kriterien die Individuen ausgewählt wurden, gegen die das CBA die Provokationen durchführte[747].

Eine der Ermittlungen des CBA richtete sich gegen die Berater von Landwirtschaftsminister Andrzej Lepper. Der stellvertretende Regierungschef, den auch die Agenten des Antikorruptionsamtes in die Provokation einbeziehen wollten, wurde von einem anderen Mitglied des Ministerrates, Innenminister Janusz Kaczmarek, vor der vorbereiteten Aktion gewarnt. Die Verhaftung, zuerst der Mitarbeiter von Lepper und später von Kaczmarek, wie auch die Bekanntgabe der Information über geplante Ermittlung gegen den Vorsitzenden von Samoobrona führte im Sommer 2007 zu einer Regierungskrise. Beide Koalitionspartner der PiS verließen daraufhin die Regierung. Die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ entschied sich unter diesen Umständen für vorgezogene Parlamentswahlen.

Nach der Enthüllung der Affäre im Landwirtschaftsministerium hofften die Brüder Kaczyński auf eine Verbesserung der Position ihrer Partei in den Umfragen. Das harte Vorgehen gegen Kriminelle war das, was ihre Wähler von ihnen erwarteten. Mit den Gegenstimmen der zwei ehemaligen Koalitionspartner (obwohl drei Abgeordnete der

[747] K. Marcinkiewicz, *Fear of Corruption as a Tool of Political Confrontation. The example of the debate about the Polish Third Republic*, Präsentation auf der Konferenz “Economics of Corruption 2008”, Universität Passau, http://www.wiwi.uni-passau.de/fileadmin/dokumente/lehrstuehle/lambsdorff/Economics_of_Corruption_2008/Kamil_Marcinkiewicz.pdf (Stand: 19.08.2009).

Samoobrona mit der Mehrheit des Sejms abstimmten) nahm das Parlament den Antrag auf Selbstauflösung an[748].

Es wurde befürchtet, dass die Neuwahlen ein ähnlich unklares Ergebnis wie die Wahlen im Jahre 2005 liefern würden. Sicher war nur die Niederlage der beiden radikalen Gruppierungen. Mit ihrer polarisierenden Rhetorik gelang es der PiS jedoch, die Wählerschaft der beiden Koalitionspartner anzuziehen. Die Sozialdemokraten konnten die Folgen der Krise aus der Ära Miller immer noch nicht überwinden. Die Umfragen versprachen einem Sieg der nationalkonservativen PiS und der liberalkonservativen PO die größten Chancen. Eine Woche vor dem Wahltag nahm das CBA eine weitere politisch aktive Person fest. Diesmal richtete sich die Provokation gegen eine weniger bekannte Abgeordnete der Bürgerplattform, Beata Sawicka. Die Festnahme Sawickas kurz vor den schwer voraussehbaren Wahlen, obwohl schon seit einem Jahr eine Aktion gegen sie geführt worden war, wurde von der Öffentlichkeit negativ bewertet[749]. Anders als im Falle der LPR und der Samoobrona trug die PO dadurch keinen Schaden davon. Die Liberalkonservativen gewannen 41,51% der Stimmen, während für die Nationalkonservativen der Brüder Kaczyński 32,11% der Stimmen abgegeben wurden. Nach zwei Jahren war die Vierte Republik am Ende, und es wurde wieder die Dritte Republik ausgerufen, wie es die Schauspielerin Joanna Szczepkowska in einem Videobeitrag für die „Gazeta Wyborcza“ ankündigte[750].

5.1.4 Die Partei der Vierten Republik: Einführung in die Programmatik der PiS

Nach der Periode des schnellen wirtschaftlichen Wachstums Mitte der neunziger Jahre begann am Anfang der neuen Dekade eine Rezession. Die Arbeitslosenzahlen verzeichneten einen erneuten Anstieg, während die Wachstumsraten des BIP drastisch

---

[748] *Głosowanie nad przyjęciem w całości projektu uchwały w sprawie skrócenia kadencji Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej, w brzmieniu przedłożenia zawartego w druku nr 2074*, Sejm RP, 07.09.2007, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/glosowania?OpenAgent&5&47&137 (Stand: 26.03.2009).

[749] A. Szczerbiak, *The birth of a bi-polar party system or a referendum on a polarising government? The October 2007 Polish parliamentary election*, Sussex European Institute, Working Paper No 100, S. 13.

[750] *Joanna Szczepkowska ogłasza koniec IV RP*, „gazeta.pl”, 22.10.2007, http://wiadomosci.gazeta.pl/Wiadomosci/10,88722,4601743,Joanna_Szczepkowska_oglasza_koniec_IV_RP.html (Stand: 26.03.2009).

zurückgingen. Das erste politische Opfer der Krise war Premierminister Jerzy Buzek im Jahre 2001. Zum Gewinner erklärten sich die Sozialdemokraten. Unter Miller und Belka erfuhr die Wirtschaft zwar einen Aufschwung, die Arbeitslosenquote sank jedoch nicht.

Nach dem Offenlegen der Rywingate, eine Korruptionsaffäre, in welche auch die prominenten SLD-Politiker verwickelt waren, erreichten die Umfragewerte des Bündnisses der Demokratischen Linken ein Tief, das noch im Jahre 2001 unvorstellbar gewesen wäre. Die Antwort der Nationalkonservativen auf die Reihe an Korruptionsaffären, die Polen erschütterten, war die Idee der Vierten Republik.

Diesem neuen polnischen Staat sollte eine neue Verfassung zugrunde gelegt werden, welche die von den nationalkonservativen Kräften als zu liberal kritisierte Verfassung aus dem Jahre 1997 ablösen sollte. Im Projekt des neuen Grundgesetzes, das im Jahre 2005 von einer Arbeitsgruppe der PiS unter der Leitung von Kazimierz Michał Ujazdowski entworfen wurde, wurde unter anderem an mehreren Stellen die traditionelle Moral und die nationale Identität betont[751]. Ein Element war die Förderung von kinderreichen Familien (Art. 21 Abs. 3)[752]. Die Position des Präsidenten sollte zudem gestärkt werden. Polen solle sich laut PiS zu einem semi-präsidentiellen System nach dem Vorbild Frankreichs entwickeln.

Der Eifer, mit dem die PiS das Projekt der Vierten Republik und seine konservativen Inhalte implementieren wollte, erinnert an eine Erscheinung, die als konservative Revolution bezeichnet werden könnte. Die Anwendung dieses Begriffs im Kontext der Vierten Republik ist jedoch nicht unproblematisch. Wie in der Regierungserklärung von Kazimierz Marcinkiewicz zu lesen ist, soll die Vierte Republik „keine Verneinung der Dritten [Republik] sein, sondern eine Verwirklichung ihrer unerfüllten Träume“. Die Dritte Republik wurde zwar als ein gescheitertes Projekt abgelehnt, die Kaczyński-Brüder waren sich jedoch bewusst, dass sie selbst zu ihren Architekten zählten. Inwieweit sollte sich also der neue polnische Staat von seiner Vergangenheit trennen?

Die PiS wollte keine Rückkehr der Volksrepublik. Die Vierte Republik sollte sich noch deutlicher als die Dritte von der kommunistischen Diktatur differenzieren. Zu den

[751] *Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej. Projekt Prawa i Sprawiedliwości*, PiS, Warszawa 2005, S. 7.
[752] *Ebd.*, S. 15.

idealisierten Beispielen, an denen sich der neue Staat orientierte, zählte die aristokratische Erste Republik und die autoritäre Zweite Republik der Zwischenkriegszeit (nach 1926). Es kann daher von einer für die konservative Revolution charakteristischen Mythologisierung der Vergangenheit gesprochen werden. Die Faszination für die nationale Geschichte auf der einen Seite und die Unterstützung für die traditionelle Moral auf der anderen, sprechen für eine Anwendung des Begriffs der konservativen Revolution in Bezug auf die politischen Projekte der Partei „Recht und Gerechtigkeit". Es bedarf allerdings der Voraussetzung, dass der Begriff der konservativen Revolution breiter verstanden wird als nur in der Bedeutung, die er im Kontext der Weimarer Republik bekam. Ein ambivalentes Verhältnis zur Dritten Republik verlangt die Durchführung einer ausführlichen Analyse der Programmatik und der Praxis der PiS-Regierungen, bevor eine eindeutige Antwort auf die Frage nach den Konsequenzen des Projekts der Vierten Republik für die Außenpolitik Polens gegeben werden kann.

5.2 Die außen- und europapolitischen Präferenzen der PiS im Spiegel der Parteidokumente

5.2.1 Die außen- und europapolitischen Aspekte des Wahlprogramms der PiS aus dem Jahre 2001

Im Jahre 2001 nahm die neu gegründete Partei „Recht und Gerechtigkeit" zum ersten Mal an den Wahlen teil. Ihre politischen Ziele stellte sie den Bürgern in einem umfangreichen Dokument vor, das eher als Grundsatzprogramm denn als Wahlmanifest zu interpretieren ist. Die zentrale Rolle des ehemaligen Justizministers im Kabinett Buzek, Lech Kaczyński, ist anhand dieses Programms ersichtlich. In der frühen Phase ihrer Entwicklung baute die PiS ihr Prestige in erster Linie auf der Beliebtheit der harten Kriminalitätsbekämpfungsrhetorik des ehemaligen Regierungsmitglieds auf.

Von Anfang an verstand sich die PiS als die Stimme derjenigen, die mit dem Verlauf der polnischen Transformation unzufrieden waren. Der Partei war bewusst, dass sie mit der SLD um die Unterstützung der unzufriedenen Gesellschaftsgruppen

konkurrieren musste. Gute Umfrageergebnisse der Sozialdemokraten interpretierten die Nationalkonservativen als ein Zeichen der Enttäuschung der Polen über die Dritte Republik, der „Erschöpfung des Glaubens der Gesellschaft an die Möglichkeiten des Systems, das in Polen nach 1989 entstand“[753]. Ähnlich wie die SLD setzte die Gruppierung der Brüder Kaczyński ihren Fokus auf die sozialen Probleme der polnischen Gesellschaft. Deren Ursprung sah die Partei in einer „Politik der Nichtunterscheidung des Guten von dem Bösen“[754], die sich unter anderem im Text der polnischen Verfassung aus dem Jahre 1997 widerspiegele. Eine Lösung der Probleme sei erst dann möglich, argumentierten die Politiker der PiS, wenn die moralischen Unklarheiten der Dritten Republik durch eine Politik der klaren Dichotomie ersetzt würden: „Man kann nicht, trotz der Anstrengungen der Betrüger, die Traditionen der Volksrepublik und der Solidarność zusammenschweißen, katholische Seelsorger und für die Atheisierung verantwortliche Beamten, das Christentum und den moralischen Nihilismus in eine Reihe stellen“[755].

Auch die außenpolitischen Überlegungen der PiS sind von einer nationalistischen Weltanschauung, die im innenpolitischen Teil des Programms erkennbar ist, geprägt. Die Anzahl der Aussagen zur Außenpolitik ist gering (49). Die quantitative Analyse liefert trotzdessen Ergebnisse, die mit der qualitativen Untersuchung übereinstimmen. Die realistischen quasi-Sentences dominieren im Text, was auch der Wert des P-Indexes von **63,26** ausdrückt (deutlich rechts bzw. realistisch).

Die wichtigste Aufgabe der Diplomatie war aus Sicht der PiS die Stärkung der Position Polens in Europa. Die polnische Nation sei groß, habe aber eine Randposition auf dem Kontinent. Um das zu überwinden, solle sich die polnische Außenpolitik weniger auf den Prozess der europäischen Integration und mehr auf die Beziehungen mit den Nachbarn aus Mittel- und Osteuropa konzentrieren. Strategische Interessen der Ukraine, der Slowakei, Ungarns und Litauens sollen von Polen berücksichtigt werden.

[753] *Program Prawa i Sprawiedliwości*, Warszawa, August 2001 [in:] I. Słodkowska (Hrsg.), *Wybory 2001. Partie i ich programy*, Warszawa 2002, ISP PAN, S. 90.
[754] *Ebd.*, S. 91.
[755] *Ebd.*

Aus dem Text kann nur geschlossen werden, dass die „Recht und Gerechtigkeit“ mit den vier oben genannten Nachbarn besonders gute Beziehungen aufbauen wollte.

Oberste Priorität in der polnischen Außenpolitik solle für die PiS die Mitgliedschaft in der NATO und die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten einnehmen. Damit ist auch die Forderung nach der Modernisierung der polnischen Armee verbunden. Die Stärke der Streitkräfte sei für die „Recht und Gerechtigkeit“ einer der wichtigsten Faktoren, welche die Stellung Polens im System der Internationalen Beziehungen bestimmten. Ohne den Ausbau der Armee könne Polen keine führende Rolle in der Region einnehmen, so die PiS. Die Aussagen zu den Streitkräften bestätigen die Vermutung eines realistischen Profils des Dokuments.

Zu den Problemen der europäischen Integration bezog die PiS eine kritischere Stellung als zur Zusammenarbeit innerhalb der NATO und zu den Beziehungen mit den Vereinigten Staaten. Der EU-Beitritt Polens wurde erst als zweitwichtigster Aspekt der polnischen Außenpolitik genannt. Die Teilnahme Polens am Prozess der Erweiterung bezeichnete die „Recht und Gerechtigkeit“ als das „kontroverseste“ Ziel der polnischen Außenpolitik[756]. Die polnische Diplomatie lege zu viel Wert auf das Datum des Beitritts, argumentierte die PiS, während zu wenig auf die Qualität der Mitgliedschaft geachtet werde. Hohe Qualität wird in diesem Fall mit der Stärkung der nationalen Interessen und mit dem Erhalt des Nationalstaats assoziiert. Daraus ist abzuleiten, dass sich die PiS mit der Idee eines Europas der Nationen identifizierte. Im Dokument sind generell, von den bereits erwähnten Ausführungen abgesehen, wenige Informationen darüber zu finden, wie die Partei der Brüder Kaczyński sich die Zukunft des Integrationsprozesses vorstellte.

Im Programm aus dem Jahre 2001 präsentierte die „Recht und Gerechtigkeit“ ihr Projekt der „Wiedergewinnung des Staates“ (odzyskanie państwa)[757]. Der Feind, aus dessen Händen Polen befreit werden sollte, waren die post-kommunistischen oligarchischen Strukturen. Diese stützten sich, laut der PiS, auf Seilschaften und nepotistischen Mechanismen, die zur Reproduktion der Eliten der Volksrepublik in mehreren Bereichen des gesellschaftlichen Lebens führten, insbesondere in der

[756] *Ebd.*, S. 94.
[757] *Ebd.*, S. 92.

Wirtschaft und der Staatsverwaltung. Diplomatie zählte auch zu den Sphären, auf welche die Altkommunisten aus der Sicht der PiS immer noch zu viel Einfluss hätten. Dies solle verändert werden. Verantwortung für die polnische Außenpolitik sollen „kompetente Leute, die [die] Prinzipien [dieser Außenpolitik] verstehen und akzeptieren", übernehmen[758]. Mit diesen Worten kündigten die Kaczyński Brüder wesentliche Veränderungen in der Personalstruktur der polnischen Diplomatie an, die nach der Machtübernahme im Jahre 2005 von ihnen vorgenommen wurden.

Nummer	Rechte Unterkategorien	Anzahl	Anteil
R1	EU: negativ	2	4,08%
R2	Stärkung der Position des Staates, nationale Interessen	10	20,41%
R3	Wirtschaft: positiv	2	4,08%
R4	Äußere Sicherheit	1	2,04%
R5	Armee: positiv	4	8,16%
R6	Landwirtschaft: positiv	0	0,00%
R7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: positiv	8	16,33%
R8	Traditionelle Moral: positiv	0	0,00%
R9	Besondere Bedeutung der bilateralen Beziehungen	1	2,04%
R10	NATO, Atlantismus	4	8,16%
R11	Verwaltungseffizienz, Recht und Ordnung	8	16,33%
R12	Konflikt, Konfrontation, Wettbewerb	0	0,00%
Summe		40	81,63%

Tabelle 42. Rechte außenpolitisch relevante Aussagen im Wahlprogramm der PiS aus dem Jahre 2001. Eigene Darstellung.

[758] *Ebd.*, S. 104.

Nummer	Linke Unterkategorien	Anzahl	Anteil
L1	EU: positiv	1	2,04%
L2	Lösung der globalen Probleme der Menschheit	0	0,00%
L3	Sozialstaat: positiv, Entwicklungshilfe	0	0,00%
L4	Das Bild des Staates, soft power	0	0,00%
L5	Armee: negativ	0	0,00%
L6	Umweltschutz, Probleme der Frauen (Neue Politik)	0	0,00%
L7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: negativ	0	0,00%
L8	Traditionelle Moral: negativ	0	0,00%
L9	Multilateralismus, Frieden, internationale Zusammenarbeit	5	10,20%
L10	Versöhnung, Überwindung von Vorurteilen	0	0,00%
L11	Demokratie, neutraler Staat, Menschenrechte	1	2,04%
L12	Kompromiss, soziale Harmonie, transparente Politik, Partizipation der Gesellschaft	2	4,08%
Summe		9	18,37%

Tabelle 43. Linke außenpolitisch relevante Aussagen im Wahlprogramm der PiS aus dem Jahre 2001. Eigene Darstellung.

5.2.2 Europa der solidarischen Nationen – das Programm der Europapolitik der PiS (2004)

Für die Europawahl 2004 bereitete die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ ein umfangreiches Parteidokument mit dem Titel *Europa der solidarischen Nationen* (Europa solidarnych narodów) vor. Im Text des Programms ist das rechte Profil der PiS eindeutig erkennbar. Am häufigsten finden sich Aussagen der Unterkategorie R2 („Stärkung der Position des Staates, nationale Interessen). Als eine solche muss auch die Forderung der Entwicklung eines Europas der solidarischen Nationen anerkannt werden, die an mehreren Stellen des Manifests genannt wird. Obwohl der Begriff „solidarisch“

eher mit der Sprache der Linken assoziiert und von der PiS als Intensivierung des Geldtransfers innerhalb der EU verstanden wird, wird das erwähnte Projekt der Kategorie der rechten Konzepte zugeordnet. Entscheidend für eine solche Klassifizierung ist die ausschließlich durch nationale Interessen motivierte Richtung der Umverteilung.

Der Geldtransfer findet in diesem Falle nicht zwischen den wohlhabenden und sozialbedürftigen Individuen statt. Die Geber und die Empfänger sind im Sinne des Vorschlags von „Recht und Gerechtigkeit" die Staaten. Die kollektiven, durch administrative Grenzen und, wie man aus dem Programm erfährt, durch nationale Zugehörigkeit definierten Akteure treten damit an die Stelle der Menschen. Die Linken postulieren zwar auch die Intensivierung der sozialen Transfers in schwächere Regionen, liefern dafür jedoch idealistische, allgemeingültige Argumente. Im Fall des Programms der PiS wird die scheinbar universelle Gültigkeit der Begründung des Plädoyers für ein solidarisches Europa durch die wiederholte Betonung, dass den neuen Mitgliedstaaten aus Mittel- und Osteuropa finanzielle Hilfe zur Verfügung gestellt werden solle, infrage gestellt. Die weniger entwickelten Gebiete in anderen Teilen der EU oder außerhalb ihrer Grenzen (z. B. Entwicklungsländer) werden entweder nicht berücksichtigt, oder es wird gegen ihre Unterstützung argumentiert (z. B. Kritik an der besonderen Stellung der neuen Bundesländer)[759].

Die nationalen Interessen Polens sollen durch die sogenannte „aktive Politik" (polityka czynna) verwirklicht werden[760]. Sie wird als Gegensatz zur „passiven" Außenpolitik der SLD verstanden. Die neue, von der PiS postulierte „aktive Politik" könne erst nach dem Wiedergewinn der „inneren Souveränität" (wewnętrzna suwerenność) zustande kommen[761]. Der Staat sei laut PiS nicht zur Verteidigung der nationalen Interessen fähig, da er von der „Partei der weißen Fahne und [den] Lobbygruppen, die den äußeren Interessen dienen, welche im Widerspruch zur

[759] *„Europa solidarnych narodów" – Program polityki europejskiej Prawa i Sprawiedliwości* [in:] I. Słodkowska, M. Dołbakowska (Hrsg.), *Eurowybory 2004. Kandydaci i programy*, ISP PAN Warszawa 2005, S. 127, 139.
[760] *Ebd.*, S. 120; K. Marcinkiewicz, *Interview mit Kazimierz Michał Ujazdowski (ehem. PiS)*; *Program Prawa i Sprawiedliwości*, Warszawa, August 2001 [in:] I. Słodkowska (Hrsg.), *Wybory 2001. Partie i ich programy*, Warszawa 2002, ISP PAN, S. 92.
[761] *„Europa solidarnych narodów" – Program polityki europejskiej Prawa i Sprawiedliwości* [in:] I. Słodkowska, M. Dołbakowska (Hrsg.), *Eurowybory 2004. Kandydaci i programy*, ISP PAN Warszawa 2005, S. 120.

polnischen Staatsräson“ stehen, beeinflusst werde[762]. Daraus ist zu schließen, dass die Aussagen der Partei der Brüder Kaczyński neben nationalen Interessen ferner durch die verschwörungstheoretischen Elemente belastet waren. Das daraus resultierende Misstrauen gab den Überlegungen der PiS über die Stärkung der Position des Staates einen anderen Charakter als den Aussagen der SLD, die dieser Unterkategorie zugeordnet wurden.

Das Programm von „Recht und Gerechtigkeit“ wird durch die kritische Einstellung zur EU geprägt. Es ruft Polen zur Ablehnung der „Fehler der Euroenthusiasten“ auf[763]. Unter diesem Begriff wird die Unterstützung für das föderale Modell der europäischen Integration verstanden. Die PiS spricht sich eindeutig für das Konzept eines Europas der Nationen aus. Diese Vision sei durch das „sogenannte Projekt der Verfassung für Europa“ bedroht[764]. Das Projekt des Konvents sei für die „Recht und Gerechtigkeit“ inakzeptabel, insbesondere aufgrund (1) der Abschaffung des Nizza-Abstimmungssystems im Rat der EU und (2) der Nichterwähnung des Christentums in der Präambel des Vertrags. Weitere Kritikpunkte bezogen sich auf (3) das Prinzip des Vorrangs der EU-Verfassung im Falle eines Normenkonflikts mit einer nationalen Verfassung, (4) Einschränkung der Anzahl der Politikfelder, auf denen die Entscheidungen im Rat einstimmig getroffen werden müssen, (5) die Koordination der Außenpolitik, (6) die Beziehungen mit der NATO, (7) die Koordination der Wirtschaftspolitik sowie (8) die Stärkung der Regionen[765]. Auf der Liste der unerwünschten Punkte der Verfassung für Europa berücksichtigte die PiS, neben den oben erwähnten Themen, auch die bereits diskutierte Sonderstellung der neuen Bundesländer.

Die polnischen Nationalkonservativen beschränken sich jedoch nicht allein auf die Kritik. Sie schlagen ferner eine „positive Vision des Modells der Beziehungen zwischen den einzelnen Institutionen der Europäischen Union“ vor[766]. Die zentrale Idee dieses Konzepts kann kurz als die Stärkung der Position der Nationalstaaten beschrieben

[762] *Ebd.*
[763] *Ebd.*
[764] *Ebd.*, S. 126.
[765] *Ebd*, S. 120-139.
[766] *Ebd.*, S. 122.

werden. Die nationalen Parlamente und Regierungen seien die einzigen Organe, die über eine demokratische Legitimation verfügen. Den Ausbau ihrer Rolle versteht die Partei als Verwirklichung der Annäherung zwischen der Union und den Bürgern.

Aus dem grundlegenden Konzept der Bevorzugung der Nationalstaaten wird die Unterstützung für den Europäischen Rat und den Rat der EU abgeleitet. Die Stärkung der Kompetenzen intergouvernementaler Gremien werde über die Entwicklung der Union in Richtung der Gemeinschaft der souveränen Staaten entscheiden. Die Institutionen, deren Zusammensetzung in der europaweiten Abstimmung bestimmt wird, wären somit geschwächt. Das Europäische Parlament, das davon am meisten betroffen wäre, solle sich laut PiS auf die Kontrolle der Kommission konzentrieren. Die Anzahl der Abgeordneten müsse reduziert werden. Die Kompetenzen des Europaparlaments dürften nicht auf die Aufgaben, die bisher von den nationalen Parlamenten erfüllt worden seien, ausgeweitet werden.

Die Einstellung der „Recht und Gerechtigkeit" zum dritten Gremium des institutionellen Dreiecks der EU, zur Europäischen Kommission, sei ambivalent. Ihre Effizienz werde für das Funktionieren der Union als wichtig betrachtet. Sie solle sich jedoch nicht „im politischen Zentrum" befinden[767]. Die Kommission dürfe nicht mit dem Rat gleichgesetzt werden, da dies zur Lähmung der Entscheidungsprozesse führen würde[768]. Die Kompetenzen der Kommission sollen nicht erweitert werden. Stattdessen müsse das Funktionieren dieses Gremiums verbessert werden. Die PiS wolle die Position des Vorsitzenden der Kommission im Verhältnis zu den einzelnen Kommissaren stärken[769]. Es kann vermutet werden, dass diese Lösung zur Einschränkung des Einflusses der Vertreter der größten Mitgliedstaaten führen würde. Dabei ist noch zu erwähnen, dass die PiS den Erhalt des Prinzips, das jedem Mitgliedsstaat das Recht, einen EU-Kommissar zu ernennen, verleiht, bevorzugt.

An mehreren Stellen im Dokument werden wirtschaftliche und die finanzielle Aspekte der Integration erwähnt. Ähnlich wie die Strukturpolitik werden auch andere Bereiche der Wirtschaftspolitik der Perspektive der nationalen Interessen untergeordnet.

[767] *Ebd.*, S. 125.
[768] *Ebd.*
[769] *Ebd*, S. 125-126.

Die Partei der Gebrüder Kaczyński formuliert ihre Vorschläge in einer Sprache, die sozialstaatsrhetorische und liberale Aussagen vermischt. Die beiden Argumentationslinien werden durch die Fokussierung auf den Nationalstaat untermauert.

Die PiS setzt sich für die Erhöhung des Beitrags der Mitgliedstaaten zum EU-Haushalt auf 1,24% des BIP ein[770]. Zusätzliche Mittel sollen für den Aufbau der Infrastruktur in den östlichen Regionen Polens (Karpatenvorland, Wojewodschaft Lublin[771]), die auch zu den ärmsten Gebieten der Union von 25 Mitgliedstaaten zählten, verwendet werden. Neue Programme der Strukturpolitik, welche die Forschung und Entwicklung unterstützen, seien eine Gefahr für die finanziellen Bedingungen der Mitgliedschaft Polens in der EU. Die PiS positioniert sich in der Debatte über Ausgaben der Gemeinschaft auf der Seite der Kritiker der Reform, zusammen mit Frankreich. Weniger Schnittpunkte sind zwischen der Position der Partei der Brüder Kaczyński und des aus ihrer Sicht wichtigsten politischen Partners Polens in der EU, Großbritannien, erkennbar.

Neben den Forderungen nach mehr quasi-sozialen Leistungen in Form der EU-Hilfe kommen in den wirtschaftlichen Kapiteln des Textes vom Geist des laissez faire geprägte Aussagen vor. Die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ verteidigt die Idee der Systemkonkurrenz in den Bereichen der Steuerpolitik und der sozialen Versicherungen[772]. Ein attraktives Niveau der Lohnnebenkosten in Mittel- und Osteuropa ziehe die Investoren an und sei dadurch für die Staaten dieser Region eine Chance auf Kompensierung der schlechten Infrastruktur und des Kapitalmangels. Die Harmonisierung des Sozial- und Versicherungsrechts in der EU würde hingegen die Konkurrenzfähigkeit der polnischen Wirtschaft verschlechtern. In der Diskussion über Systemkonkurrenz erweist sich die PiS als weniger sozial, als anhand der Aussagen über die Struktur- und Regionalpolitik zu erwarten wäre. Dies bestätigt noch einmal die Richtigkeit der Zuordnung der Forderungen nach den Transferzahlungen zur Kategorie des Realismus. Ein Plädoyer für niedrige Steuern und Konkurrenz kann eindeutig mit

[770] *Ebd.*, S. 128.
[771] *Ebd.*
[772] *Ebd.*, S. 129.

dem rechten, im Sinne der Hayekschen Liberalen, politischen Programm identifiziert werden.

Im Jahr 2004 war die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ noch nicht zur eindeutigen Ablehnung des Beitritts Polens zur Eurozone bereit. Die Partei spricht sich jedoch gegen eine „schnelle Einführung des Euros“ aus[773]. Polen solle dem Beispiel von Schweden folgen und auch ohne opting-out-Klausel im Beitrittsvertrag die Unabhängigkeit in der Währungspolitik behalten. Mit dem Verzicht auf den Złoty müsse bis zu dem Zeitpunkt gewartet werden, an dem die Kosten der monetären Integration „eindeutig niedriger als der eventuelle Nutzen werden“[774]. Als eine Begründung für die Verschiebung der Entscheidung über den Beitritt zur Eurozone zogen die Politiker der PiS einen enigmatischen Satz von Milton Friedman heran, der Polen empfiehlt, die gemeinsame Währung dann einzuführen, wenn es für Polen am günstigsten sei[775]. Der Ratschlag Friedmans ist zwar nicht im Text des Europawahlprogramms der PiS zu finden, er gibt jedoch zutreffend den im Dokument spürbaren Skeptizismus wider.

Die Energiesicherheit, die später zum Grundpfeiler der Außenpolitik der Brüder Kaczyński wurde, wird im Europawahlprogramm 2004 nicht erwähnt. Das Thema zog die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erst nach der „Orangen Revolution“ in der Ukraine Ende 2004 auf sich. Im Frühjahr gab es noch keine Überlegungen über die Erweiterung der Solidaritätsklausel der EU auf Angelegenheiten der Energieversorgung.

Die Sicherheit Europas solle laut PiS auf einer Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten basieren. Polen könne in diesem Kontext die Rolle eines Brückenbauers spielen[776]. (1) Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik dürfe nicht in Konkurrenz zu den USA entwickelt werden. (2) Die Partei der Brüder Kaczyński fürchtet, dass eine solche Richtung von einer Gruppe der Mitgliedstaaten ohne Rücksprache mit den anderen Partnern bestimmt werden könnte. (3) Dies würde zur

[773] *Ebd*, S. 130-131.
[774] *Ebd.*, S. 131.
[775] Vgl. die Aussage des von der PiS vorgeschlagenen Präsidenten der Polnischen Nationalbank (NBP), Sławomir Skrzypek, in: I. Morawski, *Euro w Polsce – nadzieja czy zagrożenie?*, „Rzeczpospolita“, 08.10.2007, http://www.rp.pl/artykul/60874_Euro_w_Polsce___nadzieja_czy_zagrozenie_.html (Stand: 23.03.2009).
[776] *„Europa solidarnych narodów“ – Program polityki europejskiej Prawa i Sprawiedliwości* [in:] I. Słodkowska, M. Dołbakowska (Hrsg.), *Eurowybory 2004. Kandydaci i programy*, ISP PAN Warszawa 2005, S. 131-132.

Entwicklung Europas in verschiedenen Geschwindigkeiten führen. Diese Gefahr müsse verhindert werden. (4) Eine weitere Herausforderung seien die ad hoc gebildeten Koalitionen der Mitgliedstaaten der EU mit den Staaten, die nicht der Gemeinschaft angehören, was ebenfalls inakzeptabel sei[777]. Der letzte Punkt ist eine Reaktion auf die Zusammenarbeit von Frankreich und Deutschland mit Russland während der Irakkrise. Um der Konsequenz willen müsse dann jedoch auch die Beteiligung der einzelnen Mitgliedstaaten an der „Coalition of the Willing" untersagt werden.

Als eine besondere Aufgabe Polens betrachtet die PiS die Ostpolitik. Der wichtigste Partner der EU in dieser Region solle die Ukraine sein[778]. Kiew habe sich eine Chance verdient, eine engere Bindung zur Gemeinschaft aufzubauen. Über den EU-Beitritt der Ukraine wird jedoch noch nicht gesprochen. Die Betonung der besonderen Bedeutung dieses Landes in der Außenpolitik Polens ist nicht durch die Ereignisse der „Orangen Revolution" bedingt, sondern wurde schon drei Jahre früher thematisiert. Dahinter stand ein strategisches Kalkül der PiS, nicht die idealistische Faszination für die gesellschaftliche Mobilisierung gegen autoritäre Tendenzen. Die Demokratieförderung wird jedoch nicht ausgelassen. Sie solle in der Politik der EU gegenüber Weißrussland eine zentrale Rolle spielen. Andere Regionen außerhalb Osteuropas haben, trotz Deklarationen, eine geringe Bedeutung aus Sicht der „Recht und Gerechtigkeit".

Ein separates Kapitel wird den Problemen der Geschichte Polens und der nationalen Identität gewidmet. Die Partei der Brüder Kaczyński lehnt eine Angleichung der europäischen Kulturen ab[779]. Polen müsse auf die Stärkung der nationalen Kultur setzen und sie entsprechend großzügig fördern. Denjenigen, die die Entwicklung einer vierten, kulturellen Säule der EU durchsetzen wollen, werfen die Nationalkonservativen das Missverstehen der Funktionsregel der Union vor[780]. Wie bei der Besprechung der anderen Fragen nutzt die PiS dieselbe Argumentationsweise. Sie stellt sich in der Position des Beschützers des wahren Geistes der Union gegen die ihm angeblich widersprechenden Ideen der Föderalisten.

[777] *Ebd., S.* 131.
[778] *Ebd., S.* 132.
[779] *Ebd., S.* 134.
[780] *Ebd.*

Ein Abschnitt des Textes, der sich auf die „Verteidigung der historischen Wahrheit“ konzentriert, beinhaltet ausschließlich Aussagen, die auf die Interpretation der Geschichte Polens Bezug nehmen. Die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ will die Verdienste Polens im Kampf gegen den Nationalsozialismus und den Kommunismus als Mittel zur Stärkung seiner Position in den Internationalen Beziehungen nutzen. Eine Strategie, welche historische Errungenschaften in außenpolitischen Erfolg übersetzen soll, wird als „historische Politik“ (polityka historyczna) bezeichnet. Innerhalb des Staates würde sie sich auf eine „Verbesserung der Qualität des Geschichtsunterrichtes“ und auf die Gründung neuer Museen richten[781]. In den Beziehungen mit dem Ausland sollen die Ideen der „historischen Politik“ von den polnischen Kulturinstituten verwirklicht werden.

Teil der „historischen Politik“ solle auch der Kampf gegen den deutschen „moralischen und rechtlichen Revisionismus“ sein[782]. Die polnische Regierung müsse laut PiS die Verantwortung für die Verteidigung der „nationalen Ehre“ übernehmen[783]. Passivität in diesem Bereich könne negative „politische und soziale Konsequenzen für Polen“ haben[784]. Welche Rolle die Institutionen der EU bei der Verwirklichung dieser Aufgabe spielen sollen, bleibt unklar. Die PiS will die europäische Öffentlichkeit, vermutlich durch ihre Europaabgeordnete, über die „Tätigkeit [der deutschen Revisionisten], welche die Atmosphäre der europäischen Solidarität verschlechtert“, informieren[785].

Das Kapitel „Europa der solidarischen Nationen“ gibt einen guten Überblick über die europapolitischen Pläne der „Recht und Gerechtigkeit“. Die hohe Anzahl der relevanten Aussagen (244) rechtfertigt die Anwendung der quantitativen Methode. Der ermittelte Wert des P-Indexes beträgt **72,13**. Dies weist auf eine rechte bzw. realistische Ausrichtung des Dokuments hin. Zahlreiche Bemerkungen, die an die Sozialstaatsrhetorik der Linken erinnern, müssen im breiten Kontext des Dokuments gesehen werden. Eine Schlüsselrolle bei ihrer Interpretation spielt ihre Rechtfertigung

[781] *Ebd.*
[782] *Ebd.*, S. 135.
[783] *Ebd.*
[784] *Ebd.*
[785] *Ebd.*

durch die nationalen Interessen des Staates. Aus diesem Grund sind sie letztlich als rechte Aussagen einzuordnen. Die Partei der Brüder Kaczyński bevorzugt die nationale Perspektive vor der europäischen. Sie stellt sich die Europäische Union als eine lose Gemeinschaft der einzelnen Nationalstaaten vor, die in erster Linie den Geldtransfer von West nach Ost koordinieren solle. Ihre Kompetenzen auf dem Gebiet der Sicherheit müsse die EU, so die PiS, mit der NATO vereinbaren. Europa solle ein eindeutig christliches Profil bekommen. Zugleich wird aber für die Nichteinbeziehung der Kultur in die Politik der Gemeinschaft plädiert.

Nummer	Rechte Unterkategorien	Anzahl	Anteil
R1	EU: negativ	15	6,15%
R2	Stärkung der Position des Staates, nationale Interessen	85	34,84%
R3	Wirtschaft: positiv	39	15,98%
R4	Äußere Sicherheit	7	2,87%
R5	Armee: positiv	0	0,00%
R6	Landwirtschaft: positiv	5	2,05%
R7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: positiv	0	0,00%
R8	Traditionelle Moral: positiv	27	11,07%
R9	Besondere Bedeutung der bilateralen Beziehungen	0	0,00%
R10	NATO, Atlantismus	8	3,28%
R11	Verwaltungseffizienz, Recht und Ordnung	20	8,20%
R12	Konflikt, Konfrontation, Wettbewerb	4	1,64%
Summe		210	86,07%

Tabelle 44. Rechte außenpolitisch relevante Aussagen in: *Europa der solidarischen Nationen – das Programm der Europapolitik der PiS* (2004). Eigene Darstellung.

Nummer	Linke Unterkategorien	Anzahl	Anteil
L1	EU: positiv	3	1,23%
L2	Lösung der globalen Probleme der Menschheit	0	0,00%
L3	Sozialstaat: positiv, Entwicklungshilfe	4	1,64%
L4	Das Bild des Staates, soft power	0	0,00%
L5	Armee: negativ	0	0,00%
L6	Umweltschutz, Probleme der Frauen (Neue Politik)	1	0,41%
L7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: negativ	0	0,00%
L8	Traditionelle Moral: negativ	0	0,00%
L9	Multilateralismus, Frieden, internationale Zusammenarbeit	22	9,02%
L10	Versöhnung, Überwindung von Vorurteilen	0	0,00%
L11	Demokratie, neutraler Staat, Menschenrechte	1	0,41%
L12	Kompromiss, soziale Harmonie, transparente Politik, Partizipation der Gesellschaft	3	1,23%
Summe		34	13,93%

Tabelle 45. Linke Aussagen in: *Europa der solidarischen Nationen – das Programm der Europapolitik der PiS* (2004). Eigene Darstellung.

5.2.3 Die außen- und europapolitischen Konzepte der PiS im Spiegel des Dokuments *Katholisches Polen im christlichen Europa* (2005)

Das Dokument *Katholisches Polen im christlichen Europa* (Polska katolicka w chrześcijańskiej Europie) kann als eine Ergänzung zum Europawahlprogramm der PiS aus dem Jahr 2004 betrachtet werden. Der Inhalt bezieht sich jedoch nicht nur auf die Probleme der europäischen Integration. Mehrere Abschnitte sind der Innenpolitik gewidmet. Die Veröffentlichung umfasst Anfragen, Diskussionsbeiträge und Anträge der PiS und ihrer einzelnen Abgeordneten, die vier Jahre der Arbeit der Nationalkonservativen in der Opposition illustrieren. Der Schwerpunkt der Broschüre

wird auf moralische Fragen gelegt. Die Aussagen, welche die Verteidigung der traditionellen Moral ausdrücken, bilden die am häufigsten im Text festzustellende Gruppe. Zur Unterkategorie R8 zählen 71,74% aller aus Sicht der Europapolitik relevanten quasi-Sentences.

Zu ihren wichtigsten Errungenschaften in der Opposition zählt die Partei der Brüder Kaczyński die Verabschiedung des von ihr vorgeschlagenen Beschlusses durch den Sejm, der die Unantastbarkeit der polnischen Gesetzgebung im Bereich „Lebensschutz" (verstanden als Abtreibungsverbot) der Familie und der Erziehung vorsieht[786]. Im Dokument wird ferner erneut die Erwähnung des Christentums in der Verfassung für Europa gefordert[787]. Die PiS argumentiert, dass die christliche Ethik die Würde des Menschen in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stelle. Dies ermögliche den Schutz der schwächsten Mitglieder der Gesellschaft. Eine Nichterwähnung der christlichen Wurzeln Europas würde aus Sicht der Nationalkonservativen die zentrale Stellung der Menschenwürde, die daraus entstamme, infrage stellen. Ohne das Christentum wäre eine Wiedervereinigung des Kontinents nach fünfundvierzig Jahren des Kalten Krieges unmöglich gewesen. Der Verzicht auf das Christentum in der Verfassung käme einer Geringschätzung seiner historischen Rolle gleich[788].

Die Grenzen des auf den christlichen Werten gestützten Europas sollen laut PiS auch durch das Christentum bestimmt werden. Die Zugehörigkeit zum christlichen Kulturkreis solle ein entscheidendes Kriterium der Mitgliedschaft sein. Der EU-Beitritt der Türkei wird zwar nicht eindeutig abgelehnt, die Partei signalisiert aber ihre kritische Haltung zu dieser Idee. Statt einem Beitritt der Türkei wird die Aufnahme der Ukraine in die Gemeinschaft bevorzugt[789]. Über die Zugehörigkeit zu Europa könne nicht „irgendein arbiträrer politischer Beschluss" entscheiden. Nur kulturelle Kriterien sollen Berücksichtigung finden, da Europa ein „historisch definiertes Gebiet" sei. Über den

[786] *Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 11 kwietnia 2003 r. w sprawie suwerenności polskiego prawodawstwa w dziedzinie moralności i kultury*, Sejm RP, 11.04.2003, http://orka.sejm.gov.pl/proc4.nsf/uchwaly/1172_u.htm (Stand: 09.01.2010).
[787] *Polska katolicka w chrześcijańskiej Europie*, PiS, Warszawa 2005, S. 41.
[788] *Ebd.*
[789] *Ebd.*

europäischen Charakter eines gegebenen Landes entscheide nicht das Niveau seiner wirtschaftlichen Entwicklung[790].

Anstelle der christlichen Werte sei von der Europäischen Union keine konstruktive Alternative vorgeschlagen worden. Der Zivilisation des Abendlandes fehle die Identität. Alle Vorschläge der liberalen Kräfte seien Ausdruck einer Ideologie der Menschenrechte, die aus Forderungen bestehe[791]. Weiter wird präzisiert, was die PiS darunter versteht, nämlich die Unterstützung der Gleichberechtigung der Homosexualität, die in eine Reihe mit den „Entartungen, moralischen Pathologien oder sogar Verbrechen" gestellt wird[792]. Andere „negative" Erscheinungen, die neben der Homosexualität erwähnt werden, sind Abtreibung, uneingeschränkte Stammzellenforschung und Verhütung.

Der Kampf der Nationalkonservativen gegen Abtreibung und Verhütung hatte auch internationale Auswirkungen. Die Abgeordneten der PiS stimmten gegen den Beschluss des Europäischen Parlaments zum Internationalen AIDS-Tag[793]. Die Partei „Recht und Gerechtigkeit" setzte sich gegen eine Finanzierung der Projekte von IPPF[794] und UNFPA[795] mit polnischen Mitteln ein. Als positives Beispiel hingegen wurden die Vereinigten Staaten unter George W. Bush genannt. Die PiS plädierte für die Ausweitung des Verteidigungsbündnisses mit den USA auch auf moralische Aspekte[796].

Die Nationalkonservativen riefen zum Kampf für den Erhalt der Souveränität Polens im Rahmen der EU auf. Die Souveränität beziehe sich nicht nur auf realistische Aspekte der Politik, sondern werde in diesem Kontext auch als Unabhängigkeit der polnischen Gesetzgebung in den Bereichen von Familie bzw. Abtreibung von den Bestimmungen der Europäischen Union verstanden. Es könne deshalb von moralischer Souveränität gesprochen werden[797]. Eines der Instrumente dieses Kampfes sei eine schon erwähnte Sejm-Deklaration. Irland, ein anderer stark von der katholischen Sittenlehre

[790] *Ebd.*
[791] *Ebd.*, S. 42.
[792] *Ebd.*
[793] *Ebd.*, S. 44.
[794] IPPF: International Planned Parenthood Federation.
[795] UNFPA: United Nations Population Fund.
[796] *Polska katolicka w chrześcijańskiej Europie*, PiS, Warszawa 2005, S. 43.
[797] *Ebd., S.* 46.

beeinflusster Staat Europas, solle beispielsweise Polens Vorbild sein[798]. Die Gefahr, dass sich die EU in Angelegenheiten der Moral einmische, sei größer, als man sich vorstelle, warnen die Nationalkonservativen. Die These, dass dies nicht möglich sei, wird von der Partei der Kaczyński Brüder als „ein von den Euroenthusiasten lancierter Mythos" bezeichnet[799].

Als ihre wichtigste Aufgabe definieren die Abgeordneten der PiS die „Verteidigung des polnischen nationalen Interesses und der christlichen Identität des Kontinents". Im Programmdokument *Katholisches Polen im christlichen Europa* fokussieren sie sich auf den zweiten Aspekt. Die PiS präsentiert sich als eine Partei, die nicht nur in den harten Kategorien des klassischen politischen Realismus denken kann, sondern auch für die traditionelle Moral kämpft. Die „Recht und Gerechtigkeit" fordert, dass sich konservative Antworten in ethischen Problemen der Moderne in der Innen- und in der Außenpolitik des Staates widerspiegeln. Die Interpretation des Begriffs der Souveränität zugunsten des traditionellen Wertesystems ist ein Beispiel für die Synthese der rechten innenpolitischen Themen mit den realpolitischen außenpolitischen Inhalten. Beide werden im Dokument der PiS zu einem. Dies bestätigt die Richtigkeit der im Kategorienschema postulierten gemeinsamen Betrachtung der rechten und der realistischen Aussagen. Mit dem Wert des P-Indexes gleich **82,60** zählt das Dokument *Katholisches Polen im christlichen Europa* zu den Texten, die ideologisch eindeutig dem rechten Spektrum angehören.

[798] *Ebd., S.* 46.
[799] *Ebd., S.* 47.

Nummer	Rechte Unterkategorien	Anzahl	Anteil
R1	EU: negativ	2	1,45%
R2	Stärkung der Position des Staates, nationale Interessen	12	8,70%
R3	Wirtschaft: positiv	0	0,00%
R4	Äußere Sicherheit	1	0,72%
R5	Armee: positiv	0	0,00%
R6	Landwirtschaft: positiv	0	0,00%
R7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: positiv	5	3,62%
R8	Traditionelle Moral: positiv	99	71,74%
R9	Besondere Bedeutung der bilateralen Beziehungen	0	0,00%
R10	NATO, Atlantismus	6	4,35%
R11	Verwaltungseffizienz, Recht und Ordnung	1	0,72%
R12	Konflikt, Konfrontation, Wettbewerb	0	0,00%
Summe		126	91,30%

Tabelle 46. Rechte außenpolitisch relevante Aussagen in: *Katholisches Polen im christlichen Europa* (2005). Eigene Darstellung.

Nummer	Linke Unterkategorien	Anzahl	Anteil
L1	EU: positiv	2	1,45%
L2	Lösung der globalen Probleme der Menschheit	3	2,17%
L3	Sozialstaat: positiv, Entwicklungshilfe	6	4,35%
L4	Das Bild des Staates, soft power	0	0,00%
L5	Armee: negativ	0	0,00%
L6	Umweltschutz, Probleme der Frauen (Neue Politik)	0	0,00%
L7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: negativ	0	0,00%
L8	Traditionelle Moral: negativ	0	0,00%
L9	Multilateralismus, Frieden, internationale Zusammenarbeit	1	0,72%
L10	Versöhnung, Überwindung von Vorurteilen	0	0,00%
L11	Demokratie, neutraler Staat, Menschenrechte	0	0,00%
L12	Kompromiss, soziale Harmonie, transparente Politik, Partizipation der Gesellschaft	0	0,00%
Summe		12	8,70%

Tabelle 47. Linke außenpolitisch relevante Aussagen in: *Katholisches Polen im christlichen Europa* (2005). Eigene Darstellung.

5.2.4 Die außen- und europapolitischen Aspekte des Wahlprogramms der PiS aus dem Jahre 2005

Das Wahlprogramm der PiS aus dem Jahre 2005 bietet einen guten Überblick über die außenpolitischen Konzepte der Nationalkonservativen. Die wichtigste Priorität der polnischen Außenpolitik waren die transatlantischen Beziehungen. Wie in anderen Programmdokumenten der „Recht und Gerechtigkeit“ ist auch hier die Teilnahme an den Prozessen der europäischen Integration zweitrangig. Ein Titel des Abschnitts, welcher der EU gewidmetist, *Europa ist eine Herausforderung* (Europa jest wyzwaniem), spiegelt die Ambivalenz der Europapolitik der „Recht und Gerechtigkeit“ wider. Das

Projekt der Europäischen Verfassung sei für Polen ungünstig gewesen. Seine Ablehnung werde deshalb von der PiS begrüßt[800]. Neben diesen euroskeptischen Bemerkungen sind im Text Deklarationen der Treue gegenüber den Ideen der Gründungsväter zu finden. Die Maske der Verteidiger des „wahren Geistes der Union" wird für die Kritik an der Intensivierung der Integration genutzt.

Die Probleme der Moral, der Tradition und der Geschichte werden an mehreren Stellen erörtert. Das Dokument ist jedoch eindeutig von der sicherheitspolitischen Diskussion dominiert. „Hard power" wird zum Schwerpunkt des Textes. Sowohl die Beziehungen mit den Vereinigten Staaten als auch die Ostpolitik sollen laut PiS den Imperativen der Verteidigungspolitik und des nationalen Interesses Polens untergeordnet werden. Im Programm aus dem Jahr 2005 wird zum ersten Mal die Bedeutung der Energiesicherheit betont[801]. Der Forderung nach solidarischer Energiepolitik wird ein hoher Stellenwert auf der Prioritätenliste der nationalkonservativen Europapolitik eingeräumt.

Die Überlegungen zu den wirtschaftlichen Aspekten der Integration bringen wenig Neues. Die PiS erwartet von der EU eine intensive Förderung der ärmsten polnischen Regionen. Innovativ sind die Vorschläge zu den Umverteilungsmechanismen, welche die Höhe der Transfers von der Entfernung von den europäischen Zentren beziehungsweise von den Außengrenzen der Union abhängig machen würden. Die „Recht und Gerechtigkeit" spricht sich ferner wieder gegen eine Harmonisierung der Steuern und der Integration der sozialen Systeme aus[802]. Die Konkurrenz zwischen den einzelnen nationalen Regulationsregimen sei, wie schon in den früheren Programmdokumenten festgestellt, eine Art der Ausgleichszahlung, die den Kapitalmangel und die Schwäche der osteuropäischen Infrastruktur kompensieren würde. Die Hervorhebung des Nationalstaats beeinflusst die Einstellung der PiS zu den Regionen. Ihre Kompetenzen sollen nicht ausgebaut werden. Die Stärkung der Provinzen wird, ähnlich wie der Ausbau der supranationalen Mechanismen, als eine Gefahr empfunden und aus diesem Grunde abgelehnt.

---

[800] *IV Rzeczpospolita. Sprawiedliwość dla wszystkich*, Warszawa 2005, S. 41.
[801] *Ebd., S.* 39.
[802] *Ebd., S.* 45.

In der Struktur der gemeinsamen europäischen Institutionen sollen der Europäische Rat und der Rat der Europäischen Union eine Schlüsselrolle spielen. Eine starke Position beider Gremien werde die Entwicklung eines Europas der Nationen ermöglichen[803]. Auch die Vorschläge der Nationalkonservativen bezüglich des Aufbaus der Organisationsstrukturen der Integration sind nicht neu. Das Programm aus dem Jahre 2005 wiederholt lediglich früher formulierte Thesen.

Eine besondere Rolle in der polnischen Außenpolitik sollen, so die PiS, die Beziehungen mit den Staaten Osteuropas spielen. Sie sollen sowohl von Polen selbst als auch im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt werden. Der wichtigste Partner in der Region sei die Ukraine. Ihre Zusammenarbeit mit der EU und der NATO müsse ausgebaut und weiterentwickelt werden[804]. Zu den Standardelementen aller Programme der polnischen Ostpolitik zählt nun auch die von der PiS geforderte Unterstützung der weißrussischen demokratischen Bewegung. Unter den Aussagen, die sich auf die Zusammenarbeit mit Russland beziehen, ist neben den Deklarationen des guten Willens auch die Forderung nach der Anerkennung Polens als einen gleichwertigen Partner Russlands zu finden.

Die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ hebt in ihrem Parteiprogramm die Beziehungen mit den Staaten der Visegrad-Gruppe und mit Litauen hervor[805]. Auch die Ostsee-Zusammenarbeit hat Priorität[806]. Das Weimarer Dreieck wird nicht erwähnt. Im Dokument wird keine Bemerkung zur Partnerschaft mit Berlin gemacht. Die Bundesrepublik Deutschland wird nur im Kontext der Ostsee-Pipeline erwähnt, und zwar als negativer Charakter des politischen Dramas[807]. Die Betonung der Bedeutung Ostmitteleuropas in der polnischen Außenpolitik bei der gleichzeitigen Ausblendung der Kooperation mit den einzelnen Partnern aus dem Westen des Kontinents ist ein Signal dafür, dass der Schwerpunkt auf dem regionalen Engagement liegt. Diese im Programm angedeutete Tendenz spiegelte sich tatsächlich später in der polnischen Außenpolitik wider.

---

[803] *Ebd., S.* 44.
[804] *Ebd., S.* 46.
[805] *Ebd., S.* 48.
[806] *Ebd.*
[807] *Ebd., S.* 49.

Der Text hat eine klar rechte Ausrichtung. Aussagen, die mit der klassischen Realpolitik assoziiert werden, sind häufig. „Weiche“ Elemente der konservativen Ideologie finden sich seltener. In dieser Gruppe dominieren nationale Töne. Der christliche Traditionalismus spielt eine weniger exponierte Rolle. Die idealistischen Aussagen beziehen sich meist auf die internationale Zusammenarbeit. Ihre Konzentration auf die Staaten Ostmitteleuropas entspricht jedoch den in der Sprache der Realpolitik definierten polnischen nationalen Interessen. Der Wert des P-Indexes von **52,72** bestätigt den rechten Charakter des Wahlprogramms der PiS aus dem Jahre 2005.

Nummer	Rechte Unterkategorien	Anzahl	Anteil
R1	EU: negativ	13	5,91%
R2	Stärkung der Position des Staates, nationale Interessen	46	20,91%
R3	Wirtschaft: positiv	19	8,64%
R4	Äußere Sicherheit	23	10,45%
R5	Armee: positiv	5	2,27%
R6	Landwirtschaft: positiv	3	1,36%
R7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: positiv	11	5,00%
R8	Traditionelle Moral: positiv	6	2,73%
R9	Besondere Bedeutung der bilateralen Beziehungen	1	0,45%
R10	NATO, Atlantismus	31	14,09%
R11	Verwaltungseffizienz, Recht und Ordnung	10	4,55%
R12	Konflikt, Konfrontation, Wettbewerb	0	0,00%
Summe		168	76,36%

Tabelle 48. Rechte außenpolitisch relevante Aussagen im Wahlprogramm der PiS aus dem Jahre 2005. Eigene Darstellung.

Nummer	Linke Unterkategorien	Anzahl	Anteil
L1	EU: positiv	5	2,27%
L2	Lösung der globalen Probleme der Menschheit	2	0,91%
L3	Sozialstaat: positiv, Entwicklungshilfe	1	0,45%
L4	Das Bild des Staates, soft power	1	0,45%
L5	Armee: negativ	0	0,00%
L6	Umweltschutz, Probleme der Frauen (Neue Politik)	0	0,00%
L7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: negativ	0	0,00%
L8	Traditionelle Moral: negativ	0	0,00%
L9	Multilateralismus, Frieden, internationale Zusammenarbeit	38	17,27%
L10	Versöhnung, Überwindung von Vorurteilen	0	0,00%
L11	Demokratie, neutraler Staat, Menschenrechte	3	1,36%
L12	Kompromiss, soziale Harmonie, transparente Politik, Partizipation der Gesellschaft	2	0,91%
Summe		52	23,64%

Tabelle 49. Linke außenpolitisch relevante Aussagen im Wahlprogramm der PiS aus dem Jahre 2005. Eigene Darstellung.

5.2.5 Die außen- und europapolitischen Aspekte des Wahlprogrammes der PiS aus dem Jahre 2007

Nach zwei Jahren an der Macht stellte die PiS im Jahr 2007 den polnischen Wählern ihr neues Programm vor. Die Europäische Union wird an mehreren Stellen des Dokuments erwähnt, was eine fortschreitende Verflechtung der Europa- und der Innenpolitik implizieren kann. Relevant für die Untersuchung der Parteipräferenzen sind in erster Linie Abschnitte, die sich konkret mit der von der „Recht und Gerechtigkeit“ bevorzugten Vision der polnischen Außen- und Europapolitik befassen. Eine quantitative

Analyse dieser Teile des Textes liefert Ergebnisse, die auf ihre rechte Ausrichtung hindeuten (P=**69,76**).

Polnische Außenpolitik solle sich laut PiS auf drei Säulen stützen: Sicherheit, Solidarität und Entwicklung. Das erste Ziel, die Stärkung der äußeren Sicherheit Polens, werde in Kooperation mit den Vereinigten Staaten und innerhalb der Strukturen der NATO erreicht[808]. Die Teilnahme der polnischen Soldaten an den Kriegen in Afghanistan und im Irak wird als ein Faktor bezeichnet, der zur Verbesserung der Position des Staates beitrage. Die Stärkung der NATO müsse parallel zur Entwicklung der europäischen Verteidigungspolitik erfolgen. Die „Recht und Gerechtigkeit" will folglich auf keinen Bestandteil der euro-atlantischen Sicherheitsarchitektur verzichten. Zu den wichtigen Aspekten der Sicherheitspolitik zählen auch eine Diversifizierung der Gaslieferungen und eine Vorbeugung der energetischen Erpressung[809].

Im Abschnitt, welcher der Sicherheitspolitik gewidmet ist, erwähnen die Autoren des Textes die Gefahr des Revisionismus[810]. Sie dehnen somit die Diskussion über die Verteidigung auf die Probleme der Geschichte aus. Eine Konsequenz dieser Entscheidung ist eine aggressive, militärische Sprache, mit welcher die Außenpolitik beschrieben wird. Zunächst fällt dieser Vorgehensweise die deutsch-polnische Annäherung zum Opfer. Die revisionistische Gefahr sei aus Sicht der PiS so immens, dass über den Sinn der „mehrjährigen Politik der Versöhnung und der guten Nachbarschaft" nachgedacht werden müsse[811].

Die Solidarität als zweite Säule solle einen Leitgedanken der polnischen Politik innerhalb der Europäischen Union darstellen. Die PiS bleibt der Terminologie treu, die in der Niederschrift *Europa der solidarischen Nationen* im Jahr 2004 eingeführt wurde. Im neuen Dokument ist jedoch eine härtere, stärker vom politischen Realismus geprägte Sprache zu erkennen. Die Partei der Brüder Kaczyński gibt offen zu, dass sie sich vor der Dominanz der „stärksten, der bevölkerungsreichsten und der ökonomisch mächtigsten" Staaten innerhalb der Gemeinschaft fürchte[812]. Dies könne nur durch die Stärkung der

[808] *Dbamy o Polskę, dbamy o Polaków*, Warszawa 2007, S. 49-50.
[809] *Ebd., S.* 33.
[810] *Ebd., S.* 50.
[811] *Ebd.*
[812] *Ebd., S.* 52.

Position Polens, das sich als Anwalt der kleineren Mitgliedsstaaten verstehe, überwunden werden. Die Europäische Verfassung in ihrer ursprünglichen Version garantiere den Ausbau der Position Polens nicht, aus diesem Grunde müssten ihre Bestimmungen modifiziert werden. Im Programm der PiS ist zu lesen, dass die Anstrengungen der polnischen Regierung während des Gipfels des Europäischen Rates in Berlin im Juni 2007 ungünstige Entwicklungen verhindert hätten, die „das Gleichgewicht der Einflüsse der Mitgliedsstaaten in der Gemeinschaft" radikal erschüttert hätten[813]. Die realpolitische Rhetorik tritt in dieser Bemerkung deutlich hervor.

Die Brüder Kaczyński akzeptierten zwar letztlich den Berliner Kompromiss, seien aber immer noch mit dem Entscheidungsprozess innerhalb der EU unzufrieden. Ihrer Meinung nach bleibe er nach wie vor „komplex und nicht transparent genug"[814]. Der Euroskeptizismus gehört somit zu den bedeutendsten Merkmalen des Programms.

Auf dem Gebiet der EU-Nachbarschaftspolitik und der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik können Veränderungen im Vergleich zu den früheren Positionen verzeichnet werden. Die PiS plädiert nicht länger nur für die Aufnahme der Ukraine in die Gemeinschaft. Die Ukraine, die Republik Moldau und Georgien sollen eine „schnelle und sichere Beitrittsperspektive" bekommen[815]. Georgien wurde inzwischen zum wichtigen Verbündeten Polens. Den guten Stand der Partnerschaft sicherte die Freundschaft zwischen dem polnischen Präsidenten Lech Kaczyński und dem georgischen Staatschef Micheil Saakaschwili. Neben den drei erwähnten Staaten stehen auch Aserbaidschan, Armenien und Weißrussland auf der von der „Recht und Gerechtigkeit" erstellten Liste der EU-Kandidaten. Ein Abschnitt des Textes beschäftigt sich zudem mit Entwicklungshilfe. Überlegungen über eine intensive Erweiterungspolitik der EU werden durch Vorschläge des aktiveren Engagements Polens bei der Lösung der globalen Herausforderungen ergänzt. In den Foren der internationalen Organisationen will Polen für die traditionelle Moral plädieren (z. B. für den Schutz des Lebens, d.h. Nichtförderung der Abtreibung)[816].

---

[813] *Ebd.*
[814] *Ebd.*
[815] *Ebd.*
[816] *Ebd,* S. 52-53.

Entwicklung, verstanden als Ausbau der Position Polens, die dritte Säule des außenpolitischen Programms der PiS, solle sich auf den professionellen diplomatischen Dienst stützen, der aus kompetenten Personen bestehen werde. Die Praxis der „Bevorzugung eines Milieu" solle abgeschafft werden[817]. Darunter sei die Entlassung der Mitarbeiter zu verstehen, die noch unter der kommunistischen Herrschaft eingestellt wurden. Gut ausgebildete polnische Diplomaten sollen sich auf Werbekampagnen für Polen im Ausland konzentrieren. Das Image des Staates ist für die PiS eine wichtige Komponente. Eine zentrale Rolle in diesem Bereich spiele die Geschichte. Die Interpretation der Vergangenheit, die als Polen gegenüber ungerecht empfunden werde, solle von den polnischen diplomatischen Diensten bekämpft werden. Eine andere Art der Herausforderungen bilden die Beschuldigungen der Homophobie und des Antisemitismus[818]. Das Äußern falscher Vorwürfe gegenüber Polen bewertet die Partei „Recht und Gerechtigkeit" als schädlich. Daher sei sie dazu bereit, mit voller Kraft dagegen zu protestieren, auch wenn der dramatische Charakter des Protests im Ausland einen schlechten Eindruck hinterlassen würde.

Die drei Säulen der polnischen Außenpolitik sollen durch Maßnahmen, welche den Schutz der Polen im Ausland garantieren, ergänzt werden. Neben den traditionsreichen Zentren der Auslandspolen, wie den Vereinigten Staaten und Osteuropa, werden auch die Probleme der jüngsten Welle polnischer Auswanderer wahrgenommen. In Großbritannien, Irland und in anderen von Polen häufig als Auswanderungsziele gewählten Orten sollen neue Konsulate eröffnet werden, um ihren Bedürfnissen entgegenzukommen[819]. Zugleich wird jedoch auch die besondere Rolle der amerikanischen Polen betont, die während der Wahlen 2007 zu den treuesten Wählern der „Recht und Gerechtigkeit" zählten. Die Politik in Osteuropa ist hinsichtlich Personen polnischer Abstammung vom Denken in nationalen Kategorien geprägt. Die Regierung der PiS setzte ihr schon seit längerer Zeit forciertes Projekt eines „Polenausweises" (Karta Polaka) durch. Das erwähnte Dokument solle die polnische Abstammung seines Besitzers bestätigen, was ihm das Recht auf Arbeit und wirtschaftliche Tätigkeit in Polen

[817] *Ebd., S.* 51.
[818] *Ebd., S.* 53.
[819] *Ebd,* S. 55-56.

sowie eine Reihe von Erleichterungen, darunter einen Anspruch auf kostenlose Visumserstellung, gewährt[820].

Das Programm der PiS aus dem Jahr 2007 ist stärker von Aussagen, die sich auf die nationale Identität und polnische Geschichte beziehen, geprägt als das Programm aus dem Jahr 2005. An mehreren Stellen sind konfrontative Formulierungen zu finden. Sie richten sich sowohl gegen den innenpolitischen Konsens als auch gegen bestimmte Bestandteile der Außenpolitik der Dritten Republik, wie zum Beispiel die deutsch-polnische Versöhnung. Die Politik der Säuberung im diplomatischen Dienst solle fortgesetzt werden. Die PiS warnt konsequent vor einer Außenpolitik der „unterwürfigen Gewohnheiten und gefährlichen Verbindungen“[821]. Die Regierungen von Marcinkiewicz und Kaczyński hätten laut des Wahlprogramms 2007 die polnische Außenpolitik eindeutig umformuliert. Der Bruch des außenpolitischen Konsenses der Dritten Republik war anscheinend gewollt. Ob tatsächlich davon gesprochen werden kann, kann erst nach der Analyse der Implementierung der im Programm angekündigten Konzepte in die politische Praxis festgestellt werden.

[820] *Ebd*, S. 54-55.
[821] *Ebd., S.* 49.

Nummer	Rechte Unterkategorien	Anzahl	Anteil
R1	EU: negativ	3	3,49%
R2	Stärkung der Position des Staates, nationale Interessen	16	18,60%
R3	Wirtschaft: positiv	3	3,49%
R4	Äußere Sicherheit	8	9,30%
R5	Armee: positiv	1	1,16%
R6	Landwirtschaft: positiv	0	0,00%
R7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: positiv	20	23,26%
R8	Traditionelle Moral: positiv	1	1,16%
R9	Besondere Bedeutung der bilateralen Beziehungen	0	0,00%
R10	NATO, Atlantismus	5	5,81%
R11	Verwaltungseffizienz, Recht und Ordnung	9	10,47%
R12	Konflikt, Konfrontation, Wettbewerb	7	8,14%
Summe		73	84,88%

Tabelle 50. Rechte außenpolitisch relevante im Aussagen im Wahlprogramm der PiS aus dem Jahre 2007. Eigene Darstellung.

Nummer	Linke Unterkategorien	Anzahl	Anteil
L1	EU: positiv	1	1,16%
L2	Lösung der globalen Probleme der Menschheit	2	2,33%
L3	Sozialstaat: positiv, Entwicklungshilfe	4	4,65%
L4	Das Bild des Staates, soft power	3	3,49%
L5	Armee: negativ	0	0,00%
L6	Umweltschutz, Probleme der Frauen (Neue Politik)	1	1,16%
L7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: negativ	0	0,00%
L8	Traditionelle Moral: negativ	0	0,00%
L9	Multilateralismus, Frieden, internationale Zusammenarbeit	2	2,33%
L10	Versöhnung, Überwindung von Vorurteilen	0	0,00%
L11	Demokratie, neutraler Staat, Menschenrechte	0	0,00%
L12	Kompromiss, soziale Harmonie, transparente Politik, Partizipation der Gesellschaft	0	0,00%
Summe		13	15,12%

Tabelle 51. Linke außenpolitisch relevante Aussagen im Wahlprogramm der PiS aus dem Jahre 2007. Eigene Darstellung.

5.3 Die außen- und europapolitischen Präferenzen der PiS im Spiegel der Erklärungen der Regierungsmitglieder

5.3.1 Die außen- und europapolitischen Aspekte der Regierungserklärung von Kazimierz Marcinkiewicz (2005)

Das Scheitern der Koalitionsgespräche mit der PO zwang die PiS zur Bildung einer Minderheitsregierung unter Kazimierz Marcinkiewicz. Am 10. November 2005 stellte der neue Premierminister dem Sejm sein Kabinett vor. Mit den Stimmen der

Abgeordneten der PiS, LPR, Samoobrona und der PSL sprach das Parlament ihm das Vertrauen aus[822].

Im Text der Erklärung von Marcinkiewicz sind nur wenige Aussagen zu außenpolitischen Themen zu finden. Trotz einer geringen Anzahl von quasi-Sentences liefert sowohl ihre quantitative als auch ihre qualitative Analyse die gleichen Ergebnisse. Der Wert des P-Indexes beträgt **65,21**, was auf eine eindeutig rechte bzw. realistische Ausrichtung der Rede hinweist. Der Premierminister selbst betont seine Vorliebe für den Realismus in einem Satz, in dem er die Entwicklung der polnischen Außenpolitik in eine realistische Richtung fordert („urealnienie polityki zagranicznej“)[823].

Die neue Regierung wollte die von den nationalkonservativen Publizisten popularisierte Idee der Vierten Republik verwirklichen. Diese sollte die „moralisch verdorbene“ Dritte Republik ersetzen[824]. Nach Marcinkiewicz handle es sich in diesem Fall nicht um zwei gegensätzliche Wesen, sondern um ein gescheitertes und ein vollkommenes Projekt: „Sie soll keine Verneinung der Dritten [Republik] sein, sondern eine Verwirklichung ihrer unerfüllten Träume, die von einem souveränen, demokratischen und solidarischen Staat erfüllt werden sollten“[825]. Die Errichtung dieser neuen politischen Form werde auch „eine wesentliche Veränderung der Weise, in der polnische Außenpolitik geführt wird“, bedeuten[826]. Die Modifikation solle jedoch nicht die Hierarchie der Prioritäten Polens betreffen. Dieselben Ziele würden lediglich mit härteren Methoden erreicht[827].

Trotz dieser Deklarationen spiegelt sich in der Rede des Premierministers eine Verschiebung der Prioritäten wider. Die neue Regierung signalisiert, dass diplomatische Höflichkeit keine Bedeutung mehr für sie habe. Das Image des Staates im Ausland werde als nicht relevant betrachtet. Der Schwerpunkt verschiebt sich vom „leeren

---

[822] *Głosowanie nad przyjęciem wniosku Prezesa Rady Ministrów pana Kazimierza Marcinkiewicza o udzielenie wotum zaufania Radzie Ministrów*, Sejm RP, 10.11.2005, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/glosowania?OpenAgent&5&2&4 (Stand: 10.01.2010).
[823] K. Marcinkiewicz, *Przedstawienie przez prezesa Rady Ministrów programu działania Rady Ministrów z wnioskiem o udzielenie jej wotum zaufania*, Sejm RP, 10.11.2005, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata5.nsf (Stand: 02.02.2009).
[824] *Ebd.*
[825] *Ebd.*
[826] *Ebd.*
[827] *Ebd.*

diplomatischen Ritual“ auf die Verwirklichung der geopolitischen und der wirtschaftlichen Interessen[828]. Ob daher von einem Paradigmenwechsel oder lediglich von einer rhetorischen Figur gesprochen werden kann, muss anhand der umfangreichen Anzahl an Quellen analysiert werden.

Ähnlich wie seine sozialdemokratischen Vorgänger spricht sich Marcinkiewicz für die Stärkung der transatlantischen Zusammenarbeit und eine Überwindung der Vorurteile in den Beziehungen zwischen Europa und Amerika aus. Als ein neues Element findet in der Rede Marcinkiewiczs der Begriff der „Energiesicherheit“ Verwendung. Polen forderte die Solidarität Europas auf diesem Gebiet. Falls die Interessen Polens nicht garantiert werden könnten, droht der Premierminister mit der Anwendung „aller unserer Rechte“[829]. Spätere Entwicklungen liefern Beweise für die Vermutung, dass darunter das Vetorecht im Rat der EU verstanden wurde[830].

In den Bemerkungen, die der Premierminister während der Debatte nach der Erklärung äußert, finden sich weitere euroskeptische Aussagen. Sie beziehen sich auf die Währungsunion, an der sich die PiS-Regierung nicht beteiligen wollte[831]. Polen solle, so Marcinkiewicz, nicht auf einen der wichtigsten Mechanismen der Wirtschaftspolitik verzichten und ihn „in fremde Hände“ geben[832]. Als einzig vernünftige Entscheidung, die eine normale Entwicklung des Landes ermöglichen würde, wird das Beibehalten der nationalen Währung präsentiert[833]. Andere Szenarien könnten die Bevölkerung Polens dazu zwingen, den Gürtel enger zu schnallen, wie es laut Marcinkiewicz die Italiener und Portugiesen erlebten[834].

Trotz der angekündigten Stärkung der realistischen Elemente in der polnischen Außenpolitik weichen die Aussagen der Regierungserklärung von Marcinkiewicz unwesentlich von den Inhalten der Erklärungen Belkas ab. Der Unterschied ist an anderer Stelle zu suchen. Die Überlegungen des Premierministers aus den Reihen der PiS

---

[828] *Ebd.*
[829] *Ebd.*
[830] Vgl.: Kapitel 6.2.2; J. Pawlicki, *W Unii boso, ale w ostrogach*, „Gazeta Wyborcza“, 22.06.2006, S. 10.
[831] K. Marcinkiewicz, *Przedstawienie przez prezesa Rady Ministrów programu działania Rady Ministrów z wnioskiem o udzielenie jej wotum zaufania*, Sejm RP, 10.11.2005, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata5.nsf (Stand: 02.02.2009).
[832] *Ebd.*
[833] *Ebd.*
[834] *Ebd.*

entsprechen den Bestimmungen der Programme seiner Partei, während das politische Erbe von Belka und Miller deutlich von den Inhalten der Dokumente ihrer Partei abweicht.

Nummer	Rechte Unterkategorien	Anzahl	Anteil
R1	EU: negativ	4	8,70%
R2	Stärkung der Position des Staates, nationale Interessen	5	10,87%
R3	Wirtschaft: positiv	2	4,35%
R4	Äußere Sicherheit	12	26,09%
R5	Armee: positiv	3	6,52%
R6	Landwirtschaft: positiv	1	2,17%
R7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: positiv	2	4,35%
R8	Traditionelle Moral: positiv	2	4,35%
R9	Besondere Bedeutung der bilateralen Beziehungen	0	0,00%
R10	NATO, Atlantismus	5	10,87%
R11	Verwaltungseffizienz, Recht und Ordnung	0	0,00%
R12	Konflikt, Konfrontation, Wettbewerb	2	4,35%
Summe		38	82,61%

Tabelle 52. Rechte außenpolitisch relevante Aussagen in der Regierungserklärung des Premierministers Polens Kazimierz Marcinkiewicz (2005). Eigene Darstellung.

Nummer	Linke Unterkategorien	Anzahl	Anteil
L1	EU: positiv	1	2,17%
L2	Lösung der globalen Probleme der Menschheit	0	0,00%
L3	Sozialstaat: positiv, Entwicklungshilfe	0	0,00%
L4	Das Bild des Staates, soft power	0	0,00%
L5	Armee: negativ	0	0,00%
L6	Umweltschutz, Probleme der Frauen (Neue Politik)	0	0,00%
L7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: negativ	0	0,00%
L8	Traditionelle Moral: negativ	0	0,00%
L9	Multilateralismus, Frieden, internationale Zusammenarbeit	1	2,17%
L10	Versöhnung, Überwindung von Vorurteilen	0	0,00%
L11	Demokratie, neutraler Staat, Menschenrechte	2	4,35%
L12	Kompromiss, soziale Harmonie, transparente Politik, Partizipation der Gesellschaft	4	8,70%
Summe		8	17,39%

Tabelle 53. Linke außenpolitisch relevante Aussagen in der Regierungserklärung des Premierministers Polens Kazimierz Marcinkiewicz (2005). Eigene Darstellung.

5.3.2 Die Präferenzen der Regierung Marcinkiewicz in der Erklärung des Außenministers Stefan Meller vom 15. Februar 2006

Der erste Außenminister der neuen PiS-Regierung war Stefan Meller, ähnlich wie sein Vorgänger ein parteiloser professioneller Diplomat. Seine Nominierung hatte symbolische Bedeutung. Als Botschafter in der Russischen Föderation wurde Meller im Jahr 2005 nach einer Reihe von Überfällen auf polnische Bürger in Moskau bekannt[835]. Polnische Medien ernannten ihn zum unbeugsamen Vertreter der polnischen Interessen im Osten. Inmitten der drastischen Verschlechterung der polnisch-russischen

[835] A. Eberhardt, *Stosunki Polski z Rosją*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2006", S. 122. Vgl.: Kapitel 4.4.2.

Beziehungen nach der „Orangen Revolution“ in der Ukraine stand er an vorderster Stelle der Konfrontation, wodurch er die Sympathien der Rechtskonservativen gewann. Zugleich wurden seine Ruhe, seine Kompetenz und sein ausgewogenes Verhalten von den liberalen und linken Gruppierungen hoch geschätzt.

Die Ernennung Mellers war auf zweierlei Weise symbolisch. Erstens aufgrund seines Images vom „Opfer der russischen Unterdrückung“, wodurch sein politischer Aufstieg eine Herausforderung für Russland war. Dies konnte als Trotzverhalten Polens oder auch als Zeichen der Gesprächsbereitschaft interpretieren werden, wenn die Bemühungen Mellers um eine Überwindung der Krise berücksichtigt wurden. Zweitens stand Meller für eine Fortsetzung des außenpolitischen Konsenses der Dritten Republik. Er sollte die ausländischen Partner von Warschau, die sich wegen der nationalistischen Aussagen der Kaczyński-Brüder Sorgen um die Zukunft der polnischen Außenpolitik machten, beruhigen.

Die quantitative Analyse der Erklärung von Minister Stefan Meller zur Außenpolitik Polens (6541 Worte) bestätigt die Vermutung über sein moderates Profil. Der P-Wert **– 12,59** weist sogar auf eine Dominanz der idealistischen bzw. der linken Elemente in seiner Rede hin. Das Übergewicht ist jedoch deutlich geringer als in den Erklärungen von Cimoszewicz oder von Rotfeld. Die Verschiebung zugunsten der rechten bzw. realistischen Aussagen ist vor allem durch den Anstieg der Anzahl der quasi-Sentences, die sich auf die wirtschaftliche Entwicklung, den wirtschaftlichen Fortschritt und die wirtschaftlichen Interessen beziehen (R3), zu erklären. Zu dieser, nach dem „Multilateralismus, Frieden und Zusammenarbeit“ (L9), zweitgrößten Unterkategorie zählen 38 Aussagen. Von den anderen rechten Kategorien wurden der Verbesserung der Verwaltungseffizienz überdurchschnittlich viele Worte gewidmet (R11): 15 Aussagen.

Interessanterweise sprach Meller zum ersten Mal Themen an, die von seinen Vorgängern selten oder gar nicht thematisiert wurden, obwohl sie als links einzustufen sind. Gemeint ist hier die Unterkategorie „Umweltschutz, Probleme der Frauen“ (L6). Zu dieser Gruppe gehört das Versprechen des Ministers, die Bemühungen um eine

nachhaltige Entwicklung zu unterstützen[836]. An anderer Stelle setzt er sich mit den nationalen Mythen auseinander[837]. Laut Meller werde die wirtschaftliche Entwicklung zur Veränderung des Images Polens, das für sich eine Rolle beansprucht, „die über seine tatsächlichen Fähigkeiten und Ressourcen hinausgeht", beitragen[838]. Dies führe letztlich zur Niederlage in der „Konfrontation mit den Starken dieser Welt"[839]. Ein weiterer Punkt, in dem sich Meller von dem unterscheidet, was von einem Mitglied einer national-konservativen Regierung in der Regel erwartet wird, ist seine Kritik am „Dunkel des Traditionalismus" und am Missbrauch der Interpretation der Religion[840]. Diese Aussagen richten sich jedoch nicht gegen die Ultra-Traditionalisten in Polen, sondern gegen den islamischen Fundamentalismus.

Seine Bemerkungen, die im Gegensatz zum national-konservativen Profil der PiS stehen, sprechen für Mellers politische Unabhängigkeit. Ähnlich wie Rotfeld war Meller kein professioneller Politiker. Er profilierte sich in seiner Erklärung als erfahrener Staatsmann und ehrlicher Intellektueller. Sein ideologischer Synkretismus ist ein Ausdruck der Freiheit, die er sich als Minister einer neu gewählten Regierung gewährte. Damit ist der Unterschied zwischen der Breite der von Meller angesprochenen Themen und dem technokratischen Stil Rotfelds zu erklären.

Meller identifizierte sich ähnlich wie sein Vorgänger mit dem außenpolitischen Konsens der Dritten Republik. In seiner Rede widmete er den Überlegungen über die gelungene politische und wirtschaftliche Transformation Polens viel Aufmerksamkeit. Mit keinem Wort wurde das von den Brüdern Kaczyński forcierte Projekt der Vierten Republik erwähnt. Es sind keine Spuren der von der PiS geübten Kritik an der polnischen Transformation zu finden. Nur in einem Satz wird über den „Widerstand der postkommunistischen Materie" gesprochen, und auch hier ist damit ein Widerstand gegen die Dritte Republik gemeint[841].

---

[836] S. Meller, *Informacja Ministra Spraw Zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2006 r.*, Sejm RP, 15.02.2006, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata5.nsf (Stand: 31.12.2008).
[837] *Ebd.*
[838] *Ebd.*
[839] *Ebd.*
[840] *Ebd.*
[841] *Ebd.*

Das Thema der Demokratisierung wurde zu einem der wichtigsten Bestandteile der Erklärung Mellers. Neben den Transformationsprozessen in Polen finden die Transformation in der Ukraine und die Notwendigkeit der Liberalisierung Weißrusslands Erwähnung. Das zweite Jahr in Folge wurde die polnisch-ukrainische Partnerschaft als eine der wichtigsten Prioritäten hervorgehoben. Polen sprach sich diesmal für die Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union aus: „Unser Wissen über die Region sagt uns, dass die Grenzen der Union sich weiter Richtung Ost und Süd-Ost verschieben sollen und dass die Ukraine in die EU aufgenommen werden soll“[842]. Die Unterstützung Warschaus wird jedoch indirekt und nur sehr vorsichtig formuliert. Neben der Ukraine waren auch andere osteuropäische Staaten nicht ausgeschlossen. Alle, die „eine pro-europäische Orientierung aufweisen und in der inneren Transformation fortgeschritten“ seien, sollen eine Beitrittsperspektive haben[843].

Die Teile der Rede Mellers, die sich auf die Probleme der Europäischen Integration beziehen, erscheinen noch überraschender. Der neue Minister betont die Bedeutung der Europäischen Union, welche eine institutionelle Garantie des Friedens auf dem Kontinent sei. Keiner seiner sozialdemokratischen Vorgänger bezog jemals so klar Stellung. Meller weist auf das hin, was entweder als gegeben oder aus der Sicht Polens bisher als nicht relevant betrachtet wurde. Seine Position ist in diesem Sinne idealistischer. Sie zeigt mehr Übereinstimmungen mit der deutschen und der französischen Reflexion über das Zusammenwachsen Europas.

Eindeutiger als frühere Außenminister Polens unterstützt Meller die Entwicklung der EU zur politischen Gemeinschaft. Neben der „Union der Unternehmer und der Buchhalter“ solle sich „eine solidarische Union der Gesellschaften und der Politiker“ entwickeln[844]. Genaue Konzepte für Reformen, welche Europa den Bürgern näherbringen würde, sind jedoch nicht vorhanden. Eines ist dem Minister allerdings klar: Solche Erfolge, wie das gute Ergebnis der Haushaltsverhandlungen vom Dezember 2005, „werden einfacher zu erreichen, wenn die Prinzipien dieses Prozesses [der

[842] *Ebd.*
[843] *Ebd.*
[844] *Ebd.*

Verhandlungen innerhalb der EU], sich auf eine feste Basis stützten werden“[845]. Aus diesen Erfahrungen zieht Meller die Schlussfolgerung, dass das Funktionieren des Entscheidungsmechanismus „vom politischen Wille und von der Kompromissbereitschaft der bedeutendsten Staaten Europas“ abhängig sei[846]. Aus diesem Grund sei Polen bereit, den Aufbau der klaren Regel innerhalb der EU zu unterstützen. Dies ist als ein indirektes Plädoyer für den Verfassungs- bzw. den Grundvertrag zu verstehen. Ob die politische Führung der PiS derselben Meinung war, bleibt fraglich. Skeptische Aussagen der Nachfolgerin Mellers, die nicht parteilos war, rechtfertigen diese Zweifel.

Die nach den gescheiterten Volksabstimmungen in Frankreich und in den Niederlanden verkündete „Reflexionsphase“ solle Polen zum Nachdenken über seine Rolle in der Europäischen Union nutzen. Laut Meller müsse die polnische Vision Europas die drei wichtigsten Prioritäten Warschaus berücksichtigen. Erstens solle die neue Europäische Union die Beschleunigung der Entwicklung und den zivilisatorischen Aufstieg Polens fördern. Die EU solle zweitens die „Bedürfnisse der breit verstandenen Sicherheit“ durch die Einbeziehung der transatlantischen Dimension und der Rolle der Vereinigten Staaten berücksichtigen[847]. Die dritte Priorität Polens im Kontext der Europapolitik definiert Meller als die „Stärkung der Position Polens als ein zuverlässiges und seriöses Mitglied der europäischen Gemeinschaft, das seine Interessen vernünftig mit den Interessen der Gesamtheit harmonisiert“[848]. Die oben zusammengefasste Liste unterscheidet sich kaum von den Präferenzen der sozialdemokratischen Außenminister.

Anders als die Sozialdemokraten äußert Meller in seiner Rede jedoch offen Kritik an den „europäischen Mächten“ (europejskie potęgi), das heißt an den großen Mitgliedstaaten, die sich aus Sicht des Ministers auf der Ebene der EU manchmal egoistisch verhalten[849]. Der Minister fürchte, dass die von den Starken betriebene Maximierung der individuellen Profite, ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl, zur Entstehung von geschlossenen Clubs innerhalb der Gemeinschaft führen könne. Seine

[845] *Ebd.*
[846] *Ebd.*
[847] *Ebd.*
[848] *Ebd.*
[849] *Ebd.*

Nachfolgerin, Anna Fotyga, verfolgte diese von Meller kritisierte Art der Politik innerhalb des von Polen und den baltischen Staaten gegründeten Blocks, in dem Warschau die Rolle einer regionalen Vormacht spielen wollte.

Zur Problematik der europäischen Sicherheitspolitik nahm der neue Außenminister eine ähnliche Haltung ein wie sein Vorgänger. Sie solle sich auf die enge Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten stützen. Zum ersten Mal wurde ein Abschnitt der Erklärung des Außenministers der Energiesicherheit Polens gewidmet. Das Thema gewann aufgrund der Verschlechterung der Beziehungen zu Russland und wegen der Gasstreitigkeiten zwischen Moskau und Kiew an Bedeutung. Die Sicherheit der Lieferungen fossiler Brennstoffe nach Polen wurde zu einem der wichtigsten außenpolitischen Themen der Nationalkonservativen. Es stellte auch beinahe ein Leitmotiv der Rede Fotygas im Jahr 2007 dar.

Im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb der EU wünschte sich Polen die Abschaffung aller Einschränkungen der Freizügigkeit. Dies betraf in erster Linie die Übergangsfristen für die Freizügigkeit der osteuropäischen Arbeitskräfte. Bezüglich des Kaufs von Immobilien durch Ausländer war die polnische Seite, sowohl die Sozialdemokraten als auch die Nationalkonservativen, der vollkommenen Integration Polens in den gemeinsamen Markt deutlich weniger optimistisch gegenüber eingestellt.

Ein wichtiges Thema innerhalb der Europäischen Union sei aus polnischer Sicht die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Meller sprach sich für die Schaffung des Europäischen Auswärtigen Dienstes und des Postens des Außenministers der EU aus[850]. Polen, das während der Irakkrise der mangelnden Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei der Entwicklung der gemeinsamen Position gegenüber der Weltkonflikte beschuldigt wurde, plädierte für die europäische Diplomatie aufgrund seiner Interessen in der Region Osteuropa. Der post-sowjetische Raum solle laut Warschau ein Schwerpunkt der auswärtigen Aktivitäten der EU sein. Auf diesem Gebiet wolle Polen die Rolle eines Experten übernehmen. Es wird auch auf eine Zusammenarbeit mit Deutschland im Kontext der Politik gegenüber Russland, der Ukraine und den anderen Partnern aus der Region gehofft.

[850] *Ebd.*

Die Aussagen Mellers zu den Beziehungen mit Deutschland sind vorsichtiger formuliert als die Bemerkungen seines Vorgängers. Der neue Minister sprach keine historischen Themen an. In seiner Rede wies er auf die gemeinsame Zukunft hin. Die Gestaltung dieser solle nicht nur bilateral, sondern auch innerhalb des Weimarer Dreiecks erfolgen[851]. Auch das schwierige Thema der Initiative gegen den Gebrauch des Begriffs „polnisches Todeslager" wird nicht direkt erwähnt.

Die Erklärung von Stefan Meller zur polnischen Außenpolitik vom 15. Februar 2006 weicht in den wesentlichen Punkten nicht von den Erklärungen der Außenminister der SLD-Regierungen ab. Sowohl in Bezug auf Stil als auch auf Inhalte setzt Meller den außenpolitischen Konsensus der Dritten Republik fort, um den sich sein Vorgänger im Jahre 2005 Sorgen machte. In einigen Punkten ist die Rede des neuen Ministers sogar idealistischer als die Aussagen von Adam Daniel Rotfeld. Die Betonung des wirtschaftlichen Aufschwungs und die ausführlichen Überlegungen über institutionelle Reformen der polnischen Außenpolitik, die zur Verbesserung der Verwaltungseffizienz führen sollen, verleihen der Erklärung jedoch einen rechteren Ton als die Ansprachen von Cimoszewicz und Rotfeld. Mellers Vision der polnischen Außenpolitik weicht in den grundsätzlichen Punkten von der Parteilinie der PiS ab. Aus diesem Grund ist sie kaum hilfreich bei der Ermittlung der Parteipräferenzen der „Recht und Gerechtigkeit". Unüberbrückbare Gegensätze zwischen den Überzeugungen Mellers und der Ideologie der Brüder Kaczyński trugen zu seinem frühen Rücktritt vom Amt des Außenministers bei. Als offizielle Ursache seiner Entscheidung galt sein Widerstand gegen eine Koalition mit zwei radikal systemkritischen Parteien, der LPR und der „Selbstverteidigung".

[851] *Ebd.*

Nummer	Rechte Unterkategorien	Anzahl	Anteil
R1	EU: negativ	0	0,00%
R2	Stärkung der Position des Staates, nationale Interessen	20	7,41%
R3	Wirtschaft: positiv	38	14,07%
R4	Äußere Sicherheit	19	7,04%
R5	Armee: positiv	0	0,00%
R6	Landwirtschaft: positiv	0	0,00%
R7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: positiv	7	2,59%
R8	Traditionelle Moral: positiv	0	0,00%
R9	Besondere Bedeutung der bilateralen Beziehungen	0	0,00%
R10	NATO, Atlantismus	18	6,67%
R11	Verwaltungseffizienz, Recht und Ordnung	15	5,56%
R12	Konflikt, Konfrontation, Wettbewerb	1	0,37%
Summe		118	43,70%

Tabelle 54. Rechte Aussagen in der Erklärung des Außenministers Polens, Stefan Meller, zur Außenpolitik Polens (2006). Eigene Darstellung.

Nummer	Linke Unterkategorien	Anzahl	Anteil
L1	EU: positiv	25	9,26%
L2	Lösung der globalen Probleme der Menschheit	17	6,30%
L3	Sozialstaat: positiv, Entwicklungshilfe	7	2,59%
L4	Das Bild des Staates, soft power	7	2,59%
L5	Armee: negativ	0	0,00%
L6	Umweltschutz, Probleme der Frauen (Neue Politik)	1	0,37%
L7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: negativ	1	0,37%
L8	Traditionelle Moral: negativ	2	0,74%
L9	Multilateralismus, Frieden, internationale Zusammenarbeit	50	18,52%
L10	Versöhnung, Überwindung von Vorurteilen	1	0,37%
L11	Demokratie, neutraler Staat, Menschenrechte	24	8,89%
L12	Kompromiss, soziale Harmonie, transparente Politik, Partizipation der Gesellschaft	17	6,30%
Summe		152	56,29%

Tabelle 55. Linke Aussagen in der Erklärung des Außenministers Polens, Stefan Meller, zur Außenpolitik Polens (2006). Eigene Darstellung.

5.3.3 Die außen- und europapolitischen Aspekte der Regierungserklärung von Jarosław Kaczyński (2006)

Mit dem Rücktritt von Kazimierz Marcinkiewicz vom Amt des Premierministers am 14. Juli 2006 ging die erste Phase der PiS-Regierung zu Ende. Die Aufgaben des Vorsitzenden des Ministerrates übernahm Jarosław Kaczyński, der am 19. Juli im Sejm das Programm seiner „volksnationalen“ (ludowo-narodowa) Koalition präsentierte. Ähnlich wie sein Vorgänger widmete Kaczyński den Problemen der Außenpolitik relativ wenig Raum. Die Ergebnisse der quantitativen als auch der qualitativen Analyse

bestätigen jedoch deutlich eine rechte Ausrichtung seiner Aussagen. Wie Kaczyński selbst im einführenden Teil seiner Rede feststellt, war sein Kabinett „eine Regierung der Fortsetzung", die sich die gleichen Ziele wie das Kabinett von Marcinkiewicz setzte[852]. Trotz dieser Deklaration sind einige Unterschiede zu verzeichnen, die sich auf eine Radikalisierung des Stils reduzieren lassen. Die regierende Partei ersetzte einen netten „front man", der die Schließung der Koalition mit der Bürgerplattform ermöglichen sollte, durch einen abgehärteten Kämpfer.

Das wichtigste Ziel der Regierung Kaczyński war die Stärkung der polnischen nationalen Identität und der Position des Staates in den Internationalen Beziehungen. Polen solle ein großes europäisches Land werden, dessen Interessen die anderen nicht geringschätzen dürfen. Die Polen, Vertreter der polnischen Nation, sollten aus Sicht des Premierministers stolz darauf sein, Polen zu sein. Den Slogan: „Es lohnt sich, ein Pole zu sein" machte Jarosław Kaczyński zur Grundannahme, zum „Prinzip der Prinzipien" seines Kabinetts[853]. Die Artikel der polnischen Autoren, welche in der ausländischen Presse eine in Polen regierende Mehrheit kritisierte, bezeichnete er als „Denunziationen" (donosy)[854]. Die Verfasser dieser Texte wurden auf eine verschleierte Weise mit den historischen Verrätern gleichgesetzt: „Die polnische Geschichte sagt eindeutig, wie man solche Tätigkeiten bewerten soll"[855].

Neben der nationalen Identität wollte die neue Regierung auch die traditionelle Moral gegen einen Angriff „von außen" verteidigen[856]. Der Aggressor wurde nicht konkret definiert. Sein Ziel war, aus Sicht von Kaczyński, die Zerstörung der polnischen Familie durch die Anerkennung von homosexuellen Beziehungen. Anders als Marcinkiewicz oder seine sozialdemokratischen Vorgänger sprach der neue Premierminister dieses Thema in seiner Regierungserklärung an. Zugleich wies er jedoch auf eine Deklaration der „Souveränität Polens in Angelegenheiten der Kultur und der Sitten" hin, die vom Sejm der vierten Wahlperiode (2001-2005), also mit der

---

[852] J. Kaczyński, *Przedstawienie przez Prezesa Rady Ministrów programu działania Rady Ministrów z wnioskiem o udzielenie jej wotum zaufania*, Sejm RP, 19.07.2006, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata5.nsf (Stand: 31.12.2008).
[853] *Ebd.*
[854] *Ebd.*
[855] *Ebd.*
[856] *Ebd.*

sozialdemokratischen Mehrheit, angenommen worden war[857]. Die Bewahrung der polnischen Besonderheit im Bereich der Sitten wurde zu einer der Prioritäten der polnischen Außenpolitik erklärt.

Ähnlich wie bei den Problemen der Familienpolitik fordert Polen mehr Unabhängigkeit von den gemeinsamen Institutionen in den Angelegenheiten, die durch seine „besondere historische und geopolitische" Bedeutung gekennzeichnet seien[858]. Wie der Premierminister weiter erklärt, handelt es sich in diesem Fall unter anderem um Probleme der „Energiesicherheit". Die oben genannte Aussage steht im Widerspruch zu den Appellen der PiS für Solidarität auf dem Gebiet der Energiepolitik[859]. Es ist daraus zu schließen, dass Warschau die Unterstützung für die eigene Position von den Institutionen der EU bekommen wollte, ohne die Verpflichtung, ihre Stellung zusammen mit den Partnern aus der Gemeinschaft zu bestimmen.

Einen hohen Stellenwert unter den Prioritäten der Regierung Kaczyński hat, neben der Verteidigung der nationalen Identität und der traditionellen Moral, die Sicherheitspolitik. Der Schwerpunkt bildet in diesem Kontext, wie schon angedeutet, die Sicherung der Lieferungen von Gas und Erdöl. Der Premierminister schlägt einen Gesetzentwurf eines Gesetzes vor, das zu diesem Ziel führen solle[860]. Der geplante Rechtsakt würde der Regierung die Anwendung der besonderen Instrumente in der extremen Situation, „wenn es schon zur Bedrohung des polnischen nationalen Interesses" komme, erlauben[861]. Unter solche Sonderbestimmungen solle laut Kaczyński der Zwangsankauf von Unternehmen fallen. Ein bemerkenswerter Mangel an Aussagen der Unterkategorie R3 (Wirtschaft: positiv) in der Regierungserklärung kann durch die Unterordnung der Wirtschaft unter die sicherheitspolitischen Überlegungen erklärt

---

[857] *Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 11 kwietnia 2003 r. w sprawie suwerenności polskiego prawodawstwa w dziedzinie moralności i kultury*, Sejm RP, 11.04.2003, http://orka.sejm.gov.pl/proc4.nsf/uchwaly/1172_u.htm (Stand: 09.01.2010).
[858] J. Kaczyński, *Przedstawienie przez prezesa Rady Ministrów programu działania Rady Ministrów z wnioskiem o udzielenie jej wotum zaufania*, Sejm RP, 19.07.2006, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata5.nsf (Stand: 09.01.2010).
[859] A. Fotyga, *Informacja Ministra Spraw Zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2007 r.*, Sejm RP, 11.05.2007, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata5.nsf (Stand: 31.12.2008).
[860] J. Kaczyński, *Przedstawienie przez prezesa Rady Ministrów programu działania Rady Ministrów z wnioskiem o udzielenie jej wotum zaufania*, Sejm RP, 19.07.2006, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata5.nsf (Stand: 09.01.2010).
[861] *Ebd.*

werden, wie es anhand der Bemerkungen zu den Problemen des Zugangs zu den Energiequellen ersichtlich wird.

Da die nationale Sicherheit in der polnischen Außenpolitik eine besondere Rolle spielen solle, werden die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten und die Zusammenarbeit im Rahmen der NATO vor den Problemen der europäischen Integration erwähnt. Das Bündnis mit den Vereinigten Staaten sei durch „bestimmte gemeinsame Unterfangen" gestärkt[862]. Unter diesem unklaren Begriff wird der Irakkrieg verstanden. Der Premierminister kündigt eine weitere Teilnahme der polnischen Armee an dieser Operation an. Die Unterstützung für die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten bei der Mission im Mesopotamien unterscheidet Kaczyński kaum von dem früheren Premierminister. Härter und emotionaler ist nur die Form, in der sie ausgedrückt wird: „[Der Rückzug aus dem Irak] darf keine Desertion sein (…) die Polen sind keine Nation der Deserteure"[863].

Die einzigen zwei euro-optimistischen Bemerkungen von Jarosław Kaczyński haben allgemeinen Charakter. Der Premierminister betont, dass die Mitgliedschaft Polens in der EU eine wichtige Determinante der internationalen Position Polens sei. Warschau wolle der EU angehören und sich bei den internen Debatten über ihre Zukunft beteiligen. Die Inhalte des polnischen Beitrags sind hingegen schon weniger euro-optimistisch. Neben den erwähnten Fragen der nationalen Identität, der Sicherheit und der Sitten strebe das neue PiS-Kabinett eine Stärkung der Position Polens in den gemeinsamen Entscheidungsmechanismen an. Die Erweiterung der Europäischen Union führe nicht zur Erweiterung der „tatsächlichen Anzahl der Akteure, die sich an der Entscheidungsfindung beteiligen"[864]. Der polnische Premierminister unterscheidet in diesem Kontext zwischen den formalen und den realen Mechanismen. Solange diese beiden Gruppen nicht identisch seien, werde Polen Kaczyńskis Meinung nach in der Gemeinschaft diskriminiert.

Polen setzt sich für die Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union ein. Andere potentielle Kandidaten werden nicht erwähnt. Es wird auch über eine

[862] *Ebd.*
[863] *Ebd.*
[864] *Ebd.*

Verbesserung der Beziehungen mit Russland gesprochen. Hier sei in erster Linie Geduld notwendig. Polen solle warten, bis Russland es als einen wichtigen europäischen Akteur und einen bedeutenden Partner akzeptiert.

Die quantitative Analyse der Erklärung von Jarosław Kaczyński ergibt einen Wert des P-Indexes von **60,56**. Die mit dieser Methode ermittelte ideologische Ausrichtung der Rede ist mit dem Profil der Erklärung von Kazimierz Marcinkiewicz vergleichbar. Eine genauere, qualitative Analyse des Textes liefert Beweise für seinen, eindeutiger als im Falle von Marcinkiewicz, rechten Charakter. In die Diskussion über die Außenpolitik Polens werden die Probleme der Sitten und der nationalen Identität mit einbezogen. Die nationale Sicherheit, verstanden als Sicherung der Energielieferungen, steht in der Hierarchie der außenpolitischen Prioritäten über der Teilnahme an der europäischen Integration. Die polnischen Ziele in der Europäischen Union können auf eine Schwächung des Einflusses der Gemeinschaft auf einzelne Mitgliedstaaten sowohl auf dem Gebiet der Sitten als auch auf dem der Sicherheit mit der gleichzeitigen Unterstützung der weiteren Erweiterung reduziert werden. Die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten wird nicht mehr im europäischen Kontext erwähnt, sondern bereits als eine bilaterale Frage verstanden.

Die außenpolitischen Projekte der Regierung Kaczyński können als Weiterentwicklung der Ideen des Kabinetts Marcinkiewicz interpretiert werden. Gleichzeitig ist ein großer, nicht nur quantitativer, sondern auch qualitativer Unterschied zwischen den Vorhaben des zweiten Premierministers aus den Reihen der PiS und des letzten sozialdemokratischen Regierungschefs offensichtlich. Dies ist umso bedeutender, da die politischen Pläne Belkas bereits eindeutig rechte Tendenzen aufwiesen. Nach der Korrektur des Kurses in Richtung des politischen Realismus, die noch unter den Sozialdemokraten erfolgte, kam es im Bereich der Außenpolitik zu einem Rechtsrutsch.

Nummer	Rechte Unterkategorien	Anzahl	Anteil
R1	EU: negativ	0	0,00%
R2	Stärkung der Position des Staates, nationale Interessen	12	16,90%
R3	Wirtschaft: positiv	0	0,00%
R4	Äußere Sicherheit	23	32,39%
R5	Armee: positiv	3	4,23%
R6	Landwirtschaft: positiv	0	0,00%
R7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: positiv	5	7,04%
R8	Traditionelle Moral: positiv	10	14,08%
R9	Besondere Bedeutung der bilateralen Beziehungen	0	0,00%
R10	NATO, Atlantismus	3	4,23%
R11	Verwaltungseffizienz, Recht und Ordnung	0	0,00%
R12	Konflikt, Konfrontation, Wettbewerb	1	1,41%
Summe		57	80,28%

Tabelle 56. Rechte außenpolitisch relevante Aussagen in der Regierungserklärung des Premierministers Jarosław Kaczyński (2006). Eigene Darstellung.

Nummer	Linke Unterkategorien	Anzahl	Anteil
L1	EU: positiv	2	2,82%
L2	Lösung der globalen Probleme der Menschheit	0	0,00%
L3	Sozialstaat: positiv, Entwicklungshilfe	0	0,00%
L4	Das Bild des Staates, soft power	0	0,00%
L5	Armee: negativ	0	0,00%
L6	Umweltschutz, Probleme der Frauen (Neue Politik)	1	1,41%
L7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: negativ	0	0,00%
L8	Traditionelle Moral: negativ	0	0,00%
L9	Multilateralismus, Frieden, internationale Zusammenarbeit	9	12,68%
L10	Versöhnung, Überwindung von Vorurteilen	1	1,41%
L11	Demokratie, neutraler Staat, Menschenrechte	1	1,41%
L12	Kompromiss, soziale Harmonie, transparente Politik, Partizipation der Gesellschaft	0	0,00%
Summe		14	19,72%

Tabelle 57. Linke außenpolitisch relevante Aussagen in der Regierungserklärung des Premierministers Jarosław Kaczyński (2006). Eigene Darstellung.

5.3.4 Präferenzen der Regierung Kaczyński in der Erklärung der Außenministerin Anna Fotyga vom 11. Mai 2007

Nach dem Rücktritt Mellers wurde Anna Fotyga zur Außenministerin Polens ernannt. Die ehemalige Europaabgeordnete war die erste Frau in der polnischen Geschichte, die dieses Amt bekleidete. Vor ihrer Nominierung arbeitete Fotyga seit November 2005 als Staatssekretärin im Außenministerium, wo sie die Einflüsse Mellers ausbalancieren sollte. Anders als ihr Vorgänger war die neue Chefin der polnischen

Diplomatie ein Parteimitglied der PiS. Eine langjährige Bekanntschaft mit den Brüdern Kaczyński machte Fotyga zu einer ihrer engsten Mitarbeiterinnen[865].

Fotyga war weder eine professionelle Diplomatin wie Meller und Rotfeld noch eine Spitzenfigur in ihrer Partei wie Cimoszewicz. Zum Zeitpunkt ihrer Ernennung war sie relativ unbekannt. Da sie zunächst zögerte, wurde sie von den irritierten Mitarbeitern des Ministeriums als „die Dame für eine Stunde" (pani na godzinę) bezeichnet[866]. Die Stärke Fotygas war ihre Treue gegenüber der PiS-Führung, die sich im präzedenzlosen Lob, mit dem sie Jarosław und Lech Kaczyński in der Öffentlichkeit überschüttete, widerspiegelte.

Die Debatte über die polnische Außenpolitik fand im Jahr 2007 besonders spät statt, erst im Mai. Herausragend war auch die Länge der Erklärung von Fotyga. Mit 9788 Wörtern hielt sie die umfangreichste von allen untersuchten jährlichen Reden der Außenminister. Die Debatte im Sejm verfolgten im Gebäude des Parlaments der polnische Präsident Lech Kaczyński und das litauische Staatsoberhaupt Valdas Adamkus.

Schon bei den ersten Worten der Rede ist ein Unterschied zwischen dem von Fotyga und von ihrem Vorgänger benutzten Stil offensichtlich. Mit der Anrede „Herr Präsident der allerhöchsten Republik" wendet sich Fotyga an Lech Kaczyński; Worte, die als stark von nationalen Gefühlen und der Bewunderung für das Staatsoberhaupt geprägt bezeichnet werden können[867]. Aussagen, die, ähnlich wie die oben erwähnte, entweder wegen ihrer Form oder ihren Inhalten der Unterkategorie „Nationale Identität, Geschichte, Mythen" (R7) zugeordnet werden können, werden von Fotyga häufiger getroffen als von früheren Ministern.

Das Leitmotiv ihrer Rede ist die Sicherheit. Es ist zu betonen, dass darunter nicht nur klassische Aspekte der Machtpolitik verstanden werden. Die Ministerin erweitert diesen Begriff, im Einklang mit der politischen Linie der PiS, auf die Probleme der

---

[865] M. Ostrowski, R. Socha, *Dama PiS*, „polityka.pl", 13.07.2006, http://www.polityka.pl/kraj/ludzie/185786,1,fotyga-anna.read (Stand: 10.01.2010).
[866] P. Śmiłowicz, J. Ordyński, *Ministerstwo Spraw Zaległych*, „Rzeczpospolita", 27.07.2006, http://new-arch.rp.pl/artykul/629481_Ministerstwo_Spraw_Zaleglych.html (Stand: 27.03.2009).
[867] A. Fotyga, *Informacja Ministra Spraw Zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2007 r.*, Sejm RP, 11.05.2007, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata5.nsf (Stand: 31.12.2008).

Energiepolitik, ein Thema, das ferner auch als wirtschaftlich bezeichnet werden kann. Die Regierung Kaczyński betrachtet es jedoch in den politischen Kategorien. Polen wollte sich von der Abhängigkeit der russischen Gaslieferungen befreien, die nach der „Orangen Revolution" in der Ukraine unzuverlässig geworden seien. Eine weitere Verschlechterung der russisch-polnischen Beziehungen, die auf die Gaslieferungen Auswirkungen haben könnte, bedingte die geplante Stationierung der Bestandteile des amerikanischen Raketenabwehrsystems auf dem polnischen Gebiet. Nicht ohne Bedeutung waren provokative Tätigkeiten und Kommentare der Kaczyński-Brüder auf der einen und des russischen Präsidenten Putins auf der anderen Seite.

Der Begriff „Energiesicherheit" wurde von der Regierung Kaczyński geopolitisch verstanden. Warschau versuchte, die Lieferungswege zu differenzieren. Polnische Diplomaten, das Staatsoberhaupt und der Premierminister führten aus diesem Grund intensive Gespräche, insbesondere mit den Staaten des Kaukasus (Georgien und Aserbaidschan) und Zentralasiens (vor allem Kasachstan)[868]. Die Zusammenarbeit mit den ausländischen Partnern bei der Entwicklung und der Nutzung der neuen Technologien wird in der Erklärung der Außenministerin nicht erwähnt. Dies spricht für eine Klassifizierung der Überlegungen zu den Problemen der Energie als Beispiele von sicherheitspolitischen Aussagen. Betrachtungen über den Kampf um Ressourcen, denn so ist die Diskussion über die Energiesicherheit zu verstehen, können aus diesem Grund mit der Realpolitik des neunzehnten Jahrhunderts assoziiert werden.

Die polnische Diplomatie unter Fotyga war bestrebt, in der Europäischen Union Unterstützung für die polnischen Pläne im Bereich der energetischen Sicherheit zu gewinnen. Die Regierung Kaczyński forderte die Berücksichtigung der Fragen der Energie in der EU-Solidaritätsklausel. Garantien der Hilfe für die Mitgliedstaaten, die von einer Unterbrechung der Lieferungen der Brennstoffe betroffen sein würden, sollten sidann im Text des neuen Grundvertrags festgeschrieben werden. Polen zählte in diesem Bereich insbesondere auf die Europäische Kommission und auf ihren Vorsitzenden, Jose Manuel Durao Barroso, welcher während der Vorbereitung zu den Verhandlungen der EU mit Russland Verständnis für die Forderungen Warschaus zeigte.

[868] *Ebd.*

Die gute Zusammenarbeit mit Barroso wurde von Fotyga als eine Begründung für Polens Position in der Debatte über eine institutionelle Reform der EU herangezogen, in der die Regierung Kaczyński sich die Stärkung der Europäischen Kommission wünschte[869]. Das Europäische Parlament, dessen Mitglied Fotyga war, wird in ihrer Rede nicht erwähnt. Polen fordert in der Diskussion über den neuen Vertrag ferner eine „klare Bestimmung der Kompetenzen der Union“[870]. Obwohl dieser Gedanke nicht weiter entwickelt wird, spiegelt sich darin die Angst der PiS vor den Eingriffen der Gemeinschaft in Angelegenheiten der Nationalstaaten wider.

Die Diskussion über den neuen Vertrag der EU begann nach der Denkpause von Neuem. Die polnische Regierung, anders als unter anderem die deutsche Präsidentschaft, war der Meinung, dass die neue Regierungskonferenz, während der das Thema erörtert werden sollte, keine Bereiche a priori auslassen dürfe[871]. Dies bedeutete, dass nicht nur über die Verfassung für Europa ohne Verfassungssymbolik gesprochen werden sollte. Die Regierung Kaczyński befand die von den Sozialdemokraten akzeptierte Lösungen für schlecht und wollte daher die Inhalte des Dokuments grundsätzlich verändern.

Zu den kontroversesten Problemen, die unter der sozialdemokratischen Regierung in Polen noch lebhaft diskutiert worden waren, zählte das Abstimmungsverfahren im Europäischen Rat. Wie wichtig diese Frage für die polnischen Konservativen war, zeigte der berühmte Slogan „Nizza oder der Tod“, der von einem damaligen Abgeordneten der Bürgerplattform, Jan Maria Rokita, im September 2003 geprägt wurde[872]. Eine mit großen Schwierigkeiten abgeschlossene Debatte, auf die Außenminister Rotfeld in seiner Rede hinwies, wurde abermals eröffnet[873]. Die PiS nutzte wieder die gleichen Argumente, wie Rokita vier Jahre früher und teilweise auch die SLD. Die polnischen Wähler, die im Volkentscheid im Juni 2003 für die Aufnahme Polens in die EU

---

[869] *Ebd.*
[870] *Ebd.*
[871] *Ebd.*
[872] Wegen des Konflikts mit dem Vorsitzenden der Bürgerplattform, Donald Tusk, kandidierte Rokita im Jahre 2007 nicht mehr in den Parlamentswahlen. Am Tag der Bekanntgabe der Entscheidung von Jan Maria Rokita wurde seine Frau, Nelli Rokita, zur Frauenbeauftragte des Präsidenten Lech Kaczyński ernannt. Sie kandidierte in den Wahlen 2007 aus der Liste der PiS und erwarb einen Sitz im Sejm.
[873] A. D. Rotfeld, *Informacja ministra spraw zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2005 roku*, Sejm RP, 21.01.2005, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 25.12.2008); Vgl.: Kapitel 3.3.7.

abgestimmt hatten, sollen den Prinzipien des Nizza-Vertrags zugestimmt haben[874]. Die Veränderung der Methode der Stimmengewichtung erscheint aus dieser Perspektive undemokratisch und unfair gegenüber den Bürgern[875].

Die Regierung Kaczyński versuchte nicht zu verheimlichen, dass sie das Nizza System aus der Perspektive der polnischen nationalen Interessen für besser hielt. Polen versuchte jedoch zugleich, seine Forderungen als Verteidigung des „Interesses der ganzen Gemeinschaft" zu vermarkten[876]. Interessanterweise wurden unter dem Begriff „ganze Gemeinschaft" die „mittleren und die kleinen Staaten" verstanden[877]. Fotyga argumentiert in ihrer Rede, dass diese Forderungen ein Ausdruck der Sorge Polens um die Demokratie seien[878]. Die Demokratisierung der Union wurde in Warschau, anders als in den in Westeuropa geführten Debatten, kollektiv verstanden (d.h. im Fokus standen die Rechte der Staaten, nicht die der einzelnen Bürger). In diesem Bereich zeigte sich Polen jedoch inkonsequent. Es forderte nicht die gleiche Anzahl der Stimmen für jedes Land, wie es in mehreren internationalen Regierungsorganisationen üblich ist, sondern wünschte sich das Beibehalten des Nizza-Systems, das die Bevölkerungspotenziale der einzelnen Staaten berücksichtigte.

Bemerkenswert in diesem Kontext ist nur die Tatsache, dass der Stimmenanteil Polens im Rahmen des neuen Verfahrens sich im Vergleich mit Nizza nur marginal verschlechtern würde. Polen sollte zwar weniger Stimmen bekommen, die Veränderung war aber gering. Der Stimmenanteil Polens würde von 7,83% auf 7,74% zurückgehen, während das Quadratwurzelverfahren ein Ergebnis von 6,44% liefert[879]. Die Unzufriedenheit Warschaus erscheint unverständlich. Sie kann jedoch auf zweierlei Weise erklärt werden. Der Unterschied zwischen dem Stimmenanteil Polens und Deutschlands wäre erstens größer als im Nizza-Mechanismus. Obwohl die Regierung in Warschau nicht zugab, dass dieser Faktor Einfluss auf ihre Entscheidung hatte, die in den Aussagen der PiS-Politiker genannte Angst vor den „großen Mächten" auf der einen und

[874] Vgl.: Kapitel 4.2.
[875] A. Fotyga, *Informacja Ministra Spraw Zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2007 r.*, Sejm RP, 11.05.2007, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata5.nsf (Stand: 31.12.2008).
[876] *Ebd.*
[877] *Ebd.*
[878] *Ebd.*
[879] M. Stabenow, *Vertrag ohne Balast*, „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 21.06.2007, S. 2.

die kritische Einstellung zu Deutschland auf der anderen Seite bestätigen diese Hypothese.

Zweitens sah der Verfassungsvertrag, beziehungsweise der von der deutschen Präsidentschaft vorgeschlagene Grundvertrag, das Heraufsetzen der Sperrminorität vor. Die aus drei Elementen bestehende Prozedur der Mehrheitsbildung sollte durch eine doppelte Mehrheit ersetzt werden. Die Entscheidungen des Rates der EU, die mit der qualifizierten Mehrheit beschlossen werden müssten, würden dann gültig, wenn ihr mindestens 55% der Mitgliedstaaten mit mindestens 65% der EU-Bevölkerung zustimmen würden. Die dritte Voraussetzung, dass die Staaten, die für den Beschluss stimmten, über mindestens 72% der gewichteten Stimmen verfügen sollten, wurde abgeschafft[880]. Die Opposition gegen Nizza kann aus diesem Grund mit den Ängsten vor der Einschränkung der Fähigkeit Polens, die Entscheidungen zu blockieren, erklärt werden.

Neuer Bestandteil der Erklärung, der in früheren Reden nicht zu finden ist, ist der Euroskeptizismus. Dieser Kategorie können die Überlegungen über den Verfassungsvertrag zugeordnet werden. Sie weisen jedoch keine direkte Kritik an der EU auf, sondern Skepsis gegenüber den Reformen. „Hier, in diesem Lande soll nicht auf schnelle Annahme des Vertrags gedrängt werden“ ist im Text der Ansprache der polnischen Ministerin zu lesen[881]. Fotyga fürchtet, dass beim Drängen auf eine schnelle Ausarbeitung und Ratifizierung die hohe Qualität des Dokuments nicht garantiert werden könne. Die Regierung war mit dem Vertrag anscheinend unzufrieden. Andernfalls würde sie nicht für die Verzögerung der Ratifikation plädieren und von der Bedeutung der guten Qualität seiner Bestimmungen sprechen.

Die polnische Ministerin gibt zu, dass sie mit der symbolischen Dimension des Verfassungsvertrags nicht glücklich sei. Der Begriff „Verfassung“ wird subtil von Fotyga abgelehnt: „Verfassungsvertrag, oder lass ihn uns anders nennen, Grundvertrag ist nicht unabdinglich für die Verbesserung des Entscheidungsprozesses innerhalb der

[880] *The Union's decision-making procedures. The new system of qualified majority voting*, europa.eu, http://europa.eu/scadplus/constitution/doublemajority_en.htm (Stand: 10.01.2010).
[881] A. Fotyga, *Informacja Ministra Spraw Zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2007 r.*, Sejm RP, 11.05.2007, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata5.nsf (Stand: 31.12.2008).

EU“[882]. Warschau wollte die Union reformieren, aber auf andere Weise als die Mehrheit der Mitgliedstaaten. Das Kabinett von Kaczyński strebte die Stärkung der Position Polens an. Das Problem der EU war aus Sicht der polnischen Diplomatie unter Fotyga nicht eine bedrohte Effizienz der Gemeinschaft, sondern ein fehlendes Gefühl der „Gleichberechtigung bei der Gestaltung der Zukunft“ der Union[883]. Die Union sei laut der polnischen Außenministerin durch die Erweiterung gestärkt worden. Die These, dass ihre Institutionen sich in der Krise befänden, lehnt sie ab: „Ganz im Gegenteil, die Union funktioniert sehr gut“[884]. Die euroskeptische Position der national-konservativen verwandle sich in eine Verteidigung des Status quo der europäischen Integration.

Viel Aufmerksamkeit widmet Anna Fotyga der Erweiterung. Polen, ähnlich wie Großbritannien, äußerte sich eindeutig für die Aufnahme der neuen Mitgliedstaaten. Innere Reformen waren für Warschau weniger wichtig oder wurden sogar als eine Bedrohung betrachtet. Die Möglichkeit ihrer Verlangsamung durch neue Erweiterungen schreckte die Regierung Kaczyński nicht vor der Unterstützung der ambitionierten Beitrittspläne der Ukraine, der Türkei, Kroatiens und den Staaten des Kaukasus ab. Fotyga, anders als ihr Vorgänger, erklärt ihre Unterstützung für einzelne Staaten, mit denen Polen besondere Beziehungen unterhalten wolle, weist jedoch nicht auf die Notwendigkeit der Erfüllung der demokratischen Standards bzw. der wirtschaftlichen Kriterien hin. Viel wichtiger seien aus der Sicht Warschaus „historische und vor allem geostrategische“ Faktoren[885]. Aus diesem Grund sind die Aussagen über die Erweiterung der EU der rechten bzw. realistischen Kategorie zuzuordnen.

Obwohl, wegen der Darstellung dieses Problems in den Medien und wegen der Erfahrungen aus Westeuropa, die Unterstützung für die transatlantische Zusammenarbeit mit den konservativen Parteien identifiziert wurde, ist dies beim Vergleich der Erklärung von Anna Fotyga mit den Beiträgen ihrer Vorgänger nicht zu bestätigen. Die Außenministerin widmet einen deutlich geringeren Anteil ihrer Überlegungen den Problemen der NATO und der Partnerschaft mit den USA als Meller, Rotfeld und

[882] *Ebd.*
[883] *Ebd.*
[884] *Ebd.*
[885] *Ebd.*

Cimoszewicz (z. B.: 3,43%: Fotyga 2007, 11,49%: Rotfeld 2005). Unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten waren für die PiS-Regierung weniger wichtig als für die SLD-Regierungen. Die Regierung Kaczyński nahm, trotz der Empörung der EU, Verhandlungen mit Washington über das umstrittene Raketenabwehrsystem auf. Die Situation erinnert an die Entscheidung von Leszek Miller und Aleksander Kwaśniewski für die Teilnahme Polens am Irakeinsatz. Es ist daher zu vermuten, dass der geringe Anteil der Aussagen über eine transatlantische Zusammenarbeit durch die Verschiebung des Interesses der internationalen Öffentlichkeit weg vom Kampf gegen den Terror, aber nicht durch das geringere Interesse an der Partnerschaft mit den USA zu erklären ist.

Die Belastung der Beziehungen mit Deutschland durch historische Debatten spiegelt sich auch in der Erklärung Fotygas wider. Die Ministerin verurteilt die Pläne zur Eröffnung des Zentrums gegen Vertreibungen. Sie fordert zudem die gleichen Rechte für die Polen in Deutschland, wie sie die deutsche Minderheit in Polen besitzt[886]. Explizit werden auch Missverständnisse auf dem Gebiet der Energiepolitik angesprochen. Die Regierung Kaczyński bezeichnet die Ostsee-Pipeline (Nordstream) als „unbegründet" und lehnt die Vorschläge von Angela Merkel, sich an ihr anzuschließen, ab[887].

Die Erklärung Fotygas ist repräsentativ für die Rhetorik der PiS-Regierungen. Das wichtigste Ziel der polnischen Europapolitik im Spiegel der Rede der Außenministerin sei die Sicherung der Energielieferungen. Mit den Problemen der Energiesicherheit waren auch die Aspekte der gemeinsamen Politik gegenüber Russland verbunden. Auf diesem Gebiet wünsche sich Polen eine engere Zusammenarbeit aller Mitgliedstaaten, wodurch die Position eines jeden von ihnen in den Gesprächen mit Moskau gestärkt werden würde. Warschau setze sich für die breitmöglichste Erweiterung der Europäischen Union ein. In die Gemeinschaft sollen aus der Sicht Polens in erster Linie die Staaten aufgenommen werden, mit denen Warschau selbst besondere Beziehungen habe, wie die Ukraine, Kroatien und Georgien. Trotz der Kontroversen

[886] *Ebd.*
[887] *Ebd.*

innerhalb der PiS unterstützte die Regierung Kaczyński auch den EU-Beitritt der Türkei[888].

Bezüglich der Energiepolitik und der Erweiterungsdiskussion gehen die Forderungen Polens weit über die offizielle Position der Union hinaus. Die Einstellung zur Reform der EU ist zugleich kritisch. Polen identifiziere andere Probleme als Schwächen der Gemeinschaft eher als die Mehrheit der westeuropäischen Partner. Das größte Problem bilde nicht die mangelnde Effizienz, sondern die zu schwache Position einiger Mitgliedstaaten innerhalb des Entscheidungsmechanismus. Wie weitere Aspekte der Europapolitik werde auch der polnische Beitrag zur Diskussion über den neuen Grundvertag den nationalen Interessen des Staates untergeordnet.

Die Erklärung Fotygas weicht aufgrund des hohen Anteils der rechten quasi-Sentences von der Ausrichtung der früheren Reden ab. Quantitativ werden sie jedoch durch zahlreiche Aussagen der Unterkategorie „Multilateralismus, Frieden und internationale Zusammenarbeit“ (L9) ausbalanciert. Ihre häufige Anwendung kann, analog zu der Rede Rotfelds, als eine Art von window-dressing interpretiert werden. Es ist ferner eine Konsequenz der Intensivierung der bilateralen Beziehungen Polens zu den einzelnen Staaten Mittelosteuropas und des Kaukasus.

Die Rede von Anna Fotyga spiegelt die Parteilinie der PiS besser wider als die Erklärung ihres Vorgängers. Sie unterscheidet sich deutlich von den Reden der sozialdemokratischen Außenminister. Ob jedoch eine vollkommen neue Konzeption der polnischen Politik vorliegt, kann allein anhand dieses Dokuments nicht bewertet werden. Ihr ideologischer Charakter wurde durch den passiven diplomatischen Stil, der das Gemeinsame betont und auf das Konkrete verzichtet, entschärft **(P=6,2)**. Die Erklärung von Anna Fotyga zur Außenpolitik Polens aus dem Jahr 2007 sagt weniger über die außenpolitischen Präferenzen der PiS aus, als man sich wünscht. Ihre Analyse mit der Hilfe des Verfahrens, das zur Ermittlung des P-Indexes angewendet wird, bestätigt jedoch die These über eine Verschiebung der ideologischen Ausrichtung der polnischen Außenpolitik zugunsten der rechten bzw. der realistischen Inhalte.

[888] *Ebd.*

Nummer	Rechte Unterkategorien	Anzahl	Anteil
R1	EU: negativ	7	1,50%
R2	Stärkung der Position des Staates, nationale Interessen	50	10,71%
R3	Wirtschaft: positiv	55	11,78%
R4	Äußere Sicherheit	72	15,42%
R5	Armee: positiv	0	0%
R6	Landwirtschaft: positiv	0	0%
R7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: positiv	33	7,07%
R8	Traditionelle Moral: positiv	5	1,07%
R9	Besondere Bedeutung der bilateralen Beziehungen	2	0,43%
R10	NATO, Atlantismus	16	3,43%
R11	Verwaltungseffizienz, Recht und Ordnung	6	1,28%
R12	Konflikt, Konfrontation, Wettbewerb	2	0,43%
Summe		248	53,10%

Tabelle 58. Rechte Aussagen in der Erklärung der Außenministerin Polens, Anna Fotyga, zur Außenpolitik Polens (2007). Eigene Darstellung.

Nummer	Linke Unterkategorien	Anzahl	Anteil
L1	EU: positiv	15	3,21%
L2	Lösung der globalen Probleme der Menschheit	14	3,00%
L3	Sozialstaat: positiv, Entwicklungshilfe	19	4,07%
L4	Das Bild des Staates, soft power	6	1,28%
L5	Armee: negativ	0	0,00%
L6	Umweltschutz, Probleme der Frauen (Neue Politik)	2	0,43%
L7	Nationale Identität, Geschichte, Mythen: negativ	0	0,00%
L8	Traditionelle Moral: negativ	0	0,00%
L9	Multilateralismus, Frieden, internationale Zusammenarbeit	129	27,62%
L10	Versöhnung, Überwindung von Vorurteilen	4	0,86%
L11	Demokratie, neutraler Staat, Menschenrechte	22	4,71%
L12	Kompromiss, soziale Harmonie, transparente Politik, Partizipation der Gesellschaft	8	1,71%
Summe		219	46,90%

Tabelle 59. Linke Aussagen in der Erklärung der Außenministerin Polens, Anna Fotyga, zur Außenpolitik Polens (2007). Eigene Darstellung.

5.4 Die außen- und europapolitischen Präferenzen der PiS: Auswertung der Interviews

Unter den Vertretern des nationalkonservativen Lagers wird im Durchschnitt eine höhere Zustimmung für realistische Thesen festgestellt als bei den Sozialdemokraten. Die Politiker der PiS setzen auf die eigenen Kräfte des Staates. Sie vertrauen mehr auf einen großen Verbündeten als auf die multilateralen Strukturen. Die polnischen Rechten halten eine Überwindung des Egoismus der einzelnen Akteure in den Internationalen Beziehungen, um durch eine solidarische Kooperation die Profite für alle Beteiligten zu

erhöhen, für unmöglich[889]. Aus diesem Grund lehnen sie kooperative Strategien ab und versuchen, eigene Payoffs in kurzer Frist durch nichtkooperatives Spielen zu maximieren.

5.4.1 Prioritäten der polnischen Außenpolitik

Die polnischen Nationalkonservativen identifizieren neun Probleme, auf die sich ihrer Meinung nach die polnische Außenpolitik konzentrieren solle. Sechs von acht Befragten nennen die Stärkung der Position Polens in der Europäischen Union und den Ausbau der transatlantischen Beziehungen als erstrebenswerte Ziele. Der zweite Punkt wird unterschiedlich formuliert. Neben denjenigen, die für die transatlantische Zusammenarbeit plädieren, gibt es andere, die konkret auf die Bedeutung der bilateralen polnisch-amerikanischen Partnerschaft beziehungsweise der multilateralen Zusammenarbeit in der NATO hinweisen. Von der Forderung der Stärkung der Stellung Polens in der EU sei die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten der EU zu differenzieren. Diese Aussage, die von einem Interviewten getroffen wurde, bezieht sich nicht auf die Position Polens innerhalb der Gemeinschaft, sondern auf die Beziehungen mit ihren einzelnen Mitgliedstaaten.

Für die Verbesserung der Position Polens in den Strukturen der EU sprechen sich auch die Sozialdemokraten aus. In dieser Hinsicht unterscheiden sich die beiden Gruppen nicht voneinander. Die Linken betonen jedoch gleichzeitig die Stärkung der europäischen Institutionen selbst, was die Rechten in ihren Aussagen nicht erwähnen.

Neben den zwei angesprochenen Prioritäten sehen die Nationalkonservativen die Entwicklung der Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn Polens als wichtig für die polnischen Interessen an. In diesem Kontext wird in erster Linie die Ukraine genannt. Zu den strategischen Partnern Polens sollen laut der PiS auch Georgien, Aserbaidschan und Kasachstan zählen. Die Stärkung der Souveränität dieser Staaten werde die Aufmerksamkeit Russlands diversifizieren und auf diese Weise zur Milderung der Politik Moskaus gegenüber Warschau beitragen. Eine enge Zusammenarbeit mit den Partnern

[889] Vgl.: Kapitel 2.3.6.

aus dem Kaukasus und aus Zentralasien sei aus Sicht der Nationalkonservativen ein Mittel zur Verwirklichung eines weiteren bedeutenden Ziels der polnischen Außenpolitik: die Sicherung der Lieferungen von fossilen Energieträgern. Aus den Aussagen der Befragten ist zu schließen, dass dies auf zweierlei Weise erreicht werden kann. Erstens durch die schon erwähnte Diversifizierung der Aufmerksamkeit Russlands, was zur Verbesserung der polnischen Verhandlungsposition beitragen solle. Zweitens solle Polen zusammen mit den ehemaligen südlichen Teilrepubliken der Sowjetunion neue Lieferungswege ausbauen.

Weitere Ziele der polnischen Außenpolitik neben den vier oben genannten werden von den einzelnen Befragten geäußert. Der Wunsch nach der Entwicklung Polens zu einem „starken und großen Staat" kann mit der Forderung nach dem Anstreben der führenden Rolle in Mittel- und Osteuropa verbunden werden. Beide Punkte drücken realistische Denkweisen aus und sind letztlich auf die Verteidigung der staatlichen Souveränität zurückzuführen. Als Ausdruck des politischen Realismus ist auch die postulierte Unterstützung der Interessen der Auslandspolen zu verstehen[890]. Die Förderung der nationalen Identität der polnischstämmigen Bevölkerung im Ausland werde die Verhandlungsposition Polens verbessern, da Warschau sodann über eine emotional an den polnischen Staat gebundene Lobbygruppe verfüge.

Mehrere Befragte zählen zu den Prioritäten polnischer Außenpolitik auch die Beziehungen mit den Nachbarn. Nur eine Person fügt hinzu, dass sie darunter den Ausbau der Partnerschaft mit Deutschland verstehe. Die anderen betonen, dass sie sich auf Kontakte mit den Staaten, die östlich von Polen liegen, konzentrieren möchten. Russland findet unter den wichtigsten Partnern Warschaus in dieser Region ferner erwähnung, ist jedoch für die Nationalkonservativen mehr ein Faktor, der bei der Gestaltung der Ostpolitik berücksichtigt werden muss, als ein Partner, mit dem eine intensive Zusammenarbeit entwickelt werden kann. Die Chancen einer solchen auf Vertrauen basierenden Partnerschaft mit Moskau sind aus der Sicht der Politiker der PiS gering.

[890] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Beata Kempa (PiS)*.

	Priorität	Anzahl der Befragten, die einzelne Prioritäten erwähnten	Relative Häufigkeit
1	Starke NATO, gute transatlantische Beziehungen, Partnerschaft mit den USA	6	25,00%
2	Starke Position Polens in der EU	6	25,00%
3	Beziehungen mit den östlichen Nachbarn	5	20,83%
4	Polen als großer und starker Staat	1	4,17%
5	Wirtschaft und energetische Sicherheit	2	8,33%
6	Förderung der Interessen der Auslandspolen	1	4,17%
7	Führende Position Polens in Mittel- und Osteuropa	1	4,17%
8	Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten der EU	1	4,17%
9	Deutsch-polnische Beziehungen	1	4,17%
	Summe:	24	100%

Tabelle 60. Die Antworten der nationalkonservativen Politiker auf die Frage 1 (Prioritäten der polnischen Außenpolitik). Statistik.

Weitere interessante Informationen über die nationalkonservative Wahrnehmung polnischer Außenpolitik liefern die Antworten auf Frage zehn, die einen geschlossenen Charakter hat. Hier werden beinahe gegensätzliche Ergebnisse im Vergleich zur Befragung der Sozialdemokraten verzeichnet. Die größte Anzahl der Interviewten nennt als das wichtigste Ziel Polens den „Ausbau des polnischen Potentials, um weniger abhängig von den ausländischen Nachbarn zu werden“. Der Wert des T-Indexes für dieses Merkmal beträgt 0,29 und ist vergleichbar mit der Wärme der Einstellung der Linken zur Vertiefung der europäischen Integration (SLD: T=0,3). Der zweite Platz in der Hierarchie der außenpolitischen Prioritäten der PiS gehört den Beziehungen mit den Vereinigten Staaten (T=0,24). Die Partnerschaft mit den USA hat eindeutig Vorrang vor den Partnerschaften mit Deutschland (T=0,2) und Russland (T=0,15). Obwohl der Wert

des Temperaturindexes für Deutschland höher ist, ist bei der Klassifizierung der Importanz der Zusammenarbeit mit diesem Land eine größere Streuung der Antworten erkennbar als im Falle von Russland. Als eine negative Priorität bezeichnet die Mehrheit der Interviewten die Vertiefung der europäischen Integration. Nur einer der Politiker klassifiziert diese Priorität als zweitwichtigstes Ziel. Dies spiegelt sich in dem Wert des T-Indexes von 0,1 wider.

	1. Rang	2. Rang	3. Rang	4. Rang	5. Rang
Beitrag zur Stärkung der EU	0	1	0	0	6*
Partnerschaftliche Beziehungen mit Deutschland	2	0	1	3*	0
Partnerschaftliche Beziehungen mit den Vereinigten Staaten	0	5*	1	0	0
Partnerschaftliche Beziehungen mit Russland	1	0	2*	2*	0
Ausbau des polnischen Potenzials, um vom Ausland unabhängiger zu werden	5*	0	1	0	0

Tabelle 61. Antworten der nationalkonservativen Politiker auf die Frage 10 (Rangordnung der vorgeschlagenen theoretischen Prioritäten polnischer Außenpolitik).

Die Antworten auf geschlossene Fragen weisen darauf hin, dass eine Verbesserung der Position Polens in der Europäischen Union, welche die Nationalkonservativen zu den wichtigsten Zielen polnischer Außenpolitik zählen, nicht durch das Engagement für die Vertiefung der Integration erreicht werden solle. Eine Stärkung der EU auf Kosten der Kompetenzen der Mitgliedstaaten sei für die PiS inakzeptabel. Karol Karski, der ehemalige Staatssekretär im Außenministerium in der Regierung Kaczyński, betont, dass die Europäische Union eine Form der internationalen Zusammenarbeit sei und kein Bundestaat. Sollte die Stärkung der Union zur Abschaffung der Nationalstaaten führen, müsse Polen umgehend die Gemeinschaft verlassen[891].

Angenommen, es gibt Gemeinsamkeiten zwischen den rechten und den realistischen Positionen, ist eine fast einstimmige Zustimmung für die Stärkung des polnischen Potentials nicht überraschend. Während der Durchführung der Interviews wurde festgestellt, dass für einzelne Befragte diese Aussage sogar offensichtlich war. Kazimierz Michał Ujazdowski, der ehemalige Kulturminister in den Regierungen von Marcinkiewicz und Kaczyński, zeigte sich irritiert darüber, dass die Frage überhaupt eine Ablehnung der Aussage über den Ausbau des eigenen Potenzials zulässt[892]. Laut Ujazdowski werde „jeder vernünftige Politiker" die Stärkung der eigenen Kräfte als sein oberstes Ziel anerkennen, um unabhängiger von den ausländischen Partnern zu sein; vorausgesetzt, dass mehr Unabhängigkeit von den ausländischen Partnern nicht unweigerlich zum Isolationismus führe[893].

Bemerkenswert ist die hohe Gewichtung der polnisch-amerikanischen Beziehungen durch die befragten Nationalkonservativen. Die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten verbinden die Vertreter der PiS mit einer garantierten äußeren Sicherheit Polens. Ihre wirtschaftlichen Aspekte haben für sie geringere Bedeutung. Die hohe Gewichtung der Kooperation mit den USA geht mit der Überzeugung von der Wichtigkeit der Souveränität einher. Die Ergebnisse der Umfragen liefern empirische Argumente für die Klassifizierung der positiven Wahrnehmung der transatlantischen Beziehungen als ein Merkmal der rechten bzw. der realistischen Außenpolitik.

---

[891] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Karol Karski (PiS)*.
[892] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Kazimierz Michał Ujazdowski (ehem. PiS)*.
[893] *Ebd.*

5.4.2 Prioritäten Polens in der Europäischen Union

Aus den Antworten der Befragten auf Frage zwei ist zu schließen, dass die polnischen Nationalkonservativen sich nicht über die Ziele einig sind, die sie in der Europäischen Union anstreben wollen. Auf eine große Vielfalt der Ideen weist die Tatsache hin, dass fünfzehn unterschiedliche Prioritäten genannt werden (im Vergleich: neun bei der allgemeinen Außenpolitik). Lediglich zwei von ihnen werden von jeweils vier Personen erwähnt. Weitere vier Punkte sprechen jeweils zwei Personen an. Neun Aspekte sind nur für einzelne Befragte von Relevanz.

Die folgenden zwei Aspekte zählen die rechten Politikern am häufigsten zu den wichtigsten Zielen Polens in der EU: zum einen die Stärkung der Position Warschaus in der Gemeinschaft, zum anderen der Ausbau der östlichen Dimension der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Beide Punkte stimmen mit den Prioritäten der polnischen Außenpolitik überein, welche die Interviewten in Frage eins bestimmten. Interessant ist nur die Tatsache, dass die transatlantische Orientierung der PiS keine Entsprechung auf der Liste der erstrebenswerten Prioritäten Polens in der EU aus Sicht der Nationalkonservativen findet. Nur eine Person nennt die Gestaltung einer „konstruktiven Politik der EU gegenüber den USA“[894]. Dies kann durch die Präferenz für direkte Formen der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten, wie die bilaterale Partnerschaft und die NATO, erklärt werden. Die Europäische Union sei in den Augen der polnischen Rechten anscheinend ein überflüssiger Vermittler, ohne den sich Polen und die USA besser verstehen können. Die Beteiligung der EU an den Gesprächen verlangsame nur die Prozesse und verursache zusätzliche Kosten.

Zwei Gesprächspartner betonen die Bedeutung der gemeinsamen Politik gegenüber Russland und der Solidaritätsklausel, was sich wiederum auf die Beziehungen mit den östlichen Nachbarn bezieht. Als ein Teil der Ostpolitik ist auch die von Beata Kempa vorgeschlagene Förderung der Unabhängigkeits- und

[894] *Fragebogen ausgefüllt von Konrad Szymański (PiS).*

Demokratisierungsbewegungen zu verstehen[895]. Durch die Stärkung der Souveränität der ehemaligen sowjetischen Teilrepubliken wollen die Nationalkonservativen die Position Polens in den Verhandlungen mit Moskau stärken, worauf eine bereits zitierte Aussage von Paweł Poncyljusz hinweist[896].

Zwei Befragte fordern zudem eine aktivere Teilnahme Polens an den Politiken der EU. Auf diese Weise solle, neben dem Ausbau der institutionellen Position Polens in der EU, eine Stärkung seiner Rolle innerhalb der Gemeinschaft erfolgen.

Die Nationalkonservativen sind sich mit den Sozialdemokraten über die Notwendigkeit der Sicherung einer maximalen Nutzung der Strukturfonds einig. Ähnlich wie die Linken wollen sie finanzielle Mittel der Gemeinschaft für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Polens nutzen. Die Sorgen der PiS um die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur führen zum Skeptizismus gegenüber der Umweltpolitik der Union. Zwei Personen, welche auf dieses Problem eingehen, beschränken sich nicht auf die Kritik an den Beschränkungen des CO_2-Ausstoßes (dies wird auch von einer Vertreterin der Linken zum Ausdruck gebracht). Die Vertreter der PiS identifizieren die über die Maßen rigorosen Umweltnormen, welche den Straßenbau in Polen verlangsamen, als Bremse für die wirtschaftliche Entwicklung Polens. Auf dieses Problem weisen der ehemalige Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Paweł Poncyljusz[897], und der Abgeordnete der PiS, Marek Suski[898], hin. Ersterer konnte als Staatssekretär selbst den Streit über eine Umgehungsstraße von Augustów beobachten, deren Bau von den Protesten der Umweltbewegungen und der Europäischen Kommission blockiert wurde[899]. Beide Befragten fordern von der polnischen Politik den Einsatz für die Einschränkung der Eingriffsmöglichkeiten der EU in die Umweltpolitik der Mitgliedsstaaten. Ein weiterer Interviewter sieht den allgemeinen Abbau der Befugnisse der Brüsseler Bürokratie als wünschenswert an.

---

[895] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Beata Kempa (PiS)*.
[896] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Paweł Poncyljusz (PiS)*.
[897] *Ebd.*
[898] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Marek Suski (PiS)*.
[899] J. Medek, K. Niklewicz, *Augustów idzie na wojnę. Ekolodzy stanęli obozem*, „wyborcza.pl", 31.07.2007, http://wyborcza.pl/1,83128,4352254.html (Stand: 10.01.2010).

Zu den wirtschaftlichen Zielen gehöre die Förderung des wirtschaftlichen Liberalismus innerhalb der Europäischen Union, worauf der ehemalige Sprecher der Kaczyński-Regierung, Jan Dziedziczak, hinweist[900]. Hier wird jedoch ein eindeutiger Unterschied im Vergleich mit den Sozialdemokraten ersichtlich. Die liberale Einstellung Dziedziczaks wie auch die vom PiS-Europaabgeordneten Konrad Szymański geforderten „gleichen Rechte auf dem gemeinsamen Markt" scheinen ferner der Logik des europaweiten Interventionismus in Form von Strukturfonds, den die Kaczyński-Partei begrüßt, zu widersprechen[901].

Eine weitere Gruppe bilden die Aussagen, die sich auf Probleme der Werte und der Kultur beziehen. Die Ziele polnischer Europapolitik, die dieser Kategorie untergeordnet sind, werden negativ formuliert, das heißt, sie beinhalten eine Forderung der Nichtintervention der EU. Anders als die Linken[902] wollen die Rechten den Erhalt der Autonomie der Mitgliedstaaten im Bereich der „Weltanschauungsfragen" garantieren. Solche Erscheinungen wie Abtreibung, Euthanasie und die gleichgeschlechtliche Ehe lehnen sie als „unpassend zur polnischen Kultur" ab. Ihrer Meinung nach verhindern die Unterschiede, die in diesen Bereichen zwischen Polen und den Staaten Westeuropas auftreten, die Entwicklung von einheitlichen europaweit geltenden Normen. Diese Auffassung teilt auch der interviewte Vertreter der mitregierenden Bauernpartei PSL und Vorsitzende des Europa-Ausschusses des polnischen Sejms[903] Andrzej Grzyb[904].

Die Politiker der PiS fordern von der polnischen Europapolitik die Verteidigung der christlichen Werte, die sie als Fundament der europäischen Integration betrachten[905]. Diesen Aspekt artikuliert insbesondere Jan Dziedziczak. Die ehemalige Staatssekretärin im Justizministerium, Beata Kempa, spricht stattdessen von einer „slawischen Identität", die in der Gemeinschaft bewahrt werden müsse[906].

---

[900] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Jan Dziedziczak (PiS)*.
[901] *Fragebogen ausgefüllt von Konrad Szymański (PiS)*.
[902] Vgl.: K. Marcinkiewicz, *Interview mit Joanna Senyszyn (SLD)*; K. Marcinkiewicz, *Interview mit Katarzyna Matuszewska (UP)*.
[903] Andrzej Grzyb (PSL) bekleidete das Amt des Vorsitzenden des Europa-Ausschusses bis zu seiner Wahl zum Europaabgeordneten im Juni 2009.
[904] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Andrzej Grzyb (PSL)*.
[905] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Jan Dziedziczak (PiS)*.
[906] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Beata Kempa (PiS)*.

Die Vision für diese Europapolitik Polens der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ lässt sich in drei Punkten zusammenfassen. Am wichtigsten ist für die Nationalkonservativen die Stärkung der Position des eigenen Landes in der Gemeinschaft. Polen solle von den anderen Mitgliedern als eine der sechs größten Mächte anerkannt werden[907]. Gleichzeitig müsse sich Warschau an mehreren politischen Initiativen beteiligen, um seine Rolle zu bestätigen. Polen müsse gut vernetzt und wirtschaftlich stark sein, da in der EU, so die Nationalkonservativen, trotz anderslautender Deklarationen ein brutaler Kampf stattfände, bei dem keine Rücksicht auf die Schwachen genommen werde[908].

Der wichtigste Bereich der auswärtigen Tätigkeit der EU ist für die Vertreter der PiS die Ostpolitik. In deren Rahmen habe die polnische Diplomatie eine Chance, die besonderen Kenntnisse der Region zu nutzen und auf diese Weise ihre eigene Position innerhalb der Gemeinschaft zu stärken. Polen sei bedingt durch seine geographische Lage und die historischen Erfahrungen für die Rolle des Osteuropaexperten prädestiniert. Als führender Staat bei Kontakten mit den osteuropäischen Partnern müsse Warschau dafür sorgen, dass die Politik der EU die Interessen, die Unabhängigkeit und die Demokratisierung der ehemaligen sowjetischen Teilrepubliken fördert. Notwendig sei ferner auch ein solidarisches Auftreten gegenüber Russland und eine gemeinsame Sicherung der Lieferungen der fossilen Brennstoffe.

Als dritten Punkt stellt sich die PiS die EU in erster Linie als eine besondere Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der einzelnen Staaten vor. Es wäre aus Sicht der Nationalkonservativen am besten, wenn diese Kooperation durch christliche Werte verstärkt wäre. Dies scheint jedoch unmöglich. Kulturelle Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten seien unüberbrückbar. Ein Kompromiss, insbesondere im Bereich der Weltanschauungsfragen, müsse den Verzicht auf wichtige moralische Werte bedeuten. Aus diesem Grund wäre es besser, die Kompetenzen der EU möglichst eng zu definieren. Das gleiche gilt für den Umweltschutz und die übermäßige Regulierung der wirtschaftlichen Aktivitäten. Diese Normen wurden in einem anderen wirtschaftlichen

[907] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Marek Suski (PiS)*.
[908] Interessant in diesem Kontext sind die Bemerkungen von Paweł Poncyljusz. Vgl.: K. Marcinkiewicz, *Interview mit Paweł Poncyljusz (PiS)*.

und kulturellen Kontext in Westeuropa entwickelt. Ihre Anwendung in Polen bremse das Wirtschaftswachstum und verlangsame die Modernisierung des Staates. Auch in diesem Bereich muss die EU folglich zurückgedrängt werden. Kurz gesagt, eine Union mit weniger Kompetenzen wäre nach Meinung der PiS vorteilhaft für Polen.

	Priorität	Anzahl der Befragten, die einzelne Prioritäten erwähnten	Relative Häufigkeit
1	Wirtschaftsunion, Förderung des wirtschaftlichen Liberalismus	1	4,00%
2	Autonomie der Mitgliedsstaaten in Weltanschauungsfragen	1	4,00%
3	Christliche Werte	1	4,00%
4	Ausbau der Position Polens in der EU	4	16,00%
5	Ostpolitik	4	16,00%
6	Vorbereitungen auf polnische Präsidentschaft	1	4,00%
7	Erhalten der slawischen Identität	1	4,00%
8	Gemeinsame Politik gegenüber Russland, Nutzung der Solidaritätsklausel im Kontext der Energiepolitik	2	8,00%
9	Unterstützung für die Unabhängigkeits- und Demokratisierungsbewegungen im Ausland	1	4,00%
10	Sicherung der längst möglichen Nutzung der Strukturfonds, Modernisierung des Landes	2	8,00%

11	Liberalisierung der Umweltpolitik der EU (CO_2-Ausstoß, Straßenbau)	2	8,00%
12	Gestaltung der konstruktiven Politik der EU gegenüber den USA	1	4,00%
13	Gleichberechtigung Polens auf dem gemeinsamen Markt	1	4,00%
14	Aktive Teilnahme an unterschiedlichen Politiken der EU und Initiierung der neuen Politiken	2	8,00%
15	Einschränkung des Einflusses der Brüsseler Bürokratie	1	4,00%
	Summe:	25	100%

Tabelle 62. Antworten der nationalkonservativen Politiker auf die Frage 2 (Prioritären Polens in der EU). Statistik.

5.4.3 Bilanz der sozialdemokratischen Regierungen 2001-2005

Die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ entwickelte sich zur großen politischen Kraft in der Schlussphase der vierjährigen Periode der sozialdemokratischen Mehrheit. Zu den Erfolgsfaktoren der Nationalkonservativen zählte die harte Antikorruptionsrhetorik, die sich in erster Linie gegen die SLD richtete. Die immer größere Beliebtheit der Kaczyński-Brüder ging mit den sinkenden Umfragewerten der Linken einher. Beide politischen Bewegungen stellten sich in den Medien gegensätzlich dar. Wie wichtig das Feindbild der SLD für die Identität der PiS-Mitglieder war, zeigt die Gegenfrage eines Vertreters der „Recht und Gerechtigkeit“, ob seine Bewertung der Außenpolitik der sozialdemokratischen Regierungen politisch oder objektiv sein solle.

Angesichts des in der Öffentlichkeitsarbeit der Nationalkonservativen betonten Konflikts mit dem Bündnis der Demokratischen Linken überrascht eine negative Bewertung der Außen- und Europapolitik Polens in den Jahren 2001 bis 2005 nicht. Die

verbale Kritik wird jedoch interessanterweise weniger von einer negativen Bewertung innerhalb einer geschlossenen Skala begleitet. Vergleicht man die Meinung der Rechten über die Politik der Linken mit den Aussagen der Sozialdemokraten über die außenpolitische Tätigkeit der Regierungen von Marcinkiewicz und Kaczyński, ist festzustellen, dass sich die Vertreter der PiS verständnisvoller zeigen. Auf einer Skala von „sehr schlecht" bis „sehr gut" bewerten die Nationalkonservativen die SLD am häufigsten mit der zweitschlechtesten Note. Einer der Befragten bezeichnete die Außenpolitik der Sozialdemokraten als „weder schlecht noch gut", und einer war sogar der Meinung, dass sie „gut" gewesen sei.

Die Kritik der „Recht und Gerechtigkeit" beschränkt sich nicht nur auf die sozialdemokratischen Regierungen. Mehrere Befragte sind der Ansicht, dass die SLD die negativen Tendenzen, die es seit dem Jahre 1989 in der polnischen Außenpolitik gebe, fortsetzte. Die Beziehungen, insbesondere zur Europäischen Union, seien in der ganzen Zeit dieser Periode durch Nachgiebigkeit geprägt gewesen. Die nacheinander folgenden Regierungen akzeptierten widerstandslos alle Bedingungen der Gemeinschaft. Verantwortlich für dieses Verhalten seien aus Sicht der PiS die Minderwertigkeitsgefühle der polnischen Politiker gewesen. Dieser Vorwurf richtet sich insbesondere gegen die Linken, welche sich angeblich durch Unterwürfigkeit die Vergebung ihrer „Sünde" des Kommunismus sichern wollten. Der wahre Grund des Eurooptimusmus sei der Tausch von Zustimmung für die für Polen ungünstigen Entscheidungen gegen die symbolische Stärkung des Selbstwertgefühls[909], so die Interpretation der PiS. Die Sozialdemokraten haben zudem versucht, alle zugänglichen Ämter in der EU mit „ihren Leuten" zu besetzen[910]. Diese Motivation habe hinter der Beschleunigung der Verhandlungen über die Aufnahme Polens in die EU gestanden. Zu den negativen Konsequenzen einer solchen Politik habe ferner die unzureichende Sicherung der polnischen Interessen in den Beitrittsdokumenten gezählt.

Jan Dziedziczak zieht die ökonomischen Kategorien heran, um die Kritikpunkte der PiS gegenüber der SLD zu beschreiben. Die übermäßige Kompromissbereitschaft der

[909] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Jan Dziedziczak (PiS)*.
[910] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Paweł Poncyljusz (PiS)*; K. Marcinkiewicz, *Interview mit Jan Dziedziczak (PiS)*.

Sozialdemokraten habe die polnischen Verhandlungspositionen geschwächt. Polen habe über die Reputation eines nachgiebigen Gesprächspartners verfügt, was systematisch zur Überteuerung des politischen Angebots Brüssels geführt habe. Geschlossene Kompromisse haben der Union überproportional höhere Renten gesichert im Vergleich mit der Rente des Konsumenten der „Integrationsprodukte" Polens[911].

Die Außenpolitik der Linken sei „nichtsouverän" und passiv gewesen. Im Gegensatz dazu habe die PiS ein nicht näher konkretisiertes Konzept der „aktiven Politik" entwickelt[912]. Die auswärtige Tätigkeit der Sozialdemokraten sei ausschließlich ihren Interessen und den Interessen nahestehender Unternehmern untergeordnet worden[913]. Die Auswirkungen für Polen seien im besten Fall neutral gewesen. Die SLD habe die Öffentlichkeit nicht über die wahren Ziele der EU informiert, zu denen die Verwirklichung der Interessen der Staaten Westeuropas gehöre. Hinter der idealistischen Rhetorik stehe das realistische Kalkül der großen Mächte des Kontinents. Die SLD habe dies vor der Gesellschaft geheim gehalten und sich auf die Maximierung der eigenen privaten Gewinne fokussiert.

Für gut erachten die Nationalkonservativen in der sozialdemokratischen Außen- und Europapolitik zwei Punkte. Zum einen sei die Aufnahme Polens in die EU in die Amtszeit Millers gefallen[914]. Zum anderen haben die Linken die positiven Aspekte der polnischen Außenpolitik nach dem Jahre 1989 nicht zerstört. Damit sind sowohl die allgemeine Westorientierung als auch die besonderen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten gemeint. In beiden Fällen schätzten die Rechten eher das, was die Linken nicht machten, als ihre Initiativen.

Interessanterweise werfen die Vertreter der PiS den Sozialdemokraten, ähnlich wie die Sozialdemokraten ihnen, Inkompetenz vor[915]. Das Land sei auf die Erweiterung nicht vorbereitet gewesen. Zu wenig sei in die Erhöhung der Kompetenzen der Beamten

---

[911] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Jan Dziedziczak (PiS)*.
[912] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Kazimierz Michał Ujazdowski (ehem. PiS)*; *„Europa solidarnych narodów" – Program polityki europejskiej Prawa i Sprawiedliwości* [in:] I. Słodkowska, M. Dołbakowska (Hrsg.), *Eurowybory 2004. Kandydaci i programy*, ISP PAN Warszawa 2005, S. 120; Vgl.: Kapitel 5.2.2.
[913] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Marek Suski (PiS)*.
[914] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Karol Karski (PiS)*; K. Marcinkiewicz, *Interview mit Beata Kempa (PiS)*.
[915] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Karol Karski (PiS)*.

investiert worden. Polnische Diplomaten, die teilweise noch zur Zeit des Kommunismus im Außenministerium eingestellt worden seien, haben angeblich Probleme mit den komplexen Strukturen der Union gehabt. Sie haben nichts Neues vorgeschlagen, sondern sich an das Verhalten der anderen angepasst. Am schlimmsten sei in dieser Hinsicht die „Übergangsregierung" von Belka gewesen[916]. Das Kabinett Miller hingegen wird aufgrund seiner „selbstbewussteren" Politik besser bewertet.

Zusammenfassend sind die Nationalkonservativen der Außen- und Europapolitik den Sozialdemokraten gegenüber moderat kritisch eingestellt. Zu ihren positiven Seiten zählen sie die Unterstützung für den Irakkrieg und den Abschluss des Prozesses des polnischen Beitritts in die EU. Die größte Schwäche der Linken sei ihre Nachgiebigkeit und ihre weitreichende Kompromissbereitschaft gewesen. Die SLD habe zwei schwerwiegende außenpolitische Fehler begangen, welche die Position Polens in den Internationalen Beziehungen verschlechtert haben. Sie habe erstens die schlechten Bedingungen des Beitrittsvertrags akzeptiert und zweitens die Europäische Verfassung unterzeichnet.

5.4.4 Bilanz der nationalkonservativen Regierungen 2005-2007

Ähnlich wie die Sozialdemokraten sind die Nationalkonservativen in ihren Augen Opfer der Medien. In den Interviews beklagen sich die Befragten über eine gegen die PiS gerichtete Kampagne der liberalen Presse und der Sender. Die größte Aufmerksamkeit widmet der ehemalige Regierungssprecher Dziedziczak diesem Thema. Aus seiner Sicht schwäche die mangelnde Staatstreue der liberalen Medien die außenpolitische Position Polens[917]. Im Kontrast dazu sei die Presse in Westeuropa patriotisch und stelle sich in entscheidenden Momenten immer hinter die jeweiligen nationalen Regierungen. Als ein Beispiel der destruktiven Wirkung der Journalisten nennt Dziedziczak die Kritik an der Außenministerin Anna Fotyga. Die Berichte über ihre Inkompetenz haben keine

[916] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Kazimierz Michał Ujazdowski (ehem. PiS)*.
[917] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Jan Dziedziczak (PiS)*.

Begründung in den Fakten gehabt, haben aber den schlechten Ruf des Kabinetts von Kaczyński gestützt, deswegen seien sie wiederholt worden[918].

Mutige außenpolitische Projekte seien von den Medien und angeblich auch von einer Gruppe von Beamten des Außenministeriums verhindert worden. Hinter den kleinen, irritierenden Inzidenten, wie der falsch aufgehängten Nationalfahne an der Limousine des Staatspräsidenten, habe der Hass der Diplomaten gegen die Brüder Kaczyński gestanden[919].

Unter diesen schwierigen Umständen habe die PiS versucht, die Außenpolitik Polens neu auszurichten. Als wichtigste Aufgabe habe sich die Partei die Formulierung und die Präsentation polnischer Interessen auf dem internationalen Parkett gestellt. Mit den Worten des ehemaligen Staatssekretärs Poncyljusz habe Polen aufgehört, sich dafür zu schämen, dass es überhaupt Interessen habe[920]. Die Regierung der PiS habe bessere Bedingungen der Mitgliedschaft gefordert, was von den großen Mächten der Union in einer aggressiven Medienkampagne kritisiert worden sei. Es seien Beschuldigungen der Homophobie erhoben worden, welche die Aufmerksamkeit der Gesellschaft von den wahren Problemen ablenken sollte. Die „Recht und Gerechtigkeit" habe versucht, das zu verwirklichen, was sich für Polen lohne. Sie sei dem Beispiel anderer Staaten der EU, wie Großbritannien, Schweden oder Dänemark, gefolgt. Aus diesem Grund könne aus Sicht der nationalkonservativen Politiker von einer „Normalisierung" der polnischen Außen- und Europapolitik gesprochen werden.

Die Politiker der PiS zeigen sich mit der veränderten, selbstbewussteren außenpolitischen Strategie Polens zufrieden. Zu ihren Erfolgen zählen sie die Beziehungen mit den Vereinigten Staaten und die Beeinflussung der europäischen Russlandpolitik. Einer der Befragten gibt jedoch zu, dass die Ostpolitik der PiS es nicht geschafft habe, alle Erwartungen, die mit ihr verbunden gewesen seien, zu verwirklichen.

Uneinig sind sich die Vertreter der PiS über die Bilanz der Beziehungen mit Weißrussland. Der ehemalige Staatssekretär im Verkehrsministerium Kowalski äußert sich kritisch zur Politik der vollkommenen Isolierung von Lukaschenka. Sie verhindere

[918] *Ebd.*
[919] *Ebd.*
[920] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Paweł Poncyljusz (PiS).*

seiner Meinung nach die tägliche Zusammenarbeit an der Grenze[921]. Anderer Auffassung ist dagegen Beata Kempa. Die ehemalige Staatssekretärin im Justizministerium verteidigt das harte Vorgehen Warschaus gegenüber Minsk. Als Begründung für ihre Haltung zitiert sie die Aussagen der Vorsitzenden der polnischen Minderheit in Weißrussland, Andżelika Borys, die sich, laut ihrer Angaben, bei ihr im privaten Gespräch für die Politik der Regierung Kaczyński bedankt habe[922].

Zu den häufig erwähnten Aspekten der Ostpolitik gehört der Streit über die von Russland eingeführten Importverbote für polnisches Fleisch und Agrarprodukte. Andrzej Grzyb aus der PSL ist der Meinung, dass die Handelseinschränkungen nicht durch Zufall im November 2005, kurz nach dem Amtsantritt des Premierministers Marcinkiewicz, eingeführt worden seien[923]. Sie seien angeblich eine Schikane gegen das neue Kabinett gewesen, das mit Entschlossenheit die polnischen Interessen verteidigen wollte[924]. Die Befragten betonen, dass die selbstbewusste Politik der nationalkonservativen Regierung zur Lösung dieses Problems beigetragen habe. Positiv bewerten sie ferner die Stellung des Präsidenten der Europäischen Kommission, Jose Barroso. Laut Dziedziczak zähle der ehemalige portugiesische Ministerpräsident zu den Ersten, die den Wandel in der polnischen Europapolitik verstanden und ihr eigenes Verhalten der neuen Situation schnell angepasst haben[925]. Kaczyńskis Druck auf Barrosso habe die ganze Europäische Union zur Solidarität mit Polen in der Auseinandersetzung mit Russland mobilisiert[926].

Ein weiterer Bereich der Außenpolitik, in dem, aus Sicht der Interviewten, nationalkonservative Errungenschaften verzeichnet wurden, sei die Sicherung der Energielieferungen. Diesem Ziel habe die Intensivierung der Partnerschaft mit Kiew und Tiflis gedient. Der PiS sei zudem gelungen, Energieprobleme Polens auf der EU-Ebene zu thematisieren. Auf diese Weise seien diese, ähnlich wie die Frage des russischen Handelsembargos, europäisiert worden. In diesem Kontext sehen die Vertreter der PiS

---

[921] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Bogusław Kowalski (PiS)*.
[922] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Beata Kempa (PiS)*.
[923] Russland belegte Exporte des polnischen Fleisches nach Russland mit dem Embargo im November 2005. Vgl. z.B.: B.T. Wieliński, *Rosja zniesie embargo na mięso?*, „gazeta.pl", 07.01.2007, http://gospodarka.gazeta.pl/gospodarka/1,33182,3834666.html (Stand: 19.06.2009).
[924] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Andrzej Grzyb (PSL)*.
[925] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Jan Dziedziczak (PiS)*.
[926] *Ebd.*

das Engagement der Union als wünschenswert an. Dies ist dadurch zu erklären, dass im Falle der Gas- und Öllieferungen und bei den Sanktionen Moskaus alle anderen Methoden versagten. Polen erwies sich als nicht stark genug, um selbst den Streit mit dem größten östlichen Nachbarn zu lösen. Das Versagen der realistischen Taktik der Selbstversorgung mit Verhandlungsmacht konnte in diesem Fall von den Nationalkonservativen nicht bestritten werden.

Den von Lech Kaczyński unterzeichneten Lissaboner Vertrag zählen mehrere Vertreter der PiS zu den Erfolgen der eigenen Partei. Einige Befragte waren jedoch anderer Ansicht und empfinden den Kompromiss, der unter der portugiesischen Präsidentschaft erreicht wurde, als eine Niederlage. Eine ambivalente Einstellung zum Reformvertrag der „Recht und Gerechtigkeit" spiegelt sich in der Verzögerung der Entscheidung des Staatspräsidenten über die Ratifizierung des Dokuments wider. Kritisch zum Kompromiss von Lissabon äußert sich Bogusław Kowalski, der von der rechtskonservativen Partei „Liga der Polnischen Familien" (LPR) zur PiS wechselte[927]. Die anderen machten ihre Zustimmung für das Dokument von der Berücksichtigung der Forderungen ihrer Gruppierung durch Premierminister Tusk abhängig.

Die Befragten sind sich der Verschlechterung des Images von Polen im Ausland bewusst. Dies gehöre zu den Kosten der Prozesse, die letztlich vorteilhaft für den Staat seien. Diese Einstellung hängt mit der Betonung der nationalen Interessen zusammen. Falls zwischen den Interessen und dem Image gewählt werden müsse, sollen Interessen bevorzugt werden. Die Unbeliebtheit der Außenpolitik der PiS erklären die Befragten mit der kurzfristigen Perspektive der Kritiker. Beata Kempa beschreibt die Situation mithilfe eines Gleichnisses einer Operation. Ein chirurgischer Eingriff verursache Schmerzen, könne aber das Leben des Patienten retten, deswegen müsse er durchgeführt werden[928]. Das schlechte Image der nationalkonservativen Außenpolitik liege nicht an den Inhalten, sondern an den Schwächen der Öffentlichkeitsarbeit[929]. Die Politiker geben zu, dass sie es nicht geschafft haben, der Gesellschaft die Vorteile ihrer Strategie darzulegen.

---

[927] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Bogusław Kowalski (PiS)*.
[928] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Beata Kempa (PiS)*.
[929] Jan Dziedziczak verwendet den Begriff „błędy PR-owe" (PR-Fehler). Vgl.: K. Marcinkiewicz, *Interview mit Jan Dziedziczak (PiS)*.

Inwieweit sich die PiS an den Elementen des nach 1989 bestimmten außenpolitischen Konsenses hielt, sei für die Befragten eine offene Frage. Die Mehrheit betont die Unterschiede, insbesondere zwischen der Außenpolitik der Kabinette Marcinkiewicz/Kaczyński auf der einen und Miller/Belka auf der anderen Seite. Einige äußern sich positiv über die Errungenschaften der früheren Kabinette, an denen ihre Parteikollegen beteiligt waren, insbesondere der Regierung von Jerzy Buzek. Die zweite Gruppe ist kritisch gegenüber der gesamten Dritten Republik eingestellt und sieht die zwei Jahre der nationalkonservativen Mehrheit als eine vollkommen neue Ära. Eine weitere Teilmenge der Interviewten versucht, zwischen den einzelnen Aspekten der beiden Perioden zu differenzieren. Besonders interessant ist hier die Aussage von Karol Karski. Der ehemalige Staatssekretär im Außenministerium sieht die Fortsetzung in der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und zugleich den Umbruch im polnischen Verhalten in der Europäischen Union[930].

Generell sind die Vertreter der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ zufrieden mit den Errungenschaften der Regierungen, die von ihrer Gruppierung gestellt wurden. Der größte Erfolg der PiS sei die Einführung des selbstbewussten, souveränen Denkens in die Außenpolitik Polens gewesen. Der Vertreter der PSL, Andrzej Grzyb, sieht als ein besonders wichtiges Element der Politik der Nationalkonservativen die Betonung „der Würde […] der Polen“[931] an. Eine härtere und weniger kompromissbereite politische Linie sei durch die polnische Gesellschaft nach den Korruptionsskandalen der Miller-Ära gewollt gewesen, und sei auch notwendig gewesen[932].

Sehr gut wird die Fokussierung von Marcinkiewicz und Kaczyński auf die Energiepolitik und die Beziehungen mit den ehemaligen Teilrepubliken der Sowjetunion bewertet. Das Engagement der EU für die Lösung des polnisch-russischen Fleischstreites zählen die Befragten zudem zu den Erfolgen der polnischen Politik. Sehr zufrieden zeigen sie sich ferner mit der Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten. Weniger eindeutig fällt die Bilanz der Beziehungen zu Weißrussland aus. Unterschiedliche

[930] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Karol Karski (PiS)*.
[931] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Andrzej Grzyb (PSL)*.
[932] *Ebd.*

Meinungen werden auch in Bezug auf den Lissaboner Vertrag laut. Als größte Schwäche der beiden Kabinette nennen die Vertreter der PiS ihre Öffentlichkeitsarbeit.

5.4.5 Deutsch-polnische Beziehungen

In den Aussagen der Vertreter der PiS über die deutsch-polnischen Beziehungen dominiert die historische Thematik. Die Revision der deutschen Einstellung zur Geschichte ist laut der Befragten schuld an der Verschlechterung der Atmosphäre der bilateralen Zusammenarbeit. Die Deutschen streben aus Sicht der polnischen Nationalkonservativen die Anerkennung als Opfer des Zweiten Weltkriegs an. Dies führe ihrer Meinung nach zur Veränderung der Wahrnehmung der Rolle Deutschlands im Krieg und zum Hinterfragen der deutschen Verantwortung für den Ausbruch des Konflikts. Die polnischen Rechten erwarten von der Bundesregierung die Übernahme der finanziellen Forderungen der Vertriebenen und Spätaussiedler. Als Beispiel für Deutschland geben sie die Auszahlung der Entschädigungen für polnische Staatsbürger, die ihr Vermögen in den ehemaligen Ostgebieten Polens verloren haben, von der Regierung in Warschau[933] an. Der Konflikt über die Interpretation der Geschichte könne überwunden werden, vorausgesetzt, die Bundesrepublik zeige mehr Verständnis für die polnischen Positionen[934].

Das zweite Problem in den deutsch-polnischen Beziehungen, neben den Diskussionen über den Zweiten Weltkrieg, sei der Bau der Ostsee-Pipeline. Die Schließung eines Vertrags mit Russland, ohne Polen zu informieren, sei laut Vertreter der PiS ein schwerer Verstoß gegen die europäische Solidarität[935]. Diese kontroverse Entscheidung der Regierung Schröder sei Ausdruck der neuen egoistischen Politik Deutschlands. Die Bundesrepublik strebe gemäß dieser Interpretation eine Stärkung ihrer internationalen Position an, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Partner aus den anderen EU-Mitgliedsstaaten. Das Verhalten Deutschlands widerspreche demnach dem Geist der europäischen Integration.

[933] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Jan Dziedziczak (PiS).*
[934] *Ebd.*
[935] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Paweł Poncyljusz (PiS)*.

Eine etwas differenzierte Sichtweise als seine Parteikollegen vertritt Bogusław Kowalski. Er interpretiert die Politik Berlins auch als einen Ausdruck seiner Weltmachtsansprüche[936]. Als besonders gefährlich beurteilt er die deutsch-russische Annäherung. Er ist jedoch, anders als die Mehrheit der Befragten, der Meinung, dass die beste Lösung für Warschau in diesem Fall die Teilnahme an der Zusammenarbeit mit Berlin und Moskau sei. Polen müsse versuchen, bessere Beziehungen mit Russland und Deutschland aufzubauen, als Deutschland und Russland sie unterhalten[937]. Berlin bemühe sich um die Ersetzung des deutsch-französischen Motors der Integration durch das deutsch-russische Tandem. Es entstehe eine neue Machtachse, an deren Existenz sich Polen gewöhnen müsse.[938] Wie mächtig das neue Bündnis sei, zeigen die Ereignisse vom Bukarester NATO-Gipfel, bei dem Merkel zusammen mit Putin die Aufnahme der Ukraine in den Nordatlantikpakt blockiert haben[939].

Generell sind die polnischen Nationalkonservativen bereit, den Deutschen zu vertrauen. Einige, wie Kowalski, schlagen sogar den Ausbau der bilateralen Zusammenarbeit mit Deutschland auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik vor. Auf diese Weise könne sich Polen gegen den Fall absichern, wenn die Vereinigten Staaten nicht zur Verteidigung Polens bereit wären[940]. Dies könne dann eintreten, wenn die Hilfe für Polen nicht zum globalen Machtkalkül der Vereinigten Staaten passen würde. Uneinig sind sich die polnischen Rechten darüber, ob die Interessen Polens und Deutschlands im Grunde genommen miteinander übereinstimmen oder sich gegenseitig ausschließen. Die zweite These verteidigt Kazimierz Michał Ujazdowski, der die Tatsache, dass zwischen den polnischen und den deutschen strategischen Zielen bedeutende Unterschiede auftreten, für „offensichtlich“ hält[941].

---

[936] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Bogusław Kowalski (PiS)*.
[937] Die Aussage von Bronisław Kowalski war eine Anspielung auf eine Doktrin der polnischen Außenpolitik in der Zwischenkriegszeit. Vgl.: S. Żerko, *1939 – prawdy i nieprawdy*, „polityka.pl“, 04.11.2009, http://www.polityka.pl/historia/301252,1,1939---prawdy-i-nieprawdy.read (Stand: 10.01.2010). Für weitere Informationen über die „Doktrin der gleichen Entfernung” vgl. z.B.: P. Wroński, *Józef Beck i jego polityka zagraniczna. Namaścił go Marszałek*, „wyborcza.pl“, 21.09.2009, http://wyborcza.pl/1,97737,7056499,Jozef_Beck_i_jego_polityka_zagraniczna__Namascil_go.html?as=1&ias=3&startsz=x (Stand: 10.01.2010).
[938] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Bogusław Kowalski (PiS)*.
[939] *Ebd.*
[940] *Ebd.*
[941] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Kazimierz Michał Ujazdowski (ehem. PiS)*.

5.4.6 Einstellungen zu den vorgeschlagenen Thesen

Um Stellungnahmen zur ersten Version der vier Thesen wurden nur Kazimierz Michał Ujazdowski und Konrad Szymański gebeten. Der ehemalige Kulturminister äußerte seine Meinung zu zwei Aussagen und brach das Interview dann ab. In Bezug auf das Dilemma zwischen einer unbeugsamen Vertretung der eigenen Positionen und der Kompromissbereitschaft betont Ujazdowski, dass ein Politiker, der „sagt, dass er auf die Durchsetzung eigener Forderungen wegen eines Schadens für sein Image" verzichte, kein Politiker sei[942]. Die These über die Möglichkeit der besseren Verteidigung der nationalen Interessen, wenn die Bürger Respekt vor den Regierenden haben, lehnt er als eine Aussage, die auf einer falschen Interpretation des Programms der PiS basiere, ab[943].

Szymański auf der anderen Seite entschied sich dazu, allen vier Thesen „eher zuzustimmen"[944]. Er spricht sich für die Unbeugsamkeit und gegen die Kompromissbereitschaft in den Diskussionen aus, in denen einer von der eigenen Richtigkeit überzeugt ist. Szymański ist einverstanden mit der Aussage über den positiven Einfluss des Respekts vor der Obrigkeit auf die Außenpolitik. Des Weiteren stimmt er den Thesen über die Ausweitung der Kompetenzen des Präsidenten und über die übermäßige Fragmentierung der Macht in Polen zu[945].

Die übrigen Teilnehmer der Interviews nahmen Stellung zur neuen Version der Thesen, die nach der Kritik von Ujazdowski erarbeitet wurden. In den Antworten auf die ersten zwei Fragen, die sich auf das Dilemma zwischen den Interessen und dem Image des Staates bezogen, war ein eindeutiger Trend zu verzeichnen. Fast alle Befragten sind überzeugt von der Überlegenheit der Interessen über die Bemühungen um den Erhalt des guten Images des Staates im Ausland. Eine Ausnahme bildet Beata Kempa, die sowohl die These über die größere Bedeutung der Interessen als auch des Images bejaht[946]. Im abschließenden Teil des Interviews plädiert sie ferner für die Modifizierung der

[942] *Ebd.*
[943] *Ebd.*
[944] *Fragebogen ausgefüllt von Konrad Szymański (PiS).*
[945] *Ebd.*
[946] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Beata Kempa (PiS).*

polnischen Außenpolitik, auch wenn Polen sich damit unbeliebt mache[947]. Andrzej Grzyb aus der PSL stimmt wieder mit den Kollegen aus der PiS überein, indem er feststellt, dass ein „solches Land wie Polen" manchmal „nein" sagen müsse, da dies die Existenz einer eigenen Meinung Polens betone[948].

Die These über die Vertiefung der Europäischen Union auf Kosten der Kompetenzen der Nationalstaaten wird von den Befragten abgelehnt. Die Politiker betonen jedoch zugleich ihre Zustimmung für die Idee der europäischen Integration. Die Union könne laut ihrer Interpretation nur durch die Stärke der einzelnen Mitgliedstaaten stark sein. In Vielfalt und Unterschieden sehen sie die Möglichkeit der Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der Gemeinschaft in den Prozessen der Globalisierung. Die übermäßige Ausweitung der Zuständigkeiten der gemeinsamen Institutionen der Union vergleichen einige mit der sowjetischen zentralen Planung, die Kreativität und Fortschritt gedämpft habe. „Der Monolith entwickelt sich zurück", fasst Beata Kempa ihre Kritik an der EU zusammen[949].

Die Vertreter der PiS nehmen keine einheitliche Stellung zu der These ein, welche das fehlende Engagement des eigenen Staates bei der Verwirklichung des Wohlstands der Bürger anderer Staaten suggeriere. Ein Teil der Befragten lehnt, ähnlich wie die Sozialdemokraten, diese Aussage ab. Zu dieser Gruppe zählt Beata Kempa, die eine idealistische Erklärung für ihre Position gibt. Finanzielle Hilfe für weniger entwickelte Länder sei ein Ausdruck der Solidarität, welche zu den wichtigsten Grundwerten der polnischen demokratischen Bewegung gehörte. Polen müsse die anderen unterstützen, da die polnische Opposition selbst in den achtziger Jahren bedeutende materielle Unterstützung aus Westdeutschland und den Vereinigten Staaten empfangen habe[950]. Bogusław Kowalski begründet seine Zustimmung für die These in realistischen Kategorien. Das, was im Ausland passiere, habe Einfluss auf die innenpolitische Lage des Staates. Aus diesem Grund solle der Staat nicht vollkommen egoistisch sein, obwohl nicht vergessen werden solle, dass in erster Linie eigene

[947] *Ebd.*
[948] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Andrzej Grzyb (PiS).*
[949] K. Marcinkiwicz, *Interview mit Beata Kempa (PiS).*
[950] *Ebd.*

Interessen stets berücksichtigt werden müssen[951]. Ähnlicher Meinung war auch Andrzej Grzyb aus der PSL[952].

Eine zweite Gruppe der Befragten spricht sich für den konsequenten staatlichen Egoismus aus. Laut Marek Suski seien Staaten gegründet worden, um zum Wohlstand der eigenen Bürger beizutragen[953]. Was im Ausland passiere, habe zweitrangige Bedeutung. Mit dieser Aussage zeigt sich auch Paweł Poncyljusz einverstanden, was mit dem Ton seiner anderen Bemerkungen übereinstimmt[954].

Die Reaktionen der Interviewten auf die vorgeschlagenen Thesen bestätigen die Vermutung über einen hohen Grad der Übereinstimmung zwischen den außenpolitischen Präferenzen der PiS und der realistischen Einstellung zur Außenpolitik. Die polnischen Nationalkonservativen sind dazu bereit, eine härtere Außenpolitik, die mehr auf Verwirklichung der „konkreten" nationalen Interessen fokussiert ist, zu betreiben, auch wenn es zur Schwächung der „soft power" Polens beitragen würde. Die Befragten stehen jedoch der Ausweitung der Kompetenzen der EU skeptisch gegenüber, wenn sie die Einschränkung des Handlungsbereichs der Mitgliedstaaten zur Folge hätte. Es gibt keine einheitliche Stellung zum Engagement bei der Verwirklichung von Wohlstand in anderen Staaten. Mehr Nationalkonservative als Sozialdemokraten sehen dies als nicht notwendig an. Daraus ist zu schließen, dass es in der PiS mehr Zustimmung für den außenpolitischen Egoismus und weniger Bereitschaft zur Übernahme der Verantwortung für die Probleme, die im Ausland auftreten, gibt als in der SLD.

[951] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Bogusław Kowalski (PiS)*.
[952] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Andrzej Grzyb (PSL)*.
[953] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Marek Suski (PiS)*.
[954] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Paweł Poncyljusz (PiS)*.

5.5 Zwischenfazit: Die außen- und europapolitischen Präferenzen der PiS

5.5.1 Bewertung der Beitrittsverhandlungen

Die Vertreter der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ saßen in den Reihen der Opposition, als Polen die Verhandlungen über die Aufnahme in die Europäische Union führte. Die PiS war eine junge Partei, gegründet kurz vor den Parlamentswahlen 2001[955]. Die Wahrscheinlichkeit der Machtübernahme inmitten der Unzufriedenheit mit dem mitterechten Buzek-Kabinett, an dem sich mehrere spätere Mitglieder der PiS beteiligten, war gering. Die Nationalkonservativen brauchten „kitchen table politics“, um in der politischen Wirklichkeit des Jahres 2001 zu überleben. Dies kann ein Grund sein, warum im ersten Programm der Partei den Problemen der europäischen Integration relativ wenig Aufmerksamkeit gewidmet wurde. In den späteren Dokumenten sind keine Bemerkungen über die Beitrittsverhandlungen zu finden. Nach dem Abschluss der Gespräche im Dezember 2002 verlor das Thema an Aktualität. Die Interviews zeigen jedoch, dass die Beitrittsverhandlungen aus Sicht der PiS immer noch zu wichtigen Problemen der polnischen Europapolitik zählen.

Die Nationalkonservativen äußern sich skeptisch über die Beschleunigung der Verhandlungen mit der EU unter Miller. Paweł Poncyljusz, der dieses Problem am stärksten betont, ist sich dessen bewusst, dass die zeitliche Verschiebung der Erweiterung für Polen Kosten mit sich bringen würde. Im Vergleich mit den Verlusten, die von der Politik der SLD verursacht worden seien, wären diese Kosten jedoch geringer gewesen, so Poncyljusz. Seiner Meinung nach habe die Beschleunigung der Integration in die Union die Verschlechterung der Qualität der ausgehandelten Vereinbarungen zur Folge gehabt[956]. Laut der PiS habe den Zugeständnissen keine ausreichende Entschädigung gegenüber gestanden, was das Gleichnis von Dziedziczak veranschaulichen soll[957]. Eine

[955] Vgl.: *O partii*, PiS, http://www.pis.org.pl/unit.php?o=partia (Stand: 11.01.2010).
[956] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Paweł Poncyljusz (PiS)*.
[957] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Jan Dziedziczak (PiS)*.

Folge seien unter anderem die Umweltregulierungen, welche den Ausbau der Transportinfrastruktur in Polen bremsen[958].

Sowohl aus den Aussagen der rechten Politiker als auch aus dem Wahlprogramm 2001 kann abgeleitet werden, dass die „Recht und Gerechtigkeit" die Bedeutung des Faktors Zeit in den Beitrittsverhandlungen niedriger gewichtet als die SLD. Wert legen die Nationalkonservativen auf günstige Bestimmungen. Sie scheinen dazu bereit zu sein, die Aufnahme Polens in die EU zeitlich zu verschieben, um auf bessere Bedingungen zu hoffen. Polen solle, so die PiS, zumindest sein Drohungspotential besser ausschöpfen, bevor es einen Kompromiss eingehe. Daraus ist zu schließen, dass die PiS eine unflexiblere Position in den Verhandlungen bevorzugen würde.

Die Teilnahme an den Prozessen der europäischen Integration habe für die PiS zweitrangige Bedeutung. Als wichtiges Ziel der polnischen Außenpolitik sieht die Partei im Wahlprogramm 2001 den Beitrag zur Entwicklung der bi- (Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten) und multilateralen (NATO) transatlantischen Zusammenarbeit. Der Beitritt in die EU sei in erster Linie nur aufgrund seiner sicherheitspolitischen Rolle, als zusätzliche Garantie der Unabhängigkeit Polens neben der NATO, erstrebenswert gewesen. Die Einschränkung der Kompetenzen der nationalen Regierung dürfe nur so wenige Bereiche wie möglich betreffen und müsse entweder durch politische oder ökonomische Vorteile für Polen kompensiert werden.

1	Niedrige Gewichtung des Faktors Zeit
2	Weniger flexible Verhandlungspositionen
3	Erhalten des breitesten Spektrums der Kompetenzen des Nationalstaates

Tabelle 63. Präferenzen der PiS in Bezug auf die Verhandlungen über den Beitritt Polens in die EU.

[958] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Paweł Poncyljusz (PiS)*; K. Marcinkiewicz, *Interview mit Marek Suski (PiS)*.

5.5.2 Die Debatte über die Reform der Europäischen Union

Wie anhand der Präferenzen der PiS bezüglich der Beitrittsverhandlungen erkennbar ist, sprechen sich die polnischen Nationalkonservativen für die Vision eines Europas der Nationen aus. Damit stimmt die Forderung nach einer Nichtharmonisierung der Steuer- und Sozialpolitik überein. Je mehr Vielfalt, desto wettbewerbsfähiger werde die EU im globalen Vergleich sein. Die Abschaffung der „Systemkonkurrenz" durch eine europaweite Regulation vergleichen die Befragten mit der sowjetischen zentralen Steuerung. Ein Monolith, der daraus entstehen könne, würde den Kontinent nur in seiner Entwicklung zurückwerfen[959].

Im Bereich der Währungspolitik schließt die PiS die Einführung des Euros nicht grundsätzlich aus[960]. Die Gespräche mit den Vertretern der Partei zeigen jedoch, dass auch hier eine skeptische Haltung überwiegt. Dies ist weniger ein Ausdruck der Bevorzugung der „Systemkonkurrenz". Die Ablehnung der gemeinsamen Währung ergibt sich vielmehr unmittelbar aus der Forderung nach der breitesten Autonomie der staatlichen Institutionen gegenüber der Gemeinschaft.

Die Dienstleistungsrichtlinie (Bolkestein-Richtlinie) widerspricht der Logik der prioritären Bedeutung der Souveränität, entspricht jedoch den polnischen nationalen Interessen. Aus diesem Grund kann die Unterstützung für das Dokument als Ausdruck des Realismus interpretiert werden. Sie gehört zu einer Reihe von Maßnahmen, die auf der Idee von laissez faire basieren. Während die Forderung der „Systemkonkurrenz" als laissez faire im politischen Sinne bezeichnet werden kann[961], zeigt sich in diesem Falle eine rein wirtschaftliche Version dieses Konzepts.

Neben den wirtschaftsliberalen Ideen unterstützt die PiS auch eine tief greifende Intervention in den Markt in Form der europäischen Regionalpolitik. Die europäische Solidarität, die als Transferzahlungen vom Westen in den Osten verstanden wird, wird

---

[959] K. Marcinkiewicz, *Inteview mit Beata Kempa (PiS)*.
[960] *„Europa solidarnych narodów" – Program polityki europejskiej Prawa i Sprawiedliwości* [in:] I. Słodkowska, M. Dołbakowska (Hrsg.), *Eurowybory 2004. Kandydaci i programy*, ISP PAN Warszawa 2005, S. 130-131.
[961] Es wird in diesem Fall nicht bestimmt, ob eine von den nationalen Regierungen geführte Politik einen wirtschaftliberalen Charakter haben soll oder nicht. Deswegen kann eher von laissez faire im politischen als im wirtschaftlichen Sinne gesprochen werden.

bevorzugt, da sie für Polen messbare Profite bringe[962]. Die Logik des realistischen Strebens nach Bewahren des breitesten Handlungsspielraums des Nationalstaates scheint in diesem Fall unterdrückt zu sein. In Wirklichkeit jedoch verliert Polen, als ein Nettoempfänger der finanziellen Hilfe, der in voraussehbarer Zukunft auch Nettoempfänger bleibt, nichts. Warschau erhält einen reinen, mit wenig Risiko[963] belasteten Gewinn ohne Gegenleistung.

Ein weiteres Merkmal der nationalkonservativen Europapolitik, welches aus der Vision eines Europas der Nation abgeleitet wird, ist die Ablehnung der „Fehler der Euroenthusiasten" und die Kritik an der Verfassung für Europa. Kritisiert werden sechs Aspekte des Vertrags. Erstens ist die PiS mit der Abschaffung der in Nizza vereinbarten Stimmengewichtung im Rat der EU nicht einverstanden. Ein Vorschlag der Quadratwurzel wird als ein Kompromiss zwischen dem Nizza-System und dem Projekt des Konvents verstanden. Zweitens trägt zur Unzufriedenheit der Nationalkonservativen die Nichterwähnung des Christentums bei. Drittens wird der Vorrang des Verfassungsvertrags vor den Verfassungen der jeweiligen Länder abgelehnt. Viertens halten es die Nationalkonservativen für gefährlich, dass das neue Dokument die Bedeutung der Einstimmigkeit im Rat der EU einschränken soll. Weitere zwei Kritikpunkte beziehen sich auf die laut PiS übermäßige Koordination der Außenpolitik, der Wirtschaftspolitik und auf die Stärkung der Regionen. Die skeptische Einstellung der Rechten zu all diesen Aspekten resultiert aus der Annahme der realpolitischen Perspektive.

In Bezug auf den institutionellen Aufbau der Union stellte die Partei „Recht und Gerechtigkeit" neben den Kritikpunkten auch eigene positive Vorschläge vor. Sie sprach sich für die Stärkung der Organe aus, die am meisten von den Regierungen der Mitgliedstaaten kontrolliert werden können. Darunter ist insbesondere der Rat der

[962] Diese Transferzahlungen sollten u.a. durch Erhöhung des Mitgliederbeitrags zum EU-Haushalt auf 1,24% des BIP des jeweiligen Staates finanziert werden. Vgl.: *„Europa solidarnych narodów" – Program polityki europejskiej Prawa i Sprawiedliwości* [in:] I. Słodkowska, M. Dołbakowska (Hrsg.), *Eurowybory 2004. Kandydaci i programy*, ISP PAN Warszawa 2005, S. 128.

[963] Als Risiko wird hier eine neue Erweiterung verstanden, die mit dem Beitritt der Staaten, die ärmer sind als Polen, verbunden wäre, was wiederum die Position Polens als einen Nettoempfänger der finanziellen Hilfe gefährden würde. Ein solches Risiko wäre insbesondere mit dem Beitritt der Türkei verbunden. Der scheint zeitlich immer noch weit entfernt zu sein.

Europäischen Union zu verstehen. Die Kompetenzen der Institutionen, die einen supranationalen Charakter haben, sollen laut der polnischen Nationalkonservativen eingeschränkt oder zumindest nicht erweitert werden. Am stärksten solle diese Modifikation gemäß des Programms der Nationalkonservativen aus dem Jahre 2004 das Europaparlament betreffen. Eine zunächst gemischte Einstellung zur Rolle der Europäischen Kommission wandelte sich im Laufe der Zeit in Unterstützung für dieses Gremium. Dies kann als eine Reaktion auf die gute Zusammenarbeit mit dem Kommissionspräsidenten Barroso gesehen werden[964].

In der Debatte über die institutionelle Reform der Union, wie auch in den anderen Bereichen der Außenpolitik, bevorzugen die Nationalkonservativen grundsätzlich eine Veränderung des Verhandlungsstils. Polen solle sein neues Selbstbewusstsein finden. Die Politik „auf den Knien und manchmal sogar auf dem Bauch" wollen die Rechten durch die unbeugsame Verteidigung der polnischen Interessen ersetzen. Daraus ist zu schließen, dass die polnische Politik konfrontativer und weniger kompromissbereit werden solle. Die Befragten waren überzeugt davon, dass eine solche Strategie zu einer gerechteren Verteilung der Verpflichtungen zwischen Polen und der Gemeinschaft beitragen würde, was bisher angeblich nicht der Fall gewesen sei. Als Illustration ist hier wieder auf den Vergleich von Dziedziczak hinzuweisen[965].

Zu den wichtigsten Aspekten der deklarierten Europapolitik der Nationalkonservativen zählte die Förderung der traditionellen Moral. Dies drückte sich im Versuch der Durchsetzung der Berücksichtigung dieses Problems im Text des Verfassungsvertrags aus. Weitere Beispiele konkreter Initiativen werden im Dokument *Katholisches Polen im christlichen Europa* genannt. Sie beziehen sich unter anderem auf die Bekämpfung der Pornographie[966], Abtreibung, Verhütung und Förderung der Rechte

[964] A. Fotyga, *Informacja Ministra Spraw Zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2007 r.*, Sejm RP, 11.05.2007, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata5.nsf (Stand: 31.12.2008); Auf ein gutes Verständnis zwischen den nationalkonservativen Regierungen und dem Kommissionspräsidenten Barroso wies auch Jan Dziedziczak hin.
[965] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Jan Dziedziczak (PiS)*.
[966] Die PiS protestierte in einem Schreiben an die Europäische Kommission gegen eine Lizenz für einen pornographischen Fernsehkanal XXL. Vgl.: *Polska katolicka w chrześcijańskiej Europie*, PiS, Warszawa 2005, S. 31.

von Homosexuellen aus den Mitteln des EU-Programms „Access“[967]. Parallel zu diesen Vorschlägen der Modifizierung der Europapolitik verfolgte die PiS eine negative Strategie, in deren Rahmen sie die Nichtintervention der Union in die Regulierung der „Weltanschauungsfragen“ durch die Mitgliedstaaten forderte.

Zusammenfassend lassen sich die Präferenzen der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ im Kontext der Debatte über die Reform der Institutionen und der Wirkung der Europäischen Union in fünf Punkten zusammenfassen. Das wichtigste Ziel der Nationalkonservativen, aus dem weitere abzuleiten sind, ist die Verwirklichung des Europas der Nationen. Die polnischen Rechten interpretieren diesen Gedanken, der auf de Gaulle zurückzuführen ist, als eine Nichtausweitung der europäischen Integration auf neue Bereiche und als einen Verzicht auf die Idee der europäischen Föderation. Die Europäische Union solle durch die Stärke ihrer Mitgliedstaaten und durch ihre Vielfalt stark sein.

Eine politische Gefahr für die Vision des Europas der starken Mitgliedstaaten stelle aus Sicht der PiS der Verfassungsvertrag dar. Der Vertrag müsse zudem wegen des Verzichts auf ein für Polen sehr günstiges System der Stimmengewichtung abgelehnt werden, das in Nizza vereinbart wurde. Vorteilhaft für Polen ist ein Konzept des „solidarischen Europas“, welches sich in ihrer Interpretation auf die Intensivierung der Transferzahlungen aus dem Westen beschränkt. Daher wird dieses Konzept auch von den Nationalkonservativen unterstützt.

Letztlich spricht sich die Partei der Kaczyński-Brüder für die traditionellen Werte aus, die sie auf zweierlei Weise verteidigen möchte. Auf der einen Seite versucht sie, die von den europäischen Institutionen gestaltete Politik zu beeinflussen und in ihrem Rahmen für die traditionelle Sittlichkeit zu werben. Auf der anderen Seite wollen die Nationalkonservativen die Nichteinmischung der EU in die staatliche Regulierung der „Weltanschauungsfragen“ sichern. Angesichts der schwachen Position der Anhänger der traditionellen Moral in der EU scheint die zweite Methode erfolgsversprechender zu sein.

[967] *Ebd.*, S. 42.

1	Stärkung der Nationalstaaten (Europa der Nationen)
2	Kritik des Verfassungsvertrags, Verteidigung der Bestimmungen von Nizza
3	„Neues polnisches Selbstbewusstsein“ in den Gesprächen mit der EU
4	Verteidigung der traditionellen Moral (u.a. durch Ausschluss der Weltanschauungsfragen aus den Integrationsprozessen)
5	„Solidarisches Europa“: Maximierung der Transferzahlungen

Tabelle 64. Präferenzen der PiS in der Debatte über die über die Reform der EU-Institutionen.

5.5.3 Sicherheitspolitik und europapolitische Implikationen der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten

Die polnischen Nationalkonservativen halten die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten für das wichtigste Ziel der polnischen Außenpolitik und für eine Garantie der äußeren Sicherheit des Staates[968]. In Bezug auf die Beziehungen mit den USA wollen sie eine Politik der engen Zusammenarbeit, welche von den Sozialdemokraten geführt wurde, fortsetzen. Anders als im Falle der Linken nehmen die befragten Rechten in den Interviews eine identische Haltung wie die Programmdokumente ihrer Gruppierung zur transatlantischen Kooperation ein.

Das Bündnis mit den Vereinigten Staaten sehen die Nationalkonservativen als eine Grundlage der polnischen Sicherheitspolitik. Darunter werden sowohl bi- als auch multilaterale Formen der Zusammenarbeit mit den USA verstanden. Die Unterstützung für die engere sicherheitspolitische Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten der EU kann aus dem Text der Rede von Stefan Meller abgeleitet werden, obwohl sie nicht eindeutig vom Außenminister formuliert wird[969]. Die Aussagen Mellers zu diesem Thema stimmen mit den Thesen des (späteren) Wahlprogramms der PiS aus dem Jahre

[968] Vgl. z.B.: *Program Prawa i Sprawiedliwości*, Warszawa, August 2001 [in:] I. Słodkowska (Hrsg.), *Wybory 2001. Partie i ich programy*, Warszawa 2002, ISP PAN, S. 104-105.
[969] Vgl.: S. Meller, *Informacja Ministra Spraw Zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2006 r.*, Sejm RP, 15.02.2006, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata5.nsf (Stand: 31.12.2008).

2007 überein[970]. Zugleich unterscheiden sie sich grundsätzlich von den Inhalten der Interviews. Die Befragten haben keinen Zweifel daran, dass sicherheitspolitische Probleme Polens ausschließlich in enger Zusammenarbeit mit den transatlantischen Institutionen gelöst werden können.

Polen solle laut den Nationalkonservativen in den transatlantischen Beziehungen die Rolle eines Brückenbauers spielen. Dieser Gedanke findet sich unter anderem in der Erklärung von Kazimierz Marcinkiewicz. Zugleich ist zu bemerken, dass die Rechten der Idee der Versöhnung von Europa und Amerika deutlich weniger Gewichtung einräumen als die Linken. Sie scheinen auch weniger Interesse am Wiederaufbau des Vertrauens zwischen Warschau und den westeuropäischen Verbündeten zu haben. Eine Kritik an den ad-hoc gegründeten Koalitionen der EU-Mitgliedstaaten mit den Partnern, die der Gemeinschaft nicht angehören, welche in *Europa der solidarischen Nationen* zu finden ist[971], kann als eine Anklage gegen Frankreich und Deutschland verstanden werden. Vor allem die enge Zusammenarbeit der beiden Staaten mit Russland wurde in Warschau mit Sorge beobachtet. Die Tatsache, dass sich dieselbe Kritik auf die Partnerschaft Polens mit den Vereinigten Staaten beziehen könnte, wurde von den Verfassern des erwähnten Textes anscheinend nicht berücksichtigt.

Die Nationalkonservativen betonen an mehreren Stellen ihre Unterstützung für die amerikanische Intervention im Irak. Offizielle Partei- und Regierungsdokumente der Rechten unterscheiden sich in dieser Hinsicht kaum von den Aussagen, die in den Erklärungen der Vertreter der sozialdemokratischen Regierungen zu finden sind. Unterschiede offenbart erst ein Vergleich der Interviews. Während die Politiker der SLD, der SDPL und der UP den Krieg eindeutig verurteilen, sehen die Vertreter der PiS die Entscheidung über die Teilnahme am Konflikt als unbestritten richtig an. Bemerkenswert ist auch die tief emotionale Sprache, der sich in Bezug auf die hier angesprochene Frage zum Beispiel der Premierminister Jarosław Kaczyński bedient. In seiner Regierungserklärung verkündet der Vorsitzende der PiS die Bereitschaft Polens, seinen

[970] Vgl.: *Dbamy o Polskę, dbamy o Polaków*, Warszawa 2007, S. 49.
[971] *„Europa solidarnych narodów" – Program polityki europejskiej Prawa i Sprawiedliwości* [in:] I. Słodkowska, M. Dołbakowska (Hrsg.), *Eurowybory 2004. Kandydaci i programy*, ISP PAN Warszawa 2005, S. 131.

Verbündeten in Mesopotamien beizustehen, in einem dramatischen Aufruf: „Das [der Rückzug aus dem Irak] kann keine Desertion sein (…) Polen ist keine Nation der Deserteure“[972].

Die nationalkonservative Vision der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten und der polnischen Sicherheitspolitik im europäischen Kontext lässt sich auf drei zentrale Forderungen reduzieren. Die PiS gewichtet die Kontakte mit Washington höher als die Partizipation an den sicherheitspolitischen Projekten der EU. Die Sicherheit Polens solle aus Sicht der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ in erster Linie auf der strategischen Partnerschaft und auf der NATO basieren. Daneben hat die Unterstützung der Nationalkonservativen für die amerikanische Intervention im Irak einen entschlosseneren Charakter als die Äußerungen der Sozialdemokraten. Wegen ihrer Kritiklosigkeit kann in diesem Falle von einer „uneingeschränkten“ Unterstützung gesprochen werden. Als dritter Punkt ist hier die Überzeugung von einer lediglich ergänzenden Rolle der ESVP zu nennen. Polen als Brückenbauer solle sich laut der Nationalkonservativen nur an solchen sicherheitspolitischen Initiativen der EU beteiligen, welche die transatlantischen Strukturen nicht ersetzen.

1	Sicherheitspolitik Polens soll in erster Linie auf Partnerschaft mit den USA und auf NATO basieren
2	Uneingeschränkte Unterstützung für die amerikanische Intervention im Irak
3	Sicherheitspolitische Zusammenarbeit innerhalb der EU wird lediglich als eine Ergänzung der strategischen Partnerschaft mit den USA wahrgenommen

Tabelle 65. Präferenzen der PiS in Bezug auf die Sicherheitspolitik und auf die europapolitischen Implikationen der Beziehungen mit den USA.

[972] J. Kaczyński, *Przedstawienie przez prezesa Rady Ministrów programu działania Rady Ministrów z wnioskiem o udzielenie jej wotum zaufania,* Sejm RP, 19.07.2006, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata5.nsf (Stand: 09.01.2010).

5.5.4 Ostpolitik im Kontext der Europäischen Union

Frühere Programmdokumente der Nationalkonservativen kritisieren eine übermäßige Hervorhebung der Verhandlungen über die Aufnahme in die Europäische Union[973] durch die polnische Diplomatie. Ein Teil der Ressourcen, die zur Erreichung dieses Ziels aufgebracht werden, könnte aus Sicht der PiS für die Stärkung der Beziehungen mit den Nachbarn in Mittel- und Osteuropas verwendet werden. Polen solle sich in erster Linie auf die Zusammenarbeit mit der Slowakei, der Ukraine, Litauen und Ungarn konzentrieren[974]. Alle erwähnten Länder, außer der Ukraine, sind am 1. Mai 2004 zusammen mit Polen der Europäischen Union beigetreten. Im Kontext der Ostpolitik der Gemeinschaft ist die Kooperation mit Kiew relevant, die nach der „Orangen Revolution" sehr intensiv wurde.

Die befragten Nationalkonservativen betonen, dass die Ukraine der wichtigste Partner Polens im Osten sei, geben in den Gesprächen jedoch weniger konkrete Beispiele der polnisch-ukrainischen Zusammenarbeit als die Sozialdemokraten. Die Herausforderungen, die auf dem Weg der Ukraine in die Europäische Union zu bewältigen sind, werden ferner nicht thematisiert. In den Interviews widmen die meisten Interviewten der Diskussion über die Integration des zweitgrößten östlichen Nachbarn Polens in die EU wenig Platz. Eine solche Einstellung steht im Kontrast zu dem enthusiastischen Ton der Programmdokumente[975]. Schon im Europawahlprogramm aus dem Jahr 2004, das vor der Wende in Kiew entstand, wurde eine Annäherung zwischen der Ukraine und der EU gefordert. Dies spricht für die These, dass im Falle der Ukraine neben der Sympathie für die demokratische Bewegung auch die geopolitische Lage dieses Landes eine wichtige Rolle im politischen Kalkül der PiS spielte.

---

[973] Vgl. z.B.: *Program Prawa i Sprawiedliwości*, Warszawa, August 2001 [in:] I. Słodkowska (Hrsg.), *Wybory 2001. Partie i ich programy*, Warszawa 2002, ISP PAN, S. 105.
[974] *Ebd.*
[975] Vgl. z.B.: S. Meller, *Informacja Ministra Spraw Zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2006 r.*, Sejm RP, 15.02.2006, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata5.nsf (Stand: 31.12.2008).

Ein weiterer Schwerpunkt der Ostpolitik Polens solle, so die Nationalkonservativen, die Demokratisierung Weißrusslands sein[976]. Die politische Opposition gegen das Regime von Alexandr Lukaschenka identifizieren die Rechten mit der polnischen Minderheit[977]. Ihre Probleme stehen im Mittelpunkt der Überlegungen über die Beziehungen mit Minsk[978]. Die Repressionen gegen die Gruppen, die sich nicht durch die Zugehörigkeit zur polnischen Nation definieren, zum Beispiel die weißrussischen politischen Organisationen oder die evangelisch-freikirchlichen Gemeinden, werden außer Acht gelassen[979].

Sowohl die Sozialdemokraten als auch die Nationalkonservativen sind der Meinung, dass die Sicherung der Energielieferungen eine der wichtigsten Aufgaben der Politik Polens in Osteuropa sei. Was sie unterscheidet, ist die Art und Weise, wie sie diese Ziele erreichen wollen. Anders als die Linken stehen die Rechten den Chancen der Entwicklung einer freundschaftlichen Partnerschaft mit Russland skeptischer gegenüber. Sie setzen vielmehr auf die Beziehungen mit den Staaten des Kaukasus und Zentralasiens. Die Hoffnungen der PiS, die sie mit der Zusammenarbeit mit den ehemaligen Teilrepubliken der Sowjetunion verbinden, beurteilen auf der anderen Seite die Vertreter der SLD als utopisch und belastet durch das Misstrauen gegenüber Russland[980].

Die Partei „Recht und Gerechtigkeit" deklariert ihre Bereitschaft zur Annäherung mit Moskau. Sie fordert zugleich die Verbesserung der Position Polens in den Beziehungen mit dem größten Nachbarstaat. Mehr Symmetrie sei notwendig, um eine Zusammenarbeit, die für beide Seiten profitabel ist, zu entwickeln. An den Spannungen sei aus der Sicht der Nationalkonservativen Moskau schuld. Vom Verhalten der Russen seien auch die Aussichten der russisch-polnischen Aussöhnung abhängig[981].

---

[976] *„Europa solidarnych narodów" – Program polityki europejskiej Prawa i Sprawiedliwości* [in:] I. Słodkowska, M. Dołbakowska (Hrsg.), *Eurowybory 2004. Kandydaci i programy*, ISP PAN Warszawa 2005, S. 132.
[977] Vgl.: z.B. K. Marcinkiewicz, *Interview mit Beata Kempa (PiS)*.
[978] Vgl.: z.B. die Aussagen von Beata Kempa: K. Marcinkiewicz, *Interview mit Beata Kempa (PiS)*.
[979] Vgl.: *Repression gegen Christen in Belarus*, Libereco. Partnership for Human Rights, 10.10.2009, http://www.lphr.org/news/news-details/article/repression-gegen-christen-in-belarus//3/ (Stand: 11.01.2010).
[980] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Piotr Gadzinowski (SLD)*.
[981] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Karol Karski (PiS)*.

Eine wichtige Rolle aus der Sicht der Nationalkonservativen spiele in den Verhältnissen zu Russland und zur Ukraine immer noch die Geschichte. Anders als die Sozialdemokraten wollen die Rechten schlechte Erfahrungen aus der Vergangenheit nicht vergessen und sich auf die Gegenwart und die Zukunft konzentrieren. Ganz im Gegenteil, sie fürchten, dass ohne eine Reflexion über die Verbrechen, die von der Sowjetunion begangen wurden, heutzutage keine partnerschaftliche Zusammenarbeit möglich sei. Die mangelnde Aufarbeitung der Verbrechen der ukrainischen Nationalisten zählt einer der Befragten zu den Bedrohungen für die polnisch-ukrainische Partnerschaft[982].

Sowohl in Bezug auf die Sicherung der Energielieferungen als auch auf die Beziehungen mit Russland fordert die PiS mehr Solidarität von der Europäischen Union. Die Nationalkonservativen gehen nicht so weit wie die Sozialdemokraten und sind nicht dazu bereit, die Beziehungen mit Moskau grundsätzlich nur in einer Zusammenarbeit mit Brüssel zu entwickeln. Sie sind jedoch der Meinung, dass im Falle eines Konflikts die Gemeinschaft das betroffene Mitglied unterstützen solle.

Die Präferenzen der „Recht und Gerechtigkeit" bezüglich der Ostpolitik im Kontext der Europäischen Union werden, analog zum Fall der Sozialdemokraten, in fünf Punkten zusammengefasst. Eine besondere Rolle sollen die Beziehungen mit Kiew in der polnischen Außenpolitik spielen. Die Ukraine solle so schnell wie möglich ein Mitglied der Europäischen Union und der NATO werden. Die PiS schließt zugleich die Möglichkeit einer Verbesserung der Zusammenarbeit mit Russland nicht aus, wenn die Russen dazu bereit wären, die Verbesserung der Position Polens (Gleichstellung) in den bilateralen Beziehungen zu akzeptieren. Sollte sich der Konflikt mit Moskau verschärfen, müsse die EU Polen in vollem Maße unterstützen. Dasselbe gilt auch für die Energiepolitik. Die Lieferungen der fossilen Energieträger werden durch die Zusammenarbeit mit den Staaten des Kaukasus und Zentralasiens gesichert. Die Polen müssen sich in diesem Bereich von Russland unabhängiger machen. Als letzter Punkt ist die Förderung der Demokratisierungs- und der Unabhängigkeitsbewegungen in den ehemaligen Teilrepubliken der Sowjetunion zu nennen. Die politische Freiheit in den

[982] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Bogusław Kowalski (PiS)*.

Staaten der GUS werde die russische Führung zur Diversifizierung ihrer Aufmerksamkeit zwingen und den politischen Druck auf Polen mildern. In der praktischen Zusammenarbeit werden die Organisationen der polnischen Minderheit von den Nationalkonservativen bevorzugt.

1	Partnerschaft mit der Ukraine und Unterstützung für ihre Aufnahme in die EU und NATO
2	Verbesserung der Position Polens in den Beziehungen mit Russland
3	Solidarität der EU im Falle eines Konflikts mit Russland oder in Bezug auf „energetische Sicherheit“
4	Unterstützung der Demokratisierungs- und Unabhängigkeitsbewegungen auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion (Diversifizierung der Aufmerksamkeit Russlands), Bevorzugung der polnischen Minderheit
5	Partnerschaft mit den Staaten des Kaukasus und Zentralasiens als Schlüssel zur „energetischen Sicherheit“

Tabelle 66. Präferenzen der PiS in Bezug auf die Ostpolitik der EU.

6. Die Praxis der Europapolitik der Regierungen Marcinkiewicz und Kaczyński

6.1 Die Beitrittsverhandlungen

6.1.1 Die Nationalkonservativen und die Beitrittsverhandlungen

Da die PiS erst drei Jahre nach dem Abschluss der Verhandlungen über den Beitritt Polens in die Europäische Union an die Macht kam, ist es besonders schwierig, über die nationalkonservative Praxis der Beitrittsverhandlungen zu sprechen. Das Problem muss jedoch aufgrund seiner Brisanz in der polnischen politischen Debatte thematisiert werden. Dies wird auf zweierlei Weise erfolgen. Auf der einen Seite werden die Aussagen der Vertreter der Partei „Recht und Gerechtigkeit", welche während der Dauer der Gespräche gemacht wurden, berücksichtigt. Auf der anderen Seite wird untersucht, inwieweit die PiS die Ergebnisse der Verhandlungen nach dem Wahlerfolg zu modifizieren versuchte. Die Beantwortung der Frage, ob solche Versuche tatsächlich zustande kamen, wird die Analyse der Zusammenhänge zwischen den politischen Präferenzen und der praktischen Politik der Nationalkonservativen ermöglichen.

6.1.2 Der Beitrag der PiS zur Diskussion über Beitrittsverhandlungen auf dem Forum des polnischen Sejms der vierten Wahlperiode

Die Aussagen, die hier analysiert werden, wurden in den Sitzungen des Europaausschusses im polnischen Sejm der vierten Wahlperiode (2001-2005), welche zwischen Herbst 2001 und Frühjahr 2003 stattfanden, getätigt. Die Partei „Recht und Gerechtigkeit" war nach den Parlamentswahlen 2001 im Sejm mit 44 Abgeordneten

vertreten[983]. Besonders aktiv auf dem Gebiet der Europapolitik waren sechs von der PiS in den Europaausschuss entsandte Personen: Aleksander Szczygło (stellv. Vorsitzender), Elżbieta Kruk und Paweł Poncyljusz, Adam Bielan, Michał Kamiński und Marcin Libicki[984]. Drei Monate nach dem EU-Beitritt Polens am 31. Juli 2004 wurde der Europaausschuss aufgelöst. Einen Teil seiner Aufgaben übernahm ein neu gebildeter Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Das neue Gremium nahm seine Arbeit am 14. Mai 2004 auf[985]. Neben den drei letztgenannten nationalkonservativen Abgeordneten gehörten dem neu organisierten Ausschuss zwei weitere, Szymon Giżyński und Jarosław Zieliński, an[986]. Diese beteiligten sich weniger aktiv als ihre Kollegen an der Diskussion über die Beitrittsverhandlungen, da die Gespräche zur Zeit ihrer Aufnahme in den Ausschuss längst abgeschlossen waren. Zu Wort in der Europadebatte meldeten sich auf der anderen Seite zwei Spitzenfiguren der Partei, die Zwillingsbrüder Lech und Jarosław Kaczyński.

Die Mitglieder des Europaausschusses waren während der Verhandlungen stets durch die Vertreter der Regierung über den Stand der Gespräche informiert. Am 13. November 2001 stellte Danuta Hübner auf dem Forum des Ausschusses die neue polnische Verhandlungsstrategie vor[987]. Die Abgeordneten wurden ferner nach jeder Gesprächsrunde vom polnischen Hauptunterhändler Jan Truszczyński unterrichtet[988]. Am 5. Februar 2002 traf sich das ganze Verhandlungsteam mit dem Ausschuss[989].

Während der 57. Sitzung des Ausschusses am 27. Juni 2002 fand eine Diskussion zwischen dem PiS-Abgeordneten Kamiński und der Staatssekretärin im

---

[983] Eigene Berechnung aufgrund des alphabetischen Verzeichnises der am 23. September 2001 gewählten Abgeordneten. Vgl.: *Alfabetyczny wykaz posłów wybranych w dniu 23 września 2001 r.*, Państwowa Komisja Wyborcza, http://www.pkw.gov.pl/katalog/artykul/16315.html (Stand: 06.11.2009).
[984] Adam Bielan, Michał Kamiński und Marcin Libicki verließen den Ausschuss im Jahre 2003 bzw. 2004. Vgl.: *Komisje Stałe. Komisja Europejska*, Sejm RP, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/skladkom4?OpenAgent&EUR (Stand: 06.11.2009).
[985] Leszek Kieniewicz (Hrsg.), *Sprawozdania sejmowych komisji do spraw integracji z Unią Europejską z lat 1991-2005*, Wydawnictwo Sejmowe, Warszawa 2007, S. 103.
[986] Vgl.: *Komisje Stałe. Komisja do spraw Unii Europejskiej*, Sejm RP, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/skladkom4?OpenAgent&SUE (Stand: 06.11.2009).
[987] *Komisja Europejska nr 4*, „Biuletyn", Nr. 63/IV, 13.11.2001, Sejm RP, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/Main4?OpenForm&EUR (Stand: 11.01.2010).
[988] Kieniewicz, Leszek (Hrsg.), *Sprawozdania sejmowych komisji do spraw integracji z Unią Europejską z lat 1991-2005*, Wydawnictwo Sejmowe, Warszawa 2007, S. 85.
[989] *Komisja Europejska nr 17*, „Biuletyn", Nr. 290/IV, 05.02.2002, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/Main4?OpenForm&EUR (Stand: 11.01.2010).

Außenministerium für die Angelegenheiten der EU Hübner statt[990]. Kamiński forderte von den Sozialdemokraten eine „härtere“ Stellung in den Gesprächen. Die Verhandlungen haben aus seiner Sicht einen ähnlichen Charakter wie ein Warenhandel[991]. Es komme in ihrem Zuge zu einem Austausch von Zugeständnissen zwischen den Partnern. Diese realpolitische Interpretation verknüpfte er mit dem Konzept der europäischen Solidarität. Der Beitrag Polen würde sodann aus seiner Sicht darin bestehen, dass sich die Staaten Westeuropas 45 Jahre ungehindert wirtschaftlich entwickeln konnten[992]. Obwohl Polen zum Frieden in Europa beigetragen habe, sei es mehrere Jahre von der Teilnahme an den ökonomischen Profiten der Integration ausgeschlossen gewesen. Nun haben die Polen ein Recht darauf, eine „peace dividend“ zu bekommen. Falls die Union diese Logik nicht berücksichtige und sich nicht solidarisch gegenüber Warschau verhalte, müssen polnischen Unterhändler eine aggressivere, weniger kooperative Verhandlungsstrategie verfolgen[993]. Die oben aufgeführte komplizierte Begründung der polnischen Forderungen, welche Kamiński auf der 57. Sitzung der Kommission vorstellte, erinnert an das Gleichnis von Dziedziczak.

Eine Präferenz für das wenig flexible Verhalten in den Verhandlungen war auch Ursache der Unzufriedenheit Kamińskis mit dem Durchsickern der Informationen durch polnische Diplomaten[994]. Signale einer möglichen Kompromissbereitschaft Polens, welche anonyme Mitarbeiter des Außenministeriums den Medien schickten, seien seiner Meinung nach für die Verhandlungen gefährlich gewesen. Sie haben laut der PiS die Glaubwürdigkeit der polnischen Drohungen geschwächt. Dies könne in der Folge die Durchsetzung der für Polen ungünstigen Lösungen ermöglichen. Die oben genannten Aussagen weisen darauf hin, dass die Nationalkonservativen von der Unmöglichkeit des kooperativen Verhaltens der EU überzeugt waren. Die einzige aus der Sicht des nationalen Interesses Polens akzeptable Strategie sei in diesen Umständen die Methode der „harten Verhandlungen“ gewesen.

---

[990] Kieniewicz, Leszek (Hrsg.), *Sprawozdania sejmowych komisji do spraw integracji z Unią Europejską z lat 1991-2005*, Wydawnictwo Sejmowe, Warszawa 2007, S. 86.
[991] *Komisja Europejska nr 57*, „Biuletyn”, Nr. 731/IV, 27.06.2002, Sejm RP, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/Main4?OpenForm&EUR (Stand: 08.11.2009).
[992] *Ebd.*
[993] *Ebd.*
[994] *Ebd.*

Auf der gleichen Sitzung ergriff ein anderer Vertreter der PiS, Paweł Poncyljusz, das Wort. Er sprach ein Problem an, das nach Meinung der Nationalkonservativen von den Sozialdemokraten geringgeschätzt worden sei, nämlich ein Trade-off zwischen der Schnelligkeit und der Qualität der Verhandlungen[995]. Laut Poncyljusz seien seit der Veränderung der polnischen Strategie keine Erfolge erzielt worden[996]. Eine übermäßige Hervorhebung des Faktors Zeit habe die effektive Verteidigung der polnischen nationalen Interessen verhindert. Die Sozialdemokraten haben das Ziel mit dem Mittel der Verhandlungen verwechselt[997]. Die Zeit habe aus der Perspektive der PiS eine zweitrangige Bedeutung, sei aber durch die SLD als eine wichtige Priorität wahrgenommen worden. Paweł Poncyljusz betonte ferner, dass Polen nicht zu denselben günstigen Bedingungen der Union beitreten werde wie Spanien oder Portugal[998]. Besorgt um die Qualität der polnischen EU-Mitgliedschaft äußerte sich auch Aleksander Szczygło während einer anderen Sitzung des Ausschusses[999].

Im November 2002 wurde die Problematik der Zeit in den Beitrittsverhandlungen wieder auf dem Forum des Ausschusses aufgegriffen. Der Vorsitzende der Partei „Recht und Gerechtigkeit“, Jarosław Kaczyński, präsentierte das Projekt eines Beschlusses über die Bedingungen der polnischen EU-Mitgliedschaft. Die Verfasser des Dokuments rufen unter anderem zur Ablehnung der Termine, welche für den Abschluss der Beitrittsverhandlungen bestimmt wurden, auf. Laut der Nationalkonservativen müsse dies nicht zur Verschiebung der Erweiterung führen, welche zusätzlich um weitere fünf (laut Kaczyński vier) Monate hinausgezögert wurde[1000]. Die Bestimmung der kurzen Termine sei aus Sicht der PiS ein klassischer Trick gewesen, dem sich die EU bediente, um den Druck auf Polen zu erhöhen[1001].

---

[995] *Ebd.*
[996] *Ebd.*
[997] *Ebd.*
[998] *Komisja Europejska nr 81*, „Biuletyn”, Nr. 941/IV, 10.09.2002, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/Main4?OpenForm&EUR (Stand: 09.11.2009).
[999] *Komisja Europejska nr 18*, „Biuletyn”, 301/IV, 12.02.2002, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/Main4?OpenForm&EUR (Stand: 08.11.2009).
[1000] *Komisja Europejska nr 99*, „Biuletyn”, Nr.1257/IV, 29.11.2002, Sejm RP, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/Main4?OpenForm&EUR (Stand: 09.11.2009).
[1001] *Ebd.*

Schon zu Beginn der vierten Wahlperiode des Sejms zeigten die Nationalkonservativen viel Interesse an der Diskussion über die Kompetenzen der EU und der Mitgliedstaaten. Auf der zweiten Sitzung des Europaausschusses wollte Michał Kamiński vom Außenminister Cimoszewicz erfahren, welche Position Polen in der Debatte einnehmen werde[1002]. Zugleich warnte er, dass die Verwirklichung der föderalen Vision zur Marginalisierung der Rolle der nationalen Parlamente führen werde. Skepsis gegenüber den Prozessen der europäischen Integration war auch in den Beiträgen der PiS zur Diskussion mit dem Beauftragten der Regierung für die Information über die Europäische Union, Sławomir Wiatr[1003], spürbar. Die Vertreterin der Partei „Recht und Gerechtigkeit", Elżbieta Kruk, warf den polnischen Behörden Agitation für den Beitritt vor[1004]. Sie verurteilte zugleich die Ergebnisse der Verhandlungen über die Mehrwertsteuer auf Baumaterialien, welche auf 22% erhöht werden solle, während die Regierung Deutschlands den Steuersatz von 6% verteidigt habe[1005].

Eindeutig für die Idee eines Europas der Nationen sprach sich im Dezember 2002 der Gast des Ausschusses, Kazimierz Michał Ujazdowski, aus. In der Diskussion über den geplanten Beschluss des Sejms bezüglich der europäischen Integration lehnte Ujazdowski eine Formulierung wie: „Wir wollen eine Europäische Union, welche auf den leistungsfähigen gemeinschaftlichen Mechanismen basiert" ab[1006]. Seiner Meinung nach könne diese Feststellung als ein Plädoyer für das föderale Modell der europäischen Integration verstanden werden[1007]. Während der gleichen Sitzung behauptete sein Parteikollege Michał Kamiński, dass Polen kein vollberechtigtes Mitglied der EU sein werde[1008].

[1002] *Komisja Europejska nr 2*, „Biuletyn", Nr. 27/IV, 25.10.2001, Sejm RP, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/Main4?OpenForm&EUR (Stand: 08.11.2009).
[1003] *Komisja Europejska nr 33*, „Biuletyn", Nr 493/IV, 17.04.2002, Sejm RP, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/Main4?OpenForm&EUR (Stand: 09.11.2009).
[1004] *Ebd.*
[1005] *Ebd.*
[1006] *Komisja Europejska nr 102*, „Biuletyn", Nr. 1292/IV, 05.12.2002, Sejm RP, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/Main4?OpenForm&EUR (Stand: 14.11.2009).
[1007] *Ebd.*
[1008] *Ebd.*

6.1.3 Die Nationalkonservativen und die Beitrittsverhandlungen: eine Zusammenfassung

Auf dem Forum des Europaausschusses des polnischen Sejms der vierten Wahlperiode sprachen sich die Nationalkonservativen für die Vision der Beitrittsverhandlungen aus, welche in ihren Programmdokumenten dargelegt wird. Auch zwischen den Inhalten der Interviews und dem Verhalten der PiS-Mitglieder im Parlament gibt es einen hohen Grad der Übereinstimmung. Die polnischen Rechten waren mit der neuen, flexibleren Verhandlungsstrategie, welche die Sozialdemokraten im November 2001 präsentierten, unzufrieden. Ähnlich wie in den Interviews waren die Vertreter der „Recht und Gerechtigkeit" auch während der Parlamentsdiskussionen der Meinung, dass die konservative Regierung von Buzek die Interessen Polens besser vertreten habe als das Kabinett von Miller[1009].

Aus der Sicht der PiS sei Polen mit einem Dilemma zwischen Schnelligkeit und Qualität der Gespräche konfrontiert gewesen. Die Regierung Miller, welche die Existenz eines solchen Dilemmas bezweifelte, habe zu viel Wert auf das Einhalten der von der EU vorgegebenen Termine gelegt. Durch die Festlegung der Termine habe die EU laut der PiS den Entscheidungsraum Polens extrem eingeschränkt. Auf der anderen Seite habe sich Polen durch die vorbehaltslose Akzeptanz dieses Zeitplans erpressbar gemacht.

Die Nationalkonservativen forderten von der Regierung die Unterstützung für das Konzept des Europas der Nationen. Sie waren besorgt wegen der aus ihrer Sicht übermäßigen Stärkung der gemeinschaftlichen Mechanismen. Den Ton der europäischen Integration sollen laut der PiS weiterhin die nationalen Regierungen, nicht die supranationalen Institutionen angeben.

Obwohl die PiS mit dem Verlauf und den Ergebnissen der Verhandlungen über den Beitritt Polens in die EU nicht zufrieden war, unternahm sie nach dem Sieg in den Parlamentswahlen 2005 keine Nachverhandlungen mit Brüssel. Sie akzeptierte den Stand der Dinge. Dies schwächt die These über die konsequente Umsetzung der Parteipräferenzen der PiS bezüglich der Beitrittsverhandlungen in der Praxis. Auf der anderen Seite ist nicht zu vergessen, dass die „Recht und Gerechtigkeit" offiziell keine

[1009] Vgl.: z.B. K. Marcinkiewicz, *Interview mit Paweł Poncyljusz (PiS)*.

Nachverhandlungen der Beitrittsbestimmungen forderte. Die Aussage, die „PiS implementierte in der Praxis die aus den Programmdokumenten und Interviews abgeleiteten Präferenzen“, lässt sich aus diesem Grund nicht falsifizieren.

6.2 Die Debatte über die Reform der Europäischen Union

6.2.1 Der Anfang der Reflexionsphase und die Budgetverhandlungen

Auf dem Gipfel des Europäischen Rates am 16. und 17. Juni 2005 verkündeten die Staats- und Regierungschefs der EU den Anfang der Reflexionsphase[1010]. Diese Kompromisslösung spiegelte das Chaos wider, in dem der Reformprozess nach den Referenden in Frankreich und in den Niederlanden versank. Während einige Mitgliedstaaten auf die Ratifizierung der Verfassung für Europa verzichteten, setzten die anderen das Verfahren fort. Der Rat versuchte, beiden Gruppen entgegenzukommen, indem er den einzelnen EU-Ländern die Möglichkeit einräumte, über die Einstellung oder Fortsetzung der Annahme des Dokuments selbst zu entscheiden, solange der Vertrag von nicht mehr als fünf Mitgliedstaaten abgelehnt werde. Der Rat verpflichtete sich, in der ersten Hälfte 2006 die Lage zu überprüfen[1011].

Im Juni 2005 sprach sich der polnische Premierminister Marek Belka eindeutig gegen die Unterbrechung der Ratifizierung aus[1012]. Zugleich zögerte der Sejmmarschall und ehemalige Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz mit einer Abstimmung über das mögliche Referendum im Parlament[1013]. Die Öffnung der Diskussion machte er vom Ergebnis des Treffens des Rats abhängig. Als es endlich zur Abstimmung kam, hatten die angeschlagenen Sozialdemokraten weder die Kraft noch den Willen, die EU-Verfassung zu retten. Bei einer hohen Abwesenheit der Linken erwies sich die Kammer nicht dazu

[1010] M. Banat, U. Pałłasz, *Polska w Unii Europejskiej*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2006”, S. 44.
[1011] *Ebd.*
[1012] *Ebd.*
[1013] Vgl.: Kapitel 4.2.7.

bereit, die Debatte über die Form der Ratifizierung des Vertrags auf die Tagesordnung zu setzen[1014].

Eine neue politische Konstellation, welche aus den Parlamentswahlen 2005 hervorging, wollte die Diskussion über das vom Konvent vorgeschlagene Projekt nicht weiterführen. Im Herbst 2005 konzentrierte sich die nationalkonservative Regierung auf die Verhandlungen über den EU-Haushalt für die Jahre 2007-2013. Die Fortsetzung der Arbeiten an der Lissaboner Strategie und der Überlegungen über die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes bewiesen aus Sicht der polnischen Rechten die Überflüssigkeit des Verfassungsvertrages. Das Desinteresse für die Reform der EU sanktionierten die Bestimmungen des Rates von Hampton Court[1015]. Die Staats- und Regierungschefs kamen auf dem von der britischen Ratspräsidentschaft organisierten Gipfel zu dem Schluss, dass sich die Gemeinschaft in der damaligen Situation in erster Linie mit der Lösung der konkreten Probleme der Bürger durch die Vertiefung der Zusammenarbeit auf den gewählten Gebieten beschäftigen solle[1016].

Die Zufriedenheit der Nationalkonservativen mit dem Status quo speiste sich unter anderem aus dem Erfolg, den Polen in den Budgetverhandlungen verbuchte. An den Gesprächen über die finanzielle Perspektive 2007-2013 nahm ferner die Regierung Belka teil. Als eine Kompromisslösung für die im ersten Halbjahr geführten Verhandlungen war ein Vorschlag der luxemburgischen Präsidentschaft vom 17. Juni 2005 gedacht[1017]. Nach seiner Ablehnung übernahm die britische Präsidentschaft die Verantwortung für die weitere Diskussion. Auf der polnischen Seite war schon seit dem Regierungswechsel im Herbst 2005 das neue Kabinett unter Kazimierz Marcinkiewicz für die Gespräche mit den Briten zuständig.

Der neue polnische Premierminister erwies sich pragmatischer, als erwartet. Laut Kai-Olaf Lang führte er die Verhandlungen „in einer professionellen und überraschend konstruktiven Art“[1018]. Marcinkiewicz bezeichnete zwar den Vorschlag der Britten

[1014] M. Banat, U. Pałłasz, *Polska w Unii Europejskiej*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2006”, S. 44.
[1015] *Ebd.*, S. 44-45.
[1016] *Ebd.*, S. 51.
[1017] *Ebd.*, S. 47.
[1018] K.-O. Lang, *Polen*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2006”, S. 382.

anfänglich als inakzeptabel, zeigte aber Kompromissbereitschaft[1019]. Gleichzeitig begann eine Offensive der polnischen Diplomatie unter Stefan Meller. Die besonderen Verbindungen des Außenministers mit seinem Geburtsland Frankreich trugen zur Koordinierung der Bemühungen von Paris und Warschau bei, welche die Ansichten über das Budget teilten[1020].

Vor dem Gipfel vom 15. und 16. Dezember veröffentlichten der polnische und der französische Chef der Diplomatie einen gemeinsamen Brief über die EU-Finanzdebatte. Im Dokument forderten sie unter anderem Großbritannien zur Übernahme von mehr finanzieller Verantwortung für die Erweiterung auf, was als ein Plädoyer für die Abschaffung des britischen Rabatts verstanden werden kann[1021]. Sie sprachen sich auch indirekt gegen weitere Reformen der Agrarpolitik aus, indem sie betonten, dass die Reform aus dem Jahre 2003 gerade implementiert worden sei und viele Opfer gefordert habe[1022]. Die gemeinsame Initiative von Stefan Meller und Philippe Douste-Blazy interpretierten Kommentatoren als ein Zeichen des Umbruchs in den seit dem Anfang des Irakkriegs angespannten polnisch-französischen Beziehungen[1023].

Für seine Mischung aus Flexibilität und Entschlossenheit wurde das Duett von Marcinkiewicz und Meller auf dem Gipfel im Brüssel belohnt. Die Staats- und Regierungschefs konnten sich anfangs zwar auf keinen Kompromiss einigen, fanden aber am zweiten Tag des Treffens eine Lösung, welche alle Seiten zufriedenstellte. Einen wichtigen Beitrag zum positiven Ausgang der Tagung leistete die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die deutsche Regierungschefin verzichtete zugunsten der ärmsten Wojewodschaften Polens auf 100 Millionen Euro, welche ursprünglich für die neuen Bundesländer und Bayern bestimmt waren[1024]. Dies befriedigte die

---

[1019] Derselben Meinung wie Kazimierz Marcinkiewicz war interessanterweise auch Aleksander Kwaśniewski. Vgl.: K. Niklewicz, *Kwaśniewski i Marcinkiewicz razem*, „Gazeta Wyborcza", 08.12.2005, S. 25.
[1020] P. Douste-Blazy, S. Meller, *"Budget impasse: EU needs to move on and the world will not wait". Article by Stefan Meller and Philippe Douste-Blazy, Ministers of Foreign Affairs of the Republic of Poland and the French Republic*, Ministerstwo Spraw Zagranicznych http://www.msz.gov.pl/publications/2005/content/milestones/3.%20Article%20FT.pdf (Stand: 22.10.2009).
[1021] *Ebd.*
[1022] *Ebd.*
[1023] K.-O. Lang, *Polen*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2006", S. 382.
[1024] *Ebd.*

Forderungen von Marcinkiewicz und ermöglichte den rechtzeitigen Abschluss der Verhandlungen.

Polen konnte sich als Gewinner der Schlacht um das europäisches Budget fühlen. Dank großzügiger Transfers aus dem Kohäsionsfonds, der GAP und den anderen Programmen der EU wurde Polen zum größten Empfänger der Mittel aus dem EU-Haushalt. In den Jahren 2007-2013 sollten laut Bestimmungen des Rates jährlich im Durchschnitt 13 Milliarden Euro nach Warschau transferiert werden[1025]. Insgesamt wurde für Polen etwa 10,5% des ganzen Budgets der Union bestimmt[1026]. Der Verzicht von Tony Blair auf einen Teil des britischen Rabatts und die Bestimmung der Ausgaben auf dem Niveau von 1,045% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) waren wichtige Faktoren, welche die Finanzierung dieses Vorhabens ermöglichten[1027].

6.2.2 Auf der Suche nach einem Ausweg aus der Stagnation

Die Österreicher, welche von den Briten die Präsidentschaft im Rat der EU am 1. Januar 2006 übernahmen, versuchten, die Stagnation des Reformprozesses zu überwinden. In erster Linie wollten sie jedoch das Vertrauen der EU-Bürger zur Union und zu ihren Institutionen wiederaufbauen. Ihre Bemühungen setzte seit Mitte 2006 die finnische Präsidentschaft fort.

Schon am 4. Januar 2006 bat die österreichische Außenministerin Ursula Plassnik ihre Amtskollegen aus den anderen Mitgliedstaaten um Klärung ihrer Einstellung zum Verfassungsvertrag[1028]. Das Bild, das sich aus den Antworten der Chefdiplomaten ergab, unterschied sich kaum von der Situation im Sommer 2005. Während einige Länder die Ratifizierungsprozeduren einstellten, setzten die anderen die Annahme des Dokuments fort. Der ersten Gruppe gehörte unter anderem Polen an. Das informelle Treffen der Außenminister am Rande des EU-Gipfels in Brüssel am 23. März 2006 sandte keine

[1025] M. Banat, U. Pałłasz, *Polska w Unii Europejskiej*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2006", S. 48-49.
[1026] *Ebd.*
[1027] *Ebd.*, S. 48.
[1028] M. Banat-Adamiuk, *Aktywność Polski w Unii Europejskiej*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2007", S. 49.

neuen Impulse aus[1029]. Die Mitgliedstaaten einigten sich lediglich darauf, dass sie in derselben Form ein weiteres Treffen abhalten werden. Dies erfolgte am 27. und 28. Mai 2006 in Klosterneuburg[1030].

Die polnischen Nationalkonservativen versuchten, durch ihre „business as usual"-Politik zu beweisen, dass Europa in Wirklichkeit keine Verfassung brauche. Zugleich signalisierten sie ihre negative Einstellung zum Projekt. Wie im Falle der Debatte über die europäische Armee waren die Aussagen der polnischen Politiker häufig unkonkret. Als ein Beispiel sind die Bemerkungen des Präsidenten Lech Kaczyński von seiner Reise nach Frankreich im Februar 2006 zu nennen. Der Staatschef plädierte für das Nachdenken über „ein neues politisches Konzept", was als Ablehnung des Verfassungsvertrags verstanden werden könnte[1031]. Laut seiner außenpolitischen Berater sei Kaczyński jedoch missverstanden worden[1032].

Mitte Juni 2006 sprach sich der Europäische Rat für die Verlängerung der Reflexionsphase[1033] aus. Die Entscheidung des Gremiums entsprach der Position Polens. Aus der Sicht Warschaus sei mehr Zeit für die Durchführung der internen Debatte über die EU notwendig gewesen[1034]. Die Regierung argumentierte auch, dass sie noch bestimmen müsse, welche Maßnahmen das Vertrauen der Bürger Polens zu den Institutionen der Union verbessern würden. Polen forderte zudem mehr Initiativen für die soziale Kohäsion und Sicherheit der Bürger[1035]. Unter dem letzten Begriff verstanden die PiS-Regierungen unter anderem Terrorismus-, Kriminalitäts- und Korruptionsbekämpfung[1036]. Die Einzelelemente des polnischen Beitrags zur Diskussion über die Reform der EU wurden erst nach dem Rücktritt des Kabinetts von Marcinkiewicz auf einem informellen Treffen am 11 Dezember 2006 vorgestellt[1037].

[1029] *Ebd.*
[1030] *Ebd.*
[1031] K.-O. Lang, *Polen*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2006", S. 384.
[1032] *Ebd.*
[1033] M. Banat-Adamiuk, *Aktywność Polski w Unii Europejskiej*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2007", S. 49.
[1034] *Ebd.*, S. 50.
[1035] *Ebd.*
[1036] *Ebd.*
[1037] *Ebd.*

Unter der österreichischen Präsidentschaft wurden die Gegensätze zwischen den Pragmatikern und den rechten Falken innerhalb der polnischen Regierung immer deutlicher. Einer der Konflikte betraf die Reform des Zuckermarktes. Der Landwirtschaftsminister Krzysztof Jurgiel lehnte im November 2005 die durch Brüssel vorgeschlagenen Veränderungen ab[1038]. Im Februar 2006 versuchte er sodann, die Zugeständnisse der EU durch eine Veto-Drohung zu erpressen[1039]. Dieser Politik widersetzte sich Außenminister Stefan Meller. Er befürchtete, dass der unbeugsame Verhandlungsstil Jurgiels zum seriösen Ansehensverlust Polens in den Augen der Partner führen werde. Nach der Kritik Österreichs zog Polen seine Drohung zurück. Ähnlich erfolgslos blieb die Blockade des EU-Budgets für das Jahr 2006 durch die polnische Finanzministerin Teresa Lubińska im Dezember 2006[1040]. Sowohl diese als auch weitere ähnliche Inzidente waren ein Ausdruck des von den Brüdern Kaczyński geforderten neuen polnischen Selbstbewusstseins in der EU.

6.2.3 Die Berliner Erklärung und die Quadratwurzel

Zur Belebung der Reformdebatte kam es erst unter der deutschen Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte 2007. Polen wurde damals schon durch das neue Kabinett von Jarosław Kaczyński mit der neuen Außenministerin Anna Fotyga vertreten[1041].

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel erwies sich entschlossen, die Reflexionsphase, welche die Einfrierung des Reformprozesses bedeutete, zu beenden. Als Umbruch kann die Veröffentlichung der Berliner Erklärung zum 50. Jahrestag der

[1038] K.-O. Lang, *Polen*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2006", S. 384-385.
[1039] Krzysztof Jurgiel erklärte, dass „die polnische Ehre" ihm „kriechen" in Brüssel nicht erlaube. Vgl.: J. Pawlicki, *W Unii boso, ale w ostrogach*, „Gazeta Wyborcza", 22.06.2006, S. 10.
[1040] *Ebd.*
[1041] Zuerst Stefan Meller und danach Kazimierz Marcinkiewicz traten von ihren Ämtern zurück. Vgl. Kapitel 5.1.3.

Unterzeichnung der Römischen Verträge vom 25. März 2007 gelten[1042]. Ein allgemein formuliertes Dokument berücksichtigt einige Elemente der polnischen Position vom Dezember 2006. In der Erklärung wurde unter anderem auf die Entschlossenheit in der Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung hingewiesen[1043]. Die Verfasser hoben zugleich die Rolle der Gesellschaften Mittel- und Osteuropas in der Wiedervereinigung des Kontinents hervor[1044]. Auf eine Erwähnung der Wende vom Jahre 1989 beharrte insbesondere die polnische Diplomatie[1045].

Es ist jedoch zu betonen, dass Polen nicht mit allen Aspekten des Dokuments zufrieden war. Besonders beunruhigend war aus Sicht Warschaus das Außerachtlassen der christlichen Werte, worauf der polnische Unterhändler Marek Cichocki hinwies[1046]. Es war lange Zeit ungewiss, ob die polnische Regierung die Erklärung überhaupt unterzeichnet. Während ihrer Reise nach Polen am 16. und 17. März 2007 versuchte die deutsche Bundeskanzlerin, ihre polnischen Kollegen und die polnische Bevölkerung von der Unterstützung des in Berlin entwickelten Projekts zu überzeugen.[1047]. Zuerst traf sie sich mit dem Staatspräsidenten in seiner Dienstvilla in Jurata auf der Halbinsel Hel (Hela)[1048]. Ein Tag danach hielt sie eine enthusiastisch aufgenommene Rede in der Adam-Mickiewicz-Aula der Universität Warschau[1049]. Die Überzeugungsarbeit von Angela Merkel und die Gefahr der Isolierung im Falle eines Alleingangs trugen zur Überwindung der polnischen Einwände bei.

Der letzte Abschnitt der Berliner Erklärung war als ein Anfang der neuen Reformdebatte gedacht. Es ist dort über die Absicht der Signatarstaaten zu lesen, „die Europäische Union bis zu den Europawahlen 2009 auf eine erneuerte gemeinsame

---

[1042] *Erklärung anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge*, Deutschland 2007 – Präsidentschaft der Europäischen Union, http://eu2007.de/de/News/download_docs/Maerz/0324-RAA/German.pdf (Stand: 23.10.2009).
[1043] *Ebd.*
[1044] *Ebd.*
[1045] K. Niklewicz, *Jest już deklaracja berlińska. Teraz czas na eurokonstytucję?*, „Gazeta Wyborcza", 24./25.03.2007, S. 8.
[1046] *Ebd.*
[1047] R. Tarnogórski, *Kronika Dyplomatyczna*, „Przegląd Dyplomatyczny", 7 (2007) 3, S. 189.
[1048] *Ebd.*
[1049] A. Merkel, *Od „Solidarności" do pięknej Europy*, „Gazeta Wyborcza", 17./18.03.2007, S. 13; B.T. Wieliński, Ł. Lipiński, *Merkel na zgodę*, „Gazeta Wyborcza", 17./18.03.2007, S. 1.

Grundlage zu stellen“[1050]. Mit dieser Deklaration wurde die Reflexionsphase endgültig beendet. Angela Merkel zeigte sich dafür bestimmt, die Reformprozesse wieder in Gang zu bringen, indem sie die Staats- und Regierungschefs von solch einer Formulierung überzeugte. Laut eines Kommentators der polnischen „Gazeta Wyborcza“ sei die Aussage ein Schritt auf dem Weg zum Inkrafttreten der Verfassung für Europa gewesen[1051]. Es war jedoch gleichzeitig bereits offensichtlich, dass das ursprüngliche Dokument nicht durchsetzbar war. Aus diesem Grund wurde über eine mögliche Einberufung einer Regierungskonferenz unter dem portugiesischen Vorsitz in der zweiten Hälfte des Jahres 2007 spekuliert[1052].

Die Berliner Erklärung beschleunigte tatsächlich die Debatte über die Reform der Europäischen Union. Angela Merkel, welche als Ratspräsidentin eine zentrale Rolle in diesem Prozess spielte, stellte kurz vor der Unterzeichnung des Dokuments ihre Vision der europäischen Armee vor[1053]. Weder der polnische Präsident Lech Kaczyński noch der Premierminister Jarosław Kaczyński griffen die Idee der Bundeskanzlerin auf, obwohl sie selbst noch im November des Vorjahres über Streitkräfte für Europa gesprochen hatten[1054]. Der Vorschlag von Merkel, auch wenn er nicht konkretisiert wurde, signalisierte eine Belebung der seit beinahe zwei Jahren eigefrorenen Diskussion über die Vertiefung der Integration. Durch die Präsentation der mutigen neuen Pläne teilte die deutsche Ratspräsidentschaft den Partnern aus der EU wieder auf symbolische Weise die Entschlossenheit mit, über den Rahmen der Politik der kleinen Schritte hinausgehen zu wollen.

Die Debatte über die konkreten Probleme begann im Vorfeld der Vorbereitungen auf den für Juni geplanten Gipfel des Europäischen Rates. Vier Tage nach dem Gipfel zum Anlass des 50. Jahrestages der Römischen Verträge präsentierte Polen seine

---

[1050] *Erklärung anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge*, Deutschland 2007 – Präsidentschaft der Europäischen Union, http://eu2007.de/de/News/download_docs/Maerz/0324-RAA/German.pdf (Stand: 23.10.2009).
[1051] K. Niklewicz, *Jest już deklaracja berlińska. Teraz czas na eurokonstytucję?*, „Gazeta Wyborcza”, 24./25.03.2007, S. 8.
[1052] *Ebd.*
[1053] B.T. Wieliński, *Merkel chce euroarmii*, „Gazeta Wyborcza”, 25.10.2009, S. 6.
[1054] Vgl.: Kapitel 6.3.

Erwartungen bezüglich des neuen EU-Vertrags[1055]. Zentrale Bedeutung hatte für die nationalkonservative Regierung die Stimmengewichtung im Rat der EU. Dieses Thema wurde in Polen schon im Vorfeld der Unterzeichnung der Verfassung für Europa kontrovers diskutiert. Die Frage des Abstimmungsverfahrens, welche in anderen Ländern schon längst als gelöst galt, verlor aus der Sicht Warschaus anscheinend nicht an Aktualität. Einen Ausgangspunkt für die Nationalkonservativen bildete wiederum ein in Polen mythologisierter Vertrag von Nizza. Der Kampf um die Wiederherstellung der in diesem Dokument vorgeschriebenen Bedingungen war jedoch aussichtslos[1056]. Daher schlug die polnische Regierung einen neuen Mechanismus vor.

Da die polnische Alternative für die in der Verfassung festgeschriebene doppelte Mehrheit ein Mittelweg zwischen dem Vorschlag des Konvents und dem Nizza-System war, verstand sie das Kabinett von Jarosław Kaczyński als eine Kompromisslösung. Polens Verzicht auf Nizza hielten die Nationalkonservativen für ein großzügiges Zugeständnis. Die Mehrheit der anderen EU-Mitgliedstaaten interpretierte die Situation anders. Es ging ihnen um eine neue, weniger kontroverse Form einer notwendigen institutionellen Reform[1057]. Polen auf der anderen Seite wollte nicht nur die „weichen" symbolischen Aspekte ändern. Warschaus Vorschlag bezog sich genau auf den Punkt, den die Anhänger der Verfassung am meisten verteidigten. Die polnische Forderung der neuen Debatte über die Stimmengewichtung stieß auf Kritik der Föderalisten[1058].

Noch kontroverser als eine Forderung der erneuten Eröffnung der Verhandlungen über das Abstimmungsverfahren im Rat der EU waren die Einzelheiten des polnischen Vorschlags. Zwei neu ernannte Hauptunterhändler, Ewa Ośniecka-Tamecka und Marek Cichocki, sprachen sich für die Abstimmungsmethode aus, welche der Mathematiker Penrose im Jahre 1946 entwickelte[1059]. Anstatt einer Gewichtung der Stimmenanteile der einzelnen Staaten je nach Anteil an der Gesamtbevölkerung der EU sah das Verfahren

---

[1055] J. Pawlicki, K. Niklewicz, *Europa nie wierzy w weto*, „Gazeta Wyborcza", 30.03.2007, S. 10.
[1056] K. Bachmann, *Dobry pomysł w złym momencie*, „Gazeta Wyborcza", 11.04.2007, S. 14.
[1057] Vgl.: B.T. Wieliński, K. Niklewicz, *Europa bez euro konstytucji, ale i tak się zreformuje*, „Gazeta Wyborcza", 21./22.04.2007, S. 8.
[1058] Charakteristisch in dieser Hinsicht ist die Reaktion des finnischen Außenministers Alexander Stubb. Der finnische Chefdiplomat rief die polnische Regierung zum „Abschied von den Träumen" auf. Vgl.: J. Pawlicki, K. Niklewicz, *Europa nie wierzy w weto*, „Gazeta Wyborcza", 30.03.2007, S. 10.
[1059] *Ebd.*

von Penrose die Gewichtung je nach Quadratwurzel der Bevölkerung vor. Aufgrund der mathematischen Eigenschaften der Quadratwurzel würde diese Lösung die bevölkerungsreichsten Mitgliedstaaten am meisten schwächen.

Berlin fühlte sich durch den Vorschlag besonders betroffen. Als größtes Land würde Deutschland am meisten verlieren. Das polnische Verhandlungsteam versuchte nicht geheim zu halten, dass die Schwächung des westlichen Nachbars das eigentliche Ziel Polens gewesen sei. Gleichzeitig traten im polnischen innenpolitischen Diskurs auch weitere Ideen hervor, welche mit anderen Mitteln das Erreichen des gleichen Ziels garantieren sollten. Hier ist unter anderem ein Konzept des ehemaligen Direktors der EU-Abteileung im polnischen Außenministeriums, Paweł Świeboda, zu nennen. Świeboda schlug als Alternative die Anwendung der fiktiven Zahl 70 anstatt der 82 Millionen Einwohner bei der Berechnung des deutschen Stimmenanteils im Rat vor[1060]. Aus Sicht Deutschlands wäre eine solche Lösung vom Prinzip her noch ungerechter gewesen als die Quadratwurzel, da sie von einer ungleichen Behandlung der einzelnen Mitglieder der Union ausgeht.

Die Vertreter Polens argumentierten, dass die Quadratwurzel demokratischer sei als die Formel aus der Verfassung[1061]. Ihre Interpretation des Begriffs „Demokratie“ hatte in diesem Kontext einen kollektiven Charakter. Als „demokratisch“ verstanden sie das Ausbalancieren des Einflusses der Bürger und der Mitgliedstaaten. Dadurch sprach sich Polen wieder für das Konzept eines Europas der Nationen aus.

6.2.4 Der neue Vertrag

Schnell zeigte sich, dass Polen auf die Unterstützung seiner bis dahin engsten Partner nicht zählen konnte. Die sozialistische Regierung von Zapatero in Spanien zog bereits im Frühling 2004 die spanischen Einwände gegen die Europäische Verfassung zurück. Seitdem setzte Polen in erster Linie auf Großbritannien. Auf die Ankündigung Warschaus, die Eröffnung der Regierungskonferenz zu blockieren, falls die polnischen

[1060] *Ebd.*
[1061] *Polska nie zostanie w Unii sama* [ein Interview von Jacek Pawlicki mit Ewa Ośniecka-Tamecka], „Gazeta Wyborcza”, 05.04.2007, S. 14.

Forderungen nicht berücksichtigt würden, reagierten die Briten jedoch negativ[1062]. Britische Diplomaten wiesen in den Gesprächen mit der Presse auf geringe Erfolgschancen der polnischen Initiative hin. Sie führten in diesem Zusammenhang die Geschichte des erfolgslosen britisch-dänischen Vetos aus dem Jahre 1985 an[1063]. Großbritannien, als einer der größten Mitgliedstaaten, würde sich außerdem durch die Einführung der Quadratwurzel schlechter stellen. Nach dem Besuch des niederländischen Europaministers Frans Timmermans in Warschau wurde klar, dass auch ein Bündnis Polens mit den Niederlanden unwahrscheinlich war[1064].

Als eine Antwort auf die Isolation Polens begann Premierminister Jarosław Kaczyński mit seiner Reise nach Brüssel eine diplomatische Offensive. Das Ziel war die Verbesserung des Images seines Kabinetts auf dem Forum der Europäischen Union. Am 18. April traf er sich mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Jose Barroso, und mit einigen weiteren Mitgliedern des Gremiums[1065]. Barroso rief seinen Gast zur aktiveren Teilnahme an der Diskussion über die Reform der Union auf und lobte zugleich die Errungenschaften Warschaus. Kaczyński zeigte sich mit Komplimenten erkenntlich[1066]. Auf den Appell zur Teilnahme an den Reformprozessen antwortete er jedoch lediglich mit dem Versprechen, dass er sich an die Termine halten werde. Auf einzelne Aspekte des polnischen Vorschlags griff der Chef der „Recht und Gerechtigkeit“ nicht zurück. Diese könnten seine Bemühungen um den Wiedergewinn des Vertrauens Westeuropas zunichtemachen.

Die Image-Offensive von Jarosław Kaczyński in Brüssel überzeugte die potentiellen Verbündeten Polens nicht. Kurz vor der letzten Runde der Vorbereitungen für den Gipfel in Berlin, an denen Ośniecka-Tamecka und Cichocki teilnahmen, stellte sich heraus, dass Warschau alleine auf dem Schlachtfeld standt. Gemäß Informationen der polnischen Presse habe in dieser Situation die polnische Regierung und der polnische

[1062] K. Niklewicz, *Brytyjczycy nie poprą Polski*, „Gazeta Wyborcza”, 31.03./1.04.2007, S. 9.
[1063] *Ebd.*
[1064] J. Pawlicki, *Holandia nie walczy z Polską o zmianę liczenia głosów w UE*, „Gazeta Wyborcza”, 18.04.2007, S. 5.
[1065] J. Pawlicki, *Wizyta w Brukseli w cieniu generała*, „Gazeta Wyborcza”, 19.04.2007, S. 17.
[1066] *Ebd.*

Präsident die Anwendung des Vetos nicht ausgeschlossen[1067]. Gleichzeitig warnten die Experten davor, dass die politischen Folgen einer solchen Entscheidung angesichts der Isolation Polens äußerst negativ sein können. Bis zum letzten Moment blieb es trotzdem ungewiss, ob die Staats- und Regierungschefs in Brüssel am 21. und 22. Juni den Weg für die Reform ebnen würden[1068].

Die Verhandlungsposition Polens schien sich Ende Mai zu verbessern. Auf dem Treffen der für die Vorbereitung des Verfassungsvertrags verantwortlichen Unterhändler in Berlin unterstützte Tschechien die Forderungen Polens[1069]. Eine Woche später besuchte der stellvertretende Premierminister der Tschechischen Republik für die Angelegenheiten der EU, Alexandr Vondra, Deutschland. Während der Treffen im Bundeskanzleramt und im Auswärtigen Amt teilte er den deutschen Kollegen mit, dass Prag die von Polen forcierte Quadratwurzelformel bevorzuge[1070]. Unerwartet kam Warschau aus der Isolation heraus. Es war jedoch unklar, ob Tschechien tatsächlich dazu bereit war, zusammen mit Polen ein Veto gegen die Verfassung einzulegen und eine Verschlechterung der Beziehungen mit den westeuropäischen Partnern zu riskieren[1071].

Die Frage der polnischen Zeitungen, ob Prag „für die Quadratwurzel sterben" möchte, wurde auf dem Treffen der EU-Außenminister vor dem EU-Gipfel am 16. und 17. Juni beantwortet[1072]. Trotz der verbalen Unterstützung für die Vorschläge der Regierung Kaczyński außerhalb des Konferenzsaals war Polen während der Gespräche alleine. Nach der Konferenz gab die polnische Außenministerin Fotyga zu, dass sie als Einzige für die Modifizierung des Abstimmungssystems im Rat der EU plädiert habe[1073]. Vondra erklärte danach, dass er weiterhin der gleichen Auffassung wie Polen sei, er könne aber die aggressive Rhetorik Warschaus nicht akzeptieren[1074]. Die Distanzierung Tschechiens von der Position der Regierung Kaczyński hatte zur Folge, dass Polen erneut isoliert war.

[1067] J. Pawlicki, *Polska w UE z ręką na wecie*, „Gazeta Wyborcza", 11.05.2007, S. 10.
[1068] P. Świeboda, *Europa czeka na Kaczyńskich*, „Gazeta Wyborcza", 23.05.2007, S. 13.
[1069] B.T. Wieliński, J. Pawlicki, *Czy Praga będzie umierać za Warszawę*, „Gazeta Wyborcza", 23.05.2007, S. 10.
[1070] *Ebd.*
[1071] *Ebd.*
[1072] K. Niklewicz, *Polska samotna w Unii?*, „Gazeta Wyborcza", 19.06.2007, S. 12.
[1073] *Ebd.*
[1074] *Ebd.*

Angesichts der Unbeugsamkeit Deutschlands gab es wenig Hoffnung auf eine Durchsetzung des polnischen Plans. Die polnische Diplomatie musste zwischen zwei Optionen wählen, entweder der von der Ratspräsidentschaft vorgeschlagenen Formel der doppelten Mehrheit zustimmen oder ein Veto einlegen. Wollte das Kabinett von Kaczyński seinen Präferenzen für das „neue polnische Selbstbewusstsein" in den Beziehungen mit der EU treu bleiben, müsste es auf die mangelnde Bereitschaft der anderen Mitgliedstaaten zur Berücksichtigung der polnischen Sichtweise mit einer Blockade der weiteren Beratungen reagieren. Was Polen davon abhielt, war die Gefahr eines Europas der unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Die Einsamkeit Polens könnte in diesem Falle praktisch einen Ausschluss aus den Prozessen der europäischen Integration bedeuten. Die Setzung der positiven und negativen Anreize für die potentiellen Partner Polens[1075], wie Pragmatiker Vondra[1076], erwies sich erfolgslos. Die Ratspräsidentschaft sicherte die Kohärenz aller Mitgliedstaaten bis auf Polen. Sie sammelte dadurch ein Drohungspotential, das von Polen ein kooperatives Verhalten erzwang.

Der Gipfel in Brüssel war eine Niederlage der Partei „Recht und Gerechtigkeit", wenn die Verwirklichung des Parteiprogramms als Maß des Erfolges gesetzt wird. Die Staats- und Regierungschefs lehnten die von Polen bevorzugte Formel von Penrose ab. Warschau musste sich mit den zeitlichen Zugeständnissen begnügen. Die Wirkung des Abstimmungssystems von Nizza wurde bis 2014 verlängert[1077]. Danach könnten die Entscheidungen im Rat durch den Mechanismus, der dem Kompromiss von Ioannina ähnlich war, blockiert werden. Im Jahre 2017 werde sodann eine aus polnischer Sicht weniger strenge Version des Mechanismus eingeführt[1078].

Trotz eines langen Kampfes und der dadurch verursachten Schäden für das Image Polens gelang es der Regierung Kaczyński nicht, die starke Position des Landes im Rat der EU zu verteidigen. Das „neue polnische Selbstbewusstsein" erwies sich machtlos in der Konfrontation mit einem relativ kohärenten Staatenblock. Erfolge erzielten die

[1075] *Ebd.*
[1076] Vgl.: L. Palata, *Piwo za Eurokonstytucję*, „Gazeta Wyborcza", 31.05.2007, S. 19.
[1077] L. Jesień, *Polityka Polski w Unii Europejskiej*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2008", S. 48.
[1078] *Ebd.*

Nationalkonservativen in den Bereichen, in denen sie sich Unterstützung eines bedeutenden Partners sicherten. Hier erscheint in erster Linie ein polnisch-britisches Bündnis gegen die Grundrechtecharta erwähnenswert. Die enge Zusammenarbeit zwischen London und Warschau führte zur Annahme des zusätzlichen Protokolls, welches die eingeschränkte Wirkung des Dokuments in Bezug auf beide Länder garantierte[1079]. Polen fügte darüber hinaus dem Lissaboner Vertrag drei weitere Deklarationen hinzu[1080]. Eine von ihnen betraf die Rechte der Arbeitnehmer, zwei weitere die öffentliche Sittlichkeit und das Familienrecht[1081]. Die zwei letztgenannten Erklärungen bestätigten das Bekenntnis der Nationalkonservativen zu den traditionellen moralischen Werten.

Die Aussagen zur öffentlichen Sittlichkeit spiegelten zugleich die Präferenz der polnischen Regierung für die Nichteinschränkung der Kompetenzen der Mitgliedstaaten und für die traditionelle Sittlichkeit wider. Die Nationalkonservativen wandten die Idee eines Europas der Nationen zur Blockierung der Inhalte an, welche mit ihrer Weltanschauung nicht vereinbar waren.

6.2.5 Die PiS und die Reform der EU: eine Zusammenfassung

Die Regierung Kaczyński bemühte sich um die Durchsetzung aller ihren Präferenzen bezüglich der Reformen der Europäischen Union in der praktischen Politik. Ähnliches lässt sich für die Debatte über die Finanzen der EU feststellen. Während der Diskussion über das neue Budget der Union versuchte die Regierung Marcinkiewicz, die Maximierung der Transferzahlungen aus dem Westen in den Osten des Kontinents in der Praxis zu erzwingen. Dank der kooperativen Einstellung Merkels trug diese Strategie Früchte. Weniger erfolgreich waren die polnischen Erpressungsversuche im Zuge der Zuckermarktreform und auf dem Forum des ECOFIN-Rats.

In der europäischen Verfassungsdebatte fokussierten sich die Nationalkonservativen auf das Abstimmungsverfahren im Rat der EU. Die Verteidigung

[1079] *Ebd*, S. 47-48.
[1080] *Ebd*
[1081] *Ebd.*

der Bestimmungen des Nizza-Vertrags in ihrer puren Form gab die Regierung auf. Als eine Alternative schlug Warschau die sogenannte Quadratwurzelmethode vor. Auch zu diesem System, das Polen als einen Kompromiss wahrnahm, ließen sich die westeuropäischen Partner nicht überzeugen. Die Unterstützung aus der Tschechischen Republik war zu schwach. Letztlich entschloss sich das Kabinett Kaczyńskis dazu, der leichten Modifikation der vom Konvent vorgeschlagenen Lösung zuzustimmen. Trotz der Drohungen war die nationalkonservative Strategie des „neuen polnischen Selbstbewusstseins" nicht erfolgreicher als die Politik der Sozialdemokraten.

Die Verteidigung der traditionellen Moral erfolgte durch eine Einschränkung der Geltung der Grundrechtecharta in Bezug auf Polen. Diese Forderung wurde in der Koalition mit Großbritannien durchgesetzt. Die polnische Regierung fügte dem Text des Lissaboner Vertrags ferner noch die Erklärungen bezüglich der öffentlichen Sittlichkeit und des Familienrechtes hinzu, welche in erster Linie potentielle Klagen der homosexuellen Paare verhindern sollten. Sowohl in der Debatte über die Grundrechtecharta als auch in der allgemein skeptischen Einstellung Polens zur Verlagerung der Kompetenzen auf die Ebene der Gemeinschaft war die Präferenz der Nationalkonservativen für die Idee eines Europas der Nationen zu sehen.

Zusammenfassend stießen die Nationalkonservativen an die Grenzen des „neuen polnischen Selbstbewusstseins". Ihre Version der Realpolitik, welche die Kapazitäten Polens überschätzte, konnte im Rahmen der Europäischen Union nicht konsequent implementiert werden. Kompromissbereitschaft wurde von der PiS durch geschickte Politik der deutschen Ratspräsidentschaft erzwungen. Eine von Merkel verfolgte Strategie der Kohärenz der übrigen Mitgliedstaaten führte dazu, dass Warschau einem lückenlosen Block (mit der Ausnahme von Tschechien) gegenüberstand. Die polnische Diplomatie konnte die Mauer nicht brechen und wurde zur Annahme des minimal modifizierten Dokuments gezwungen. Der von Jan Maria Rokita übernommene Slogan „Nizza oder der Tod" verlor seine Geltung. Die polnischen Nationalkonservativen schafften es nicht, die Partner aus der EU davon zu überzeugen, dass sie tatsächlich bereit wären, für die Bestimmungen des Vertrags von Nizza „politisch zu sterben". Ihre

Selbstbindung erwies sich als nicht glaubwürdig und trug zur Niederlage ihrer Strategie bei.

6.3 Sicherheitspolitik und europapolitische Implikationen der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten

6.3.1 Die Fortsetzung der uneingeschränkten Solidarität

Nach der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die PiS Ende Oktober 2005 behielt Washington die Rolle des wichtigsten Partners Polens auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik. Die Nationalkonservativen setzten eine von den Sozialdemokraten entwickelte Strategie der „uneingeschränkten Solidarität" mit den Vereinigten Staaten fort. Die Überzeugung der Partei „Recht und Gerechtigkeit" von der besonderen Bedeutung der polnisch-amerikanischen Partnerschaft fand ihren Ausdruck im Verzicht auf Korrekturen, welche Premierminister Marek Belka vor seinem Rücktritt angekündigt hatte. Seine Regierung entschied am 12. April 2005 die Truppenstärke im Irak von 1630 auf 1400 im zweiten Halbjahr 2005 abzubauen[1082]. Der fünfte Wechsel des polnischen Kontingents, der bis Frühjahr 2006 in Mesopotamien blieb, sollte gemäß den Plänen von Belka der letzte sein, der sich an der Stabilisierungsmission beteiligte[1083]. Am 29. Dezember verlängerte jedoch Präsident Lech Kaczyński auf Antrag des Premierministers Kazimierz Marcinkiewicz das Mandat der polnischen Mission[1084]. Die Truppenstärke ging jedoch auf 900 zurück[1085]. Der Rückzug der polnischen Streitkräfte aus dem Irak erfolgte erst nach den Wahlen 2007 und der Regierungsbildung von Tusk[1086].

[1082] P. Herczyński, *Zaangażowanie Polski na rzecz stabilizacji Iraku*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2006", S. 212.
[1083] *Ebd.*
[1084] *Ebd.*
[1085] *Ebd.*
[1086] Die Entscheidung über den Rückzug der polnischen Truppen aus dem Irak bis zum Oktober 2008 gehörte zu den ersten, welche die neue Regierung von Donald Tusk traf. Präsident Lech Kaczyński kritisierte diesen Schritt des neuen Kabinetts und unterschrieb einen entsprechenden Rechtsakt erst am 21. Dezember 2007. Vgl.: M. Madej, *Polityka bezpieczeństwa Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2008", S. 62.

Neben der Fortsetzung des Engagements im Irak fing die Regierung Marcinkiewicz an, die polnische Beteiligung am Afghanistan-Einsatz auszubauen. Die Entscheidung über die Entsendung weiterer polnischer Truppen nach Kabul gab Präsident Lech Kaczyński im September 2006 bekannt[1087]. Polen bekräftigte seine Position auf dem NATO-Gipfel in Riga am 28. und 29. November 2006[1088]. Am Hindukusch sollten weitere 1000 Soldaten eingesetzt werden[1089]. Den Ausbau des polnischen Kontingents knüpfte die polnische Regierung an keine Bedingungen, was von Washington und dem NATO-Personal begrüßt wurde[1090].

Die Verschiebung der polnischen Aufmerksamkeit vom Irak nach Afghanistan hatte mit der Übernahme der Verantwortung für den Militäreinsatz durch die NATO zu tun, die aus Sicht der regierenden Partei die wichtigste sicherheitspolitische Organisation sei. Die Entsendung weiterer polnischer Truppen nach Afghanistan sollte das Bild Polens in den Augen der Bush-Regierung weiter verbessern. Nichtsdestotrotz zeigten sich die Analytiker skeptisch hinsichtlich eventueller politischer Vorteile dieses Schrittes[1091].

Der Transatlantikpakt war für Warschau lediglich ein Mittel zur Annäherung mit Washington. Aus diesem Grund war die Entsendung weiterer Truppen nach Kabul in erster Linie als Versuch der Entlastung der an zwei Fronten kämpfenden Amerikaner gedacht.

Für die These über die Bevorzugung der bilateralen Formen der internationalen Zusammenarbeit spricht auch die Position der PiS-Regierung in der Debatte über das amerikanische Raketenabwehrsystem. Die Idee der Installationen, welche die USA vor dem nuklearen Angriff aus dem Ausland schützen sollten, wurde in den Vereinigten Staaten bereits in der Ära Reagan diskutiert. Im Jahre 2001 kündigte Washington seinen Austritt aus dem ABM-Regime an, was die offiziellen Arbeiten an der „National Missile Defense“ ermöglichte. Schon kurz danach, im Jahre 2002, erschien das Konzept der

---

[1087] *Ebd.*, S. 62.
[1088] M. Ziółkowski, *Polityka bezpieczeństwa Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2007”, S. 71.
[1089] M. Madej berichtet von „mehr als 1000“, Marek Ziółkowski von 1050. Vgl.: M. Madej, *Polityka bezpieczeństwa Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2008“, S. 63; M. Ziółkowski, *Polityka bezpieczeństwa Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2007”, S. 71.
[1090] M. Madej, *Polityka bezpieczeństwa Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2008“,S. 63.
[1091] B. Górka-Winter, *Polityka Polski wobec Standów Zjednoczonych*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2008”, S. 99.

Teilnahme Polens an diesem Projekt[1092]. Das Interesse Warschaus an der Raketenabwehr stieg nach erfolgreichen Tests des Systems wieder. Im Dezember 2004 erließ die Regierung Belka eine Verordnung über die Gründung einer Expertengruppe, die für die Einzelheiten der polnischen Beteiligung am amerikanischen Projekt zuständig sein sollte[1093]. Seit Februar 2005 existieren noch Expertengruppen im Außen- und im Verteidigungsministerium[1094].

Zu einer Intensivierung der Arbeit der polnischen Gremien an der Raketenabwehr kam es jedoch erst im März und April 2006. Die Regierung der Vereinigten Staaten wandte sich an das Kabinett Kaczyński mit der Frage, ob Polen dazu bereit sei, die Zusammenarbeit fortzusetzen[1095]. Nach der positiven Antwort Polens begannen im April 2006 die informellen Gespräche mit den USA. Erst am 20. Januar 2007 lud die amerikanische Regierung Polen offiziell zur Teilnahme an der Raketenabwehr ein[1096], was zur Aufnahme der offiziellen Verhandlungen im Mai 2007 führte. Die Tatsache, dass das Projekt bilateral zwischen Polen und den USA und zwischen der Tschechischen Republik und den USA besprochen wurde, interpretierten die Kommentatoren als eine Geringschätzung der NATO. Ferner sorgte die beschränkte Reichweite des Systems für Empörung. Nicht alle NATO-Staaten würden sich unter dem amerikanischen Schild befinden, was laut einiger Kommentatoren nicht mit dem Prinzip der gleichen Sicherheit vereinbar sei[1097].

Die Bereitschaft Polens zur Mitarbeit an der Entwicklung der Raketenabwehr trug zusätzlich zur Verschlechterung der Beziehungen mit Russland bei. Auch die wichtigsten westeuropäischen Partner zeigten sich mit der politischen Linie Warschaus unzufrieden. Am meisten besorgt waren sie über die Reaktion Moskaus. Ihre Ängste vor einem „neuen Kalten Krieg“ bestätigte eine aggressive Rede Putins auf der internationalen Sicherheitskonferenz in München im Februar 2007. Beunruhigung in den alten

---

[1092] *Amerykańska tarcza antyrakietowa a interes narodowy Polski – dyskusja*, Fundacja im. Stefana Batorego, 7.08.2006, http://www.batory.org.pl/doc/tarcza-antyrakietowa.pdf (Stand: 15.10.2009), S. 4.
[1093] *Ebd.*
[1094] *Ebd.*
[1095] *Ebd.*
[1096] M. Gadziński, *J. Kaczyński o tarczy: Polska w ciągu dwóch tygodni odpowie na ofertę USA*, „wyborcza.pl”, 17.02.2007, http://wyborcza.pl/1,93610,3925391.html (Stand: 17.09.2009).
[1097] S. Bierling, C. Strobel, *Die EU und die USA*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2008“, S. 298.

Mitgliedstaaten der EU löste zusätzlich die Drohung Russlands über den Ausbau der Militärinstallationen in der Kaliningrad Oblast aus[1098].

Die polnisch-amerikanischen Verhandlungen verliefen langsam und wurden bis zum Regierungswechsel im Herbst 2007 nicht abgeschlossen. Die Gespräche setzte nach der Schließung der PO-PSL Koalition anfänglich das gleiche Verhandlungsteam unter der Leitung des Unterstaatssekretärs Witold Waszczykowski fort, welcher sich mit dem Thema in der Ära PiS beschäftigte. Inoffiziell spielte in diesem Prozess auch der ehemalige Verteidigungsminister Radosław Sikorski eine bedeutende Rolle. Nach dem Streit mit Jarosław Kaczyński verließ er sein Kabinett im Februar 2007 und trat der Bürgerplattform bei. In der neuen Regierung von Tusk übernahm Sikorski das Amt des Außenministers. Sikorskis Einfluss auf die polnisch-amerikanischen Verhandlungen über die Raketenabwehr ist auf seine guten Kontakte mit den neokonservativen Gruppen in den Vereinigten Staaten zurückzuführen. Kurz vor dem Unterschreiben des Abkommens über die Einrichtung der Bestandteile des Raketenabwehrsystems in Polen im August 2008[1099] entließ Donald Tusk den Hauptunterhändler Waszczykowski[1100]. Am 17. September 2009 kündigte die neue amerikanische Administration von Obama den Verzicht auf die Pläne der Raketenabwehr in der Form an, welche die Regierung Bush forciert hatte[1101].

6.3.2 Der Beitrag zur Debatte über eine europäische Armee

Im Bereich der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sandten die PiS-Regierungen mehrere ambivalente Signale aus. Die Tatsache, dass einige sehr mutige Aussagen der Regierungsvertreter für andere Mitglieder des Kabinetts

[1098] *Moskwa grozi nam rakietami*, „wyborcza.pl", 16.02.2007, http://wyborcza.pl/1,93610,3923360.html (Stand: 15.10.2009).
[1099] J. Pawlicki, W. Szacki, *Rice z tarczą w Warszawie*, „wyborcza.pl", 21.08.2008, http://wyborcza.pl/1,76842,5610950,Rice_z_tarcza_w_Warszawie.html (Stand: 16.10.2009).
[1100] W. Szacki, *Tusk: Nielojalny Waszczykowski musiał odejść*, „wyborcza.pl", 12.08.2008, http://wyborcza.pl/1,93610,5578717,Tusk__Nielojalny_Waszczykowski_musial_odejsc.html (Stand: 16.10.2009).
[1101] M. Bosacki, *Ruchoma tarcza. Nie będzie w Polsce bazy USA*, „wyborcza.pl", 18.09.2009, http://wyborcza.pl/1,93610,7052758,Ruchoma_tarcza__Nie_bedzie_w_Polsce_bazy_USA.html (Stand: 14.01.2010).

vollkommen unbekannt waren oder sogar dementiert wurden, weist auf die zweitrangige Bedeutung der ESVP für Warschau hin. Das berühmteste Beispiel eines solchen Kommunikationschaos ist ein Vorschlag der Aufstellung einer 100000 Soldaten starken europäischen Armee. Die Idee teilte der polnische Premierminister Jarosław Kaczyński der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel während ihres Treffens am 30. Oktober 2006 mit[1102].

Informationen über das Konzept der europäischen Armee sind im Bericht über den Besuch Kaczyńskis auf der Webseite der deutschen Regierung nicht zu finden[1103]. Sie wurden durch deutsche Diplomaten den Medien zugetragen. Die Gerüchte bestätigte im Gespräch mit der „Gazeta Wyborcza" auch ein Sprecher der Bundesregierung, Rüdiger Petz[1104]. Sowohl der Premierminister Kaczyński als auch ein Sprecher seines Kabinetts, Jan Dziedziczak, behaupteten jedoch, dass das Problem in Berlin nicht angesprochen wurde[1105]. Eine Woche nach dem Treffen meldete sich Staatspräsident Lech Kaczyński zu Wort. In einem Interview für die „Financial Times" bestätigte er, dass es tatsächlich zum Gespräch gekommen sei, dann zog er seine Aussagen aber zurück[1106].

Nicht weniger kontrovers als die Diskussion darüber, ob über die Gründung einer europäischen Armee von 100000 Soldaten überhaupt gesprochen wurde, waren die Inhalte des Projekts. Laut Angaben der deutschen Diplomaten habe sich der polnische Regierungschef für die Übergabe des Oberkommandos der Streitkräfte der EU dem Präsidenten der Europäischen Kommission ausgesprochen[1107]. Operativ sollten die Truppen der NATO untergeordnet werden[1108]. Beide Ideen gefielen der deutschen Seite nicht. Die Publizisten in Deutschland waren der Meinung, dass der Plan realitätsfern sei, da einige EU-Staaten keine Mitglieder der NATO seien[1109]. Sie befürchteten zudem eine

---

[1102] K.-O. Lang, *Polen*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2007", S. 372; B.T. Wieliński, *Euroarmia Kaczyńskiego*, „Gazeta Wyborcza", 03.11.2006, S. 10.
[1103] *Gemeinsamen europäischen Energiemarkt schaffen*, Die Bundesregierung, http://www.bundesregierung.de/nn_1272/Content/DE/Artikel/2001-2006/2006/10/2006-10-30-gemeinsamen-europaeischen-energiemarkt-schaffen.html (Stand: 20.10.2009).
[1104] B.T. Wieliński, *Euroarmia Kaczyńskiego*, „Gazeta Wyborcza", 03.11.2006, S. 10.
[1105] J. Pawlicki, *Jeden Kaczyński zaprzecza, a drugi potwierdza*, „Gazeta Wyborcza", 07.11.2006, S. 5.
[1106] *Ebd.*
[1107] B.T. Wieliński, *Euroarmia Kaczyńskiego*, „Gazeta Wyborcza", 03.11.2006, S. 10.
[1108] *Ebd.*, S. 10.
[1109] *Ebd.*

kritische Reaktion Frankreichs. Die Konzeption der Euroarmee von Kaczyński entsprach einer eindeutig transatlantischen Ausrichtung der polnischen Sicherheitspolitik.

Die Realitätsferne des Vorschlags von Kaczyński kann als ein Argument für die These hernagezogen werden, dass es sich um ein rein taktisches Manöver handelte. Laut dieser Interpretation wollte Kaczyński lediglich Verwirrung in der Diskussion über die europäischen Streitkräfte stiften, um die ganze Idee letztlich zu kompromittieren. Die Unseriösität dieses Projekts bestätigt unter anderem die Tatsache, dass es im Bericht über das Jahr 2006 des angesehenen Polnischen Instituts der Internationalen Beziehungen (PISM) nicht erwähnt wird. Auch die polnische Regierung kam nicht mehr auf den Plan zurück[1110]. Schnell geriet er in Vergessenheit.

6.3.3 Andere Aspekte der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Trotz der kontroversen und unklaren Aussagen der Vertreter der PiS über die europäischen Streitkräfte nahm Polen aktiv an anderen Initiativen im Rahmen der ESVP teil. Der polnische Beitrag zur europäischen Sicherheitspolitik beschränkte sich jedoch auf Formen der Zusammenarbeit, welche einen inter-, aber keinen übernationalen Charakter hatten. Ferner ist festzustellen, dass Projekte, in die sich Warschau einschaltete, häufig als militärisch-technisch konzipiert waren. Als für die europäische Integration politisch relevante Pläne erachteten die Regierungen von Marcinkiewicz und Kaczyński den Abstand. Eine Ausnahme könnte lediglich die früher diskutierte Idee der europäischen Armee bilden.

Zu den nennenswerten Beispielen des polnischen Engagements bei der ESVP zählt die Erklärung über die Einrichtung einer europäischen Kampfgruppe bis 2010. Neben polnischen Soldaten wären in dieser Einheit Deutsche, Slowaken, Letten und Litauer vertreten. Ein Dokument („Memorandum of Understanding"), das die Entstehung der Kampfgruppe sanktionierte, unterschrieben die beteiligten Staaten am 13.11.2006[1111]. Ein Jahr nach dem geplanten Termin der Kampfbereitschaft der erwähnten Gruppe sollte

[1110] M. Madej, *Polityka bezpieczeństwa Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2008", S. 71.
[1111] M. Ziółkowski, *Polityka bezpieczeństwa Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2007", S. 75.

eine weitere Gruppe, welche die Staaten des Weimarer Dreiecks bilden wollten, einsatzbereit sein[1112]. Die Entscheidung über die Aufstellung der dritten Kampfgruppe fiel auf der Konferenz der Stabchefs der Visegrad Staaten in Sliac (Slowakei) am 27. Januar 2007[1113]. Die Einladung der Ukraine zur Teilnahme am Projekt zeigt, dass Polen durch die Bildung gemeinsamer Kampfgruppen die Beziehungen mit einzelnen Staaten verbessern wollte, und zwar nicht unbedingt im Rahmen der EU.

Die nationalkonservativen Regierungen befürworteten die aktive Teilnahme Polens an den Friedensmissionen der Europäischen Union auch in den Teilen der Welt, in denen weder die polnische Wirtschaft noch Diplomatie aktiv waren. Als Beispiele können hier die Mission EUFOR in der Demokratischen Republik Kongo und die Mission EUFOR Tchad/RCA in Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik genannt werden[1114]. Einige andere Einsätze erschienen aus der polnischen Perspektive deutlich interessanter. Hier ist an die Hilfe bei der Grenzkontrolle zwischen der Republik Moldau und der Ukraine gedacht[1115]. Polen nahm auch als einziger der neuen Mitgliedstaaten an der Beratung der irakischen Justiz im Rahmen von EUJUST LEX teil[1116].

Ein weiterer Bereich, auf den sich die Politik Polens im Kontext der ESVP konzentrierte, war die Entwicklung der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA). Mittels der Agentur wollte sich Warschau den Zugang zu neuen militärischen Technologien verschaffen, welche aufgrund der Schwäche der polnischen Rüstungsindustrie bisher unerreichbar waren. Im Mai 2007 schlossen die Außenminister von 20 EU-Mitgliedstaaten eine Vereinbarung über den Beginn der Arbeiten am ersten Forschungsprojekt ab, dessen Kosten auf 55 Millionen Euro geschätzt wurden[1117]. Den Beschluss unterstützte auch der Vertreter Polens, Aleksander Szczygło. Die Ernennung des polnischen Generals Adam Sowa zum stellvertretenden Direktor der Agentur

[1112] M. Madej, *Polityka bezpieczeństwa Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2008“, S. 71.
[1113] *Ebd.*
[1114] *Ebd.*, S. 70.
[1115] *Ebd.*, S. 71.
[1116] *Ebd.*
[1117] *Ebd.*

(Deputy Chief Executive for Operations[1118]) wurde in Polen als eine Anerkennung des Engagements Polens innerhalb der EVA interpretiert[1119].

6.3.4 Die Sicherheitspolitik und die Beziehungen mit den Vereinigten Staaten aus Sicht der PiS: eine Zusammenfassung

Es kann das Fazit gezogen werden, dass die Nationalkonservativen auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik und in den Beziehungen mit den Vereinigten Staaten ihren Überzeugungen treu blieben. Ihre klare Präferenz für die transatlantische Zusammenarbeit drückte sich eindeutig in der Politik der PiS Regierungen aus. Die Unterstützung für das Raketenabwehrsystem habe laut Thomas Bauer „das offensichtlich fehlende Vertrauen Polens in die ESVP" widergespiegelt[1120]. Die Bereitschaft zur engen Zusammenarbeit mit den USA zeigte auch zugleich die Grenzen des Vertrauens der Nationalkonservativen in die NATO. Der bilateralen Kooperation mit den USA räumte Warschau dadurch den absoluten Vorrang ein.

Die strategische Partnerschaft mit Washington war sehr hoch gewichtet. Gleichzeitig engagierte sich Polen aber in unterschiedlichen Initiativen innerhalb der ESVP. Die politischen Aspekte der Zusammenarbeit innerhalb der EU waren für die polnische Regierung von großer Bedeutung. Polen wollte auch den Zugang zu den neuesten Rüstungstechnologien bekommen, welche polnische Unternehmen selbst nicht entwickeln konnten. Die Zusammenarbeit im Rahmen der ESVP wurde durch die Nationalkonservativen jedoch nur als eine Ergänzung der strategischen Partnerschaft mit den USA wahrgenommen. Die Entsendung der polnischen Soldaten in die Friedensmissionen wie auch die Aktivität bei der Entwicklung von einigen sicherheitspolitischen Projekten der EU sollte dem Ausbau der polnischen Position in der Gemeinschaft dienen.

[1118] *Organisation Chart*, European Defence Agency, http://eda.europa.eu/genericitem.aspx?area=Organisation&id=119 (Stand: 20.10.2009).
[1119] M. Madej, *Polityka bezpieczeństwa Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2008", S. 75.
[1120] T. Bauer, *Möglichkeiten der weiteren Vertiefung von Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa* [in:] A. Siedschlag (Hrsg.), *Jahrbuch für europäische Sicherheitspolitik 2008*, Nomos, Baden-Baden 2008, S. 54.

Die nationalkonservative Regierung erwies sich auch, nachdem die Fehler der USA im Irak offensichtlich wurden, dazu bereit, die Politik von George W. Bush weiter zu unterstützen. Nach der Übernahme der Verantwortung für die Mission in Afghanistan durch die NATO baute Polen seine Kräfte in diesem Land aus. Die Teilnahme an beiden Kriegen war im Falle von Warschau nicht durch die Interessen in den jeweiligen Regionen motiviert, sondern wurde als ein Mittel zur Stärkung der Bande mit dem strategischen Partner Washington gesehen.

6.4 Ostpolitik im Kontext der Europäischen Union

6.4.1 Die Anfänge des polnisch-russischen Fleischkrieges

Der Zustand der polnisch-russischen Beziehungen, den die Nationalkonservativen von den Sozialdemokraten erbten, war katastrophal. Zwar wiederholten sich die Überfälle auf polnische Diplomaten, zu denen es im August kam[1121], nicht mehr, es wurde aber auch keine bedeutsame Verbesserung der Lage verzeichnet. Im Gegenteil, auf den Wahlerfolg der Brüder Kaczyński reagierten die Russen negativ. Die russische Presse wies auf umstrittene Konzepte hin, welche der neu gewählte polnische Präsident als Bürgermeister von Warschau forcierte. Besonders empörend war aus der Sicht des Kremls die Unterstützung von Lech Kaczyński bei der Nennung eines Platzes der polnischen Hauptstadt nach Dschochar Dudajew[1122]. Die siegreiche Partei „Recht und Gerechtigkeit“ versteckte nie ihre kritische Einstellung zu Russland und beabsichtigte, zur Einschüchterung einen selbstbewussteren außenpolitischen Kurs einzuschlagen als ihre Vorgänger.

Erste Aussagen von Lech Kaczyński nach seinem Sieg in den Präsidentschaftswahlen konnten die Befürchtungen der Russen bestätigen. Der neue polnische Staatschef wies auf die mangelnde Reziprozität in den bisherigen Treffen der

[1121] Siehe Kapitel 4.4.2.
[1122] A. Eberhardt, *Stosunki Polski z Rosją*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2006”, S. 119.

polnischen und der russischen Staatschefs hin[1123]. Seinen Besuch in Moskau machte er von einer früheren Reise Wladimir Putins nach Warschau abhängig. Auf der anderen Seite teilte Kaczyński mit, dass seiner Meinung nach gute polnisch-russische Beziehungen möglich seien[1124]. Aus seiner Sicht seien die polnischen Rechten der Entwicklung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit sogar zuträglicher als die Linken, da sie von der Gesellschaft die Zustimmung zur Kompromissschließung bekommen würden[1125]. Als ein Zeichen der Versöhnung konnte die Ernennung des ehemaligen Botschafters Polens, Stefan Meller, in Moskau zum Außenminister interpretiert werden.

Weder die Ernennung Mellers zum Chef der polnischen Diplomatie noch die relativ moderaten Aussagen des neuen Präsidenten verbesserten jedoch die Lage. Die andauernden Spannungen in den polnisch-russischen Beziehungen übertrugen sich diesmal deutlicher als bisher auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Obwohl neue Probleme in den polnisch-russischen Beziehungen mit der Wahl der neuen Regierung direkt zusammenhingen (auch wenn die russische Seite das vehement bestritt), ist, um die Situation zu verstehen, ein Rückblick auf den EU-Beitritt Polens im Jahre 2004 erforderlich.

Jede Phase der Einbindung Polens in die westlichen Strukturen der politischen und wirtschaftlichen Integration beunruhigte Moskau und führte zur Verschlechterung der polnisch-russischen Beziehungen. Im Jahre 1999 fiel der NATO-Beitritt Polens mit dem Kosovo-Krieg zusammen. Die Folge war eine Krise der polnisch-russischen Zusammenarbeit. Fünf Jahre später trat Polen, zusammen mit den baltischen Staaten, welche noch schlechtere Beziehungen mit Russland unterhielten, der EU bei. Russland, das mittlerweile einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebte, schränkte am 1. Juni 2004 die Einfuhr des Fleisches aus der Union ein[1126]. Sowohl russische Diplomaten als auch Vertreter der EU betonten, es handle sich um ein rein technisches, nicht um ein politisches Problem[1127]. Die Argumentation Moskaus schien jedoch wenig überzeugend. Obwohl die Europäische Union die besten Normen der Lebensmittelqualität in der Welt

[1123] *Ebd.*, S. 123.
[1124] *Ebd.*
[1125] *Ebd.*
[1126] *Mięsu mówią „niet”*, „Gazeta Wyborcza”, 03.06.2004, S. 21.
[1127] *Ebd.*

aufwies, zeigten sich die russischen Experten besorgt über die Standards der europäischen Veterinärzertifikate[1128]. Die Russen argumentierten, dass nach der Aufnahme der Staaten Mittel- und Osteuropas keine hohe Qualität mehr garantiert werden könne. Die russische Begründung der Einfuhrbeschränkungen weist darauf hin, dass sie doch als eine Antwort auf die Osterweiterung interpretiert werden kann.

Nach dem Gespräch zwischen dem Kommissionspräsidenten Romano Prodi und dem russischen Premierminister Michail Fradkow wurden russische Sanktionen offiziell aufgehoben[1129]. Die Russen forderten zugleich den Zugang der russischen Inspektoren zu den Betrieben der Fleischproduzenten aus den neuen Mitgliedstaaten[1130]. Brüssel betonte, dass eine Entscheidung über die Zulassung der russischen Qualitätskontrolle von einzelnen Mitgliedstaaten getroffen werden müsse und kein Gegenstand der gemeinschaftlichen Regulation sei. Die damalige sozialdemokratische Regierung Polens lud Vertreter des russischen Veterinäramtes ein[1131]. Die Zertifizierung polnischer Lebensmittelproduzenten dauerte jedoch länger als erwartet und war bis zum Regierungswechsel im Herbst 2005 nicht abgeschlossen[1132].

Am 10. November 2005 erhielt die neue PiS-Regierung von Kazimierz Marcinkiewicz das Vertrauensvotum im Sejm. Am gleichen Tag führte Moskau das Einfuhrverbot für polnisches Fleisch ein[1133]. Vier Tage später wurden die Sanktionen auf Pflanzenprodukte erweitert[1134]. Als offiziellen Grund dieser Schritte gab Russland eine Fälschung russischer Exportzertifikate durch polnische Unternehmen an. Die polnische Seite betonte, dass die Strafe unverhältnismäßig größer war als die Verfehlung. Für Empörung sorgte die Tatsache, dass die Entscheidung Moskaus rechtzeitig weder der Europäischen Union noch Polen mitgeteilt wurde[1135]. Die Einführung des Embargos am Tag der Bestätigung der neuen Regierung wurde als Machtdemonstration interpretiert. Auch der neue Außenminister Stefan Meller suggerierte politische Hintergründe der

[1128] R. Sołtyk, *Moskwa wpuści mięso*, „Gazeta Wyborcza", 05./06.06.2004, S. 29.
[1129] *Ebd.*
[1130] *Ebd.*
[1131] *Ebd.*
[1132] A. Eberhardt, *Stosunki Polski z Rosją*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2006", S. 125.
[1133] *Ebd.*
[1134] *Ebd.*
[1135] *Ebd.*,S. 126.

Entscheidung[1136]. Trotz der Forderungen der polnischen Regierung galten die Einfuhrverbote für das Fleisch bis Dezember 2007[1137] (die Pflanzenprodukte wurden erst im Januar und März 2008 wieder zugelassen)[1138]. Es wird geschätzt, dass die polnische Seite aufgrund der von Russland ergriffenen Maßnahmen monatliche Verluste von 27 bis 28 Millionen Dollar einbüßen musste[1139].

6.4.2 Die Europäisierung des polnisch-russischen Konflikts

Nach dem anfänglichen Schock aufgrund des Einfuhrverbots für polnische Lebensmittel konnten im ersten Halbjahr 2006 Zeichen einer Verbesserung der polnisch-russischen Beziehungen beobachtet werden. Am 10. Januar 2006 äußerte Präsident Lech Kaczyński während des Treffens mit den Vertretern des diplomatischen Korps seinen Wunsch, bestmögliche Beziehungen mit Russland zu entwickeln[1140]. Er betonte auch die Wichtigkeit des größten östlichen Nachbars für Polen[1141]. Eine ähnliche Kompromissbereitschaft zeigte Außenminister Stefan Meller in seiner Erklärung vom 10. Februar[1142].

Auch die russische Seite bemühte sich zumindest verbal um eine Verbesserung der Atmosphäre. Am 31. Januar deklarierte Präsident Wladimir Putin auf der Pressekonferenz für ausländische Journalisten, dass er Polen hoch schätze[1143]. Zehn Tage nach der Sejm-Erklärung von Stefan Meller reiste der Berater des russischen Präsidenten,

---

[1136] *Ebd.*
[1137] *Pawlak: zniesienie embarga to sukces UE*, „gazeta.pl", 19.12.2007, http://wiadomosci.gazeta.pl/Wiadomosci/1,80269,4776066.html (Stand: 07.10.2009).
[1138] Die Vereinbarung über die Aufhebung des Einfuhrverbots polnischer Pflanzenprodukte erreichten die Landwirtschaftsminister Polens und Russlands während der Berliner Grünen Woche am 18.01.2008. In diesen Gesprächen wurde Polen bereits durch Marek Sawicki aus der im November 2007 ins Leben gerufenen Regierung von Donald Tusk der neuen liberal-konservativen Koalition PO-PSL vertreten. Vgl.: *KE: zniesienie rosyjskiego embarga to znaczący postęp*, „gazeta.pl", http://wiadomosci.gazeta.pl/Wiadomosci/1,80269,4856091.html (Stand: 07.10.2009); *Będzie całkowite zniesienie rosyjskiego embarga?*, „wyborcza.pl", 10.03.2008, http://wyborcza.pl/1,76842,5008158.html (Stand: 07.10.2009).
[1139] A. Eberhardt, *Stosunki Polski z Rosją*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2006", S. 126.
[1140] A. Eberhardt, *Stosunki Polski z Rosją*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2007", S. 133.
[1141] *Ebd.*
[1142] Siehe Kapitel 5.3.1.
[1143] A. Eberhardt, *Stosunki Polski z Rosją*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2007", S. 134.

Sergej Jastrschembski, nach Warschau[1144]. Als Sonderbeauftragter der Russischen Föderation für die Beziehungen mit der EU traf er sich in Warschau mit Lech Kaczyński. Jastrschembski übergab dem polnischen Staatschef einen privaten Brief von Putin, in dem ein Bekenntnis zur Verbesserung der Beziehungen geäußert wurde[1145]. Einen wichtigen Schwerpunkt des Gesprächs bildete das geplante Treffen der beiden Präsidenten. Beide Seiten erklärten sich zur Teilnahme an einer solchen Begegnung bereit, konnten sich aber nicht darauf einigen, wo sie stattfinden und auf welche Themen sie sich einschränken sollte. Die mangelnde Bereitschaft Kaczyńskis, sich mit Putin lediglich für ein „gemeinsames Foto" zu treffen, und der russische Vorschlag, die Konferenz in Weißrussland abzuhalten, waren zwei Gründe, warum es zu keiner Einigung kam[1146].

Kaczyńskis widerwillige Einstellung zum Treffen mit Putin unterschied ihn von Kwaśniewski, der sowohl gerne häufig nach Russland reiste als auch russische Politiker in Polen empfing. In dieser Hinsicht hob sich sich auch die Russlandpolitik der PiS-Regierungen von der Russlandpolitik der Sozialdemokraten ab. Ähnliche Probleme mit der Vereinbarung der Rahmenbedingungen des Präsidententreffens traten auf der Ebene der Außenminister hervor. Die Nachfolgerin von Stefan Meller, Anna Fotyga, traf sich am Rande der Konferenz über Drogenschmuggel in Moskau am 28. Juni 2006 mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow[1147]. Im Oktober reiste Lawrow als erster Chef der russischen Diplomatie seit zwei Jahren nach Polen.

Den Schwerpunkt beider Treffen der Außenminister bildeten die Einfuhrverbote für polnische Lebensmittel. Bereits zuvor hatten Sachverständige beider Staaten erfolglose Gespräche zum gleichen Thema geführt. Nach ihrem Abbruch forderte Premierminister Kazimierz Marcinkiewicz seinen Amtskollegen Michail Fradkow in einem Brief zur Aufhebung der russischen Sanktionen auf[1148]. Im Mai 2006 entschloss sich Polen dazu, die Taktik im Streit über Lebensmittel aktiv zu ändern. Aus dem Erfolg

[1144] Rafał Tarnogórski, *Kronika Dyplomatyczna*, „Polski Przegląd Dyplomatyczny", 6 (2006) 2, S. 187.
[1145] *Ebd.*
[1146] Die Russen schlugen ein Treffen „auf neutralem Boden" in Weißrussland vor. Aufgrund des Boykotts des Lukaschenka-Regimes war diese Lösung für Polen unakzeptabel. Vgl: A. Eberhardt, *Stosunki Polski z Rosją*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2007", S. 136.
[1147] R. Tarnogórski, *Kronika Dyplomatyczna*, „Polski Przegląd Dyplomatyczny", 6 (2006) 4, S. 201.
[1148] A. Eberhardt, *Stosunki Polski z Rosją*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2007", S. 138.

der „Europäisierung“ der schwierigen Kaliningrad-Gespräche unter Belka zogen die Nationalkonservativen eine Lehre. Im Mai 2006 wies der Landwirtschaftsminister Andrzej Lepper während der Sitzung des Rates der EU auf Probleme der polnischen Exporteure auf dem russischen Markt hin. Lepper forderte eine Klärung dieser Frage auf dem EU-Russland Gipfel in Sotschi[1149]. Die von der EU erwartete Reaktion blieb aus. Im Juni bat Wirtschaftsminister Piotr Woźniak den Handelskommissar der EU, Peter Mandelson, um Unterstützung im Streit mit Moskau[1150]. Die Kommission veränderte schrittweise ihre Stellung und nahm die Gespräche mit Russland auf.

Trotz des Engagements der polnischen Politiker und des immer intensiveren Drucks von der Seite der EU lehnte Russland die Aufhebung der Einfuhrverbote ab. Angesichts mangelnder Fortschritte entschied sich eine inzwischen gebildete Regierung von Jarosław Kaczyński für den radikalen Schritt, der als eine zweite Stufe der „Europäisierung“ des Konflikts gesehen werden kann. Am 13. November 2006 blockierte Polen durch die EU-Außenminister die Annahme des Mandats für die Verhandlungen über eine neue Vereinbarung mit Moskau, welche das im Jahre 1994 geschlossene Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) ersetzen sollte[1151].

Die Lösung der Probleme der polnisch-russischen Beziehungen durch die EU kündigte Kazimierz Marcinkiewicz in seiner Erklärung an[1152]. Auch die befragten Vertreter der PiS bevorzugten diese Taktik. Die Enttäuschung der polnischen Regierung mit der wenig entschlossenen Reaktion der Union führte zur Radikalisierung dieser Strategie. Das polnische Veto sollte Anreize für das Einschalten der europäischen Institutionen in den Streit bilden. Die EU musste sich sodann aktiv am Konflikt beteiligen, da sie selbst direkt betroffen war. Die Vertreter der finnischen Präsidentschaft versuchten Polen noch vom Verzicht auf das Veto zu überzeugen. Ihre Bemühungen scheiterten jedoch. Die Regierung Kaczyński stand fest zu ihrer Entscheidung und führte zudem weitere Konditionen ein. Warschau wollte durch die EU Druck auf Russland

[1149] *Ebd.*
[1150] *Ebd.*
[1151] *Ebd.*, S. 139.
[1152] Marcinkiewicz sprach in erster Linie über die Konflikte, welche die „energetische Sicherheit“ des Landes betreffen könnten. Das Einfuhrverbot für Fleisch wurde erst am Tag seiner Regierungserklärung und zugleich des Erteilens des Vertrauensvotums verhangen. Vgl.: Kapitel 5.3.1.

ausüben. In erster Linie ging es der Regierung in Warschau um eine Ratifizierung der europäischen Energiecharta und die Unterzeichnung des Transitprotokolls durch Russland[1153].

Die Blockade der EU-Russland-Verhandlungen schockierte Beobachter im Westen des Kontinents. Ihre anfänglichen Reaktionen waren kritisch. Nachdem eine Inspektion der EU keine gravierenden Verstöße, über die sich Russland beklagt hatte, in polnischen Betrieben aufdecken konnte, zeigten die Partner aus der alten Union mehr Verständnis für die Probleme Polens[1154]. Premierminister Kaczyński erreichte zumindest eines seiner Zwischenziele; er weckte das Interesse Europas für die russischen Einfuhrbeschränkungen für polnische Agrarprodukte.

Die Russen waren empört über das Verhalten Polens und betonten erneut, dass die Sanktionen gegen polnische Lebensmittelproduzenten durch technische Bedenken motiviert seien[1155]. Nach der Einführung der Einfuhrverbote für georgische und moldauische Agrarerzeugnisse im März 2006 schien die Argumentation des Kremls noch weniger plausibel als zuvor[1156]. Sergej Jastrschembski plädierte für eine Klärung der Kontroversen in den bilateralen Gesprächen[1157]. Die Einbeziehung der EU in den Konflikt sei aus seiner Sicht unnötig gewesen[1158]. Trotz der Blockierung der Verhandlungen über das neue Abkommen mit der EU war Russland nicht zum Verzicht auf die Einfuhrverbote bereit. Auch der Kompromissvorschlag Polens, sein Veto zurückzuziehen, falls sich Moskau zur Öffnung des Marktes innerhalb von fünfzig Tagen

---

[1153] A. Eberhardt, *Stosunki Polski z Rosją*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2007", S. 139. Was das Transitprotokoll anbelangt, befürchteten die Russen insbesondere, dass die Staaten Zentralasiens das Dokument benutzen könnten, um Lieferungen von Gas und Öl durch das russische Netz in die EU zu beanspruchen. Vgl.: I. Kempe, *Die EU und Russland*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2007", S. 285-286.

[1154] A. Eberhardt, *Stosunki Polski z Rosją*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2007", S. 140.

[1155] *Sergej Jastrschembski, EU-Sonderbeauftragter von Präsident Wladimir Putin: „Das polnische Veto ist kein russisches, sondern ein europäisches Problem"* [ein Interview mit Sergej Jastrschembski], RIA Novosti, http://de.rian.ru/analysis/20071025/85510718.html (Stand: 09.10.2009).

[1156] I. Kempe, *Nachbarschaftspolitik: Russland, Ukraine, Belarus, die Republik Moldau*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2006", S. 271.

[1157] *Sergej Jastrschembski, EU-Sonderbeauftragter von Präsident Wladimir Putin: „Das polnische Veto ist kein russisches, sondern ein europäisches Problem"* [ein Interview mit Sergej Jastrschembski], RIA Novosti, http://de.rian.ru/analysis/20071025/85510718.html (Stand: 09.10.2009).

[1158] *Ebd.*

verpflichte, wurde abgelehnt[1159]. Russland wies ferner ausdrücklich die Ratifizierung der Energiecharta ab. In den Worten von Jastrschembski sei die Energiecharta „bereits ein abgeschlossenes Thema“[1160].

Nach dem Einlegen des polnischen Vetos stürzten die polnisch-russischen Beziehungen in eine tiefe Krise. Übliche Kommunikationskanäle zwischen Warschau und Moskau funktionierten nicht mehr. Diplomatische Kontakte wurden auf ein Minimum eingeschränkt. Weder Außenminister noch Regierungschefs der nationalkonservativen Regierung reisten bis zum Ende ihrer Amtszeit im November 2007 nach Russland. Der Gedankenaustausch wurde durch andere Akteure wie die EU oder einzelne EU-Länder geführt. Besonders stark für die Lösung des polnisch-russischen Konflikts setzte sich auf dem Gipfel in Samara die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel ein[1161]. Obwohl die Entschlossenheit Merkels und Barrosos Putin anfänglich beeindruckte, folgten mit Ausnahme verbaler Deklarationen von der Seite Russlands keine Schritte, welche die polnische Regierung hätten überzeugen können. Es wurde auch keine Annäherung der Positionen nach dem Treffen der Außenministerin Anna Fotyga mit ihrem Amtskollegen Sergej Lawrow auf dem Gipfel des Ostseerates im Juni 2007 verzeichnet[1162].

Bis zum Rücktritt des Kaczyński-Kabinetts im November 2007 blieb der Zustand der polnisch-russischen Beziehungen nahezu aussichtslos. Zum sogenannten Fleischkrieg kamen neue Kontroversen über die Pläne der Einrichtung von Elementen des US-amerikanischen Raketenabwehrsystems auf dem Gebiet Polens hinzu. Russland betonte zwar, dass es kein Veto gegen die Pläne Polens und der Vereinigten Staaten einlegen dürfe, äußerte sich jedoch eindeutig kritisch dazu. Moskau vermutete, dass sich das Raketenabwehrsystem in Wirklichkeit nicht gegen den Iran richte, sondern durch anti-russische Vorurteile untermauert sei. Der Kreml drohte mit dem Ausbau der

[1159] A. Eberhardt, *Stosunki Polski z Rosją*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2007”, S. 140.
[1160] *Sergej Jastrschembski, EU-Sonderbeauftragter von Präsident Wladimir Putin: „Das polnische Veto ist kein russisches, sondern ein europäisches Problem“* [ein Interview mit Sergej Jastrschembski], RIA Novosti, http://de.rian.ru/analysis/20071025/85510718.html (Stand: 09.10.2009).
[1161] A. Eberhardt, *Stosunki Polski z Rosją*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2008”, S. 148.
[1162] *Ebd.*, S. 150.

Raketeninstallationen der Kaliningrad Oblast[1163]. Eine Reihe konfrontativer Kommentare der PiS-Politiker bestätigte nur die Befürchtungen Russlands. Trotz der Proteste Moskaus wurden die Gespräche über das Raketenabwehrsystem fortgesetzt.

Die Interpretation der gemeinsamen Geschichte war ein weiteres Problem in den polnisch-russischen Beziehungen neben dem Fleischkrieg und den polnisch-amerikanischen Projekten im Bereich der Sicherheit. Das Thema war nicht neu, sondern trat seit 1989 immer wieder in den Vordergrund. Die Kaczyński Regierung hatte, anders als Sozialdemokraten in den politischen Deklarationen, nicht für das Beiseitelegen dieser Frage plädiert. Neben den andauernden Kontroversen über die Massaker von Katyn, wurde eine Diskussion über die von Russland vorbereitete Ausstellung in Auschwitz zum politischen Thema. Die polnische Seite kritisierte die Russen dafür, dass sie die Gefangenen des Lagers aus den besetzten Gebieten Ostpolens, aus den baltischen Staaten und Moldawien als Bürger der Sowjetunion bezeichneten[1164].

Die polnisch-russischen Beziehungen wurden zudem durch ein konfrontatives Verhalten der polnischen Nationalkonservativen belastet. Außenministerin Fotyga stellte beispielsweise fest, dass „das Embargo in den Handelsbeziehungen eine Art der Kriegserklärung“ sei[1165]. Die Vertreter von PiS zeigten ferner mangelnde Bereitschaft zur Wiederherstellung des polnisch-russischen Dialogs. In der Phase der tiefen Krise weigerte sich nicht nur Präsident Kaczyński, sondern auch Außenministerin Fotyga, nach Russland zu fahren. Laut der Chefin der Diplomatie sei der Zustand der polnisch-russischen Beziehungen so schlecht gewesen, dass die Reise des Außenministers nicht angebracht gewesen wäre. Die Nationalkonservativen wiesen auf die Erfolgslosigkeit der aktiven Russlandpolitik von Kwaśniewski hin, welcher Putin mehrmals besuchte. Die Tatsache, dass zahlreiche Reisen des ehemaligen Präsidenten nach Russland nicht erwidert wurden, schwächte laut der PiS Polen in den Augen der Russen und bewies die Schädlichkeit dieser Strategie.

Grundsätzlich gelang es den polnischen Nationalkonservativen, zwei Prioritäten ihrer Russlandpolitik zu verwirklichen. Durch die Blockade der Verhandlungen über ein

[1163] *Ebd.*, S. 151.
[1164] *Ebd.*, S. 153.
[1165] *Ebd.*, S. 149.

neues Partnerschaftsabkommen verlagerten sie den polnisch-russischen Konflikt auf die Ebene der EU. Auf diese Weise zwangen sie die Union zur Wahrnehmung der Probleme Polens. Die Solidarität, welche die Brüder Kaczyński von Europa forderten, war zuerst halbherzig, wurde dann aber durch eine mangelnde Kompromissbereitschaft Russlands und die für Polen optimistischen Ergebnisse der EU-Inspektion in polnischen Metzgereien bekräftigt.

Ferner verbesserte die PiS durch die Erzwingung des Engagements der Union die Position Polens in den Verhandlungen mit Moskau. Die Nationalkonservativen hatten zwar keine Idee, wie das Patt, zu dem es nach dem Veto kam, überwunden werden sollte, setzten jedoch Russland unter Druck. Nach der Klärung der Situation in der polnischen Lebensmittelindustrie wurde von den Russen eine Erklärung erwartet. Diese waren nicht zu Zugeständnissen bereit, da sie sich vor einem „moral hazard" von der Seite der anderen Staaten, dem sie sich durch ein Nachgeben aussetzen würden, fürchteten[1166]. Drohungen über die Reduzierung der polnischen Exporte nach Russland um die Hälfte setzten sie jedoch nicht in die Tat um. Es ist daher anzunehmen, dass sich die Situation aus der Sicht Polens nicht verschlechtert hatte. Nach dem Rücktritt des Kabinetts Kaczyński konnte die Regierung Tusk als „guter Polizist" das von den Nationalkonservativen begonnene Spiel zu einem erfolgreichen Ende bringen.

6.4.3 Die PiS und die Nachbarschaftspolitik der EU

Kai-Olaf Lang führt die polnische Russlandpolitik auf eine einfache Formel zurück, die „Aufwertung der Ukraine"[1167]. Seit der „Orangen Revolution" spielten tatsächlich die Beziehungen mit Kiew eine sehr wichtige Rolle in der polnischen Ostpolitik. Anders als im Falle der Zusammenarbeit mit Russland war der polnisch-ukrainische Dialog durch intensive Kontakte und zahlreiche gemeinsame Initiativen geprägt.

[1166] Die anderen Staaten hätten in diesem Falle Anreize gehabt, einen ähnlichen Mechanismus wie Polen zu benutzen, um Zugeständnisse von Russland zu erzwingen.
[1167] K.-O. Lang, *Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale* [in:] T. Jäger, D. W. Dylla, *Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, S. 125.

Die Politiker der „Recht und Gerechtigkeit“ setzten in Bezug auf die Ukraine die Politik ihrer Vorgänger fort. Es kam sogar zur Intensivierung der Unterstützung für die Integration des südöstlichen Nachbars Polens in die EU. Die Ukraine war das am häufigsten erwähnte Land in der Erklärung des Außenministers Meller[1168]. Polnische Politiker reisten gerne nach Kiew. In der europäischen Verankerung der Ukraine sahen sie „nicht nur die Stärkung der bilateralen Beziehungen, sondern auch eine Gewichtsverlagerung weg von den hegemonialen Tendenzen des Kremls hin zu einem demokratisch orientierten Gesamteuropa“[1169]. Das polnische Interesse für die Ukraine wurde jedoch nicht ganzheitlich erwidert. Der ukrainische Außenminister Borys Tarasjuk erwähnte Polen in seiner Erklärung lediglich zwei Mal[1170]. Polen sprach sich für die Integration der Ukraine in die EU und die NATO aus. Die ukrainischen Politiker, welche dieses Ziel bevorzugten, waren jedoch nicht davon überzeugt, dass dies unbedingt durch Polen erfolgen müsse, wie es sich Warschau wünschte.

Polen interessierte sich im Jahre 2006 für die Arbeiten am neuen Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine. Die Regierungen von Marcinkiewicz und Kaczyński forderten von der Union eine „europäische Perspektive“ für Kiew[1171]. Aus Sicht Warschaus sollte der neue Vertrag ähnlich wie das Assoziierungsabkommen gestaltet werden, welche die Staaten Mittel- und Osteuropas mit der Europäischen Union in den neunziger Jahren geschlossen hatten[1172]. Die Argumente Polens für eine nähere Anbindung der Ukraine an die Gemeinschaft und für eine EU-Mitgliedsschaft wurden von der Europäischen Kommission und der Mehrheit der Mitgliedstaaten abgelehnt[1173].

Die Nationalkonservativen, ähnlich wie früher die Sozialdemokraten, wiesen auf mangelnde Anreize für die Transformationsprozesse aufgrund fehlender EU-

[1168] A. Szeptycki, *Stosunki Polski z Ukrainą*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2007”, S. 166.
[1169] I. Kempe, *Nachbarschaftspolitik: Russland, Ukraine, Belarus, die Republik Moldau*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2006“, S. 268.
[1170] A. Szeptycki, *Stosunki Polski z Ukrainą*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2007”, S. 166.
[1171] *Ebd.*, S. 170.
[1172] *Ebd.*
[1173] Am 17. August 2007 gab Außenministerin Fotyga eine Erklärung ab, in der sie gestand, dass Polen die anderen Partner der Europäischen Union nicht von der Erwähnung der „europäischen Perspektive“ im EU-Ukraine-Abkommen überzeugen konnte. Vgl.: Ł. Adamski, *Polityka Polski wobec Ukrainy*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2008“, S. 224.

Beitrittsperspektiven für die Staaten Osteuropas hin. Die Position Polens unterstützte Litauen, das nach der „Orangen Revolution“ zu einem der engsten Verbündeten Warschaus wurde. Beide Länder stellten im September 2006 Dokumente über die Weiterentwicklung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) in Form von Non-Papers vor, in denen sie ihre Kritik wiederholten und die Union zur Intensivierung der östlichen Dimension aufforderten[1174].

Polen plädierte unter anderem für eine deutlichere Differenzierung der Zusammenarbeit mit den Mittelmeerstaaten und der Kooperation mit der Ukraine, der Republik Moldau und den Staaten des Kaukasus. Diese zweite Gruppe solle aus Sicht der polnischen Regierung aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum europäischen Kulturkreis den Vorzug finden. Entgegen der Forderungen Polens wurden bei der Verteilung der Finanzmittel des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments die Staaten Nordafrikas und des Nahen Osten privilegiert. Sie erhielten 82% der Länderprogramm-Gelder[1175]. Die übrigen 18% der Mittel waren für die osteuropäischen Teilnehmer der ENP und Russland bestimmt[1176]. Die Initiative Polens und Litauens veranlasste Deutschland zur Vorbereitung des Konzepts von „ENP-Plus“, das sich in erster Linie auf die Staaten Osteuropas beziehen sollte[1177]. Der Vorschlag wurde durch die Europäische Kommission unterdrückt[1178].

Die Verwirklichung der Ziele der polnischen Politik für die Ukraine wurde durch eine unstabile Situation in diesem Land erschwert. Die „Orange Koalition“ hielt schwächer als erwartet zusammen. Es kam langfristig zu keiner Angleichung der politischen Kultur an westliche Standards. Im September 2005 wurde die Premierministerin Julija Tymoschenko durch den Präsidenten Wiktor Juschtschenko entlassen. Die politische Krise, die darauf folgte, führte zu Parlamentswahlen, aus denen

[1174] I. Kempe, *Europäische Nachbarschaftspolitik: Ukraine, Belarus, Republik Moldau und der Südkaukasus*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2007“, S. 257.
[1175] *Ebd.*, S. 259.
[1176] *Ebd.*
[1177] *Ebd*, S. 259-260.
[1178] Die Kommission reagierte am 4. Dezember mit dem Papier „Über die Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik”, in dem sie zwar die Initiative Deutschlands aufgriff, sie aber zugleich auf den Mittelmeerraum ausweitete und wenig konkret machte. Laut Kempe zielte die EU darauf ab, das Konzept „in einem berechenbaren Rahmen zu halten“. Vgl.: I. Kempe, *Europäische Nachbarschaftspolitik: Ukraine, Belarus, Republik Moldau und der Südkaukasus*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2007“, S. 260.

als Gewinner die Partei der Regionen hervorging. Die Ernennung des russlandfreundlichen Janukowytsch zum Regierungschef wurde in Warschau mit Skeptizismus beobachtet[1179]. Die Entscheidung des neuen Premierministers über einen Verzicht auf die NATO-Mitgliedschaft war eine schwere Niederlage für Polen[1180]. Nach den neuen Parlamentswahlen und der erneuten Ernennung von Tymoschenko zur Premierministerin wurde in Polen wieder auf eine Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit gehofft. Dies war jedoch aufgrund der andauernden Machtkämpfe zwischen der Regierung und der Opposition wie auch innerhalb des Kabinetts kompliziert.

Die Misserfolge der polnischen Politik im Hinblick auf die Ukraine sind auf Faktoren zurückzuführen, die von Polen unabhängig sind. Die polnischen Nationalkonservativen versuchten in ihrer Politik konsequent, die Partnerschaft mit der Ukraine auszubauen und sich für ihre Integration in die NATO und die EU einzusetzen. Die offensichtliche Sympathie der PiS für die Parteien der „Orangen Revolution" war eine Form der Förderung von demokratischen und emanzipativen Bewegungen.

Die Unterstützung für die politischen Gruppen, welche mehr Unabhängigkeit von Russland anstrebten, war ein wichtiges Motiv des polnischen Engagements im Südkaukasus und in Zentralasien, neben der Diversifizierung der Aufmerksamkeit des Kremls. Die Nationalkonservativen hofften auf den Zugang zu den neuen Lieferungswegen von Gas und Öl. Je schlechter die Beziehungen eines Staates mit Russland waren, desto besser entwickelte sich seine Zusammenarbeit mit Polen. Als zwei extreme Beispiele können in diesem Kontext Georgien und Armenien gegeben werden. Während die Partnerschaft mit Tiflis durch die Nationalkonservativen ausgebaut wurde, stagnierten die Kontakte mit der prorussischen Regierung in Jerewan (Eriwan) auf dem gleichen niedrigen Niveau wie in den neunziger Jahren[1181].

[1179] Außenministerin Fotyga gab in einem Interview für die „Rossijskaja Gaseta" zu, dass Polen Juschtschenko grundsätzlich unterstütze. Vgl.: A. Szeptycki, *Stosunki Polski z Ukrainą*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2007", S. 168.

[1180] Ł. Adamski, *Polityka Polski wobec Ukrainy*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2008", S. 217.

[1181] Gleichzeitig mit der Belebung der polnisch-georgischen politischen Zusammenarbeit erfolgte auch eine schnelle Entwicklung des Handels zwischen den beiden Staaten, während der Warenaustausch zwischen Polen und Armenien in den Jahren 2003 bis 2007 deutlich langsamer wuchs. Vgl.: E. Wyciszkiewicz,

Das Interesse Polens für die Staaten des Südkaukasus stieg nach den Wahlen 2005 und erreichte seinen Höhepunkt nach der Ablösung von Kazimierz Marcinkiewicz durch Jarosław Kaczyński im Amt des Premierministers[1182]. Im Jahre 2006 traf sich der polnische Präsident Lech Kaczyński zwei Mal mit dem georgischen Staatschef Micheil Saakaschwili[1183]. Georgien, welches zusammen mit der Ukraine, der Republik Moldau und Aserbaidschan die Gruppe „GUAM Organisation für Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung“ bildete, wurde zum wichtigsten Partner Polens in der Region. Die Bevorzugung der Zusammenarbeit mit Tiflis wurde ferner durch den Faktor der Nähe zwischen Georgien und der Ukraine bedingt. Diese Nähe, welche unter anderem in der privaten Freundschaft der beiden Präsidenten Juschtschenko und Saakaschwili ihren Ausdruck fand[1184], weckte die Sympathie Polens für dieses Land. Nicht ohne Bedeutung war auch das Bild des Opfers Russlands, mit dem Saakaschwili für seine Heimat im Ausland warb.

Die Intensität der polnisch-georgischen Zusammenarbeit nahm im Jahre 2007 weiter zu. Das Streben nach der Sicherung der Energielieferungen motivierte Warschau zur Veranstaltung eines Energiegipfels in Krakau, an dem neben den Präsidenten Polens und Georgiens die Staatschefs Aserbaidschans, Litauens und der Ukrain, wie auch ein Vertreter Kasachstans teilnahmen[1185]. Die Gäste des polnischen Präsidenten zeigten sich mit der Einladung von Lech Kaczyński zur Konferenz von GUAM in Baku im Juni 2007 erkenntlich[1186]. Er nahm an der Tagung als Ehrengast teil. Dieser Titel wurde ihm in Anerkennung seines Engagements für die Region erteilt. Ein Zeichen der bilateralen

---

Polityka Polski wobec Kaukazu Południowego i Azji Środkowej, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2008”, Tabelle 1, Seite 247.

[1182] E. Wyciszkiewicz weist auf die Bedeutung des „Umbaus” der Regierung durch die Schließung der Koalition von PiS, LPR und Samoobrona hin. Vgl.: E. Wyciszkiewicz, *Polityka Polski wobec Kaukazu Południowego i Azji Środkowej*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2008”, S. 239.

[1183] *Ebd.*, S. 241.

[1184] Juschtschenko und Saakaschwili sind eng befreundet. Der ukrainische Präsident ist Patenonkel des jüngeren Sohnes des georgischen Staatschefs. Frau und Kinder Saakaschwilis wohnten während des georgisch-russischen Krieges zusammen mit der Familie von Juschtschenko auf der Insel Krim. Vgl.: W. Radziwinowicz, *Hetman zdradzony, księżniczka wybiera Moskwę*, „Gazeta Wyborcza“, 08.09.2008, http://wyborcza.pl/1,76842,5670349,Hetman_zdradzony__ksiezniczka_wybiera_Moskwe.html (Stand: 13.10.2009).

[1185] R. Tarnogórski, *Kronika dyplomatyczna*, „Polski Przegląd Dyplomatyczny”, 7 (2007) 4, S. 182.

[1186] E. Wyciszkiewicz, *Polityka Polski wobec Kaukazu Południowego i Azji Środkowej*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2008”, S. 245.

Annäherung mit Georgien war die Berufung des Konsultationskomitees der Präsidenten beider Staaten, eines Gremiums, das bisher nur in den polnisch-ukrainischen und den polnisch-litauischen Beziehungen existierte[1187].

Als ein weiteres Zeichen der Intensivierung der polnischen Politik in Bezug auf die Staaten des Südkaukaukasus kann die Partizipation Georgiens und Aserbaidschans am Projekt der Pipeline Odessa-Brody-Płock-Danzig gesehen werden. Auf dem Energiegipfel in Vilnius am 10. und 11. Oktober 2007 wurde ein Vertrag zwischen den beiden erwähnten Staaten, der Ukraine, Litauen und Polen unterzeichnet, der als politischer Rahmen für die wirtschaftliche Initiative fungieren sollte[1188]. Firmen aus Georgien und Aserbaidschan sowie aus Litauen traten dem polnisch-ukrainischen Konsortium „Sarmatia" bei, das für die Durchführung der Investition verantwortlich war[1189].

Auch in der Politik mit Weißrussland hielt die PiS an ihren Präferenzen fest. Die Probleme der polnischen Minderheit waren sehr exponiert, was sowohl mit der Fokussierung der Nationalkonservativen auf das Konzept der Nation als auch mit der Eskalation des Konflikts zwischen dem Lukaschenka Regime und den weißrussischen Polen zu tun hatte[1190]. Die Orientierung der Nationalkonservativen auf Interessen einer ethnischen Gruppe entsprach den Vorstellungen der PiS über die Außenpolitik Polens. Laut einiger Kritiker sei eine solche Schwerpunktsetzung jedoch nicht zielführend im Kontext der Förderung der weißrussischen Zivilgesellschaft gewesen[1191].

6.4.4 Die Ostpolitik der PiS: eine Zusammenfassung

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Kabinette der Partei „Recht und Gerechtigkeit" konsequent ihre Ziele, welche sowohl in den Programmdokumenten als

[1187] *Ebd.*, S. 242.
[1188] *Ebd.*, S. 245.
[1189] *Ebd.*
[1190] Zur Eskalation eines seit März 2005 andauernden Konflikts kam es im Sommer 2005, kurz vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Polen, welche die Nationalkonservativen gewonnen. Vgl.: *Historia ZPB*, Witryna Związku Polaków na Białorusi, http://www.zpb.org.pl/index.php?id=zpbh (Stand: 12.10.2009).
[1191] J. Pawlicki, *A gdyby nie było nas w Unii*, „Gazeta Wyborcza", 29.04.2006-1.05.2006, S. 22.

auch in den Interviews genannt werden, verwirklichten. Der wichtigste Partner Polens in Osteuropa war (zumindest anfänglich) die Ukraine. Polen unterstützte mit Überzeugung die Idee der Integration seines südöstlichen Nachbars in die EU und in die NATO. Weniger überzeugt von der Teilnahme am Nordatlantikpakt waren die Politiker in Kiew, insbesondere das Kabinett von Wiktor Janukowytsch. In den Jahren 2006 und 2007 entwickelte Warschau sehr Intensive Beziehungen mit Tiflis. Trotz der innenpolitischen Unruhen verteidigte Micheil Saakaschwili seine Position. Dies garantierte eine Fortsetzung seines außenpolitischen Kurses. In dieser Situation wurde Georgien zum attraktiveren Partner Polens. Zusammen mit den Regierungen in Tiflis und Baku versuchte Warschau, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energiepolitik zu entwickeln. Kontakte mit Kasachstan blieben weniger eng, obwohl auch hier eine Intensivierung verzeichnet wurde.

Äußerst kompliziert blieben die polnisch-russischen Beziehungen. Nach den anfänglichen Annäherungsversuchen setzten die Brüder Kaczyński die konfrontative Russlandpolitik um, für die sich ihre Partei in Dokumenten und Interviews ausspricht. Im Konflikt mit Russland suchten sie die Unterstützung der EU, die sie durch eine Blockade der Verhandlungen über das neue Partnerschaftsabkommen erzwangen. Auf diese Weise verbesserten sie die strategische Position Polens im Verhältnis zu seinem größten Nachbar im Osten[1192]. Sie trugen zugleich zur Entstehung der Situation bei, in dem sie eine Vereinbarung zwischen der PiS-Regierung und dem Kreml aus Prestigegründen unmöglich machten[1193]. Absichtlich oder zufällig spielte Jarosław Kaczyński die Rolle des „bösen Polizisten" im diplomatischen Spiel, das erst nach seinem Rücktritt durch den „guten Polizisten" Donald Tusk erfolgreich abgeschlossen werden konnte.

[1192] Antoni Podolski, einer der prominenten polnischen Experten im Bereich der Energiesicherheit, schrieb Folgendes über die Russlandpolitik der Brüder Kaczyński: „Neben allen kritischen Bemerkungen über die Brüder Kaczyński, welche in dem letzten halben Jahr formuliert wurden, niemand behauptet, dass sie keine Ausdauer haben. Es scheint, dass dieser Charakterzug, verbunden mit dem übermäßigen Misstrauen gegenüber den Absichten der Partner im Falle der Kreml-Administration vollständig begründet und anerkennenswert ist". Vgl.: A. Podolski, *Na Wschodzie wciąż mróz*, „Gazeta Wyborcza", 12.06.2006, S. 26.

[1193] Es fehlte in der Politik Kaczyńskis zugleich an Flexibilität, ohne die keine Vereinbarung mit Russland erreicht werden konnte, worauf Podolski in seinem Text hinweist. Vgl.: A. Podolski, *Na Wschodzie wciąż mróz*, „Gazeta Wyborcza", 12.06.2006, S. 26.

7. Präferenzen und politische Praxis: ein Vergleich

7.1 Vergleich der Präferenzen der SLD und der PiS

Im Zuge der qualitativen Untersuchung von vier Bereichen der polnischen Europapolitik wurde festgestellt, dass zwischen den politischen Prioritäten der polnischen Sozialdemokraten und denen der Nationalkonservativen klare Unterschiede existieren. Zugleich gilt aber zu betonen, dass die Differenzen nicht auf allen Gebieten gleich groß sind. In der Diskussion über den EU-Beitritt Polens beziehungsweise in der Debatte über eine Reform der EU vertreten beide Parteien eindeutig voneinander divergierende Ansichten. In den Dokumenten, welche sich auf die transatlantische Zusammenarbeit und die Sicherheitspolitik beziehen, sind hingegen mehrere Gemeinsamkeiten erkennbar. Das Bild der Ostpolitik ist komplexer, denn die anfänglichen extremen Unterschiede haben im Laufe der Zeit an Bedeutung verloren. Die Situation sieht jedoch im Falle der Interviews anders aus. In den direkten Gesprächen finden sich wieder die Aussagen, welche auf eine klare Divergenz hinweisen. Dies kann aber, insbesondere was die Bewertung der Terrorismusbekämpfung durch die Sozialdemokraten anbelangt, am Zeitabstand und dem damit verbundenen Umdenken der eigenen Position liegen.

Besonders gut geeignet für die Messung der Abweichungen in der Einstellung zu den einzelnen Aspekten der polnischen Außen- und Europapolitik war die geschlossene Frage 10[1194]. Die Interviewten wurden um eine Bestimmung der aus ihrer Sicht optimalen Reihenfolge der vorgeschlagenen potentiellen Prioritäten der polnischen Außenpolitik gebeten. Sie hatten die Wahl zwischen den folgenden theoretischen Zielen: Stärkung der EU, partnerschaftliche Beziehungen mit Deutschland, partnerschaftliche Beziehungen mit den USA, partnerschaftliche Beziehungen mit Russland und Ausweitung des polnischen Potentials, um mehr Unabhängigkeit vom Ausland zu sichern. Die Antworten der einzelnen Politiker der SLD und der PiS wurden bereits in

[1194] Vgl.: Fragebogen/Formularz wywiadu (Anhang).

den Kapiteln 3.4 und 5.4 dargestellt. An dieser Stelle werden sie nun nachfolgend verglichen und graphisch präsentiert.

Vergleich der Werte des T-Indexes für die einzelnen potentiellen Prioritäten aus der Sicht der PiS und der SLD					
SLD	0,3	0,28	0,16	0,19	0,09
PiS	0,1	0,2	0,24	0,15	0,29
Potentielle Ziele	Stärkung der EU	Partnerschaft mit Deutschland	Partnerschaft mit den USA	Partnerschaft mit Russland	Ausbau des polnischen Potenzials

Tabelle 67. Vergleich der Werte des T-Indexes für die einzelnen Prioritäten aus Sicht der SLD und der PiS.

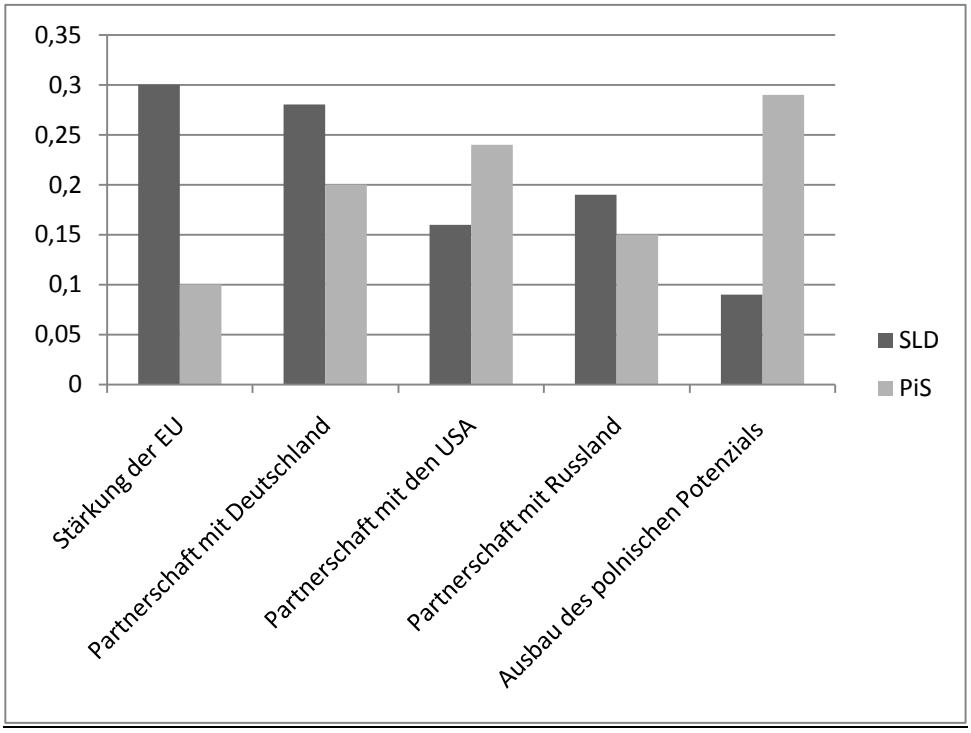


Abbildung 11. Vergleich der Werte des T-Indexes für die einzelnen Prioritäten aus Sicht der SLD und der PiS.

Die Werte des T-Indexes, welcher die Gewichtung der Prioritäten durch beide Parteien misst (je höher der Wert des Indexes, desto wichtiger eine Priorität) für die SLD korrelieren negativ mit den Werten des T-Indexes für die PiS [1195]. Der Wert der Korrelation nach Pearson für 5 potentielle Prioritäten (deswegen N=5) beträgt -0,81. Aufgrund der niedrigen Anzahl der Beobachtungen beträgt die zweiseitige Signifikanz 0,096. Das Ergebnis kann aus diesem Grund erst auf dem Niveau von 0,1 als signifikant anerkannt werden, erfüllt aber nicht die Voraussetzungen des häufiger benutzten Signifikanzniveaus von 0,05.

Um die Qualität der statistischen Auswertung zu verbessern, wurden die Korrelationen nach Pearson zwischen den von Befragten genannten potentiellen Zielen und der dichotomen Variable der Parteizugehörigkeit untersucht (Dummy Variable)[1196]. Den einzelnen potentiellen Zielen, welche von den einzelnen Befragten genannt wurden, wurden Ränge zugeordnet[1197]. Die Parteizugehörigkeit wurde nummerisch kodiert, die SLD als 1 und die PiS als 2. Die Ergebnisse ermöglichen eine Differenzierung der Bereiche, in denen klare Unterschiede zwischen den Parteien auftreten, von den Gebieten, auf denen die Meinung der Befragten schwach mit ihrer politischen Zugehörigkeit korreliert.

Statistische Daten bestätigen wieder die These, welche anhand der qualitativen Analyse formuliert wurde. Die Einstellung zur Stärkung der Europäischen Union und die Präferenz für den Ausbau des eigenen Potentials hängen besonders stark mit der Parteizugehörigkeit zusammen. Der Rang der Priorität „starke EU“ ist positiv mit der Parteivariable korreliert. Aus der Zuweisung des niedrigeren Wertes der Parteivariable der SLD (1) und des höheren der PiS (2) ist zu schließen, dass die Sozialdemokraten diesem Ziel einen höheren Stellenwert einräumen. Diese hohe Stellung wird durch die niedrige Zahl ausgedrückt, zum Beispiel durch die häufige Zuweisung des Rangs 1 dieser Priorität[1198]. Die Nationalkonservativen hingegen messen diesem Ziel eine

[1195] Für die Erklärung des T-Indexes vgl.: Kapitel 3.4.1.
[1196] Für die weitere Informationen über Korrelationen mit den dichotomen Variablen vgl.: Alan C. Acock, *A Gentle Intoduction to Stata*, A Stata Press Publication, College Station (Texas) 2006, S. 160.
[1197] Für die Fragen und Antworten der Befragten vgl.: Kapitel 3.4.1 und Kapitel 5.4.1.
[1198] Vgl.: Kapitel 3.4.1.

vergleichsweise geringe Bedeutung bei und positionieren es niedriger auf ihrer Rangliste, das heißt, sie weisen ihm häufig zum Beispiel nur den Rang 5 zu.

Gegensätzliche Resultate wurden für das schon erwähnte Problem des Ausbaus des eigenen Potentials festgestellt. Dieses Ziel sollte den Skeptizismus gegenüber der internationalen Zusammenarbeit, zum Beispiel im Rahmen der EU, und zugleich die positive Einstellung zur Welt der vollkommen souveränen Nationalstaaten messen. Die Antworten der Befragten sind in diesem Falle negativ mit der Parteivariablen korreliert. Die konservativen Politiker wünschen sich eine hohe Stellung dieser Forderung in der Außenpolitik Polens (niedrige Zahl), wohingegen die Sozialdemokraten dieses Ziel ablehnen (hohe Zahl). Eine nichtsignifikante negative Korrelation ist auch im Falle der Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten zu beobachten. Zwei weitere potentielle Prioritäten, die Beziehungen zu Deutschland und die Zusammenarbeit mit Russland, sind jeweils mit der Parteivariablen positiv, aber nicht signifikant korreliert.

		EU	D	USA	RUS	Potential
Parteivariable	Korrelationskoeffizient nach Pearson	0,931	0,494	-0,467	0,329	-0,786
	Signifikanz (zweiseitig)	0	0,052	0,079	0,272	0,002
	N	16	16	15	13	12
	Signifikant auf einem Niveau von:	0,01	nicht sign.	nicht sign.	nicht sign.	0,01

Tabelle 68. Die Korrelationskoeffizienten nach Pearson zwischen der Parteivariable (SLD=1, PiS=2) und dem Rang der vorgeschlagenen theoretischen Prioritäten der polnischen Außenpolitik (je höher Rang, desto wichtiger die Priorität).

Ähnliche Resultate ergibt auch der Mann-Whitney U-Test[1199]:

Nullhypothese	Test	Signifikanz	Entscheidung
Verteilung von EU ist gleich für beide Kategorien der Variable Partei	Mann-Whitney U-Test	0	Ablehnung der Nullhypothese
Verteilung von D ist gleich für beide Kategorien der Variable Partei	Mann-Whitney U-Test	0,159	Annahme der Nullhypothese
Verteilung der Kategorie USA ist gleich für beide Kategorien der Variable Partei	Mann-Whitney U-Test	0,054	Annahme der Nullhypothese
Verteilung der Kategorie RUS ist gleich für beide Kategorien der Variable Partei	Mann-Whitney U-Test	0,212	Annahme der Nullhypothese
Verteilung von Potential ist gleich für beide Kategorien der Variable Partei	Mann-Whitney U-Test	0,01	Ablehnung der Nullhypothese

Tabelle 69. Ergebnisse desn Mann-Whitney U-Tests. Untersuchung der Antworten auf die Frage 10 (Rangordnung der vorgeschlagenen theoretischen Prioritäten der polnischen Außenpolitik).

Die Unterschiede zwischen den Parteien insbesondere bezüglich der Einstellung zum Ausbau der Kompetenzen der EU und zur Stärkung der Souveränität Polens illustrieren übersichtlich die Box-Plot-Diagramme.

[1199] Für den Mann-Whitney U-Test vgl.: R.P. Runyon, A. Haber, *Fundamentals of Behavioral Statistics*, Addison-Wesley Publishing Company, Reading (Massachussets) 1967, S. 214-218. S. Siegel, *Nichtparametrische Methoden*, Fachbuchhandlung für Psychologie Verlagsabteilung, Frankfurt am Main 1976, 112-123.

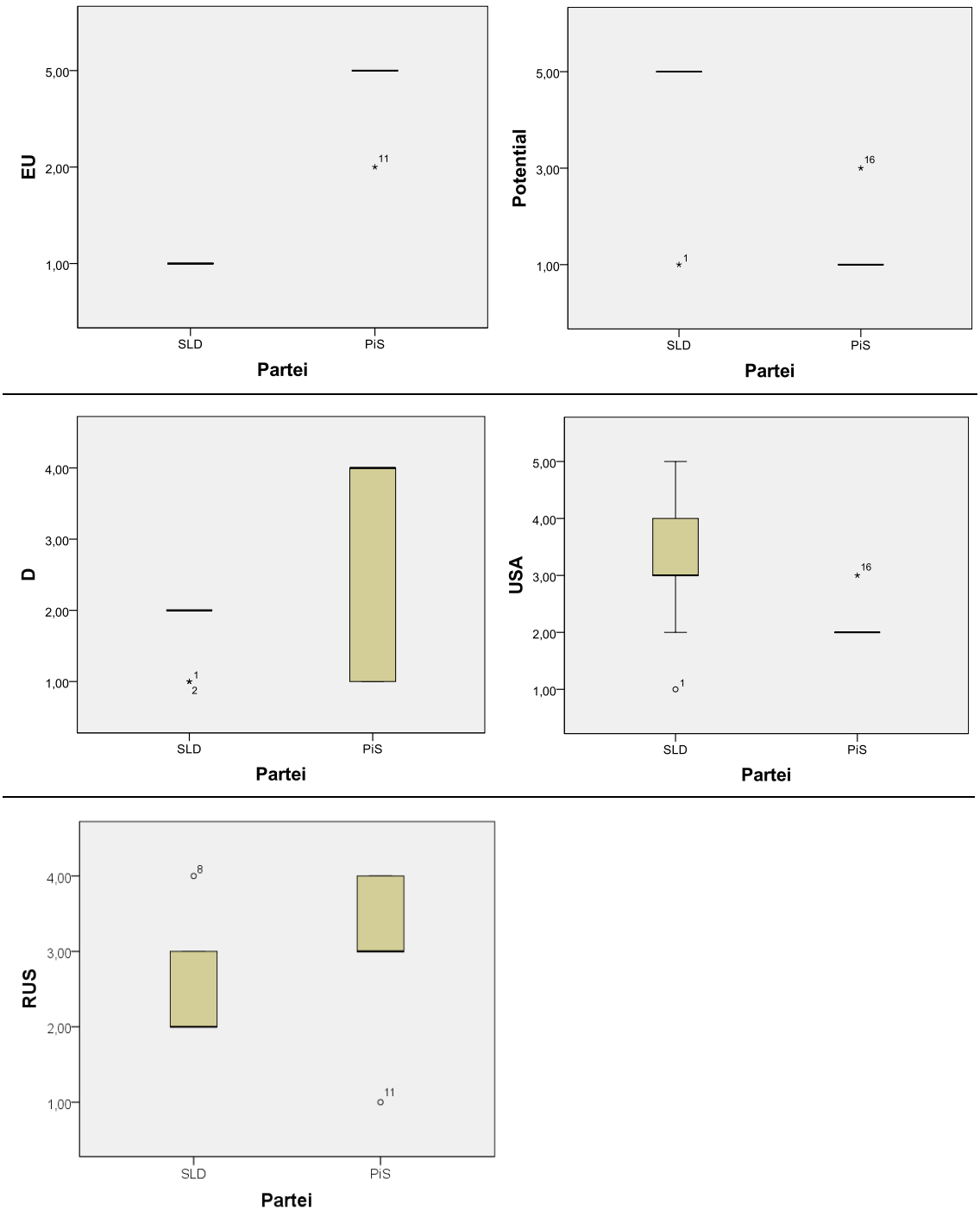


Abbildung 12. Rangordnung der vorgeschlagenen theoretischen Prioritäten der polnischen Außenpolitik laut Vertreter der SLD und der PiS: Box-Plots.

		EU_SLD	EU_PiS	D_SLD	D_PiS	USA_SLD	USA_PiS	RUS_SLD	RUS_PiS	Pot_SLD	Pot_PiS
N	gültig	9	7	10	6	9	6	8	5	6	6
	fehlende Werte	1	3	0	4	1	4	2	5	4	4
Mittelwert		1	4,5714	1,8	2,8333	3,2222	2,1667	2,375	3	4,3333	1,3333
Standardfehler		0	0,42857	0,13333	0,60093	0,4339	0,16667	0,26305	0,54772	0,66667	0,33333
Median		1	5	2	3,5	3	2	2	3	5	1
Modalwert		1	5	2	4	3	2	2	3,00a	5	1
Standardabweichung		0	1,13389	0,42164	1,47196	1,30171	0,40825	0,74402	1,22474	1,63299	0,8165
Varianz		0	1,286	0,178	2,167	1,694	0,167	0,554	1,5	2,667	0,667
Spannweite		0	3	1	3	4	1	2	3	4	2
Minimum		1	2	1	1	1	2	2	1	1	1
Maximum		1	5	2	4	5	3	4	4	5	3
Perzentile	25	1	5	1,75	1	2,5	2	2	2	4	1
	50	1	5	2	3,5	3	2	2	3	5	1
	75	1	5	2	4	4,5	2,25	2,75	4	5	1,5

Tabelle 70. Rangordnung der vorgeschlagenen theoretischen Prioritäten der polnischen Außenpolitik laut Vertreter der SLD und der PiS: deskriptive Statistiken.

Auf signifikante ideologische Unterschiede zwischen den beiden Parteien weisen auch die Ergebnisse der Inhaltsanalyse von Programmdokumenten der SLD und der PiS hin. Insgesamt wurden in dieser Arbeit 28 Programmdokumente der Sozialdemokraten und der Nationalkonservativen berücksichtigt[1200]. Die Quellen, die im Kontext der Arbeit als relevant erschienen, wurden in 21 Texteinheiten geordnet und als solche quantitativ untersucht. Andere Dokumente, welche relativ wenige Aussagen aus dem Bereich der Außen- und Europapolitik beinhalteten, wurden qualitativ analysiert.

Im Falle von 21 erwähnten Texteinheiten wurden die Werte des P-Indexes berechnet[1201]. Für die SLD betrugen sie zwischen -85,56[1202] und 41,46[1203]. Sowohl der Median (-24,80) als auch der Mittelwert liegen eindeutig unter null (-23,30). Zudem

[1200] Vgl.: Kapitel 3.2, 3.3, 5.2, 5.3.
[1201] Für die Berechnung des P-Indexes vgl.: Kapitel 2.3.7.
[1202] Es handelt sich um das Programm der SLD aus dem Jahre 2007 (sogenannte *Programmverfassung*). Vgl.: *Polska demokratyczna i socjalna. Konstytucja Programowa Sojuszu Lewicy Demokratycznej*, SLD, Warszawa 2007, S. 14.
[1203] Der höchste Wert des P-Indexes für die SLD wurde für die Regierungserklärungen von Marek Belka ermittelt. Vgl.: M. Belka, *Przedstawienie przez prezesa Rady Ministrów programu działania Rady Ministrów z wnioskiem o udzielenie jej wotum zaufania*, Sejm RP, 14.05.2004, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 26.12.2008); M. Belka, *Przedstawienie przez prezesa Rady Ministrów programu działania Rady Ministrów z wnioskiem o udzielenie jej wotum zaufania*, Sejm RP, 24.06.2004, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 26.12.2008); M. Belka, *Rozpatrzenie wniosku prezesa Rady Ministrów o wyrażenie przez Sejm Rzeczypospolitej Polskiej wotum zaufania Radzie Ministrów*, Sejm RP, 15.10.2004, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 26.12.2008).

nehmen drei Viertel aller Beobachtungen negative Werte an. Eine positive Ausprägung der Schiefe weist darauf hin, dass die Verteilung leicht rechtsschief (linkssteil ist).

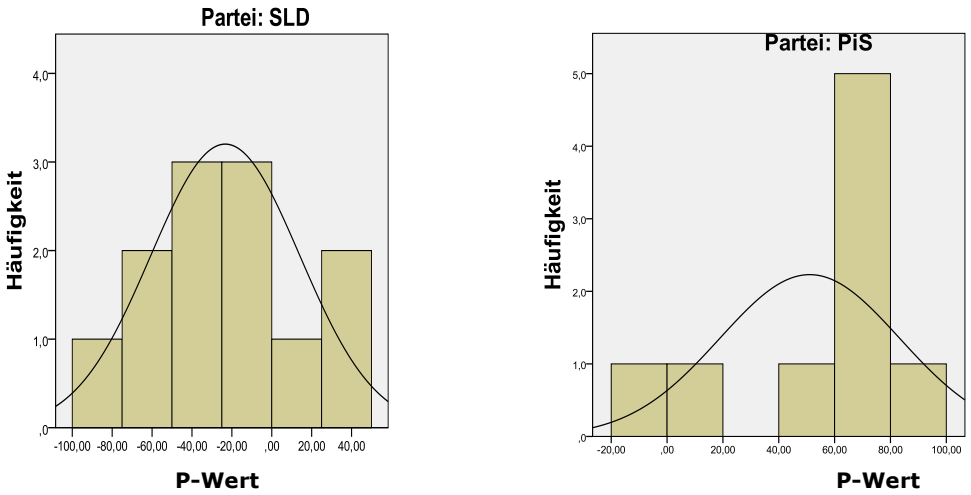


Abbildung 13. Histogramme mit den Werten des P-Indexes, welche im Zuge der quantitativen Analyse der Pateidokumente der SLD (links) und der PiS (rechts) ermittelt wurden.

SLD	N	gültig	12
		fehlende Werte	0
	Mittelwert		-23,305
	Standardfehler des Mittelwerts		10,79016
	Median		-24,805
	Modalwert		-
	Standardabweichung		37,3782
	Varianz		1397,13
	Schiefe		0,204
	Kurtosis		-0,337
	Spannweite		127,02
	Minimum		-85,56
	Maximum		41,46
	Summe		-279,66
	Perzentile	25	-55,46
		50	-24,805
		75	7,8575

PiS	N	gültig	9
		fehlende Werte	0
	Mittelwert		51,0944
	Standardfehler des Mittelwerts		10,733
	Median		63,26
	Modalwert		-
	Standardabweichung		32,199
	Varianz		1036,776
	Schiefe		-1,426
	Kurtosis		0,882
	Spannweite		95,19
	Minimum		-12,59
	Maximum		82,6
	Summe		459,85
	Perzentile	25	29,46
		50	63,26
		75	70,945

Tabelle 71. Die Werte des P-Indexes, welche im Zuge der quantitativen Analyse der Pateidokumente der SLD (links) und der PiS (rechts) ermittelt wurden: deskriptive Statistik.

Die Werte des P-Indexes für die Nationalkonservativen sind anders verteilt. Sie liegen zwischen -12,59[1204] und 82,60[1205]. Die Spannweite ist also niedriger als im Falle der SLD (95,19 anstatt 127,02). Der Median (63,26) und der Mittelwert (51,09) sind eindeutig positiv. Nahezu 90% aller Beobachtungen nehmen positive Werte an. Niedrigere (linke) Werte finden sich nur in den Erklärungen der Außenminister wieder, nicht aber in den Parteiprogrammen. Die Verteilung der P-Werte für die PiS ist eindeutig linksschief (rechtssteil), was aus der negativen Ausprägung der Schiefe abzulesen ist. Die Werte aus dem Intervall, das sich zwischen P=60 und P=80 erstreckt, also höher ist als der Mittelwert (51,09), treten häufiger auf als die Werte aus den anderen jeweils zwanzig Einheiten breiten Intervallen.

Unter Hinzunahme des Mann-Whitney-U-Tests wurden die P-Werte der Dokumente beider Parteien miteinander verglichen. Der Test belegte die Vermutung über signifikante Unterschiede zwischen der SLD und der PiS. Das Signifikanzniveau des Tests beträgt 0,001, was für die Ablehnung der Nullhypothese spricht. Zusätzlich wurde die Korrelation zwischen

[1204] Die Rede von Stefan Meller. Vgl.: S. Meller, *Informacja Ministra Spraw Zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2006 r.*, Sejm RP, 15.02.2006, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata5.nsf (Stand: 31.12.2008).
[1205] Es handelt sich um das Dokument *Katholisches Polen im christlichen Europa*. Vgl.: *Polska katolicka w chrześcijańskiej Europie*, PiS, Warszawa 2005, S. 56.

der Parteivariable, welche, wie früher, die Werte 1 für die SLD und 2 für die PiS annahm, und dem P-Wert ermittelt. Die Korrelation ist signifikant auf dem Niveau von 0,001. Der Korrelationskoeffizient nimmt den Wert von 0,739 (nach Pearson) an. Der P-Index ist positiv mit der Parteivariablen korreliert. Kurz gesagt, die Dokumente der PiS (Parteivariable 2) tendieren dazu, durch höhere P-Werte charakterisiert zu werden als die Dokumente der SLD.

	Nullhypothese	Test	Signifikanz	Entscheidung
1	Verteilung des P-Wertes ist gleich für Kategorien der Variable Partei	Mann-Whitney	0,001	Ablehnung der Nulhypothese
2	Die Medianen des P-Wertes sind gleich für die Kategorien der Variable Partei	Mediantest	0,03	Ablehnung der Nullhypothese

Tabelle 72. Ergebnisse des Mann-Whitney U-Tests und des Mediantests der P-Werte von untersuchten Parteidokumenten.

		P-Wert (Pearson)
Parteivariable	Korrelationskoeffizient	0,739
	Signifikanz (zweiseitig)	0
	N	21

Tabelle 73. Der Korrelationskoeffizient nach Pearson zwischen den P-Werten der Programmdokumente und der Parteivariable (SLD=1, PiS=2).

Graphisch können die Unterschiede zwischen den P-Werten der Dokumente beider Parteien auf einem Boxplot-Diagramm dargestellt werden. Zwei Ausreißer auf der Seite der PiS sind die bereits erwähnten Reden der Außenminister. Die Nummer 14 steht für die Erklärung der Außenministerin Fotyga. Mit der Zahl 13 wurde die Rede von Stefan Meller markiert, welche als ein extremer Ausreißer bezeichnet wird.

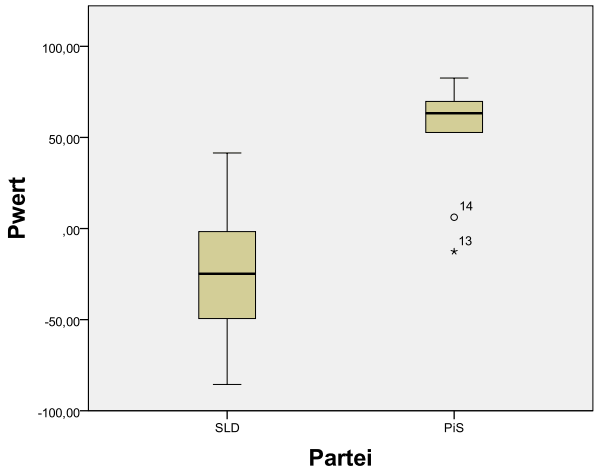


Abbildung 14. Boxplot-Diagramme mit den P-Werten der Programmdokumente der PiS und der SLD.

Die Ergebnisse der Analyse der P-Werte ermittelt für die Dokumente der SLD und der PiS können in einem Histogramm dargestellt werden. Der negative Wert der Schiefe betont die Tatsache, dass die Verteilung linkschief (rechtssteil) ist. Der Effekt ist aber relativ schwach (Schiefe= -0,128).

P-Wert	N	gültig	21
		fehlende Werte	0
	Mittelwert		8,5805
	Standardfehler des Mittelwerts		11,14085
	Medianwert		6,2
	Modalwert		-
	Standardabweichung		51,05378
	Varianz		2606,489
	Schiefe		-0,128
	Kurtosis		-1,219
	Spannweite		168,16
	Minimum		-85,56
	Maximum		82,6
	Summe		180,19
	Perzentile	25	-25,275
		50	6,2
		75	61,91

Tabelle 74. Die Werte des P-Indexes, welche im Zuge der quantitativen Analyse der Pateidokumente ermittelt wurden (Gesamtdarstellung): deskriptive Statistik.

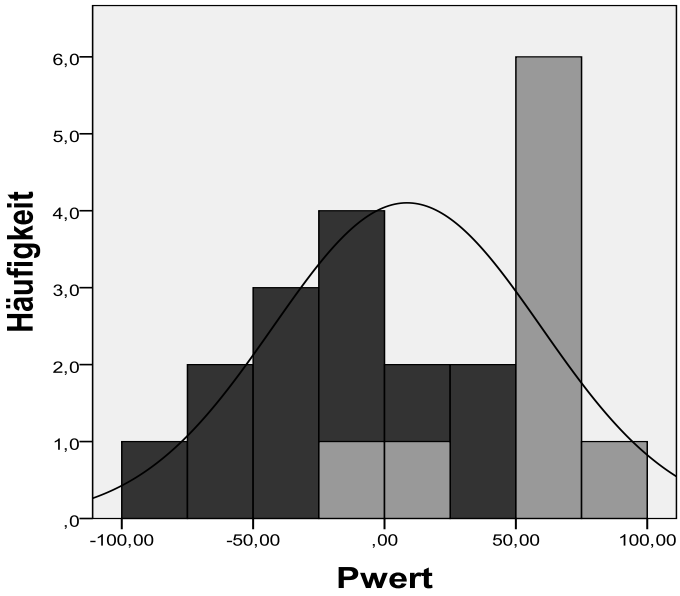


Abbildung 15. Histogramm mit den P-Werten der Programmdokumente der SLD (schwarz) und der PiS (grau).

Die quantitative Untersuchung lässt sich in der Erkenntnis zusammenfassen, dass beide Parteien sich programmatisch signifikant voneinander unterscheiden. Was einzelne Fragen anbelangt, werden beträchtliche Unterschiede insbesondere in Bezug auf die Einstellung zur EU und zur Wahrnehmung der nationalen Souveränität verzeichnet.

Als Ergebnis der qualitativen Analyse wurden die Listen der Präferenzen der beiden Parteien in vier für die Arbeit relevante Bereiche gegliedert[1206]. Anhand dieser Prioritätenlisten konnten die Profile der Sozialdemokraten und der Nationalkonservativen skizziert und miteinander verglichen werden.

Die Sozialdemokraten pflegen ein eindeutig positives Verhältnis zu den Prozessen der europäischen Integration. Nicht zu übersehen sind jedoch pragmatische Elemente. Nichtdestotrotz ist die SLD im Vergleich mit der PiS eine euroenthusiastische Gruppierung. Der Enthusiasmus der polnischen Linken findet seinen Ausdruck in der offiziellen Einstellung der Sozialdemokraten zu den Reformprozessen innerhalb der Union. Auf der deklarativen Ebene sprechen sie sich für die Stärkung der gemeinschaftlichen Institutionen und teilweise auch für die Vision eines föderalen Europas aus. Dies wird mit der Unterstützung für die endgültige Fassung des Verfassungsvertrags und für den Lissaboner Vertrag verbunden. Eine logische Konsequenz der föderalistischen Tendenzen ist die Forderung nach der

[1206] Vgl: Kapitel 3.5 und 5.5.

Demokratisierung der EU. Dadurch wäre die Gemeinschaft mit einer größeren Legitimation ausgestattet und letztlich gestärkt. Ähnlich ist auch die positive Einstellung zur Entwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu verstehen. In diesem Falle handelt sich aber um eine Stärkung der EU in ihrer Außenwirkung. Ein positives Verhältnis zur EU beeinflusste die Verhandlungsstrategie der Sozialdemokraten[1207]. Zur höchsten Priorität machten sie einen schnellen Beitritt, welcher dank der Flexibilisierung der Verhandlungsposition erfolgen sollte. Die Linken hoffen auf eine Verwirklichung durch die EU von traditionell mit dem linken Spektrum identifizierten Zielen, wie der Ausbau der wohlfahrtsstaatlichen Institutionen und die Liberalisierung moralischer Normen.

Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten ist die Einstellung der polnischen Nationalkonservativen zur EU nicht als enthusiastisch einzustufen. Ihre Position beschreiben sie selbst als eurorealistisch, es gibt allerdings mehrere Überschneidungen ihrer Politik mit dem Euroskeptizismus. Misstrauen gegenüber den gemeinschaftlichen Institutionen spiegelt sich im Konzept eines Europas der Nationen wider. Eindeutig kritisch äußert sich die PiS über die Perspektiven der Vertiefung und der Intensivierung der Integration. Die Nationalkonservativen wünschen sich entweder die Förderung der traditionellen moralischen Werte durch die Union oder den Ausschluss dieses Problems aus dem Integrationsprozess[1208]. Sie unterstützen die Transferzahlungen aus der EU an die Mitgliedstaaten, da Polen davon profitiert. Aufgrund der aus der Perspektive Polens günstigen Allokation der Stimmen im Rat der EU spricht sich die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ für den Nizza-Vertrag und gegen den Verfassungsvertrag aus. In den Verhandlungen über den EU-Beitritt wollten die Nationalkonservativen selbstbewusst auftreten. Anders als die Sozialdemokraten waren sie überzeugt, dass zu schnelle Verhandlungen qualitativ schlechte Ergebnisse liefern würden[1209].

Auf den zwei weiteren Gebieten der Europapolitik Polens sind die Unterschiede zwischen den beiden Parteien sehr gering (Sicherheitspolitik und transatlantische Beziehungen) beziehungsweise existierend, aber schwieriger zu erfassen (Ostpolitik). Die Präferenzen der Sozialdemokraten und der Nationalkonservativen in Bezug auf diese zwei Bereiche scheinen in der zeitlichen Perspektive nicht konstant zu sein. Darauf deutet unter anderem die Diskrepanz zwischen den Programmdokumenten und den Interviews hin. Im Falle der Bewertung der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten durch die Linken wird dies

[1207] *Europejska Strategia Rządu RP*, Komitet Integracji Europejskiej, Warszawa 15.11.2001, S. 6.
[1208] *Polska katolicka w chrześcijańskiej Europie*, PiS, Warszawa 2005 , S. 56.
[1209] Vgl. z.B.: K. Marcinkiewicz, *Interview mit Paweł Poncyljusz (PiS)*.

besonders deutlich[1210]. Am Anfang der untersuchten Periode waren sich sowohl die Vertreter der SLD als auch die Vertreter der PiS einig, dass die polnische Sicherheitspolitik auf einem engen Bündnis mit den USA basieren solle. Nach den verlorenen Parlamentswahlen im Jahre 2005 fing die Position der Sozialdemokraten an sich zu verändern, während die Nationalkonservativen weiter die Politik der uneingeschränkten Solidarität mit den Vereinigten Staaten verfolgten.

Den immer bedeutenden Unterschieden zwischen den beiden Parteien bezüglich ihrer Einstellung zum transatlantischen Verhältnis kann eine Konvergenz auf dem Gebiet der Ostpolitik entgegengesetzt werden. Nach der „Orangen Revolution" kam es zu einer Annäherung zwischen den Linken und den Rechten. Beide Gruppen unterstützten die demokratischen Kräfte in der Ukraine und in den anderen postsowjetischen Staaten. Eine der Folgen der „Orangen Revolution" war die Verschlechterung der polnisch-russischen Beziehungen. Das Scheitern der Bemühungen der Sozialdemokraten, welche auf einen Wiederaufbau von Vertrauen zwischen Warschau und Moskau hofften, stellte ihren Anspruch auf die Rolle der polnischen Ost-Experten infrage.

7.2 Vergleich der politischen Praxis der SLD und der PiS

Es ist schwieriger, die politische Praxis quantitativ zu erfassen als die politischen Präferenzen. Unter dem Begriff „Praxis" sind aus Sicht des Autors nicht nur die Inhalte der offiziellen Dokumente der polnischen Regierung zu verstehen, welche sich auf die Interaktionen mit den ausländischen Partnern beziehen (die teilweise nicht zugänglich sind, z.B. die Verhandlungsintruktionen)[1211]. Zur Praxis zählt ferner auch der Stil der Außenpolitik, die Art und Weise, auf welche die Forderungen der Öffentlichkeit mitgeteilt werden[1212]. Nicht zu vernachlässigen sind auch die Interpretationen, d.h. die Wahrnehmung der Politik – ein weiterer Faktor, der schwer quantitativ zu erfassen ist. Alle diese Argumente sprechen für

[1210] Diese Interviews weisen auf signifikante Unterschiede in der Bewertung der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten hin. Vgl.: K. Marcinkiewicz, *Interview mit Katarzyna Matuszewska (UP)*; K. Marcinkiewicz, *Interview mit Marek Borowski (SDPL)*.

[1211] Vgl.: R. Stemplowski, *Wprowadzenie do analizy polityki zagranicznej*, Polski Instytut Spraw Międzynarodowych, Warszawa 2007, S. 57-61.

[1212] Der Begriff „außenpolitischer Stil" wird häufig benutzt, aber selten definiert. Wie Hanns W. Maull in Bezug auf die rot-grüne Außenpolitik feststellte, ist der Ausdruck „neuer politischer Stil" in seiner Bedeutung schwer fassbar. Grundsätzlich kann jedoch angenommen werden, dass außenpolitischer Stil sich in der Öffentlichkeitsarbeit der Regierung widerspiegelt. Obwohl Stil und Inhalte häufig voneinander getrennt werden, bleibt der Stil nicht ohne Einfluss auf die Inhalte der Außenpolitik. Vgl.: H. W. Maull, *Deutschland als Zivilmacht* [in:] S. Schmidt, G. Hellmann, R. Wolf, *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007, S. 80.

eine strukturierte qualitative Analyse, welche in diesem Falle durchgeführt wird. Die Auswertung wird sich auf die wichtigsten Tendenzen konzentrieren, die für die Beantwortung der Forschungsfrage relevant sind.

7.2.1. Die Bewertung der Beitrittsverhandlungen

Unterschiede zwischen den Regierungen beider Parteien bezüglich ihrer Einstellung zu den Beitrittsverhandlungen sind einfacher festzustellen als die Differenzen auf anderen Gebieten. Die durchgeführten Interviews bezeugen, dass die Nationalkonservativen sich grundsätzlich mit den Positionen der liberal-konservativen Regierung Buzek identifizierten, an der viele von ihnen, darunter Jarosław Kaczyński, beteiligt waren[1213]. Sie unterstützten unter anderem die Forderung der Übergangsfristen von achtzehn Jahren für den Kauf von Immobilien in Polen durch Ausländer und von fünf Jahren für den Erwerb der Gewerbegrundstücke[1214]. Die Sozialdemokraten schlugen in ihrer „Europäischen Strategie" vom 15. November 2001 die Maßnahmen zum Schutz des polnischen Immobilienmarktes vor, die nur zehn bis zwölf Jahre gelten sollten[1215]. Die SLD plante auch weitere Erleichterungen für Bauern, die ihre Grundstücke nach dreijähriger Pacht kaufen dürften, und für den Kauf vom „zweiten Haus"[1216]. Der Koalitionspartner, die PSL, setzte zwar die Verlängerung des Schutzes von Ackerland in den nördlichen und westlichen Wojewodschaften von drei auf sieben Jahre durch, die polnische Position wurde aber von der Regierung Miller eindeutig liberalisiert[1217].

Bezüglich der Gespräche über den Immobilienmarkt sind die Unterschiede zwischen der politischen Praxis der SLD und der PiS deutlich zu erkennen. Auch in anderen Bereichen, wie zum Beispiel Arbeitskräftefreizügigkeit, konnten Differenzen festgestellt werden. Die Regierung der Sozialdemokraten näherte sich der Position der Nationalkonservativen mehr auf den Gebieten an, die von besonderem Interesse für ihren Koalitionspartner, die PSL, waren. Dies spiegelte sich unter anderem im Streit über die Subventionen während des Kopenhagener Gipfels wider[1218].

[1213] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Paweł Poncyljusz (PiS)*.
[1214] M. Wielgo, *U – jak ustępstwa wobec Unii* [in:] *Alfabet Millera*, „Gazeta Wyborcza", 02.02.2002, S. 7.
[1215] R. Sołtyk, *Ziemia do dogadania*, „Gazeta Wyborcza", 11.10.2001, S. 2.
[1216] *Europejska Strategia Rządu RP*, Komitet Integracji Europejskiej, Warszawa 15.11.2001, S. 6.
[1217] J. Kułakowski, L. Jesień, *Przebieg negocjacji akcesyjnych Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002", S. 112.
[1218] M. Sajdik, M. Schwarzinger, *European Union Enlargement. Background Developments, Facts. Central and Eastern Europe Policy Studies, Volume 2*, Transaction Publishers, New Brunswick/London 2008, S. 149.

Die interviewten Vertreter der PiS zeigen sich mit der Verhandlungsstrategie der SLD nicht einverstanden. Ihre Aussagen decken sich mir den Positionen, welche die nationalkonservativen Abgeordneten im Europaausschuss des polnischen Sejms vertraten. Michał Kamiński wünschte sich von den polnischen Unterhändlern einen härteren Kurs[1219]. Er wies auch auf die Schwächung der polnischen Verhandlungsposition durch die Signale einer Kompromissbereitschaft der Regierung Miller hin[1220]. Sowohl in den Sitzungen des Ausschusses als auch in Interviews sprach Paweł Poncyljusz über den Konflikt zwischen der Schnelligkeit und der Qualität der Verhandlungen[1221].

In den Bemerkungen von Mitgliedern der PiS, die in den Sitzungsprotokollen zu finden sind, ist eine große Sorge um die Bedingungen der polnischen EU-Mitgliedschaft bemerkbar[1222]. Gute Konditionen für den Beitritt in die Gemeinschaft ließen sich laut der Nationalkonservativen nicht mit dem Einhalten des Zeitplans der Verhandlungen vereinbaren[1223]. Diese Perspektive kontrastiert mit der Einstellung der Sozialdemokraten. Für die SLD spielte der Faktor Zeit eine wichtige Rolle. Sie befürchteten, dass die Verzögerung der Gespräche der polnischen Staaträson unreparable Schäden anrichten würde[1224].

Die PiS verwirklichte ihre Parteilinie konsequenter als die SLD. Auf dem Gipfel in Kopenhagen im Dezember 2002, in der Abschlussphase der Gespräche, war bei den Sozialdemokraten ein Kurswechsel in die Richtung des politischen Realismus erkennbar. Die Abweichungen bei der SLD, die zumindest teilweise unter dem Druck seitens ihres Koalitionspartners, der PSL, erzwungen wurden, und die Nichtaufnahme von Nachverhandlungen durch die PiS ändern das Gesamtbild nicht. Die Unterschiede zwischen beiden Parteien hinsichtlich der Beitrittsverhandlungen sind deutlich erkennbar. Aufgrund des spezifischen Charakters der Problematik von Gesprächen über den EU-Beitritt blieben die Kontraste aber weitgehend auf die rhetorische Ebene beschränkt.

[1219] *Komisja Europejska nr 57*, „Biuletyn", Nr. 731/IV, 27.06.2002, Sejm RP, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/Main4?OpenForm&EUR (Stand: 08.11.2009).
[1220] *Ebd.*
[1221] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Paweł Poncyljusz (PiS)*.
[1222] *Komisja Europejska nr 57*, „Biuletyn", Nr. 731/IV, 27.06.2002, Sejm RP, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/Main4?OpenForm&EUR (Stand: 08.11.2009).
[1223] *Komisja Europejska nr 99*, „Biuletyn", Nr.1257/IV, 29.11.2002, Sejm RP, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/Main4?OpenForm&EUR (Stand: 09.11.2009).
[1224] *List do europejskich partii socjalistycznych i socjaldemokratycznych*, 19.12.1999, SLD, www.sld.org.pl/download/index/biblioteka/45 (Stand: 31.05.2009).

7.2.2. Die Debatte über die Reform der Europäischen Union

Die Sozialdemokraten nahmen an der Diskussion über die Reform der Europäischen Union sowohl im Rahmen der Beratungen des Europäischen Konvents als auch auf der zwischenstaatlichen Ebene teil. Zur Schlüsselfigur in der polnischen Delegation im Konvent wurde der ehemalige Premierminister Józef Oleksy. Im Gremium vertrat er die Positionen, welche deutlich von der Programmatik der SLD abwichen. Er verteidigte die Kompetenzen der Nationalstaaten und sprach sich für die Liberalisierungsmaßnahmen aus, in erster Linie aber in Bezug auf die Bereiche, in denen dieser Schritt für die polnische Wirtschaft günstig gewesen wäre. Hier ist insbesondere auf seine Tätigkeit in der Arbeitsgrupe „Sozialpolitik" hinzuweisen[1225]. Ähnlich agierte auch das Kabinett Belka im Streit über die Dienstleistungsrichtlinie[1226].

Auch auf der Regierungsebene sind die Unterschiede zwischen den Sozialdemokraten und den Nationalkonservativen kaum ersichtlich. Für diese These spricht die Haltung der untersuchten Kabinette während der Debatte über die Europäische Verfassung (nach dem Abschluss der Arbeit vom Konvent) beziehungsweise über den Vertrag von Lissabon. Die Ablehnung des Verfassungsvertrags durch die Wähler in Frankreich und in den Niederlanden führte zur Entstehung einer quasi-experimentellen Konfiguration. Nicht nur die SLD, sondern auch die PiS fand Gelegenheit, über die Richtung der Reform der EU mitzuentscheiden.

Sowohl die Sozialdemokraten als auch die Nationalkonservativen blockierten die Verabschiedung der Rechtsakten, welche institutionelle Strukturen der Gemeinschaft neu ordnen sollten. Die Opposition seitens der SLD überrascht in diesem Kontext besonders, da sie sich gegen das Projekt, das mit ihrem Programm übereinstimmte, richtete. Dies verhielt sich im Falle der PiS anders, denn die polnischen Rechten sprachen sich noch vor den Wahlen eindeutig für ein Europa der Nationen aus[1227].

Trotz ihres Widerstands gegen das Projekt des Konvents bestritten die Sozialdemokraten die Notwendigkeit der Annahme des Verfassungsvertrags nicht. Aus der Sicht der PiS brauchte Europa kein Grundgesetz. Die Nationalkonservativen waren mit dem Status quo nach der Ablehnung des Dokuments in Volksentscheiden zufrieden. Als Beispiel des reibungslosen und für Polen günstigen Funktionierens der Union im bisherigen Zustand

[1225] T. Wieśniak, M. Czaplicki, *Udział przedstawicieli Sejmu i Senatu RP w Konwencie Europejskim*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2003" , S. 105.
[1226] K. Niklewicz, *Ciężka walka o usługi*, „Gazeta Wyborcza", 26.11.2004, S. 25.
[1227] *Program Prawa i Sprawiedliwości*, Warszawa, August 2001 [in:] I. Słodkowska (Hrsg.), *Wybory 2001. Partie i ich programy*, Warszawa 2002, ISP PAN, S. 94.

galt für die PiS der Gipfel in Brüssel im Dezember 2005. Marcinkiewicz und Meller konnten dort gute Bedingungen für Polen im EU-Haushalt 2007-2013 sichern (allerdings mit der Hilfe von Kanzlerin Merkel)[1228]. Die PiS schaltete sich in die Diskussion über den neuen rechtlichen Rahmen für die Gemeinschaft nur unter dem Druck von anderen Mitgliedsstaaten ein.

Die Differenzen (obwohl gering) zwischen beiden Parteien sind auf der rhetorischen Ebene erkennbar. Während Außenminister Cimoszewicz sich auf rationale, für die ganze Union, nicht nur für Polen, geltende Argumente stützte, verwendeten die Nationalkonservativen eine emotionale Sprache und eine auf Polen zentrierte Sichtweise. Die Einstellung der SLD ist im „Financial Times"-Artikel von Włodzimierz Cimoszewicz und Ana Palacio erkennbar, in dem sie auf vier Vorteile der Nizza-Lösung hinweisen[1229]. Die rechten Abgeordneten interpretierten die Modifizierung des Abstimmungssystems im EU-Ministerrat als Betrug der polnischen Wähler, die sich für konkrete Mitgliedschaftsbedingungen im Volksentscheid ausgesprochen hatten[1230]. Sie versuchten auch nicht zu verheimlichen, dass die von ihnen vorgeschlagene Quadratwurzel Deutschland schwächen sollte. In den offiziellen Gesprächen waren jedoch auch die Vertreter der Kaczyński Regierung bemüht, einen moderaten Ton anzuschlagen, und stellten die von ihnen bevorzugte Lösung als demokratischer vor. Nicht zu vergessen, dass die Quadratwurzel für sie ein Zeichen ihrer Kompromissbereitschaft war.

Die Unterschiede zwischen beiden Parteien scheinen zweitrangig zu sein. Die Regierungen der SLD und der PiS verhielten sich in gewissen Situationen sehr ähnlich. Sie stellten ihren Partnern aus den anderen Mitgliedstaaten unrealistische, überspitzte Forderungen und versuchten, eine internationale Koalition zu bauen, um ihre Konzepte durchzusetzen. In beiden Fällen blieben die Versuche ohne Erfolg. Die Koalitionen brachen auseinander, was Warschau zu Zugeständnissen zwang. Sowohl die PiS als auch die SLD reagierten pragmatisch und gaben ihre zuvor verkündeten Positionen auf. Nach zwei strategischen Volten unterstützten die Linken den Verfassungsvertrag, der ihrem Programm entsprach und für den sie erwartungsgemäß von Anfang an werben sollten. Die Rechten stimmten, trotz ihrer radikalen Kritik an der Verfassung und an dem Kabinett Belka für seine Unterstützung für das Dokument, einem Vertrag zu, der lediglich eine leicht modifizierte Version der Verfassung war.

[1228] K.-O. Lang, *Polen*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2006", S. 382.
[1229] A. Palacio, W. Cimoszewicz, *Pozostańmy przy Nicei*, „Gazeta Wyborcza", 27./28.09.2003, S. 13.
[1230] K. Marcinkiewicz, *Interview mit Karol Karski (PiS)*.

Im Großen und Ganzen zeigten sich jedoch die Rechten ihren Idealen stärker verpflichtet als die Linken. Die Angleichung der Politik der Regierungen der SLD und der PiS ist in erster Linie auf den Pragmatismus der Sozialdemokraten zurückzuführen. Die Nationalkonservativen bemühten sich um eine konsequente Durchsetzung ihrer Parteilinie bis zu dem Moment, in dem ein weiterer Widerstand katastrophale Folgen für die polnische Reputation und Finanzen gehabt hätte.

7.2.3. Die Sicherheitspolitik und europapolitische Implikationen der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten

Sowohl die SLD als auch die PiS setzten eine Politik der engen Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten um. Nach den Attentaten vom 11. September 2001 kam es zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Warschau und Washington, wobei in diesem Prozess anfänglich das Team von Präsident Kwaśniewski die Schlüsselrolle spielte[1231]. Die proamerikanische Haltung Polens war keinesfalls eine Ausnahme in den ersten Monaten nach den Terroranschlägen. Erst die Eskalation des Streites zwischen Frankreich und Deutschland auf der einen Seite und den Vereinigten Staaten auf der anderen änderte die Lage. Warschau versuchte in der frühen Phase der Krise, Neutralität zu bewahren und zum transatlantischen Friedensstifter zu werden. Erst im Januar 2003 stellte sich Premierminister Miller im „Brief von Acht“ eindeutig auf die Seite der Regierung Bush[1232].

Die Kabinette Marcinkiewicz und Kaczyński setzten die Politik der Sozialdemokraten fort. Teilweise kam es sogar zur weiteren Annäherung mit den USA. Hier ist unter anderem auf den Verzicht auf die Pläne des Kabinetts Belka über den Abzug der polnischen Truppen aus dem Irak hinzuweisen. Gemäß des von den Sozialdemokraten am 12. April 2005 verabschiedeten Zeitplans sollten die polnischen Soldaten das Zweistromland im Frühjahr 2006 verlassen[1233]. Sie blieben dort aber bis zur Ablösung von Jarosław Kaczyński durch Donald Tusk im Amt des Premierministers nach den Wahlen 2007.

Neben dem Irak war Polen am Einsatz in Afghanistan beteiligt. Die ersten Truppen wurden von der Regierung Miller entsandt. Seit Ende 2006 baute das Kabinett Kaczyński die

[1231] P. Erenfeicht, *Stosunki dwustronne Polski. Obszar transatlantycki. Stany Zjednoczone*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002”, S. 221, Fußnote 1.
[1232] *Offener Brief der acht EU-Länder zum Irak im Wortlaut*, Tagesschau, http://www.tagesschau.de/ausland/meldung353388.html (Stand: 19.09.2009).
[1233] P. Herczyński, *Zaangażowanie Polski na rzecz stabilizacji Iraku*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2006”, S. 212.

polnische Präsenz am Hindukusch aus. Die Stärkung des polnischen Kontingents wurde an keine besonderen Bedingungen geknüpft, was die amerikanische Seite begrüßte[1234].

Die Kontinuität ist auch in den Gesprächen über die Teilnahme Polens am amerikanischen Raketenabwehrsystem erkennbar. Die Nationalkonservativen erklärten dieses Thema zum wichtigsten Punkt ihrer Sicherheitspolitik. Es darf aber nicht vergessen werden, dass schon das Kabinett Belka eine Expertengruppe eingerichtet hatte, welche die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Amerikanern auf diesem Gebiet erforschen sollte[1235]. Die SLD revidierte ihre Position grundlegend erst nach dem Machtverlust im Herbst 2005. In der Opposition machte die neue Führung der Linken den Widerstand gegen die Raketenabwehr sogar zum wichtigsten Punkt ihres öffentlichen Auftritts[1236].

Ein weniger intensives Engagement bei der ESVP spricht für die zweitrangige Bedeutung der sicherheitspolitischen Aspekte der europäischen Integration für die beiden Parteien. Bei der PiS sind ferner unbedachte Projekte zu erwähnen wie die vage Konzeption der neuen europäischen Armee[1237]. Auch anhand dieses Beispiels sind die proatlantischen Präferenzen der „Recht und Gerechtigkeit" erkennbar, denn die neuen Streitkräfte sollten dem NATO-Kommando operativ untergeordnet werden[1238]. Die SLD war zwar mit der Hervorhebung von sicherheitspolitischen Fragen in der Europäischen Verfassung zufrieden, opponierte aber gegen die Idee einer europäischen Kommandostelle außerhalb der SHAPO[1239]. Für die Nationalkonservativen wie auch für die Sozialdemokraten war der Nordatlantikpakt ein primärer Garant der Sicherheit Polens. Die ESVP konnte lediglich eine ergänzende Rolle spielen.

Das Verhältnis der Regierungen beider Parteien zu den Vereinigten Staaten und zu den sich auf die Verteidigung beziehenden Projekte der EU war nahezu identisch. Marcinkiewicz und Kaczyński setzten eine „intuitiv atlantische" Politiklinie fort, welche der sozialdemokratische Premierminister und Präsident Kwaśniewski initiierten. Auf dem Gebiet

---

[1234] B. Górka-Winter, *Polityka Polski wobec Standów Zjednoczonych*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2008", S. 99.
[1235] *Amerykańska tarcza antyrakietowa a interes narodowy Polski – dyskusja*, Fundacja im. Stefana Batorego, 07.08.2006, http://www.batory.org.pl/doc/tarcza-antyrakietowa.pdf (Stand: 15.10.2009), S. 4.
[1236] *Stanowisko Krajowej Konwencji Programowej SLD w sprawie budowy tarczy antyrakietowej* [in:] *Biuletyn po Krajowej Konwencji Sojuszu Lewicy Demokratcznej 2-3 czerwca 2007*, SLD, http://www.sld.org.pl/program/p-r-m-a-434/biuletyn_programowy_po_konwencji_sld_2007.htm (Stand: 26.08.2009), S. 13.
[1237] K.-O. Lang, *Polen*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2007", S. 372; B.T. Wieliński, *Euroarmia Kaczyńskiego*, „Gazeta Wyborcza", 03.11.2006, S. 10.
[1238] B.T. Wieliński, *Euroarmia Kaczyńskiego*, „Gazeta Wyborcza", 03.11.2006, S. 10.
[1239] C. Frank, *Zivilmacht trifft „instinktiven" Atlantiker: Deutschlands Und Polens Interessen in der ESVP* [in:] Thomas Jäger, D.W. Dylla, *Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, S. 111.

der Sicherheitspolitik und in den transatlantischen Beziehungen sind keine bedeutenden Unterschiede zwischen der Politik der SLD und der PiS erkennbar.

7.2.4. Die Ostpolitik im Kontext der Europäischen Union

Das Jahr 2001 brachte eine Verbesserung der angespannten polnisch-russischen Beziehungen. Die SLD bemühte sich um eine Annäherung zwischen Warschau und Moskau. Im Vordergrund standen die Probleme der Wirtschaft. Von Bedeutung waren Kultur und diplomatische Symbolik beim Staatsbesuch von Leszek Miller in der Hauptstadt Russlands. Die Tatsache, dass der letzte polnische Regierungschef, der Moskau besuchte, fünf Jahre früher Millers Parteikollege Cimoszewicz war, konnte als Ausdruck der besonderen Kompetenzen der Sozialdemokraten auf dem Gebiet der Ostpolitik gelten[1240].

Die Partei „Recht und Gerechtigkeit" genoss von Anfang an weder das Vertrauen vom Kreml noch von der russischen Öffentlichkeit[1241]. Dies lag nicht nur an der schlechten Stimmung in den polnisch-russischen Beziehungen zum Zeitpunkt des Amtseintritts von Marcinkiewicz, sondern auch an der Reputation der Gruppierung der Brüder Kaczyński[1242]. Zu den ersten Entscheidungen der neuen Regierung zählte die Ernennung des ehemaligen Botschafters in Moskau, Stefan Meller, zum Außenminister. Dies konnte als ein Schritt in Richtung Versöhnung verstanden werden. Schon aber in den ersten Aussagen des im Dezember neu gewählten Präsidenten Lech Kaczyński waren neben versöhnlichen Tönen auch konfrontative Aspekte zu hören[1243].

Der kurzen Phase der Ruhe (aber nicht der Entspannung) nach den Parlamentswahlen 2005 folgte der Ausbruch des Fleischkriegs, welcher das Verhältnis zwischen den beiden Staaten in den danachfolgenden zwei Jahren schwer belastete. Die PiS bemühte sich, anders als die SLD, nicht um die Beruhigung Russlands. Stattdessen trug sie zur Europäisierung des Konflikts bei[1244]. Zugleich intensivierte Präsident Kaczyński sein Engagement in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Besonders enge Kontakte knüpfte er mit dem kritisch in

[1240] B. Góralczyk, *Polska polityka zagraniczna po wyborach parlamentarnych 2001 r.*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002", S. 39.
[1241] A. Eberhard, *Stosunki Polski z Rosją*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2006", S. 119.
[1242] *Ebd.*
[1243] *Ebd*, S. 123.
[1244] *Poland Veto Escalates Beef with Moscow*, "Spiegel-Online International", 24.11.2006, http://www.spiegel.de/international/0,1518,450496,00.html (Stand: 06.06.2009).

Russland wahrgenommenen Präsidenten Georgiens, Micheil Saakaschwili, und dem ukrainischen Staatschef Wiktor Juschtschenko.

Nach der „Orangen Revolution“ in der Ukraine rückten alle großen polnischen Parteien zusammen. Die Unterstützung für die demokratische Bewegung im Nachbarland kam sowohl aus den Reihen der Rechten als auch der Linken, wobei Präsident Kwaśniewski die Rolle eines ehrlichen Maklers spielen wollte. Seine guten Beziehungen zu verschiedenen politischen Kreisen in der Ukraine halfen ihm beim Krisenmanagement. Das polnische Engagement war aber in Moskau nicht gerne gesehen. Kwaśniewski versuchte danach mehrmals, unter anderem während der Feier zum sechzigsten Jahrestag der Befreiung aus dem KZ Auschwitz-Birkenau, das gegenseitige Vertrauen wiederaufzubauen[1245]. Seine Anstrengungen wurden nicht erwidert.

Aus dem Misserfolg der versöhnlichen Gesten der Sozialdemokraten zogen die Nationalkonservativen eine Lehre. Ihre Ostpolitik war durch die Fortsetzung der Aufwertung der Ukraine gekennzeichnet, die aber im Vergleich zur SLD nicht durch die Betonung der guten Beziehungen mit Russland ausbalanciert wurde. In der Erklärung des Außenministers Meller wurde die Ukraine am häufigsten von allen ausländischen Partnern Polens erwähnt. Die Regierungen der PiS argumentierten für Kiews „europäische Perspektive“. In einem zusammen mit Schweden vorbereiteten Dokument über die Entwicklung der Europäischen Nachbarschaftpolitik rief die polnische Regierung die EU zur Intensivierung der östlichen Dimension des Programms auf.

Zu den Aspekten der Ostpolitik, welche die Nationalkonservativen neugestalten wollten, gehörte die Frage des Zugangs zu den Energierohstoffen. In Bezug darauf setzte die PiS auf die Zusammenarbeit mit Georgien und mit weiteren Partnern aus der GUAM-Gruppe. Die Sozialdemokraten bevorzugten die Zusammenarbeit mit Russland und den Ausbau der unter der ersten Koalition SLD-PSL (1993 bis 1997) erbauten Erdgasleitung Jamal-Europa.

Den Vergleich zwischen der Ostpolitik der SLD und der PiS erschwert die Tatsache, dass die Beziehungen mit den östlichen Nachbarn Polens unter den Sozialdemokraten in zwei Phasen aufgeteilt werden können. Während die erste Periode, 2001 bis 2004, sich von der politischen Praxis der PiS-Kabinette eindeutig differenziert, sind nach der „Orangen Revolution“ in der Ukraine viele Gemeinsamkeiten zwischen den Positionen beider Parteien erkennbar. Die Verantwortung für die Angleichung ist den Sozialdemokraten zuzuschreiben. Angesichts der Krise in Kiew waren sie mit einer Wahl konfrontiert, die sie nur zugunsten der

[1245] A. Eberhardt, *Stosunki Polski z Rosją*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2006”, S. 115.

ukrainischen demokratischen Bewegung entscheiden konnten. Dies durchkreuzte ihre Pläne bezüglich der Beziehungen mit Russland und ebnete den Weg für die Nationalkonservativen, welche an die Eckpunkte der späten Politik der SLD anknüpfen konnten. Die PiS hielt an ihrer russlandkritischen Einstellung fest, die aber nicht die erwarteten Ergebnisse brachte. Warschau wurde nicht als gleichwertiger Partner von Moskau wahrgenommen. Zugleich konnte die Ukraine die Erwartungen Polens nicht erfüllen.

7.3 Die Präferenzen und die Praxis: eine Zusammenfassung

7.3.1 Vergleich der Parteipräferenzen und der politischen Praxis innerhalb der Parteien: eine Zusammenfassung

Eine detaillierte Präsentation der praktischen Politik beider Parteien im Hinblick auf die Präferenzen, die aus den Programmdokumenten und den Interviews abgeleitet wurden, erfolgt in den Kapiteln 4 (SLD) und 6 (PiS). Hier werden diese Erkenntnisse nun zusammengefasst und unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Vergleichs zwischen den Präferenzen beider Gruppierungen und zwischen ihrer praktischen Politik neu ausgewertet.

Die Bewertung der Beitrittsverhandlungen

Die Verhandlungen über den EU-Beitritt Polens wurden in den Parteiprogrammen der SLD und der PiS unterschiedlich bewertet. Diese Differenzen spiegelten sich nur teilweise in der politischen Praxis wider und waren deutlich geringer als anhand der Parteipräferenzen angenommen. Die SLD wich nach dem Gipfel in Kopenhagen im Dezember 2002 vom liberalen Kurs ab. Ähnliche Probleme traten auf der Seite der Nationalkonservativen auf. Trotz ihrer Unzufriedenheit strebten sie nach der Amtsübernahme im Jahre 2005 keine Nachverhandlungen an.

	Priorität	Konsequente Verwirklichung
1	Hohe Gewichtung des Faktors Zeit	JA
2	Flexibilisierung der Verhandlungspositionen	JA
3	Verbesserung der Reputation Polens im Ausland	NEIN

Tabelle 75. Verwirklichung der Präferenzen bezüglich der EU-Beitrittsverhandlungen durch die SLD.

Eine inkonsequente Verwirklichung der Programmatik durch beide Parteien trug zur Angleichung ihrer Europapolitik bei. Die klare Abweichung der Programme vom tatsächlichen Handeln der Kabinette übertrug sich auf die Konvergenz der Praxis. Andere Faktoren, wie der Druck seitens des Koalitionspartners im Falle der SLD und die Sorgen um den Verlust der Fördermittel der EU im Falle der PiS, können die Entscheidungen der untersuchten Regierungen besser erklären als die Varianz bei den Parteipräferenzen.

	Priorität	Konsequente Verwirklichung
1	Niedrige Gewichtung des Faktors Zeit	JA
2	Weniger flexible Verhandlungspositionen	JA
3	Erhalten des breitesten Spektrums der Kompetenzen des Nationalstaates	JA

Tabelle 76. Verwirklichung der Präferenzen bezüglich der EU-Beitrittsverhandlungen durch die PiS.

Die Debatte über die Reform der Europäischen Union

Die Diskussion über die institutionelle Reform der Europäischen Union dient von vier untersuchten Politikfeldern am besten der Überprüfung der Forschungsfrage. Die Ablehnung der Verfassung für Europa durch Wähler in Frankreich und in den Niederlanden trug zur Entstehung eines quasi-experimentellen Designs bei. Die PiS musste sich nicht an die von der SLD ausgehandelten Kompromisse halten, sondern bekam die Möglichkeit, über die Neuordnung der Gemeinschaft selbst zu verhandeln.

	Priorität	Konsequente Verwirklichung
1	Stärkung der EU (bzw. teilweise auch Verwandlung in eine Föderation)	NEIN
2	Unterstützung für den Verfassungsvertrag und für den Lissaboner Vertrag	NEIN
3	Demokratisierung der EU	NEIN
4	Gemeinsame soziale Standards (soziales Europa)	NEIN
5	Engere Integration auf dem Gebiet von Weltanschauungsfragen	NEIN
6	Ausbau der Gemeinsamen Außenpolitik (bzw. teilweise auch der Sicherheitspolitik)	JA

Tabelle 77. Verwirklichung der Präferenzen bezüglich der Reform der EU durch die SLD.

Die Präferenzen beider Parteien bezüglich der institutionellen Reform waren unterschiedlich. Nichtsdestotrotz verhielten sie sich in der praktischen Politik ähnlich. Weder die PiS noch die SLD schafften es, ihre Versprechen zu verwirklichen. In diesem Kontext ist die Ausübung der politischen Praxis beider Gruppierungen nahezu identisch. Die Politik der Nationalkonservativen wiederholte das Muster, das schon am Beispiel der Sozialdemokraten erkennbar war. Der einzige Unterschied besteht darin, dass die SLD nach einer anfänglichen Phase des überwiegend rhetorischen Europaenthusiasmus zu ihrer Opposition gegen den Verzicht auf das Nizza-System kam.

	Priorität	Konsequente Verwirklichung
1	Stärkung der Nationalstaaten (Europa der Nationen)	JA
2	Blockierung des Verfassungsvertrags, Verteidigung der Bestimmungen von Nizza	NEIN
3	„Neues polnisches Selbstbewusstsein“ in den Gesprächen mit der EU	JA
4	Verteidigung der traditionellen Moral (u.a. durch Ausschluss der Weltanschauungsfragen aus den Integrationsprozessen)	JA
5	„Solidarisches Europa“: Maximierung der Transferzahlungen	JA

Tabelle 78. Verwirklichung der Präferenzen bezüglich der Reform der EU durch die PiS.

Die PiS bemühte sich um die Durchsetzung ihrer Präferenzen bezüglich der Reform der EU. Die SLD gab ihre Ideale hingegen schon während der Arbeiten des Europäischen Konvents auf. Bezüglich der Diskussion über die EU-Verfassung ist die Verantwortung für die Angleichung der Politik wieder, wie im Falle der Diskussion über die Beitrittsverhandlungen, in erster Linie den Sozialdemokraten zuzuschreiben. Unter dem Druck der parlamentarischen Opposition, der sich im dramatischen Aufruf von Jan Maria Rokita „Nizza oder der Tod“ zusammenfassen lässt, übernahmen die Linken die Argumente der Nationalkonservativen. Die Taktik des unbeugsamen Verhandlungsstils blieb sowohl für die SLD wie auch für die PiS ohne Erfolg. Die Kompromisse, welche beide Parteien eingingen, waren durch die Kapazitäten Polens bedingt. Die durch die EU von der Regierung Belka erzwungene Unterstützung für den Verfassungsvertrag entsprach paradoxerweise der Programmatik des Bündnisses der Demokratischen Linken und den Forderungen von Teilen seiner Parteibasis[1246].

[1246] *List otwarty do europejskiej opinii publicznej*, „Krytyka Polityczna”, http://www.krytykapolityczna.pl/Teksty-poza-KP/List-Otwarty-do-Europejskiej-Opinii-Publicznej/menu-id-63.html (Stand: 17.08.2009).

Sicherheitspolitik und europapolitische Implikationen der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten

Auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik und bezüglich der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten deckten sich die Präferenzen beider Parteien beinahe im gesamten untersuchten Zeitraum. Unterschiede werden erst nach dem Machtverlust durch die SLD erkennbar. Die kritische Einstellung zu den USA, welche in den Interviews mit den Sozialdemokraten laut wird, kann aufgrund der zeitlichen Entfernung zwischen dem Zeitpunkt, zu dem die Gespräche geführt wurden, und der SLD-Ära nicht eindeutig interpretiert werden.

	Priorität	Konsequente Verwirklichung
1	Gleich gute Beziehungen mit den USA und mit der EU	NEIN
2	Teilnahme am Irakkrieg als Zeichen des Abschieds von der kommunistischen Vergangenheit	JA
3	Sicherheitspolitik Polens soll sich in erster Linie auf die Partnerschaft mit den USA und auf die NATO stützen	JA
4	Zustimmung für europäische Sicherheitspolitik solange sie mit der NATO übereinstimmt	JA
5	Förderung der Versöhnung in den transatlantischen Beziehungen	JA

Tabelle 79. Verwirklichung der Präferenzen bezüglich der Sicherheitspolitik und der transatlantischen Beziehungen durch die SLD.

Auf diesem Gebiet werden bedingt durch die mangelnde Varianz auf der Seite der Parteipräferenzen keine klaren Politikunterschiede erwartet. Die Differenzen sind minimal und beziehen sich auf die Rhetorik. Beide Parteien sind ihrer Programmen grundsätzlich treu geblieben. Die Sozialdemokraten versuchten, zwischen den USA und der EU zu vermitteln, entschieden sich dann aber für die Unterstützung des Kriegs im Irak. Ihre verbale Förderung der europäischen Sicherheitsstrukturen stimmte nicht mit ihrem Handeln überein. Auch sie haben nicht verheimlicht, dass ihre Priorität der NATO und der transatlantischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit galt.

	Priorität	Konsequente Verwirklichung
1	Sicherheitspolitik Polens soll sich in erster Linie auf die Partnerschaft mit den USA und auf die NATO stützen	JA
2	Uneingeschränkte Unterstützung für die amerikanische Intervention im Irak	JA
3	Sicherheitspolitische Zusammenarbeit innerhalb der EU wird lediglich als eine Ergänzung der strategischen Partnerschaft mit den USA wahrgenommen	JA

Tabelle 80. Verwirklichung der Präferenzen bezüglich der Sicherheitspolitik und der transatlantischen Beziehungen durch die PiS.

Ostpolitik im Kontext der Europäischen Union

Die Ostpolitik der SLD war für die Partei eine bittere Niederlage. Nach der anfänglichen Annäherung mit Russland, welche den Präferenzen der Sozialdemokraten entsprach, kam es zu den Spannungen um den Irak-Krieg. Als Konsequenz der „Orangen Revolution“ erfolgte sodann eine tiefe Vertrauenskrise in den polnisch-russischen Beziehungen, welche die Pläne der Linken durchkreuzte und sie zur Revision ihrer Politik zwang.

Im Konflikt zwischen der Förderung der Ukraine auf der einen Seite und der Verbesserung der polnisch-russischen Zusammenarbeit auf der anderen entschied sich die SLD für die erste Option. In der angespannten Stimmung nach dem Sieg von Juschtschenko in Kiew kam es zur Eskalation der Vorurteile und zu erneuten Streitigkeiten über die diffizile polnisch-russische Geschichte. Die Einbeziehung der EU in die Kontakte zwischen Warschau und Russland erwies sich als unzureichend, um die Verschlechterung der Beziehungen zu verhindern. Auch im Verhältnis zu Weißrussland ergaben sich keine positiven Entwicklungen. Ganz im Gegenteil, am Ende der Amtszeit von Belka eskalierte der Streit mit Minsk um die Unterdrückung der polnischen Minderheit.

	Priorität	Konsequente Verwirklichung
1	Partnerschaft mit der Ukraine und Unterstützung für ihre Aufnahme in die EU und NATO (obwohl ein langer Prozess)	JA
2	Verbesserung der Beziehungen mit Russland: Wirtschaftspolitik im Vordergrund, das Ende der Debatte über die Geschichte, Überwindung der Vorurteile	NEIN
3	„Europäisierung“ der polnisch-russischen Beziehungen	NEIN
4	Liberalisierung der Sanktionen gegen Weißrussland	NEIN
5	Partnerschaft mit Russland, nicht mit den Staaten des Kaukasus, als Schlüssel zur Energiesicherheit	NEIN

Tabelle 81. Verwirklichung der Präferenzen bezüglich der Ostpolitik durch die SLD.

Bezüglich der Ostpolitik blieb die PiS ihrer kritischen Einstellung zu Russland treu. Sie setzte sich zugleich aktiv für die Staaten des Kaukasus und für die Ukraine ein. Das Ziel, die Verbesserung der polnischen Position in den Beziehungen mit Russland, wurde, ähnlich wie die Sicherung des Zugangs zu den fossilen Brennstoffen, nicht verwirklicht. Auf beiden Gebieten jedoch bemühten sich das Kabinett Marcinkiewicz und das Kabinett Kaczyński um die Verwirklichung eines Kurses, der aus der Sicht der PiS diesen Prioritäten dienen würde.

	Priorität	Konsequente Verwirklichung
1	Partnerschaft mit der Ukraine und Unterstützung für ihre Aufnahme in die EU und NATO	JA
2	Verbesserung der Position Polens in den Beziehungen mit Russland	JA
3	Sicherung der Solidarität der EU im Falle eines Konflikts mit Russland oder in Bezug auf die Energiesicherheit	JA
4	Unterstützung der Demokratisierungs- und Unabhängigkeitsbewegungen auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion (Diversifizierung der Aufmerksamkeit Russlands), Bevorzugung der polnischen Minderheit	JA
5	Partnerschaft mit den Staaten des Kaukasus und Zentralasiens als Schlüssel zur Energiesicherheit	JA

Tabelle 82. Verwirklichung der Präferenzen bezüglich der Ostpolitik durch die PiS.

7.3.2. Unterschiede zwischen den Parteien und ihre zeitliche Entwicklung

Nur in einem von vier analysierten Politikbereichen kann im untersuchten Zeitraum ein Anstieg der Differenzen zwischen den beiden Parteien bezüglich ihrer Präferenzen festgestellt werden. Diese Tendenz wurde im Kontext der Beziehungen mit den USA beobachtet. Auf anderen Teilgebieten polnischer Außen- und Europapolitik änderten sich die deklarierten Ziele der Parteien im Vergleich zum Ausgangspunkt nicht beziehungsweise kam es zur Verringerung der zwischenparteilichen Unterschiede (Ostpolitik).

	Politikfeld	Unterschiede zwischen den Parteien bezüglich der Präferenzen	Unterschiede zwischen den Parteien bezüglich der praktischen Politik	Zeitliche Entwicklung der Präferenz-unterschiede zwischen den Parteien
1	Beitrittsverhandlungen	JA	JA	Stetig
2	Reform der EU	JA	NEIN	Stetig
3	Sicherheitspolitik und USA	NEIN	NEIN	Divergenz
4	Ostpolitik	JA	NEIN	Konvergenz

Tabelle 83. Unterschiede zwischen den Parteien und zeitliche Entwicklung der Präferenzunterschiede.

Trotz der zeitlichen Entwicklungen waren die Differenzen zwischen der Programmatik beider Parteien, bis auf die transatlantischen Beziehungen, wo sie erst später auftraten, erheblich. Diese werden in der Studie zusätzlich durch die Interviews bestätigt. Die Unterschiede übertrugen sich nur schwach auf die politische Praxis. Die SLD und die PiS verfolgten eine ähnliche Politik, was am deutlichsten am Beispiel der Debatte über die EU-Verfassung und über den Lissaboner Vertrag hervortritt.

Bei der Untersuchung der Abweichungen von den deklarierten Präferenzen innerhalb der Parteien fällt insbesondere das Abdriften der SLD weg von den Forderungen der linken bzw. der linksliberalen Wählerschaft hin zu den rechtsnationalen Positionen auf, welche vor allem während des Streits über den Verfassungsvertrag sowohl die parlamentarische als auch die mediale Debatte in Polen stark prägten.

Die Nationalkonservativen mussten auf weniger verzichten als die Sozialdemokraten. Sie konnten sich das leisten, da sich ihre Programmatik auf eine emotionale, patriotische Symbolik bezog, die relativ einfach in die politische Rhetorik eingebaut werden konnte. In einigen Fällen mussten sie selbst keine verbindliche Entscheidungen treffen, wie zum Beispiel in Bezug auf die Beitrittsverhandlungen, über die lange Zeit intensiv gestritten wurde, die aber 2005 schon längst abgeschlossen waren. In der Ostpolitik stellte sich die „Recht und Gerechtigkeit“ wiederum keine stark ambitionierten Ziele, welche viel Arbeit und guten Willen auch seitens der ausländischen Partner verlangt hätten, wie zum Beispiel die polnisch-russische Versöhnung.

Die Tatsache, dass es bei der SLD zu deutlicheren Abweichungen kam als bei der PiS, kann auch auf die starke Auswirkung der innenpolitischen Faktoren im Vergleich mit den außenpolitischen Faktoren zurückgeführt werden. Die Ergebnisse der internationalen politischen Prozesse, wie zum Beispiel der Verhandlungen, der Debatte über die Institutionelle Reform oder der Zusammenarbeit mit Russland, waren von den Machtverhältnissen zwischen Polen und seinen Partnern bestimmt. Für die Parteien war aber der Weg, der zu den Entscheidungen führte, sehr wichtig. Insbesondere bei der Reform der EU hielten beide Gruppierungen an einem kompromisslosen Verhandlungsstil fest und setzten sich für die Rechte der Nationalstaaten und andere aus der Sicht Polens günstige Lösungen ein. Dies entsprach eher den Präferenzen der PiS und dem Bild dieser Partei.

Aus der Übernahme der Strategie der Nationalkonservativen durch die SLD kann geschlossen werden, dass sie den Forderungen eines durchschnittlichen Wählers, um dessen Stimmen beide Parteien kämpften, besser entsprach. Ist also alles Innenpolitik? Ja, sie ist wichtig, sollte aber nicht unbedingt mit den Parteipräferenzen gleichgestellt werden. Über die Programmatik wird schnell vergessen, wenn ihre Verwirklichung auf dem Wege zur Stimmenmaximierung ist. Aber auch eine Innenpolitik im Sinne der Präferenzen von Bürgern, die sich in der öffentlichen Debatte ausdrücken und selbst von dieser öffentlichen Debatte (darunter die Medien) mitgestaltet werden, ist nicht ausreichend, um die Ergebnisse der politischen Prozesse zu verstehen. Dies kann nicht ohne realistische Faktoren erfolgen.

Daraus ist abzuleiten, dass das Phänomen der polnischen Außen- und Europapolitik hoch komplex ist und auf mehreren Ebenen analysiert werden sollte. Als Ausgangspunkt einer solchen Analyse kann der Ansatz von Andrew Moravcsik dienen, aber erst nach der gründlichen Überarbeitung und Ergänzung. Die theoretischen Schlussfolgerungen aus der Untersuchung werden sodann in ein revidiertes Modell zur Entstehung polnischer Außenpolitik integriert.

8. Die polnische Europapolitik und die Theorie der Internationalen Beziehungen

Das Ziel dieser Dissertation bestand in der Beantwortung einer seit langer Zeit in der Politikwissenschaft gestellten Frage, ob es auf die Politik ankommt (Does politics matter?). Das Problem, mit dem sich unter anderem Castles und McKinlay, Schmidt oder Montgomery und Siffin[1247] in den siebziger und achtziger Jahren in Bezug auf Innenpolitik auseinandergesetzt haben und das immer wieder in wirtschaftspolitischen Arbeiten erörtert wird[1248], wurde im Kontext der Internationalen Beziehungen von Brian Rathbun und Andrew Moravcsik aufgegriffen[1249].

Rathbun konzentrierte sich auf eine Frage, die ein halbes Jahrhundert zuvor Hans Morgenthau als nicht relevant für die Theorie der internationalen Politik abgelehnt hatte[1250]. In den neunziger Jahren unternahm Andrew Moravcsik einen ähnlichen Versuch wie Rathbun. Sein Aufsatz wurde zum Ausgangspunkt dieser Arbeit. Der Text von Moravcsik erhebt einen Anspruch auf eine Theorie der Internationalen Beziehungen hoher Reichweite. Seine Thesen sind jedoch, aufgrund ihrer Allgemeinheit und nicht klar definierter Variablen, empirisch nicht überprüfbar. Im Rahmen dieser Abhandlung wurde aus diesem Grund eine neue theoretische Struktur errichtet, welche auf den Aussagen von Moravcsik, Carlsnaes[1251] und der anderen Autoren der allgemeinen Theorien der Internationalen Beziehungen basiert und diese unter Berücksichtigung des Werkes von Rathbun konkretisiert. Dies war die Grundlage einer Alternativhypothese, die empirisch untersucht wurde.

Die Bestätigung oder Widerlegung der Hypothese über den Einfluss der Parteien auf die Gestaltung der Außenpolitik am Beispiel Polens kann nur dann erfolgen, wenn über einen „entscheidenden" Einfluss gesprochen wird. Wegen des qualitativen Charakters der Analyse der praktischen Politik kann das Signifikanzniveau, auf dem die Ablehnung erfolgt, nicht genau bestimmt werden. Nichtsdestotrotz wurden ausreichende Argumente für die Nichtannahme der Alternativhypothese gesammelt. Gleichzeitig sprechen die Ergebnisse der

[1247] Vgl.: Kapitel 1.1.
[1248] Vgl.: P. Pettersson-Lidbom, *Do Parties Matter for Economic Outcomes: A Regression-Discontinuity Approach*, "Journal of the European Economic Association", 6 (2008) 5, S. 1037-1056.
[1249] B.C. Rathbun, *Partisan Interventions. European Party Politics and Peace Enforcement in the Balkans*, Cornell University Press, Ithaca/London 2004, S. 228.
[1250] H.J. Morgenthau, *Politics Among Nations. The Struggle for Power and Peace*, McGraw-Hill, New York 2006, S. 5.
[1251] W. Carlsnaes, *Ideology and Foreign Policy. Problems of Comparative Conceptualization*, Basil Blackwell, Oxford 1986, S. 234.

empirischen Forschung für die Annahme der breit formulierten Nullhypothese, welche die Vermutung über eine signifikante Rolle der Parteipräferenzen in der Entwicklung der polnischen Europapolitik ablehnt.

Das obige Ergebnis kann für die Ablehnung des im Rahmen dieser Arbeit als „Parteitheorie der Außenpolitik" bezeichneten Ansatzes herangezogen werden. Dies bedeutet aber nicht, dass die liberale Theorie von Moravcsik in ihrer Ganzheit abgelehnt werden soll. Vieles spricht für die Behauptung Moravcsiks, dass die Konfiguration der staatlichen Präferenzen eine entscheidende Rolle in den Internationalen Beziehungen spiele. Plausibel erscheint auch die Annahme, dass es sich im Falle von Präferenzen über fundamentale soziale Ziele handelt, welche die strategischen Kalkulationen der Regierungen bestimmen[1252]. Wenn die Entstehung der Außenpolitik in zwei Phasen, (1) die Bestimmung der Präferenzen und (2) die strategischen Interaktion, aufgeteilt wird[1253], behält auch die Behauptung von Moravcsik, dass die liberale Theorie dem Realismus analytisch vorausgehe, Gültigkeit.

Das Problem der liberalen Theorie der Außenpolitik ist die Unklarheit der These über die Vertretung einer Gruppe der Gesellschaft in den Internationalen Beziehungen, deren Interessen die Präferenzen des Staates bestimmen. Diese Behauptung soll dem Ansatz von Moravcsik eine allgemeine Geltung verschaffen. Sie ist allerdings so unklar, dass sie eine Falsifizierung der liberalen Theorie unmöglich macht. Moravcsiks Konzept wird dadurch nicht mehr überprüfbar. Die Thesen der liberalen Theorie scheinen weniger klar und weniger überzeugend zu sein als die für den Realismus zentrale Idee des nationalen Interesses. Im Falle des nationalen Interesses kann zumindest debattiert werden, ob dieser Begriff utilitaristisch verstanden werden soll; das heißt, es muss ein Ziel sein, dessen Erfüllung aus der Sicht der Gesellschaft wohlstandsmaximierend ist. Die Theorie der staatlichen Repräsentation der Interessen einer Teilmenge der Bevölkerung kann nicht durch die Annahme der Wohlstandsmaximierung eingeschränkt werden. Sie ist empirisch in dem Sinne, dass sie sich auf alle denkbaren Situationen bezieht, dadurch aber tautologisch und rein deskriptiv bleibt.

Im Vergleich mit der Theorie von Moravcsik ist der Ansatz von Brian Rathbun deutlich konkreter und dadurch empirisch einfacher zu überprüfen. Entscheidend aus seiner Perspektive ist nicht, was das nationale Interesse ist, sondern wer es definiert. Er benutzt den Begriff des nationalen Interesses ähnlich wie Moravcsik sein Konzept der staatlichen

[1252] A. Moravcsik, *Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics*, "International Organization", 51 (1997) 4, S. 513.
[1253] *Ebd.*, S. 544.

Präferenzen, ohne einen Anspruch auf optimalen Charakter aus der Sicht der Gesellschaft zu erheben. Rathbun definiert aber – anders als der Autor von *Taking Preferences Seriously* – die Akteure, deren Einfluss auf den Entstehungsprozess der Außenpolitik er überprüfen will. Es wird in seinem Buch auf Parteien hingewiesen, welche zusätzlich noch (im Gegensatz zur Downs'schen Tradition)[1254] als „Policy-Seekers" bezeichnet werden[1255]. Bei diesen Annahmen könnten die Präferenzen der Partei empirisch untersucht und dazu nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ (was Rathbun nicht macht) ausgewertet werden. Die Formulierung der Forschungshypothese und die getroffenen Annahmen ermöglichen das Vermeiden von Missverständnissen und zählen zu den starken Seiten von *Partisan Interventions*. Eine Schwäche ist der Ausschluss quantitativer Methoden, welche bei der Bestimmung der Parteipräferenzen sehr hilfreich sein können.

Die vorliegende Studie konzentriert sich auf die Rolle der Parteipräferenzen. Die Ablehnung der These über ihre entscheidende Rolle bestätigt die Nullhypothese, welche auf der Vermutung basiert, dass andere Faktoren berücksichtigt werden müssen. Ihre Erfassung erfolgt im Rahmen eines revidierten Modells zur Entstehung der Außenpolitik[1256]. Es geht über die Grenzen des Realismus hinaus und ist liberal in dem Sinne, dass es die Bedeutung der innenpolitischen Prozesse betont. Auf dieser Ebene muss im Falle eines demokratischen Staates den Präferenzen der Gesellschaft (in erster Linie der politisch aktiven Mitglieder der Gesellschaft) besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Durch diese Annahme nähert sich das hier präsentierte Modell der Medianwählertheorie von Anthony Downs und Duncan Black an.

Aus der Studie ergibt sich ein Bild, das komplexer und zugleich klarer ist als die Theorie von Moravcsik. Das vorgeschlagene Modell greift auch weiter als der Ansatz von Rathbun, da es die Wirkung der weiteren Faktoren (außer den Parteipräferenzen) berücksichtigt. Es stellt die Beziehungen zwischen den Akteuren dar, welche bei entsprechender Operationalisierung der Variablen sowohl qualitativ als auch quantitativ erforscht werden können. Dadurch könnte die relative Signifikanz jedes Verhältnisses gemessen werden.

[1254] A. Downs, *Ökonomische Theorie der Demokratie*, J.C.B Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1968, S. 27-28.
[1255] B.C. Rathbun, *Partisan Interventions. European Party Politics and Peace Enforcement in the Balkans*, Cornell University Press, Ithaca/London 2004, S. 7-14.
[1256] Ein Ausgangspunkt für dieses Modell war das zweistufige Modell des staatlichen Verhaltens von Andrew Moravcsik. Vgl.: A. Moravcsik, *Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics*, "International Organization", 51 (1997) 4, S. 545. Einen anderen Ansatz zum Problem der Entstehung der Außenpolitik Polens bietet das auf die Erkenntnisse der systemtheoretischen Arbeiten von David Easton basierende Modell, das im Kapitel 2.2.1 entworfen wurde.

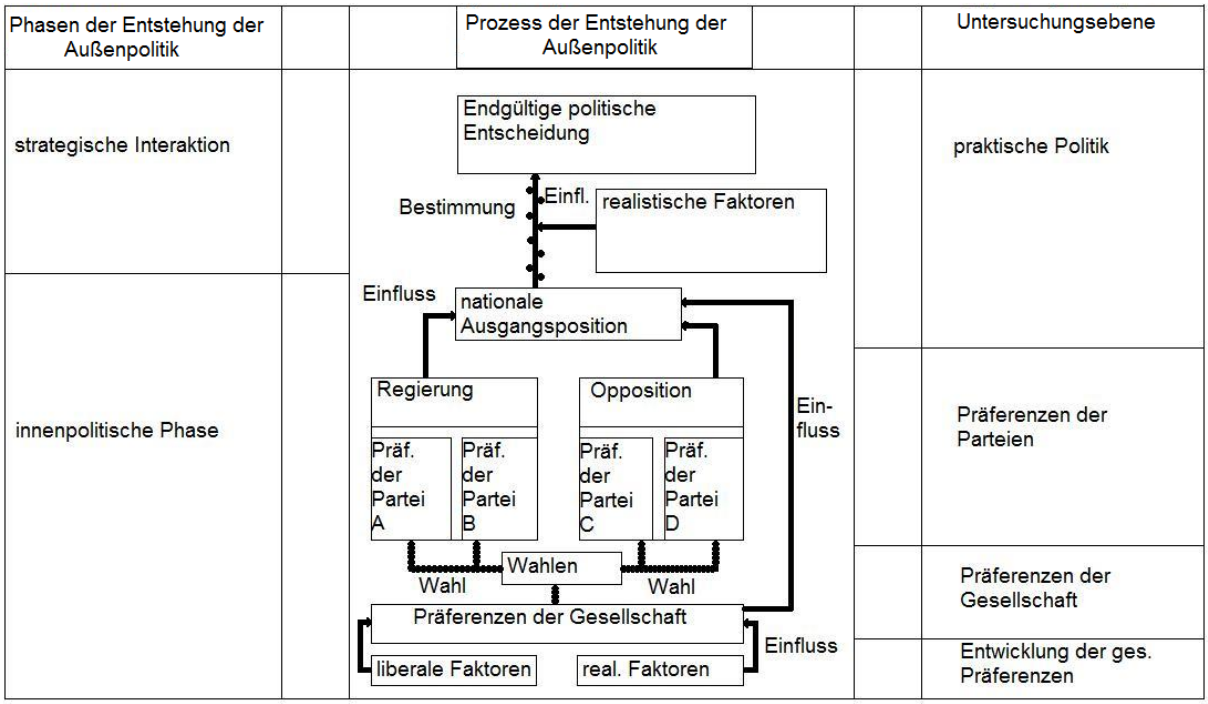


Abbildung 16. Revidiertes Modell zur Entstehung der Außenpolitik.

Im Rahmen dieser Arbeit wurde lediglich die Rolle der Parteipräferenzen in der Gestaltung der polnischen Europapolitik untersucht. Andere Aspekte wurden zwar nicht gänzlich ausgeblendet, aber ihre Wirkung war kein Gegenstand der vertieften Analyse. Die Untersuchung beschränkte sich auf die Ebene der Parteipräferenzen und der praktischen Politik. Es wurde angenommen, dass die Parteipräferenzen insoweit exogen sind, als dass sie ihren Ursprung in den Überzeugungen der Parteimitglieder haben. Dies entspricht dem Konzept einer Partei als „Policy-Seeker", welche ihren Ausdruck im Werk von Rathbun findet: „Political parties are […] groups of like-minded individuals whose goal is to implement agendas that reflect their values"[1257]. Die Bürger haben die Wahl zwischen einer begrenzten Anzahl miteinander konkurrierender Gruppierungen und wählen sodann die, welche am besten ihrer eigenen Weltanschauung entspricht. Auf diese Weise erfolgt indirekt eine Transmission der gesellschaftlichen Präferenzen auf die politische Ebene[1258] und ihre „Endogenisierung".

[1257] B.C. Rathbun, *Partisan Interventions. European Party Politics and Peace Enforcement in the Balkans*, Cornell University Press, Ithaca/London 2004, S. 2.
[1258] A. Moravcsik, *Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics*, "International Organization", 51 (1997) 4, S. 518.

Die Rolle der Bürger endet aber nicht am Wahlabend. Die Präferenzen der Gesellschaft prägen weiterhin das politische System, diesmal in Form der öffentlichen Meinung. Nicht auszuschließen aus dem Modell ist auch die Stimme der Opposition, insbesondere wenn die Regierungskoalition geschwächt ist (z. B. nach dem Zusammenbruch der SLD-UP-PSL-Koalition im März 2003). Was den Ursprung der Präferenzen der Gesellschaft anbelangt, kann er nicht nur lediglich in den liberalen Faktoren, wie Kultur, politisches System oder wirtschaftliche Lage, liegen. Wie die Beispiele von mehreren Staaten Ostmitteleuropas zeigen, hatten auch realistische Faktoren, wie der Verlauf und die Sicherheit der Grenzen beziehungsweise der politische Druck von Seiten der Nachbarn, unübersehbare Bedeutung.

Die Präferenzen der Gesellschaft, der regierenden und der oppositionellen Parteien gestalten die Ausgangspositionen der internationalen Verhandlungen, welche im Diagramm als „nationale Ausgangspositionen" bezeichnet werden. Sie sind zwar als Teil der praktischen Politik anzuerkennen, gehen aber der Phase der strategischen Interaktion voraus. Andere internationale Akteure beeinflussen zwar nicht die Ausgangspositionen, üben jedoch Druck auf die nationale Regierung aus und hoffen auf eine Anpassung der Ausgangspositionen an ihre eigenen Präferenzen. Dies ist als dynamisches Spiel zu sehen, dessen Struktur durch negative und positive Anreize konstruiert wird, welche den Entscheidungsraum der Spieler bestimmen[1259]. Die Payoffs können materielle Attribute (Geld, im extremen Fall Kontrolle eines Territoriums) oder psychologischen Charakter (Prestige) haben. In beiden Fällen wird die Entscheidung der Regierung überlassen. Sie bestimmt, ob und inwieweit sie die Forderungen der anderen Spieler berücksichtigt, was als ein Maß der Rationalität im Sinne von Jon Elsters Definition gesehen werden kann[1260]. Auf jeden Fall unabhängig von der Rationalität der Wahl wird angenommen, dass in einem souveränen Staat die Regierung selbst endgültige politische Entscheidungen trifft. Um eine souveräne Wahl der Regierung vom indirekten Einfluss zu unterscheiden, wird eine andere Art der Linie in die Graphik eingefügt[1261].

[1259] Moravcisk bezeichnet die Entwicklung der Außenpolitik als ein „two-stage process of constrained social choice". Vgl.: A. Moravcsik, *Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics*, "International Organization", 51 (1997) 4, S. 544.

[1260] Zum Problem der begrenzten Rationalität und Beispiele aus der verhaltensorientierten Spieltheorie vgl.: C.F. Camerer, *Behavioral Game Theory. Experiments in Strategic Interaction*, Russell Sage Foundation/Princeton University Press, New York/Princeton 2003, S. 24. Laut Jon Elster muss eine rationale Handlung die Folge von drei Entscheidungen sein: (1) Eine gegebene Handlung muss das beste Mittel zur Verwirklichung der bestimmten Bedürfnisse sein, gegeben Vorstellungen einer Person. (2) Die Vorstellungen müssen selbst optimal sein, gegeben verfügbare Beweise. (3) Die Person muss den optimalen Ausmaß der Informationen sammeln. Vgl.: J. Elster, *Nuts and Bolts for the Social Sciences*, Cambridge University Press, Cambridge 1990, S. 30.

[1261] Vgl.: Das revidierte Modell zur Entstehung der Außenpolitik (Abbildung 16).

Das Modell, das sich letztlich aus der vorliegenden Untersuchung ergibt, ist erstens liberal, da es auf den Primat der innenpolitischen Faktoren hinweist. Innere Legitimation ist eine Bedingung sine qua non der Existenz einer Regierung, abgesehen davon, ob diese Legitimation auf demokratische oder andere Weise gesichert wurde. Zweitens ist es zugleich auch realistisch, da die Präferenzen der Gesellschaft, welche der nationalen Ausgangspositionen zugrunde liegen und den Prozess der Entstehung der Außenpolitik auf mehreren Ebenen beeinflussen, in seinem Rahmen mittelfristig konstant sind. Dies entspricht der Annahme konstanter nationaler Interessen. Entgegen den Behauptungen der Realisten aber, werden die Präferenzen der Gesellschaft als der wichtigste Kompass der Außenpolitik eines Staates gesehen. Nicht zu übersehen ist die Rolle der Wahrnehmung der realistischen Faktoren durch die Bürger. Sie müssen zuerst bemerkt, bearbeitet und im System der kollektiven Vorstellungen eingeordnet werden, erst dann wirken sie sich auf die Politik aus[1262].

Das Modell lehnt sich drittens an die Downs'sche ökonomische Theorie der Demokratie an, indem es dem Medianwähler die Rolle eines Schlüsselakteurs im Prozess der Außenpolitikentstehung zuweist. Gleichzeitig aber fordert es kein konsequentes Einhalten der Annahme einer Partei als „Office-Seeker". Vieles, u.a. die Vorteile der emotionalen Bindung der Mitglieder an die Partei, spricht eher für das Konzept der „Policy-Seeker", obwohl diesbezüglich auf die unterschiedliche Bereitschaft unterschiedlicher Gruppierungen zum Pragmatismus hingewiesen werden muss. In Bezug auf diese Frage wird eine Position vertreten, welche der Perspektive von Brian Rathbun nahekommt[1263]. Wichtig ist aber die Unterscheidung zwischen der Partei und der Regierung. Während die erste sich eher auf die Befriedigung der Forderungen ihrer Zielgruppe orientiert, muss sich die zweite aufgrund des Drucks innerhalb der Koalition, von der Seite der Opposition und der Gesellschaft mehr der Position des Medianwählers annähern.

[1262] Dies entspricht der folgenden Annahme von Moravcsik: „Preferences do not simply shape outcomes, they tell us which realist or institutionalist factors are important and how they relate to state behavior". Vgl.: A. Moravcsik, *Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics*, "International Organization", 51 (1997) 4, S. 544.

[1263] B.C. Rathbun, *Partisan Interventions. European Party Politics and Peace Enforcement in the Balkans*, Cornell University Press, Ithaca/London 2004, S. 2, S. 7-14.

Anhang

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1. Das Modell der internationalen Politik von Joseph S. Nye und Robert O. Keohane.

Abbildung 2. Das zweistufige Modell des staatlichen Handelns von Andrew Moravcsik.

Abbildung 3. Drei Dimensionen der Entwicklung der Außenpolitik nach Walter Carlsnaes.

Abbildung 4. Entstehung der Außenpolitik Polens dargestellt im analytischen Rahmen eines von David Easton vorgeschlagenen Schemas des politischen Systems.

Abbildung 5. Analyseraster.

Abbildung 6. Berechnung der Position eines Parteidokuments auf der eindimensionalen Links-Rechts-Skala.

Abbildung 7. Berechnung der Position einer Partei (eines Dokuments) auf der eindimensionalen Links-Rechts-Skala mit Berücksichtigung der neutralen Aussagen.

Abbildung 8. T-Index.

Abbildung 9. Hirschmann-Herfindahl-Index.

Abbildung 10. Rae-Index.

Abbildung 11. Vergleich der Werte des T-Indexes für die einzelnen Prioritäten aus Sicht der SLD und der PiS.

Abbildung 12. Rangordnung der vorgeschlagenen theoretischen Prioritäten der polnischen Außenpolitik laut Vertreter der SLD und der PiS: Box-Plots.

Abbildung 13. Histogramme mit den Werten des P-Indexes, welche im Zuge der quantitativen Analyse der Pateidokumente der SLD (links) und der PiS (rechts) ermittelt wurden.

Abbildung 14. Boxplot-Diagramme mit den P-Werten der Programmdokumente der PiS und der SLD.

Abbildung 15. Histogramm mit den P-Werten der Programmdokumente der SLD (schwarz) und der PiS (grau).

Abbildung 16. Revidiertes Modell zur Entstehung der Außenpolitik.

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1. Abgrenzung der liberalen und der realistischen Theorie der Internationalen Beziehungen von Idealismus und Realismus verstanden als praktische Strategien der Akteure.

Tabelle 2. Unterschiede zwischen den Idealisten und Realisten laut Morgenthau.

Tabelle 3. Transformation der Elemente des Modells zur Entstehung der polnischen Außenpolitik auf Variablen der Studie nach dem Ausschluss der Rückkoppelung.

Tabelle 4. Realistische und idealistische Staatskonzeptionen.

Tabelle 5. Rechte Unterkategorien.

Tabelle 6. Linke Unterkategorien.

Tabelle 7. Die erste Ebene des Gefangenendilemmas.

Tabelle 8. Die zweite Ebene des Gefangenendilemmas.

Tabelle 9. Rechte außenpolitisch relevante Aussagen im Programmmanifest der SLD (1999).

Tabelle 10. Linke außenpolitisch relevante Aussagen im Programmmanifest der SLD (1999).

Tabelle 11. Rechte außenpolitisch relevante Aussagen der Rede von Leszek Miller zur Eröffnung des ersten Kongresses der SLD (1999).

Tabelle 12. Linke außenpolitisch relevante Aussagen der Rede von Leszek Miller zur Eröffnung des ersten Kongresses der SLD (1999).

Tabelle 13. Rechte außenpolitisch relevante Aussagen im Wahlprogramm der SLD (2001).

Tabelle 14. Linke außenpolitisch relevante Aussagen im Wahlprogramm der SLD (2001).

Tabelle 15. Rechte Aussagen im Europamanifest der SLD (2004).

Tabelle 16. Linke Aussagen im Europamanifest der SLD (2004).

Tabelle 17. Rechte außenpolitisch relevante Aussagen in den Programmdokumenten der SLD (2007).

Tabelle 18. Linke außenpolitisch relevante Aussagen in den Programmdokumenten der SLD (2007).

Tabelle 19. Rechte außenpolitisch relevante Aussagen in der ersten Erklärung von Leszek Miller (2001).

Tabelle 20. Linke außenpolitisch relevante Aussagen in der ersten Erklärung von Leszek Miller (2001).

Tabelle 21. Rechte außenpolitisch relevante Aussagen in der zweiten Erklärung von Leszek Miller (2003).

Tabelle 22. Linke außenpolitisch relevante Aussagen in der zweiten Erklärung von Leszek Miller (2003).

Tabelle 23. Rechte Aussagen in der Erklärung des Außenministers Polens Włodzimierz Cimoszewicz zur Außenpolitik Polens (2002). Eigene Darstellung.

Tabelle 24. Linke Aussagen in der Erklärung des Außenministers Polens Włodzimierz Cimoszewicz zur Außenpolitik Polens (2002). Eigene Darstellung.

Tabelle 25. Rechte Aussagen in der Erklärung des Außenministers Polens Włodzimierz Cimoszewicz zur Außenpolitik Polens (2003). Eigene Darstellung.

Tabelle 26. Linke Aussagen in der Erklärung des Außenministers Polens Włodzimierz Cimoszewicz zur Außenpolitik Polens (2003). Eigene Darstellung.

Tabelle 27. Rechte Aussagen in der Erklärung des Außenministers Polens Włodzimierz Cimoszewicz zur Außenpolitik Polens (2004).

Tabelle 28. Linke Aussagen in der Erklärung des Außenministers Polens Włodzimierz Cimoszewicz zur Außenpolitik Polens (2004).

Tabelle 29. Rechte außenpolitisch relevante Aussagen in der Regierungserklärung des Premierministers Polens Marek Belka (2004).

Tabelle 30. Linke außenpolitisch relevante Aussagen in der Regierungserklärung des Premierministers Polens Marek Belka (2004).

Tabelle 31. Rechte Aussagen in der Erklärung des Außenministers Polens Adam Daniel Rotfeld zur Außenpolitik Polens (2005).

Tabelle 32. Linke Aussagen in der Erklärung des Außenministers Polens Adam Daniel Rotfeld zur Außenpolitik Polens (2005).

Tabelle 33. Antworten der linken Politiker auf die Frage 1 (Prioritäten der polnischen Außenpolitik): Statistik.

Tabelle 34. Antworten der linken Politiker auf die Frage 10 (die Rangordnung der vorgeschlagenen theoretischen Prioritäten polnischer Außenpolitik).

Tabelle 35. Antworten der linken Politiker auf die Frage 2 (Prioritäten Polens in der EU): Statistik.

Tabelle 36. Europapolitische Vorstellungen der SLD.

Tabelle 37. Die Prioritäten Polens in den Beitrittsverhandlungen (Wahlprogramm der SLD 2001)

Tabelle 38. Präferenzen der SLD in Bezug auf die Verhandlungen über den Beitritt Polens in die EU.

Tabelle 39. Präferenzen der SLD in der Debatte über die institutionelle Reform der EU

Tabelle 40. Präferenzen der SLD in Bezug auf Sicherheitspolitik und auf europapolitische Implikationen der Beziehungen mit den USA.

Tabelle 41. Präferenzen der SLD in Bezug auf die Ostpolitik der EU.

Tabelle 42. Rechte außenpolitisch relevante Aussagen im Wahlprogramm der PiS vom Jahre 2001.

Tabelle 43. Linke außenpolitisch relevante Aussagen im Wahlprogramm der PiS vom Jahre 2001.

Tabelle 44. Rechte außenpolitisch relevante Aussagen in: *Europa der solidarischen Nationen – das Programm der Europapolitik der PiS* (2004).

Tabelle 45. Linke Aussagen in: *Europa der solidarischen Nationen – das Programm der Europapolitik der PiS* (2004).

Tabelle 46. Rechte außenpolitisch relevante Aussagen in: *Katholisches Polen im christlichen Europa* (2005).

Tabelle 47. Linke außenpolitisch relevante Aussagen in: *Katholisches Polen im christlichen Europa* (2005).

Tabelle 48. Rechte außenpolitisch relevante Aussagen im Wahlprogramm der PiS vom Jahre 2005.

Tabelle 49. Linke außenpolitisch relevante Aussagen im Wahlprogramm der PiS vom Jahre 2005.

Tabelle 50. Rechte außenpolitisch relevante im Aussagen im Wahlprogramm der PiS vom Jahre 2007.

Tabelle 51. Linke außenpolitisch relevante Aussagen im Wahlprogramm der PiS vom Jahre 2007.

Tabelle 52. Rechte außenpolitisch relevante Aussagen in der Regierungserklärung des Premierministers Polens Kazimierz Marcinkiewicz (2005).

Tabelle 53. Linke außenpolitisch relevante Aussagen in der Regierungserklärung des Premierministers Kazimierz Marcinkiewicz (2005).

Tabelle 54. Rechte Aussagen in der Erklärung des Außenministers Polens Stefan Meller zur Außenpolitik Polens (2006).

Tabelle 55. Linke Aussagen in der Erklärung des Außenministers Polens Stefan Meller zur Außenpolitik Polens (2006).

Tabelle 56. Rechte außenpolitisch relevante Aussagen in der Regierungserklärung des Premierministers Jarosław Kaczyński (2006).

Tabelle 57. Linke außenpolitisch relevante Aussagen in der Regierungserklärung des Premierministers Jarosław Kaczyński (2006).

Tabelle 58. Rechte Aussagen in der Erklärung der Außenministerin Polens Anna Fotyga zur Außenpolitik Polens (2007).

Tabelle 59. Linke Aussagen in der Erklärung der Außenministerin Polens Anna Fotyga zur Außenpolitik Polens (2007).

Tabelle 60. Antworten der national-konservativen Politiker auf die Frage 1 (Prioritäten der polnischen Außenpolitik): Statistik.

Tabelle 61. Antworten der nationalkonservativen Politiker auf die Frage 10 (Rangordnung der vorgeschlagenen theoretischen Prioritäten polnischer Außenpolitik): Statistik.

Tabelle 62. Antworten der nationalkonservativen Politiker auf die Frage 2 (Prioritären Polens in der EU): Statistik.

Tabelle 63. Präferenzen der PiS in Bezug auf die Verhandlungen über den Beitritt Polens in die EU.

Tabelle 64. Präferenzen der PiS in der Debatte über die Reform der EU-Institutionen.

Tabelle 65. Präferenzen der PiS in Bezug auf die Sicherheitspolitik und die europapolitischen Implikationen der Beziehungen mit den USA.

Tabelle 66. Präferenzen der PiS in Bezug auf die Ostpolitik der EU.

Tabelle 67. Vergleich der Werte des T-Indexes für die einzelnen Prioritäten aus Sicht der SLD und der PiS.

Tabelle 68. Die Korrelationskoeffizienten nach Pearson zwischen den Werten des T-Indexes für die SLD und für die PiS.

Tabelle 69. Ergebnisse vom Mann-Whitney-U-Test. Untersuchung der Antworten auf die Frage 10 (Rangordnung der vorgeschlagenen theoretischen Prioritäten der polnischen Außenpolitik).

Tabelle 70. Rangordnung der vorgeschlagenen theoretischen Prioritäten der polnischen Außenpolitik laut Vertreter der SLD und der PiS: deskriptive Statistiken.

Tabelle 71. Die Werte des P-Indexes, welche im Zuge der quantitativen Analyse der Pateidokumente der SLD ermittelt wurden: deskriptive Statistik.

Tabelle 72. Ergebnisse des Mann-Whitney-U-Tests und des Mediantests der P-Werte von untersuchten Parteidokumenten.

Tabelle 73. Die Korrelationskoeffizienten nach Pearson zwischen den P-Werten der Programmdokumente und der Parteivariable (SLD=1, PiS=2).

Tabelle 74. Die Werte des P-Indexes, welche im Zuge der quantitativen Analyse der Pateidokumente ermittelt wurden (Gesamtdarstellung): deskriptive Statistik.

Tabelle 75. Verwirklichung der Präferenzen bezüglich der EU-Beitrittsverhandlungen durch die SLD.

Verzeichnis der Abkürzungen

ABM: Anti-Ballistic Missiles (Raketenabwehrsysteme)

AWS: Akcja Wyborcza Solidarność (Wahlaktion Solidarność)

AWSP: Akcja Wyborcza Solidarność Prawicy (Wahlaktion Solidarność der Rechten)

BBN: Biuro Bezpieczeństwa Narodowego (Büro der Nationalen Sicherheit)

BIP: Bruttoinlandsprodukt

CBA: Centralne Biuro Antykorupcyjne (Zentrales Antikorruptionsamt)

CME 02: Übungen der EU für den Fall der Krise 2002

D: Deutschland

ECOFIN-Rat: ECOFIN Council (Rat „Wirtschaft und Finanzen“)

ENP: Europäische Nachbarschaftspolitik

ESVP: Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

EU: Europäische Union

EUFOR: European Union Force (Europäische Streitkräfte)

EUJUST LEX: European Union Integrated Rule of Law Mission for Iraq (EU Beratungsmission, Irak)

EVA: Europäische Verteidigungsagentur

GASP: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

HH: Hischmann-Herfindahl Index

IB: Internationale Beziehungen

IGC: Intergovernmental Conference of the EU (Regierungskonferenz der EU)

IPPF: International Planned Parenthood Federation (Internationale Föderation für Familienplanung)

KPEiR: Krajowa Partia Emerytów i Rencistów (Landespartei der Rentner und Invalidenrentner)

L1-L12: Linke Kategorien in den Programmdokumenten der Parteien

LPR: Liga Polskich Rodzin (Liga Polnischer Familien)

MDSD: most different system design

NATO: North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantische Vertragsorganisation)

ND: Narodowa Demokracja (Nationale Demokratie)

NRF: NATO Response Force (Eingreiftruppe der NATO)

ORP: Okręt Rzeczypospolitej Polskiej (Kriegsschiff der Republik Polen)

PES: Party of European Socialists (Sozialdemokratische Partei Europas)

PiS: Prawo i Sprawiedliwość („Recht und Gerechtigkeit“)

PISM: Polski Instytut Spraw Międzynarodowych (Polnisches Institut für Internationale Beziehungen)

PKA: Partnerschafts- und Kooperationsabkommen

PR: Public Relations

PSL: Polskie Stronnictwo Ludowe (Polnische Volkspartei bzw. Polnische Bauernpartei)

PZPR: Polska Zjednoczona Partia Robotnicza (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei)

R1-R12: Rechte Kategorien in den Programmdokumenten der Parteien

RCA: République Centrafricaine (Zentralafrikanische Republik)

RUS: Russland

SD: Stronnictwo Demokratyczne (Demokratische Partei, eine Satellitenpartei der PZPR)

SDPL: Socjaldemokracja Polska (Sozialdemokratie Polens)

SdRP: Socjaldemokracja Rzeczypospolitej Polskiej (Sozialdemokratie der Republik Polen)

SHAPO: Supreme Headquarters Allied Powers Europe (Oberstes Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte in Europa)

SIPRI: Stockholm International Peace Research Institute (Stockholmer Internationales Friedensforschungsinstitut)

SLD: Sojusz Lewicy Demokratycznej (Bündnis der Demokratischen Linken)

SLD-UP: Wahlbündnis der SLD und der UP

UChS: Unia Chrześcijańsko-Społeczna (Christlich-Soziale Union)

UNFPA: United Nations Population Fund (Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen)

UP: Unia Pracy (Arbeitsunion)

USA: die Vereinigten Staaten von Amerika

UW: Unia Wolności (Freiheitsunion)

Liste der befragten Personen mit Angaben bezüglich des Interviews

Borowski, Marek (SDPL), 10.07.2008, Sejm, Warschau
Dyduch, Marek (ehem. SLD), 09.04.2008, Breslau
Dziedziczak, Jan (PiS), 10.07.2008, Sejm, Warschau
Gadzinowski, Piotr (SLD), 11.07.2008, Warschau
Geringer de Oedenberg, Lidia (SLD), schriftliche Antwort
Gintowt Dziewałtowski, Witold (SLD), 11.07.2008, Sejm, Warschau
Grzyb, Andrzej (PSL), 09.07.2008, Sejm, Warschau
Kalisz, Ryszard (SLD), 09.07.2008, Sejm, Warschau
Karski, Karol (SLD), 10.07.2008, Sejm, Warschau
Kempa, Beata (PiS), 09.07.2008, Sejm, Warschau
Kowalski, Bogusław (PiS), 10.07.2008, Sejm, Warschau
Matuszewska, Katarzyna (UP), 10.07.2008, Warschau
Poncyljusz, Paweł (PiS), 08.07.2008, Warschau
Senyszyn, Joanna (SLD), 11.07.2008, Sejm, Warschau
Suski, Marek (PiS), 09.07.2008, Sejm, Warschau
Syska, Michał (SDPL), 25.03.2008, Breslau
Szewrański, Szymon (SDPL), 11.04.2008, Breslau
Szymański, Konrad (PiS), schriftliche Antwort
Ujazdowski, Kazimierz Michał (ehem. PiS), 11.04.2008, Breslau

Fragebogen/Formularz wywiadu

Kamil Marcinkiewicz

FRAGEBOGEN

Ist alles Innenpolitik? Der Einfluss innenpolitisch motivierter Präferenzen von Entscheidungsträgern auf die Außenpolitik – eine vergleichende Analyse ausgewählter Aspekte der Europapolitik zweier polnischer Regierungen

Datum:

Person:

Geschlecht: (M) (W)

Verhaltensempfehlung:

- Vorstellung und kurze Erläuterung des Ziels der Befragung
- Fragen, ob ein Tonbandgerät benutzt werden darf
- Darf Ihre Meinung namentlich erwähnt werden? Fragen, ob die Anonymität der Befragung/Daten gewünscht ist

1. Welche drei Prioritäten soll, Ihrer Meinung nach, die polnische Außenpolitik verwirklichen?

2. Welche sind, Ihrer Meinung nach, die drei wichtigsten Ziele Polens in der Europäischen Union?

3. Wie beurteilen Sie die polnische Außenpolitik und Politik gegenüber der EU der vom SLD geführten Koalition in den Jahren 2001-2005?
3.1. Welche Errungenschaften wurden erreicht

3.2. Welche Fehler wurden begangen?

4. Insgesamt bewerte ich die polnische Außenpolitik und die Politik gegenüber der EU der von der SLD geführten Koalition in den Jahren 2001-2005:

sehr gut	gut	neutral	schlecht	sehr schlecht
☐	☐	☐	☐	☐

Begründen Sie im Folgenden bitte Ihre Bewertung.

5. Wie beurteilen Sie die polnische Außenpolitik und die Politik gegenüber der EU der von der Partei PiS geführten Koalition in den Jahren 2005-2007? Welche Errungenschaften wurden erreicht, welche Fehler wurden begangen?

6. Insgesamt bewerte ich die polnische Außenpolitik und die Politik gegenüber der EU der von der Partei PiS geführten Koalition aus den Jahren 2005-2007:

sehr gut	gut	neutral	schlecht	sehr schlecht
☐	☐	☐	☐	☐

Begründen Sie im Folgenden bitte Ihre Bewertung.

7. Wie unterschieden sich die Ziele der Außenpolitik und der Politik gegenüber der EU der SLD von den Zielen der Außenpolitik und der Politik gegenüber der EU der Partei PiS?

8. Sind Sie der Meinung, es existierte ein Konsens in der Außen- und Europapolitik der Regierungen der Dritten Republik in den Jahren 1989-2005?

Ja ☐ Nein ☐

Wenn ja, zielte die Außen- und Europapolitik der Regierung PiS auf die Fortsetzung dieses Konsenses ab?

Ja ☐ Nein ☐

10. Ich lese Ihnen 4 Ziele der polnischen Außenpolitik vor. Ordnen Sie diese Ziele bitte in der Reihenfolge von den ihrer Meinung nach wichtigsten zu den am wenigsten wichtigen. Es handelt sich um Ihre persönliche Einschätzung der Wichtigkeit der konkreten Ziele.

Beitrag zur Vertiefung und Stärkung der Europäischen Union ☐

Gute Beziehungen mit Deutschland ☐

Gute Beziehungen mit den Vereinigten Staaten ☐

Gute Beziehungen mit Russland ☐

Ausbau polnischer Leistungsfähigkeit um mehr Unabhängigkeit von den ausländischen Partnern zu gewinnen ☐

1 (am wichtigsten), 2 (weniger wichtig als 1), 3 (weniger wichtig als 2), 4 (weniger wichtig als 3), 5 (am wenigsten wichtig)

11. Deutsch-polnische Beziehungen
11.1 Wie sollen, Ihrer Meinung nach, die deutsch-polnischen Beziehungen aussehen?

11.2 Wie sollen die Aufgaben Polens und die Aufgaben Deutschlands in der Partnerschaft aussehen?

12. Ist Deutschland ein verlässiger Partner Polens?

Ja ☐ Nein ☐

13. Kann man den Deutschen vertrauen?

Ja ☐ Nein ☐

Erläutern Sie bitte Ihre Meinung.

14. Ich werde Ihnen einige Aussagen vorlesen. Könnte ich Sie bitten, mir mitzuteilen, ob Sie diesen Aussagen zustimmen, sie ablehnen oder weder ablehnen noch zustimmen. Sie können jedem Satz stark zustimmen, schwach zustimmen und auch stark ablehnen oder schwach ablehnen.

A. Man muss seine Position in den Verhandlungen auch dann verteidigen, wenn es zum Scheitern der Vereinbarung führen würde. (Auf dem Gebiet der Außenpolitik solle Polen sich in erster Linie um sein Image kümmern.)*

stimme vollkommen zu	stimme zu	neutral	lehne ab	lehne vollkommen ab
☐	☐	☐	☐	☐

B. Ohne moralische Ordnung innerhalb des Staates werden wir uns mit unseren Interessen in den Beziehungen mit den internationalen Partnern nicht durchsetzen. (Polen soll sich für die Stärkung der EU und die Einschränkung der Kompetenzen von den Nationalstaaten aussprechen.)*

stimme vollkommen zu	stimme zu	neutral	lehne ab	lehne vollkommen ab
☐	☐	☐	☐	☐

C. Man muss die Kompetenzen des Präsidenten im Bereich der Gestaltung der Außenpolitik ausbauen, um die Interessen Polens in der Welt besser durchzusetzen. (Jeder Staat trägt die Verantwortung für den Wohlstand der eigenen Bürger und soll keine eigenen Mittel für die Verwirklichung des Wohlstands der Bürger der anderen Staaten aufwenden.)*

stimme vollkommen zu	stimme zu	neutral	lehne ab	lehne vollkommen ab
☐	☐	☐	☐	☐

D. Die Konzentration der Macht in einem Machtzentrum wird uns ermöglichen, unnötige Diskussionen zu vermeiden und wird unsere Politik effizienter machen. (Die polnische Diplomatie muss bereit sein, konkrete Ziele durchzusetzen, auch wenn es zur Verschlechterung des Images von Polen beitragen würde.)*

stimme vollkommen zu	stimme zu	neutral	lehne ab	lehne vollkommen ab
☐	☐	☐	☐	☐

<u>Soziodemographische Merkmale</u>

18. Welcher Partei gehören Sie gegenwärtig an?

19. Welcher Partei gehörten Sie in der Vergangenheit an (von-bis)?

20. In welchem Jahr sind Sie geboren?

21. Seit wann sind Sie politisch tätig (Jahr)?

Vielen Dank für die Teilnahme an der Befragung!

Geplante Dauer des Interviews: 30 Minuten

* Zweite Version von Thesen, entwickelt nach dem Interview mit Kazimierz Michał Ujazdowski.

Bibliographie

Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zur Gründung einer Partnerschaft zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Russischen Föderation andererseits, EurLex, 21997A1128(01), http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:21997A1128(01):DE:NOT (Stand: 06.06.2009).

Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Volksrepublik Polen über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Amtsblatt [der Europäischen Gemeinschaften] Nr. L 339 vom 22.11.1989, S. 2.

Ackrén, Maria, *A Summary of Comparing Comparisons: Territorial Autonomies in the Light of Alternative Methods.* Paper presented at the annual meeting of the American Political Science Association, Hyatt Regency Chicago and the Sheraton Chicago Hotel and Towers, Chicago 30.08.2007, http://www.allacademic.com/meta/p211935_index.html (Stand: 28.06.2008).

Acock, Alan C., *A Gentle Intoduction to Stata*, A Stata Press Publication, College Station (Texas) 2006, S. 289.

Adamski, Łukasz, *Polityka Polski wobec Ukrainy*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2008", 217-236.

Alfabetyczny wykaz posłów wybranych w dniu 23 września 2001 r., Państwowa Komisja Wyborcza, http://www.pkw.gov.pl/katalog/artykul/16315.html (Stand: 06.11.2009).

Amerykańska tarcza antyrakietowa a interes narodowy Polski – dyskusja, Fundacja im. Stefana Batorego, 7.08.2006, http://www.batory.org.pl/doc/tarcza-antyrakietowa.pdf (Stand: 15.10.2009), S. 19.

Anderson, Chresten, *Bye Bye Bolkestein. New Europe Betrayed*, Copenhagen Institute, 16.02.2006, http://www.coin.dk/default.asp?aid=503 (Stand: 09.01.2010).

Antoszewski, Andrzej, *System polityczny jako kategoria analizy politologicznej* [in:] Andrzej W. Jabłoński, Leszek Sobkowiak, *Studia z teorii polityki*, Band 1, Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego, Wrocław 1999, S. 78.

Ärger wegen Bush und Hitler, „Spiegel Online", http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,214663,00.html (Stand: 24.09.2009).

Aron, Raymond, *Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt*, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1986, 928.

Auer, Stefan, *Liberal Nationalism in Central Europe*, Routledge Curzon, London 2004, S. 232.

Axelrod, Robert, *Die Evolution der Kooperation*, R. Oldenbourg Verlag, München 2005, S. 235.

Bachmann, Klaus, *Dobry pomysł w złym momencie*, „Gazeta Wyborcza", 11.04.2007, S. 14.

Bachmann, Klaus, *Erika Steinbach pokonana niczym smok wawelski*, „gazeta.pl", 08.03.2009, http://miasta.gazeta.pl/wroclaw/1,35764,6356637,Erika_Steinbach_pokonana_niczym_smok_wawelski.html (Stand: 10.03.2009).

Backes, Uwe, Eckhard Jesse, *Vergleichende Extremismusforschung*, Nomos, Baden-Baden 2005, S. 413.

Banat, Małgorzata, Urszula Pałłasz, *Polska w Unii Europejskiej*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2006", S. 44.

Banat-Adamiuk, Małgorzata, *Aktywność Polski w Unii Europejskiej*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2007", S. 48-70.

Bartoszko, Maria, *Marsz jedności z Ukrainą*, „gazeta.pl", 28.11.2004, http://miasta.gazeta.pl/wroclaw/1,35771,2417144.html (Stand: 29.09.2009).

Batina, Raymond G., Ihori, Toshiro, *Public Goods. Theories and Evidence*, Springer, Berlin/Heidelberg 2005, S. 421

Bauer, Thomas, *Möglichkeiten der weiteren Vertiefung von Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa* [in:] Alexander Siedschlag (Hrsg.), *Jahrbuch für europäische Sicherheitspolitik 2008*, Nomos, Baden-Baden 2008, S. 51-62.

Beck, Ulrich, *Der kosmopolitische Staat. Staatenbildung neu denken – eine realistische Utopie*, Eurozine 5.12.2001, http://www.eurozine.com/articles/2001-12-05-beck-de.html (Stand: 27.05.2009).

Będzie całkowite zniesienie rosyjskiego embarga?, „wyborcza.pl", 10.03.2008, http://wyborcza.pl/1,76842,5008158.html (Stand: 07.10.2009).

Belka, Marek, *Przedstawienie przez prezesa Rady Ministrów programu działania Rady Ministrów z wnioskiem o udzielenie jej wotum zaufania*, Sejm RP, 14.05.2004, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 26.12.2008).

Belka, Marek, *Przedstawienie przez prezesa Rady Ministrów programu działania Rady Ministrów z wnioskiem o udzielenie jej wotum zaufania*, Sejm RP, 24.06.2004, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 26.12.2008);

Belka, Marek, *Rozpatrzenie wniosku prezesa Rady Ministrów o wyrażenie przez Sejm Rzeczypospolitej Polskiej wotum zaufania Radzie Ministrów*, Sejm RP, 15.10.2004, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 26.12.2008).

Bell, Daniel, *The End of Ideology. On the Exhaustion of Political Ideas in the Fifties*, Harvard University Press, Cambridge (Massachusetts) 2000, S. 501, S. XI.

Bentham, Jeremy, *An Introduction to the Principles of Morals and Legislation*, University of London, The Athlone Press, London 1970, S. 343.

Bereś, Witold, Jerzy Skoczylas, *2004: I co dalej?*, „Gazeta Wyborcza", 26.05.2004, S. 15.

Berg-Schlosser, Dirk, Thomas Stammen, *Einführung in die Politikwissenschaft*, Verlag C.H. Beck, München 2003, S. 166.

Bernholz, Peter, *The International Game of Power*, Mouton Publishers, Berlin 1985, S. 218.

Bibel nach der Übersetzung Martin Luthers, Deutsche Bibelgesellschaft, Stuttgart 1999, S. 381.

Bierling, Stephan, Christian Strobel, *Die EU und die USA*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2008", S. 297-302.

Bobbio, Norberto, *Rechts und Links. Die Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1994, S. 95.

Bogner, Alexander, Wolfgang Menz, *Die methodologische Mehrdeutigkeit des Experteiniterviews* [in:] Alexander Bogner, Beate Littig, Wolfgang Menz (Hrsg.), *Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung*, Leske + Budrich, Opladen 2002, S. 33-71.

Borowski, Marek, *Głos Marka Borowskiego, marszałka Sejmu RP*, Krajowa Konwencja SLD, Warszawa 06.03.2004, Portal SLD http://www.sld.org.pl/index.php?view=1&art_id=3417&pid=18&ret_id=104&rsid=0 (Stand: 25.05.2008).

Borowski, Marek, *Wystąpienie na konwencji SLD*, Marek Borowski, 06.03.2004, http://www.borowski.pl/wystapienia/wystapienie_71.phtml (Stand: 09.01.2010).

Bosacki, Marcin, *Ruchoma tarcza. Nie będzie w Polsce bazy USA*, „wyborcza.pl", 18.09.2009, http://wyborcza.pl/1,93610,7052758,Ruchoma_tarcza__Nie_bedzie_w_Polsce_bazy_USA.html (Stand: 14.01.2010).

Bosacki, Marcin, Wacław Radziwinowicz, Marcin Wojciechowski, *Wałęsa z odsieczą*, „wyborcza.pl", http://wyborcza.pl/1,75248,2413474.html (Stand: 29.09.2009).

Bratkiewicz, Jarosław, *Zaangażowanie Polski w wojnę i stabilizację Iraku*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2004", S. 24-39.

Brown, Chris, *International Relations Theory. New Normative Approaches*, Harvester Wheatsheaf, Hemel Hempstead 1992, S. 264.

Brzeziecki, Andrzej, Mirosław Makowski, *Kiedy nie robimy tego, co powinniśmy*, „Gazeta Wyborcza", 22.11.2004, S. 18.

Burchill, Scott, *The National Interest in International Relations Theory*, Palgrave Macmillan, Houndmills 2005, S. 224

Burton, John W., *International Relations. A General Theory*, Cambridge University Press, Cambridge 1967, S. 288.

Bury, Hans M., *The Comments of Mr. Hans Martin Bury to the Preliminary Draft Final Report of Working Group VII on External Action (WD 021 – WG VII)*, Working Group VII, Working Group Document 28, Brussels 15 November 2002, http://european-convention.eu.int/docs/wd7/5067.pdf (Stand: 10.09.2009), S. 5.

Camerer, Colin F., *Behavioral Game Theory. Experiments in Strategic Interaction*, Russell Sage Foundation/Princeton University Press, New York/Princeton 2003, S. 550.

Carlsnaes, Walter, *Ideology and Foreign Policy. Problems of Comparative Conceptualization*, Basil Blackwell, Oxford 1986, S. 234.

Carr, Edward H., *The twenty years Crisis 1919 – 1939. Introduction to the Study of International Relations*, Harper Torchbooks, New York 1964, S. 243.

Castles, Frank, Robert D. McKinlay, *Does politics matter? An analysis of the public welfare commitment in advanced democratic states*, "European Journal of Political Research" , 7 (1979) 2, S. 169-186.

Center for Strategic and International Studies, http://csis.org/expert/heather-conley (Stand: 18.09.2009).
Chciałbym urodzić się Czeczeńcem. Rozmowa z Mansurem Maciejem Jachimczykiem [ein Interview mit Mansur Maciej Jachimczyk], Uniwersytet Pedagogiczny w Krakowie, http://www.up.krakow.pl/stud_dzien/studium2/w8.html (Stand: 29.09.2009).

Cheney, Richard B., *Vice President Speaks at VFW 103rd National Convention*, The White House, http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/08/20020826.html (Stand: 24.09.2009).

Ciechański, Jerzy, *Teorie podejmowania decyzji w polityce zagranicznej*, „Polski Przegląd Dyplomatyczny", 6 (2006) 1, S. 27-48.

Cieszkowski, Andrzej, *Polityka rozszerzonej Unii Europejskiej wobec wschodnich sąsiadów – wkład Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2004", S. 103-114.

Cimoszewicz, Włodzimierz, *Federacja to dzisiaj utopia*, „Gazeta Wyborcza", 28.02.2002, S. 6.

Cimoszewicz, Włodzimierz, *Informacja ministra spraw zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2004 roku*, Sejm RP, 21.01.2004, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 25.12.2008).

Cimoszewicz, Włodzimierz, *Informacja ministra spraw zagranicznych o podstawowych kierunkach polityki zagranicznej Polski*, Sejm RP, 14.03.2002, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 25.12.2008).

Cimoszewicz, Włodzimierz, *Informacja rządu na temat polskiej polityki zagranicznej w 2003 roku*, Sejm RP, 22.01.2003, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 25.12.2008).

Cimoszewicz, Włodzimierz, *Spotkanie Ministra Włodzimierza Cimoszewicza ze Studentami Uniwersytetu Wrocławskiego w dniu 9 października 2002 roku*, Ministerstwo Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej, 09.10.2002, http://www.msz.gov.pl/9,padziernika,2002r.,-,Spotkanie,Ministra,Spraw,Zagranicznych,Wlodzimierza,Cimoszewicza,ze,studentami,Uniwersytetu,Wroclawskiego,1285.html (Stand: 08.03.2009).

Cimoszewicz, Włodzimierz, *Unia obywatelska*, „Gazeta Wyborcza", 03.04.2002, S. 12.

Cimoszewicz, Włodzmierz, *Informacja rządu w sprawie przygotowań do konferencji międzyrządowej w sprawie traktatu ustanawiającego konstytucję dla Europy. Informacja przedstawiciela Sejmu w Konwencie Europejskim*, 18.09.2003, Sejm RP, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 16.08.2009).

Claude, Inis L. Jr., *Power and International Relations*, Random House, New York 1962, S. 310.

Clausewitz, Carl von, *Vom Kriege* [in:] C. von Clausewitz, H. von Moltke, *Kriegstheorie und Kriegsgeschichte*, Deutscher Klassiker Verlag, Frankfurt am Main 1993, S. 1018.

Common Position adopted by the Council with a view to the adoption of the directive of the European Parliament and of the Council on services in the internal markets, Council of the European Union, Brussels 17.07.2006, S. 113.

Czempiel, Ernst-Otto, *Der Primat der auswärtigen Politik – Kritische Würdigung einer Staatsmaxime*, „Politische Vierteljahresschrift", 4 (1963) 3, S. 266-288.

Czerwiński, Grzegorz, *Stosunki Polski z Rosją*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2005", S. 105-125.

Czy umierać za Niceę? [ein Interview von Jarosław Kurski mit Jacek Saryusz-Wolski und Aleksander Smolar], „Gazeta Wyborcza", 10.10.2003, S. 23.

Dbamy o Polskę, dbamy o Polaków, Warszawa 2007, S. 71.

Deklaracja Krajowej Konwencji Programowej SLD w sprawie przyszłości Europy i Konstytucji Europejskiej [in:] *Biuletyn po Krajowej Konwencji Sojuszu Lewicy Demokratcznej 2-3 czerwca 2007*, SLD, http://www.sld.org.pl/program/p-r-m-a-434/biuletyn_programowy_po_konwencji_sld_2007.htm (Stand: 26.08.2009), S. 10-11.

Derrida, Jacques, Jürgen Habermas, *Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas*, „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 31.05.2003, http://www.faz.net/s/Rub117C535CDF414415BB243B181B8B60AE/Doc~ECBE3F8FCE2D049AE808A3C8DBD3B2763~ATpl~Ecommon~Scontent.html (Stand: 07.01.2010).

Diekmann, Andreas, *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbeck bei Hamburg 2002, S. 639.

Dixit, Avinash K., Nalebuff, Barry J., *Spieltheorie für Einsteiger. Strategisches Know-how für Gewinner*, Schäffer-Poeschel Verlag, Stuttgart 1997, S. 371.

Donges, Patrick, *Medialisierung politischer Organisationen. Parteien in der Mediengesellschaft*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, S. 244.

Douste-Blazy, Philippe, Stefan Meller, *"Budget impasse: EU needs to move on and the world will not wait". Article by Stefan Meller and Philippe Douste-Blazy, Ministers of Foreign Affairs of the Republic of Poland and the French Republic*, Ministerstwo Spraw Zagranicznych http://www.msz.gov.pl/publications/2005/content/milestones/3.%20Article%20FT.pdf (Stand: 22.10.2009).

Dowgielewicz, Mikołaj, *Polska debata o Unii Europejskiej*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002", S. 43-62.

Downs, Anthony, *Ökonomische Theorie der Demokratie*, J.C.B Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1968, S. 303.

Duda, Renata, *Integracja Polski z Unią Europejską. Wybrane aspekty polityki integracyjnej w latach 1991-2004*, Arboretum, Wrocław 2004, S. 260.

Dylla, Daria W., *Die Irak-Entscheidung Polens von 2003: Eine Analyse aus Sicht der Ökonomischen Theorie der Demokratie* [in:] Thomas Jäger, Daria W. Dylla, *Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, S. 211-238.

Działalność międzynarodowa Prezydenta RP Aleksandra Kwaśniewskiego w latach 1996-2005, Fundacja Aleksandra Kwaśniewskiego Amicus Europae, http://www.kwasniewskialeksander.pl/attachments/RAPORT_Miedzynarodowy.pdf, S. 16 (Stand: 21.09.2009);

Easton, David, *A Systems Analysis of Political Life*, John Wiley & Sons, New York 1965, S. 507.

Eberhardt, Adam, *Stosunki Polski z Rosją*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2006", S. 114-129.

Eberhardt, Adam, *Stosunki Polski z Rosją*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2007", S. 133-145.

Eberhardt, Adam, *Stosunki Polski z Rosją*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2008", S. 142-164.

Elster, Jon, *Nuts and Bolts for the Social Sciences*, Cambridge University Press, Cambridge 1990, S. 184.

Erenfeicht, Piotr, *Stosunki dwustronne Polski. Obszar transatlantycki. Stany Zjednoczone*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002", S. 221-227.

Erklärung anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge, Deutschland 2007 – Präsidentschaft der Europäischen Union, http://eu2007.de/de/News/download_docs/Maerz/0324-RAA/German.pdf (Stand: 23.10.2009).

Erlanger, Steven, David E. Sanger, *Bush Begins Mission to Assure Europeans He Wants Their Advice on Global Hot Spots*, "New York Times", 23.05.2002, S. A 10.

Europa solidarnych narodów – Program polityki europejskiej Prawa i Sprawiedliwości [in:] Inka Słodkowska, Magdalena Dołbakowska (Hrsg.), *Eurowybory 2004. Kandydaci i programy*, ISP PAN Warszawa 2005, S. 120-139.

Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Polen andererseits, Amtsblatt [der Europäischen Union], *Nr. L 348 vom 31.12.1993*, S. 2-180.

European Neighborhood Policy. Strategy Paper, Brussel 12.05.2004, http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy_paper_en.pdf (Stand: 09.10.2009), S. 35.

Europejska Strategia Rządu RP, Komitet Integracji Europejskiej, Warszawa 15.11.2001, S. 6.

Eysenck, Hans Jürgen, *The Psychology of Politics*, Routledge & Kegan Paul, London 1968, S. 317.

Fałkowski, Mateusz. et al., *Obraz Polski w prasie krajów członkowskich Unii Europejskiej. Raport roczny 2000*, Instytut Spraw Publicznych, Warszawa 2001, S. 204.

Financial Framework for Enlargement und *Enlargement and Agriculture: Successfully Integrating the New Member State sinto the CAP*. Vgl.: Rafał Hykawy et al., *Bilans prezydencji hiszpańskiej w Unii Europejskiej(1 stycznia 2002 r. – 30 czerwca 2002 r.)*, „Biuletyn Analiz UKIE", Nr. 10 Oktober 2002, http://www.biuletyn.ukie.gov.pl/HLP/banal.nsf/0/68CBAC6B3D390511C1256E9200388381?Open (Stand: 05.08.2009).

Fischer, Joschka, *Die Linke nach dem Sozialismus*, campe paperback, Hamburg 1993, S. 256.

Foreign Press Centers U.S. Department of State Archive, http://2002-2009-fpc.state.gov/10371.htm (Stand: 18.09.2009).
Former Polish Skinhead Appointed to High Public Post, Deutsche Welle, 24.06.2006, http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,2063329,00.html (Stand: 26.03.2009).

Fotyga, Anna, *Informacja Ministra Spraw Zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2007 r.*, Sejm RP, 11.05.2007, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata5.nsf (Stand: 31.12.2008).

Fragebogen ausgefüllt von Konrad Szymański (PiS).

Fragebogen ausgefüllt von Lidia Geringer de Oedenberg.

Frank, Cornelia, *Zivilmacht trifft „instinktiven" Atlantiker: Deutschlands Und Polens Interessen in der ESVP* [in:] Thomas Jäger, Daria W. Dylla, *Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, S. 101-122.

Freyhold, Michaela von, *Autoritarismus und politische Apathie. Analyse einer Skala zur Ermittlung autoritätsgebundener Verhaltensweisen,* Europäische Verlag-Anstalt, Frankfurt am Main 1970, S. 348.

Gabel, Mathew J., John D. Huber, *Putting Parties in their Place: Inferring Party Left-Right Ideological Positions from Party Manifestos Data*, "American Journal of Political Science", 44 (2000) 1, S. 94-103.

Gadomski, Witold, *Marek Belka – lewoskrzydłowy liberał*, „Gazeta Wyborcza", http://wyborcza.pl/1,75515,2074668.html (Stand: 05.09.2009).

Gadziński, Marcin, *J. Kaczyński o tarczy: Polska w ciągu dwóch tygodni odpowie na ofertę USA*, „wyborcza.pl", 17.02.2007, http://wyborcza.pl/1,93610,3925391.html (Stand: 17.09.2009).

Gaisbauer, Helmut P., Nizza oder der Tod! Zur negativen Dialektik von Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union von Nizza bis Lissabon, Nomos, Baden-Baden 2010, S. 329.

Gemeinsamen europäischen Energiemarkt schaffen, Die Bundesregierung, http://www.bundesregierung.de/nn_1272/Content/DE/Artikel/2001-2006/2006/10/2006-10-30-gemeinsamen-europaeischen-energiemarkt-schaffen.html (Stand: 20.10.2009).

George, Alexander L., Aandrew Benett, *Case Studies and Theory Development in the Social Sciences*, MIT Press, Cambridge (Mass.) 2005, S. 331.

Gerring, John, *Case Study Research: Principles and Practices*, Cambridge University Press, Cambridge (Mass.) 2007, S. 265.

Geyer, Matthias, Dirk Kurbjuweit, Cordt Schnibben, *Operation Rot-Grün. Geschichte eines politischen Abenteuers*, München 2005, S. 334.

Giddens, Anthony, *Beyond Left and Right. The Future of Radical Politics*, Polity Press, Cambridge 1994, S. 276.

Głosowanie nad przyjęciem w całości projektu uchwały w sprawie skrócenia kadencji Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej, w brzmieniu przedłożenia zawartego w druku nr 2074, Sejm RP 07.09.2007, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/glosowania?OpenAgent&5&47&137 (Stand: 26.03.2009).

Głosowanie nad przyjęciem wniosku Prezesa Rady Ministrów pana Kazimierza Marcinkiewicza o udzielenie wotum zaufania Radzie Ministrów, Sejm RP, 10.11.2005, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/glosowania?OpenAgent&5&2&4 (Stand: 25.09.2009).

Głuchowski, Piotr, Marcin Kowalski, *Ukochany Syn Wielkiego Wodza*, „Gazeta Wyborcza-Gazeta na Święta", 24.-26.12.2008, S. 6.

Goldmann, Kjell, *The Logic of Internationalism. Coercion and accommodation*, Routledge, London/New York 1994, S. 238.

Gołębiewska, Marcelina, *Polityka energetyczna Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2007", S. 243-262.

Góralczyk, Bogdan, *Polska polityka zagraniczna po wyborach parlamentarnych 2001 r.*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002", S. 31-42.

Górka-Winter, Beata, *Polityka Polski wobec Standów Zjednoczonych*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2008", S. 81-101.

Grabowska, Mirosława, *Podział postkomunistyczny: społeczne podstawy polityki w Polsce po 1989 roku*, Scholar, Warszawa 2004, S. 403.

Graczyk, Roman, *Dwie prędkości*, „Gazeta Wyborcza", 16.12.2003, S. 6.

Grieco, Joseph M., *Cooperation among Nations. Europe, America, and Non-Tariff Barriers to Trade*, Cornell University Press, Ithaca/London 1990, S. 255.

Groeling, Tim, Matthew Baum, *Crossing the Water's Edge: Elite Rhetoric, Media Coverage, and the Rally-Round-the Flag Phenomenon*, „Journal of Politics", 70 (2008) 4, S. 1065-1085.

Gu, Xuewu, *Theorien der Internationalen Beziehungen. Einführung*, R. Oldenburg Verlag, München Wien 2000, S. 151.

Hanley, Seàn, *From Neo-Liberalism to National Interests: Ideology, Strategy and Party Development in the Euroscepticism of the Czech Right* [in:] „East European Politics and Societies", 18 (2004) 3, S. 513-548.

Hasenclever, Andreas, Peter Meyer, Volker Rittberger, *Regimes as Links Between States: Three Theoretical Perspectives*, Tübingen 1997, S. 44.

Hayek, Friedrich August von, *Der Weg zur Knechtschaft*, Eugen Rentsch Verlag, Erlenbach-Zürich 1976, S. 304.

Heinrichs, Anja, *Die europäische Integration aus Sicht Mittel- und Osteuropas. Polen, Tschechische Republik und Ungarn in der EU-Verfassungsdebatte*, Herbert Utz Verlag, München 2006, S. 137.

Herczyński, Paweł, *Zaangażowanie Polski na rzecz stabilizacji Iraku*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2006", S. 207-217.

Herma, Cezary, *Swobodny przepływ kapitału i nabywanie nieruchomości przez cudzoziemców w negocjacjach akcesyjnych*, „Biuletyn Analiz UKIE", Nr. 7 September 2001, http://www.biuletyn.ukie.gov.pl/HLP/banal.nsf/0/FE8C7CDE0FEC1514C1256E9200389354?Open (Stand: 07.07.2009).

Historia ZPB, Witryna Związku Polaków na Białorusi, http://www.zpb.org.pl/index.php?id=zpbh (Stand: 12.10.2009).

Hoffmann, Stanley, *Obstinate or Obsolete? The Fate of the Nation-State and the Case of Western Europe*, "Daedalus", 95 (1966) 3, S. 862-915.

Horolets, Anna, *Obrazy Europy w polskim dyskursie publicznym*, Universitas, Kraków 2006, S. 326.

Hübner, Danuta, *Przebieg i dotychczasowe rezultaty Konferencji Międzyrządowej*, „Polski Przegląd Dyplomatyczny", 4 (2004) 2, S. 7-20.

Huntington, Samuel P., *Political Order in Changing Societies*, Yale University Press, New Haven/London 1979, S. 488.

Hykawy, Rafał, et al., *Bilans prezydencji hiszpańskiej w Unii Europejskiej(1 stycznia 2002 r. – 30 czerwca 2002 r.)*, „Biuletyn Analiz UKIE", Nr. 10, Oktober 2002, http://www.biuletyn.ukie.gov.pl/HLP/banal.nsf/0/68CBAC6B3D390511C1256E9200388381?Open (Stand: 05.08.2009).

Inglehart, Ronald, *Culture Shift in Advanced Industrial Society*, Princeton University Press, Princeton 1990, S. 484.

Inicjatywa ryska Aleksandra Kwaśniewskiego, „Gazeta Wyborcza", 07.05.2002, http://wyborcza.pl/1,75248,919139.html (Stand: 21.09.2009).

Istanbul Summit expands operations, strengthens partnerships, improves capabilities, NATO, 28.06.2004, http://www.nato.int/docu/comm/2004/06-istanbul/home.htm (Stand: 09.03.2009).

IV Rzeczpospolita. Sprawiedliwość dla wszystkich, Warszawa 2005, S. 144.

Jakubowska stanie przed sądem za ustawę medialną, Money.pl, 03.04.2007, http://www.money.pl/archiwum/wiadomosci/artykul/jakubowska;przed;sadem;za;ustawe;medialna,218,0,228570.html (Stand: 07.01.2010).

Janik, Krzysztof, *Wystąpienie Krzysztofa Janika, ustępującego sekretarza SLD*, II Konwencja Krajowa SLD, 23.02.2002, SLD, http://www.sld.org.pl/index.php?view=1&art_id=4635&pid=18&ret_id=130&rsid=0 (Stand: 25.05.2008).

Janning, Joseph, *Europäische Union und Deutsche Europapolitik* [in:] Siegmar Schmidt, Gunther Hellmann, Reinhard Wolf, *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007, S. 747-762.

Jarchow, Hans-Joachim, *Theorie und Politik des Geldes*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2003, S. 541.

Jervis, Robert, *Perception and Misperception in International Politics*, Princeton University Press, Princeton 1976, S. 445.

Jesień, Leszek, *Polityka Polski w Unii Europejskiej*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2008", S. 41-52.

Joanna Szczepkowska ogłasza koniec IV RP, „gazeta.pl", 22.10.2007, http://wiadomosci.gazeta.pl/Wiadomosci/10,88722,4601743,Joanna_Szczepkowska_oglasza_koniec_IV_RP.html (Stand: 26.03.2009).

Jörs, Inka, *Postsozialistische Parteien. Polnische SLD und ostdeutsche PDS im Vergleich*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, S. 317.

Kaczyński, Jarosław, *Przedstawienie przez prezesa Rady Ministrów programu działania Rady Ministrów z wnioskiem o udzielenie jej wotum zaufania*, Sejm RP, 19.07.2006, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata5.nsf (Stand: 09.01.2010).

Kahrs, Johannes, Sandra Viehbeck (Hrsg.), *In der Mitte der Partei. Gründung, Geschichte und Wirken des Seeheimer Kreises*, Die Seeheimer e.V, Berlin 2005, S. 72.

Kamiński, Sławomir, *SLD ostrzega i prosi Belkę, by został*, „Gazata Wyborcza", 03.03.2005, S. 1.

Kant, Immanuel, *Zum ewigen Frieden*, Suhrkamp, Frankfurt am Main 2009, S. 250.

Karnowski, Michał, P. Zaremba (Hrsg.), *O dwóch takich… Alfabet braci Kaczyńskich*, Wydawnictwo m, Kraków 2006, S. 300.

Katholisches Polen im christlichen Europa. Vgl.: *Polska katolicka w chrześcijańskiej Europie*, PiS, Warszawa 2005, S. 56.

KE: zniesienie rosyjskiego embarga to znaczący postęp, „gazeta.pl", http://wiadomosci.gazeta.pl/Wiadomosci/1,80269,4856091.html (Stand: 07.10.2009).

Kempe, Iris, *Die EU und Russland*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2007", S. 283-286.

Kempe, Iris, *Europäische Nachbarschaftspolitik: Ukraine, Belarus, Republik Moldau und der Südkaukasus*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2007", S. 257-261.

Kempe, Iris, *Nachbarschaftspolitik: Russland, Ukraine und Belarus*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2002/2003", S. 275-280.

Kempe, Iris, *Nachbarschaftspolitik: Russland, Ukraine, Belarus, die Republik Moldau*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2006", S. 267-272.

Kempe, Iris, *Nachbarschaftspolitik: Russland, Ukraine, Moldau und Belarus*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2005", S. 261-266.

Kempe, Iris, *Nachbarschaftspolitik: Russland, Ukraine, Moldau und Belarus*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2003/2004", S. 259-266.

Keohane Robert O., Joseph S. Nye, *Transnational Relations and World Politics*, Harvard University Press, Cambridge Massachusetts 1981, S. 428.

Keohane, Robert O., Joseph S. Nye, *Power and Interdependence. World Politics in Transition*, Little Brown and Company, Boston 1977, S. 273.

Kiedy polskie referendum, „Gazeta Wyborcza", 18./19.06.2005, S. 7.

Kieniewicz, Leszek (Hrsg.), *Sprawozdania sejmowych komisji do spraw integracji z Unią Europejską z lat 1991-2005*, Wydawnictwo Sejmowe, Warszawa 2007, S. 125.

Kim, Heemin, Richard C. Fording, *Voter Ideology in Western Democracies, 1946 – 1989*, "European Journal of Political Research", 33/1998, S. 73-97.

Klingemann, Hans-Dieter et. al., *Mapping Policy Preference II: Estimates for Parties, Electors and Governments in Eastern Europe, the European Union and the OECD, 1990-2003*, Oxford University Press, Oxford 2006, S. 267.

Kok, Wim, *Enlarging the European Union. Achievements and Challanges. Report of Wim Kok to the European Commission*, European University Institute. Robert Schuman Centre for Advanced Studies, 26.03.2003, S. 84.

Kołecka, Beata, *Udział Polski w głównych politykach Unii. Wspólna Polityka Zagraniczna i Bezpieczeństwa* [in:] Paweł Świeboda et al., *Polska w Unii Europejskiej*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2005", S. 45-49.

Komisja Europejska nr 102, „Biuletyn", Nr. 1292/IV, 05.12.2002, Sejm RP, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/Main4?OpenForm&EUR (Stand: 14.11.2009).

Komisja Europejska nr 17, „Biuletyn", Nr. 290/IV, 05.02.2002, Sejm RP, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/Main4?OpenForm&EUR (Stand: 11.01.2010).

Komisja Europejska nr 18, „Biuletyn", Nr. 301/IV, 12.02.2002, Sejm RP, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/Main4?OpenForm&EUR (Stand: 08.11.2009).

Komisja Europejska nr 2, „Biuletyn", Nr. 27/IV, 25.10.2001, Sejm RP, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/Main4?OpenForm&EUR (Stand: 08.11.2009).

Komisja Europejska nr 33, „Biuletyn", Nr. 493/IV, 17.04.2002, Sejm RP, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/Main4?OpenForm&EUR (Stand: 09.11.2009).

Komisja Europejska nr 4, „Biuletyn", Nr. 63/IV, 13.11.2001, Sejm RP, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/Main4?OpenForm&EUR (Stand: 11.01.2010).

Komisja Europejska nr 57, „Biuletyn", Nr. 731/IV, 27.06.2002, Sejm RP, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/Main4?OpenForm&EUR (Stand: 08.11.2009).

Komisja Europejska nr 81, „Biuletyn", Nr. 941/IV, 10.09.2002, Sejm RP, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/Main4?OpenForm&EUR (Stand: 09.11.2009).

Komisja Europejska nr 99, „Biuletyn", Nr. 1257/IV, 29.11.2002, Sejm RP, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/Main4?OpenForm&EUR (Stand: 09.11.2009).

Komisje Stałe. Komisja do spraw Unii Europejskiej, Sejm RP, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/skladkom4?OpenAgent&SUE (Stand: 06.11.2009).

Komisje Stałe. Komisja Europejska, Sejm RP, http://orka.sejm.gov.pl/SQL.nsf/skladkom4?OpenAgent&EUR (Stand: 06.11.2009).

Konferencja Międzyrządowa 2000 – polski punkt widzenia, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2001", S. 39-53.

Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej, Dz.U. 1997, NR 78 poz. 483.

Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej. Projekt Prawa i Sprawiedliwości, PiS, Warszawa 2005, S. 62.

Konstytucja w Rzymie, „Gazeta Wyborcza", 13.07.2004, S. 7.

Koziej, Stanisław, *Strategie Bezpieczeństwa Narodowego z 2003 i 2007 roku*, Koziej.pl, http://www.koziej.pl/index.php?pid=5 (Stand: 22.09.2009), S. 31.

Krahmann, Elke, *Security: Collective Good or Commodity?*, "European Journal of International Relations", 14 (2008) 3, S. 379-404.

Krajowa Konwencja SLD. Warszawa 23.06.2001, SLD, http://www.sld.org.pl/index.php?pid=127 (Stand: 25.05.2008).

Krause, Katarzyna, Artur Orzechowski, *Stosunki dwustronne Polski. Obszar transatlantycki. Stany Zjednoczone*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2003", S. 221-227.

Krippendorff, Ekkehart, *Ist Aussenpolitik Aussenpolitik*, „Politische Vierteljahresschrift“, 4 (1963) 3, S. 243-266.

Kristol, Irving, *“Human Rights”: The Hidden Agenda* [in] B. Frankel (Hrsg.), *In the National Interest. A National Interest Reader*, The National Interest, Washington D.C. 1990, S. 391-403.

Książek, Jarosław, *Stosunki dwustronne Polski. Obszar poradziecki. Federacja Rosyjska*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2003“, S. 302-310.

Kublik, Agnieszka, Monika Olejnik, *Gruba Kreska i do przodu* [ein Interview mit Leszek Miller], „Gazeta Wyborcza”, 13./14.10.2001, S. 13.

Kułakowski, Jan, *Federacja a poszerzona Unia (Próba odpowiedzi Joschce Fischerowi)*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2001”, S. 54-61.

Kułakowski, Jan, Leszek Jesień, *Przebieg negocjacji akcesyjnych Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002”, S. 107-113.

Kupiecki, Robert, *Polska polityka bezpieczeństwa w dobie kryzysu stosunków transatlantyckich*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2004”, S. 40-47.

Kurczewska, Urszula, *Polska a Unia Europejska (2001)*, „Polski Przegląd Dyplomatyczny”, 2 (2002) 2, S. 47-70.

Kuźniar, Roman, *Droga do wolności. Polityka zagraniczna III Rzeczypospolitej*, Wydawnictwo Naukowe Scholar, Warszawa 2008, S. 335.

Kwaśniewski, Aleksander, *Spotkanie Prezydenta RP Uczestnikami Konferencji „Inicjatywa Ryska – Europa bez podziałów”*, Aleksander Kwaśniewski, 20.03.2003, http://www.kwasniewskialeksander.pl/int.php?id=1511&mode=view (Stand: 07.03.2009).

Kydland, Finn E., Edward C. Prescott, *Rules rather than Discretion: The Inconsistency of Optimal Plans*, “Journal of Political Economy”, 85 (1977) 3, S. 473-492.

Ladner, Andreas, *Stabilität und Wandel von Parteien und Parteiensystemen. Eine vergleichende Analyse von Konfliktlinien, Parteien und Parteiensystemen in den Schweizer Kantonen*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004, S. 488.

Lang, Kai-Olaf, *Polen*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2006”, S. 381-386.

Lang, Kai-Olaf, *Polen*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2007“, S. 371-376.

Lang, Kai-Olaf, *Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale* [in:] Thomas Jäger, Daria W. Dylla, *Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, S. 124-136.

Laponce, Jean A., *Left and Right. The Topography of Political Perceptions*, University of Toronto Press, Toronto 1981, S. 292.

Laver, Michael J., Ian Budge, *Measuring Policy Distances and Modelling Coalition Formation* [in:] *Party Policy and Government Coalitions*, St. Martin’s Press, New York 1992, S. 15-41.

Lepper do Cimoszewicza: ty kanalio!, “Wprost 24”, 23.11.2001, http://www.wprost.pl/ar/21147/Lepper-do-Cimoszewicza-ty-kanalio/ (Stand: 04.08.2009).

Levy, Gilat, *A Model of Political Parties*, „Journal of Economic Theory”, 115 (2004) 2, S. 250-277.

Lippert, Barbara, *Europäische Nachbarschaftspolitik*, „Jahrbuch der Europäischen Integration 2008“, S. 237-244.

Lipset, Seymour M., Stein Rokkan, *Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: an Introduction* [in:] Seymour M. Lipset, Stein Rokkan (Hrsg.) *Party Systems and Voters Alignments: Cross-National perspectives*, The Free Press, New York 1967, S. 1-64.

List do europejskich partii socjalistycznych i socjaldemokratycznych, 19.12.1999, SLD, www.**sld**.org.pl/download/index/biblioteka/45 (Stand: 31.05.2009).

List otwarty do europejskiej opinii publicznej, „Krytyka Polityczna”, http://www.krytykapolityczna.pl/Teksty-poza-KP/List-Otwarty-do-Europejskiej-Opinii-Publicznej/menu-id-63.html (Stand: 17.08.2009).

Machaj, Łukasz, *Za i przeciw Europie. Integracja europejska w polskiej myśli politycznej w latach 1989-2001*, Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego, Wrocław 2006, S. 535.

Madej, Marek, *Polityka bezpieczeństwa Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2008“, S. 53-78.

Majewski, Bogusław M., *Jak nas piszą?*, „Gazeta Wyborcza“, 17.06.2003, S. 11.

Makowski, Jarosław, *Każdy walczył o swoje*, „Gazeta Wyborcza”, 22.06.2004, S. 17.

Manifest Europejski SLD [in:] Inka Słodkowska, Magdalena Dołbakowska (Hrsg.), *Eurowybory 2004. Kandydaci i Programy*, ISP PAN, Warszawa 2005, S. 69-82.

Manifest Programowy – I Kongres 18-19 grudnia 1999, Warszawa 18.12.1999, Portal SLD, http://www.sld.org.pl/program/p-r-m-a-406/manifest_programowy_i_kongres.htm (Stand: 19.12.2008).

Marcinkiewicz, Kamil, *Fear of Corruption as a Tool of Political Confrontation. The example of the debate about the Polish Third Republic*, Präsentation auf der Konferenz “Economics of Corruption 2008”, Universität Passau, http://www.wiwi.uni-passau.de/fileadmin/dokumente/lehrstuehle/lambsdorff/Economics_of_Corruption_2008/Kamil_Marcinkiewicz.pdf (Stand: 19.08.2009).

Marcinkiewicz, Kamil, *German-American Relations 2000-2003. Emergence of the Crisis*, Wroclaw 2007, S. 172.

Marcinkiewicz, Kamil, *Interview mit Szymon Szewrański (SDPL).*

Marcinkiewicz, Kamil, *Interview mit Andrzej Grzyb (PiS).*

Marcinkiewicz, Kamil, *Interview mit Beata Kempa (PiS).*

Marcinkiewicz, Kamil, *Interview mit Beata Kempa (PiS).*

Marcinkiewicz, Kamil, *Interview mit Bogusław Kowalski (PiS).*

Marcinkiewicz, Kamil, *Interview mit Jan Dziedziczak (PiS).*

Marcinkiewicz, Kamil, *Interview mit Joanna Senyszyn (SLD).*

Marcinkiewicz, Kamil, *Interview mit Karol Karski (PiS).*

Marcinkiewicz, Kamil, *Interview mit Katarzyna Matuszewska (UP).*

Marcinkiewicz, Kamil, *Interview mit Kazimierz Michał Ujazdowski (ehem. PiS).*

Marcinkiewicz, Kamil, *Interview mit Marek Borowski (SDPL).*

Marcinkiewicz, Kamil, *Interview mit Marek Dyduch (ehem SLD)*.

Marcinkiewicz, Kamil, *Interview mit Marek Suski (PiS)*.

Marcinkiewicz, Kamil, *Interview mit Michał Syska (SDPL)*.

Marcinkiewicz, Kamil, *Interview mit Paweł Poncyljusz (PiS)*.

Marcinkiewicz, Kamil, *Interview mit Piotr Gadzinowski (SLD)*.

Marcinkiewicz, Kamil, *Interview mit Ryszard Kalisz (SLD)*.

Marcinkiewicz, Kamil, *Interview mit Szymon Szewrański (SDPL).*

Marcinkiewicz, Kamil, *Interview mit Witold Gintowt-Dziewałtowski (SLD)*.

Marcinkiewicz, Kamil, *Inteview mit Beata Kempa (PiS)*.

Marcinkiewicz, Kamil, *Przedstawienie przez prezesa Rady Ministrów programu działania Rady Ministrów z wnioskiem o udzielenie jej wotum zaufania*, Sejm RP, 10.11.2005, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata5.nsf (Stand: 02.02.2009).

Marcinkiewicz, Kamil, *Przedstawienie przez prezesa Rady Ministrów programu działania Rady Ministrów z wnioskiem o udzielenie jej wotum zaufania*, Sejm RP, 10.11.2005, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata5.nsf (Stand: 02.02.2009).

Marcinkiwicz, Kamil, *Interview mit Beata Kempa (PiS)*.

Marhold, Hartmut, *Deutsche Europapolitik nach dem Regierungswechsel 2005*, „Integration“, 15 (2006) 1, S. 3-22.

Maull, Hanns W., *Deutschland als Zivilmacht* [in:] Siegmar Schmidt, Gunther Hellmann, Reinhard Wolf, *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007, S. 73-84.

Mayring, Philipp, *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*, Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1995, S. 127.

Mazowiecki, Tadeusz, *Bronić – ale nie do śmierci*, „Gazeta Wyborcza”, 24.02.2004, S. 15.

Mearsheimer, John J., *E.H. Carr vs. Idealism: The Battle Rages On*, “International Relations”, 19 (2005) 2, S. 139-152.

Medek, Jakub, Konrad Niklewicz, *Augustów idzie na wojnę. Ekolodzy stanęli obozem*, „wyborcza.pl”, 31.07.2007, http://wyborcza.pl/1,83128,4352254.html (Stand: 10.01.2010).

Media: W Bukareszcie Sikorski groził Merkel, „gazeta.pl”, 05.04.2008, http://wiadomosci.gazeta.pl/Wiadomosci/1,80708,5091426.html (Stand: 10.03.2010).

Media zagraniczne o Polsce i polskiej kulturze w świecie. Biuletyn (na podstawie informacji z placówek), Rok XII, Numer 2027 (2780), 20.02.2003, http://msz.gov.pl/files/file_library/39/030220_3985.doc (Stand: 20.09.2009).

Meller, Stefan, *Informacja Ministra Spraw Zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2006 r.*, Sejm RP, 15.02.2006, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata5.nsf (Stand: 31.12.2008).

Merkel, Angela, *Od „Solidarności“ do pięknej Europy*, „Gazeta Wyborcza”, 17./18.03.2007, S. 13.

Metz, Almut, *Den Stier bei den Hörnen gepackt? Definition, Werte und Ziele der Europäischen Union im Verfassungsprozess* [in:] Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Die Europäische Verfassung in der Analyse*, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2005, S. 49-59.

Mięsu mówią „niet”, „Gazeta Wyborcza”, 03.06.2004, S. 21.

Milewicz, Ewa, *A – jak aaaby było lepiej, czyli obietnice przedwyborcze* [in:] *Alfabet Millera*, „Gazeta Wyborcza”, 02./03.02.2002, S. 7.

Miller, Leszek, *Polska musi zwyciężyć*, „Gazeta Wyborcza”, 26.10.2001, S. 12

Miller, Leszek, *Przedstawienie przez prezesa Rady Ministrów programu działania Rady Ministrów z wnioskiem o udzielenie jej wotum zaufania*, Sejm RP, 25.10.2001, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 20.09.2008).

Miller, Leszek, *Rozpatrzenie wniosku prezesa Rady Ministrów o wyrażenie przez Sejm Rzeczypospolitej Polskiej wotum zaufania Radzie Ministrów*, Sejm RP, 13.06.2003, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 20.9.2008).

Miller, Leszek, *Wystąpienie inauguracyjne Przewodniczącego SLD Leszka Millera*, Warszawa 18.12.1999, SLD, www.sld.org.pl/download/index/biblioteka/44 (Stand: 24.12.2008).

Minister Adam Daniel Rotfeld, MSZ, http://www.msz.gov.pl/Minister,Adam,Daniel,Rotfeld,2683.html (Stand: 08.01.2010).

Minuta po minucie, „Gazeta Wyborcza“, 14./15.12.2002, S. 3.

Moravcsik, Andrew, Milada Anna Vachudova, *Bargaining Among Unequals: Enlargement and the Future of European Integration*, “European Union Studies Association Review”, 15 (2002) 4, S. 1-4.

Moravcsik, Andrew, *Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics*, “International Organization”, 52 (1997) 4, S. 513-533.

Moravcsik, Andrew, *The Choice for Europe. Social Purpose & State Power from Messina to Maastricht*, UCL Press, London 1999, S. 514.

Morawski, Ignacy, *Euro w Polsce – nadzieja czy zagrożenie?*, „Rzeczpospolita“, 08.10.2007, http://www.rp.pl/artykul/60874_Euro_w_Polsce___nadzieja_czy_zagrozenie_.html (Stand: 23.03.2009).

Morgenthau, Hans J., *Politics Among Nations. The Struggle for Power and Peace*, McGraw-Hill, New York 2006, S. 703.

Moskwa grozi nam rakietami, „wyborcza.pl”, 16.02.2007, http://wyborcza.pl/1,93610,3923360.html (Stand: 15.10.2009).

MSZ nie tłumaczył, „Gazeta Wyborcza”, 22./23.01.2005, S. 3.

Müller, Harald, Thomas Risse-Kappen, *From the Outside In and and from the Inside Out. International Relations, Domestic Politics and Foreign Policy* [in:] D. Skidmore, V. M. Hudson, *The Limits of State Autonomy. Societal Groups and Foreign Policy Formulation*, Westview Press, Boulder 1993, S. 25-48.

Nasze Tradycje i Wartości – Deklaracja I Kongresu SLD, Warszawa 19.12.1999, Portal SLD, http://www.sld.org.pl/program/nasze_tradycje_i_wartosci_-_i_kongres_18_-_19_grudnia_1999.htm (Stand: 19.12.2008).

Neuendorf, Kimberly A., *The Content Analysis Guidebook*, Sage Publications, Thousand Oaks 2002, S. 300.

Nevitt Sanford, R., Theodor W. Adorno, Else Frenkel-Brunswick, Daniel J. Levinson, *The Measurement of Implicit Antidemocratic Trends* [in:] T.W. Adorno, Else Frenkel-Brunswick, Daniel J. Levinson, R. Nevitt Sanford, *The Authoritarian Personality*, W.W. Norton Company, New York 1982, S. 151-209.

Nie czekać na Francję, „Gazeta Wyborcza", 22.04.2005, S. 10.

Niklewicz, Konrad, *Brytyjczycy nie poprą Polski*, „Gazeta Wyborcza", 31.03./1.04.2007, S. 9.

Niklewicz, Konrad, *Ciężka walka o usługi*, „Gazeta Wyborcza", 26.11.2004, S. 25.

Niklewicz, Konrad, *Jednym głosem*, „Gazeta Wyborcza", 19.02.2002, S. 3.

Niklewicz, Konrad, *Jest już deklaracja berlińska. Teraz czas na eurokonstytucję?*, „Gazeta Wyborcza", 24./25.03.2007, S. 8.

Niklewicz, Konrad, *Kwaśniewski i Marcinkiewicz razem*, „Gazeta Wyborcza", 08.12.2005, S. 25.

Niklewicz, Konrad, *Nicejskie chłody*, „Gazeta Wyborcza", 23.12.2003, S. 3.

Niklewicz, Konrad, *Polska samotna w Unii?*, „Gazeta Wyborcza", 19.06.2007, S. 12.

Niklewicz, Konrad, Robert Sołtyk, *Na szczycie Unii zgoda w sprawie usług*, „Gazeta Wyborcza", 23.03.2005, S. 21.

Niklewicz, Konrad, *Sześć, Gerhard, sześć!*, „Gazeta Wyborcza", 27.05.2004, S. 19.

Nye, Joseph S., *The Paradox of American Power. Why the World's only Superpower can't go it alone*, Oxford University Press, New York 2002, S. 222.

O partii, PiS, http://www.pis.org.pl/unit.php?o=partia (Stand: 11.01.2010).

OBOP: 57proc. chce głosować na 25 proc. na PiS, „gazeta.pl", 18.02.2008, http://wiadomosci.gazeta.pl/Wiadomosci/1,81048,7577069,OBOP__57_proc__chce_glosowac_na_PO__25_proc__na_PiS.html (Stand: 10.03.2010).

Obwieszczenie Państwowej Komisji Wyborczej z dnia 27 września 2005 roku o wynikach wyborów do Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej przeprowadzonych w dniu 25 września 2005 roku, Państwowa Komisja Wyborcza, S. 351.

Obwieszczenie Państwowej Komisji Wyborczej z dnia 23 października 2007 r. o wynikach wyborów do Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej przeprowadzonych w dniu 21 października 2007 r., „Dziennik Ustaw", Nr. 198, poz. 1438, S. 13685.

Offener Brief der acht EU-Länder zum Irak im Wortlaut, Tagesschau, http://www.tagesschau.de/ausland/meldung353388.html (Stand: 19.09.2009).

Oleksy, Józef, *Informacja rządu w sprawie przygotowań do konferencji międzyrządowej w sprawie traktatu ustanawiającego konstytucję dla Europy. Informacja przedstawiciela Sejmu w Konwencie Europejskim*, Sejm RP, 18.09.2003, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 15.08.2009).

Olson, Mancur Jr., *Die Logik des Kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen*, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1968, S. 181.

Opinie o rządzie Marka Belki, Centrum Badania Opinii Społecznej, Komunikat z Badań BS/107/2004, Warszawa Juni 2004, http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2004/K_107_04.PDF (Stand: 09.05.2008), S. 5.

Organisation Chart, European Defence Agency, http://eda.europa.eu/genericitem.aspx?area=Organisation&id=119 (Stand: 20.10.2009).

Ostrowski, Marek, Ryszard Socha, *Dama PiS*, „polityka.pl", 13.07.2006, http://www.polityka.pl/kraj/ludzie/185786,1,fotyga-anna.read (Stand: 10.01.2010).

Owen, John M., *How Liberalism Produces Democratic Peace*, "International Security", 19 (1994) 2, S. 87-125.

Palacio, Ana, W. Cimoszewicz, *Pozostańmy przy Nicei*, „Gazeta Wyborcza", 27./28.09.2003, S. 13.

Palata, Lubosz, *Piwo za Eurokonstytucję*, „Gazeta Wyborcza", 31.05.2007, S. 19.

Panebianco, Angelo, *Political Parties. Organization and Power*, Cambridge University Press, Cambridge 1988, S. 318.

Paradowska, Janina, *Miller: reaktywacja*, „Polityka", 14.06.2003, S. 18-22.

Parzymies, Stanisław, *Postanowienia Rady Europejskiej w Nicei i ich znaczenie dla Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2001", S. 108-115.

Paul, Diane B., *The Selection of the „Survival of the Fittest"*, "Journal of the History of Biology", 21 (1988) 3, S. 411-424.

Pawlak: zniesienie embarga to sukces UE, „gazeta.pl", 19.12.2007, http://wiadomosci.gazeta.pl/Wiadomosci/1,80269,4776066.html (Stand: 07.10.2009).

Pawlicki, Jace, Wojciech Szacki, *Rice z tarczą w Warszawie*, „wyborcza.pl", 21.08.2008, http://wyborcza.pl/1,76842,5610950,Rice_z_tarcza_w_Warszawie.html (Stand: 16.10.2009).

Pawlicki, Jacek, *A gdyby nie było nas w Unii*, „Gazeta Wyborcza", 29.04.2006-01.05.2006, S. 22.

Pawlicki, Jacek, *Bóg, honor i Nicea*, „Gazeta Wyborcza", 17.09.2003, S. 9.

Pawlicki, Jacek, *Dajcie szansę Nicei*, „Gazeta Wyborcza", 06.10.2003, S. 10.

Pawlicki, Jacek, *Holandia nie walczy z Polską o zmianę liczenia głosów w UE*, „Gazeta Wyborcza", 18.04.2007, S. 5.

Pawlicki, Jacek, *Jeden Kaczyński zaprzecza, a drugi potwierdza*, „Gazeta Wyborcza", 07.11.2006, S. 5.

Pawlicki, Jacek, Konrad Niklewicz, *Europa nie wierzy w weto*, „Gazeta Wyborcza", 30.03.2007, S. 10.

Pawlicki, Jacek, *Polska w UE z ręką na wecie*, „Gazeta Wyborcza", 11.05.2007, S. 10.

Pawlicki, Jacek, *Tak się broni interesów w Unii*, „Gazeta Wyborcza", 19.07.2004, S. 2.

Pawlicki, Jacek, *W Unii boso, ale w ostrogach*, „Gazeta Wyborcza", 22.06.2006, S. 10.

Pawlicki, Jacek, *Wchodź Europo*, „Gazeta Wyborcza", 20.11.2001, S. 1.

Pawlicki, Jacek, *Wizyta w Brukseli w cieniu generała*, „Gazeta Wyborcza", 19.04.2007, S. 17.

Pawlicki, Jacek, *Zwolniony hamulec*, „Gazeta Wyborcza", 24.03.2004, S. 1.

Persson, Torsten, Guido Tabellini, *Political Economics. Explaining Economic Policy*, The MIT Press, Cambridge (Massachusetts) 2000, S. 533.

Peterson, Mathew, *Green Politics*, [in:] Scott Burchill, Andrew Linklater, *Theories of International Relations*, Macmillan Press, Houndmills 1996, S. 252-275.

Pettersson-Lidbom, Per, *Do Parties Matter for Economic Outcomes: A Regression-Discontinuity Approach*, "Journal of the European Economic Association", 6 (2008) 5, S. 1037-1056.

Pięciak, Wojciech, *Droga do normalności. Polityka zagraniczna RFN od wojny o Kuwejt do wojny o Kosowo*, Towarzystwo „Więź", Fundacja Centrum Stosunków Międzynarodowych, Warszawa 2000, S. 312.

Pietkiewicz, Edward, *Protokół dyplomatyczny*, Ministerstwo Spraw Zagranicznych, Warszawa 1998, S. 330.

Piotrowski, Marcin A., *Stosunki dwustronne Polski. Obszar poradziecki. Federacja Rosyjska*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2002", S. 288-296.

Po zapowiedzi dymisji rządu Leszka Millera. Społeczne reakcje oraz opinie o przyszłym rządzie, Centrum Badania Opinii Społecznej, Komunikat z Badań BS/63/2004, Warszawa April 2004, http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2004/K_063_04.PDF (Stand: 09.05.2008), S. 7.

Podolski, Antoni, *Na Wschodzie wciąż mróz*, „Gazeta Wyborcza", 12.06.2006, S. 26.

Poland Veto Escalates Beef with Moscow, "Spiegel-Online International", 24.11.2006, http://www.spiegel.de/international/0,1518,450496,00.html (Stand: 06.06.2009).

Polen übernimmt Besatzungszone, „sueddeutsche.de", 03.09.2003, http://www.sueddeutsche.de/politik/71/356898/text/ (Stand: 24.01.2010).

Polska demokratyczna i socjalna. Konstytucja Programowa Sojuszu Lewicy Demokratycznej, SLD, Warszawa 2007, S. 14.

Polska katolicka w chrześcijańskiej Europie, PiS, Warszawa 2005 , S. 56.

Polska nie zostanie w Unii sama [ein Interview von Jacek Pawlicki mit Ewa Ośniecka-Tamecka], „Gazeta Wyborcza", 05.04.2007, S. 14.

Polskie rolnictwo na tle rolnictwa Unii Europejskiej. Fiszka informacyjna, UKIE, 07.01.2004, http://www.ukie.gov.pl/HLP/files.nsf/0/B9273694A5F555F0C1256ED20027F99C/$file/07-01-04.pdf?Open (Stand: 05.08.2009).

Porozumienie o zawarciu parlamentarnej koalicji wyborczej Sojuszu Lewicy Demokratycznej i Unii Pracy w wyborach do Sejmu i Senatu w 2001 roku [in:] Inka Słodkowska (Hrsg.), *Wybory 2001. Partie i ich programy*, Instytut Studiów Politycznych Polskie Akademii Nauk, Warszawa 2002, S. 10-13.

Porozumienie o zawarciu parlamentarnej koalicji wyborczej Sojuszu Lewicy Demokratycznej i Unii Pracy w wyborach do Sejmu i Senatu w 2001 roku [in:] I. Słodkowska (Hrsg.), *Wybory 2001. Partie i ich programy*, Instytut Studiów Politycznych Polskie Akademii Nauk, Warszawa 2002, S. 11.

Pracujący w gospodarce narodowej w 2004 r., Główny Urząd Statystyczny, Warszawa September 2005, S. 151.

Press Conference by President Bush and Russian Federation President Putin, The White House, http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2001/06/20010618.html (Stand: 24.09.2009).

Program Prawa i Sprawiedliwości, Warszawa, August 2001 [in:] Inka Słodkowska (Hrsg.), *Wybory 2001. Partie i ich programy*, Warszawa 2002, Instytut Studiów Międzynarodowych Polskiej Akademii Nauk, S. 89-124

Program Wyborczy Sojusz Lewicy Demokratycznej Unia Pracy, Koalicyjny Komitet Wyborczy, Warszawa 2001 [in:] Inka Słodkowska (Hrsg.), *Wybory 2001. Partie i ich programy*, Instytut Studiów Politycznych Polskiej Akademii Nauk, Warszawa 2002, S. 13-38.

Pszczółkowska, Dominika, *Będą ważyć Polskę w Unii*, „Gazeta Wyborcza", 24.03.2004, S. 6.

Pszczółkowska, Dominika, *Co robi Konwent*, „Gazeta Wyborcza“, 24.07.2002, S. 7.

Pszczółkowska, Dominika, *Jaka będzie ta Unia*, „Gazeta Wyborcza”, 24.07.2002, S.7.

Pszczółkowska, Dominika, *Licytacja twardzieli*, „Gazeta Wyborcza”, 11.12.2003, S. 3.

Pszczółkowska, Dominika, *Nicea albo śmierć*, “Gazeta Wyborcza”, 19.09.2003, S. 7

Pszczółkowska, Dominika, *Rokita gromi rząd*, „Gazeta Wyborcza”, 01.07.2004, S. 4.

Pszczółkowska, Dominika, *Skokiem do Unii*, „Gazeta Wyborcza”, 15.11.2001, S. 1.

Pszczółkowska, Dominika, *Sojusz w sprawie Nicei*, „Gazeta Wyborcza”, 31.07.2003, S. 7.

Pszczółkowska, Domnika, *Dobrze, że się dogadali*, „Gazeta Wyborcza”, 27.10.2002, S. 4.

Putnam Robert D., R. Leonardi, R. Nanetti, *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton University Press, Princeton 1994, S. 258.

Raciborski, Jacek, *Konstruowanie rządów i elit rządowych* [in:] Jacek Raciborski (Hrsg.), *Elity rządowe III RP 1997-2004. Portret socjologiczny*, Wydawnictwo Trio, Warszawa 2006, S. 27-50.

Raduchowska-Brochwicz, Anna, *Konwent Europejski – przebieg prac. Wkład Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2003”, S. 79-100.

Radziwinowicz, Wacław, *Hetman zdradzony, księżniczka wybiera Moskwę*, „Gazeta Wyborcza“, 08.09.2008, http://wyborcza.pl/1,76842,5670349,Hetman_zdradzony__ksiezniczka_wybiera_Moskwe.html (Stand: 13.10.2009).

Rathbun, Brian C., *Partisan Interventions. European Party Politics and Peace Enforcement in the Balkans*, Cornell University Press, Ithaca 2004, S. 228.

Ratyfikacja to szansa dla Polski, „Gazeta Wyborcza”, 02.06.2005, S. 6.

Ray, Leonard, *Measuring Party Orientations Towards European Integration. Results from the Expert Survey*, “European Journal of Political Research”, 2 (1999) 36, S. 283-306.

Rehakova, Blanka, *Who Are the Czech Materialists, Post-materialists, and Those Who Are ‘Mixed’, and How Do They Differ in Their Opinions and Attitudes on Selected – Primarily Political – Subjects*, “Czech Sociological Review”, 9 (2001) 1, S. 35-52.

Repression gegen Christen in Belarus, Libereco. Partnership for Human Rights, 10.10.2009, http://www.lphr.org/news/news-details/article/repression-gegen-christen-in-belarus//3/ (Stand: 11.01.2010).

Roguska, Beata, *Opinie o integracji Polski z Unią Europejską i przebiegu negocjacji akcesyjnych*, CBOS, Warszawa Juli 2000, S. 22.

Rokita, Jan, *Informacja rządu w sprawie przygotowań do konferencji międzyrządowej w sprawie traktatu ustanawiającego konstytucję dla Europy. Informacja przedstawiciela Sejmu w Konwencie Europejskim*, Sejm RP, 18.09.2003, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 16.08.2009).

Rokita, Jan, *Informacja rządu w sprawie wyników konferencji międzyrządowej, która odbyła się w Brukseli w dniach 17 i 18 czerwca 2004 r.*, Sejm RP, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 29.08.2009).

Rolnictwo – negocjacje z Unią Europejską. Fiszka informacyjna, UKIE, 07.01.2002, http://www.ukie.gov.pl/HLP/files.nsf/0/E8F3ADF99827F678C1256ED2002815E9/$file/07-01-02.pdf?Open (Stand: 05.08.2009).

Rosenbladt, Sabine, *Alles ist Außenpolitik. Editorial*, „Internationale Politik“, Januar 2005, S. 1.

Rotfeld Adam D., *Informacja ministra spraw zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2005 roku*, Sejm RP, 21.01.2005, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 25.12.2008).

Rubinowicz, Anna, et al., *W Brukseli albo pod murem*, „Gazeta Wyborcza”, 22.10.2002, S. 1.

Rubinowicz-Gruendler, Anna et al., *Konstytucja w Trójkącie*, „Gazeta Wyborcza”, 17./18.01.2004, S. 6.

Rubinowicz-Gruendler, Anna et al., *Kto nie chciał dogadać się w Brukseli*, „Gazeta Wyborcza”, 15.12.2003, S. 6.

Rubinowicz-Gruendler, Anna et al., *My nie spiskujemy*, „Gazeta Wyborcza”, 18.02.2004, S. 9.

Runyon, Richard P., Audrey Haber, *Fundamentals of Behavioral Statistics*, Addison-Wesley Publishing Company, Reading (Massachussets) 1967, S. 304.

Sajdik, Martin, Michael Schwarzinger, *European Union Enlargement. Background Developments, Facts. Central and Eastern Europe Policy Studies, Volume 2*, Transaction Publishers, New Brunswick/London 2008, S. 356.

Sartori, Giovanni, *Compare Why and How. Comparing, Miscomparing and the Comparative Method* [in:] Mattei Dogan, Ali Kazancigil (Hrsg.), *Comparing Nations. Concepts, Strategies, Substance*, Blackwell, Oxford 1994, S. 14-34.

Sharpe, Laurence J., Kenneth Newton, *Does Politics Matter? The Determinants of Public Policy*, Clarendon Press, Oxford 1984, S. 219.

Schelling, Thomas C., *The Strategy of Conflict*, Harvard University, Cambridge (Mass.)/London 1981, S. 309.

Schmidt, Manfred G., *CDU und SPD an der Regierung*, Campus Verlag, Frankfurt/New York 1980, S. 178.

Schmidt, Manfred G., *Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen*, Campus Verlag, Frankfurt am Main 1982, S. 258.

Schröder, Gerhard, *Erklärungen des Bundeskanzlers zu den Terroranschlägen in den USA*, Archiv bundesregierung.de, http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/artikel/34/55734/multi.htm (Stand: 24.09.2009).

Schröder, Klaus, *Die gesellschaftliche Herausforderung von rechts außen*, Deutschlandradio Berlin, 21.2.2005, http://www.dradio.de/dlr/sendungen/feuilleton/349189/ (Stand: 22.11.2008).

Schumpeter, Joseph A., *Capitalism, Socialism and Democracy*, Unwin Paperbacks, London 1987, S. 437.

Schwall-Düren, Angelica, Markus Meckel, *Pressemitteilung. SPD begrüßt Verzicht Steinbachs*, http://www.schwall-dueren.de/index.php?id=62&tx_ttnews[tt_news]=369&tx_ttnews[backPid]=44&cHash=121cee1cb4 (Stand: 05.03.2009).

Selectorate Survey, The Alexander Hamilton Center for Political Economy at New York University, http://alexanderhamilton.as.nyu.edu/page/survey#q3 (Stand: 21.11.2008).

Sergej Jastrschembski, EU-Sonderbeauftragter von Präsident Wladimir Putin: „Das polnische Veto ist kein russisches, sondern ein europäisches Problem“ [ein Interview mit Sergej Jastrschembski], RIA Novosti, http://de.rian.ru/analysis/20071025/85510718.html (Stand: 09.10.2009).

Siegel, Sidney, *Nichtparametrische Methoden*, Fachbuchhandlung für Psychologie Verlagsabteilung, Frankfurt am Main 1976, S. 321.

Sikorski, Radosław., *Informacja Ministra Spraw Zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2008r.*, Sejm, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata6.nsf (Stand: 31.12.2008).

Skocpol, Theda, States and Social Revolutions: A Comparative Analysis of France, Russia and China, Cambridge University Press, Cambridge (Mass.) 2008, S. 407.

Slapin, Jonathan B., Sven-Oliver Proksch, *A Scaling-Model for Estimating Time-Series Party Positions from Texts*, "American Journal of Political Science", 52 (2008) 3, S. 705-722.

Śmiłowicz, Piotr, Jan Ordyński, *Ministerstwo Spraw Zaległych*, „Rzeczpospolita", 27.07.2006, http://new-arch.rp.pl/artykul/629481_Ministerstwo_Spraw_Zaleglych.html (Stand: 27.03.2009).

Smoleński, Paweł, *Ustawa za łapówkę czyli przychodzi Rywin do Michnika*, „wyborcza.pl", 26.12.2002, http://wyborcza.pl/1,75478,1237212.html (Stand: 07.01.2010).

Sołtyk, Robert, Anna Rubinowicz-Gruendler, *Co dalej z Europą*, „Gazeta Wyborcza", 17.06.2005, S. 8.

Sołtyk, Robert, *Hamulcowi Unii*, „Gazeta Wyborcza", 16.03.2005, S. 19.

Sołtyk, Robert, *Kolejny sądny grudzień*, „Gazeta Wyborcza", 08.09.2003, S. 14.

Sołtyk, Robert, *Kto nie chce konstytucji*, „Gazeta Wyborcza", 10.03.2004, S. 10.

Sołtyk, Robert, *Madryt i Paryż kontra Berlin*, „Gazeta Wyborcza", 11.03.2004, S. 6.

Sołtyk, Robert, *Moskwa wpuści mięso*, „Gazeta Wyborcza", 05./06.06.2004, S. 29.

Sołtyk, Robert, *Polska coraz bardziej samotna*, „Gazeta Wyborcza", 25.05.2004, S. 8.

Sołtyk, Robert, *W Unii przegrał wolny rynek*, „Gazeta Wyborcza", 04.02.2005, S. 25.

Sołtyk, Robert, *Ziemia do dogadania*, „Gazeta Wyborcza", 11.10.2001, S. 2.

Społeczny wizerunek Marka Belki, Centrum Badania Opinii Społecznej, Komunikat z Badań BS/47/2005, Warszawa März 2005, http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2005/K_047_05.PDF (Stand: 09.05.2008), S. 10.

Sprawiedliwość Społeczna i Praca Programowa. Deklaracja wyborcza Sojuszu Lewicy Demokratycznej w wyborach 2005 r., SLD, http://www.sld.org.pl/program/p-r-m-a-410/sprawiedliwosc_spoleczna_i_praca_programowa_2005.htm (Stand: 19.03.2009).

Sprawiedliwość Społeczna i Praca. Deklaracja Wyborcza Sojuszu Lewicy Demokratycznej w wyborach 2005 [in:] Inka Słodkowska, Magdalena Dołbakowska, *Wybory 2005. Partie i ich programy*, ISP PAN, Warszawa 2006, S. 137-154.

Sprawozdania stenograficzne z posiedzeń Sejmu IV Kadencji, Sejm RP, http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf (Stand: 15.09.2009).

Stabenow, M., *Vertrag ohne Balast*, „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 21.06.2007, S. 2.

Stachura, Jadwiga, *Polska w stosunkach transatlantyckich*, "Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2004", S. 117-126.

Stadtmüller, Elżbieta, *The EU's Future and Democracy in the Context of Enlargement* [in:] Thomas Lane, Elżbieta Stadtmüller (Hrsg.), *Europe on the Move. The Impact of Eastern Enlargement on the European Union*, Lit Verlag Münster 2005, S. 15-35.

Stanowisko Krajowej Konwencji Programowej SLD w sprawie budowy tarczy antyrakietowej [in:] *Biuletyn po Krajowej Konwencji Sojuszu Lewicy Demokratcznej 2-3 czerwca 2007*, SLD, http://www.sld.org.pl/program/p-r-m-a-434/biuletyn_programowy_po_konwencji_sld_2007.htm (Stand: 26.08.2009), S. 13.

Stanowisko Krajowej Konwencji Programowej SLD w sprawie polskiej polityki europejskiej wypracowane w panelu dyskusyjnym [in:] *Biuletyn po Krajowej Konwencji Sojuszu Lewicy Demokratcznej 2-3 czerwca 2007*, SLD, http://www.sld.org.pl/program/p-r-m-a-434/biuletyn_programowy_po_konwencji_sld_2007.htm (Stand: 26.08.2009), S. 20.

Starzyk, Jarosław, *Współpraca Polski z Unią Europejską w sferze Wspólnej Polityki Zagranicznej i Bezpieczeństwa*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2004", S. 113-116.

Stemplowski, Ryszard, *Wprowadzenie do analizy polityki zagranicznej RP*, Band I, Polski Instytut Spraw Międzynarodowych, Warszawa 2007, S. 438.

Stosunek do rządu i premiera w lipcu, Centrum Badania Opinii Społecznej, Komunikat z Badań BS/123/2005, Warszawa Juli 2005, http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2005/K_123_05.PDF (Stand: 09.05.2008), S. 9.

Strohmeier, Gerd, *Moderne Wahlkämpfe – wie sie geplant, geführt und gewonnen werden*, Nomos, Baden-Baden 2001, S. 383.

Świeboda, Paweł, *Europa czeka na Kaczyńskich*, „Gazeta Wyborcza", 23.05.2007, S. 13.

Święcicki, Marcin, *Raport w sprawie korzyści i kosztów integracji Polski z Unią Europejską*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2001", S. 81-96.

Swobodny przepływ osób. Negocjacje Polski z Unią Europejską. Fiszka Informacyjna, UKIE, 02.01.2002, http://www.ukie.gov.pl/HLP/files.nsf/0/DDB8D8FACDB5DA38C1256ED20027DBFA/$file/02-01-02.pdf?Open (Stand: 02.08.2009).

Syska, Niwiński, Rzepecki: Rezygnujemy z członkostwa w Zarządzie Krajowym SDPL, Michał Syska, http://www.syska.pl/27,aktualnosci,syska_niwinski_rzepecki_rezygnujemy_z_czlonkostwa_w_zarzadzie_krajowym_sdpl.html (Stand: 21.05.2009).

Szacki, Wojciech, *Tusk: Nielojalny Waszczykowski musiał odejść*, „wyborcza.pl", 12.08.2008, http://wyborcza.pl/1,93610,5578717,Tusk__Nielojalny_Waszczykowski_musial_odejsc.html (Stand: 16.10.2009).

Szałwiński, Tomasz, *Szorstkie przywitanie w Unii*, „Gazeta Wyborcza", 09.08.2004, S. 27.

Szczerbiak, Aleks, *The birth of a bi-polar party system or a referendum on a polarising government? The October 2007 Polish parliamentary election*, Sussex European Institute, Working Paper No 100, S. 35.

Szeptycki, Andrzej, *Stosunki Polski z Ukrainą*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2006", S. 130-143

Szeptycki, Andrzej, *Stosunki Polski z Ukrainą*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2007", S. 166-179.

Szmyd, Zofia, *Stosunki dwustronne Polski. Ukraina*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2001", S. 230-237.

Tarnogórski, Rafał, *Kronika dyplomatyczna*, „Polski Przegląd Dyplomatyczny", 1 (2001) 4, S. 297-307.

Tarnogórski, Rafał, *Kronika Dyplomatyczna*, „Polski Przegląd Dyplomatyczny", 6 (2006) 2, S. 183-189.

Tarnogórski, Rafał, *Kronika Dyplomatyczna*, „Polski Przegląd Dyplomatyczny", 6 (2006) 4, S. 193-202.

Tarnogórski, Rafał, *Kronika dyplomatyczna*, „Polski Przegląd Dyplomatyczny", 7 (2007) 4, S. 181-190.

Tarnogórski, Rafał, *Kronika dyplomatyczna*, „Przegląd Dyplomatyczny“, 1 (2001) 4, S. 297-307.

Tarnogórski, Rafał, *Kronika Dyplomatyczna*, „Przegląd Dyplomatyczny”, 7 (2007) 3, S. 187-196.

Teune, Henry, *Comparative Research, Experimental Design, and the Comparartive Method*, “Comparative Political Studies”, 8 (1975) 2, S. 195-199.

The Union's decision-making procedures. The new system of qualified majority voting, europa.eu, http://europa.eu/scadplus/constitution/doublemajority_en.htm (Stand: 10.01.2010).

Thomann, Jörg, *Wie Polen Europa einigt*, „Frankfurter Allgemeine Zeitung”, 05.05.2003, http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~E9460EFC53A194FC68474372658458D27~ATpl~Ecommon~Scontent.html?rss_googlefeed_politik (Stand: 20.09.2009).

Tilly, Charles, *Coercion, Capital, and European States, AD 990-1992*, Basil Blackwell, Cambridge MA 1992, S. 269.

Treść umowy stabilizacyjnej podpisanej przez PiS, LPR i Samoobronę, „wyborcza.pl”, 02.02.2006, http://wyborcza.pl/1,76842,3144804.html (Stand: 25.03.2009).

True, Jacqui, *Feminism* [in:] Scott Burchill, Andrew Linklater, *Theories of International Relations*, Macmillan Press, Houndmills 1996, S. 210-252.

Trzaskowski, Rafał, *National Report Poland* [in:] Christian Franck, Dorota Pyszna-Nigge, *IGC 2003. Positions of 10 Central and Eastern European Countries on EU Institutional Reforms. Analytical Survey in the Framework of the CEEC-DEBATE Project*, Louvain-la-Neuve/Brussels Mai 2004, http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09_Publikationen/EU_Watch/CEEC_Analytical_Report_20040621.pdf (Stand: 10.09.2009), S. 61-71.

Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 11 kwietnia 2003 r. w sprawie suwerenności polskiego prawodawstwa w dziedzinie moralności i kultury, Sejm RP, 11.04.2003, http://orka.sejm.gov.pl/proc4.nsf/uchwaly/1172_u.htm (Stand: 09.01.2010).

Uhlig, Dominik, *Już po referendum?*, „Gazeta Wyborcza”, 06.07.2005, S. 4.

Uhlig, Dominik, *Kiedy referendum*, „Gazeta Wyborcza”, 03.12.2004, S. 8.

Uhlig, Dominik, *Konstytucja bez napięcia*, „Gazeta Wyborcza”, 23./24.10.2004, S. 5.

Uhlig, Dominik, *Oszczędźcie Sojusz z Unią*, „Gazeta Wyborcza”, 08.12.2003, S. 7.

Uhlig, Dominik, *Poszli głosować i zmieniać kraj, ale PiS i tak by przegrał*, „wyborcza.pl”, 30.01.2008, http://wyborcza.pl/dziennikarze/1,96017,4885043.html (Stand: 10.03.2010).

Uhlig, Dominik, *Roszady w rządzie*, „Gazeta Wyborcza”, 04.04.2003, S. 4.

Uhlig, Dominik, *Za i przeciw Nicei u prezydenta*, „Gazeta Wyborcza”, 20.11.2003, S. 4.

Vertrag über eine Verfassung für Europa, Konferenz der Vertreter der Regierungen der Mitgliedsstaaten, Brüssel, 6.08.2004, S. 48. *Die Politikbereiche der Union. Verteidigungspolitik*, Europa.eu, http://europa.eu/scadplus/constitution/defense_de.htm (Stand: 09.01.2010).

Waltz, Kenneth N., *Theory of International Politics*, Addison-Wesley Publishing Company, Reading Massachussetts 1979, S. 251.

Weber, Max, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der Verstehenden Soziologie*, Erster Halbband, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1956, S. 385.

Wendt, Alexander, *Social Theory of International Politics*, Cambridge University Press, Cambridge 1999, S. 429.

Wielgo, Marek, *U – jak ustępstwa wobec Unii* [in:] *Alfabet Millera*, „Gazeta Wyborcza", 02.02.2002, S. 7.

Wieliński, Bartosz T., *Euroarmia Kaczyńskiego*, „Gazeta Wyborcza", 03.11.2006, S. 10.

Wieliński, Bartosz T., *Euroarmia Kaczyńskiego*, „Gazeta Wyborcza", 03.11.2006, S. 10.

Wieliński, Bartosz T., Jacek Pawlicki, *Czy Praga będzie umierać za Warszawę*, „Gazeta Wyborcza", 23.05.2007, S. 10.

Wieliński, Bartosz T., Konrad Niklewicz, *Europa bez euro konstytucji, ale i tak się zreformuje*, „Gazeta Wyborcza", 21./22.04.2007, S. 8.

Wieliński, Bartosz T., Łukasz Lipiński, *Merkel na zgodę*, „Gazeta Wyborcza", 17./18.03.2007, S. 1.

Wieliński, Bartosz T., *Merkel chce euroarmii*, „Gazeta Wyborcza", 25.10.2009, S. 6.

Wieliński, Bartosz T., *Rosja zniesie embargo na mięso?*, „gazeta.pl", 07.01.2007, http://gospodarka.gazeta.pl/gospodarka/1,33182,3834666.html (Stand: 19.06.2009).

Wiesendahl, Elmar, *Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, S. 196.

Wieśniak, Tomasz, Michał Czaplicki, *Udział przedstawicieli Sejmu i Senatu RP w Konwencie Europejskim*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2003", S. 101-112.

Wittman, Donald A., *Parties as Utility Maximizers*, "The American Polictical Science Review", 67 (1973) 2, S. 490-498.

Wójcik, Anna, *Priorytety prezydencji hiszpańskiej w Unii Europejskiej*, „Biuletn Analiz UKIE", Nr. 8 Januar 2002, http://www.biuletyn.ukie.gov.pl/HLP/banal.nsf/0/657B71553553BFF7C1256E9200388D10?Open (Stand: 05.08.2009).

Wojna, Beata, *Partnerstwo strategiczne hiszpańsko-polskie – jak powstało i co po nim pozostało*, „Polski Przegląd Dyplomatyczny", 6 (2006) 6, S. 47-71.

Wroński, Paweł, *Józef Beck i jego polityka zagraniczna. Namaścił go Marszałek*, „wyborcza.pl", 21.09.2009, http://wyborcza.pl/1,97737,7056499,Jozef_Beck_i_jego_polityka_zagraniczna__Namascil_go.html?as=1&ias=3&startsz=x (Stand: 10.01.2010).

Wroński, Paweł, *Polityczna gra biografią dziadka Tuska*, „gazeta.pl", 15.10.2005, http://wiadomosci.gazeta.pl/Wiadomosci/1,80708,2969023.html (Stand: 09.01.2010).

Wroński, Paweł, *Unia czeka na polski głos*, „Gazeta Wyborcza", 07.06.2005, S. 6.

Wspólnie o Unii – rozmowa z Józefem Oleksym, „Gazeta Wyborcza", 24.07.2002, S. 7.

Wybory do Sejmu 2001: ogólne statystyki głosowania na poziomie kraju, Państwowa Komisja Wyborcza, http://www.pkw.gov.pl/wybory/2001/sjg2_k.html (Stand: 16.04.2008).

Wybory do Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej zarządzone na dzień 21 października 2007. Wyniki Głosowania, Państwowa Komisja Wyborcza, http://wybory2007.pkw.gov.pl/SJM/PL/WYN/W/index.htm (Stand: 17.04.2008).

Wyciszkiewicz, Ernest, *Polityka Polski wobec Kaukazu Południowego i Azji Środkowej*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2008", S. 237-252.

Wypowiedzi wybranych liderów Sojuszu Lewicy Demokratycznej podczas Krajowej Konwencji Programowej SLD w dniach 2-3 czerwca 2007 [in:] *Biuletyn po Krajowej Konwencji Sojuszu Lewicy Demokratycznej 2-3 czerwca 2007*, SLD, http://www.sld.org.pl/program/p-r-m-a-434/biuletyn_programowy_po_konwencji_sld_2007.htm (Stand: 26.08.2009).

Wypowiedzi z Krajowej Konwencji Programowej SLD 24 czerwca 2006 [in:] *Zeszyt Programowy SLD. 1 stycznia 2006 – 31 maja 2007*, Biuro Programowe SLD, Warszawa 2007, S. 26-42.

Zagrodzka, Danuta, *Polska maluje się na czarno*, „Gazeta Wyborcza", 21.12.2001, S. 20.

Zahradil, J., *Manifest českého eurorealismu*, 2001 http://www.ods.cz/docs/dokumenty/zahradil-manifest.pdf (Stand: 05.05.2009).

Żakowski, Jacek, *Kansas Warszawa wspólna sprawa* [in:] Thomas Frank, *Co z tym Kansas*, Wydawnictwo Krytyki Politycznej, Warszawa 2008, S. 5-14.

Załuska, Wojciech, *Sojusz się broni*, „Gazeta Wyborcza", 27./28.03.2004, S. 4.

Żerko, Stanisław, *1939 – prawdy i nieprawdy*, „polityka.pl", 04.11.2009, http://www.polityka.pl/historia/301252,1,1939---prawdy-i-nieprawdy.read (Stand: 10.01.2010).

Ziółkowski, Marek, *Polityka bezpieczeństwa Polski*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2007", S. 71-80.

Lebenslauf

Kamil Marcinkiewicz

Privates:

Adresse dienstlich:	Carl von Ossietzky Universität Oldenburg Institut für Sozialwissenschaften Fakultät 1: Bildungs- und Sozialwissenschaften Ammerländer Heerstraße 114-118 26129 Oldenburg
E-Mail:	kamil.marcinkiewicz@uni-oldenburg.de
geboren am:	2. Oktober 1983 in Wroclaw, Polen
Familienstand:	ledig
Staatsangehörigkeit:	polnisch

Berufliche Erfahrung:

seit Januar 2010:	wissenschaftlicher Mitarbeiter im Zentrum für Methoden der Sozialwissenschaften an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
2008-2009:	Lehrbeauftragter an der Universität Passau
2006:	Praktikum in der politischen Abteilung der Botschaft der Republik Polen in Berlin
2006:	studentische Hilfskraft im Centre for Legislative Studies an der University of North Carolina at Greensboro (USA)
2003:	Praktikum im Forschungszentrum der Polnischen Akademie der Wissenschaften (PAN) in Berlin

Ausbildung:

2007-2010:	Promotion im Promotionskolleg „Politik- und Parteienentwicklung in Europa“ der Hanns-Seidel-Stiftung. Betreuung: Prof. Dr. Gerd Strohmeier, Prof. Dr. Eckhard Jesse, Prof. Dr. Roland Sturm
2009-2010:	externer Doktorand an der Technischen Universität Chemnitz
2007-2009:	Doktorand an der Universität Passau

2002-2007:	Studium der Internationalen Beziehungen an der Universität Breslau (Uniwersytet Wrocławski), Polen, Abschluss: Magister
2007:	Magisterarbeit mit dem Titel: „German-American Relations 2000-2003. Emergence of the Crisis“, Betreuerin: Prof. Dr. Elżbieta Stadtmüller
2006:	Studium der Politikwissenschaft an der University of North Carolina at Greensboro (Austauschprogramm)
2002:	Abitur im Liceum Nr. 5, Breslau

Wissenschaftliche Interessen:

Theorie und Praxis der Internationalen Beziehungen, vergleichende Politikwissenschaft, Spieltheorie, Methodenlehre